



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien*

---

Band 172

Reihe  
*Parlament und Öffentlichkeit 6*

Merle Ziegler

Kybernetisch regieren  
Architektur des Bonner Bundeskanzleramtes  
1969–1976

Droste Verlag 2017



Copyright © 2017 by  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien e. V., Berlin  
[www.kgparl.de](http://www.kgparl.de)  
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2017  
[www.drosteverlag.de](http://www.drosteverlag.de)  
ISBN 978-3-7700-5331-5

## Vorwort

Das vorliegende Buch ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die 2013 am Institut für Kunst- und Bildgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen wurde. Herrn Prof. Dr. Michael Diers danke ich für sein Interesse an meiner Arbeit und für seine nie versiegende wissenschaftliche Neugier, die mich immer wieder motivierte. Auch seinem Berliner Kolloquium verdankt dieses Buch viel. Herrn Prof. Dr. Horst Bredekamp sei für seine Bereitschaft gedankt, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Die Archivrecherchen wurden durch einen Sachmittelzuschuss der Dezentralen Frauenbeauftragten des Instituts für Kunst- und Bildgeschichte unterstützt. Im Jahr 2014 wurde die Arbeit mit dem Theodor-Fischer-Preis 2014 des Zentralinstituts für Kunstgeschichte, München, ausgezeichnet. Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, namentlich Frau Prof. Dr. Marie-Luise Recker und Herrn Prof. Dr. Andreas Schulz, danke ich für die Aufnahme in die Reihe »Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien«.

Den Architekten des Bonner Kanzleramtes, Herrn Georg Pollich und Herrn Peter Türler, möchte ich für das freundliche Gespräch und ihr Interesse danken, ebenso Herrn Prof. Dr.-Ing. Eugen Bruno und Herrn Prof. Dr. Christian Farenholtz. Die Architekten des Berliner Kanzleramtes, Herr Axel Schultes und Frau Charlotte Frank, erduldeten es, dass ich ihnen vor allem Fragen zum Bonner Kanzleramt stellte. Mitarbeiter der Firma Metaplan stellten wertvolle Materialien und Informationen zum Kanzleramtsauftrag des Quickborner Teams zur Verfügung.

Aktenbestände im Bundesarchiv Koblenz, die Frau Karin Schenk, Frau Berit Walter und Frau Dr. Claudia Zenker-Oertel mir erschlossen, bilden die Grundlage für diese Arbeit. Im Stadtarchiv Bonn ermöglichte mir Frau Dr. Yvonne Leiverkus unkompliziert Einsicht in einschlägiges Akten- und Bildmaterial. Im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn bin ich Frau Christa Baum zu großem Dank verpflichtet für Akteneinsicht, Baubesichtigungen und für die Klärung von Abdruckgenehmigungen.

Vertieftes wissenschaftliches Arbeiten ist ohne ein gewisses Maß an Freiraum nicht möglich. Dafür dass sie mir diesen immer wieder ermöglichten, danke ich meinem Arbeitgeber und meinen Arbeitskollegen, stellvertretend seien Herr Dr. Hans-Robert Cram und Frau Beate Behrens genannt.

Für vielfältigen inhaltlichen Austausch, praktische Unterstützung und freundschaftliche Ermutigung danke ich Simone Bader, Christine Diewerge, Larry Frohman, Steffen Haug, Alexander Hoff, Arne Karsten, Lill-Ann Körber, Judith Ostermann, Kerstin Poehls, Jörg Probst, Dorothee Riemer, Andreas Rumpfhuber, Martin Steinbrück, Vera Schernus, Karla Strelow, Malte Zierenberg und Philipp Zitzlsperger.

Meine Eltern Petra und Gero Ziegler haben die Entstehung dieses Buches von Anfang bis Ende unterstützt. Ihnen gilt mein besonderer Dank.

Berlin, im September 2016

*Merle Ziegler*



## Inhalt

Vorwort . . . . .	5
Einleitung . . . . .	9
Situation des Parlaments- und Regierungssitzes Bonn 1969 – Ende eines »Provisoriums« . . . . .	12
Das Bundeskanzleramt Bonn in der bisherigen Forschung . . . . .	14
Methodisches und Vorgehensweise – die Blackbox öffnen . . . . .	18
Zum Status der Architekturfotografie in dieser Arbeit. . . . .	22
<b>Erstes Kapitel</b>	
Reformprojekt Regierungsmodernisierung. . . . .	27
1. Rechtfertigung des Neubaus . . . . .	29
1.1 Modernisierung als gesellschaftliches Leitthema . . . . .	29
1.2 Das Bundeskanzleramt im Palais Schaumburg . . . . .	31
1.3 Ehmkes Memorandum . . . . .	39
2. Modernisierung der Politik. . . . .	43
2.1 Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform. . . . .	43
2.2 »Kinder, ihr kriegt eine Regierung, die habt ihr gar nicht verdient.« . . . .	46
2.3 Politik und Planung . . . . .	49
2.4 Teamarbeitsformen in der Bundesverwaltung. . . . .	51
3. Kybernetische Grundierung von Politik und Architektur . . . . .	56
3.1 Das Quickborner Team. . . . .	56
3.2 Kybernetik als Epistemologie und angewandte Wissenschaft . . . . .	63
3.3 Der kybernetische Raum: Ein Planungspavillon im Park des Palais Schaumburg. . . . .	70
3.4 Zusammenfassung und Zwischenfazit . . . . .	76
<b>Zweites Kapitel</b>	
Bauaufgabe und Entwurfserlangung . . . . .	79
1. Entwicklung des Raumprogramms . . . . .	79
1.1 Festlegungen durch die Amtsleitung . . . . .	79
1.2 Arbeitsweise der »Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt« . . . . .	83
1.3 Inszeniertes Brainstorming?. . . . .	88
2. Architekturwettbewerb 1970/71. . . . .	96
2.1 Auseinandersetzungen um die Bonner Stadtplanung. . . . .	96
2.2 Diskussionskultur rund um die Wettbewerbsausschreibung. . . . .	108
2.3 Ausschreibungstext . . . . .	112
3. Der preisgekrönte Entwurf . . . . .	117
3.1 Entscheidung der Wettbewerbsjury und Kritikerbewertungen . . . . .	117
3.2 Die Vorgeschichte des Architekturbüros »Planungsgruppe Stieldorf« . . . . .	134
3.3 Planänderungen nach dem Architekturwettbewerb . . . . .	140
3.4 Zusammenfassung und Zwischenfazit . . . . .	145

### Drittes Kapitel

Bauanalyse Bundeskanzleramt . . . . .	161
1. Baubeschreibung . . . . .	163
1.1 Annäherung und Zutritt . . . . .	163
1.2 Der Kanzlerflügel . . . . .	172
1.3 Der Verwaltungsbau. . . . .	178
1.4 Bautypus und architekturhistorische Verortung . . . . .	183
1.5 Planänderungen ab 1972 am Beispiel der »Vollflexibilität« . . . . .	196
2. Ikonologie der Regierungszentrale . . . . .	203
2.1 Inszenierung von Regierungshandeln im Industriezeitalter . . . . .	203
2.2 Ordnungsprinzip Dezentralisierung statt Hierarchisierung der Amtsspitze . . . . .	208
2.3 Das Raster als Wahrnehmungskonstitution der Moderne . . . . .	213
2.4 Computer im Kanzleramt . . . . .	220
2.5 Infrastrukturen der Kommunikation . . . . .	231
2.6 Sicherheitseinrichtungen: Eine Architektur der Krise . . . . .	238
2.7 Synthese: Form und Inhalt. . . . .	250

### Viertes Kapitel

Kontrafaktur durch Kunst. . . . .	255
1. Das Kanzleramt ein Architektur-Unfall?. . . . .	256
1.1 Kritik des Funktionalismus . . . . .	256
1.2 Stimmen der Architekturkritik . . . . .	263
1.3 Das Kanzleramt im Bild . . . . .	269
1.4 Öffentlichkeitsarbeit des Nutzers . . . . .	279
2. Die Kunstkampagne von Helmut Schmidt: Unsichtbarwerdung einer Architektur . . . . .	290
2.1 Wettbewerb »Bildende Kunst – 1974«. . . . .	291
2.2 Die Kunstberaterrunde von Helmut Schmidt . . . . .	301
2.3 »2 Heckel (...), 3 weitere Nolde (...), 3 Stilleben Schmidt-Rottluff«. . . . .	309
3. Neubewertung und Medialisierung. . . . .	324
3.1 Schlüsselübergabe: Wendepunkt in der bundesdeutschen Staatsrepräsentation. . . . .	324
3.2 »Large Two Forms« von Henry Moore: Der Künstler und der Politiker . . . . .	331
3.3 Rezeptionssteuerung durch den Bildband »Kunst im Kanzleramt« von 1982 . . . . .	340
3.4 Zusammenfassung. . . . .	352

Schlussfolgerungen und Ausblick . . . . .	355
---	-----

Abbildungsnachweis . . . . .	365
------------------------------	-----

Quellen und Literatur . . . . .	370
---------------------------------	-----

Personenregister . . . . .	394
----------------------------	-----



## Einleitung

»Wer in den siebziger Jahren in Deutschland die Fernsehnachrichten anschaltete, musste das Gefühl bekommen, das Land werde aus einem Gebüsch heraus regiert.«<sup>1</sup> So charakterisierte Niklas Maak treffend eine »Ästhetik des Verschwindens«, die den eigentlichen Ort des politischen Geschehens in Bonn über Jahrzehnte prägte und seltsam unsichtbar werden ließ. Fast 15 Jahre nach dem Umzug der Bundesorgane in die gesamtdeutsche Hauptstadt Berlin ist das damalige Bonner Arbeitshaus von Bundeskanzler und Kabinett so gut wie vergessen. Ausnahmslos alle Personen, denen die Verfasserin dieser Arbeit in den letzten Jahren von ihrem Forschungsgegenstand »Bonner Bundeskanzleramt« berichtete, wechselten es mit dem benachbarten gläsernen Kanzlerbungalow (Sep Ruf, 1963). Der jedoch diente seit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards als Wohnhaus des Bundeskanzlers und seiner Familie sowie zu repräsentativen Zwecken. Um das tatsächlich gemeinte Amtsgebäude zu evozieren, haben sich seine Spottnamen als hilfreich erwiesen: Fast jeder erinnerte sich an die zu groß geratene »Sparkasse«,<sup>2</sup> »Gewerbeschule« oder »Rückversicherung«, ans »Kanzlermausoleum«, an das »Braune Haus« oder das »Schwarze Haus am Rhein«. Für die Vorplatzgestaltung sind zudem die ungluten Assoziationen »Grabmal des unbekanntenen Bürokraten«, »Westwall« oder »Panzersperre« geläufig. An die »Large Two Forms«, eine gewaltige zweiteilige goldglänzende Bronzeplastik von Henry Moore, die nach einigen Jahren auf diesem Vorplatz vor dem Haus aufgestellt wurde und die ungeliebte Erstdekoration abzuräumen ermöglichte, erinnern sich fast alle Gesprächspartner – war sie doch bis 1999 allabendlich in der »Tagesschau« zu sehen.

Die Kunst auf dem Vorplatz ist in Erinnerung geblieben, die Spottnamen sind es auch, aber das Haus im Hintergrund kaum.<sup>3</sup> Und das, obwohl es fast 25 Jahre lang als Regierungszentrale der Bundesrepublik diente. Dieser bemerkenswerte und irritierende Befund war Ausgangspunkt für Recherchen zu einer fast vergessenen – dabei immer noch Abwehr hervorrufenden – Architektur und begründet zugleich die Themenstellung dieser Arbeit. Vorgelegt wird eine Dokumentation der Planungs- und Baugeschichte des Bonner Bundeskanzleramtes, die zugleich eine Befragung dieser Geschichte ist.

Aus der Feder der Bauherren und Architekten gibt es keine eigene Darstellung der Entstehungsgeschichte des Hauses, wie es für wichtige öffentliche Großbauten sonst üb-

---

<sup>1</sup> N. MAAK, *Weggeduckte Demokratie*, 2005.

<sup>2</sup> Ebenso wie die »rheinische Sparkasse« oder »Sparkassenzentrale« als oft wiederholte Äußerungen von Helmut Schmidt vielerorts zitiert. Die Formulierung fällt auch in: H. SCHMIDT, *Kunst im Kanzleramt*, 1982, S. 12.

<sup>3</sup> Das Gebäude dient heute als erster Dienstsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Vgl. Ch. BAUM, *Ehemaliges Kanzleramt*, 2006. – Das Gebäude wurde 2007 in die Bonner Denkmalliste als Fortschreibung und Zusammenfassung von bereits vorhandenen Eintragungen auf dem »Areal ehemaliges Bundeskanzleramt« eingetragen. Die Listennummer A 3972 umfasst heute das Palais Schaumburg, Erweiterungsbauten des Palais, Teehaus, Kanzlerbungalow, Kanzleramtsgebäude von 1973–76, Parkanlage und die darin aufgestellten Plastiken und Figuren, einschließlich »Large Two Forms«. Emailauskunft von Franz-Josef Talbot, Stadt Bonn, 17.6.2011.

lich ist.<sup>4</sup> Die Architekturzeitschriften boykottierten zeitweilig die Berichterstattung zum Wettbewerbsergebnis, da sie sich durch das Agieren der Bundesbaudirektion in ihrer Arbeit behindert fühlten.<sup>5</sup> So blieb eine Kampfschrift des Bundes Deutscher Architekten unwidersprochen, die bereits 1972 das Wettbewerbsergebnis für den Neubau zum Inbegriff einer verfehlten Hauptstadtplanung stilisierte und diesem Thema eine ganze Magazinausgabe widmete.<sup>6</sup> In der nationalen Tagespresse erfuhr das mit 106 Millionen Mark großzügig budgetierte Bauprojekt geringe Resonanz. Auseinandersetzungen renommierter Architekturkritiker mit dem fertig gestellten Neubau lassen sich an wenigen Fingern abzählen.<sup>7</sup> Völlig erfolglos bleibt die Suche nach Fürsprache haltenden Äußerungen, etwa von Seiten der Bauherren, der Architekten oder Nutzer. Wie passt das dazu, dass der Entwurf in einem Architekturwettbewerb einstimmig mit dem Ersten Preis ausgezeichnet worden war?

In der Architekturgeschichtsschreibung hat sich das Muster fortgesetzt, dass man sich nicht mit dem Bau beschäftigt.<sup>8</sup> Es entstand eine verblüffend langlebige Leerstelle, die auch fantastischen Spekulationen Raum bot.<sup>9</sup> So füllt diese Baudokumentation fast 40 Jahre nach Fertigstellung eine Forschungslücke, die bisher noch nicht einmal als solche wahrgenommen worden ist – trotz reger Forschungstätigkeit auf dem Feld der bundesrepublikanischen Staatsarchitektur.<sup>10</sup> Öffentliche Meinung und Architekturkritik,

---

<sup>4</sup> Veröffentlichungen der Bundesbauverwaltung zum Kanzleramtsneubau beschränkten sich auf eine knappe Dokumentation in der amtseigenen Fachzeitschrift und sparen Hintergründe völlig aus. Siehe W. LEUSCHNER, *Bauwettbewerb*, 1971; H. BOHNENKAMP, *Bundeskanzleramt*, 1976; außerdem Aufnahme in den Dokumentationsband W. LEUSCHNER, *Bauten des Bundes*, 1980. – Ebensowenig wurde eine Rückschau auf das vormals als Amtsgebäude genutzte Palais Schaumburg vorgelegt. Einzig das unveröffentlichte Typoskript von Constantin Cramer von Laue mit dem Titel »Das Palais Schaumburg, Amtssitz des Bundeskanzlers in Bonn« (Bonn 1970) widmet sich der Geschichte des Amtes im Palais von 1949 bis 1970 (StA Bonn, Bibliothek, Signatur I e 991). Das Bundeskanzleramt und die Stadt Bonn hielten es nicht für veröffentlichungsfähig. Vgl. MinDir. Kern an OStD Hesse, 13.5.1970, StA Bonn, No2/181. Geringschätzung gegenüber dem Verfassen dieser Historie brachte der »Spiegel« zum Ausdruck: Berichtet wurde über die Kaltstellung des politisch unliebsamen Beamten Cramer von Laue, der »den Auftrag, eine Geschichte des Kanzleramts zu schreiben« erhalten habe. »Daran schreibt er noch heute.« Zeitung lesen, in: *Der Spiegel*, Nr. 11, 9.3.1970, S. 30f., hier S. 31.

<sup>5</sup> Siehe unten, S. 132.

<sup>6</sup> BDA Aspekte, Vierteljahresschrift des Bundes Deutscher Architekten 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn.

<sup>7</sup> Siehe unten, S. 263ff.

<sup>8</sup> Noch in der gewichtigen Chronik der Bundesbauverwaltung wiederholte sich 2007 die typische oberflächliche Abhandlung des Bundeskanzleramtes. Vgl. A. KÜBLER, *Chronik*, 2007, S. 166f.

<sup>9</sup> Gerüchte um den angeblichen Atombunker im Kellergeschoss gelangten in das Georg Dehio Handbuch der Kunstdenkmäler von 2005 (vgl. Anm. 215, S. 246).

<sup>10</sup> Rezente Einzelstudien widmen sich insbesondere den deutschen Parlamentsbauten. Dieser Ort des repräsentativen parlamentarischen Geschehens und das Prinzip der Souveränität des Volkes legen eine demokratischesymbolische Deutung von Form, Grundriss oder Ausstattung nahe. Vgl. D. ASCHER BARNSTONE, *Transparent State*, 2005; J. CABORN, *Schleichende Wende*, 2006; G. BRENDGENS, *Demokratisches Bauen*, 2008; N. GALETTI, *Bundestag als Bauherr*, 2008. – Die deutlich größere Anzahl an Bauten von Regierung und Verwaltung des Bundes in Bonn findet hingegen erst neuerdings Aufmerksamkeit, auch im Zuge des wachsenden Interesses an nachkriegsmoderner Architektur. Vgl. etwa der auf Studierendenarbeiten basierende Reader M. BREDENBECK / C. MONEKE / M. NEUBACHER, *Bauen für die Bundeshauptstadt*, 2011.



Abb. 1 Bundeskanzleramt Bonn. Ansicht von Südwesten.

Geschmacksurteil und Architekturgeschichtsschreibung: Die besonderen Bedingungen der Rezeption beziehungsweise die Rezeptionsverweigerung gegenüber dem Kanzleramtsneubau sind dabei ebenso Gegenstand dieser Untersuchung wie das eigentliche Artefakt.

Die Architektur selbst ist formal bereits auf den ersten Blick gut zu erfassen: Es handelt sich um einen zeittypischen, aufgrund der technischen Ausstattung kostspieligen VerwaltungsgröÙbau, der architektonisch an keiner Stelle den Rahmen des Erwartbaren und Bekannten verlässt (Abb. 1). Er liegt im ehemaligen Bonner Regierungsviertel in den Ausläufern der historischen Parkanlage Schaumburg und direkt an der Adenauerallee. Diese Hauptverkehrsachse entlang des Rheins verbindet das Bonner Stadtzentrum mit dem südlich gelegenen Bad Godesberg. Trotzdem ist das Kanzleramt von der Straße aus kaum zu sehen, denn es liegt tief unterhalb der Straßenböschung. Die Baugruppe in strengen rechtwinkligen Formen besteht aus vier niedrigen, untereinander verbundenen Gebäuderiegeln von fast 100 Metern Länge, von denen nur einer aus der Flucht verschoben ist. Die Fensterbänder sind tief in den Baukörper eingeschnitten. Dunkelbraune glatte Aluminiumfasaden, die so typisch sind für den Siebzigerjahre-Stil, erzeugen einen rundum verschlossenen wirkenden, schweren und eckigen Baukörper, der wie in sich zurückgezogen wirkt, sich an keiner Stelle skulptural entwickelt oder demonstrativ öffnet. Das Charakteristische des Gebäudes ist seine Unauffälligkeit.

Die gängige Bürofassade und eine gewisse Nüchternheit der heute erlebbaren Ansicht könnten eine Ausdeutung des Bonner Hauses des Kanzlers hinsichtlich seiner spezifischen politischen Ikonologie für ergebnislos erachten lassen. In Zeiten des fernsehbildgerecht designten Berliner Kanzleramtsgebäudes (Axel Schultes und Charlotte Frank, 1999–2001) ist kaum mehr nachvollziehbar, dass man damals auf jede signature quality

der Fassaden verzichtete.<sup>11</sup> Das zu verstehende Phänomen besteht jedoch genau darin, *dass* ein derart zurückhaltender Verwaltungsbau zu diesem Zeitpunkt als Regierungszentrale errichtet worden ist.

*Situation des Parlaments- und Regierungssitzes Bonn 1969 – Ende eines »Provisoriums«*

Nach der Wahl Bonns als Regierungssitz am 3. November 1949 war die junge westdeutsche Demokratie der Konfrontation mit dem problematischen politischen Erbe staatlichen Bauens entkommen, das die nationalsozialistischen Machtarchitekturen in Berlin, München oder Nürnberg hinterlassen hatten.<sup>12</sup> Nur sieben Jahre später, als die Bundesbehörden sich in ehemaligen Kasernen, Altbauten und einigen Neubauten eingerichtet hatten, wurde jede weitere Bautätigkeit des Bundes in Bonn durch ein Baustoppgesetz unterbunden.<sup>13</sup> Damit kesselte der Deutsche Bundestag, der dieses Gesetz verabschiedet hatte, sich selbst und die Regierungsverwaltung in von Beginn an zu kleinen Behausungen ein. Dahinter stand die Sorge, jeder Bonner Bau stelle einen Bau gegen Berlin dar. »Vor allem in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurde jeder Neubau daraufhin überprüft, ob er die deutsche Teilung noch vertiefen könnte.«<sup>14</sup> Denn zeitgleich mit der nach längerem Ringen getroffenen Entscheidung, Bonn langfristig zum Sitz von Parlament, Bundesrat und Bundesregierung zu machen, war auch ein ergänzender Antrag der Opposition beschlossen worden, Berlin zur Hauptstadt zu erklären, sobald in den Gebieten der DDR freie und demokratische Wahlen stattgefunden hätten.<sup>15</sup> Das vielzitierte Bonner Hauptstadt-Provisorium war also in der Konsequenz auch ein räumliches, in erster Linie jedoch ein politisches. Architekturhistoriker spielen auf diese Situation an, um die gesichtslosen und austauschbaren Verwaltungsbauten des Bundes zu kontextualisieren. Doch dies allein genügt nicht zum Verständnis. Nicht der Einzelbau war mit »provisorisch« gemeint – etwa unnutzbar oder demontierbar errichtet –, sondern insbesondere auf städtebaulicher Ebene negierte die Politik mit der Rede vom Provisorium die Hauptstadtfunktion der Stadt Bonn, und das trotz Belegung von kaum ignorierbaren gut 315 000 Quadratmetern Büroflächen und einem fast doppelt so hoch veranschlagten zusätzlichen Bedarf.<sup>16</sup> Offizi-

<sup>11</sup> Als »signature buildings« bezeichnet Wolfgang Peht Architekturikonen, aus denen ein »starkes, aber abstrahierbares Architekturbild [...] zum werbewirksamen grafischen Kürzel« gemacht werden kann. Mit solchen Architektursignets wird für Marken, Städte oder Nationen geworben. W. PEHNT, *Gebaute Ikonen*, 2010, S. 123.

<sup>12</sup> Zur Wahl der Stadt Bonn als Regierungssitz vgl. besonders R. POMMERIN, *Bonn auf dem Weg*, 1989, sowie DERS., *Von Berlin nach Bonn*, 1989. – Weiterführend zur Geschichte Bonns als Hauptstadt bis 1989 bei G. BEHREND, *Bundeskanzleramt*, 1967; K. DREHER, *Kampf um Bonn*, 1979; I. FLAGGE, *Architektur in Bonn*, 1984; G. MÜLLER-LIST, *Bonn als Bundeshauptstadt*, 1989; W. DURTH, *Hauptstadtplanungen*, 1989, sowie zuletzt bei J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006.

<sup>13</sup> Die Entwicklung dargestellt bei J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006, S. 43–52. Mitauslösend für den Baustopp waren die Ansiedlung der DDR-Administration in Ost-Berlin und die Sprengung des Berliner Schlosses im Jahr 1950. Vgl. J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006, S. 255.

<sup>14</sup> Ebd., S. 3.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>16</sup> Im Jahr 1969. Vgl. ebd., S. 178.

ell durfte keine Masterplanung zum Ausbau der bürgerlichen Kleinstadt zur Hauptstadt entwickelt werden. Sie wäre als Verrat an Berlin und den Bemühungen um die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands, mindestens jedoch als Anerkennung der DDR gewertet worden.

Diese Situation war für das Gemeinwesen in der Stadt Bonn im Grunde untragbar, da die Bonner mit der Präsenz des Bundes zurecht kommen mussten, mit Stadtentwicklungskonzepten jedoch nicht gestalten konnten. Aus der Platz-Not heraus und unter strengster Geheimhaltung begann die Bundesbauverwaltung – in Reaktion auf den Mauerbau 1961 durch die DDR-Administration – mit einer eigenen Masterplanung für das Regierungsviertel, ohne die Stadt Bonn an den Planungen zu beteiligen. Die Öffentlichkeit erfuhr nicht, dass der Kanzlerbungalow (Sep Ruf, 1963) und das Abgeordnetenhochhaus (Egon Eiermann, 1966–69) im Rahmen von großmaßstäblichen Planungen des Bundes entstanden.<sup>17</sup> Das Baustoppgesetz von 1956 wurde formell nie aufgehoben, in den 1960er Jahren jedoch stillschweigend aufgeweicht.<sup>18</sup>

Der Entschluss für einen Kanzleramtsneubau im Jahr 1969 fiel am Wendepunkt dieser Politik. Die sozialliberale Bundesregierung betrieb von nun an offiziell Hauptstadtausbau und Stadtplanung – laut Krüger ein »Paradigmenwechsel« in der Hauptstadtpolitik,<sup>19</sup> der im Zusammenhang mit Willy Brandts Entspannungspolitik eingeleitet wurde. Um die Ost-Berliner und sowjetische Führung zu beruhigen, demonstrierte der Hauptstadtausbau, dass man vorerst in Bonn bleiben wollte. Ebenfalls 1969 wurde Bonn im Zuge einer kommunalen Neugliederung mit mehreren Nachbarstädten wie Bad Godesberg und Beuel vereint, sodass eine mittlere Großstadt mit 300 000 Einwohnern entstand. Dieser sollte nun ein hauptstädtisches Gepräge gegeben werden.<sup>20</sup> Erstmals wurde jetzt über kulturelle Funktionen einer Hauptstadt nachgedacht und über die dafür notwendige Infrastrukturentwicklung. Diese Perspektiven sollten unter Einbeziehung der Bonner Bürger entwickelt werden und in einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für eine städtebauliche Masterplanung münden. Schließlich bezeichnete Willy Brandt am 18. Januar 1973 in seiner Regierungserklärung erstmals Bonn als »Bundeshauptstadt«, nachdem zuvor in offiziellen Zusammenhängen stets vom Regierungssitz gesprochen worden war.<sup>21</sup> Ein Hauptstadtvertrag zwischen dem Bund und der Stadt Bonn, der diesbezüglich Finanzierungsfragen festlegte, wurde im Jahr 1975 unterzeichnet.

Dass es hierzu kommen konnte, steht auch in Zusammenhang mit dem Protest Bonner Einwohner gegen das bisherige Gebaren der Bundesbauverwaltung. 1968 hatte die Öffentlichkeit nur zufällig kurz vor Baubeginn erfahren, dass in Bad Godesberg sieben Hochhaustürme zur Unterbringung von Bundesministerien auf die grüne Wiese gestellt werden sollten. Der Aufschrei war groß. In Bonn gründete sich eine Bürgerinitiative. Hinter dem Widerstand standen Partizipationsbestrebungen und Demokratisierung als zeit-

---

<sup>17</sup> Siehe unten, Kap. II.3.2.

<sup>18</sup> Diese Entwicklung skizzierte kenntnisreich als erster O. FLAGGE, *Bundeshauptstadt Bonn*, 1984.

<sup>19</sup> J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006, S. 3.

<sup>20</sup> Vgl. ARBEITSKREIS BUNDESBAUTEN BONN, *Planungsinformationen*, 1970.

<sup>21</sup> Zitiert nach F. BUSMANN, *Parlaments- und Regierungsviertel*, 2004, S. 18.

genössische gesellschaftliche Forderungen. Bis auf zwei Bürotürme, die bis heute genutzt werden, verhinderte der Protest den Bau des Komplexes. Da der Bund von nun an nicht mehr wie zuvor in Baufragen autark agieren konnte, wurden ab 1970 erstmals Bauwettbewerbe öffentlich ausgeschrieben. Der allererste einer Reihe bundesweit offener Architekturwettbewerbe betraf den Kanzleramtsneubau (1970). Er ging sogar dem zentralen städtebaulichen Ideenwettbewerb (1971) zur Schaffung einer Planungsgrundlage für alle weiteren anstehenden Bauvorhaben des Bundes voraus.

Die politischen Vorzeichen und die veränderten politischen Verfahrensweisen hin zu mehr Transparenz sind in diesen neuen öffentlichen Planungsverfahren gespiegelt und schürten große Erwartungen. Auch die Architektenszene erhoffte sich von den Wettbewerben qualitativeres Bauen als den bisherigen Standard, den die Bundesbauverwaltung bish dahin in Bonn verantwortete – und nicht zuletzt erhoffte sie Bauaufträge. Diese Zusammenhänge verdeutlichen, dass das Kanzleramt als in mehrfacher Hinsicht einzigartiges, am Wendepunkt des Bonner Baugeschehens zu verortendes Projekt im Kreuzfeuer der Auseinandersetzungen um die Zukunft der Hauptstadt Bonn entstand. Es ist kein Zeuge des Hauptstadtprovisoriums, sondern bezeugt dessen Ende. Zugleich ging diesem ersten Bonner Architekturwettbewerb *keine* Verständigung über angemessene Repräsentation der Demokratie durch Architektur – jenseits des bescheidenen Provisoriums – voraus, da eine solche Diskussion bis dahin aus den genannten deutschlandpolitischen Gründen nicht geführt worden war.

### *Das Bundeskanzleramt Bonn in der bisherigen Forschung*

Heinrich Klotz monierte schon 1976 in seiner bekannten Bonn-Polemik, Staatlichkeit finde zwar »Unterkunft«, aber kein »Image«. <sup>22</sup> Der Kanzleramtsneubau markierte für ihn den Inbegriff dieser Problematik, die er mit der Bezeichnung »Architektur-Pathologie« zu einer Krankheits- oder Todesmetaphorik steigerte. In der gewichtigen Jahrhundertschau deutscher Architektur im 20. Jahrhundert schrieb Klaus von Beyme: »Das Bundeskanzleramt (...) war ein akzeptabler Bau, aber es war im Stadtbild nicht eingebunden und vermittelte keine visuellen Werte einer offenen Demokratie.« <sup>23</sup> Arnold Bartetzky schließlich bezeichnete das Kanzleramt noch 2007 als »Debakel« und »Tiefpunkt der baulichen Entwicklung der Bundeshauptstadt«. <sup>24</sup> Dieses einhellige Urteil im Schrifttum zu den Bauten der Bundeshauptstadt Bonn wurzelt in einer engagierten Architektur- und Städtebaukritik der 1970er Jahre. Die architekturhistorische Forschung hat dieses Engagement fortgesetzt. <sup>25</sup> Ausgangspunkt der meisten Untersuchungen und Stellungnahmen zu Bonner

<sup>22</sup> H. KLOTZ, *Ikonologie einer Hauptstadt*, 1984 (Wiederabdruck), S. 399.

<sup>23</sup> K. VON BEYME, *Staat machen*, 2000, S. 100.

<sup>24</sup> A. BARTETZKY, *Selbstdarstellung*, [2007], S. 437.

<sup>25</sup> Als beste Kenner der Architekturgeschichte des Bundes in Bonn haben sich Klaus von Beyme, Ingeborg und Otto Flagge sowie Wolfgang-Jean Stock durch ihre Veröffentlichungen ausgewiesen: Vgl. I. FLAGGE, *Dokumentation*, 1972; I. FLAGGE, *Hauptstadt ohne Willen*, 1975; I. FLAGGE, *Architektur in Bonn*, 1984; O. FLAGGE, *Bundeshauptstadt Bonn*, 1984; I. FLAGGE/W.-J. STOCK, *Architektur und Demokratie*, 1992; K. VON BEYME, *Architektur und Demokratie*, 1990; K. VON BEYME, *Staat machen*, 2000.

Bundesbauten, verfasst seit den 1970er und 80er Jahren von einer bald untrennbaren Allianz aus Architekturkritikern und -historikern, war ein empfundenes Defizit: Der Hauptstadt Bonn mangelte es an Repräsentationsqualitäten für die Verfassungsorgane der Demokratie. »Spätestens seit Beginn der 1980er Jahre hatte sich ein Unbehagen am Ambiente des rheinischen Regierungssitzes breitgemacht, dem niemand ernstlich widersprechen mochte.«<sup>26</sup> Dieses Unbehagen ist aufgerufen, wenn der berühmte Titel eines Essays von Ingeborg Flagge zitiert wird: Mit der Bonner Architektur sei kein Staat zu machen.<sup>27</sup> Der Kanzleramtsneubau rückte in den Rang desjenigen Gebäudes, das diesen Unzustand geradezu ikonisch repräsentierte.

Dieser Konsens einte weiterhin das Expertentum, das nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung und dem Beschluss von 1994, dass Berlin Hauptstadt und Regierungssitz sein sollte, die Berliner Hauptstadtplanungen publizistisch begleitete: In den 1990er Jahren, Höhepunkt der Architekturgeschichtsschreibung über Bonn, füllte es eine ganze Bibliothek mit Büchern zum Thema »Staatsarchitektur in der Bundesrepublik«. Die Darstellungen sind durchgängig durch eine bestimmte nationale Perspektive geprägt, offenbar in Wechselwirkung mit der offiziellen Geschichtskultur: »Da die Inhalte und Formen der Staatsrepräsentation in einem wechselseitigen Wirkungsverhältnis mit der offiziellen Geschichtskultur stehen, werden dabei immer wieder nationale Geschichtskonstruktionen und kollektive Gedenkpraktiken in die Betrachtungen einbezogen.«<sup>28</sup> Dies erklärt, weswegen alle an dieser Diskursbildung beteiligten Autoren in der Nachfolge von Heinrich Klotz aus postmoderner Sicht argumentierten, wenn sie neben architektonischer Nicht-Qualität insbesondere einen Mangel an Demokratiesymbolik bei den Bonner Staatsbauten beklagten.<sup>29</sup> Denn unter der Frage nach bundesrepublikanischer Staatsarchitektur und Identität lag immer das Bewusstsein, ein Nachfolgestaat des nationalsozialistischen »Dritten Reiches« zu sein, von dem sich die Demokratie abgrenzen musste und wollte. Dass zu diesem Zweck eine demokratische Architekturform für die Bauten des Bundes zu erschaffen sei, wurde aus der Kritik am Bonner Baubestand fordernd vorgetragen. Der Anspruch basiert auf einem Verständnis der Architekturikonologie, wie sie Günter Bandmann geprägt hat.<sup>30</sup>

Erstmals Heinrich Wefings maßgebliche Analyse des 1992 fertiggestellten Bonner Bundestagsgebäudes von Günter Behnisch konnte eine solche »Selbstdarstellung« des demokratischen Staates am Beispiel einer für gelungen befundenen Architektur herausarbeiten.<sup>31</sup> Vorher hatte es keinen Bonner Staatsbau der Bundesrepublik gegeben, der dies

<sup>26</sup> H. WEFING, *Heimatlosigkeit*, 2006, S. 200.

<sup>27</sup> I. FLAGGE, *Provisorium als Schicksal*, 1992.

<sup>28</sup> A. BARTETZKY, *Selbstdarstellung*, [2007], S. 417.

<sup>29</sup> Als Beispiel für diese Perspektive: »Das 1976 fertiggestellte neue Bundeskanzleramt, architektonisch wenig bedeutsam, zeugt von einer ausgeprägten Unsicherheit im Umgang mit der Selbstdarstellungsfunktion.« H. WEFING, *Selbstdarstellung*, 1995, S. 102.

<sup>30</sup> Wie er zeigte, können Architekturformen Herrschaftsverhältnisse abbilden und so zur Repräsentation von Macht und zur Fixierung von Ordnungen eingesetzt werden. G. BANDMANN, *Bedeutungsträger*, 1979.

<sup>31</sup> H. WEFING, *Selbstdarstellung*, 1995. Leitende Prämisse in Wefings Untersuchung ist, dass die prägenden Elemente eines Staates durch Architektur zu verdeutlichen sind. Vgl. ebd., S. 75.

ermöglicht hätte. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Staatsarchitektur markiert der Plenarsaal einen Wendepunkt, denn die Akzeptanz der Behnisch-Formel etablierte einen Bewertungsmaßstab für künftige Bauten der Demokratie: Gläsern, leicht und transparent wie bei Behnisch sollten sie sein. Der neue Konsens wurde in den 1990er Jahren von einem Diskursdreieck aus Architekturkritik, Architekturgeschichtsschreibung und öffentlicher Meinung hergestellt.

Das Interesse an der Definition sogenannter demokratischer Bauformen entwickelte sich zeitlich und inhaltlich an Behnischs Plenarsaalbau und damit parallel zu den bereits aufgenommenen Planungen für die neue Hauptstadt Berlin – denn die Vollendung des Bonner Parlamentsneubaus geriet mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung von 1990 zum Schlussakkord in der Architektur-Geschichte Bonns als Bundeshauptstadt. Die kollektive Vergewisserung war nun unabdingbar, um auf dem historisch imprägnierten Berliner Boden die Staatsarchitekturen des wiedervereinigten Deutschland errichten zu können, ohne diese Geste vom Ausland als neoimperialen oder »großdeutschen« Reflex gedeutet zu wissen. So sind gleichzeitig auch die Deutungen der Bonner Hauptstadt- und Architekturgeschichte dieser Jahre von einer auf die Berliner Zukunft ausgerichteten Perspektive gefärbt.<sup>32</sup> Aktive Politiker wie Rita Süsmuth prägten diesen Diskurs mit. In die von ihr als Bundestagspräsidentin bevorwortete Festschrift mit dem Titel »Architektur und Demokratie«,<sup>33</sup> die anlässlich des ersten und letzten einhellig für gut befundenen Bonner Staatsbaus, Behnischs Plenarsaal, erschien, nahm man den berühmten Text »Demokratie als Bauherr« von Adolf Arndt aus dem Jahr 1960 auf, als stehe er am Anfang einer ungebrochenen Linie, die direkt zum gläsernen Parlamentsgebäude von 1992 geführt habe.<sup>34</sup> Der reich illustrierte und mit aufschlussreichen Texten aufwartende Band »Architektur und Demokratie« rückte bald in den Rang einer zentralen Referenztextsammlung zum gleichnamigen Thema und kann daher als Gründungsschrift für eine »erfundene Tradition« des demokratischen Bauens in Bonn und als Legitimationsgrundlage für Bauten in Berlin gelten.<sup>35</sup> Diese Bedingungen, unter denen die Historiografie der Hauptstadt Bonn entstand, machen langfristig ihre Revision erforderlich: Wechselwirkungen zwischen Berliner Architekturdiskurs und Bonner Architekturgeschichtsschreibung müssen erkannt werden.

Bisher haben die hier skizzierten, so geläufigen Fragen an Bonner Bauten effektiv verhindert, das Bundeskanzleramt als Architekturform überhaupt zu fokussieren, so sehr ist man von dessen Mangel an demokratischer Symbolik und repräsentativen Qualitäten überzeugt. Ein Forschungsdiskurs hat hier gewissermaßen selbst den unvoreingenommenen Blick auf die Architektur verstellt. Dass das Kanzleramtsprojekt die erste Auseinandersetzung der bundesrepublikanischen Exekutive mit der Bauaufgabe »Regierungszent-

<sup>32</sup> Einflüsse aus der ehemaligen DDR berücksichtigte der westdeutsch dominierte Diskurs nach 1989 über demokratisches Bauen in Bonn und Berlin nicht.

<sup>33</sup> I. FLAGGE/W.-J. STOCK, *Architektur und Demokratie*, 1992.

<sup>34</sup> Abdruck ebd., S. 217–237. Zuerst A. ARNDT, *Demokratie als Bauherr*, 1961.

<sup>35</sup> Begriff analog zur »invention of tradition« von Nationalstaaten. Vgl. dazu E. HOBSBAWM/T. RANGER, *Invention of Tradition*, 1983.



rale« und deren Umsetzung darstellt und als solche untersucht werden könnte, ist gar nicht erkannt worden.<sup>36</sup>

Dennoch erfüllte der intransparente, dunkle, schwere Kanzleramtsneubau im Diskurs der 1990er Jahre durchaus eine Funktion: Er bildete als das negative Gegenbild des anzustrebenden Ideals demokratischen Bauens den Festpunkt, vergleichbar dem Grund eines tiefen Sees, von dem man sich abdrückte, um zu Höherem zu gelangen. Den ersten Essay schließlich, der das Thema der »Selbstdarstellung« des Staates umriss und damit den Begriff prägte, legte der Staatsrechtler Helmut Quaritsch vielleicht nicht zufällig im Jahr 1977 vor, also nach Einzug von Kanzler und Kabinett in den viel kritisierten Kanzleramtsneubau.<sup>37</sup> Möglicherweise war der Neubau ein Auslöser für die Beschäftigung mit diesem Thema. Die Analyse der Planungs-, Bau- und Rezeptionsgeschichte gerade dieses Hauses kann somit einen ersten erhellenden Lichtkegel in undokumentierte und bisher nie analysierte Zusammenhänge des Bauens in Bonn *vor* dem Entstehen des alles überwölbenden Diskurses um Architektur, Demokratie und Transparenz schicken.

Dies gelingt durch Rekontextualisierung des Baus mit den in seiner Planungs- und Bauzeit prägenden Ideen. Auf die Spur dieser Themen lenkten erst die Dokumente in den Archiven.<sup>38</sup> Außerdem ließ sich die gesamte Baugeschichte aus der dichten Überlieferung im Bundesarchiv Koblenz und im Stadtarchiv Bonn detailliert rekonstruieren. Eine dreißigjährige Sperrfrist auf diesen Beständen ist ausgelaufen, sodass sie die ausstehende Revision der Architekturgeschichte des Bundes in Bonn ermöglichen.<sup>39</sup> Glücklicherweise können auch die Akteure noch als Zeitzeugen befragt werden. Mit dem Architekten des Kanzleramts, dem Vorsitzenden des Preisgerichts und mit einigen der in die Vorbereitungen des Wettbewerbes involvierten Berater konnte die Verfasserin persönlich sprechen.

<sup>36</sup> In seiner Monografie über das Berliner Bundeskanzleramt reflektierte Heinrich Wefing auch dessen Vorgängerbauten und befand: »Nicht zum wenigsten ist das seltsam Vorbildlose des Bundeskanzleramtes darauf zurückzuführen, daß es für die Bauaufgabe schlechthin keine Parallele gab. [...] Daß das Berliner Kanzleramt buchstäblich aus dem Nichts geschöpft werden mußte (...), das erneuert eine sehr deutsche Tradition der Traditionslosigkeit, die nahezu jeden Kanzler zum Bauherrn machte.« H. WEFING, *Kulisse der Macht*, 2001, S. 11f. Hierin sieht Wefing auch keinen Widerspruch zu der korrekten Feststellung, die er einige Seiten später trifft, dass nämlich das für gut und funktional befundene Raumprogramm des Bonner Kanzleramtes für die Planung des Berliner Neubaus herangezogen worden war. Vgl. ebd., S. 17f.

<sup>37</sup> Der Kanzleramtsneubau findet allerdings keine Erwähnung in H. QUARITSCH, *Selbstdarstellung*, 1977.

<sup>38</sup> Bestände im Bundesarchiv Koblenz (BArch), im Stadtarchiv Bonn (StA Bonn), im Liegenschaftsdokumentations-Archiv (Bonn-Mehlem) des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), im Depositum Horst Ehmke im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD) sowie Dokumente im Besitz der Beratungsfirma »Quickborner Team«, heute »Metaplan«, Quickborn, und deren ehemaligen Mitarbeitern.

<sup>39</sup> Eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Bonner Regierungsviertels bezogen auf die Entwicklungen seit 1969 steht aus; neuere populärwissenschaftliche Darstellungen schließen diese Lücke nicht: Vgl. DIE BUNDESKANZLER UND IHRE ÄMTER, 2006; D. KRETZSCHMAR, *Staatsempfänge*, 2008; BONN. ORTE DER DEMOKRATIE, 2009. – Die geschichtswissenschaftliche Dissertation J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006, die das Verhältnis des Bauherren Bund zur Stadt Bonn anhand des Geldflusses untersuchte und damit neu umriss, ist die erste Studie zur Hauptstadt Bonn, die Bestände aus dem Bundesarchiv auswertete. Ihr Verdienst ist die Rekontextualisierung der Bundesbauten in Bonn mit der politisch-historischen Situation im geteilten Deutschland jenseits der Befragung ihrer Repräsentationsfunktion.

*Methodisches und Vorgehensweise – die Blackbox öffnen*

Es gilt nun, das Erkenntnisinteresse, welches bisher an die Bonner Staatsarchitektur herangetragen wurde, zugunsten ertragversprechender heuristischer Annahmen zu verschieben. Im oben zitierten Essay von Architekturen, mit denen kein Staat zu machen sei (Ingeborg Flagge), werden Architekturästhetik und Staatsrepräsentation beziehungsweise staatliche Selbstdarstellung als untrennbare Einheit betrachtet. Mit dem Politikwissenschaftler und Historiker Bruno Preisendörfer ist dieser Betrachtungsweise die zusätzliche Ebene »Funktionsfähigkeit einer Regierung« hinzuzufügen. Preisendörfer betrachtet das Themenfeld Ästhetik–Repräsentation–Politik ausgehend vom staatlichen oder Regierungshandeln. Dies ist die erste wichtige Inspiration für diese Arbeit. Preisendörfer geht davon aus, dass es immer eine ästhetische Dimension staatlichen Handelns gibt, auch wenn diese sich nüchtern und abstrakt präsentiert, etwa als sachliches Verwaltungshandeln. In Bonn erkennt er im unlösbar miteinander verbundenen Zusammenspiel von baulicher Ästhetik und Regierungsstil eine Nüchternheit, die kein Interesse daran erkennen lässt, »Machtfragen zu dramatisieren und Herrschaft auch als ein Inszenierungshandeln Gestalt annehmen zu lassen. Konturlosigkeit nicht als mangelnde Effektivität, sondern als bewußt vorangetriebener Formverzicht (...).«<sup>40</sup>

Insofern ist der Befund, in den Bonner Hauptstadtbauten werde vor allem die bauende und arbeitende Bürokratie ansichtig, in der Sache korrekt und treffend. Anstelle nun damit verbunden den Mangel an demokratischer Bildlichkeit zu beklagen, ist mit Hans Wilderotter auf die Doppelfunktion politischer Bauten hinzuweisen, dass nämlich

»Gebäude für politische Instanzen nicht nur Räume für die möglichst effektive Abwicklung bürokratischer Vorgänge bieten müssen, sondern immer auch zur Selbstdarstellung der Körperschaften und Verbände beitragen, die Träger dieser Behörden und Instanzen sind (...), daß selbst dort, wo angeblich alles auf die bloße Funktionstüchtigkeit eines Gebäudes reduziert erscheint, noch die Funktionalität selbst die Eigenschaften eines politischen Symbols besitzt.«<sup>41</sup>

Es ist höchst aufschlussreich, diesen unmöglich zu entkoppelnden Zusammenhang als ästhetische Dimension der Verwaltungs- und Regierungspraxis in Bonn zunächst einfach anzuerkennen. Um zu verstehen, was die Erbauer des Kanzleramtes antrieb, als sie dieses Gebäude errichten ließen, wäre demzufolge nach ihren Vorstellungen von effizientem Regierungshandeln zu fragen. Diese, so die Annahme, schlugen sich formal in einer funktionsorientierten Büroarchitektur nieder.

Im Jahr 1969, das als wichtigste gesellschaftspolitische Zäsur seit Bestehen der Bundesrepublik gilt, zog erstmals eine sozialliberale Regierung ins Kanzleramt ein. Mit Willy Brandt als Bundeskanzler und unter dem optimistischen Banner »Mehr Demokratie wagen« nahm sie zahlreiche politische Reformvorhaben in Angriff. Der Entschluss, ein neues Kanzleramt zu bauen, war einer ihrer ersten – getroffen nur knapp zehn Wochen nach der Bundestagswahl, im Dezember 1969. Zum einen diente das neue Kanzleramt als sichtba-

<sup>40</sup> B. PREISENDÖRFER, Staatsbildung, 2000, S. 18.

<sup>41</sup> H. WILDEROTTER, Haus am Werderschen Markt, 2000, S. 11.

res Signal für den Veränderungswillen und die Tatkraft der neuen Regierung und zum anderen in seiner Funktionalität einer modernen Verwaltungszentrale auch als Werkzeug, um die Regierungsarbeit künftig effizienter bewältigen zu können. Dabei wirkten politische und wissenschaftliche Leitideen, die heute so gut wie vergessen sind. Sie werden in der vorliegenden Arbeit identifiziert.

Bezogen auf diese Baupraxis des Bundes in Bonn gibt es weder zeitgenössische Dokumentationen noch vorausgegangene Forschung, auf die zurückgegriffen werden könnte. Den entscheidenden Schlüssel zur Kontextualisierung des Kanzleramtsneubaus als Teil eines Regierungsreformprojektes der Superlative gaben indes jüngere historische Forschungen zur Kulturgeschichte der Bundesrepublik an die Hand.

Gabriele Metzler legte 2005 mit ihrer Habilitationsschrift ein Standardwerk vor, das die Konjunktur von Regierungs-Management-Techniken unter dem Schlagwort »politische Planung« in den 1950er und 60er Jahren in gesamtgesellschaftliche Modernisierungsprozesse der Bundesrepublik einordnet.<sup>42</sup> Sie liefert darin einen verdichtenden Überblick zu den Leitthemen dieser Umbruchzeit und eine ebenso engmaschige wie vielschichtige Interpretation des Wechselverhältnisses zwischen Politik und Wissenschaft, deren beidseitige Interaktion sie mit dem Begriff »Kopplungen«<sup>43</sup> bezeichnet: Beschrieben wird das »Entstehen autoritativer Ressourcen, zu denen vor allem Wissens- und Deutungsbestände zählen«, und die »Generierung und Verwendung dieser Ressourcen durch gesellschaftliche (wissenschaftliche) und politische Akteure.«

Die im gleichen Zeitraum zur Modewissenschaft aufgestiegene und heute fast vergessene Kybernetik deutete Philipp Aumann 2009 in einer fundierten kulturhistorischen Analyse.<sup>44</sup> Kybernetik war im allgemeinen Sprachgebrauch ein »Modebegriff für die Rationalisierung des Denkens und Handelns in jeglicher Form« und wurde in den 1950er Jahren oft synonym für die Anfänge der Computer Sciences verwendet.<sup>45</sup> Aumanns detaillierte Analysen loten die konkreten Wechselwirkungen von Politik und Kybernetik aus, worauf Metzler zugunsten einer großmaßstäblicheren Betrachtung der Verwissenschaftlichung von Politik, auch auf der Ebene von Institutionen, verzichtete. Die beiden Studien von Metzler und Aumann sind nebeneinander zu lesen, da sie eng miteinander verschränkte Diskursfelder vor demselben mentalitätsgeschichtlichen Panorama von Modernisierungsbestrebungen und Machbarkeitsvorstellungen erhellen. Während Metzlers Studie somit den Kanzleramtsneubau in das politische Handlungskonzept einzuordnen erlaubt und als Anwendung von neuem sozialwissenschaftlichen Wissen durch die politisch Verantwortlichen erkennbar macht, lässt Aumanns Studie erst nachvollziehbar werden, warum für den Einsatz hochbezahlter Organisationskybernetik-Experten für die Projektierung des Kanzleramtsneubaus um 1969/70 mühelos Akzeptanz herzustellen war: Die Kybernetikwelle erlebte genau zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt.

---

<sup>42</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005.

<sup>43</sup> Ebd., S. 21.

<sup>44</sup> P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009.

<sup>45</sup> Ebd., S. 445.

Aufgefaltet wird dabei ein spezifischer Diskurs, der einer erst später einsetzenden Auseinandersetzung mit angemessener Repräsentation der westdeutschen Demokratie in der Bundeshauptstadt Bonn vorausging: Im Sinne einer Kopplung zwischen Wissensträgern und Politik stehen organisationskybernetische Büroraumkonzepte und ein ambitioniertes Regierungsreformprojekt miteinander in Beziehung – eine unmittelbare Form der Verbindung von architektonischen Raumformen mit Konzepten politischen Handelns. Das Kanzleramtsgebäude wird als ideengeschichtlich aufgeladenes Artefakt erkennbar und polit-ikonologisch ausdeutbar. Man könnte auch andersherum formulieren: Spezifisches Wissen und Deutungsmuster der Sozialwissenschaften haben sich in einer politischen Architektur auskristallisiert. So rückt die Architektur selbst in den Rang einer Quelle, die bezüglich weitgehend in Vergessenheit geratener Ideen zum Sprechen gebracht wird.

Gleichsam wie eine Blackbox – dies fast einer der Spottnamen, mit denen Zeitgenossen den Bau betitelten – wird die Ideengeschichte des Kanzleramtprojektes in der vorliegenden Untersuchung ausgelesen und erkundet. Es gilt, die Intentionen, Ideen und Zusammenhänge zu erkennen, die zunächst der effizienten Regierungszentrale zur Entstehung verhelfen und dann unerwartet zu einer Art Architektur-Unfall oder dem Fiasko vernichtender Kritik am Bauprojekt führten. Mit dem Begriff »Blackbox« sei gleichzeitig verwiesen auf die besondere kybernetisch grundierte Bauplanung, auf das Scheitern des Projektes und auf die Methode, die Architektur durch das Heranziehen von vormals durch Sperrfristen unzugänglich gehaltenem Archivmaterial zu deuten.

Das Verfahren zur Öffnung der Blackbox ist ein detailsensibles close reading der Dokumente, welche über Inhalte und Abläufe rund um das Bauprojekt informieren: vom Kabinettsbeschluss für einen Neubau über die Programmentwicklung für den Architekturwettbewerb, dessen Durchführung und Entscheidung, von der Grundsteinlegung bis hin zu Inszenierungen und Reden anlässlich von Richtfest und Schlüsselübergabefeier, von Pressemitteilungen, Presseberichterstattung sowie Äußerungen der Architektur- und Kunstkritik. Auch die Motive und Überzeugungen der prägenden Akteure werden genau betrachtet. Im experimentellen Planungs- und Entwicklungsprozess des Bauprojektes wurden künftige Arbeitsweisen in einem modernen Kanzleramt erprobt. So bildete der Prozess eine angestrebte Realität politischen Verwaltungshandelns bereits vorab ab. Er ist Teil des ikonologisch ausdeutbaren Bedeutungsrahmens – das komplexe Bild entsteht demnach erst in der Zusammenschau von Planungsgeschichte *und* Artefakt.

Als heutige Betrachter sind wir den alltäglichen, auch als unangenehm oder hässlich wahrgenommenen Verwaltungsgroßbauten dieser Epoche gegenüber unempfindlich und erkennen diese Hyperinszenierung des Funktionalen und Technischen nicht mehr als spezifische Qualität und Ausdrucksform der 1960er und frühen 70er Jahre. Somit trägt diese Studie auch dazu bei, die Verdrängung einer Epoche und ihres baulichen Erbes aufzubrechen, was möglicherweise nicht nur für die Historiografie der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn beispielhaft ist: »Indem wir uns diesen Bauten zuwenden, nehmen wir unsere Vergangenheit an.«<sup>46</sup> Das Kanzleramtsgebäude ist mit zahlreichen zeitgleich errichteten

<sup>46</sup> Gabriele Metzler am 2. Juni 2012 auf der Tagung »Großbauten der 60er und 70er Jahre« an der TU Berlin.

Großbauten für die öffentliche und privatwirtschaftliche Verwaltung vergleichbar. Bei diesen sogenannten »Klötzen«<sup>47</sup> und Megastrukturen, welche in deutschen Stadtzentren ab den 1960er Jahren entstanden, handelt es sich insbesondere um Rathausbauten und andere öffentlich finanzierte Infrastrukturen, denen derzeit aufgrund horrender Kosten für anstehende Sanierungen, welche die Kommunen nicht aufbringen können, in Form von Abrissplänen mediale Aufmerksamkeit zukommt.<sup>48</sup> Die Denkmalpflege vollzieht derzeit die Konjunktur bestimmter Themen nach, welche diese Bauten der sogenannten Zweiten Nachkriegsmoderne prägten,<sup>49</sup> um Kriterien zur Erhaltungswürdigkeit einzelner Objekte zu entwickeln.<sup>50</sup> So traten 2012 erstmals die organisationskybernetisch entwickelten Bürogrundrisse wieder in den Blickpunkt, die seit Ende der 1950er Jahre insbesondere durch die Hamburger Beratungsfirma »Quickborner Team« entwickelt und propagiert wurden. Sie bewirkten maßgeblich eine Veränderung der äußeren Form von Verwaltungsgroßbauten dieser Epoche.<sup>51</sup> Anders als im Bereich der Wirtschaft ist das Bundeskanzleramt in der Bundesrepublik Deutschland das einzige Beispiel für eine realisierte politische Architektur, deren Grundrisse auf diese Weise entwickelt wurden.<sup>52</sup> In ihm verknüpften sich zeitgenössische Vorstellungen von politischen Regierungstechniken im technischen Zeitalter mit den allgegenwärtigen Leitbildern für moderne Verwaltungsarchitektur.

Der Planungs- und Entstehungsprozess des Kanzleramts bis hin zum Wettbewerbsentscheid kommt in den ersten beiden Kapiteln zur Darstellung. Hier werden diejenigen Kontexte aus der politischen und wissenschaftlich prägenden Ideengeschichte nach und nach hinzugezogen, auf welche die ikonologische Deutung zurückgreifen wird. Die Bauanalyse

<sup>47</sup> Bezeichnung nach dem Konferenztitel »Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für Großbauten der 1960er und 1970er Jahre«, Reutlingen 4./5. Juni 2012, die sich der Bauaufgabe der Rathäuser und Stadthäuser widmete.

<sup>48</sup> Aktuell das Rathaus Mainz (Arne Jacobsen und Otto Weitling, entworfen 1966/70, errichtet 1970–74) oder das 2011 abgebrochene Technische Rathaus Frankfurt am Main (Architektengemeinschaft Bartsch, Thürwächter und Weber, 1972–74). Ob Erhalt und Weiterbetrieb des ICC Berlin möglich sind (Ralf Schüler und Ursulina Schüler-Witte, 1966–79), erscheint angesichts hoher Sanierungskosten fraglich.

<sup>49</sup> Zeitraum von 1959 (letzter CIAM) bis 1975 (europäisches Denkmalschutzjahr); dagegen die Erste Nachkriegsmoderne 1945 (Ende des Zweiten Weltkrieges) bis 1959. Definition nach M. HECKER/U. KRINGS, *Ungeliebtes Erbe*, 2011, S. 17 (Anm. 1 und 15); ausformuliert im selben Band im Beitrag von K. J. PHILIPP, *Leitbildentwicklung*, S. 19–27.

<sup>50</sup> Denkmalpflegerische Fragen sind leitend für eine hohe Tagungs- und Publikationsaktivität der letzten Jahre auf dem Gebiet der Verwaltungsbauten einer Zweiten Nachkriegsmoderne: Vgl. A. KRAUSS, *City Nord*, 2001; J. KIRSCHBAUM, *1960 plus*, 2007; A. VON BUTTLAR/Ch. HEUTER, *Denkmal!Moderne*, 2007; M. BRAUM/Ch. WELZBACHER, *Nachkriegsmoderne*, 2009; stärker architekturhistorisch auf konkrete Beispiele fokussiert und mit Ansätzen zur Kategorisierung M. HECKER/U. KRINGS, *Ungeliebtes Erbe*, 2011; bewusst aufwertend verwenden den Begriff „Baukunst“ A. BUTTLAR/G. DOLFF-BONEKÄMPER/K. WITTMANN-ENGLERT, *Baukunst der Nachkriegsmoderne*, 2013. – Zu Forschungsproblemen der Baugattung, auch angesichts der hohen Abrissquote vgl. die aus einem Seminar mit Studierenden entwickelte Publikation S. HNILICA/M. JAGER/W. SONNE, *Auf den zweiten Blick*, 2010.

<sup>51</sup> Vgl. C. KIESER, *Arbeit planen*, 2012. – Andreas Rumpfhuber hat die Grundrisse des Quickborner Teams als architekturtheoretisches Thema erkannt und veröffentlichte eine Analyse einer der frühesten Quickborner Realisierungen. Siehe A. RUMPFHUBER, *Informationsflüsse*, 2011.

<sup>52</sup> Unter politischer Architektur wird in der Definition nach Martin Warnke diejenige Architektur verstanden, die den Institutionen der Macht in einer Gemeinschaft bauliche Gestalt gibt. Siehe die Einführung in M. WARNKE, *Politische Architektur*, 1984, S. 9.

und ikonologische Deutung (drittes Kapitel) verhandelt explizit technische und formale Aspekte gleichwertig. Sie nimmt das Gebäude in seiner funktionalen Ausstattung als Architekturmaschine ernst und deutet sie im Zusammenhang mit den zuvor erarbeiteten Leitthemen. Eine zu Beginn engagiert durch das Bundespresseamt betriebene Öffentlichkeitsarbeit galt der Anfeuerung einer erwünschten intensiven medialen Berichterstattung über das Bauprojekt. Sie wird in der Chronologie der Ereignisse durchgängig mitgelesen, da sie eine Eigendynamik entwickelte. Das spätere schlechte Image des Kanzleramtsgebäudes bezieht einige wichtige Impulse aus der frühen Berichterstattung. Die Kontextualisierung mit der publizistisch geführten Debatte rund um die beklagte »Unwirtlichkeit unserer Städte« ist zwingend in einer Zeit, in der erstmals in vielen westdeutschen Großstädten Bürgerinitiativen entstanden, die sich zu Themen der gebauten Umwelt engagierten, zum Beispiel das City Forum Bonn, das Münchner Forum und das Frankfurter Forum.

Das vierte Kapitel schließlich widmet sich der Ausstattung des Gebäudes mit Kunstobjekten. Sie ging einher mit einem Kurswechsel der Öffentlichkeitsarbeit durch das Kanzleramt im Jahr 1975 – kurz vor Einzug der Regierung in den Neubau. Dieses Kapitel steht innerhalb der Arbeit wie ein eigenständiger zweiter Akt, der den Vorhang zu einer völlig neuen Bühne aufzieht. Es gehört zum erstaunlichen Phänomen des Bonner Bundeskanzleramtes, dass seine über Jahrzehnte tradierte Charakteristik und Rezeptionsgeschichte völlig auf die Kunstausstattungskampagne von Helmut Schmidt bezogen ist. Sämtliche aufwändigen Inszenierungen und Planungen aus den Jahren 1969 bis 1975 sind dagegen dem Vergessen anheim gefallen. Die Analyse verdeutlicht auch, wie diese *damnatio memoriae* der früheren Ideen effektiv durchgesetzt werden konnte und dekouvriert sie als explizites Anliegen des Willy Brandt nachgefolgten Kanzlers.

#### *Zum Status der Architekturfotografie in dieser Arbeit*

In einer Aufnahme des Hamburger Reportage-Fotografen Wilfried Bauer, die zwischen 1979 und 1982 zu datieren ist, kommt das Unbehagen an der über 100 Meter langen gleichförmigen Kanzleramts-Fassade und insbesondere an dem abweisenden Zaun entlang der Adenauerallee ins Bild (Abb. 2). So wie sich der Betrachter der Fotografie von der vergitterten Ansicht zurückgewiesen fühlt, scheint auch eine Auseinandersetzung mit der dahinter liegenden Architektur zurückgewiesen worden zu sein. Kurz vor Auszug der Regierung im Jahr 1999 hat das Kanzleramt, nun in Farbe fotografiert, an Wärme gewonnen, jedoch gilt Gabriele Kahnerts Aufmerksamkeit nicht der Architektur, sondern dem Ambiente und der Atmosphäre der Räumlichkeiten (Abb. 3). Ihr Blick interessiert sich für Polstersessel und Topfpflanzen auf der ehemaligen Politikbühne. Ihre menschenleeren Bilder stehen in der Traditionslinie der insbesondere von Karl-Heinz Bohrer geführten Kritik am erstickend-biederem Politikstil in Bonn während der Ära Helmut Kohl.<sup>53</sup> Nach dem Regierungsumzug wurde das Gebäude, das heute als Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung genutzt wird, von 2002 bis 2005 generalsaniert. Eine

<sup>53</sup> K. H. BOHRER, *Nach der Natur*, 1988.



Abb. 2 Wilfried Bauer: Bundeskanzleramt hinter dem Zaun, der die Anlage sichert. Aufnahme zwischen 1979 und 1982.



Abb. 3 Gabriele Kahnert: Empfangszimmer des Bundeskanzlers, genannt Heckel-Zimmer. Aufnahme vor 1998.

ausführende Baufirma ermöglichte dem ersten sich genuin für die Architektur interessierenden Fotografen, Josef Schulz, den Zutritt zum Haus. Schulz, der bei Bernd Becher und Thomas Ruff studiert hat, rückte Architekturraum und Materialität ins Zentrum seiner Fotografien. Sie sind zugleich die letzten Bilder des Kanzleramts, die den Zustand der Innenausbauten vor deren teilweisen Rückbau dokumentieren (Taf. 1).

Die fotografischen Positionen aus drei Jahrzehnten stecken das Feld ab, in dem Fotografien die Wahrnehmung dieser Architektur entscheidend mitprägten. Der Weg zur Architektur über den Umweg der Archive schließt die Architekturfotografie als visuelle Quelle ein, weswegen es lohnend war, sowohl unbekannte Aufnahmen zu recherchieren als auch die am häufigsten reproduzierten Bilder des Kanzleramtes zu identifizieren. Fo-

tografien der Kanzleramtsarchitektur geben Aufschluss über deren jeweilige zeitgenössische Wahrnehmung. Gerade bei der Aufnahme von Bauer bleibt offen, ob das Foto eine Rezeptionsverweigerung zum Ausdruck bringt, die gesellschaftliche Stimmung gegenüber dem Gebäude seismografisch auffängt oder ob Fotografien dieser Art eine solche kritische Haltung gegenüber dem Bauwerk erst entstehen ließen. Eine Wechselwirkung dieser Aspekte ist wahrscheinlich.

Ein viertes Bildbeispiel zeigt indes schlagend, dass sich Fotografien und Architekturkritik bezüglich der Wahrnehmungsgeschichte des Kanzleramtsneubaus sekundiert haben. Der zeitlebens viel fotografierende Architekturhistoriker Heinrich Klotz fertigte im Februar 1976 eine Fotoserie des noch im Bau befindlichen Gebäudes an, wobei er Aufnahmen in Schwarz-Weiß und in Farbe vom jeweils gleichen Betrachterstandpunkt aus machte (Taf. 2, Abb. 4–5). Noch im Jahr 1984 illustrierte er den Wiederabdruck eines seiner Artikel zum Bonner Baugeschehen mit einer dieser Serie entstammenden, den Blick mehr versperrenden denn zulassenden Fotografie (Abb. 5), obwohl zum Zeitpunkt des Wiederabdrucks attraktivere Aufnahmen zur Verfügung gestanden hätten. Klotz' Bilder lassen die Architektur bis auf die Obergeschosse hinter einem hölzernen grünen Bauzaun samt Stacheldrahtbekrönung verschwinden oder aber aufgeständert über dem Sandboden der Baustelle wie in einer Sandkiste aufwachsen. Die Architektur wird dadurch vom Umraum isoliert, ins Zweidimensionale gedrängt und banalisiert. Die Verwendung dieser Fotografien in Klotz' Veröffentlichungen, die wie oben geschildert maßgeblich waren für die Durchsetzung einer kritischen Rezeptionshaltung in der Architekturgeschichtsschreibung, belegt – und befördert weiterhin – die fortdauernde Verweigerung einer Auseinandersetzung mit dieser Architektur auch noch Jahre nach Fertigstellung.

Für diese Studie muss daher der Grundsatz gelten, dass Fotografien sowohl als Quelle hinsichtlich von Wahrnehmung als auch als diese beeinflussend in der Rezeptionsgeschichte zu berücksichtigen sind. Sie stellen die verbindende Brücke dar zwischen den beiden Forschungsgegenständen, dem Architekturartefakt und seiner Rezeptionsgeschichte. Dies hat Konsequenzen für den Status der Bilder in diesem Buch. Manche Fotografien werden aufgrund ihrer Bildkomposition und des vermittelten Eindrucks der Architektur in der Arbeit beprochen. So sind die Fotografien von Heinrich Klotz Beispiele für Aufnahmen, die das Haus zugleich zeigen und verbergen, vielleicht weil eine genauere Betrachtung der Architektur vom Fotografen für unwürdig erachtet wurde. Andere Fotografien illustrieren hingegen die im Text besprochenen Baudetails. Manche Bilder werden in beiden Funktionen herangezogen. Doch nach Möglichkeit wurden zur Unterscheidung der Bildgruppen in den Bildunterschriften die Namen der Fotografen vorangestellt, wenn die Fotografie als komponiertes Architekturbild gezeigt und besprochen wird.





Abb. 4 Heinrich Klotz: Bundeskanzleramt, Ansicht von Südwesten hinter Bauzaun und Stacheldraht, Aufnahme Februar 1976.



Abb. 5 Heinrich Klotz: Bundeskanzleramt. Aufnahme Februar 1976.



## Erstes Kapitel

### Reformprojekt Regierungsmodernisierung

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 veränderte die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend. Nach 20 Jahren, in denen durchgängig die Unionsparteien die Regierung gebildet hatten, gab es nun erstmals eine Stimmenmehrheit für eine sozialliberale Koalition. Willy Brandts Wahlsieg gilt in mehrerlei Hinsicht als Zäsur. Oft wird dieser »Machtwechsel« auch als Neugründung der Bundesrepublik bezeichnet.<sup>1</sup> Brandt trat mit einem Regierungsprogramm an, das tiefgreifende gesellschaftliche und institutionelle Reformen anpackte. Hierbei wurde nicht gezaudert: Nach Koalitionsverhandlungen wurde Willy Brandt am 21. Oktober mit einer knappen Mehrheit der sozialliberalen Koalition zum Bundeskanzler gewählt, übernahm die Geschäfte der Bundesregierung, und bereits am 4. Dezember, nur sechs Wochen nach den Bundestagswahlen, beschloss das Bundeskabinett einen Kanzleramtsneubau. Bereits an dieser Priorisierung ist erkennbar, dass sich das Bauprojekt mit den Reformanstrengungen der neuen Regierung inhaltlich verband und eine Symbolik nahelag, bei der ein erhoffter zeitnaher Baubeginn die neue Regierung als zupackend und tatkräftig kennzeichnen würde. Ein »Monument des Machtwechsels« wurde hier geplant.<sup>2</sup> Diese Bewertung geht weit über den genuin sozialdemokratischen Wunsch nach einer modernen Anmutung des Gebäudes hinaus, den Heinrich Wefing mit der historischen Zäsur verknüpft hat, ohne diese Deutung näher zu erläutern.<sup>3</sup>

Während Willy Brandt sich seinen Aufgaben als Regierungschef widmete und kaum Interesse für Baufragen zeigte, war es sein Kanzleramtschef Horst Ehmke, der das prestigeträchtige Bauprojekt mit Nachdruck vorantrieb. Ehmke, Jahrgang 1927 und seit 1963 Professor für öffentliches Recht in Freiburg, übernahm am 22. Oktober 1969 im Alter von 43 Jahren die Position als Chef des Bundeskanzleramtes im Rang eines Bundesministers für besondere Aufgaben. Er galt als rechte und linke Hand Willy Brandts, als Macher, als energischer Manager, zeitweilig als »bestinformierter Mann der Bundesregierung«.<sup>4</sup> In jungen Jahren war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt gewesen.<sup>5</sup> Von 1963 bis 1966 war er Prozessvertreter des »Spiegels« beim Bundesverfassungsgericht nach der Spiegel-Affäre.<sup>6</sup> Zudem hatte er Conrad Ahlers,

---

<sup>1</sup> Den Begriff »Machtwechsel« prägte Bundespräsident Gustav Heinemann Anfang 1969. Vgl. G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 346.

<sup>2</sup> W. Diederichs, *Ärgerliche Betonburg aus der Retorte*, in: *Die Welt*, 27.7.1972.

<sup>3</sup> Vgl. H. WEFING, *Heimatlosigkeit*, 2006, S. 8.

<sup>4</sup> U. Bergdoll, In Ehmkes Hand laufen alle Fäden zusammen, *General-Anzeiger*, 10./11.1.1970. – Zur weiteren Charakterisierung Ehmkes als energischer Kanzler-Adlatus und gar als dessen potenzieller Nachfolger vgl. E. GOYKE, *Die 100 von Bonn*, 1971, S. 57–60.

<sup>5</sup> Findbuch Depositum Horst Ehmke, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

<sup>6</sup> Vgl. Der Macher, in: *Der Spiegel*, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28–38, hier S. 28.

den späteren Pressechef der Regierung Brandt, 1967 in einem Strafrechtsprozess anwaltlich vertreten.<sup>7</sup> Wie der Kieler Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaft Reimut Jochimsen (siehe Abb. 15), den Ehmke von der Universität Freiburg kannte und zum Leiter des nun in den Rang einer neuen Abteilung erhobenen Planungsstabes im Kanzleramt machte, hatte Ehmke Studienjahre in den USA verbracht.<sup>8</sup> Die dort an den Universitäten vermittelten Managementtechniken kamen in der Bundesrepublik gerade neu auf, und Ehmke war einer ihrer frühen Protagonisten. Im Rahmen breit angelegter Modernisierungsmaßnahmen der Bundesregierung, unter anderem mit dem Ziel einer umfassenden Verwaltungs- und Kabinettsreform, wollte er dem Amt des Regierungschefs erstmals ein adäquates Hauptquartier geben, das in organisatorischer, personeller, technischer und räumlicher Hinsicht eine neu formulierte Aufgabe als zentrale Schaltstelle der Regierung und kommunikative Drehscheibe der Ressorts wahrnehmen sollte.<sup>9</sup>

Dieser Zusammenhang wurde für den Kanzleramtsneubau bisher nicht oder nur oberflächlich erkannt. Über die Bauherrenintention hieß es lediglich, zur »Erfüllung neuer Planungs- und Koordinationsaufgaben, welche das Bundeskanzleramt mit der Regierungsbildung 1969 übertragen bekommen hatte«, sollten im Neubau »alle Abteilungen der Regierungszentrale unter einem Dach vereint sein«.<sup>10</sup> Hierfür musste »Platz geschaffen« werden, da sich auch die Mitarbeiterzahl nach dem Regierungsantritt binnen weniger Monate fast verdoppelte. Diese Veränderungen gehen jedoch unmittelbar auf den Reformeifer der Regierung zurück, waren nicht etwa vorausgegangene Entwicklungen, auf die man jetzt reagierte. Welche neuen Aufgaben das Amt hatte und dass diese Bestandteil einer vollständigen Neukonzeption des Geschäftsablaufs in der Bundesregierung und neuartiger Vorstellungen von Aufgabenbereich und Wirkungsabsicht der staatlichen Politik waren, wurde über solche Feststellungen hinausgehend bisher nicht thematisiert. Dies und die Anforderungen, die in der Folge an den Neubau bestanden, sollen als Grundlage der Architekturbetrachtung vergegenwärtigt werden. Überraschend ist nicht zuletzt das bereits angesprochene hohe Tempo, mit dem das Neubauprojekt direkt nach der Regierungsbildung auf den Weg gebracht wurde. Woher kamen nach dem Regierungswechsel so schnell Idee, Konzeption und interne Zustimmung? In welchem gesellschaftlichen Klima fand dies statt? Weshalb erschien das seit 1949 genutzte Palais Schaumburg nicht mehr für Kanzler- und Kabinettsarbeit geeignet? Wie rechtfertigte die Regierung die Notwendigkeit und Ausgestaltung eines Neubaus? Welche Vorstellungen von der Zukunft des Regierens in einem Neubau wurden hier wirksam?

<sup>7</sup> Findbuch Depositum Horst Ehmke, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

<sup>8</sup> W. Süß, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 359.

<sup>9</sup> Vgl. das programmatische Papier zur Neustrukturierung des Bundeskanzleramtes von Horst Ehmke: Der Chef des Bundeskanzleramtes: Organisation, Personalstruktur und Unterbringung des Bundeskanzleramtes, 8.3.1970, BArch B 136/41164 u. a. O.

<sup>10</sup> So formuliert in dem Beitrag zu einer offziösen Publikation H. WEFING, Heimatlosigkeit, 2006, S. 193.

## 1. Rechtfertigung des Neubaus

1.1 *Modernisierung als gesellschaftliches Leitthema*

Die hochfliegenden Pläne Horst Ehmkes für einen modernen, funktionalen Kanzleramtsneubau, in dem »modern regiert«<sup>11</sup> werden kann, waren getragen von starken kulturellen Strömungen der 1950er und 1960er Jahre, die sich als ein die ganze Gesellschaft erfassender Modernisierungsdiskurs beschreiben lassen. Aumann und Metzler befürworten bezogen auf diese Prozesse die Periodisierung der »langen 1960er Jahre«, womit der Zeitraum von 1955/57 bis 1973 abgegrenzt ist.<sup>12</sup> Es handelt sich dabei um eine Transformationsperiode und eine

»Reformzeit, in der sich postindustrielle Strukturen durchzusetzen begannen, sich eine neue kollektive Mentalität herausbildete und sich vollends eine medial fundierte Massenöffentlichkeit formierte. Wissenschaft und Technik waren in dieser Zeit bedeutende gesellschaftliche Faktoren, und die Öffentlichkeit zeigte sich davon beeindruckt, enorm fortschritts- und machbarkeitsgläubig.«<sup>13</sup>

Gabriele Metzler untersuchte für diesen Zeitraum zeitgenössische Regierungskonzepte, die dem Modernisierungsdiskurs folgten.<sup>14</sup> Als Motor hinter der überwältigenden Überzeugungskraft identifiziert sie Ideen, ohne die Konzeptionen politischen Handelns, die von der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Zustände durch die Politik ausgehen, gar nicht vorstellbar wären. Sie benennt dieses kollektive Ideengut oder den Zeitgeist mit dem Begriff Machbarkeitsvorstellungen.<sup>15</sup> Als Erbe der Aufklärung handele es sich dabei um das Vertrauen in die wachsende menschliche Vernunft und in den wissenschaftlichen Fortschritt. In den 1960ern wurden diese Vorstellungen aktualisiert und konkretisiert. Erstmals in der Geschichte der modernen Technologien überlagerten optimistische Zukunftseinschätzungen ihren ideengeschichtlichen Zwilling, den Kulturpessimismus, der seit der Industrialisierung stets mit technologischen Neuerungen einhergegangen sei.<sup>16</sup> Die langen 1960er Jahre waren geprägt von überbordendem Zukunftsoptimismus, von Fortschrittseuphorie und der Vorstellung, gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen der Zukunft erfolgreich bearbeiten, kontrollieren und regulieren zu können. Metzler spricht von dieser Zeitspanne als einem »Ausnahmejahrzehnt«.<sup>17</sup> Es war euphorisiert durch die scheinbar unendliche Energiequelle, welche die zivile Nutzung der Atomenergie erschloss.<sup>18</sup> Atomkraft wurde durchgängig als positiv wirksam eingeschätzt

<sup>11</sup> Ein ganzer Diskurs der 1960er Jahre lässt sich Metzler zufolge unter der Fragestellung »Werden wir modern regiert?« zusammenfassen. Dieser war eng verbunden mit dem Thema »Werden wir demokratisch regiert?«. Vgl. G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 262.

<sup>12</sup> P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009, S. 14; G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 779.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005; ebenso der pointierte Aufsatz G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003.

<sup>15</sup> Vgl. hier und im Folgenden G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 778.

<sup>16</sup> Vgl. ebd.

<sup>17</sup> Die 1950er Jahre seien dagegen noch deutlich kulturkritisch-konservativ geprägt gewesen, und nach der Ölkrise von 1973 entwickelte sich erneut Technikskepsis. Vgl. G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 778.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 779ff.

und erschien als Basis eines unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums. Und gerade die Existenz einer Atomenergiewirtschaft führte zu der Auffassung, dass die künftigen Entwicklungen in diesem Bereich staatlich gesteuert werden müssen, um die Gefahrenkontrolle in der öffentlichen Hand zu wissen. So entstanden neue Aufgabenfelder und Gestaltungsmöglichkeiten für die staatliche Verwaltung. Sie folgten dem Wunsch nach einer Politik, die aktiv gestalterische Aufgaben übernehmen sollte.<sup>19</sup> Diese Politik war stets auf die Zukunft der Gesellschaft ausgerichtet.<sup>20</sup>

Hinter solchen Vorstellungen, so Metzler, sei die Auffassung vom Staat als einem »regulierbare[n] System« erkennbar.<sup>21</sup> Diese Vorstellung zeigt, dass neues Theorieangebot aus den Sozialwissenschaften von der Politik aufgesogen worden ist: Genau zu diesem Zeitpunkt lieferten die Sozialwissenschaften mittels systemtheoretischer Modelle neue Muster für die Beschreibung und Gestaltbarkeit von Gesellschaft. Das Fach Soziologie hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland neu erfinden müssen und stieg nun zur Leitwissenschaft der Gesellschaftsdeutung auf.<sup>22</sup> Der Politik lieferte sie Modelle an die Hand, denen zufolge künftige Entwicklungen steuerbar erschienen. Fehlentwicklungen wären bei vorausschauender politischer Planung generell vermeidbar, Krisen vorhersehbar und Probleme lösbar. In Metzlers Deutung verweist insbesondere die forcierte Forschungspolitik darauf hin, dass sich das »Denken über ›machbares‹ Verwaltungshandeln grundlegend verändert hatte und zunehmend im Horizont der ›Wissensgesellschaft‹ verortet war.«<sup>23</sup>

Diese Stimmung und die zugehörigen Ideenwelten als Bezugsrahmen können nicht ausgiebig genug vergegenwärtigt werden. Sie bildeten den Hintergrund für eine Reform der Regierung insgesamt. Tatsächlich wurden die Reformer von einer Welle des Optimismus getragen und getrauten sich, komplexe Aufgabenstellungen anzugehen, da sie über wissenschaftliche, methodisch kontrollierte und daher gegen Irrtümer gefeierte Handlungstechniken zu verfügen meinten und sich damit besser gerüstet wähnten als jede Regierung vor ihnen.<sup>24</sup> Modernisierungs- und Demokratisierungsdiskurs waren eng miteinander verknüpft, galten die beiden Prozesse doch »häufig als zwei Seiten derselben Medaille.«<sup>25</sup> Das Politikverständnis der Regierungsequipe Brandt sieht Metzler darin gespiegelt: »Deren Wille zum Wandel und die Reflektion bereits vonstatten gehender Veränderungen ließ sich schließlich kaum knapper und präziser formulieren als in dem Slogan, mit dem Willy Brandt und seine SPD 1969 in den Wahlkampf zogen: ›Wir schaffen das moderne Deutschland.«<sup>26</sup>

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 789.

<sup>20</sup> Laut G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, grundlegend für die Legitimation der Planung in der Politik der schmale Band T. ELLWEIN, *Politik und Planung*, 1968. Ellwein betont besonders die Notwendigkeit eines zukunftsorientierten Agierens der Politik durch Planung.

<sup>21</sup> G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 789.

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 779.

<sup>23</sup> Ebd., S. 781.

<sup>24</sup> Hingewiesen sei auch auf die prosperierende Zukunftsforschung in den 1960er Jahren. Dazu rezent E. SEEFRIED, *Zukünfte*, 2015.

<sup>25</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 262.

<sup>26</sup> Ebd.



Abb. 6 Erste Kabinettsitzung der sozialliberalen Koalitionsregierung im Palais Schaumburg, 22.10.1969. V. l.: Walter Scheel, Willy Brandt, Horst Ehmke, Hans-Dietrich Genscher, Alex Möller, [Fotograf], Josef Ertl, Helmut Schmidt. Vorne r.: Erhard Eppler.

### 1.2 Das Bundeskanzleramt im Palais Schaumburg

Nach dem Wahlsieg bezogen Willy Brandt und sein Kanzleramtschef Horst Ehmke die Regierungszentrale im Palais Schaumburg (Abb. 6). Sie fanden dort räumliche Bedingungen vor, die nicht zu ihren Vorstellungen von modernem Regieren passten. Schon der schlechte bauliche Zustand des Palais könnte den rasch formulierten Neubauwillen der neuen Regierung erklären. Daher soll als erstes das bisher genutzte Kanzleramtgebäude vergegenwärtigt werden. Daran schließt sich die Analyse eines rhetorisch geschliffenen längeren Schriftstückes an, mit dem Horst Ehmke die baulichen Mängel des Palais Schaumburg zur Rechtfertigung eines Neubaus fruchtbar machte.

Das Palais Schaumburg wurde unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik als Haus für den Bundeskanzler ausgewählt.<sup>27</sup> Konrad Adenauer zog 1949 mit einem Schreibdienst ein, obwohl das auf den ersten Blick attraktive kleine Palais in einem baulich erheblich schlechteren Zustand war, als man das erwartet hatte. Das Amt selbst entwickelte sich erst im Verlaufe von Adenauers Kanzlerschaft aus klassischen Sekretariatsfunktionen heraus.<sup>28</sup> In historisch-vergleichender Perspektive ist dieser Einzug eines Regierungschefs in

<sup>27</sup> Zur Ersteinrichtung des Kanzleramtes im Palais Schaumburg und zu dessen schlechtem Zustand im Jahr 1949 vgl. J. KRÜGER, *Finanzierung*, 2006, S. 27–35, aber auch die älteren Darstellungen G. BEHREND, *Bundeskanzleramt*, 1967; K. DREHER, *Kampf um Bonn*, 1979, hier insbes. S. 201–220; O. BERTRAM, *Ausgerechnet Bonn*, 1989, S. 155–160; G. MÜLLER-LIST, *Bonn als Bundeshauptstadt*, 1989; B. BAUMUNK / G. BRUNN, *Hauptstadt*, 1989.

<sup>28</sup> Zur historischen Entwicklung des Bundeskanzleramtes als Regierungszentrale vgl. G. BEHREND, *Bundeskanzleramt*, 1967; S. SCHÖNE, *Reichskanzlei*, 1968; F. MÜLLER-ROMMEL / G. PIEPER, *Regierungszentrale*, 1991; T. KNOLL, *Organisation*, 2004.

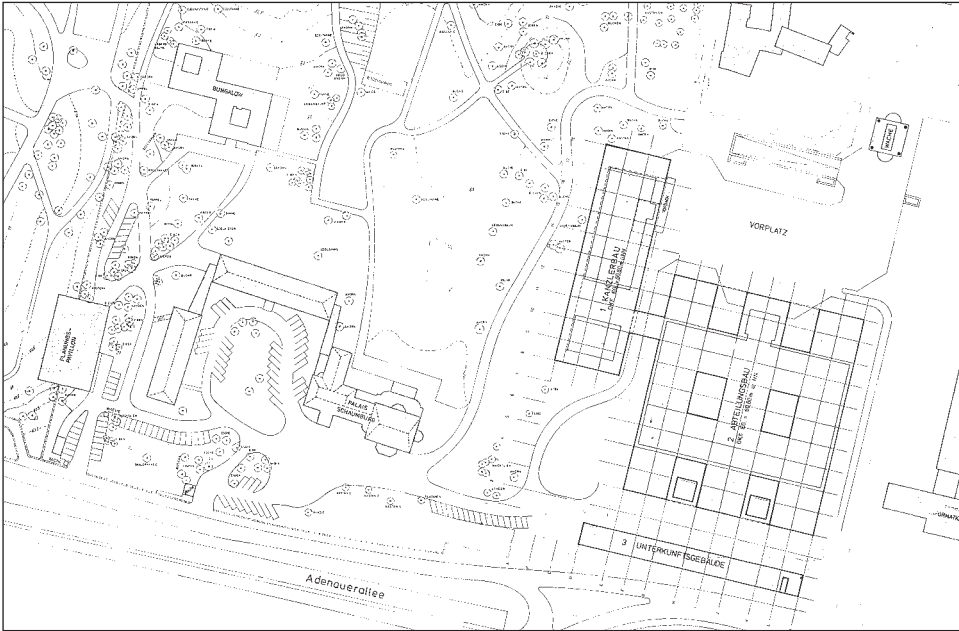


Abb. 7 Lageplan mit Palais Schaumburg, den Häusern II und III, Kanzlerbungalow, geplantem Kanzleramtsneubau (rechts) und ephemerem Planungspavillon (ganz links), Stand: Oktober 1974.

ein überkommenes repräsentatives Palais – zu Beginn ohne nennenswerten Apparat ausgestattet, der sich erst später ausdifferenzierte – mit dem Einzug Otto von Bismarcks in das prächtige Palais Schulenburg in der Berliner Wilhelmstraße vergleichbar, denn nach der Reichsgründung im Jahr 1871 wurde primär eine repräsentative Adresse für Wohnung und Dienstort des Reichskanzlers benötigt.<sup>29</sup>

Das klassizistische Palais Schaumburg mit einem bis ans Rheinufer hinunterreichenden Landschaftspark aus dem 19. Jahrhundert liegt an der Adresse Adenauerallee 120, welche damals noch Koblenzer Straße hieß (Abb. 7). Sie verbindet das Bonner Stadtzentrum im Norden mit dem Villen- und Wohnviertel Bad Godesberg, das sich am Rhein entlangzieht.<sup>30</sup> In unmittelbarer Nachbarschaft wurde auch das Parlamentsgebäude in der ehemaligen Pädagogischen Akademie (Martin Witte, 1930–33) eingerichtet.<sup>31</sup> Das Bundespräsidialamt zog in die eigens durch den Bund angekaufte Villa Hammerschmidt auf dem Nachbargrundstück. So entstand innerhalb nur weniger Wochen, die für Sanierungs- und

<sup>29</sup> Zum Palais des Reichskanzlers Bismarck in der Berliner Wilhelmstraße vgl. L. DEMPS, Berlin-Wilhelmstraße, 2000 sowie H. WILDEROTTER, Alltag der Macht, 1998. Das Palais wurde eigens für den Reichskanzler angekauft. – Zur Baugeschichte des Palais Schulenburg als Vertreter des Bautypus des Berliner Barockpalastes vgl. M. MERTENS, Barockpaläste, 2003, bes. S. 452–458.

<sup>30</sup> Zur Bonner Villenkultur siehe O. SONNTAG, Villen, 1998; darin zur Baugeschichte des Palais Schaumburg Bd. 1, S. 174–181, und Bd. 2, S. 213–225, mit zahlreichen Plänen und Abbildungen.

<sup>31</sup> Zum Umbau der Pädagogischen Akademie zum Parlamentsgebäude durch den Architekten Hans Schwippert vgl. C. WERHAHN, Schwippert, 1987; H. WEFING, Selbstdarstellung, 1995; G. BRENDGENS, Demokratisches Bauen, 2008; G. BREUER/P. MINGELS/C. OESTEREICH, Schwippert, 2010.





Abb. 8 Die Häuser II und III links, mittig Palais Schaumburg, rechts oben Neubau Bundeskanzleramt. Aufnahme 14.10.1991.

Umbaumaßnahmen der durch Krieg und Besetzung in Mitleidenschaft gezogenen Objekte zur Verfügung standen, der Kern des zukünftigen politischen Viertels am Rhein.<sup>32</sup> Die meisten Liegenschaften waren aus früherem Reichsbesitz in den Besitz des Bundes übergegangen. Zugleich boten gerade die Villengrundstücke auch einen gewissen repräsentativen Rahmen. Auf diese Festlegungen der unmittelbaren Nachkriegszeit wird hier soweit knapp verwiesen. Sie erfolgten in großer Eile. Der Charakter des Regierungssitzes Bonn wurde durch diese Standortfestlegungen maßgeblich geprägt.

Das Palais Schaumburg ist mit zwei Stockwerken und Mezzaningeschoss ein eher kleines klassizistisches Schlösschen (Abb. 8). Ursprünglich war der Bau sogar noch kleiner; der Architekt Josef Porcher hatte ihn 1858–60 als zweigeschossige Villa errichtet. Größe und Raumdisposition entsprachen einer barocken *maison de plaisance*.<sup>33</sup> Der zentrale Gar-

<sup>32</sup> Zur Unterbringung der Bundesinstitutionen insbesondere J. KRÜGER, Finanzierung, 2006.

<sup>33</sup> Als *maison de plaisance* wird ein von einem Ziergarten umgebenes Landhaus des 17. und 18. Jahrhunderts französischer Prägung bezeichnet. Als Lustschloss der adligen Oberschicht hat es in der Regel keine Residenzfunktion, sondern dient der Erholung und Zerstreuung. Daher ist es formal weniger kodifiziert. Typisch sind die Betonung der Gartenseite und höchstens zwei Geschosse mit Doppelappartements. Vgl. E. SEIDL, Lexikon der Bautypen, 2006, Lemma »maison de plaisance«, S. 336–339.



Abb. 9 Palais Schaumburg, neues Eingangsves-  
tibül von Hans Schwippert (1949).

tensaal im Erdgeschoss ist durch einen trapezförmigen verglasten Erker ausgezeichnet, der sich im darüberliegenden Raum im Obergeschoss ebenso mit Fenstern zum Park hin öffnet. 1894–95 wurde im Auftrag des damaligen Besitzers Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe durch Ernst von Ihne, den preußischen Hofarchitekten, auf der Nordseite ein großer Baukörper im rechten Winkel angefügt, wodurch die L-Form des heutigen Grundrisses geschaffen wurde.<sup>34</sup> Nach 1929 entstanden im Palais Mietwohnungen und gewerbliche Büros, bis 1939 das Deutsche Reich das Anwesen erwarb und militärische Dienststellen einquartierte. 1945 bis 1949 nutzten das belgische und nach dessen Abzug im Juli 1949 das britische Militär das Palais.<sup>35</sup> Eine Woche nach der Kanzlerwahl am 15. September 1949 bat Adenauer die britischen Besatzungstruppen um Freigabe des Baus. Am 3. November 1949, dem Tag, an dem Bonn vom Bundestag zur Hauptstadt bestimmt worden war, wurde das Palais zur Verfügung des Bundes freigegeben. Zwei Tage später bestimmte Adenauer es zu seinem Dienstsitz. Schon am 25. November wurde bei noch laufenden Bauarbeiten eingezogen. Der Architekt Hans Schwippert war damit betraut, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.<sup>36</sup> Tatsächlich erwies sich die Bausubstanz, die man vor der Freigabe durch die Besatzungsmächte nicht hatte in Augenschein nehmen können, als unterwartet marode. »Die Heizungsanlage war unbrauchbar, die elektrischen 110-Volt-Leitungen zum Teil bereits verschmort, das Haus war vom Schwamm

<sup>34</sup> Ihne »harmonisierte [zudem] mit einigem Geschick die Fassaden«. Auch das Mezzaningeschoss wurde von Ihne eingezogen. H. WEFING, *Heimatlosigkeit*, 2006, S. 193.

<sup>35</sup> Vgl. J. KOPPETSCH, *Palais Schaumburg*, 2006.

<sup>36</sup> Schwippert wurde der Auftrag für den Umbau direkt von Hermann Wandersleb erteilt, dem Leiter des Büros »Bundeshauptstadt« und Chef der Landeskanzlei. Vgl. C. WERHAHN, *Schwippert*, 1987, S. 190. Am 9. November 1949 wies Wandersleb den Architekten an, bis zum 15. November 1949 den Einzug des Kanzlers in seine Diensträume zu ermöglichen. Vgl. Vermerk Atelier Prof. Dr. Ing. Hans Schwippert, *Bundeshaus Bonn*, 18.11.1949, BArch B 157/3448.

befallen, und die belgischen Besatzungstruppen hatten die Fußböden ruiniert.«<sup>37</sup> Dieses Erbe der improvisierten Anfangsmonate sollte während der folgenden 20 Jahre zu fundamentalen organisatorischen und technischen Problemen führen.

Einige markante Umbauten des Gebäudes tragen Schwipperts Handschrift: Die Überdachung der Vorfahrt, der Eingangsbereich mit Treppe, das Vestibül mit Treppenhaus zeigen zurückhaltend moderne Formen der 1950er Jahre und harmonisieren mit der klassizistischen Altbausubstanz (Abb. 9).<sup>38</sup> Die repräsentative Ausstattung im Innern wurde zunächst mittels Leihgaben von Möbeln und Bildern aus Bonner und Kölner Museen improvisiert. So kam trotz beschränkter Budgets ein wenig staatstragendes Flair zustande. Eine Küche fand im Keller Platz, während Büroarbeitsplätze in allen verfügbaren Räumlichkeiten untergebracht wurden, auch noch in den Mansardzimmern unter dem Dach. Die zweckfremde Nutzung ist dem historischen Bau über die Jahrzehnte weiter an die Substanz gegangen. Zugleich war eine adäquate technische Anpassung an den Bürobetrieb nur begrenzt möglich.

Zur Gartenseite hin entfaltet das Palais im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss bei lichter Raumhöhe langgestreckte, aber nicht sehr tiefe Raumfolgen. Im ebenerdigen Gartensaal tagte das Kabinett (siehe Abb. 6). Fotografen mussten sich drängeln, denn die große Tischrunde füllte den kleinen Raum nahezu aus. Im angrenzenden Zimmer, das sich L-förmig in den Ihne-Bau hinüberzieht, fanden gesetzte Essen an ebenfalls L-förmiger Tafel statt, was protokollarisch nie ganz einwandfreie Sitzordnungen erzwang. Im Obergeschoss befanden sich das Kanzlerarbeitszimmer mit angrenzenden Sekretariatsräumen sowie ein kleinerer Kabinettsaal. Das Arbeitszimmer, das sich mit dem Erker attraktiv zum durch alten Baumbestand geprägten Landschaftspark öffnet, nutzten nach Adenauer auch Ludwig Erhard, Karl-Georg Kiesinger und Willy Brandt (siehe Abb. 94), ohne entscheidende gestalterische Veränderungen vorzunehmen. Adenauer hatte einen selbst entworfenen Schreibtisch mit Stilmöbeln aus einem Kölner Einrichtungshaus, einigen antiken Stücken und mit Landschaftsmalereien des 17. und 18. Jahrhundert kombiniert.<sup>39</sup> Gardinen, Möbelstoffe und Teppiche waren in gedeckten Tönen gehalten, von Lindgrün über Senfgelb zu Rotbraun. Erst Helmut Schmidt richtete sich hier 1974 angelehnt an den Stil der klassischen Moderne neu ein. Er kombinierte dunkle, kantige Holzmöbel mit weißen Lampen.

Im südlichen Seitenflügel des Palais befand sich zu Zeiten Adenauers noch eine kleine Privatwohnung für den Bundeskanzler, für die er Miete zahlte und die mit dem Bau des Kanzlerbungalows im Park – dem neuen Kanzlerwohnhaus, das Ludwig Erhard 1963 durch Sep Ruf errichten ließ – weiteren dringend benötigten Büroräumen wich.<sup>40</sup> Dem

<sup>37</sup> Zu diesem Zusammenhang J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 35, dort auch das Zitat.

<sup>38</sup> Dass nicht das gesamte Palais diese zeitgenössische Umgestaltung erfuhr, ist dem konservativen Geschmack Adenauers geschuldet, der dem Architekten nach einem Jahr den Auftrag im Streit entzog. Vgl. G. BREUER, Bundeshaus, 2009.

<sup>39</sup> Vgl. J. KOPPETSCH, Palais Schaumburg, 2006.

<sup>40</sup> Zu Baugeschichte und architekturhistorischer Verortung des Kanzlerbungalows vgl. B. KÖRNER, Kanzlerbungalow, 2001; G. ADLBERT, Kanzlerbungalow Erhaltung, 2009; G. ADLBERT, Kanzlerbungalow, 2009.

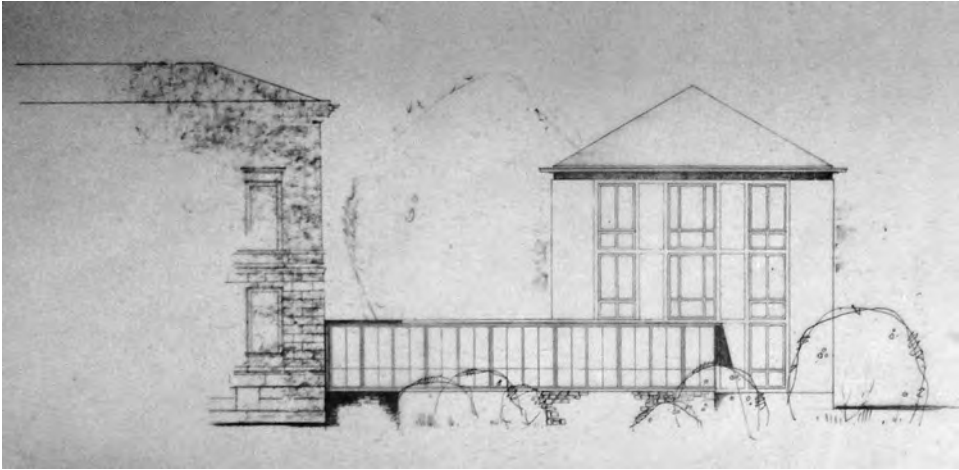


Abb. 10 Ansichtzeichnung Haus II von Osten. Gläserner Laubengang in Längsstreckung.

Typus nach entsprach das Bundeskanzleramt im Palais bei seiner Einrichtung im Jahr 1949 damit einer Residenz. In Konrad Adenauers Pass war es als offizieller Wohnsitz eingetragen, obwohl der betagte Adenauer in seinem eigenen Haus in Rhöndorf wohnte und das Appartement lediglich tagsüber zum Ausruhen nutzte.<sup>41</sup> Mit dem umgebenden Park entsprach diese kleine Residenz im Park den bürgerlichen Idealvorstellungen vom Wohnen im Grünen.

Die Zersplitterung des Kanzleramtes auf mehrere Standorte begann schon in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik: Nur die Repräsentationsräume für Kabinett und Bundeskanzler und sein Sekretariat konnten im kleinen Palais untergebracht werden. Einige Büros kamen eher schlecht als recht mit unter, wie Schilderungen aus den 1950er Jahren vermitteln, so etwa der Sprachendienst des Bundeskanzleramtes: »Früher war das Haus eine etwas größere Villa. Und das ist es auch heute noch. Die Büros, die man hier hineingepreßt hat, passen nicht recht hierher, und die Sekretärinnen tun einem etwas leid. Sie müssen in oft recht kleinen Zimmern arbeiten.«<sup>42</sup> Die übrigen Abteilungen arbeiteten bereits damals an sieben verschiedenen umliegenden, teilweise improvisierten Adressen, was zu Behinderungen der Abläufe führte.<sup>43</sup> Daher ordnete Adenauer bald den Bau

<sup>41</sup> Vgl. J. KOPPETSCH, Palais Schaumburg, 2006.

<sup>42</sup> K. O. SKIBOWSKI, Konrad Adenauer, [1953], S. 41.

<sup>43</sup> Das Staatssekretariat des Innern arbeitete im Museum Koenig und in einem provisorisch errichteten »Fachwerkhaus«. Mit dieser Bezeichnung ist ein einfacher Fertigteilbau auf selbigem Grundstück, Koblenzer Straße 164, gemeint; die Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission zog in das ehemalige Hauptzollamt, Koblenzer Straße 125; in einem weiteren Fachwerkhaus auf diesem Grundstück befand sich das Organisationsbüro für die Konsularischen Vertretungen im Ausland. Im Haus Salviati residierte ein Teil des Friedensbüros, Koblenzer Straße 214, und im Stabsgebäude der Ermeikerkaserne waren weitere Räume für das Büro für Friedensfragen vorgesehen; im Wachgebäude derselben Kaserne befanden sich die Devisen- und Pressestelle des Bundeskanzleramtes. Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion, betr. Unterbringung der Dienststellen des Bundeskanzlers bzw. später auswärtiges (sic) Amt, 18.4.1950, BArch B 157/3448.

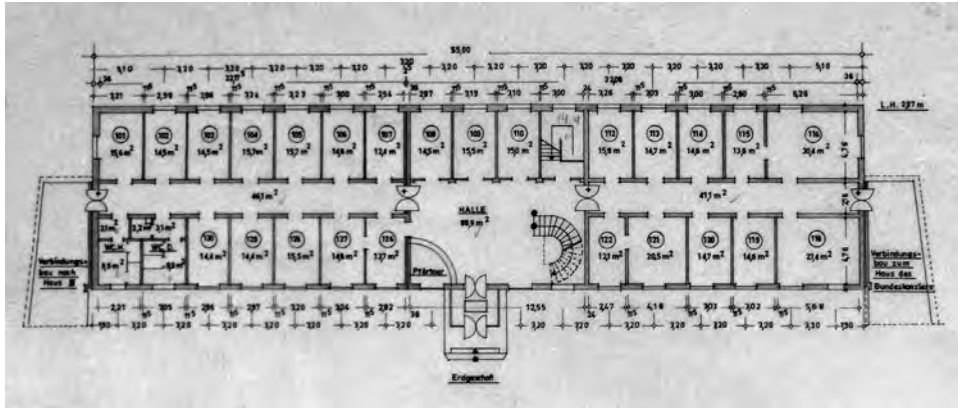


Abb. 11 Grundriss Haus II, Erdgeschoss.

zweier rechtwinklig zueinander gestellter Bürogebäude unmittelbar nördlich des Palais Schaumburg an, die in Bild und Plänen bisher unpubliziert sind (siehe Abb. 7 und 8).<sup>44</sup> Sie entstanden unter Federführung der Bundesbaudirektion 1954–55 in zurückhaltender, am Schwippertschen Umgang mit dem klassizistischen Palais orientierter Gestaltung und wurden nüchtern auf die bis heute beibehaltenen Namen »Haus II« und »Haus III« getauft.<sup>45</sup> Zusammen mit dem Ihne-Flügel des Palais bilden sie in Richtung Adenauerallee einen dreiseitigen Hof aus. Die Erweiterungen haben drei Vollgeschosse und nehmen die Traufhöhe des Palais auf. Der regelmäßige Gliederungsrythmus der Palaisfassaden aus schmalen Fensterachsen mit Lamellen-Läden wurde bei den Neubauten in ein flach gegliedertes Fassadenraster übertragen. Die schiefgedeckten Walmdächer über einer akzentuierten Traufe sind ebenfalls dem Palais angepasst. Die Häuser II und III sind durch unauffällige, verglaste Laubengänge untereinander und mit dem Palais verbunden (Abb. 10). Sie weisen dem Typus des klassischen Bürogebäudes entsprechend eine schmale, langgezogene Grundfläche auf und bieten in allen Stockwerken mit einem mittig liegenden Flur in zweihüftiger Anlage helle Büroräume zu beiden voll durchfensterten Fassaden und den Stirnseiten hin (Abb. 11). Die Größen der Büros entsprechen den Fensterachsen und sind in den Grundrissen bereits eingezeichnet: Büros und größere Besprechungsräume wechseln sich ab.<sup>46</sup>

<sup>44</sup> Standort dieser beiden Erweiterungsbauten ist das Parkgrundstück der ehemaligen Villa Selve, zwischen den Grundstücken Schaumburg und Hammerschmidt gelegen. Die Villa Selve war im Januar 1949 nach Überhitzung der Öfen ausgebrannt und zerstört worden. Das Bundeskanzleramt erwarb das verwilderte Grundstück und erweiterte damit den Park des Palais Schaumburg. Vgl. dreiseitiger Auszug des unveröffentlichten Manuskriptes von Constantin Cramer von Laue: Das Palais Schaumburg, Amtssitz des Bundeskanzlers in Bonn, Bonn 1970, BArch B 157/41170. – Gesamtmanuskript im StA Bonn, Signatur I e 991.

<sup>45</sup> Adenauer genehmigte den Baubeginn am 5. Mai 1954. Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion, 5.4.1954, betr. Erweiterung des Bundeskanzleramtes. – Einzug in Haus III: 2.8.1955; Einzug Haus II: 25.8.1955. Vgl. Vermerk Bau Bundeskanzleramt – Haus II und III (durchgegeben von Herrn Mellin, Reg. I, am 4.9.1974), BArch B 136/41171.

<sup>46</sup> Grundrisse im Liegenschaftsdokumentations-Archiv, Bonn-Mehlem, Liegenschaft ADN-Allee 139–141.

Die Anordnung dieser Erweiterungsbauten erfolgte so geschickt, dass sie trotz ihrer jeweils fast der Größe des Palais entsprechenden Dimensionen unauffällig im Park liegen. Das Palais bekommt durch seine das eigene Volumen verdreifachende Erweiterungen keine Konkurrenz: Dank der abgetönte Farbgebung bleibt der leuchtend weiße Altbau in der Parkumgebung bestimmend, und die Eingangssituation mit Vorfahrt vorn an der Straße ist unbeeinträchtigt. Der hochgewachsene Baumbestand des Parks wirkt sich hier bis heute zusätzlich günstig aus.

Ebenfalls als Erweiterung des Bundeskanzleramtes ist der Neubau des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung als zweiflügliger schlichter Bürobau südlich des Palais Schaumburg zu bewerten, der 1956 fertiggestellt wurde. Unmittelbar danach verabschiedete der Deutsche Bundestag aus deutschlandpolitischen Gründen das Baustoppgesetz für den Bund in Bonn.<sup>47</sup> Da die Raumnot des Kanzleramtes und der Ministerien in der provisorischen Bundeshauptstadt stete Begleiter blieben, wuchsen zwar die Behörden über die Jahre weiter, doch architektonisch wurde der wachsende Raumbedarf nicht vom Bund gestaltet: Man mietete Büroflächen in der Stadt an, die von privaten Investoren errichtet wurden:

»Da der Bund sich durch den Baustop selbst die Hände gebunden hatte, entwickelte sich in Bonn ein privat finanzierter Bauboom: Unternehmer errichteten in großer Zahl Bürogebäude in der Erwartung, sie rasch an den Bund und seine nachgeordneten Behörden, an Verbände und Botschaften vermieten zu können. Eine einheitliche, gezielte Planung, ein städtebauliches Konzept hat der Baustop in Bonn so verhindert.«<sup>48</sup>

Hohe Mietkosten des Bundes waren somit eine Folge des politischen Beschlusses eines Hauptstadtprovisoriums.

Um 1969 stellte sich die räumliche Aufteilung des Kanzleramtes auf verschiedene angemietete Flächen in Bonn so dar: Die Abteilung IV war im ehemaligen Bundesratsministerium in der Adenauerallee 120 untergebracht. Man plante jedoch dessen Abbruch zugunsten einer Tiefgarage für das Auswärtige Amt, sodass sich die Raumfrage hier erneut stellte. Für Abteilung III waren in der Baunscheidtstraße 2 die siebte und achte Etage eines Hochhauses angemietet (für 100 000 Mark Miete pro Jahr) sowie für Abteilung V die Baunscheidtstraße 15 (250 000 Mark jährlich). Insgesamt arbeiteten 1969 allein an diesen ausgelagerten Standorten 134 Bedienstete des Kanzleramtes.<sup>49</sup> Hinzu kam, dass die sozialliberale Regierung binnen kurzer Zeit den Personalstand des Kanzleramtes nahezu verdoppelte.<sup>50</sup> Weitere umfangreiche Büroraum-Anmietungen standen demnach an.

Die baulich und organisatorisch problematische Situation war bereits vor dem Regierungswechsel ein Thema. Die Bauverwaltung hatte seit November 1968 eine Moderni-

<sup>47</sup> Siehe Anm. 13, S. 12.

<sup>48</sup> J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 65.

<sup>49</sup> Zahlen und die Standortangaben vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 21.12.1972, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Überblick über den historischen Planungsstand und die Probleme des Neubauvorhabens, BArch B 136/9836.

<sup>50</sup> Unter der Kanzlerschaft Brandts stieg die Anzahl der Mitarbeiter im Kanzleramt von zuvor etwa 260 auf 470 im Jahr 1978.

sierung des Palais Schaumburg geplant sowie nach Lösungen für den akuten Platzmangel gesucht. Die Planungen sahen unmittelbare Eingriffe in die Bausubstanz des Palais Schaumburg vor, etwa eine eingeschossige Erweiterung am Südgiebel, welche Kabinetsaal, Foyer, Bibliothek und Garderobe aufnehmen sollte.<sup>51</sup> So hätte im Altbau Platz geschaffen werden können für die Einrichtung eines Lagezentrums.<sup>52</sup> Die Architekten Dieter Oesterlen, Hannover und Alexander von Branca, München, wurden im Januar 1969 mit Entwurfsstudien für Erweiterungsbauten beauftragt, ersterer für den Kabinettsbereich, letzterer für die Schaffung von 3000 Quadratmetern Büroflächen.<sup>53</sup> Im Juli lag die Kostenschätzung der Architekten von neun Millionen Mark vor.<sup>54</sup> Vorgesehen war nun die Unterrichtung des Bundeskanzlers durch den Kanzleramtschef, doch die Bundestagswahlen brachten im September den Regierungswechsel.

Erst die neue sozialliberale Regierung benannte nun öffentlich die räumlichen Probleme des Bundeskanzleramtes. Ganz offensichtlich sollten die Pläne zu einem Neubau den Neubeginn unterstreichen, den der Regierungswechsel politisch bedeutete. Die im Folgenden dargestellte Kritik der politischen Akteure am baulichen Zustand des Palais Schaumburg ist somit auf einer zweiten Ebene als Vehikel einer politischen Agenda zu verstehen.

### 1.3 Ehmkes Memorandum

Der neuen Regierung erschien das Amt baulich und in der Zersplitterung auf zahlreiche Ausweichstandorte für ihre Vorhaben ungeeignet, ebenso die Lösungsvorschläge der Vorgängerregierung.<sup>55</sup> Zudem identifizierte Kanzleramtschef Ehmke weitere gravierende Mängel: Den gesamten »organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Zustand« des Amtes gelte es in den Blick zu nehmen, wie er in einem 18-seitigen Papier vom 8. März 1970 ausführlich darstellte.<sup>56</sup> Seine Argumentation, welche die genannten vier Aspekte in unmittelbarem Zusammenhang miteinander bringt, charakterisiert das Neubauprojekt von Grund auf und soll daher im Detail analysiert werden.

<sup>51</sup> Vgl. MD Rossig im BMSchatz an ChefBK, 18.11.1968, betr. Erweiterung der Gebäudeanlage im Bundeskanzleramt, BArch B 134/17252.

<sup>52</sup> Vgl. ChefBK an MD Rossig im BMSchatz, 6.1.1969, BArch B 134/17252.

<sup>53</sup> Vgl. MD Rossig im BMSchatz an Oesterlein und von Branca, 29.11.1969, BArch B 134/17252.

<sup>54</sup> Vgl. Abteilung III (Dr. Schmücker) an Minister über Staatssekretär, 2.7.1969, betr. Erweiterung der Gebäudeanlage des Bundeskanzleramtes, BArch B 134/17252.

<sup>55</sup> Laut der offiziellen Darstellung in der Zeitschrift »Die Bauverwaltung« griff die sozialliberale Regierung bei ihren Neubauplanungen auf die Voruntersuchungen durchaus zurück, kam jedoch zu der Einschätzung, dass beim Palais Schaumburg »durch weitere An- und Umbauten eine befriedigende Lösung nicht zu erzielen war«. H. BOHNENKAMP, Bundeskanzleramt, 1976, S. 406. – In einem Vermerk der Bundesbauverwaltung aus dem Jahr 1970 klingt das so: »Die vorliegenden Planungsstudien zeigen, daß mit einer Erweiterung der Gebäudeanlage des Bundeskanzleramtes keine optimalen Arbeitsbedingungen im Sinne eines modernen »Führungsgebäudes« geschaffen werden können.« Vermerk Referat VII B/2, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, hier: Überschlägliche Ermittlung des Raumbedarfs und der Baukosten, 16.1.1970, BArch B 134/17262.

<sup>56</sup> Der Chef des Bundeskanzleramtes: Organisation, Personalstruktur und Unterbringung des Bundeskanzleramtes, 8.3.1970, S. 2. BArch B 136/41164 u. a. O.

Zu Beginn skizziert Ehmke den baulichen Zustand des Amtes, der in den Augen der neuen Hausherren hinter alle erwartbaren technischen Standards zurückfiel:

»Der technische Zustand des Hauses ist primitiv und antiquiert. Es erfüllt noch nicht einmal die notwendigsten Sicherheitsanforderungen, die man an eine Regierungszentrale stellen muß. Es gibt keine abhörsicheren Räume. Die Telefonanlage ist nicht abhörgeschützt, sie ist außerdem veraltet. Gegensprechanlagen fehlen. Der Aktenumlauf vollzieht sich nur schleppend, nicht zuletzt als Folge der Verteilung der Bediensteten auf (vorerst noch) 5 Häuser. Obwohl der Oberbefehl über die Streitkräfte im Spannungsfall auf den Bundeskanzler übergeht, ist kein Lagezentrum vorhanden; es existiert kein einsatzbereiter Krisenstab. Die Fernmeldeverbindungen zu den wichtigsten in- und ausländischen Regierungsstellen und Bündniseinrichtungen, gerade für Krisen- und Spannungsfälle, sind völlig ungenügend; sie bedürfen eines von Grund auf neuen Konzepts und eines kostspieligen Ausbaus. Das Fehlen moderner technischer Einrichtungen bringt erhebliche Reibungs- und Zeitverluste mit sich und führt zu einer unvermeidbaren physischen Belastung der an den entscheidenden Stellen im Hause tätigen Bediensteten.«<sup>57</sup>

Bereits diese Bestandsaufnahme bleibt nicht beim Thema des Bauzustandes, sondern vermengt bauliche, technische und organisatorische Beobachtungen. Es ist demnach das *Zusammenspiel* von Gebäude und der internen Arbeitsorganisation, das Ehmke als marode, antiquiert und primitiv wahrgenommen wissen wollte. Die Leistungsfähigkeit der Vorgängerregierung wird damit unmittelbar assoziiert. »Die baulichen Probleme sind nur durch Neubau eines *modernen* Bundeskanzleramtes zu lösen.«<sup>58</sup>

Das neue Kanzleramt und die neue Regierung würden also in jeder Hinsicht »modern« sein, womit die Akteure auf breite Zustimmung hoffen durften. Schilderungen, wie sie im »Spiegel« zu lesen waren, die neuen Regierenden hätten sich beim Einzug ins Palais nicht gewundert, wenn sie in der »rückständigen Behörde« auch eine »Streusanddose« – Inbegriff der antiquierten Schreibkanzlei im fortschrittlichen Zeitalter beginnender elektronischer Datenverarbeitung – vorgefunden hätten, belegen, dass Ehmke seine Botschaft erfolgreich vermittelte.<sup>59</sup>

Es folgt eine Auflistung baulicher Mängel, welche sich durch kurzfristige Umbaumaßnahmen nicht ausräumen ließen: Die Aufteilung des Amtes auf fünf Häuser; lange Wege durch schmale Gänge nur im Erdgeschoss zwischen Palais und dessen Erweiterungsbauten; angeblich »abbruchreifer« Zustand eines der beiden Erweiterungsbauten;<sup>60</sup> ungenü-

<sup>57</sup> Ebd., S. 4f.

<sup>58</sup> Ebd., S. 4 [Hervorhebung durch die Verf.].

<sup>59</sup> Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28; Dünne Decke, in: Der Spiegel, Nr. 45, 3.11.1969, S. 34. – Bei Schilderungen baufälliger Substanz durch neue Machthaber handelt es sich um eine alte rhetorische Formel zur Abwertung der abgelösten Führung. Für solche Aussagen ist der tatsächliche Bauzustand irrelevant. Als Beispiel sei die Umgestaltung der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße durch die Nationalsozialisten genannt: Adolf Hitler ließ kolportieren, im Altbau des Reichskanzlerpalais habe es »modrig« gerochen. Die Büros im benachbarten Erweiterungsbau (Eduard Jobst Siedler und Robert Kisch, 1924–30) verglich er mit geschmacklosen Zimmern eines Generalvertreters für Zigaretten- und Tabakwaren. Vgl. Schönberger 1981, S. 24.

<sup>60</sup> Welches der beiden Häuser gemeint war, ist nicht ersichtlich. Beide Häuser werden bis heute genutzt.





Abb. 12 Palais Schaumburg, sogenannte Kanzleramts-Wendeltreppe. Aufnahme 1971.



Abb. 13 Palais Schaumburg, Büro des Abteilungsleiters Ernst Kern in einer Dachstube. Aufnahme 1971.

gende Bürotechnik der technischen Hilfsdienste;<sup>61</sup> Unterbringung mehrerer Referate im Dachgeschoss des Palais; Aktentransport über enge Wendeltreppen; »unerträgliche« Hitzeentwicklung in den Dachzimmern (Abb. 12 und 13). Etwas aus der Reihe dieser Mängel­liste tanzt die Aussage, die Arbeitsräume seien generell »unwürdig«. Der Kabinettsaal sei zu klein und stehe »ständig unter Zugluft«. Räume für »Ministerbesprechungen und Arbeitsgruppen« fehlten, ebenso wie eine Kantine, Sport- und Waschräume für die Mitarbeiter. Als Vergleichsgröße zieht der Text explizit den angenommenen Durchschnittsarbeitsplatz der westdeutschen Industriegesellschaft heran. Das Fazit der Zustandsbeschreibung lautet: »Kein Industriebetrieb könnte sich einen derartigen Mangel an sozialen Einrichtungen leisten.«<sup>62</sup>

Die detaillierte Mängelaufzählung ist bemerkenswert in ihrer Alltäglichkeit und Kleinlichkeit. Weshalb spielte Ehmke nicht die staatstragende Rolle eines Kanzleramtes aus? Warum rechtfertigt er sein Neubauprojekt stattdessen mit den Zumutungen durch enge Wendeltreppen, Zugluft und fehlende Waschräume? Die von ihm geschilderte unbefriedigende Situation lässt zumindest keine vermessenen Ansprüche an den Arbeitsplatz des Politikers unterstellen. Mit seiner Argumentation, das Amt den Mindestanforderungen an einen üblichen Büroarbeitsplatz anzupassen, kommt Ehmke der aus deutschlandpoli-

<sup>61</sup> In der Presseberichterstattung wurde wiederholt kolportiert, die neuen Hausherren hätten bei ihrem Einzug lediglich ein Fotokopiergerät vorgefunden, und das sei defekt gewesen. Vgl. Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 29.

<sup>62</sup> Der Chef des Bundeskanzleramtes: Organisation, Personalstruktur und Unterbringung des Bundeskanzleramtes, 8.3.1970, S. 4. BArch B 136/41164 u. a. O.

tischen Gründen bisher gültigen Norm, in Bonn nichts Repräsentatives für den Bund zu bauen, nicht in die Quere. Sein Neubau, wie er ihn im Papier von 1970 vorstellte, ist kein Kanzleramt, nicht einmal ein Staatsbau, sondern ein Arbeitsplatz für mehrere hundert Bundesbedienstete. Offenbar traute Ehmke sich noch nicht, den offiziellen Kurswechsel der Bundesregierung zum Thema Bauen in Bonn zu repräsentativen Ausgestaltungen zu nutzen.

Die Argumentation lässt auch darauf schließen, dass Ehmke befürchtete, seine Mängelanalyse könnte zu Umbauten des Altbaus motivieren. Daher stellt er dessen Modernisierung als unmöglich und unwirtschaftlich dar. Die große Lösung sei vernünftig und notwendig: »Die einzig vertretbare Lösung in der Frage der Modernisierung des Bundeskanzleramtes ist deshalb ein Neubau. Es gilt, Nägel mit Köpfen zu machen.«<sup>63</sup> Als weitere finanzielle Anreize zählt Ehmkes Text die künftig entfallenden Kosten für die angemieteten Ausweichbüroräume auf. Die diesen Einsparungen gegenüberstehenden Kosten für den Neubau – 100 Millionen Mark – thematisiert er vermutlich wohlweislich nicht.

Als letztes und damit wichtigstes Argument führt Ehmke die bessere Arbeitseffizienz des neuen Kanzleramtes an. Der Neubau unterstütze eine Veränderung der Personalstruktur: Mit moderner Büroorganisation, kürzeren Wegen unter einem Dach und zeitgemäßer Bürotechnik könnte der überdurchschnittlich große Personalanteil für Hilfstätigkeiten reduziert werden. Stattdessen werde der höhere Dienst verstärkt und damit die Fachkompetenz im Amt vergrößert.

Ehmkes Text, der den Neubau zum einen öffentlich rechtfertigte und zugleich eine langfristig tragende Grundkonzeption des zu planenden Neubaus zeichnete, kommt als sachliche und nüchterne Abhandlung daher. Zugleich handelt es sich um ein Manifest seines Modernisierungswillens. Das Projekt eines Kanzleramtsneubaus, durch das Bundeskabinett bereits am 4. Dezember 1969 beschlossen,<sup>64</sup> wurde mit diesen Aufzeichnungen vier Monate später der Öffentlichkeit und auch den Oppositionsparteien im Bundestag als erster Schritt zu administrativen Modernisierungen durch die sozialliberale Regierung präsentiert. Die Abgeordneten erhielten die ausführlichen Aufzeichnungen als Informationsgrundlage für die weiteren Haushaltsberatungen, nachdem die erste Aussprache zum Bundeshaushalt 1970 bei der Regierung den Eindruck bestärkt haben dürfte, mit dem Vorhaben missverstanden zu werden, obwohl die Unionsparteien generell den Kurs der Regierungsmodernisierung mittrugen.<sup>65</sup> Auch an die »Mitglieder der Bundes-

<sup>63</sup> Ebd., S. 4.

<sup>64</sup> Vgl. 8. Sitzung am 4. Dezember 1969, in: M. HOLLMANN, Kabinettsprotokolle, 2012, S. 452.

<sup>65</sup> Nicht die Modernisierung der Regierung wurde infrage gestellt, sondern bezüglich der organisatorischen Veränderungen im Kanzleramt unterstellten die Unionsparteien, Ehmke baue mit den 100 zusätzlichen Amtsmitarbeitern ein »Überministerium« auf, das »nicht der in unserer Verfassung vorgesehenen Kompetenzverteilung entspricht«. Dr. Wörner (CDU/CSU) in der 32. Sitzung am 20. Februar 1970, in: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1970, S. D1473. Vgl. auch Ehmkes Redebeitrag zum Kanzleramtsneubau in derselben Sitzung, ebd., S. A1485–A1487, sowie 43. Sitzung des Bundestages am 16. April 1970, ebd., S. B2214. – Das Haushaltsgesetz für 1970, das die Mittelbereitstellung für den Neubau regelte, wurde erst am 18. Juni 1970 (60. Sitzung) durch den Deutschen Bundestag verabschiedet. Vgl. ebd., S. C3335.

pressekonzferenz und an die Mitglieder des Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland« wurde das Memorandum adressiert.<sup>66</sup> Die Regierung, die das moderne Deutschland schaffen wollte, stellte sich mit dem Kanzleramtsprojekt als zupackend, das Ganze erfassend, nicht halbherzig improvisierend dar und belegte dies durch die Konzeption des Neubauprojektes. Der größere Zusammenhang des Modernisierungsthemas wird im Folgenden genauer dargestellt.

## 2. Modernisierung der Politik

### 2.1 Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform

Die Ursprungsidee für einen Kanzleramtsneubau entstand schon vor dem Regierungswechsel in der sogenannten Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform.<sup>67</sup> Niemand anderes als Horst Ehmke hatte deren Einrichtung im Jahr 1967 initiiert. Ihre Vorarbeiten ermöglichten laut Winfried Süß die rasche Institutionalisierung neuer politischer Handlungskonzepte nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler, auf die später noch einzugehen sein wird.<sup>68</sup> Die Projektgruppe im Herzen der Bonner Ministerialverwaltung war somit der Ursprungsort für das gesamte größere Reformgeflecht, und zahlreiche Anstöße, die für das Neubauprojekt Bundeskanzleramt von Bedeutung waren, gehen auf sie zurück.

Der erfolgreichen Arbeit der Projektgruppe vorausgegangen war noch ein paar Monate früher eine SPD-interne Arbeitsgruppe, der sogenannte Reorganisationsausschuss: Er war im Januar 1967 auf Betreiben Ehmkes, damals Staatssekretär im Justizministerium sowie innenpolitischer Berater Willy Brandts, als interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Das Reform-Thema sollte der Profilierung der SPD im Wahlkampf 1969 dienen. Die SPD reagierte damit auf öffentliche Kritik, die seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre immer deutlicher artikuliert worden war: »Verwaltungsexperten und Publizisten monierten Funktionsdefizite in Regierung und Verwaltung, deren Arbeitsweise zunehmend der muffige Geruch fehlender Modernität anhaftete.«<sup>69</sup> Ehmke bewegte sodann den damaligen Bundesminister Willy Brandt dazu, das Thema der Regierungs- und Verwaltungsreform im Kabinett zu lancieren. Bundeskanzler Kiesinger reagierte zunächst zurückhaltend auf den SPD-Vorschlag, doch schließlich wurde im Dezember 1968 auf Kabinettsebene die Gründung der interministeriellen Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform

---

<sup>66</sup> BArch B 136/41164. In der Überlieferung aus dem Bundeskanzleramt (B 136) und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (B 145) finden sich an zahlreichen Stellen Fotokopien dieses Typoskriptes. Es existiert keine Drucksache. Wahrscheinlich ist, dass das Rundschreiben auch innerhalb der Administration verbreitet wurde. In der Presseberichterstattung finden sich Wortlautgleichheiten. Das Papier selbst wird in der Berichterstattung nicht zitiert.

<sup>67</sup> Die folgende Darstellung zur Tätigkeit der Gruppe durchgängig nach W. Süß, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004.

<sup>68</sup> Vgl. ebd., S. 358f.

<sup>69</sup> Ebd., S. 331.

beschlossen, angesiedelt zwischen Innen- und Justizministerium. Nach einer kontroversen Sitzung war das Kabinett im wesentlichen Ehmkes Vorstellungen von der Arbeitsweise einer solchen Projektgruppe gefolgt. Seine innovative Konzeption sah vor, dass die Projektgruppe Forschungsaufträge an externe Experten vergeben sollte. »Die Notwendigkeit intensiver wissenschaftlicher Beratung diene hier als Argument, um traditionelle Ressortzuständigkeiten zu unterlaufen«, konnte Winfried Süß das Betreiben Ehmkes auf Grundlage der Archivüberlieferung analysieren.<sup>70</sup> Die machtpolitische Komponente darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ehmke als sozialwissenschaftlicher Brückenkopf<sup>71</sup> in der Bundesverwaltung an einem intensivierten Austausch von Verwaltung und Wissenschaft interessiert war. Ehmke, der das Reformthema für die SPD identifiziert, besetzt und schließlich zum Zweck der Profilierung des Koalitionspartners in die Bundesregierung eingebracht hatte, prägte also die Arbeitsweise und Zielrichtung der Arbeitsgruppe entscheidend. Die Vergabe von Forschungsaufträgen an externe Wissenschaftler, die Süß zufolge dem Glauben an das Innovationspotenzial der Ministerialbürokratie eine Absage erteilte, markiert den Beginn wissenschaftlicher Politikberatung der Bonner Ministerialbürokratie überhaupt.<sup>72</sup>

Ihre größte Wirkung entfaltete die Projektgruppe Süß zufolge – allerdings auch fast ausschließlich – mit dem vielbeachteten ersten Bericht, den sie zum Thema einer begrenzten Kabinettsreform schon im August 1969 vorlegte.<sup>73</sup> Nach den Wahlen im September setzte die sozialliberale Regierung unmittelbar Veränderungen um, die auf diesem Arbeitsgruppenbericht basierten. Etwa wurde die Anzahl der Ministerien von 14 auf neun reduziert, ein teilweiser Neuzuschnitt der Ressorts vorgenommen, und sogenannte Querschnittsaufgaben wurden organisatorisch gebündelt, zum Beispiel die Arbeitsbereiche Umweltschutz und Städtebau, anstatt sie in verschiedenen Ministerien nebeneinander zu bearbeiten.<sup>74</sup> Die Reformbemühungen hatten für die neue Regierung einen hohen Stellenwert.<sup>75</sup> Das sogenannte Reformkabinett, ein Kabinettsausschuss, dem sieben Minister angehörten, wurde direkt nach der Neubildung der Regierung wieder eingesetzt. Der Planungsstab wurde zu einer schlagkräftigeren Planungsabteilung ausgebaut, die auch Aufgaben-

<sup>70</sup> Ebd., S. 335.

<sup>71</sup> Die Bezeichnung »sozialwissenschaftliche Brückenköpfe« ebd., S. 341.

<sup>72</sup> Da sich kaum Konzepte aus Wissenschaft und Wirtschaft für die Probleme der öffentlichen Verwaltung als direkt übertragbar erwiesen hatten, beförderte die Arbeitsgruppe somit auch das Entstehen der Verwaltungswissenschaften als Teil der Politikwissenschaften in der Bundesrepublik. Vgl. ebd., S. 346f. – Diese Wechselwirkung zwischen Bundesverwaltung und Sozialwissenschaften ist der Grund dafür, dass die Projektgruppe bereits zum Gegenstand von historischen Forschungen wie der von Winfried Süß geworden ist. Doch auch die wissenschaftlichen Berater der Gruppe publizierten früh zu Ansätzen, Praxiserfahrung und Methoden ihrer Politikberatung. Vgl. etwa R. MAYNTZ/F. SCHARPF, Planungsorganisation, 1973; R. MAYNTZ/F. SCHARPF, Policy-Making, 1975.

<sup>73</sup> Erster Bericht zur Reform der Struktur von Bundesregierung und Bundesverwaltung. Vorgelegt von der durch die Bundesregierung am 25.9.1968 beschlossenen Projektgruppe für Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesminister des Innern, August 1969.

<sup>74</sup> Vgl. W. SÜSS, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 343.

<sup>75</sup> Vgl. auch: Planungsstab unter Ehmke soll von Fachressorts ständig informiert werden, in: Die Welt, 8.1.1970.

planung übernehmen sollte, was sie zu einem Instrument politischer Führung aufwertete. Auch die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform wurde wieder eingesetzt.<sup>76</sup>

Diese Zusammenhänge verdeutlichen, dass der Kanzleramtsneubau nur ein Teilprojekt innerhalb des größeren Zusammenhanges der prestigeträchtigen Verwaltungsreform darstellte. Die Überzeugung, dass ein Neubau notwendig ist, war ein Teilergebnis der vorbereitend wirkenden Projektgruppen-Arbeit. Diese hatte eine Mängelanalyse bezüglich der Organisation im Bundeskanzleramt vorgelegt. Tatsächlich fußte auf diesem Informationsstand das bereits ausführlich vorgestellte Positionspapier Ehmkes vom März 1970.<sup>77</sup> Verwiesen sei hier auch auf die Funktionsanalysen des Kanzleramtes, welche die Studiengruppe für Systemforschung Heidelberg im Auftrag der Projektgruppe nach breit angelegter Istzustand-Analyse vorgelegt hatte.<sup>78</sup> Die Heidelberger Wissenschaftler rund um ihren Leiter Helmut Krauch erfassten bei ihrer Untersuchung Tätigkeiten, Aufgaben, interne Kommunikation und die Effizienz der Arbeitsprozesse im Kanzleramt durch Zusammenarbeit und Interviews mit Amtsangehörigen. Die Notwendigkeit eines Neubaus leitete die Projektgruppe im Sommer 1969 zum einen aus der Mängelaufstellung ab. Zum anderen erachteten die Forscher es für notwendig, sogenannte politische Planungsstrukturen im Bundeskanzleramt zu implementieren. Der Neubau sollte demnach von Beginn an drei Ziele erfüllen: Erstens dem Bundeskanzleramt einen geeigneten baulichen Rahmen geben; zweitens die Arbeitsweise des Amtes optimieren sowie drittens zusätzlich auch die neue Funktion als Kabinettsamt erfüllen, also die Arbeit des Kabinetts durch eigene Referate unterstützen. Dies wurde tatsächlich auch die Grundkonzeption des ab Dezember 1969 geplanten Kanzleramtes.<sup>79</sup>

Ehmke folgte also den wissenschaftlich erarbeiteten Ergebnissen der Projektgruppe, die er selbst initiiert und deren Arbeitsweise er maßgeblich bestimmt hatte. Als Wissenschaftler vertraute er seinem selbstgeschaffenen Kompetenzzentrum. Als dieses zu der Auffas-

<sup>76</sup> Vgl. ebd.

<sup>77</sup> Vgl. T. KNOLL, *Organisation*, 2004, S. 205.

<sup>78</sup> Vgl. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe *Organisation*, 27. April 1971, S. 1, Privatarchiv Mauch. – Geleitet wurde die Studiengruppe ab April 1969 von Helmut Krauch. Er entwickelte die sogenannte maieutische Systemforschung, welche die Innenperspektive der Akteure mit der Außenperspektive der Systemforscher verbindet. »Durch geduldiges und geschicktes Fragen wird dabei versucht, latent vorhandene Wissensbestände und Kritiken zu aktivieren.« (H. KRAUCH, Studiengruppe, 2000 S. 14). – Nach der Systemanalyse im Kanzleramt, die von Dezember 1968 bis Dezember 1970 durchgeführt worden war (vgl. ebd.), erarbeitete die Studiengruppe Verbesserungsvorschläge. Umfangreiche Berichte wurden vorgelegt. Vgl. etwa den mehrere hundert Seiten starken Abschlussbericht: *Integrierte Soll-Konzepte zur Funktion und Gestaltung des Bundeskanzleramtes*. »Systemanalyse im Bundeskanzleramt«. Bericht Nr. 13016, Bonn, Dezember 1970, BArch B 136/24746. Diesem gingen umfangreiche Zwischenberichte voraus, BArch B 136/24747. – Zu den Perspektiven von Krauchs Forschungen vgl. H. KRAUCH, *Systemforschung*, 1969. Die rezente Veröffentlichung R. COENEN/H. KRAUCH, *Politikberatung*, 2011, ohne Historisierung und wissenschaftliche Kontextualisierung. – Erster historisierender Blick auf die Studiengruppe für Systemforschung, auch mit Hinweisen auf die Tätigkeit im Bundeskanzleramt: A. BRINCKMANN, *Studiengruppe*, 2006.

<sup>79</sup> Krauch betonte in einem Vortrag im Jahr 2000, die Systemanalyse des Kanzleramtes durch seine Studiengruppe habe bereits 1969 zu der Erkenntnis geführt, »dass ein wohldurchdachter, technisch gut ausgestatteter Neubau dringend erforderlich war«, ein Faktum, dessen historische Nichtwürdigung ihn offenbar schmerzte. H. KRAUCH, *Studiengruppe*, 2000, S. 15. Seine eigene wissenschaftliche Auswertung der Arbeit im Kanzleramt: H. KRAUCH, *Systemanalyse*, 1976.

sung kam, ein Neubau für das Kanzleramt sei notwendig, war Ehmke mit einer Argumentation zur Rechtfertigung versorgt. Sobald er als neuer Hausherr im Bundeskanzleramt die notwendige Machtposition erlangt hatte, verfolgte er konsequent die Umsetzung. Man könnte sogar sagen, dass er sich zu einem ausführenden Rädchen innerhalb des von ihm selbst angestoßenen Prozesses gemacht hat. Neben dem Zug zur Macht orientierte er sein Handeln an einem rationalen, wissenschaftlich fundierten Analyseprozess, der etwas als »notwendig« oder »wichtig« identifiziert hat. Genauso versuchte er nun, das ganze Kanzleramt zu einer Ablauf- und Kontrollinstanz innerhalb der Bundesverwaltung zu machen, die das Handeln sinnvoll lenken und zu mehr Effizienz führen sollte.

2.2 *»Kinder, ihr kriegt eine Regierung, die habt ihr gar nicht verdient.«*

So selbstbewusst und flapsig rühmte Horst Ehmke die Qualitäten der sozialliberalen Bundesregierung, und dabei freute er sich vor allem auf die Neuorganisation des Geschäftsablaufes von Kabinettsarbeit und Kanzleramt.<sup>80</sup> Jede Regierung prägt unterschiedliche Arbeits- und Organisationsstrukturen aus, da diese von den Regierungszielen abhängig sind, ebenso auch die Aufgaben des Kanzleramtes.<sup>81</sup> Im Jahr 1969 jedoch unterlag die Organisationsstruktur des Kanzleramtes im Vergleich zu früheren Regierungswechseln weit größeren Veränderungen.

Eine Bundesregierung wird gebildet, nachdem in freien und geheimen Bundestagswahlen eine politische Fraktion durch Mehrheitsentscheid oder nach Koalitionsbildung klar erkennbar diesen Auftrag erhalten hat.<sup>82</sup> Zuerst wählt der Bundestag den Kanzler oder die Kanzlerin entsprechend der im Parlament vertretenen Mehrheiten. Der Bundeskanzler bildet sodann sein Kabinett durch Berufung von Ministern. Diese Kabinettrunde bildet unter dem Vorsitz des Kanzlers sodann die Bundesregierung. Die Arbeit der Bundesregierung vollzieht sich nach einer auszubalancierenden, da voneinander in Abhängigkeit stehenden Gewichtung des Kanzler-, Kabinetts- und Ressortprinzips. Diese drei Orientierungsprinzipien sind in Artikel 65 des Grundgesetzes miteinander verbunden. Das Kanzlerprinzip besagt, dass der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik festlegt sowie bei Uneinigkeit im Kabinett eine Entscheidung herbeiführt. Diese Richtlinienkompetenz verhilft dem Kanzler innerhalb der Kabinettsrunde zu vergleichsweise großem Einfluss. Das Kabinettsprinzip ist der starken Regelungskompetenz des Kanzlers ausgleichend entgegengesetzt, beinhaltet es doch, dass die Bundesregierung als Kabinettsrunde ihre Beschlüsse fasst. Bei Uneinigheiten der Minister untereinander oder zwischen Kanzler und Ressorts entscheidet das Kabinett. Als dritte Kraft im Machtdreieck regelt das Ressortprinzip, dass die Minister für Themen in ihrem Ressort Entscheidungen treffen und die politische Verantwortung tragen. Die Bundesregierung kann beziehungsweise muss ihren Geschäftsablauf innerhalb der vom Grundgesetz vorgegebenen Prinzipien an ihre Ziele anpassen.

<sup>80</sup> Das Zitat der Kapitelüberschrift zu finden in: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28.

<sup>81</sup> Vgl. zur wechselnden Struktur des Kanzleramtes in der Bundesrepublik G. BEHREND, Bundeskanzleramt, 1967; T. KNOLL, Organisation, 2004; K. NICLAUSS, Kanzlerdemokratie, 2004.

<sup>82</sup> Vgl. im Folgenden L. HELMS, Regierungsorganisation, 2005, bes. S. 62ff.

Bestrebungen zur Modernisierung des Geschäftsablaufes verändern nichts an der verfassungsmäßigen Stellung der Bundesregierung, sie verändern nur deren Selbstorganisation.

Eine neue Regierungstechnik sollte die Arbeitsweise der Brandt-Administration kennzeichnen, welche Effizienz und Übersicht bei der Umsetzung der Regierungsziele zu verbessern versprach. Gemeint ist die sogenannte politische Planung. Planungsabteilungen sollten sowohl für die innere Organisation im Bundeskanzleramt als auch auf der Ebene eines ressortübergreifenden Planungsverbundes eingerichtet werden, innerhalb dessen sich die Ministerien mit ihren Zielsetzungen untereinander abstimmen. Traditionell erfolgte die Abstimmung der Minister untereinander auf der Ebene des Kabinetts, jedoch erschien es notwendig, hierfür eine unterstützende Zuarbeit einzurichten. An

»die Stelle des bisherigen Nebeneinanders ministerialer Fachplanungen [sollte] ein ressortübergreifender Planungsverbund treten, der aus drei Teilelementen bestand: einem Gremium ministerialer Planungsbeauftragter, dem man die Hauptlast der Ressortkoordination übertrug, einem computergestützten Vorhabeninformationssystem, das die zur Aufgabenplanung und Ressortkoordination notwendigen Informationen in maschinenlesbarer Form bereitstellen sollte, und dem zur Abteilung erweiterten Planungsstab des Bundeskanzleramts.«<sup>83</sup>

Die Rede ist hier von der Ebene der Organisation des politischen Geschäftsganges, wobei die computergestützte Erfassung aller Aktivitäten der Ministerien erstmals die elektronische Datenverarbeitung als Hilfstechnik einband. Wie konnte man etwa erreichen, dass Reformvorschläge, die in einzelnen Ministerien auf Referentenebene vorbereitet und erörtert wurden, früh mit parallelen Projekten anderer Ressorts abgestimmt werden? Ein Pressebericht erläutert dies so:

»Ehmke schwebte vor, daß die 14 Fachressorts den Planungsstab [im Bundeskanzleramt] möglichst frühzeitig über ihre Pläne und Vorhaben unterrichten (...). Denn – so ein Mitglied des Planungsstabes – »wenn ein Plan erst einmal auf der Ebene des Ministers Form angenommen hat, dann ist es meist schwierig, wenn nicht zu spät, neue Gesichtspunkte, die sich aus dem Sachverstand anderer Ressorts ergeben, in die Diskussion einzubringen.«<sup>84</sup>

Eine solche verbesserte Kommunikation wurde aufgrund neuer, komplexer werdender Politikbereiche für notwendig erachtet. Langfristig sollten auch die Regierungen der Bundesländer in einen größeren Planungsverbund mit aufgenommen werden.

Diese organisatorische Veränderung der Kooperation der verschiedenen Bundesministerien hatte direkte Auswirkungen auf die Gewichtung der drei Prinzipien, welche die Regierungsarbeit im Grundgesetz festlegen. Denn sie nahmen Einfluss auf die Abstimmung der Ressorts untereinander. Neue Planungsstäbe und neu eingesetzte ministerielle Planungsbeauftragte im Rang von Abteilungsleitern, welche die fachlichen Aktivitäten der Ressorts dokumentieren, diese Informationen den anderen Ressorts zur Verfügung stellen, Wechselwirkungen der Ressortaktivitäten untersuchten und entsprechende Rückmeldungen gaben, stärkten das Kabinettsprinzip zu Lasten der Ressortautonomie. Ziel der

<sup>83</sup> W. SÜSS, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 359.

<sup>84</sup> Planungsstab unter Ehmke soll von Fachressorts ständig informiert werden, in: Die Welt, 8.1.1970, o. S.

Bemühungen war, durch mehr interne Transparenz Effizienz und Qualität der Regierungsarbeit als Ganzes zu verbessern.

Das Bundeskanzleramt, das bisher eine vergleichsweise passive Sekretariatsfunktion für den Bundeskanzler und das Kabinett ausgeübt hatte, bekam hierfür die steuernden Aufgaben übertragen. Es sollte zu einer aktiven Schaltstelle werden und zur »Drehscheibe der Ressorts«, wie Horst Ehmke es nannte. Somit erhielt es für das angestrebte kommunikative Zusammenspiel der Ressorts eine zentrale Funktion. Die Arbeit des Kabinetts wurde zudem erstmals im Kanzleramt durch die Arbeit eigener Referate vorbereitet und unterstützt.

Das skizzierte Modell wurde insbesondere von Kanzleramtschef Ehmke getragen. Seiner neuen Planungsabteilung im Kanzleramt saß er als Kanzleramtschef gleich selbst vor. Als wichtigster Kopf hinter der Verankerung der Reformbemühungen war er zugleich Diskursträger für Innovationen bezüglich Regierungsmanagement und Planung in der Bonner Ministerialbürokratie. Schon länger hatte er sich mit Möglichkeiten der Verbesserung von Verwaltungsorganisation in der Politik durch den Beitrag der Wissenschaften beschäftigt. Seine einschlägige Lektüre lässt sich auch aus den Zeitschriftenartikeln rekonstruieren, die er thematisch sortiert sammelte und die einen Querschnitt der Diskussionen seit den ausgehenden 1950er Jahren zeichnen.<sup>85</sup>

Ehmkes politische Kontrahenten und Kritiker deuteten die Pläne als Ausbau des Bundeskanzleramtes zu einem Superministerium, mit dem der Bundeskanzler seine Richtlinienkompetenz verstärkt zur Geltung bringen wolle. Auch wurde Ehmke vor allem politischer Ehrgeiz nachgesagt, der einem Kanzleramtschef traditionell nicht geziemt. Seine Ideen und sein Auftreten wurden bisweilen als naiver Aktionismus bewertet, auch im »Spiegel« in einem viel zitierten und offenbar imageprägenden Artikel über den Kanzleramtschef, als dieser einige Monate im Amt war.<sup>86</sup> Seine Reformen nährten den Verdacht, Ehmke beanspruche im Kabinett, dem er als Minister für besondere Aufgaben angehörte, eine herausgehobene Rolle. Generell lassen sich Sach- und Machtfragen im gesamten Reformprojekt schwer differenzieren. Ein gestärktes Kanzleramt sollte nach Ehmkes Argumentation Sorge dafür tragen, eine koordinierte Gesamtpolitik nach der Richtlinie des Kanzlers durchführen zu können anstelle von vielen Einzelpolitiken, die bisher von den Ressorts gemacht wurden. Das im Grundgesetz eingeschriebene Kabinettsprinzip, demzufolge bei Uneinigkeit zwischen Kanzler und Ressorts die Bundesregierung als ganzes entscheide, wollte er ebenfalls stärken. Unterhalb der Kabinettssebene richtete er dazu eine regelmäßige Kommunikation auf Ebene der verbeamteten Staatssekretäre ein.<sup>87</sup> Für das Neubauprojekt schlug er zu Beginn die Bezeichnung »Kanzler- und Kabinettsamt« vor, um zu betonen, dass kein Superministerium Kanzleramt geplant war.<sup>88</sup> In der Rückschau gilt unter Historikern seine Leistung als unstrittig, das Bundeskanzleramt erstmals als Führungsinstrument gedacht zu haben. Dabei handelte es sich um eine entscheidende qualitative Veränderung, da im Amt lediglich, nun wieder in Ehmkes rückblickenden Wor-

<sup>85</sup> Vgl. Depositum Horst Ehmke im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

<sup>86</sup> Vgl. Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28.

<sup>87</sup> Vgl. W. SÜSS, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 359.

<sup>88</sup> H. EHMKE, Planung im Regierungsbereich, 1974, S. 121.



ten formuliert, »Eingangsstempel«<sup>89</sup> auf Ressortvorlagen gemacht und diese ins Kabinett gereicht worden waren.

An dieser Stelle sollen weder die Pläne noch die Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Reformabsichten bewertet werden. Wichtig ist, dass das Ziel, eine politische Gesamtplanung und -steuerung aller Regierungsaktivitäten in die Arbeitsweise der Bundesregierung zu implementieren, damit sich diese »modern« nennen kann, der zentrale Pfeiler aller Argumentationen war, die um 1969 für die Notwendigkeit eines Kanzleramtsneubaus ins Feld geführt worden sind.

### 2.3 *Politik und Planung*

Die Umsetzung der groß angelegten Vorhaben der neuen sozialliberalen Regierung sollte durch den Einsatz der Regierungsmanagement-Technik Planung im Kanzleramt gelingen. Besonders stark verfolgten die Sozialdemokraten den Ansatz, dass die »Gesamtheit der öffentlichen Aufgaben durch Planung koordiniert« werden muss.<sup>90</sup> Die Große Koalition hatte Planungstechniken bis dato lediglich in der Wirtschaftspolitik angewandt.<sup>91</sup> Als zentraler Innovationsmotor für die politische Planung im Kanzleramt trat Horst Ehmke auf. Die neue, als modern geltende Regierungstechnik entsprach widerspruchsfrei dem »hohe[n] Ziel der Regierungserklärung, Zukunft demokratisch zu gestalten, statt nur Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu sein.«<sup>92</sup> Der Begriff soll in seinem Bedeutungsgehalt bezogen auf die gesellschaftliche Transformationsperiode der »langen 1960er Jahre« präziser beschrieben werden.

Unter Planung versteht die zeithistorische Forschung das zukunftsorientierte Angehen von gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben durch die Politik.<sup>93</sup> Die Beschreibung des Gegenteils von staatlicher Planung macht es noch anschaulicher: Das wären punktuelle, sektorale staatliche Interventionen auf technischem, sozialem oder ökonomischem Gebiet. Sie schienen den neuartigen Aufgaben der modernen Industriegesellschaft, vor die sich die Politik gestellt sah, nicht mehr gewachsen zu sein. Staatliche Planung entwickelt eine umfassende, ressortübergreifende Gesamtkonzeption für bestimmte staatlich zu regelnde gesellschaftliche Aufgaben, deren Bewältigung in der Zukunft wirksam wird und eine zukunftsorientierte Politik erfordert.<sup>94</sup>

Grundlage der rationalistischen Planungen war die Schaffung einer breiten Informations- und Datenbasis sowie wissenschaftliche Beratung der Politik durch Experten. Ein wesentliches neues Hilfsmittel, das die Informationsgrundlage in bis dahin nicht gekannter Breite zur Verfügung stellte, war die elektronische Datenverarbeitung. Der Computer be-

<sup>89</sup> H. EHMKE, Mittendrin, 1994, S. 109.

<sup>90</sup> W. SÜSS, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 362.

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> H. EHMKE, Mittendrin, 1994, S. 115.

<sup>93</sup> Vgl. im Folgenden die verdichtenden Darstellungen G. METZLER, Planbarkeit, 2003, und G. METZLER, Konzeptionen, 2005, deren historiografischer Deutung von Planung als Regierungstechnik innerhalb des Modernisierungsdiskurses in dieser Arbeit gefolgt wird.

<sup>94</sup> Vgl. G. METZLER, Planbarkeit, 2003, S. 786.

wältigte Daten und Berechnungen, die zum Hilfsmittel für rationalisierte Entscheidungsfindung wurden.<sup>95</sup> Die Leitidee lautete, dass informationsgesättigte Entscheidungen mit Hilfe des Computers die Politik verbesserten, da die Berechnungen auch ein Interpolieren zukünftiger Entwicklungen zu erlauben schienen. Machbarkeitsvorstellungen wurden hier also durch die Anwendungsmöglichkeiten der Computertechnik weiter befeuert. Planung wurde verstanden als »rationale Politik, basierend auf der empirischen Analyse einer breiten Informationsbasis der Gegenwart einerseits und auf wissenschaftlich fundierten Zukunftsprojektionen andererseits.«<sup>96</sup> Damit einher ging die Einführung von Management- und Controlling-Techniken aus der Wirtschaft, welche nach dem Vorbild der US-amerikanischen Verwaltung übernommen wurden. Politische Planung galt aufgrund ihrer Rationalität und Wissenschaftlichkeit zudem als ideologiefreie.

Durch neue technische Mittel, so führt Metzler ihre Interpretation fort, in der sie die präsentierten Themen, Akteure und Faktoren in immer engeren Schleifen miteinander in Wechselbeziehungen verkettet, wurde die Politik grundiert. Sie sollte zum einen die Anpassung der Institutionen an die neuen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten erlauben, zum anderen erwuchs sie aus dem Wunsch, den gesellschaftlichen Wandel selbst steuernd unter Kontrolle zu bekommen. Die erste Konsequenz wirke konservativ, die zweite drücke den Wunsch aus, dass Politik aktiv gestalterische Aufgaben an sich ziehe. Die angestrebten Veränderungen hin zu einem »aktiven Politikstil« deutet Süß nicht als bloße Effizienzsteigerung der Verwaltung, sondern als einen qualitativen Wechsel, der im Zusammenhang mit dem »expandierenden Sozial- und Interventionsstaat(es)« zu verstehen ist.<sup>97</sup> Der Staat, so soll Metzler weiter gefolgt werden, trat zunehmend als Regulierer auf, engagierte sich stärker. Dahinter stand nicht mehr die Auffassung des Staates im hegelianischen Sinn als Hort der Freiheit, sondern als regulierbares System. Politisches Denken und Theorieangebote der Wissenschaft, insbesondere aus der Systemtheorie, korrespondierten hier. Auf dieser Ebene verband sich die politische Planung laut Metzler »organisch« mit Ansätzen institutionellen Wandels, wie etwa der Umstrukturierung des Kanzleramtes ab 1967 und vor allem ab 1969.<sup>98</sup>

Neben der schlechten Bausubstanz des Palais Schaumburg und den Organisationsproblemen, welche die Standortzersplitterung des Amtes mit sich brachte, rechtfertigt sich das Neubauprojekt auf politischer Ebene durch die Notwendigkeit, dass Politik sich gesamtgesellschaftlichen Steuerungsaufgaben stellte. Aktiv Aufgaben an sich ziehen, als Regulierer auftreten, die Politik den gesellschaftlichen Wandel unter Kontrolle bekommen lassen und Zukunft politisch gestalten, all diese Ziele wirkten sich auf die Konzeption des Neubaus aus, dessen Architektur ebenso zeitgemäß, rational, technikaffin und wissenschaftlich fundiert sein sollte wie die Politik der Bundesregierung im Ganzen. Der Neubau sollte als Teil des großen Reformprojektes diesem mit zur Wirklichkeitswerdung verhel-

<sup>95</sup> In den 1960er Jahren entstanden in der Bundesrepublik zahlreiche Großrechenanlagen, auch im Bundespresseamt und im Bundeskanzleramt kamen Computer zum Einsatz.

<sup>96</sup> G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 787.

<sup>97</sup> W. SÜSS, *Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform*, 2004, S. 330.

<sup>98</sup> G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 788f.



Abb. 14 Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform beim Teamtraining mit dem Quickborner Team, 1968/69.

fen; das politische Ziel müsste sich demnach auch im Bauprogramm für den Neubau wieder finden, was im Folgenden untersucht wird.

#### 2.4 Teamarbeitsformen in der Bundesverwaltung

Wenn im vorausgegangenen Kapitel deutlich wurde, dass die Idee für einen Kanzleramtsneubau zusammen mit der Einführung moderner politischer Planungsverfahren virulent wurde, so konkretisiert sich dies weiter auf der Ebene der alltäglichen Arbeitsabläufe im Amt. Auch hier wurde mit reformerischem Elan eingegriffen: Mit dem Ziel der Effizienzsteigerung wurde die typische bürokratische Arbeitsorganisation infrage gestellt. Man experimentierte mit neuen Formen der Teamarbeit. Dieser ganz wesentliche Aspekt erreichte offenbar dank der guten Erfahrungen und der erfolgreichen Arbeit der bereits vorgestellten Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform Popularität im Kanzleramt. Die Projektgruppe war durch die Unternehmensberatung »Quickborner Team« zu Beginn ihrer Tätigkeit in Teamarbeitstechniken gecoacht worden und sodann in moderierten Arbeitsgruppen zu Werke gegangen, das ganze unter Verwendung bestimmter Arbeitsmittel und in einem besonderen Arbeitsraum. Der zugrundeliegende Teamarbeitsgedanke erreichte daraufhin einen außerordentlichen Stellenwert im Bundeskanzleramt. Er verbindet sich auf einer räumlichen Ebene mit dem Neubauprojekt. Wie diese Vorstellungen so prägend werden konnten, dass sie den geplanten Kanzleramtsneubau beeinflussten, soll im Folgenden verdeutlicht werden.

Auf Veranlassung von Horst Ehmke hatte die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform zu Beginn ihrer Tätigkeit, Anfang 1969, ein sogenanntes »Entscheidertraining« durchlaufen, welches das Quickborner Team durchführte (Abb. 14).<sup>99</sup> Dabei dürfte

<sup>99</sup> Am 20. Januar 1969 wurde zu diesem Zweck der erste von zahlreichen folgenden Beratungsverträgen zwischen dem Planungsstab im Bundeskanzleramt und dem Quickborner Team geschlossen. Inhalt war die »Vermittlung von modernen Arbeitsverfahren und -methoden«. »Vergleichende Gespräche mit ande-

es sich um ein mehrtägiges Seminar in den eigenen Räumlichkeiten der Beratungsfirma im schleswig-holsteinischen Quickborn bei Hamburg gehandelt haben. Es diente als erster Test, ob die Quickborner Arbeits- und Planungsmethoden für die Bundesverwaltung hilfreich sein könnten. Was man sich von dieser Schulung und Beratung erhoffte, hat Winfried Süß erläutert. Seine Darstellung, die aus einer Sitzung des Reformkabinetts zitiert, ist nicht weiter zu verknappen:

»Auf Anregung Ehmkes sollte die Projektgruppe – gleichsam als Testfeld der Reformen – im eigenen Kreis ›moderne‹ Methoden der Arbeitsorganisation erproben, um ›der Wissenschaft, der Praxis und uns selbst gegenüber zu beweisen, ob die so viel angepriesenen Managementmethoden, die Vereinfachung der Entscheidung, die in der Wirtschaft praktiziert wird, tatsächlich (...) auch im politischen Bereich anwendbar sei[en]‹. Für die Arbeit innerhalb der Gruppe erhoffte man sich besonders von der durch das Quickborner Team propagierten Methode der ›Entscheidungsfindung im Management‹, die organisationssoziologische und kybernetische Ansätze kombinierte und besonders auf die Visualisierung von Entscheidungsprozessen setzte, neue Impulse. Hierdurch, so die Erwartung, könne die herkömmliche intuitive und improvisierte Art der Entscheidungsfindung durch ein ›schrittweises, sorgfältig geprüftes, logisch und zeitlich aufeinander abgestimmtes und sich stufenweise aufbauendes Vorgehen abgelöst‹ werden.«<sup>100</sup>

Die Idee, Teamarbeitsschulungen durchzuführen, folgte also wiederum dem Wunsch nach Rationalisierung des politischen Geschäftsganges, hier bezogen auf den so zentralen Punkt der Entscheidungsfindung innerhalb von Arbeitsgruppen. Anstelle intuitiver Beschlüsse sollte ein schrittweises, angeblich objektivierbares Verfahren treten. Die Schulung in neuen Arbeitsformen war somit ein Kernbereich der angestrebten Regierungsmodernisierung.

Die interministerielle Projektgruppe war mit den neuerlernten Arbeitsmethoden sehr zufrieden, wie Süß darstellt. Er wertete einen Bericht des Leiters der Projektgruppe aus. Effizienz und Ergebnisqualität seiner Gruppe erklärte der Leiter mit drei wesentlichen Faktoren: Erstens fühlten sich die Gruppenmitglieder mit der enthierarchisierten Arbeitsweise und den angewandten Gruppenarbeitsmethoden sehr wohl, etwa dem raschem Wechsel von Groß- und Kleingruppenarbeit. Dies wurde durch einen zweiten wichtigen Faktor ermöglicht, den Gruppenarbeitsraum, der zusätzlich die Zusammenarbeit und den Informationsfluss unter den Teilnehmern verbesserte. Drittens erleichterten Techniken der »visuell unterstützte[n] Entscheidungsfindung« in Form von »Schemata, Rastern, Organigrammen« an Pinnwänden und Moderationspostern große Hilfe.<sup>101</sup> Erst diese Techniken, die im folgenden Kapitel noch präziser dargestellt werden, hätten kooperatives Arbeiten ermöglicht, da sie komplexe Denkprozesse in veränderliche Wandbilder umwandeln (Abb. 15). Die Visualisierungen trugen »zur Komplexitätsreduktion gegenüber der bisher in der Verwaltung vorherrschenden Verbalisierung von Problemen bei« und führten nicht

---

ren Unternehmen und Instituten ergaben seiner Zeit, daß die Fa. Quickborner Team GmbH aufgrund ihrer Arbeitsweise und bisherigen Tätigkeit im In- und Ausland die größte Gewähr für eine erfolgreiche Beratung bieten konnte.« Leiter Planungsstab an Gruppenleiter I/1, 4.4.1970, betr. Abschluß eines Beratungsvertrages mit der Firma Quickborner Team GmbH, BArch B 136/4269.

<sup>100</sup> Süß gibt diese Quelle an: Bandabschrift der Sitzung des Reformkabinetts vom 25.5.1969, BArch B 106/49514. Zitat nach W. Süß, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 337.

<sup>101</sup> W. Süß, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 337f.

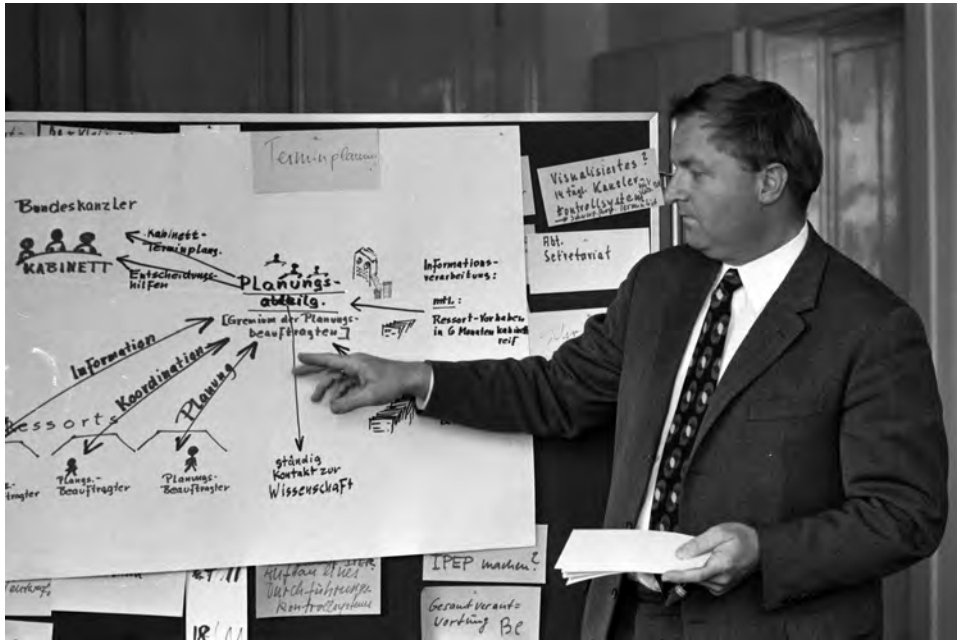


Abb. 15 Reimut Jochimsen, Leiter des Planungsstabes im Kanzleramt, bei einer Präsentation mit Pinnwand, Poster und Kärtchen. Aufnahme 15.10.1970.

zuletzt auch zu Zeitersparnis.<sup>102</sup> Das Ganze wurde vom Arbeitsgruppenleiter offenbar enthusiastisch vorgetragen. Süß interpretiert den neuen Ansatz so: »In dieser Arbeitsweise bildeten sich symbolhaft verdichtet Transparenz und Demokratisierung als Leitvokabeln sozialliberaler Reformpolitik ab.«<sup>103</sup>

Eine amtsinterne Demokratisierung und die Anwendung neuer Mittel zur objektiveren Entscheidungsfindung schlossen sich nicht aus. Zeitgenössische Partizipationsbestrebungen wurden in Form teamorientierter Gruppenarbeit in die Bundesverwaltung hineingetragen. Dies verband sich mit dem Anliegen der »Regierung der inneren Reformen« (Willy Brandt), die Arbeits- und Entscheidungsprozesse innerhalb des Verwaltungsapparates einem rationalen, ordnenden, nachvollziehbaren Prozess zu unterwerfen und dadurch qualitativ zu verbessern. Allgemein deuteten Planungsbefürworter den Einsatz technokratischer Mittel als »Versuch (...), in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik demokratische Praxis zu verankern.«<sup>104</sup>

Die positive Einschätzung der modernen Teamwork- und Visualisierungstechniken des Quickborner Teams bereiteten auf Kabinettschulebene den Konzepten im Kanzleramt den Weg, da die Arbeitsergebnisse der Projektgruppe überzeugt hatten.<sup>105</sup> Dass diese Ar-

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Ebd., S. 338.

<sup>104</sup> G. METZLER, Planbarkeit, 2003, S. 792.

<sup>105</sup> Siehe oben, Kap. I.2.1.

beitsgruppe während mehrerer Monate die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Großraumbüro verbracht hatte, ist ebenfalls Vorbild für alle weiteren Planungen eines Kanzleramtsneubaus geworden, da die Gruppe insbesondere ihren Gruppenarbeitsraum sehr lobte.<sup>106</sup> Offenbar unter dem Eindruck der Abschlusspräsentation, die selbstverständlich in eben diesem Gruppenarbeitsraum des Innenministeriums stattfand und Visualisierungstechniken mit farbigen Kärtchen auf Pinnwänden einband, wurde die räumliche Konzeption für den Kanzleramtsneubau entwickelt – wie im Folgenden ausführlich untersucht werden wird. Teamarbeit im Gruppen- oder Großraum zu organisieren, ist ein wesentliches Konzeptmerkmal der Quickborner Berater, die den Arbeitsraum aufs Engste mit den darin vollzogenen Kooperationsformen verknüpfen.

Angesichts dieser Welle der Zustimmung, auf der die Modernisierer im Herbst 1969 schwammen, lag daher nichts näher, als das Quickborner Team auch für die Neubauplanung unterstützend heranzuziehen. Wieder war es Horst Ehmke – wir erinnern uns an seine Forderung, »Nägel mit Köpfen« zu machen –, der das Bauprojekt damit auf eine bestimmte Bahn lenkte. Bereits im Vermerk zum ersten Gespräch, das Ehmke zur Umsetzung des Neubauprojektes noch am Tag des Kabinettschlusses einberief, wurde durch einen Bediensteten der Bauverwaltung schriftlich festgehalten: »Das Bundeskanzleramt wird ein Organisationsbüro mit der Anfertigung eines Gutachtens zum Raumprogramm für den Neubau des Bundeskanzleramtes beauftragen.«<sup>107</sup>

Bereits am 12. Dezember 1969 erhielt die Firma Quickborner Team einen entsprechenden Vertragsentwurf.<sup>108</sup> In den Augen Ehmkes war die staatliche Verwaltung auf externe Beratung angewiesen, um das große Ziel wissenschaftlich fundierter politischer Gesamtplanung umzusetzen. Staatliche Verwaltung sehe traditionell ihre Aufgabe darin,

»sogenannte vorgegebene politische Ziele in Rechtsnormen umzusetzen und diese verwaltungsmäßig durchzuführen. Sie ist weder personell noch organisatorisch darauf eingerichtet, planvoll an der Aufstellung eines Konzepts politischer Zielsetzungen und Handlungsprogramme mitzuwirken. Die herkömmliche Organisations- und Motivationsstruktur stehen der Planung eher entgegen.«<sup>109</sup>

Der Neubau des Kanzleramtes kam genau an dieser Stelle ins Spiel. Erinnert sei an die Neubaukonzeption aus seinem Memorandum: Das Bauwerk sollte durch die Zusammenfassung aller Abteilungen unter einem Dach, mittels den Arbeitsbedingungen angepassten Räumlichkeiten und unterstützt durch technische Ausstattung diese Veränderungsprozesse sowohl unterstützen als auch vorzeichnen. Gewollt war auch eine Signalwirkung in Richtung der im Amt Beschäftigten: Denn die »funktionale Gliederung« des Gebäu-

<sup>106</sup> Vgl. W. Süss, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 337.

<sup>107</sup> Vermerk Referat VII B 2, 8.12.1969, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, Bezug: Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Professor Ehmke am 4.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>108</sup> Der Auftrag zur »Bauberatung« galt der Formulierung des Raumprogramms für die Wettbewerbsaus-schreibung, BArch B 136/4267.

<sup>109</sup> Das Zitat stammt aus einem Vortrag Ehmkes, gehalten im November 1971, in dem er sein Verständnis von Planung erläuterte als »methodisches und organisatorisches Instrument zur formellen und materiellen Rationalisierung des Prozesses, durch den Entscheidungen vorbereitet werden«. H. EHMKE, Planung im Regierungsbereich, 1974, S. 113.

des, so Ehmke, werde »der Notwendigkeit von Team-Arbeit Rechnung tragen, wie denn auch die Fähigkeit zu Team-Arbeit, nicht nur mit Untergebenen, sondern auch mit Kollegen in stärkerem Maße zu einem Auswahlkriterium politischen Führungspersonals werden muß«. <sup>110</sup>

Neue Anforderungen an das Amtspersonal, Einführung der in der Projektgruppenarbeit bewährten Teamarbeitsformen, moderne Arbeitsorganisation und funktional angepasste Räume: Ehmke strebte komplexe Veränderungen der Verwaltungsarbeit an und machte die streng funktionale Grundkonzeption eines Kanzleramtsneubaus zum technischen Ausstattungsmerkmal einer modernen Verwaltung. Von den ersten Überlegungen bezüglich eines Neubaus an ging es insbesondere um dessen funktionale Aspekte: Zur Vorbereitung eines Kabinettsbeschlusses für einen Neubau hatte das Bundeskanzleramt im November 1969 die Fachleute der Bundesbauverwaltung kontaktiert, die bereits unter der Großen Koalition an Umbau- und Ausbauplänen für das beengte Kanzleramt gearbeitet hatten. Diese gaben überschlägig Auskunft über Raumprogramm und Baukosten:

»Ausgehend von Ihren grundsätzlichen Überlegungen wurde der Kostenermittlung folgendes Programm zugrunde gelegt: 1. Büroraum für 500 Bedienstete – je 20 qm – für Verwaltungsgebäude oberster Bundesbehörden beträgt der Erfahrungswert 13 qm –, 2. *Großraum für Planungstab der Bundesregierung*, 3. *5 Großräume für Projektgruppen*, 4. Lagezentrum, 5. Sonderräume wie Sitzungssäle, Bibliothek, Archiv, Postein- und -ausgang, Reserve usw., 6. Kasino, 7. Raumreserve, 8. Räume für das Bundeskabinett, 9. Repräsentationsräume.« <sup>111</sup>

Bereits diese Aufstellung nennt Repräsentationsräume an letzter Stelle. Sie nehmen demnach geringe Flächen und Bedeutung ein, während Großräume für die Projekt- und Gruppenarbeit in Schätzungen zum Raumbedarf gleich bei der ersten Kontaktaufnahme mit der Bauverwaltung angefragt wurden, also in den »grundsätzlichen Überlegungen« für das Raumprogramm schon vor einem Kabinettsbeschluss enthalten waren.

Die Verbindung von Arbeitsweise und einer bestimmten Art von Arbeitsräumen, die hier dokumentiert ist, bildet das zentrale Merkmal aller Planungen für den Kanzleramtsneubau. Die anstehenden strukturellen und räumlichen Neuerungen im Kanzleramt wurden als Einheit verstanden und komplex angegangen. Der Neubau wurde quasi als architekturgewordene Planung konzeptioniert, ein Symbol des neuen Stils. Die vorhandenen Räume an den fünf verschiedenen Adressen von Abteilungen des Kanzleramtes verhiinderten zwar nicht unmittelbar die angestrebte Arbeitsweise, aber das bisherige Improvisieren auf räumlicher Ebene wurde mit dem Improvisieren oder kurzfristigen Reagieren auf der politischen Handlungsebene analog gesetzt. Der Neubau sollte baulich demonstrieren, wie professionell und effizient die neue Bundesregierung künftig arbeiten würde.

Es kristallisiert sich somit heraus, dass der Neubau des Bundeskanzleramtes nicht nur im Hinblick auf die Implementierung politischer Planungsprozesse entstand, sondern vielmehr an einer komplexen Schnittstelle, an der im Zuge der Planungseuphorie verschie-

<sup>110</sup> H. EHMKE, Planung im Regierungsbereich, 1974, S. 121.

<sup>111</sup> MD Rossig an MD Dr. Kern, 4.11.1969, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, BArch B 134/17252 [Hervorhebungen durch die Verf.].

dene Kraftfelder miteinander interferierten: Die Entwicklung der Neubaukonzeption war zugleich auch einer der ersten Gegenstandsbereiche, auf den die Planungs- und Teamarbeitsmethoden gleich einem Großversuch praktisch angewandt wurden. Nach der Fertigstellung des Baus – und hier beginnt seine wichtigste Aufgabe – sollte er zudem selbst als künftiges Planungswerkzeug für die Regierungsarbeit dienlich werden und die Implementierung moderner, effizienter und demokratischer Arbeitsformen erleichtern. Somit war der Neubau zugleich Ausdruck, Folge und Instrument neuer Regierungstechniken. Oder anders formuliert: Wenn Planung der antreibende Motor war, dann diente der Neubau zugleich als Fahrzeug und als Straße.

### 3. Kybernetische Grundierung von Politik und Architektur

#### 3.1 *Das Quickborner Team*

Was für eine Firma war das Quickborner Team, das vom Kanzleramt den lukrativen Auftrag zur Schulung in Arbeitstechniken und später zur Bauberatung erhielt?<sup>112</sup> Es handelt sich um eine erfolgreiche Unternehmensberatung, die um 1969/70, als sie den Kanzleramtsauftrag akquirieren konnte, internationales Renommé genoss. Außerdem verströmte sie einen besonderen Nimbus. Zahlreiche Presseartikel versuchten diesen in Worte zu fassen.<sup>113</sup> Diesen Schilderungen zufolge wirkte die Firma mit dem neuartigen Beratungsangebot, dem lässigen Auftreten ihrer Berater und den beschrifteten Lösungswegen faszinierend und schillernd.

Die Berater des Quickborner Teams waren spezialisiert auf die Planung von Büroarbeitsflächen. Wurden sie beauftragt, analysierten sie zunächst die Arbeitsweise der beratenen Organisation und projizieren diese sodann auf künftige Arbeitsräumlichkeiten. Diese schnitten sie passend für die Arbeitsstruktur zu, damit Informations- und Arbeitsfluss störungsfrei verlaufen konnten. Die Organisations- und Raummodelle entwickelten sie gemeinsam mit den Mitarbeitern vor Ort in den Unternehmensräumlichkeiten. Zugleich wirkten sie mittels moderierter Gruppenarbeitsprozesse auf die strukturelle Interaktion der dortigen Angestellten ein.

Die beiden Unternehmensgründer, die Brüder Eberhard und Wolfgang Schnelle (Abb. 16) und ihr Kompagnon Hermann Dunst traten in Anzügen und wahlweise auch mal hemds-

<sup>112</sup> Zur Darstellung wurde im Folgenden auf zeitgenössische Veröffentlichungen zurückgegriffen, ergänzt durch Eigenveröffentlichungen aus dem zur Firma gehörenden »Verlag Schnelle Quickborn«. – Zum Quickborner Team ist A. RUMPFHUBER, *Immaterielle Arbeit*, 2013, bisher die einzige architekturtheoretische Veröffentlichung. Eine Monografie zur kybernetischen Architektur der Schnelle-Brüder wird derselbe vorlegen. Wichtige Hinweise auf das Wirken des Quickborner Teams finden sich bei M. HECKER, *Programmatische Aspekte*, 2011. Eine erste Verortung der Quickborner Bürogrundrisse aus Sicht der Denkmalpflege legte C. KIESER, *Arbeit planen*, 2012 vor.

<sup>113</sup> K. G. Simon: Des Kanzlers neue Schneider, in: *Publik*, Nr. 40, 2.10.1970, S. 28; K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: *Die Zeit*, 7.5.1971, S. 72; K. Grossner: Wenn Zukunft verplant wird. Werden in Bonn die Politiker von Experten entmachtet?, in: *Die Zeit*, 9.4.1971, S. 8; S. Schelling: Es plant und plant und plant, in: *Welt am Sonntag*, 5.3.1972, S. 5.





Abb. 16 Wolfgang und Eberhard Schnelle mit dem Modell einer Bürolandschaft. Aufnahme vor 1972.



Abb. 17 Berater im Seminarzentrum des Quickborner Teams. Aufnahme 1971.

ärmelig auf, besonders ihre jüngeren Berater jedoch waren meist leger in Cordhosen und Pullovern zu sehen. Sie hielten meist ein Stück Kreide oder einen Filzstift in der Hand, um Schemata und Stichworte an Tafeln und Pinnwände zu schreiben, so beschrieb es ein staunender Journalist, und ließen während der Arbeit auch gerne mal Rockmusik laufen (Abb. 17).<sup>114</sup> Tischtennisplatte und Sauna gehörten zur Ausstattung des Seminarzentrums in Quickborn,<sup>115</sup> in dem sich auch die Arbeitsgruppe, welche den Kanzleramtsneubau plante, im Januar 1970 für einige Tage zur Klausur zurückziehen sollte, doch dazu an späterer Stelle. Das Beratungsangebot der Fima war zugleich handfest und diffus: Im Theoriejargon gesprochen, machten die Quickborner Berater »den Bauherren und Architekten interdisziplinäres Zusammenwirken als Voraussetzung befriedigender Planungsergebnisse

<sup>114</sup> K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: Die Zeit, 7.5.1971, S. 72.

<sup>115</sup> Die Sauna befindet sich bis heute an Ort und Stelle. Die Tischtennisplatte erwähnt bei S. Schelling: Es plant und plant und plant, in: Welt am Sonntag, 5.3.1972, S. 5.

bewußt«<sup>116</sup>. Mit ihrem Angebot der Büroraumplanung war die Firma 1957 zunächst konkurrenzlos auf dem Beratungsmarkt. Sie entwickelte Möblierungs- und Raumgestaltungs-konzepte für Verwaltungsarbeitsplätze zunächst nur als Nebenprodukt, um die Produkte aus der väterlichen Büromöbelproduktion besser verkaufen zu können.<sup>117</sup> Die Produktion von Möbeln trat jedoch mit dem Erfolg der Firma in den Hintergrund: Die Büroberater sorgten nun primär dafür, dass die für die Arbeitsprozesse relevanten Parameter in der Planung der Büroräumlichkeiten frühzeitig berücksichtigt wurden.<sup>118</sup>

Da das Quickborner Team mit Vorliebe Büro großräume gestaltete, genannt »Bürolandschaften«, sammelten die Berater rasch Erfahrungen mit Widerständen von Mitarbeitern ihrer Kundenunternehmen, die sich oftmals ungerne von ihren Einzelbüros trennten. Diese Phänomene und allgemeine Fragen des Betriebsklimas berücksichtigte das Quickborner Team in seiner Beratungspraxis nicht nur, sondern griff dieses Thema gezielt auf, um diese in Gruppengesprächen zu bearbeiten. Mit diesem Ansatz wurde die Firma national und international ausgesprochen erfolgreich: Ab 1966 erwarb sich das Quickborner Team bei Industrie und Behörden einen guten Namen. Bis 1971 hatten die Schnelle-Brüder für über 60 internationale Kunden Büro großräume strukturiert.<sup>119</sup>

Die New York Times lobte ihre Arbeit als »Demokratisierung des Büros«. In den USA wurde ihnen der Preis für die beste Büroplanung 1970 verliehen.<sup>120</sup> Der »demokratische« oder – weniger ideologisch formuliert – egalitäre Aspekt dieser Bürolösungen folgte bei ihrem Ansatz jedoch aus der ökonomischen Prämisse, dass funktionsbezogene Büroflächen sinnvoll seien, bei denen die Anordnung der Arbeitstische nicht Hierarchien abbildete, sondern der Zuordnung bestimmter Arbeitsschritte zu denen von Kollegen und Arbeitsmaterialien folgte. Die dort künftig Arbeitenden wurden Gegenstand aktiver Überzeugungsarbeit: »(...) Widerstand (...) kanalisiert die Schnelle-Brüder in betriebliche Planungskollektive, in denen die Berater präsidieren und die Beplanten mitreden durften«, beschrieb ein Journalist im »Manager Magazin« diesen Prozess, nicht ohne Spitze gegen die Steuerung der nur scheinbar selbstbestimmten Planungskollektive durch die Berater.<sup>121</sup> In der Selbstaussage der Firma klang das Prinzip orchestraler: »Wir treten nicht als Solisten auf und oktroyieren nichts, sondern integrieren uns in die Organisation des Kunden und die Leute in den Planungsprozeß«. <sup>122</sup>

Das Planungskollektiv wurde von den Beratern nicht zuletzt zu künftigen Bevollmächtigten für die »Planung der Planung« ausgebildet; es sollte selbstständig die Weiterent-

<sup>116</sup> B. KROLL, *Aufstieg und Fall*, 1972, S. 67.

<sup>117</sup> Vgl. F. IBOLD, *Chronologie*, 2006, S. 89.

<sup>118</sup> Vgl. K. G. SIMON, *Sokrates*, 1973, S. 105.

<sup>119</sup> Vgl. B. KROLL, *Aufstieg und Fall*, 1972, S. 69. – Die ersten Kunden, für die das Quickborner Team Bürolösungen plante, waren Boehringer (Mannheim, 1959) und Bertelsmann (Gütersloh, 1960/61), später Krupp (Rheinhausen, 1962), IBM (New York), BP (Mailand), Shell (Caracas), Philips (Eindhoven), Osram (München, 1965), Lufthansa (Köln, 1967), Texas Instruments (München, 1969) und viele andere. Vgl. B. KROLL, *Aufstieg und Fall*, 1972, S. 67, sowie F. IBOLD, *Chronologie*, 2006, S. 90.

<sup>120</sup> B. KROLL, *Aufstieg und Fall*, 1972, S. 68.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Ebd.

wicklung und Anpassung der zukünftigen Ablauforganisation und Raumanpassungen im Unternehmen leisten, das System dadurch in die Lage versetzt werden, sich selbst im Zuge neuer Anforderungen neu zu regulieren, ganz ohne Hilfe der Berater. Dieser Aspekt organisatorischer und zugleich räumlicher Flexibilität ist der zentrale: Der räumliche Rahmen wird hinsichtlich seiner inneren Aufteilung dynamisch angelegt, damit er Veränderung und Selbstregulierung des Systems nicht behindert. Das Großraumbüro erscheint so als einleuchtende Lösung des Widerspruchs zwischen fixer architektonischer Hülle und veränderlicher Nutzung: Tische, halbhohe Sichtschutzwände und Pflanzkübel können mühelos umgestellt werden, sobald die Veränderung der Organisation dies erfordert. Der bewegliche Raum wird zum Teil des veränderlichen Systems und bildet dieses zugleich visuell ab. Zugleich konnten die Bürolösungen auch als wirtschaftlich gelten, da sie sich langfristig anpassen und nutzen ließen, auch wenn sich die Organisation in Abständen neu strukturieren würde.

Zunehmend erfahren in der Moderation von Planungsgruppen begannen Eberhard und Wolfgang Schnelle schließlich damit, die Analyse und Veränderung von Kooperationsstrukturen innerhalb von Organisationen als Beratungsangebot auch völlig unabhängig von Bauprojekten anzubieten.<sup>123</sup> Dieser Schritt geschah unmittelbar vor dem Planungsauftrag für den Kanzleramtsneubau. In der Firmengeschichte des Quickborner Teams bedeutete der Auftrag zur Schulung der Bonner Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform einen Meilenstein, denn hier trat Wolfgang Schnelle erstmals nicht als Büroraumexperte, sondern als Moderator der Gruppenarbeit auf und wendete dabei gemeinsam mit seinem Bruder entwickelten Methoden an.<sup>124</sup>

1966 hatte Eberhard Schnelle die Konzeption seines sogenannten »Entscheider-Trainings« für die Zielgruppe der öffentlichen Verwaltung publiziert.<sup>125</sup> Seine Methode, durchdrungen von und formuliert in zeitgenössischer sozialwissenschaftlicher Terminologie, sollte »gleichermaßen für Training wie (leicht modifiziert) zur Planung« anwendbar sein.<sup>126</sup>

»In der Quickborner Definition ist sie »eine Methode zur Erweiterung von Problemkomplexität, zur Produktion von Problemlösungs-Phantasie, zur Offenlegung von Konflikten und Übereinstimmungen beim Erfinden gemeinsamer Handlungsstrategien«. In Quickborner Anwendung bekämpft sie hierarchische Strukturen, denn sie bedient sich der Technik des Brainstormings und des gruppenspezifischen Trainings, denen egalitäre Kooperation als Prozeßprämisse gemeinsam ist.«<sup>127</sup>

Die komplexe Planungsmethode der Brüder Schnelle, die sie in Unternehmen als Moderatoren anboten, soll im Folgenden kurz umrissen werden, soweit es für das weitere Verständnis notwendig ist. Die Planung komplexer Projekte sollte idealerweise durch eine Ar-

<sup>123</sup> Zur Unternehmensgeschichte aus zeitgenössischer Sicht P. W. TUGEL, Quickborner Team, 1968, so wie in der Firmenchronik F. IBOLD, Chronologie, 2006.

<sup>124</sup> Vgl. F. IBOLD, Chronologie, 2006, S. 91.

<sup>125</sup> E. SCHNELLE, Entscheidung im Management, 1966.

<sup>126</sup> B. KROLL, Aufstieg und Fall, 1972, S. 67.

<sup>127</sup> Ebd.

beitsgruppe bewältigt werden. Innerhalb dieser Gruppe sollte nach Quickborner Prinzip die Planung nicht linear erfolgen, das heißt nicht auf dem kürzesten Weg auf die Lösung eines Problems zusteuern. Stattdessen sollte zu Beginn des Prozesses, im Brainstormingverfahren, eine möglichst große Masse von Aspekten, Ideen, Fakten und Fragen, verwandten Problemen, Hindernissen, Zwängen, Wünschen und Möglichkeiten gesammelt werden.<sup>128</sup> Durch dieses offene Brainstorming könnten die Gruppenteilnehmer erst die Komplexität des Ganzen ermessen. Die Arbeitsgruppe wird dabei von Moderatoren angeleitet – in der Schulung sind das die Berater vom Quickborner Team, zugleich lernen die Teilnehmer dabei, wie sie selbst den Arbeitsprozess moderieren können. Diese vermitteln Strukturierungshilfen für das zusammengetragene Material, etwa Fakten auf andersfarbigen Kärtchen zu notieren als Fragen oder Annahmen. Alle Kärtchen werden dann gut sichtbar für alle Teilnehmer an Pinnwänden angebracht. Die dafür benötigten Arbeitsmaterialien zur Visualisierung der Diskussionsinhalte einer Arbeitsgruppe, also bunte Kärtchen in verschiedenen Größen und Formen, Filzstifte, Pinnwände und große Bögen Papier zum Beschreiben, sind eine genuine Idee des Quickborner Teams, die heute überall bekannt und verbreitet ist.

Erst nach Ende des Brainstormings sollte eine Arbeitsgruppe festlegen, welche der gesammelten Aspekte sie für wichtig hält zur weiteren Bearbeitung. In dieser Phase platziert jeder Gruppenteilnehmer Klebepunkte auf denjenigen Kärtchen, die er oder sie für besonders relevant hält. Dieses Verfahren dient dazu, das Gewicht, das alle Anwesenden einem Aspekt beimessen, visuell und damit kaum anfechtbar vor Augen zu führen. Themenkärtchen ohne oder mit nur wenigen Punkten lassen die Moderatoren im weiteren Verlauf bewusst außer Acht. So gelangt die Gruppe zur Einengung von Arbeitsfeldern und schließlich zu Entscheidungen. Das Verfahren ließe sich auch als ein Prozess der zunächst chaotischen Vertiefung eines Themas mit anschließender moderierter Komplexitätsreduktion beschreiben.

Die Gruppenarbeitstechnik sollte, einmal durch das Quickborner Team vermittelt, durch die moderierte Arbeitsgruppe in vielen weiteren Phasen des Arbeitsprozesses und letztlich themenunabhängig nutzbar sein. Das Versprechen hinter dieser als universal einsetzbar beschriebenen Technik war, dass sie alle Teilnehmer einbindet, die Gruppe fokussiert, ihre Ergebnisse jederzeit sichtbar vor Augen führt und das Strukturieren erleichtert. Insbesondere durch das visuelle Strukturieren an Pinnwänden erschien es möglich, dass in der Gruppe diskutierte und abgewogene Entscheidungen gegen Fehler abgesichert seien.

Dass also diese Technik der Entscheidungsfindung durch Kollektive als rationalisierte Form der Entscheidungsfindung wahrgenommen wurde, begründete zusätzlich die Überzeugungskraft des Quickborner Ansatzes; die Kunden der Firma erhofften sich, mit den neuen Arbeitsverfahren objektiv bessere und tragfähigere Lösungen entwickeln zu können.

Wolfgang Schnelle publizierte die Grundlagen der Beratungsleistungen schon früh, damals noch bezogen auf Büroplanung, in dem Buch »Hierarchische Ordnung im Büro: Rang- und Gruppenprobleme in Verwaltungen«.<sup>129</sup> Der Titel verweist auf ein zentrales

---

<sup>128</sup> Gespräch mit Hansjörg Mauch am 8. März 2010 in Quickborn.

<sup>129</sup> W. SCHNELLE, Hierarchische Ordnungen, 1961.

Verfahren der Schnelles: Sie fokussierten auf die Arbeitsrealität in Gruppen von Menschen, die zusammenarbeiten. Innerhalb der größeren Organisationen interessierten sie sich insbesondere für die kleineren Arbeitsstäbe, die zeitweise oder längerfristig neben der geltenden Hierarchie gemeinsam an einer konkreten Aufgabe arbeiten. Diese bilden und lösen sich auf informeller Ebene. Die Schnelles beobachteten, dass die sozialen Hierarchien in diesen Gruppen dennoch hemmend wirken und damit Potenzial und Effizienz der Gruppe einschränken. Hintergründig verantwortlich sei die Diskrepanz zwischen sozialer Hierarchie und informeller Gruppenstruktur, in der die Kräfte- und Kompetenzverhältnisse keineswegs der Hierarchie entsprechen müssen. Die Quickborner zielten darauf ab, in den von ihnen beratenen Organisationen den persönlich-individuellen Konflikt zu entpersonalisieren, indem solchen informellen temporären Arbeitsgruppen eine sichtbare Kontur gegeben wird, nicht zuletzt in der räumlichen Disposition des Arbeitsortes.

Alle beschriebenen Angebote der Firma flossen die in Beratung des Kanzleramts ein: Wie in den folgenden Kapiteln vertieft werden wird, analysierte das Quickborner Team die Arbeitsweise im Kanzleramt, übte neue Teamarbeitstechniken mit den Mitarbeitern ein und entwickelte ein für die neue Organisationsform passgenaues räumliches Konzept für den Neubau. Arbeitsabläufe direkt auf Arbeitsräume zu spiegeln, also strukturelle und räumliche Organisation aufs Engste zu verknüpfen, sollte das Projekt des Kanzleramtsneubaus im Kern charakterisieren. Der Einfluss des Quickborner Teams auf die Grundkonzeption des Neubaus war immens. Das Bauprojekt war damit von der ersten Stunde an ein Vehikel einer gewaltigen, über die reine Bautätigkeit hinausgehende Reformambition unter der Ägide Horst Ehmkes, zumal es im Zentrum der Bonner Bundesverwaltung nur den Beginn größerer Umstrukturierungen markieren konnte.

Dass das doppelt profilierte Quickborner Team den Beratungsauftrag sowohl organisatorisch als auch als Raumgestaltungsfrage auffasste, geht aus einem Besprechungsvermerk vom 16. Januar 1970 hervor. Wolfgang Schnelle, einer der beiden Geschäftsführer der Firma, verortete vor Vertretern des Kanzleramtes und der Stadt Bonn zu Beginn der Zusammenarbeit den Neubau als Teilelement der Regierungsreform:

- »Zum Neubau BKA und Standort Görresstraße führte der Vertreter des Quickborner Teams [das ist Wolfgang Schnelle, Anm. d. Verf.], dessen Darlegungen von MD Dr. Kern bestätigt wurden, aus, daß der eigentliche Anlaß zum Neubau nicht der erweiterte Raumbedarf, sondern eine Neubestimmung der Funktion des BKA sei. Nämlich
- Öffentlichkeitsbild (keine »Kanzlei«, sondern Repräsentation der Führungsspitze)
  - »Drehscheibe« zwischen den Ressorts
  - Neue Planungsaufgabe mit erweitertem Raumbedarf«.<sup>130</sup>

Die Tätigkeit des Quickborner Teams im Kanzleramt sollte sich insgesamt über etwa 18 Monate erstrecken. Sie ging sogar weit über die Analyse der arbeitenden Organisation und die Erarbeitung des Raumprogrammes hinaus: Wolfgang Schnelle saß bei öffentli-

<sup>130</sup> Vermerk Referat II A/2 (i. V. Dr. Klemm), 19.1.1970, betr. Koordinierung der Planung zwischen Bund und Stadt Bonn hinsichtlich Regierungsbauten, insbesondere Neubau Bundeskanzleramt; hier: Besprechung im BKA am 16. Januar 1970, BArch B 134/17252.

chen Diskussionsveranstaltungen zum Kanzleramtsneubau neben der Bundesbaudirektion auf dem Podium, coachte auch die Preisrichterjury in Arbeitssitzungen, wirkte auf Wunsch dieser Jury schließlich sogar als nicht stimmberechtigter Berater im Preisgericht mit und führte noch nach Entscheidung des Wettbewerbes eine mehrmonatige Praxiserprobung der neu entwickelten Abteilungsorganisation im Kanzleramt durch. Anhand der nacheinander geschlossenen, jeweils mehrere Monate dauernden Beratungsverträge mit dem Quickborner Team lassen sich bestimmte Planungsaufträge nur chronologisch differenzieren, jedoch kaum sinnvoll abgrenzen.<sup>131</sup> Die verschiedenartigen Leistungen des Quickborner Teams sind eng miteinander verwoben, und die unpräzise Abgrenzung ist vermutlich gewollt.

Kritisch lässt sich hinterfragen, wie offen der vom Quickborner Team moderierte Planungsprozess im Kanzleramt wirklich angelegt war. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, hatte die Amtsleitung die Rahmenbedingungen der Planung und die Richtung der anzustrebenden Veränderungen gleich zu Beginn fixiert. Es ist daher möglich, dass die Beraterphase dazu diente, die Amtsangehörigen in die Planung einzubinden und dadurch erwartbare Widerstände gegen die Umstrukturierungen in der offenen Gruppenarbeit abfangen zu lassen.

Aus den Worten Schnelles, protokolliert bei seiner Vorstellung vor Mitgliedern des zu bestellenden Planungsteams, liest man die vielsträngige Verbindung der Arbeitsfelder bereits heraus. Seine Moderatoren- und Stimulationsfunktion hob er besonders hervor und begrenzte zugleich explizit seine Verantwortung zum Erfolg. Alles stehe und falle mit der Bereitschaft der Institution zu Veränderungen, da die hauseigenen Mitarbeiter diese entwickelten:

»Die Aufgabe des Quickborner Teams sei es, die Funktionen, die sich in dem Gebäude vollzogen, zu problematisieren und daraus neue Perspektiven zu gewinnen [...] Das Heranziehen des Quickborner Teams für die Bauprogrammbildung sei nur sinnvoll, wenn wirklich beabsichtigt sei, ein zukunftsweisendes Programm aufzustellen und wenn die zuständigen Herren des Bundeskanzleramtes bereit seien, die notwendige Zeit zu opfern, um die anstehenden Fragen und Probleme zu diskutieren. Die Experten des Quickborner Teams könnten nicht das fertige Bauprogramm liefern, sondern nur aufzeigen, welche Probleme bei der Erstellung des Bauprogramms zu diskutieren und zu lösen seien. Das Quickborner Team könne – so gesehen – nur ein Planungsstimulator sein und mithelfen, die Grundlagen für den Bauentwurf festzulegen.«<sup>132</sup>

Das Quickborner Team war sich bewusst, dass es von seinen Kunden für nicht genannte, auch politische Zwecke benutzt werden konnte, was die Berater auf kritische Pressefragen

<sup>131</sup> Vgl. verschiedene Verträge zwischen Bundesregierung und Quickborner Team, BArch B 136/4267. Darunter: Vertrag vom 23.12.1969 (Inhalt: »Bauberatung«, 55 500 Mark Honorar); infolge einer haushaltsbedingten Splitting Folgevertrag für denselben Auftrag vom 28.1.1970 (ebenfalls »Bauberatung«, 144 300 Mark Honorar); Vertrag vom 1.7.1970 (nochmals »Bauplanung«, 199 800 Mark); Vertrag vom 18.12.1970 (»Entwicklung und Erprobung neuer Organisationsformen und Arbeitsmethoden«, 388 500 Mark Honorar). Es ergibt sich eine Honorarsumme von insgesamt 896 658 Mark, die bis einschließlich 1971 für Beratungsleistungen des Quickborner Teams aufgewendet wurden.

<sup>132</sup> Wolfgang Schnelle, Kurzprotokoll über die Besprechung betr. »Neubau Bundeskanzleramt« am 11. Dezember 1969 im BKA, 15.12.1969, BArch B 134/17252.

hin reflektieren: Äußerungen dieser Art müssen ebenfalls als Verantwortungsbegrenzung aufgefasst werden:

»In fünfzig Prozent aller Fälle werden wir als Feigenblatt gerufen. Da ist dann jemand, der will etwas durchsetzen und braucht dazu ein Alibi. Nur fünfzig Prozent unserer Vorstellungen gehen in Erfüllung, und daß wir viel Schaum schlagen, wissen wir auch. Aber das System will den Schaum. Anders kommt man an den Kern nicht heran.«<sup>133</sup>

### 3.2 *Kybernetik als Epistemologie und angewandte Wissenschaft*

Die Omnipräsenz des Quickborner Teams in diesen Prozessen lenkt die Aufmerksamkeit desjenigen, der die Baugeschichte des Kanzleramtsneubaus erforschen und verstehen will, immer wieder auf die enge Zusammenarbeit von Politikern, Wissenschaftlern und Architekten. Ehmkes Bemühungen um neue Regierungstechniken, insbesondere ihre Verwissenschaftlichung, wurden von Mitstreitern mitgetragen. Reimut Jochimsen etwa, Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaft in Kiel, kannte Ehmke von der Universität Freiburg her; er wurde Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt. Der dritte wichtige »sozialwissenschaftliche Brückenkopf«,<sup>134</sup> der sich in der SPD für die Kontaktpflege zwischen Wissenschaft und Politik engagierte, war Ulrich Lohmar, der seit 1960 mit Willy Brandt bekannt war.<sup>135</sup> Lohmar und Ehmke kamen 1963 über den Gesprächskreis Wissenschaft und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung miteinander in Kontakt.<sup>136</sup> Lohmar stellte möglicherweise auch den Kontakt zwischen Ehmke und dem Quickborner Team her.<sup>137</sup> Dieser »Schulterschluss«<sup>138</sup> zwischen Politik und Wissenschaft war laut Münkkel Teil der Selbstinszenierung der neuen SPD.

Das Interesse des Kanzleramtschefs am Einsatz dieser Unternehmensberatung lässt sich anhand der Überschneidungen in der theoretischen Fundierung von Politikkonzept und Kooperationstechniken der Quickborner begründen. Die Kybernetik war ihr gemeinsamer Nenner. So wie Ehmke beziehungsweise seine Partei einem »Stichwortgeber und Berater«<sup>139</sup> Karl Steinbuch gefolgt zu sein scheint, welcher die Wissenschaft Kybernetik in den 1960er Jahren allgemein populär gemacht hatte<sup>140</sup> und Hoffnungen

<sup>133</sup> K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: Die Zeit, 7.5.1971. Vergleichbare Aussagen auch zitiert bei K. G. SIMON, Sokrates, 1973.

<sup>134</sup> Die Formulierung, es habe eine »sozialwissenschaftliche Selbstaufklärung der politischen Entscheidungszentren« durch »sozialwissenschaftlichen Brückenköpfe« stattgefunden, in: W. SÜSS, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 341.

<sup>135</sup> Vgl. D. MÜNKEL, Gespräch, 2004, S. 280.

<sup>136</sup> Vgl. ebd., S. 282.

<sup>137</sup> Starkes Indiz dafür der Artikel K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: Die Zeit, 7.5.1971. – Hansjörg Mauch hält dieses Szenario für möglich. Ders. im Gespräch am 8. März 2010, Quickborn. – Christian Farenholtz kann sich vorstellen, selbst als Brücke zwischen Horst Ehmke und dem Quickborner Team fungiert zu haben, siehe unten, S. 130. Demnach war das Quickborner Team bei mehreren SPD-Mitgliedern bekannt und geschätzt.

<sup>138</sup> D. MÜNKEL, Gespräch, 2004, S. 281.

<sup>139</sup> G. METZLER, Konzeptionen, 2005, S. 341.

<sup>140</sup> K. STEINBUCH, Automat und Mensch, 1961; DERS., Informierte Gesellschaft, 1966; DERS., Falsch programmiert, 1968. – Steinbuchs Einfluss ausführlich analysiert und bewertet bei P. AUMANN, Mode und Methode, 2009, S. 391–410.

darin setzte, dass sich die Politik durch kybernetisch fundierte Handlungskonzepte verwissenschaftlichte,<sup>141</sup> so führten auch die Brüder Schnelle ihre praxiserprobten Ansätze auf die kybernetische Theorie zurück. Zumindest präsentierten sie diese in zahlreichen Publikationen in der kybernetischen Terminologie, vielleicht auch nur um den Eindruck von Modernität und Relevanz zu vermitteln. Es scheint, dass es ihnen tatsächlich gelang, ihre Leistungen zu einer »autoritativen Ressource«<sup>142</sup> aufzuwerten, welche von der der Kybernetik gegenüber so aufgeschlossenen politischen Sphäre der Planungsbefürworter rund um Horst Ehmke als Input unmittelbar aufgesogen wurde und den Quickbornern lukrative Aufträge bescherte. Die von Ehmke ausgewählten Kräfte im Zusammenhang mit dem Kanzleramtprojekt – hier kommt später auch der Vorsitzende der Preisrichterjury des Architekturwettbewerbes Christian Farenholtz ins Spiel – waren durchweg Vertreter des organisationskybernetischen Ansatzes. Architektonische Räume stellten sie in den Dienst systembezogener Erfordernisse einer Organisation.

Die Kybernetik als gemeinsame theoretische Grundlage von Ehmkes Regierungstechniken und der Beratungsleistung des Quickborner Teams wird im Folgenden so weit dargestellt, wie es zum Verständnis der Zusammenhänge notwendig erscheint. Vorstellungen von erfolgreicher Politik durch Planung verbinden sich mit den Raum- und Kooperationskonzepten der Quickborner Berater, doch auch einige wichtige Unterschiede im Zugriff Ehmkes und der Schnelles auf das kybernetische Gedankengut lassen sich identifizieren.

Das 1948 durch den US-amerikanischen Mathematiker Norbert Wiener beschriebene kybernetische Modell beschreibt kreisförmig geschlossene Regelungs- und Steuerungsprozesse und unterscheidet dabei nicht, ob diese in technischen Apparaturen oder biologischen Organismen stattfinden.<sup>143</sup> Die Tätigkeit solcher Systeme zielt entweder auf eine Veränderung des Außen oder auf eine Anpassung des Innen an veränderte Außenbedingungen; es geht also um Ausgleichsbewegungen. Wiener abstrahiert bei seiner Beschreibung von Regelungsprozessen innerhalb eines »Systems« so sehr, dass ihre Anwendbarkeit nicht auf soziale Systeme wie Organisationen beschränkt ist. Indem kybernetische Modelle stets von »Informationsübertragung« sprechen, wenn es um Kommunikation geht, ermöglichen sie auch die Betrachtung komplexer soziotechnischer Systeme, bei denen Menschen mit Menschen, Menschen mit Maschinen oder Maschinen untereinander kommunizieren – jede Form von Austausch und Verarbeitung von Information erhält im Modell den gleichen Stellenwert.

Die Zusammenarbeit zwischen Horst Ehmke, der ein auf kybernetischem Verständnis basierendes Konzept soziotechnischer Verwaltungsstrukturen anstrebte, und den Brüdern

<sup>141</sup> »Die politische Praxis bediente sich kybernetischer Theorien, um ihren Bedarf nach wissenschaftlicher Fundierung zu befriedigen.« P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009, S. 445.

<sup>142</sup> Begriff nach Metzler; sie untersucht »Beziehungen zwischen den wissenschaftlichen Akteuren, die autoritative Ressourcen erzeugen, und politischen Akteuren, in deren Konzeptionen politischen Handelns diese Ressourcen einfließen (...). Die Komplexität ihres Verhältnisses wird (...) unter dem Aspekt der ›Kopplungen‹ zwischen Politik und Wissenschaft untersucht, wie sie Peter Weingart als Charakteristikum der modernen Wissensgesellschaft herauspräpariert hat.« G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 21.

<sup>143</sup> Allgemein zur Kybernetik siehe C. PIAS, *Kybernetik*, 2004; zur Kybernetik in der Bundesrepublik einschlägig P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009.



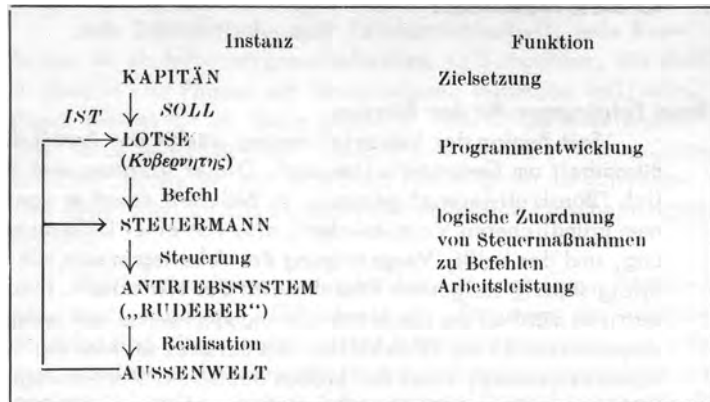


Abb. 18 Schema der kybernetischen Instanzen nach Helmar Frank.

Schnelle, deren Vorstellung von Organisation der Verwaltungsarbeit ebenfalls auf das kybernetische Modell eines regulierbaren Systems rekurriert, führte zu dem beschriebenen Phänomen eines Neubauprojektes Kanzleramt, das mehrdimensional betrachtet werden kann und daher zugleich Fahrzeug und Straße in eine sich parallel verändernde gesellschaftliche Zukunft ist. Verschränkungen dieser Art ergeben sich, wenn ein Modell, das zur Beschreibung bestimmter Prozesse verwendet wird, also epistemologische Virulenz hat, zugleich in die pragmatische Anwendung überführt wird, indem Organisationen entsprechend der kybernetischen Modelle eingerichtet werden.

Neben dem Verständnis von Kommunikation als Informationsverarbeitung gehen kybernetische Modelle von Regelkreisen aus, in denen Informationsverarbeitung dezentral und kreisförmig geschlossen abläuft: Die Kommunikation erfolgt immer schleifenförmig, also mit einer Rückmeldung über den tatsächlichen Zustand des veränderlichen Außen. Für das Modell ist es unerheblich, ob Menschen berichten, was sie »draußen« gesehen haben, oder ob ein Thermometer die Außentemperatur misst. In beiden Fällen wird die Information verarbeitet, das heißt es wird mit unmittelbaren Echtzeitentscheidungen auf die aktuelle Lage reagiert. So entsteht ein sich selbst steuernder Regelkreis, der mittels Rückkopplungsschleifen (»Feedback«) permanent Informationen über das Außen eruiert, die durch die internen Entscheidungsinstanzen ausgewertet werden und in die – eventuell zu modifizierende – Strategie zum Erreichen von Zielvorgaben einfließen.

Das klassische Beispiel für einen kybernetischen Regelkreis – tatsächlich für die Politik ein alter Bekannter seit der Antike, denn das griechische *kybernetike* bedeutet Steuermannskunst<sup>144</sup> – ist ein mittels Navigation, Wind- und Muskelkraft auf dem Wasser fahrendes Schiff (Abb. 18).<sup>145</sup> Nachdem der Kapitän ein Fahrtziel aus allen möglichen Fahrtzielen ausgewählt und seinen Lotsen darüber informiert hat und sich sodann anderen Fragen seines Aufgabenbereiches zuwendet, ergeben sich in den Hierarchieebenen (kybernetisch: »Instanzen«) unter ihm komplexe Mechanismen der Steuerung des Schiffes, bei denen ein kreisförmiger Fluss der Informationsverarbeitung nachvollzogen werden kann und immer

<sup>144</sup> K.-H. HILLMANN, Wörterbuch der Soziologie, 2007, S. 479.

<sup>145</sup> Im Folgenden nach E. SCHNELLE / A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 12f.

neue Entscheidungen erforderlich macht: Der Lotse bestimmt zunächst die Position des Schiffes mithilfe seiner technischen Instrumentarien, ermittelt aus dem sogenannten »Ist-Wert« und Zielort (»Soll-Wert«) den Weg, wobei er ihm bekannte Informationen mit einbezieht, vom Tiefgang seines Schiffes über vorherrschende Windstärken und -richtungen bis hin zur gewünschten Ankunftszeit. Sobald seine Ermittlungen abgeschlossen sind, informiert er den Steuermann, der den vorgegebenen Kurs und die Geschwindigkeit zu halten hat. Der Steuermann gleicht unvorhergesehene Außeneinwirkungen nun ständig mittels Entscheidungen bezüglich der Ruderstellung aus, also Strömung, Wind oder Wellengang. Seine Echtzeitreaktion auf eine starke Strömung wird im kybernetischen Modell als Verarbeitung des Feedbacks, eines kontinuierlichen Erhebens und Verarbeiten von Informationen über den aktuellen Ist- im Bezug zum Sollzustand beschrieben. Die Mannschaft segelsetzender Matrosen oder Ruderer schließlich führt lediglich nach Weisung und vorgegebenen Regeln Tätigkeiten aus.

Das einfache Modell betrachtet das fahrende Schiff als regulierbares System, in dem alle Entscheidungen der Instanzen letzten Endes auch programmierbar und entsprechend automatisierbar seien, wenn diese Programmierung nur komplex genug ist, also alle Eventualitäten und Auswirkungen von Entscheidungen in Navigation und Segelkunst berücksichtigt. Innerhalb der großen Gemeinde der Kybernetiker, die in den 1950er und 1960er Jahren als Denkschule großen Einfluss erlangte, versuchten Wissenschaftler aller Disziplinen, das Systemmodell auf ihre Gegenstände zu übertragen.<sup>146</sup> Die Attraktivität der Kybernetik lag wohl in verschiedenen Aspekten begründet. Sie ist so einfach wie elegant und abstrakt, sie verspricht Universalität und Ganzheit, wenn mathematisch berechenbare Prozesse Vergleichbarkeit und gemeinsame Fachterminologie in vielen Bereichen herstellen. Dies schürte Hoffnungen, den interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch hochspezialisierter Wissenschaftsbereiche wieder zu ermöglichen, und das in einer Zeit, in der die allgemeine Komplexitätssteigerung und die technisch-wissenschaftliche Entwicklung Erfahrungen des Kontrollverlustes verursachten. »In der Kybernetik treffen sich (...) Differenzierungserfahrung und Kohärenzverlust mit Einheitsträumen und Ganzheitsversprechen.«<sup>147</sup>

Sowohl Ehmkes als auch Schnelles Vorstellungen folgen dem kybernetischen Modell und beziehen daraus die Überzeugung, die von ihnen zu gestaltenden Systeme seien regulierbar, wenn man nur das Verhalten des Systems und seiner Umwelt genau genug analysiere und dann mittels Stellschrauben in seinem Verhalten beeinflusse; Ehmkes System – die westdeutsche Bundes- und Länderverwaltung mit dem Steuerungszentrum Bundeskanzleramt<sup>148</sup> – war lediglich ungleich größer und komplexer als Schnelles Aufgabe: Das soziotechnische System Bundeskanzleramt als Zentrum aller dieser Steuerungsaufgaben auf der Ebene der internen Abläufe und räumlichen Lösungen zu organisieren.

<sup>146</sup> Vgl. C. PIAS, *Kybernetik*, 2004, S. 19.

<sup>147</sup> Ebd., S. 20.

<sup>148</sup> Vgl. H. EHMKE, *Planung im Regierungsbereich*, 1974, S. 121f.

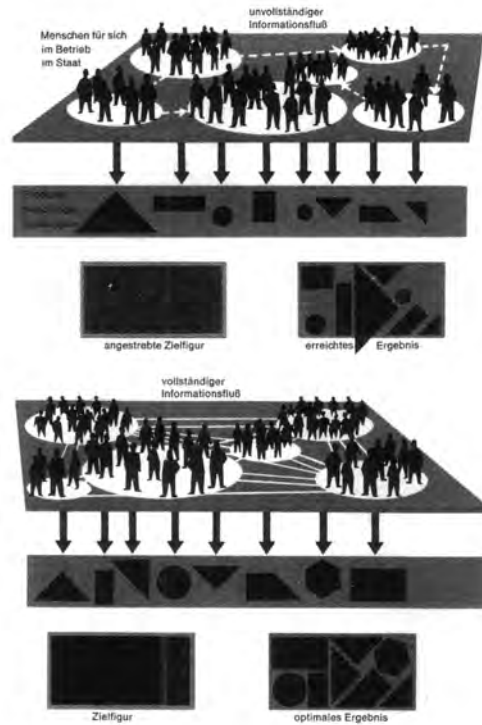


Abb. 19 Schema einer sich dank dezentralen Informationsflusses selbst optimierenden Gesellschaft.

Die Komplexität beider Zielstellungen erscheint schwindelerregend – und tatsächlich sind kybernetische Modelle auch an überkomplexen sozialen Systemen gescheitert, da sich deren Verhaltensweisen eben nicht vorhersagen, also auch nicht programmieren und entsprechend regulieren lassen.<sup>149</sup> Begeisterung und Experimentierfreude der Zeit jedoch waren Realität. Sie vermitteln sich am besten visuell, nämlich in den oft bildlichen Argumentationshilfen der Kybernetik, die von nicht weniger als einer »nichtdeterministischen Teleologie« ausging.<sup>150</sup> Zwei zeitgenössische Grafiken (Abb. 19) etwa sollen verdeutlichen, dass sich eine Organisation, eine Gesellschaft, allgemein ein System, sobald nur die notwendigen Kommunikationskanäle etabliert worden sind, wie von allein in eine vernünftige und sinnvolle statt zuvor zufällige, chaotische, disparate Form bringt. Diese vernünftige Anordnung sei ihnen natürlich, sie hätten sie »zielsicher immer schon erfüllt«, wenn die Kommunikationsmöglichkeiten früher bereits bestanden hätten.<sup>151</sup>

Für die Politik ließ sich daraus der Schluss ziehen: »Gouverner, c'est prévoir«, zu deutsch: »Regieren ist Voraussicht«. Die Aufgabe der Politik bestehe also in der Analyse und Etablierung notwendiger Infrastrukturen, damit sich ein hochkomplexes Sys-

<sup>149</sup> Vgl. P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009, S. 81.

<sup>150</sup> C. PIAS, *Kybernetik*, 2004, S. 30.

<sup>151</sup> Ebd., S. 30f.

tem selbst regulieren kann. Pias verweist bei dem gegebenen französischen Zitat auf den Ansatz Pierre Bertaux', dessen Vorstellungen von einer computerisierten Staatsmaschine 1963 auf deutsch publiziert wurden.<sup>152</sup> Da das menschliche Gehirn nicht in der Lage sei, derart komplexe Aufgaben zu bewältigen, lautete der logische Rückschluss der Kybernetiker, eine Gesellschaft müsse sich zu ihrer eigenen Regulierung die Unterstützung »staatliche[r] Denkmaschinen« sichern, welche die komplexen Aufgaben durchzurechnen in der Lage seien. Diese Vorstellungen bildeten die wissenschaftstheoretische Grundlage der politisch-technokratischen Regierungspraxis der politischen Planung.<sup>153</sup> Offensichtlich rekurrierte Ehmke auf diesen Ansatz, wenn er Computer im Kanzleramt einsetzte, dabei aber stets die assistierende Rolle der Rechenmaschinen betonte. Von ihm stammt die Aussage: »Computer helfen der Politik«. <sup>154</sup> Ohne an dieser Stelle dem »Wie« einer Zusammenarbeit von Menschen und Rechenmaschinen in der Politik nachspüren zu wollen – es wird anlässlich der Bauanalyse darauf zurückzukommen sein –, offenbart sich hier der Unterschied zur Anwendung kybernetischer Ideen durch die Gebrüder Schnelle. Während Ehmke die technische Apparatur Computer erstmals in Vorstellungen vom System Politik einbezog und es somit neu und kybernetisch dachte, war das »Büro« – das Schnellesche Arbeitsgebiet – schon von jeher ein soziotechnisches System, angefangen bei der Verwendung von Rechenschiebern durch Buchhalter, vor allem jedoch infolge der Einführung von Büroautomatisation durch frühe elektronische Datenverarbeitung. Die Kybernetik stellte den Büroplanern ein wissenschaftstheoretisches Modell und Vokabular zur Verfügung – vielleicht sogar bloß eine terminologische Maskerade –, mit dem sich soziotechnische Arbeitsprozesse beschreiben ließen: »Eine Schreibkraft ist ohne ihre Schreibmaschine nicht denkbar; ein Industriebetrieb ist etwa ohne eine IBM 1401 oder eine andere Elektronenmaschine nicht denkbar; eine Verwaltung ist ohne ein Gebäude nicht denkbar.«<sup>155</sup> Schnelles mussten dieses Zusammenwirken nicht etablieren, sondern lediglich als einen solchen Regelkreis erkennen und sämtliche mündliche und schriftliche Kommunikation ebenso wie die Mensch-Maschine-Interaktionen als Informationsverarbeitung auffassen. Diese galt es sodann durch organisatorische Veränderungen so zu beeinflussen, dass der Informationsfluss optimiert oder maximiert würde. Analysen sollten es ermöglichen, die Mittel technischer Büroautomatisation gezielter einzusetzen, sodass Mitarbeiter immer weniger in repetitiven Tätigkeiten gefangen seien, sondern ihr Leistungspotenzial in eigenverantwortlichen und gestaltenden Aufgaben besser ausschöpfen könnten.<sup>156</sup> Wie in der zuvor

<sup>152</sup> P. BERTAUX, Staatsmaschine, 1963.

<sup>153</sup> C. PIAS, Kybernetik, 2004, S. 31.

<sup>154</sup> H. Ehmke: Computer helfen der Politik. Zwei Jahre Planung in Bonn – Ein Erfahrungsbericht (II), in: Die Zeit, 17.12.1971.

<sup>155</sup> W. SCHNELLE, Organisation der Entscheidungen, 1965, S. 156.

<sup>156</sup> Zunächst ermögliche dies dem »befreiten Menschen die Entfaltung seiner eigenen Leistungsfähigkeit«, E. SCHNELLE/A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 16. Da sich die Mitarbeiter jedoch auch der weiteren sinnvollen Automatisierung von Arbeitsprozessen widmen können, ließ das kybernetische Büromodell weiter zugespitzt auch die als positiv bewertete letzte Konsequenz zu, dass eines Tages sämtliche Arbeit programmiert und automatisiert und der befreite Mensch in eine Zukunft ohne Arbeit, in die Freizeit entlassen worden sein wird. Hierzu A. RUMPFHUBER, Immaterielle Arbeit, 2013, S. 30.

besprochenen Zeichnung nahmen die Schnelles an, dass nach Etablierung aller notwendigen Kommunikationskanäle die Akteure des Systems sich von allein in eine ideal-effiziente Rolle oder Position manövrieren und entsprechend ihrer Kompetenz und Kreativität leistungsbereit einbringen würden.<sup>157</sup>

Das angeführte Schreibmaschinenzitat analogisiert die Schreibmaschine der Schreibkraft mit dem Gebäude der Verwaltung. Es kündigt also auch von dem Schnelleschen Architekturbegriff: Das umhüllende Gebäude mit schützendem Dach und klimastabilisierenden Außenwänden wird als eine technische Komponente der Verwaltungsorganisation verstanden. Die Architektur als Organisationsmittel, das den Innenraum hinsichtlich der Informationsverarbeitung optimiert, hat weder eine besondere ästhetische Qualität noch eine an formalen Qualitäten orientierte Raumkonzeption. Raumbestimmend wirken schlichtweg die Arbeitsabläufe innerhalb der Organisation, die beispielsweise die benachbarte Anordnung bestimmter Tätigkeitsbereiche erfordern, da zwischen ihnen ein direkter Informationsfluss zu gewährleisten ist. Dafür wurde beim Entwurf des Funktions- und Raumkonzeptes eines Verwaltungsgebäudes durch ein Planungsteam aus verschiedenen Kompetenzbereichen der Organisation auf Wieners Modell zurückgegriffen: Interdisziplinäre Wissenschaftsteams müssten kooperieren lernen und dazu sich zunächst überhaupt mittels einer gemeinsamen Sprache und Terminologie untereinander verständigen.<sup>158</sup> In den Schnelleschen Planungsteams werden Fragen der Ästhetik ganz pragmatisch von sogenannten »Fachleute[n] für Farbe, Form, Rhythmus, Proportion« aus den gestaltenden Disziplinen innerhalb eines dank Kooperationsschulungen reibungslos zusammenarbeitenden Kompetenzteams vertreten, wobei die Entscheidungshoheit nicht bei ihnen liegt, sondern beim Teamkollektiv.<sup>159</sup> Es ergibt sich eine nicht unbedingt kunstfeindliche, aber die Bedeutung von Gestaltung einer als ideal betrachteten Gesamtfunktionalität oder alternativ einer Informationsästhetik stark unterordnende Sicht. Sie kann mit einer Vision zunehmender Programmierung und Automatisierung von Teilprozessen auf die Spitze getrieben werden:

»Häuser werden vom Fließband geliefert! Und zwar von Ingenieuren konstruiert, für die es ein leichtes ist, die gerade gültigen modischen Schönheiten zu übernehmen. Solche Schönheiten sind programmierbar: Man nehme Aluminium-Profile, Thermopane-Spiegelschreiben, tue etwas Rhythmus von Piet Mondrian hinzu, achte auf scharfe, rechtwinklige Kanten und fertig ist die zeitlos schöne Fassade.«<sup>160</sup>

Nach einem vergleichbaren Modell, wo Fachleute als Team zusammenarbeiten und Teilschritte automatisiert werden, versucht wiederum auch Kanzleramtschef Ehmke, Politik in Kompetenzteams zu machen, damit Entscheidungen sämtliche relevanten Einzelaspekte berücksichtigen. Politik verwissenschaftlicht sich, wenn Experten durch die Politik mit Forschungsaufträgen betraut werden. Das Quickborner Team coacht parallel im Auftrag der Politik Amtsmitarbeiter in Kooperationstechniken, damit die Kommunikation klappt.

<sup>157</sup> Vgl. E. SCHNELLE / A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 16.

<sup>158</sup> Vgl. U. BERGERMANN, No man's land, 2007, S. 65.

<sup>159</sup> E. SCHNELLE / A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 20.

<sup>160</sup> Ebd., S. 21f.

Demnach hat das Quickborner Team eine anwendungsbezogene Konzeption zu bieten, die es zu erlauben scheint, Ehmkes ehrgeizige Ziele im Amt umzusetzen. Schnelles und Ehmke sprechen nicht nur eine Sprache, Ehmke braucht das Quickborner Team, um die neuen Arbeitsweisen und das Selbstverständnis bei den Amtsmitarbeitern zu verankern, die sich nun als Agenten innerhalb des technologisch aufgerüsteten Systems verstehen sollen. Zugleich bestärken sich Ehmke und das Quickborner Team gegenseitig durch einen »Legitimitätshandel«, da sie zur Untermauerung ihrer Konzepte jeweils auf die Modelle des anderen verweisen können.<sup>161</sup>

Der oft geäußerte Vorwurf, die Verwaltung verwandle sich hier in eine Technokratie, resultierte aus dem Befremden über das Konzept. Er ist durchaus nachvollziehbar, da der metatheoretische Überbau des Modells von Prämissen ausgeht, die kritisierbar sind. Das Phänomen besteht jedoch vor allem darin, *das* diese Modelle in den 1960er Jahren bei breiten und einflussreichen Kreisen so große Anziehungskraft entwickeln konnten. Eine erklärende These von Claus Pias dazu lautet, dass dies gelang, weil das kybernetische Modell »im Bezug auf seine Mathematisierung tatsächlich tauglich ist, mit ideologisch stark aufgeladenen Epochen umzugehen«.<sup>162</sup> Die starke Rezeption der Kybernetik in der Nachkriegszeit in Deutschland kann im Zusammenhang mit Bestrebungen um einen Neuanfang verstanden werden.<sup>163</sup> In den kybernetischen Modellen gehen Wissenschaft, Politik, organisationsbezogene Systeme und eine technische, werkzeughafte Auffassung von Architektur als Arbeitsmittel eine dynamische Verbindung ein, die nicht ohne ihre Einbettung in die historische Situation zu denken ist.

### 3.3 *Der kybernetische Raum: Ein Planungspavillon im Park des Palais Schaumburg*

Zwischen Haus III und der Grundstücksgrenze Adenauerallee, auf dem Parkgrundstück des Kanzleramtes, wurde im April 1971 ein ephemeres, ebenerdiges Fertighaus einzugsbereit gemacht, das üppige 720 Quadratmeter Fläche als zusammenhängenden Bürogroßraum bot (Abb. 20 und Abb. 7). Der Fertigstellungstermin dieser ohnehin später zu errichtenden Behausung für die Bauleitung des Kanzleramtsneubaus wurde auf Anregung Wolfgang Schnelles einfach einige Monate vorgezogen, denn das Quickborner Team hatte bis dahin mit dem Pavillon viel vor. Nach Möglichkeit richtete es bei seinen Kunden stets einen voll ausgestatteten »Planungsraum« ein.<sup>164</sup> Wichtiger als der durch den Pavillon im notorisch beengten Kanzleramt geschaffene Platz war den organisationskybernetischen Beratern dabei eine bestimmte Größe und Ausstattung dieses Planungsraumes, da sie ihn als Teilelement ihrer Planungstechniken verstanden. Trainings von Kanzleramtsmitarbeitern in Arbeitsmethoden standen hier ebenso an wie der Praxistest des Bürogroßraums durch einzelne Arbeitsgruppen. Der Wettbewerbstext für den Kanzleramtsneubau wurde ebenso im Planungspavillon verfasst wie später auch die Sitzungen des Preisgerich-

<sup>161</sup> Der Begriff Legitimitätshandel nach Claus Pias im Interview in KUNST UND KYBERNETIK, 2007, S. 85.

<sup>162</sup> Ebd., S. 81.

<sup>163</sup> Vgl. ebd.

<sup>164</sup> Vgl. K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: Die Zeit, 7.5.1971.

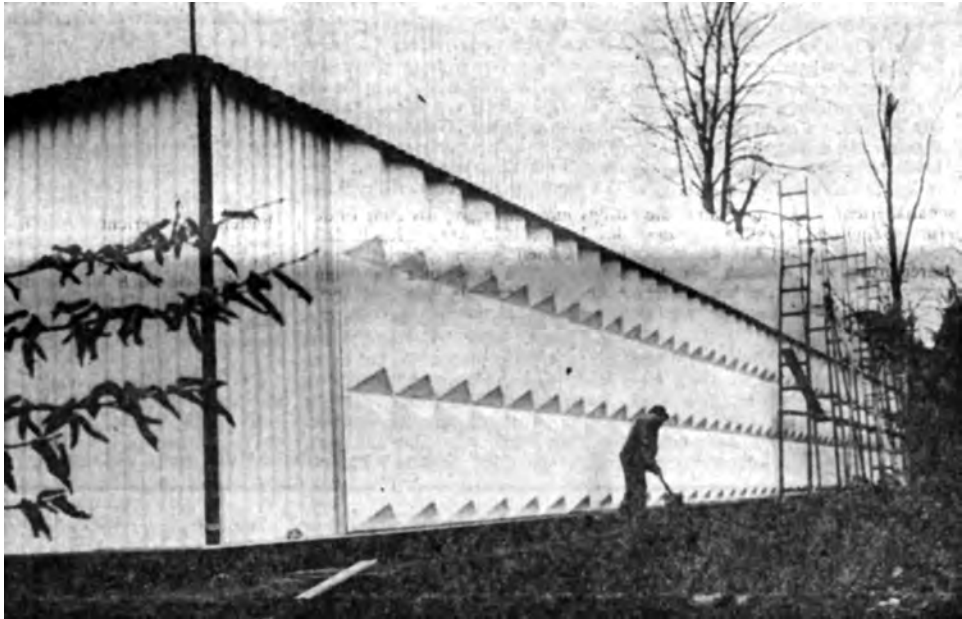


Abb. 20 Planungspavillon im Park Schaumburg, der nach Abschluss des Neubauprojektes niedergelegt wurde. Aufnahme 1971.

tes des Architekturwettbewerbs hier stattfanden. Dabei simulierte die Behausung musterhaft im Kleinen bereits die neue arbeitsräumliche Realität, die es für das Kanzleramt noch zu schaffen galt, antizipierte also das Ergebnis des Architekturwettbewerbes zumindest in funktionaler Hinsicht. Seine Ausstattung erfolgte nach detaillierten Empfehlungen des Quickborner Teams, sodass sich studieren lässt, was die Berater unter vorbildlichen Planungsräumen verstanden. Solche waren bis dahin in Bonn nicht zu besichtigen gewesen – und auch danach nicht. Der ephemere Bau ist auch insofern ein relevantes Studienobjekt, da er der einzige neu errichtete Arbeitsraum sein sollte, der in Bonn entsprechend der Quickborner Konzepte tatsächlich eingerichtet wurde.

Wolfgang Schnelle und der Leiter der Arbeitsgruppe Neubau im Kanzleramt argumentierten einmütig, die hohen Kosten von 1,5 Millionen Mark für das vergleichsweise aufwändige Fertighaus seien gerechtfertigt, da sich die Bauzeit des Kanzleramtes infolge konzentrierter Planung der beteiligten Spezialisten verkürze und dadurch Einsparungen möglich seien. Die Baukosten seien daher als Planungskosten des Neubaus anzusehen.<sup>165</sup> Der in der Umgangssprache der Planungsbeteiligten als »Planungsbaracke« angesprochene Bau wurde demnach als High-End-Planungswerkzeug bilanziert. Die Planung des Kanzleramtsneubaus diene als Testfeld für solche Werkzeuge und Techniken der Planung. Die Bundesbaudirektion beschrieb das angestrebte, vorbildlose »big planning« des

<sup>165</sup> Kurzprotokoll über die Besprechung betr. »Neubau Bundeskanzleramt« am 28.1.1970 im Bundeskanzleramt, Planungsraum, 30.1.1970, BArch B 134/17252.

Neubaus und tippte passend zum umfassenden Ansatz den innovativen Begriff in aufgeregten Majuskeln:

»Zum erstenmal wird hier für Bundesbauten in Bonn die Methode eines ›BIG PLANNING‹ angewandt mit dem Ziel der besseren Koordination aller Planungsvorgänge zur Vermeidung von Fehl- und Umlanungen und daraus resultierender späterer Kostenerhöhungen. Die Methode des ›BIG PLANNING‹ erfordert ein Großraumbüro, in dem alle an der Grundsatzplanung, der Vorbereitung eines Wettbewerbs und an der Bauvorbereitung arbeitenden Architekten, Fachingenieure, Büroorganisatoren und Verwaltungsfachleute in engem Kontakt und mit Einsatz einer modernen bürotechnischen Einrichtung unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte tätig sein können. Durch diese Methode der ständigen Rückkopplung wird jede Phase der Planung wesentlich verkürzt.«<sup>166</sup>

Gegenüber der Öffentlichkeit und innerhalb der Administration wurde zusätzlich betont, die »Baracke« sei demontierbar und für vergleichbare Planungen von künftigen Bundesbauten einsetzbar, wodurch sich die Kostentoleranz offenbar erhöhte.<sup>167</sup> Der ephemere Mehrzweckbau bildet in seiner veränderlichen Nutzbarkeit paradigmatisch das Verhältnis zwischen einer dynamischen Organisation, sich verändernden Arbeitsinhalten und -abläufen und dafür genutzten Räumen ab, das auch dem Kanzleramtsneubau zugrunde gelegt wurde.

Die Anschaffungsliste für den Planungspavillon nennt Ausstattungselemente und Möbelstücke, wie man sie auch in den Quickborner Tagungsräumlichkeiten findet (Abb. 21): Stühle mit Rollen darunter, »vielfach kombinierbare Kleinarbeitstische« aus leichtem Spritzkunststoff, die eigens vom Quickborner Team entwickelt und hergestellt wurden,<sup>168</sup> Demonstrationstafeln, eine »Projektionseinrichtung« (vermutlich Dia- und Filmprojektor und Leinwand), eine Fotoausrüstung, um die Arbeitsergebnisse auf den Pinnwänden sichern und weitergeben zu können, mobile Sicht- und Schallschutzwände sowie Arbeits- und Zeichentische mit Hängeregistraturen.<sup>169</sup> Der klassische große Konferenztisch kommt in Quickborner Räumen nicht vor, weil die dreibeinigen »Kleinarbeitstische« für

<sup>166</sup> Bundesbaudirektion, Erläuterungsbericht zum Vor- zugleich Bauentwurf (sic) gemäß § 24/§ 54 BHG, 16.3.1970, Liegenschaftsdokumentations-Archiv, Bonn-Mehlem, Liegenschaft ADN-Allee 139–141, Akte »Errichtung eines Fertigteilhauses für die Planung eines Neubaus für das Bundeskanzleramt und weitere Verwaltungsbauten des Bundes«.

<sup>167</sup> Der Beschluss zum Bau der Baracke wurde der Bundesbaudirektion am 12. Februar 1970 per Telex mitgeteilt, und zugleich wurde um Erstellung eines »Vor- zugleich Bauentwurfs« gebeten: »da geeignete räumlichkeiten nicht (...) vorhanden sind, soll ein planungsbüro in form eines fertigteilhauses erstellt werden, das spaeter auch für die planung anderer verwaltungsgebäude des bundes genutzt werden kann.« Bundesschatzministerium an Bundesbaudirektion Berlin und nachrichtlich an Bundesbaudirektion Bonn, 12.2.1970, Liegenschaftsdokumentations-Archiv, Bonn-Mehlem, Liegenschaft ADN-Allee 139–141, Akte »Errichtung eines Fertigteilhauses für die Planung eines Neubaus für das Bundeskanzleramt und weitere Verwaltungsbauten des Bundes«.

<sup>168</sup> Information von Hansjörg Mauch, Gespräch am 8. März 2010 in Quickborn. – Im Unternehmen existierte eigens das »Merkblatt« zu idealer Anlage und Ausstattung solcher Räume. Im »Verzeichnis der Merkblätter für das Entscheidertraining« von 1971 trägt es die Nummer B2, Archiv Metaplan.

<sup>169</sup> Liste der Ausstattungsgegenstände: Bundesbaudirektion, Bonn-Beuel, 16.3.1970, Erläuterungsbericht zum Vor- zugleich Bauentwurf gemäß §24/ §54 BHG. Liegenschaftsdokumentations-Archiv Bonn-Mehlem, Liegenschaft ADN-Allee 139–141, Akte »Errichtung eines Fertigteilhauses für die Planung eines Neubaus für das Bundeskanzleramt und weitere Verwaltungsbauten des Bundes«.





Abb. 21 Quickborner Seminarzentrum, heute Firma Metaplan.

eine Plenumsitzung kreisförmig aufgestellt, zu Kleingruppenclustern zusammengerückt oder aber als Beistelltische genutzt werden konnten. Sie sollten leichtes und rasches Wechseln von Arbeits- und Gesprächssituationen ermöglichen und verweisen zusammen mit den dreh- und rollbaren Stühlen auf die Bewegungsfreiheit im Raum. Die Visualisierung der Fragen oder Ergebnisse an den frei im Raum aufgestellten Pinnwänden mittels farbiger Kärtchen erforderte tatsächliche Bewegung im Raum, sodass die Metaphorik unter Quickborner Moderationsanleitung körperlich umgesetzt und erlebbar wurde. Großzügige Raumdimensionen boten genug Platz und Luft für alle erdenklichen Möbelaufstellungen. Im Bürogroßraum, wie die Quickborner Berater ihn mit dem Fertighaus erlebbar machten und »verkauften«, wurde damit auf einfachste Weise die Flexibilität einer konkreten räumlichen Situation mit der auf einer gedanklichen Ebene gleichgesetzt.

Die weiteren Ausstattungsmerkmale des Planungsgroßraums waren vor allem für die akustische Qualität des Raumes notwendig. Um den Geräuschpegel auf ein Maß zu reduzieren, sodass die hier Arbeitenden sich nicht gegenseitig stören, wurden Wände, Lichtdecken und Teppichböden schallschluckend ausgestaltet. Zusätzlich erzeugte ein – für heutige Nutzer wohl inakzeptabler – »Rauschgenerator« über eine Lautsprecheranlage einen durchgängigen Geräuschteppich, der Einzelgeräusche schlucken und weniger Störungen wahrnehmbar werden lassen sollte. Vollklimatisierung galt aufgrund der Durchzugsproblematik als Voraussetzung für den Großraum, wodurch der Pavillon als luxuriöse Unterkunft wahrgenommen wurde, denn über eine Klimaanlage verfügte damals noch nicht mal das Büro des Bundeskanzlers. Der ausstattungsmäßige Aufwand machte den Großraum keineswegs kostengünstiger als den Bau von Einzelbüros. Auch dies verdeutlicht, dass der Planungspavillon keine provisorische Behelfsräumlichkeit war, sondern ein hochgradig ideologisch aufgeladener Denk-, Planungs- und Schulungs-Arbeitsraum in einer in Bonn bis dato ungekannten Qualität. Er sollte vermutlich bei den Skeptikern Überzeugungsar-

beit leisten, das Zentrum des angestrebten »big planning« werden und die Quickborner Teamarbeit den Amtsmitarbeitern zu vermitteln erlauben. Das Versprechen, dass sich das Denken der Amtsangehörigen selbst dadurch flexibler gestalten würde, steckt unausgesprochen mit drin, wenn die Schnelles mit den folgenden Worten zitiert wurden: »Die Regierung muß lernen, sich kooperativer Formen zu bedienen, die das Entstehen innovativer Leistungen wahrscheinlicher machen.«<sup>170</sup> Und: »Die Leute müssen heraustreten können aus ihren Zimmern, in denen sie nach hierarchischer Weisung gearbeitet haben: Hierarchische Tätigkeit und freigesetztes Teamwork müssen sich ergänzen.«<sup>171</sup>

Die Verbindung des Denkprozesses mit der Ausstattung der Büroräumlichkeit steht also hinter solchen Formulierungen nach der Quickborner »Ideologie«. Heinz Scharfenberg, der im engeren Umfeld der Schnelle-Brüder zu verorten ist, erläuterte in einem Artikel von 1966 die Grundgedanken hinter der Quickborner Bürokonzeption mit flexiblen Grundrissen. Im Verständnis der Schnelles sei

»Büroarbeit ein Prozeß der Informationsverarbeitung und das Bürogebäude eine Informationsverarbeitungszentrale. Das Bürohaus ist nicht nur ein Mittel, um eine bestimmte Anzahl von Angestellten mit ihren Schreibtischen und sonstigen Arbeitsmitteln unter Dach zu bringen, sondern es ist ein Organisationshilfsmittel mit dem Zweck, die Arbeit der Angestellten so zu regeln, daß keine Bürokratie entsteht.«<sup>172</sup>

An Scharfenbergs Terminologie wird die kybernetische Grundierung des Quickborner Ansatzes deutlich: In hochkomplexen Systemen bedarf die Koordination des Verhaltens der beteiligten Personen immer der Kommunikation und der Informationsverarbeitung. Dem Bürohaus wird innerhalb dieses Kommunikationssystems eine Wirksamkeit bezogen auf die Kommunikationsabläufe zuerkannt. Das Haus wird als Hilfsmittel betrachtet, das je nach Konzeption dazu beiträgt, ob eine Organisation ihre Ziele erreicht oder nicht.<sup>173</sup> Dem Quickborner Ansatz nach, so Scharfenberg, ist bei der Planung eines Verwaltungsgebäudes vor allem der Informationsfluss, also die Kommunikation, störungsfrei zu organisieren. Wenn er hakt, verzögert das die Arbeitsabwicklung insgesamt, weil Büroarbeit ein stark arbeitsteiliger Prozess ist. Beachtung wird daher auch unnötigem Hin- und Herlaufen, Transportwegen, Transport- und Wartezeiten geschenkt. Neben Ansprechbarkeit von Kollegen und Aktenzugänglichkeit werden auch technische Lösungen in die Betrachtungen einbezogen wie Rohrpostsysteme und Gegensprechanlagen. »Ein optimaler Informationsfluß (...) hat eine bessere Zusammenarbeit und eine raschere Abwicklung der einzelnen Arbeiten zur Folge.«<sup>174</sup>

<sup>170</sup> K. G. SIMON, Sokrates, 1973, S. 108.

<sup>171</sup> K. G. Simon: Des Kanzlers neue Schneider, in: Publik, Nr. 40, 2.10.1970, S. 28.

<sup>172</sup> H. SCHARFENBERG, Bürolandschaft, 1966, S. 13. – Das Konzept der Bürolandschaft formulierte ursprünglich Ottomar Gottschalk aus, damals Mitarbeiter des Quickborner Teams, vgl. O. GOTTSCHALK, Flexible Verwaltungsbauten, 1968. In dem Band finden sich zahlreiche Beispiele für Umsetzungen der Bürolandschaft unter Mitwirkung des Quickborner Teams.

<sup>173</sup> Vgl. hier und im Folgenden H. SCHARFENBERG, Bürolandschaft, 1966, S. 14.

<sup>174</sup> Ebd.

Der Verzicht auf Zellenbüros erhöht dabei zunächst die Wirtschaftlichkeit der Bürolösung,<sup>175</sup> denn sie ist flexibel: Bei starken personellen und sachlichen Veränderungen der Büroarbeit können die Büroräume ohne Umbauten oder lange Wartezeiten den neuen Abläufen angepasst werden. »Wir verlangen von der Wand nur, daß sie nicht festgemauert ist, und daß sie in wenigen Minuten durch zwei kräftige Leute um einen Meter und mehr verrückt werden kann. Wir wollen eine ›Spanische Wand‹.« Die möglichst offene, mit beweglichen Möbelementen bespielte, somit flexibel einteilbare Fläche, wo Gruppen zusammen arbeiten und zusammen sitzen, sei am besten für den Informationsfluss. Aus der Entscheidung für das Großraumbüro, also das Nichtfestlegen des Grundrisses durch Wände und Türen, ergeben sich für die Architekturlösung vor allem technische Anforderungen, nämlich gute Klimatisierung, Beleuchtung der fensterfernen Flächen und die Schaffung eines gleichmäßigen erträglichen Lärmpegels.<sup>176</sup>

Doch die Quickborner sehen im Büro großraum noch wichtigere Vorteile: Funktionierende Kommunikation habe auch mit den Beziehungsformen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen zu tun, in denen idealerweise nicht auf Befehl, sondern kooperierend gearbeitet wird. Dieser teamorientierte Führungsstil muss parallel entwickelt werden, und interessanterweise beschreibt Scharfenberg dies als eine Aufgabe, »zu deren Erfüllung das Bürohaus beizutragen hat«.<sup>177</sup> Angespielt wird hier auf die psychologische Wirkung, wenn der Vorgesetzte nicht mehr unsichtbar im Einzelbüro, sondern inmitten der gesamten Abteilung im Großraumbüro seinen Schreibtisch hat.

Die Beratungsleistung durch das Quickborner Team besteht denn auch nur zu einem Teil in der Findung der geeigneten Büroanordnung auf der Großraumfläche. Erst die Mitarbeiterschulung macht aus dem Raum ohne fixierte Wände den Teil eines sich selbst regulierenden Systems: Ein Planungsteam innerhalb der beratenen Organisation wird im Verlauf des Planungsprozesses trainiert und – angeblich – befähigt, etwa die Verwaltungsstruktur kontinuierlich auf sinnvolle Arbeitsorganisation beziehungsweise auf Störeffekte hin zu analysieren; das Großraumbüro hat dabei eine beflügelnde Funktion, da es diese Entwicklungen in der Zukunft nicht hemmen wird. Es ermöglicht Anpassungen der »Landschaft« auf auch im übertragenen Sinne freiem Grundriss. Bemerkenswert ist die Zirkularität dieses Prozesses beziehungsweise die Behauptung des Funktionierens eines Regelkreises: Zunächst ist eine Großraum-Planungsräumlichkeit auf Quickborner Anraten die Voraussetzung, um – in diesem Fall – den Kanzleramtsneubau zu konzeptionieren, und anschließend soll eine in die baulichen Räumlichkeiten des Kanzleramtes konzeptionell zu integrierende Flexibilität das Amt zu kontinuierlichem Wandel befähigen und anregen, sodass es zukünftig immer eine ideal strukturierte Arbeitsform einzunehmen in der Lage sein wird.

<sup>175</sup> Vgl. ebd., S. 13.

<sup>176</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>177</sup> Ebd.

### 3.4 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die ideengeschichtlichen Strömungen der 1960er Jahre fügen der Bonner Staatsarchitektur eine wichtige, bisher nicht thematisierte Facette hinzu: Die sozialliberale Koalition hatte 1969 mit dem Wahlversprechen die Regierungsgeschäfte übernommen, sie schaffe das »moderne Deutschland«. Dieses Programm umfasste Reformen auf der Ebene der Verfahrensweisen der Politik. Sie sind der Rahmen für Planungen zu einem Kanzleramtsneubau. Als Monument des Machtwechsels wurde dieser zum Experimentierfeld und Demonstrationsobjekt für moderne Arbeitsmethoden. Um die Konzeption zu unterstützen, wurde die schillernde Organisationsberatungsfirma Quickborner Team angeheuert, die ihr kybernetisch fundiertes Gedankengut im Rang einer »autoritativen Ressource« einbrachte. Genauso bezog sich auch Kanzleramtschef Horst Ehmke mit der Regierungstechnik der politischen Planung auf die Modewissenschaft Kybernetik. Das Quickborner Team hatte bei einem früheren Beratungsauftrag für das Innenministerium die Reformarbeitsgruppe überzeugt, die das Gesamtkonzept der Verwaltungsreform erdacht hatte und unter anderem zu dem Ergebnis gekommen war, dass ein Neubau für das Kanzleramt Voraussetzung und Teil der notwendigen Reformen war. Diese Vorgeschichte begründet, warum gerade das Quickborner Team zur Vorbereitung des Architekturwettbewerbs angeheuert wurde und diesen stark prägen konnte.

Als Spiritus rector hinter dem großen Reformgeflecht konnte Kanzleramtschef Horst Ehmke identifiziert werden. Der Kanzleramtsneubau war für ihn der erste große Schritt in diese Richtung, wie aus der Argumentation seines 18-seitigen Memorandums erkennbar wurde, das im Bundesarchiv überliefert ist. Ehmke wollte langfristig diese Arbeitsform auf die gesamte Bundesverwaltung ausdehnen. Einen Beleg für die Omnipräsenz der kybernetischen Begrifflichkeiten und Vorstellungen in der politischen Sphäre dieser Zeit liefert auch ein Brief von Bundeskanzler Willy Brandt an Verkehrsminister Georg Leber vom 22. Dezember 1969. Darin verwendet er die politische Metaphorik der Kybernetik als Steuerungskunst in der Schifffahrt: »Das eigentliche Problem ist im Augenblick, wie aus dem Kabinett ein Team werden kann. Ich hoffe, dass dies zu schaffen ist. Meine Bitte an Dich ist, mitzuhelfen, dass wir die Mannschaft an Bord bzw. an den Maschinen und am Steuer halten.«<sup>178</sup>

Die politische Administration sollte unter anderem durch das Werkzeug des adäquaten Neubaus in ihrer Handlungs- und Steuerungsfähigkeit unterstützt und in die Lage versetzt werden, die Zukunft von Gesellschaft und Volkswirtschaft aktiv zu gestalten. Dahinter steht ein Vorstellungsgefüge vom Staat als einem regulierbaren System. Das Projekt des Kanzleramtsneubaus wird im Rahmen der bis hierher skizzierten Entstehungshintergründe neu wahrnehmbar und ausdeutbar. Der rationalistisch geprägte Modernisierungsdiskurs und Ideen der Machbarkeit oder der Wissenschafts- und Technikgläubigkeit er-

<sup>178</sup> Schreiben des Bundeskanzlers Brandt an den Bundesminister für Verkehr, Leber, 22.12.1969 (AdSD, WBA, A8.12), in: W. VON KIESERITZKY, Willy Brandt, 2001, S. 225.

öffnen materielle und inhaltliche Bezugspunkte für Ausstattung und Konzeption des Kanzleramtsneubaus, die Gegenstand der Bauanalyse sein werden.

Anhand des Planungspavillons verdeutlichte sich die Sicht auf die Bauaufgabe »Bürohaus«. Die zugezogenen Berater brachten ihre Vorstellungen und Verfahren mit und setzten sie in Form des Planungspavillon-Fertighauses im Kleinen vorab um. Dadurch führten sie den Planenden das Ziel der Bemühungen räumlich vor Augen und speisten ihre Konzepte in den Planungsprozess ein. Das Quickborner Büroraumverständnis ist für diese Untersuchung so interessant, weil es die sozialen und arbeitsprozesshaften Beziehungen stärker gewichtet als die architektonische Form: Funktionsbezug ersetzt aber nicht nur formale Gestaltungsprinzipien, sondern auch hierarchische Differenzierungen. Die pragmatisch-technizistischen Vorstellungen des Bauherrn vom Regieren als Regelungsprozess passen sehr gut hierzu beziehungsweise erhalten durch die Quickborner Berater Konkretisierung und pseudowissenschaftliche Rechtfertigung, da die Büroexperten ihren Input in einem kybernetisch geprägten Jargon anboten.

Die Selbstdarstellung der Regierung nach innen und außen wurde durch die Teamarbeit im neuen Typus des Bürogroßraumes verändert. Freie Beweglichkeit der Arbeitsgruppen im Raum wurde mit Kreativität und Flexibilität im Denken gleichgesetzt und konterkariert die hierarchische, geregelte und abgesicherte Kommunikation, derer die öffentliche Verwaltung eines demokratischen Staates bedarf. Daher sei die These formuliert, dass sich mit den neuen Regierungstechniken und den damit verbundenen Raumtypen auch die Repräsentation von Verwaltung und Macht in der Demokratie verändern sollte: Von einem bürokratischen und als starr wahrgenommen personenbezogenen Amt im repräsentativen Palais – zu denken wäre an den Kanzlerprototypen Konrad Adenauer – verlagern sich Kompetenz und Innovationskraft auf eine flexible und dynamische Expertengruppe im modernen Planungsbüroraum. Zumindest ergänzt dieses Kompetenzteam im Bürogroßraum von nun an die Hierarchie der Verwaltung und die Repräsentation der Regierung. Ein straffer Apparat um die Führungspersonlichkeit herum wird zugunsten dieser Teamvorstellung aufgelockert. Diese auch im Repräsentativen bedeutsame Qualität wird in den ausgewerteten Dokumenten an keiner Stelle angesprochen. Das Thema betritt gewissermaßen durch die Hintertür der modernen Regierungstechniken die Bühne der Politik und wird in den folgenden Kapiteln stets mitgedacht.



## Zweites Kapitel

### Baufgabe und Entwurfserlangung

Im vorausgegangenen Kapitel sind die Weichenstellungen für das neue Kanzleramt benannt worden, das erstmals alle Abteilungen des Amtes unter einem Dach aufnehmen sollte. Das zweite Kapitel stellt nun die Entwicklung des Bauprogramms, den Architekturwettbewerb von 1970 sowie die Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Siegerentwurf dar. Im Januar 1970 begann eine sich bis Oktober erstreckende Arbeitsphase, in der das Bauprogramm für den Architekturwettbewerb entwickelt wurde. Es galt, die benötigten Räumlichkeiten passend zu einer zeitgleich zu reformierenden neuen Arbeitsweise im Kanzleramt zu entwickeln und moderne politische Planungstechniken in die Bundesverwaltung zu integrieren. Diese Arbeit übernahm eine eigens eingesetzte Arbeitsgruppe im Kanzleramt, welche die Quickborner Arbeitsmethoden anwandte. Ihr oblag nicht weniger als die Neuentwicklung einer Bauaufgabe, nämlich eines organisationskybernetisch gedachten Steuerungszentrums der Politik; erdacht wurde hier jedoch nicht allein das Bauprogramm, sondern zugleich ein komplexes soziotechnisches System, innerhalb dessen *auch* das Bauprogramm eine wichtige Rolle spielte. Der bundesweit ausgeschriebene Architekturwettbewerb folgte sodann ebenfalls Verfahrensweisen, die vom Quickborner Team angeregt und begleitet wurden. Interessanterweise lässt sich zeigen, dass die Arbeitsgruppe kurzfristig auch eine Rolle bei der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung der Regierung zu übernehmen hatte. Doch von Beginn an zeichnete sich eine Kluft des Unverständnisses ab. Diese vergrößerte sich in dem Maße, wie der Anspruch der neuen Regierung, gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen, gerade beim Kanzleramtsprojekt unterlaufen wurde. Zugleich geriet das Bauprojekt in einen Sturm der öffentlich geführten Auseinandersetzungen über Stadtentwicklung im Bonner Raum, der ab Ende 1969 entbrannte. Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Siegerentwurf des Architekturwettbewerbs werden in diesem größeren Kontext verortet.

#### 1. Entwicklung des Raumprogramms

##### *1.1 Festlegungen durch die Amtsleitung*

Am 19. Dezember 1969 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe im Kanzleramt, welche die Neubauplanung übernahm. Die Gruppe war von Horst Ehmke in seiner Funktion als Kanzleramtschef unmittelbar im Anschluss an den Neubaubeschluss in der Kabinettsitzung vom 4. Dezember 1969 eingerichtet worden.<sup>1</sup> Ihre Aufgabe war es, ein Organisa-

---

<sup>1</sup> Vermerk Referat VII B 2, 8.12.1969, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, Bezug: Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Professor Ehmke, am 4.12.1969, BArch B 134/17252.

tions- und Raumprogramm zu erarbeiten, das »Grundlage eines bundesoffenen Bauwettbewerbs sein sollte.«<sup>2</sup> Dass es einen Architekturwettbewerb geben würde, weil Ehmke keinen »weiteren geistlosen Verwaltungsbau hinstellen« wollte, wie er im Parlament verkündete, stand ebenfalls von Beginn an fest.<sup>3</sup> Bei dem »Neubau des Dienstgebäudes gehe es darum, Räumlichkeiten zu schaffen, die den Funktionen des Bundeskanzleramtes als Regierungs- und Führungszentrale entsprächen.«<sup>4</sup> Zur Vorbereitung eines Architekturwettbewerbes ist diese Arbeitsphase unabdingbar und für sich genommen keine Besonderheit. Doch die Arbeitsgruppe bekam umfängliche zusätzliche Arbeitsaufgaben, deren Ergebnisse die Grundlage für das zu findende Raumprogramm bilden sollten. Zunächst galt es, das bisher operierende »System Kanzleramt« erstmals in seiner Funktionsweise zu analysieren. Dies war Aufgabenbereich der Studiengruppe für Systemforschung, welche bereits seit Oktober 1968 für den Planungsstab tätig war und nun mit der Arbeitsgruppe vernetzt wurde.<sup>5</sup> Sie werde mit den Ergebnissen der noch bis Ende 1970 laufenden Systemanalyse des Kanzleramtes sowohl der Arbeitsgruppe Neubau als auch dem Planungsstab »wertvolle Hilfe leisten«, erwartete Wolfgang Schnelle.<sup>6</sup> Ein »Spiegel«-Artikel schilderte anschaulich die Vielzahl der zu bedenkenden praktischen Aspekte und ist gleichzeitig ein Beleg für das öffentliche Interesse an den Vorgängen im Kanzleramt. Das dortige Planungsteam hatte

»Angaben [zu] erarbeiten über alle Arbeitsabläufe, vom Empfang eines ausländischen Ministerpräsidenten bis zur Müllabfuhr, über den Aktenstrom, die Sicherheitsmaßnahmen, die Ernährung der Beamten und Gäste, den Schreibdienst, die Informationsmittel und Anlagen zur Informationsaufbereitung, über die Verkehrserschließung, die Außenanlagen, die Aktenaufbewahrung, bis hin zu der Art, wie mit dem Gebäude selbst repräsentiert werden soll.«<sup>7</sup>

Abgeleitet von den Ergebnissen der Systemanalyse sollte die Arbeitsgruppe die Abläufe im Amt optimieren und eine Zukunftsprognose entwickeln, um den zu planenden Neubau anpassungsfähig auch an künftige Entwicklungen von Aufgabenbereichen der Bundesregierung gestalten zu können.<sup>8</sup> Diese Idee ist abermals kybernetisch geprägt, überträgt sie doch die Idee des Regelkreises auf Architektur: Veränderte Situationen des »Außen« sollten entsprechend der Feedbackschleife innerhalb des Systems zu Anpassungen führen,

---

Die erste Pressemeldung, in der die Existenz der Arbeitsgruppe offiziell verkündet wurde, datiert vom 16.1.1970, BArch B 136/41169.

<sup>2</sup> W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 508.

<sup>3</sup> Ehmke am 20. Februar 1970, 32. Sitzung, in: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1970, S. D1485.

<sup>4</sup> Kurzprotokoll über die Besprechung betr. »Neubau Bundeskanzleramt« am 11.12.1969 im BKA, 15.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>5</sup> Zur Studiengruppe für Systemforschung siehe oben, S. 45.

<sup>6</sup> Wolfgang Schnelle im Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>7</sup> Großzügiger Rahmen. Hinter verschlossenen Türen arbeitet im Bonner Bundeskanzleramt ein Team aus Beamten und freien Beratern – aus Raummangel im Keller, in: Der Spiegel, Nr. 5, 26.1.1970, S. 125.

<sup>8</sup> Es galt, »Entwicklungstendenzen hinsichtlich der Aufgabenstellung und Arbeitsmethoden« zu erkennen und bei der Aufstellung des Bauprogrammes zu berücksichtigen. W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 508.



die durch die Architektur des Kanzleramtsgebäudes nicht behindert werden dürften. Da das zu formulierende Raumprogramm somit seine eigene Revidierbarkeit umfasste, führte diese Forderung von Beginn an zu Widersprüchen. Die explizit flexible und veränderliche Konzeption, »die sich an der Funktion des Bundeskanzleramtes als geplante Drehscheibe der politischen Aktivität auszurichten« hätte, wurde zeitgleich auch in der Planungsabteilung inhaltlich weiterentwickelt.<sup>9</sup> Kanzleramtschef Ehmke vernetzte diese in der Arbeitsgruppe Neubau mit einigen hauptamtlichen Bediensteten aus dem Kanzleramt und der Bundesbaudirektion im Bundesschatzministerium, da sie später als Bauherrin den Wettbewerb durchführen würde. Der Neubau wurde somit als Querschnittsaufgabe abteilungs- und ressortübergreifend bearbeitet, gesteuert durch die Arbeitsgruppe im Kanzleramt, hierin bereits Spiegel der charakteristischen neuen Aufgabenformulierung des Amtes.

Die Neuorganisation des Amtes war zunächst die größte Herausforderung im Zuge des Reformprojektes, da

»die Aufgabe und die innere Struktur des Amtes völlig neu formuliert werden sollen. So soll das BKA z.B. »Drehscheibe aller Informationen« werden. Ferner soll der Bereich der Planung in allen Bereichen wesentlich erweitert bzw. neu geschaffen werden. Um die zukünftige Aufgabe wahrnehmen zu können, wird das Amt auf 500 Bedienstete ausgelegt. Die Tätigkeit von mindestens 50 % der Bediensteten wird sich in Planungsstäben und Projektgruppen abwickeln. Bereits heute muß davon ausgegangen werden, daß die räumlichen und baulichen Anforderungen den bisher üblichen Rahmen eines Ministeriums sprengen werden. Abgesehen von der Neuformulierung der politischen Arbeit und Stellung des BKA werden grundlegende Fragen der Verwaltungs- und Büroorganisation für den gesamten Bereich der Bundesregierung erarbeitet. So wird z. B. die Verwendung von Großraumbüros und Großraumprojektgruppenräumen studiert und letztlich für den gesamten Bereich der Verwaltung der Bundesregierung entschieden.«<sup>10</sup>

Das Zitat aus einem Vermerk aus der Frühphase der Arbeitsgruppentätigkeit vermittelt die Tragweite der Arbeitsgruppenergebnisse: Die optimierten Organisations- und Raumformen sollten nach Erprobung auf den »gesamten Bereich der Verwaltung der Bundesregierung« übertragen werden, sodass das Kanzleramtsprojekt als Experimentierfeld und als Vorreiter einzuschätzen ist.

Hinsichtlich der technischen Hilfsmittel im Neubau waren die Weichen bereits *vor* Einsetzen der Arbeitsgruppentätigkeit gestellt worden. Laut Ernst Kern, Leiter der Arbeitsgruppe und rechte Hand Ehmkes in der Neubauplanung,<sup>11</sup> bestanden bereits im Dezember 1969 »klare Vorstellungen über die Ausnutzung der modernsten Hilfsmittel«;<sup>12</sup> tatsächlich formulierte er noch am 30. Dezember den Auftrag an seine hauptamtlichen Mitarbeiter, bis Ende Februar 1970 »unabhängig von den Bemühungen der Bundesbau-

<sup>9</sup> Wolfgang Schnelle im Protokoll zur Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>10</sup> Vermerk Referat VII B 2, 6.2.1970, betr. Neubau Bundeskanzleramt (BKA), B 134/17252.

<sup>11</sup> Kern war Leiter der Abteilung I »Recht und Verwaltung« im Kanzleramt. Horst Ehmke hatte den parteilosen Beamten, der bereits sein Referent im Justizministerium gewesen war, mit ins Kanzleramt gebracht. Vgl. Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28.

<sup>12</sup> Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

direktion (...) intensive Überlegungen anzustellen und die erforderlichen Erkundigungen einzuziehen.«<sup>13</sup> Im Zuge der »Grob-Planung« beschrieb er die folgende »moderne technische Ausstattung«, zu der bei anderen Dienststellen, Firmen und Sachverständigen Auskünfte gesammelt sowie in Fachzeitschriften recherchiert und Prospektmaterial von Anbietern gesammelt werden sollten:

- »a) Elektronische Datenverarbeitung mit spezieller Datenausgabe (vgl. z.B. »Das rationale Büro« Nr. 12 vom 24.12.1969, S. 7 ff);
- b) mechanisierte Registraturtechnik für Schriftgutverwaltung und Schriftgutablage;
- c) ein sinnreiches Mikrofilsystem mit Verbreitungs-, Aufnahme- und Abrufmöglichkeiten;
- d) Sterndiktieranlage aus allen Räumen zur Zentralkanzlei;
- e) Gegensprechanlagen auf verschiedenen Ebenen, etwa:
  - aa) BK – ChefBK/Parl. StS/StS;
  - bb) ChefBK – AL und sonstige Personen (Pers. Ref.);
  - cc) AL – Bedienstete der Abteilung. Die Gegensprechanlagen sollten möglichst in ihrer jeweiligen Schaltung verändert werden können.
- f) Anschlüsse für Rundfunk (auch Leitungsrundfunk), Fernsehen und Direktübertragungen aus dem Bundespresseamt und dem Parlament in jeden Arbeitsraum;
- g) Großdimensionierte Rohrpostanlage und zusätzliche Aktentransportanlage;
- h) Wohlüberlegtes Fernsprechsysteem, das sowohl die Bündelung aller Gespräche auf Abteilungsebene als auch Direktverbindungen mit den Angehörigen einer Abteilung gestattet. Chefstationen bis zu den Gruppenleitern. Unmittelbarer Anschluß des Bundeskanzleramtes an alle Fernleitungen (Telefon, Fernschreiben, Funk);
- i) Voll-Klimaanlage mit einzelner Raumsteuerung;
- j) Moderne Bürogeräte und Büromöbel; technische Erleichterungen für Postein- und -ausgang usw.;
- k) Besondere Führungseinrichtungen
  - aa) Fernsehaufnahme- und -übertragungsmöglichkeiten aus allen Führungsräumen mit Aufzeichnungsmöglichkeiten;
  - bb) Ausstattung der Führungsräume mit optischen Geräten, die die Entwicklungen (den Sachstand usw.) auf verschiedenen Gebieten permanent anzeigen (Fernsteuerung?).«<sup>14</sup>

Die genannten Hilfsmittel holen teilweise schlicht eine überfällige Büromodernisierung und Teilautomatisierung nach, um Arbeitsgänge der Bürokratie in Schwung zu bringen, davon viel Schreibarbeiten, etwa durch adäquate Büromöbel, Telefonanlage, Diktier- und Gegensprechanlagen sowie Registraturtechnik. Hingegen verweisen die Fernsehübertragungsmöglichkeiten als Führungsinstrument und die optischen Darstellungstechniken für ein Lagezentrum sowie die elektronische Datenverarbeitung und andere »besondere Führungseinrichtungen« auf Vorstellungen, mithilfe neuer technischer Mittel die Regierungsarbeit auch qualitativ verändern zu können. Die Erwartungen an eine »Fernsteuerung« mögen für heutige Augen und Ohren eher von Science Fiction inspiriert wirken. Doch die Entscheider von 1970 stellten sie mit der Aufgabenliste vom 30. Dezember 1969 ins Zentrum des neu zu organisierenden Systems Kanzleramt: Die Prüfung der Anwen-

<sup>13</sup> AL I an RD Dr. Bobbert n.R. und ROI Leyendecker, 30.12.1969, betr. Neubau Bundeskanzleramt; hier: Technische Ausstattung, BArch B 136/9834.

<sup>14</sup> Ebd.

dungs- und Verbesserungsmöglichkeiten durch Technologieeinsatz war der Ausgangspunkt für die Bauprogrammentwicklung in der Arbeitsgruppe. Diese Priorisierung der Techniklösungen gab der Ideenentwicklung eine technizistische Richtung vor. Ehmke und Kern haben das Amtsgebäude damit frühzeitig als Maschine innerhalb eines soziotechnischen Systems charakterisiert.

Gleich zu Beginn der Arbeitsgruppentätigkeit im Januar 1970 war auch entschieden worden, das Palais Schaumburg weiterhin zu nutzen. Es sollte Repräsentationszwecken dienen. Man unterschied demnach die bauliche Repräsentation für feierliche Anlässe von der technischen Funktion des Amtes und teilte sie auf Alt- und Neubau auf:

»Das Palais Schaumburg wird ausschliesslich für die repräsentativen Aufgaben des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes genutzt, d.h. auch die Arbeitsräume des Bundeskanzlers sowie die Räume für die kleine Repräsentation im Rahmen des Dienstablaufs sind im Neubau vorzusehen.«<sup>15</sup>

Zusammen mit dem Kanzlerbungalow als offiziellem Wohnsitz des Bundeskanzlers ergab sich ein dreiteiliges Regierungszentrum, eingebettet in die historische Parkanlage. Aus einem Vermerk vom Januar 1970 geht hervor, dass Ehmke persönlich auch gleich den Standort des neuen »Führungszentrums« festlegte: »Der Neubau sollte auf dem Gelände der Liegenschaft des ›Palais Schaumburg‹, ggf. unter Einbeziehung der sogenannten ›Görreswiese‹, angeordnet und als modernes Führungszentrum konzipiert werden.«<sup>16</sup>

### 1.2 Arbeitsweise der »Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt«

Um »die Bauprogrammplanung in Schwung zu bringen«,<sup>17</sup> setzte Wolfgang Schnelle vom 12. bis 14. Januar 1970 eine Klausurtagung der neuen Arbeitsgruppe in den Seminarräumen des Quickborner Teams an.

»In dieser Klausur sollten Fragen des Verfahrens, des Architektenwettbewerbs und der Ausführungen der Baumaßnahmen besprochen werden. Auch könnten die Grenzen der Modernisierung des Bundeskanzleramtes abgesteckt werden. Durch die gegenseitige Konfrontation mit den verschiedenen Problemen und ihrer anschließenden Diskussion könnten die Horizonte der Konzeption festgelegt werden.«<sup>18</sup>

Neben diesen inhaltlichen Aspekten argumentierte Schnelle mit qualitativen Vorteilen einer solchen Klausurtagung auf der Ebene der Arbeitsweise der Gruppe selbst: »1. Beschleunigung der zukünftigen Arbeit, 2. Vertrautwerden mit modernen Kooperationsmethoden, 3. Kennenlernen vorbildlicher Planungsräume, die wertvolle Anregungen bieten könnten.«<sup>19</sup> Der wesentliche Aspekt scheint zunächst Punkt zwei zu sein: Das Quickbor-

<sup>15</sup> Vermerk Referat VII B/2, 16.1.1970, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, hier: Überschlägliche Ermittlung des Raumbedarfs und der Baukosten, BArch B 134/17252.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

ner Team schulte die Gruppe in Techniken der Gruppenarbeit. Angewandt von möglichst heterogen und interdisziplinär zusammengesetzten Teams, entsprach diese den kybernetischen Modellen, mit denen Norbert Wieners interdisziplinäre wissenschaftlicher Kooperation beschrieben hatte. Dieses sogenannte »Entscheider-Training« – entwickelt von Eberhard Schnelle – hatte die »Erweiterung von Problemkomplexität«, die »Produktion von Problemlösungs-Phantasie« sowie das »Finden gemeinsamer Handlungsstrategien« zum Ziel.<sup>20</sup> Die Arbeitsgruppe Neubau sollte diese Arbeitstechniken jedoch nicht bloß zu ihrem eigenen Glück und Nutzen einüben und anwenden, sondern schon deswegen, weil der zu entwickelnde Neubau genau diese teamorientierten Arbeitsweisen unterstützen sollte. Auch dies war eine Vorgabe der Amtsleitung. Der Aufwand, den die Trainingsphase bedeutete, wird durch Punkt eins gerechtfertigt, nämlich die daraus resultierende Beschleunigung des Planungsprozesses.

Ein ergebnisoffener Arbeitsprozess der Gruppe begann nur bezüglich der künftigen Arbeitsorganisation im Kanzleramt; für die geforderten flexiblen, anpassungsfähigen Räumlichkeiten lieferte die Beratungsfirma Quickborner Team die Lösungen nämlich gleich im Januar 1970 mit: Den ebenso kybernetisch wie Horst Ehmke denkenden Beratern zufolge waren geeignete Planungsräume immer Büro großräume beziehungsweise besonders eingerichtete Großräume in Form von »Bürolandschaften«.<sup>21</sup> Die Nutzungsmöglichkeiten solcher Großraumbüros werden in der Arbeitsgruppe unter Anleitung »studiert«, so Wolfgang Schnelle.<sup>22</sup> In diesem Aspekt führen die Quickborner ihr Planungskollektiv direkt auf die Bürolandschaft hin, deren Planung und Umsetzung zentrales Knowhow der Beratungsfirma ist. Den Teilnehmern der Klausurtagung wurden – Punkt drei in der Ankündigung von Wolfgang Schnelle – als Anregung die Quickborner Seminarräume mit ihren beweglichen Stellwänden, Stühlen und Tischchen präsentiert (siehe Abb. 21). Diese seither kaum umgestalteten Räume ermöglichen noch heute einen Blick in die Vorstellungswelt oder in die Keimzelle aller Überlegungen zum Kanzleramtsneubau.

Einen solchen flexibel nutzbaren Büro großraum für Besprechungen im Plenum und in kleineren Untergruppen als wichtigste Anforderung für die künftige Tätigkeit der Gruppe zu finden – dies die erste dogmatische Übertragung von Quickborn nach Bonn –, führte in Bonn zunächst zu Schwierigkeiten. Die Gruppe bezog im Januar Übergangsweise einen ausreichend großen Kellerraum im Haus II, einem der Erweiterungsbauten des Palais Schaumburg aus den frühen 1950er Jahren. Der Kellerraum sollte eigentlich das neue Lagezentrum der Bundesregierung aufnehmen, jedoch blockierte die Arbeitsgruppe diesen Ort vorerst, weiterer Ausweis des eklatanten Raummangels. Die ersten Wochen als Kellerkinder, umgeben vom Charme eines Abstellraums, da die Kartenwände und Ausstattungsgegenstände für das künftige Lagezentrum bereits angelie-

<sup>20</sup> F. IBOLD, *Chronologie*, 2006, S. 96.

<sup>21</sup> Vgl. zur Konzeption der durch das Quickborner Team entwickelten »Bürolandschaft« H. SCHARFENBERG, *Bürolandschaft*, 1966, S. 3–17.

<sup>22</sup> Siehe das Zitat, Anm. 10, S. 81.

fert worden waren, prägten die Wahrnehmung der neuartigen Arbeitsgruppe in der Öffentlichkeit als Kuriosum.<sup>23</sup>

Sämtliche Arbeitsergebnisse wurden unter Quickborner Moderationsanleitung in Form von Postern erzeugt: Während der Besprechungen beschrieben die Teilnehmer farbige Kärtchen und hefteten sie an Pinnwände oder entwarfen Schemata und Zeichnungen auf Wandtafeln und großen Packpapierbögen (Taf. 3).<sup>24</sup> »Die so ›verbalisierten‹ und ›visualisierten‹ Maximen, Hypothesen, Methoden und Fakten werden geordnet und umgeordnet; jederzeit ist der Stand der Bemühungen wie aus einer chinesischen Wandzeitung abzulesen.«<sup>25</sup> Das Kanzleramt entstand somit im Brainstormingverfahren an Pinnwänden und Schautafeln, auf Postern und Skizzen, in Zeichnungen und Wortlisten.

Organisatorisch wurde die Arbeitsgruppe der Abteilung I im Kanzleramt eingegliedert.<sup>26</sup> Verantwortlich für die Ergebnisse der Arbeitsgruppe war somit Abteilungsleiter Ministerialdirektor Dr. Ernst Kern. Seine direkten Mitarbeiter Regierungsdirektor Dr. Bobbert und ROI Leyendecker wurden während der Planungsphase von ihren sonstigen Tätigkeiten freigestellt.<sup>27</sup> Die Studiengruppe für Systemforschung wurde vertreten durch Dipl.-Kaufmann Andreas Jentzsch. Hinzu kamen zwei Vertreter des Bundesfinanzministeriums<sup>28</sup> sowie Dipl.-Ing. Dams und Dipl.-Ing. Robert Glatzer als Leiter der Planungsabteilung der Bundesbaudirektion. Für Aufgaben, die nicht einem der vertretenen Ressorts zugewiesen werden konnten, wurden Untergruppen gebildet. So verfügte

<sup>23</sup> W. Diederichs: »Konzeptionelle Überlegungen« für ein neues Bundeskanzleramt: Im Keller der Villa Schaumburg steht die Zukunft an der Wand, in: *Die Welt*, 27.1.1970. – Bald konnte die Gruppe in ein angemietetes Büro etwa einen Kilometer vom Palais Schaumburg entfernt umziehen. Ab April 1971 wurde der Planungspavillon im Park direkt neben dem Palais Schaumburg bezogen.

<sup>24</sup> Diese Arbeitsweise ist wohl die Ursache für eine in ihren größten Teilen fehlende archivalische Überlieferung der Arbeitsinhalte. In der frühen Planungsphase wurden anstelle von Protokollen lediglich Fotografien der Pinnwände, Tafeln und Poster gemacht, welche nach den Sitzungen im Bundespresseamt vervielfältigt worden sein sollen. Das Quickborner Team war der Auffassung, dass dies genügte, da die Poster als Wissensspeicher dienten. Wenn jemand die Angaben nicht nachvollziehen konnte, rieten sie, jemanden zu fragen, der bei der Sitzung anwesend gewesen war. Auskunft von Eugen Bruno im Gespräch am 26. November 2010, Darmstadt. – Im Bestand der Bundesbildstelle und des Bundesarchivs, welches Altbestände des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung aufnimmt, waren solche Fotografien nicht zu finden. Da die Dokumentation der Bundesbildstelle ereignis- und personenbezogen angelegt ist, überdauerte dort jedoch eine Fotoserie von Reimut Jochimsen, Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt, der die Quickborner Präsentationstechnik anwendet. Er trägt mündlich etwas vor und pinnt dabei beschriebene Kärtchen an eine Pinnwand (siehe Abb. 15).

<sup>25</sup> Großzügiger Rahmen. Hinter verschlossenen Türen arbeitet im Bonner Bundeskanzleramt ein Team aus Beamten und freien Beratern – aus Raummangel im Keller, in: *Der Spiegel*, Nr. 5, 26.1.1970, S. 125.

<sup>26</sup> Dies geht aus dem Geschäftsverteilungsplan vom 24. Juli 1970 hervor. Die Arbeitsgruppe wurde jedoch nicht in den Organisationsplan des Kanzleramtes aufgenommen. Vgl. T. KNOLL, *Organisation*, 2004, S. 184, Anm. 81.

<sup>27</sup> Vermerk Referat VII B 2, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, Bezug: Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Professor Ehmke am 4.12.1969, 8.12.1969, BArch B 134/17252. Weiterhin wurden aus den fünf Abteilungen des Kanzleramtes MR Ohlsson und RR Braun (Abt. I), MR Stolzhäuser und VLR Dr. Fischer (Abt. II), MR Dr. Pagel und RR Dr. Quantz (Abt. III) sowie MDgt. Dr. Hegelau und Dr. Schmoeckel (Abt. V beziehungsweise Planungsabteilung) als Planungsbeauftragte benannt, dazu jeweils noch ihre Vertreter. Vgl. Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>28</sup> RegBauDir. Casser und Oberregierungsbaurat Decker.

die interdisziplinäre Gruppe über Kompetenzen auf den Gebieten Architektur, Städtebau, Planung und Organisation sowie Systemanalyse. Zusätzlich beteiligte man bedarfsweise weitere Fachleute, Betroffene und Entscheidungsträger.<sup>29</sup> Die Berater des Quickborner Teams gehörten fest zur Arbeitsgruppe, namentlich Wolfgang Schnelle, Dr. Erhard Blankenburg M.A. und Dipl.-Ing. Eugen Bruno.<sup>30</sup>

Sie steuerten als Moderatoren die Interaktion der Gruppenmitglieder und den Ablauf der Planungsphase. Die Amtsleitung unterstützte die Vorgaben ihrer Berater, sodass die Arbeitsgruppe innerhalb der Amtshierarchie Sonderregeln folgte: Das Kernteam, auch »Projektstab« genannt, gebildet durch Abteilungsleiter Kern und zwei Mitarbeiter, arbeitete zusammen mit den Beratern des Quickborner Teams an fünf Tagen in der Woche im Großraumbüro. Die sogenannten Planungsbeauftragten, welche nur tageweise aus den Abteilungen in das Planungsteam hineinkommen, sollten montags bis mittwochs dem Projektstab »Rückkoppelung« aus ihren Abteilungen geben,<sup>31</sup> wie es die kybernetische Terminologie ausdrückt, also eine Rückmeldung dazu, wie das Erarbeitete dort aufgenommen wurde sowie Änderungsvorschläge und Hinweise auf zu berücksichtigende Anforderungen. Die stetige Rückkopplung – Begrifflichkeit der Kybernetik – mit einem erweiterten Personenkreis war wesentlicher Baustein des Quickborner Planungsverfahrens und der angenommene Garant für eine gelingende Gesamtplanung:

»Die Konzeption zu einem neuen Bundeskanzleramtgebäude darf nicht allein aus dem Verstand der herbeigerufenen Experten entstehen. Es müssen viele Personen gedanklich dazu beitragen. Doch das geht nur, wenn man informiert und fragt. Die Antworten dienen der Planungsgruppe als zu verarbeitende Beiträge zur gesuchten Lösung. Informieren, Fragen, Antwortenverarbeitung nennen wir Rückkoppelung.«<sup>32</sup>

Die Arbeitsgruppe präsentierte sodann den auf breiter Basis erarbeiteten Stand gegenüber dem sogenannten »Planungsausschuss«, einer höheren Entscheidungsebene im Rang von Staatssekretären und Abteilungsleitern des Kanzleramtes, um Entschlüsse herbeizuführen und das weitere Vorgehen zu bestimmen. Die fünf Beauftragten der Abteilungen sollten die ersten

»2 bis 3 Tage jeder Woche voll zur Verfügung stehen. Was z.B. montags und dienstags erarbeitet worden sei, könne dann am nächsten Tag den Abteilungsleitern, Gruppenleitern evt. auch den Staatssekretären vorgetragen und mit ihnen erörtert werden. Das geschehe am besten in den Pro-

<sup>29</sup> Vgl. W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 508.

<sup>30</sup> Vgl. Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>31</sup> Vgl. Terminplan, Anlage zum Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>32</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, Privatarchiv Bruno. Laut Planungsreport konzentrierte sich die Rückkopplung in den ersten fünf Wochen auf Amtsangehörige und geschah mittels »Führungen, Diskussionen und in planerischer Mitarbeit«. Hier wurde vor allem die Amtsspitze befragt sowie der Personalrat, der eigens »in die ›Sprache‹ der Planungsgruppe eingeführt« werden sollte, damit er »die von ihm beizusteuern Gedanken wirksam einbringen« könne. In weiteren Gesprächen sollten auch Bundestagsabgeordnete, vor allem die Fraktionsspitzen, und Mitglieder des Haushaltsausschusses sowie Kabinettsmitglieder, Staatssekretäre, Journalisten und Fachpresse zu Wort kommen.

jekräumen. Durch dieses Verfahren werde die Leitung des Hauses fortlaufend über den Gang der Arbeiten unterrichtet.«<sup>33</sup>

Damit installierte Schnelle einen Jour fixe zum regelmäßigen Informationsaustausch. Das Stufenverfahren sollte Informationen über die Planungsschritte im Kanzleramt verfügbar machen, den Planungsprozess kontinuierlich kontrollieren und zugleich die Ergebnisse legitimieren.<sup>34</sup> Die Gruppe gestaltete die Arbeitsphase als Gesprächsprozess in informeller Atmosphäre.<sup>35</sup> Die Türen der Planungsräume waren offen: Aus den Abteilungen des Kanzleramtes konnten interessierte Kanzleramtsmitarbeiter dazukommen, wofür keine Einladung oder Terminabsprache vonnöten war. In den Planungsräumen wurde der Stand der Überlegungen auf Pinnwänden dokumentiert, sodass dieser für Besucher stets sichtbar war. Referenten wurden zu festen Terminen eingeladen.<sup>36</sup>

Das Planungsteam, das sich aus Mitarbeitern einer mittleren Führungsebene zusammensetzte, arbeitete themenbezogen und untereinander gleichberechtigt. Im Gegensatz zur hierarchischen Einzelentscheidung erscheint der Entscheidungsprozess objektiviert und auch demokratisiert, weil er für Außenstehende nachvollziehbar war und von einer ganzen Gruppe getragen wurde, was bei der späteren Umsetzung Vorteile bedeutete. Der Entscheidungsprozess bildete jedoch zugleich durchaus die Amtshierarchie ab: Kanzleramtschef Ehmke nahm regelmäßig an den Sitzungen teil. Als Chef des Kanzleramtes bildete er im Planungsprozess die oberste Entscheidungsebene, bei den Quickbornern genannt »Entscheiderausschuss«. Er bestimmte, welche Zwischenergebnisse des Planungsprozesses definiert wurden und somit die Zielrichtung der weiteren Arbeit. Da er, wie das vorige Kapitel gezeigt hat, auch entscheidende Ausgangspunkte der Planungsarbeit definiert hatte, etwa das technizistische Verständnis des zu planenden Neubaus, den Baustandort und die Arbeitsweise der Gruppe, lagen trotz zahlreicher an der Detailarbeit Beteiligter der Entscheidungsprozess und auch das Ergebnis aller Bemühungen letztlich in der Hand des Kanzleramtschefs.

<sup>33</sup> Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>34</sup> Das Planungsverfahren, entwickelt durch das Quickborner Team, erläutert anschaulich P. W. TUGEL, Quickborner Team, 1968, S. 11f.

<sup>35</sup> Hier und im Folgenden Auskünfte von Hansjörg Mauch, im Gespräch am 8. März 2010 in Quickborn.

<sup>36</sup> In einer 16-seitigen tabellarischen Aufstellung sind externe Gesprächspartner der Planungsgruppe Neubau zwischen dem 8.1.1970 und dem 17.3.1971 verzeichnet, offensichtlich jedoch nur die offiziöseren. Die Einträge sind datiert und mit stichpunktartigen Hinweisen auf die Inhalte versehen, sodass die Aufstellung zu einem Nachweis für Rückkopplung der Gruppenarbeit mit Externen gedient haben könnte. Verzeichnet sind Gespräche mit dem Arbeitsstab, dem Arbeitskreis Bundesbauten Bonn, dem Personalrat des Kanzleramtes, mit städtebaulichen Experten, Wettbewerbspreisrichtern, mit Ehmke und Brandt. Außerdem sind Referate der Studiengruppe für Systemforschung verzeichnet. Die Aufstellung hat weder Deckblatt noch Datierung. Die Machart der Liste als Tabellen-Matrix im Querformat gleicht den Schriftstücken des Quickborner Teams. BArch B 136/41164.

### 1.3 *Inszeniertes Brainstorming?*

Die Arbeitsgruppe Neubau gestattete sich zu Beginn ihrer Arbeit Anfang 1970 eine mehrwöchige offene Brainstormingphase, während der Ideen gesammelt wurden. Umsetzbarkeit spielte hier ausdrücklich noch keine Rolle. Dem Quickborner Planungsprinzip nach sollte so vermieden werden, gleich zu Beginn falsche Verengungen der Problemstellung zu erzeugen. Hinweise darauf, welche auch spielerischen Ideen die frühe Planungsphase hervorbrachte, geben zwei Eigenveröffentlichungen der Arbeitsgruppe sowie die Pressereaktionen darauf.

Im Februar und im Mai 1970 präsentierte die Gruppe in zwei sogenannten Planungsreports den Stand der Überlegungen.<sup>37</sup> Der erste Report stellte Informationen über die Arbeitsgruppe bereit, weniger über das Kanzleramtsprojekt. Überreicht wurde er an Journalisten, die zu einer Pressekonferenz direkt an den Ort des Geschehens eingeladen worden waren, nämlich in den Planungskeller. Als Gastgeber standen dort Kanzleramtschef Ehmke, die Arbeitsgruppe Neubau und die Quickborner Berater Rede und Antwort. Die Veranstaltung erregte bei der Presse große Aufmerksamkeit. Schon die Raumverhältnisse irritierten die Gäste, die so etwas offensichtlich nicht gewohnt waren. Ein Journalist beschrieb den Keller als »verwirrende Zimmerflucht«. »Stellwände sind gespickt voll von blauen, weißen, gelben und roten Karten, dazwischen sind mit Heftzwecken rasch hingeworfene Skizzen befestigt.«<sup>38</sup>

Die Berichterstattung der Medien zum Bauprojekt und etwaige Reaktionen der Öffentlichkeit sollten als weitere Rückkopplung im Planungsprozess verarbeitet werden, so die offizielle Verlautbarung. Es ging darum, eine öffentliche Meinungsbildung mit offen formulierten Fragen anzustoßen: »Wie repräsentativ darf und soll ein Neubau sein? Wie öffentlich soll das Kanzleramt erscheinen? Welche Stellung im Regierungssystem kommt dem Kanzleramt zu?«<sup>39</sup> Die Pressekonferenzen der Arbeitsgruppe Neubau sind dabei ein Indiz für die politische Intention: Die Außenwirkung des interdisziplinären kreativen Teams und ihrer Arbeitsmethoden spielte eine entscheidende Rolle. Die Regierung präsentierte sich damit als modern und innovativ. War die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgruppe Neubau unter Quickborner Moderation vielleicht sogar eine politische Inszenierung?

Die beiden Planungsreports, die man auf den Pressekonferenzen verteilte, kamen in der Aufmachung einer vierseitigen »Zeitung« daher (Abb. 22). Sie wurden auf je einen großen Papierbogen im Format 52 auf 67 Zentimeter gedruckt, sodass man die Zeitung auffalten und als Poster an die Wand hängen konnte. Diese formale Gestaltung lässt den Inhalt wie von den Pinnwänden der Arbeitsgruppe abgenommen wirken. Die Wandzeitungen kombinierten kurze Texte mit Diagrammen, Tabellen und Zeichnungen in anschaulicher Form. An vielen Stellen wurden handschriftliche Passagen in Sprechblasen mit gesetzten

<sup>37</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970; Zweiter Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 12.5.1970, Privatarchiv Bruno.

<sup>38</sup> H. Quiring (dpa): Profi-Denker planen im Kanzleramt, in: Bremer Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>39</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 3.



# ERSTER PLANUNGSREPORT

## für den Neubau des Bundeskanzleramts

24. Feb. 70

### Die Arbeit der Planer

Die Bundesregierung hat im Entwurf des Haushaltsplanes 1970, der dem Parlament zur Entscheidung vorliegt, Mittel für den Neubau eines Bundeskanzleramtes vorgesehen.

Seit 1. Januar 1970 befaßt sich eine Planungsgruppe im Bundeskanzleramt mit diesem Vorhaben.

### AUFTRAG DER PLANUNGSGRUPPE

Ereuzellen eines Bauprogramms für den Neubau eines Bundeskanzleramtes. Das Bauprogramm enthält die Forderung des Bauherrn an das zu planende

Bauwerk. Hierzu brauchen wir ein

organisatorisches Konzept

„Ihre Vorstellungen über die Arbeitweise des Amtes, seine Stellung innerhalb der Bundesregierung, Entwicklungstendenzen hinsichtlich der Aufgabenstellung und der Arbeitsmethoden

technisches Konzept

organisatorische Anforderungen an die technischen Einrichtungen (audio-visueller Kommunikation, elektronischer Datenverarbeitung, Haustechnik usw.)

städtebauliches Konzept

Klärung der städtebaulichen Voraussetzungen.

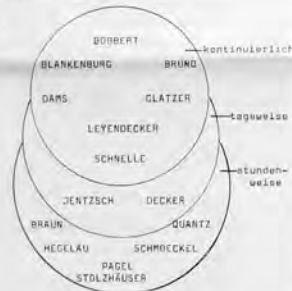
TEILNEHMER AM PLANUNGSPROZESS

Zur Lösung dieser komplexen Aufgabe wird eine Vielzahl von Menschen beteiligt; um möglichst zahlreiche Kontakte in die Überlegungen einzubringen und zu berücksichtigen.

Organisations- und Planungsexperten des Quickborner Teams wurden als Berater verpflichtet, um die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes, des Finanzministeriums und der Bundesbaudirektion mit weiteren Planungswissenschaftlern vertraut zu machen und gemeinsam mit diesen die für die Aufstellung des Bauprogramms erforderlichen Analysen und Untersuchungen durchzuführen.

Hierzu werden die Arbeiten der Studiengruppe für Systemforschung hinzugezogen.

Verantwortlich:  
Abteilung I  
Leiter: Dr. Kern



Mitarbeit während der ersten Wochen der Planungsarbeit

Im Bundeskanzleramt wurde eine Planungsgruppe gebildet, die sich wie folgt zusammensetzt:

Arbeitsgruppe Neubau

Planung, Abwicklung des Projektes, Kontaktstelle

RO Dr. Bobbert  
ROI Leyendecker

Vertreter der Abteilungen des Bundeskanzleramtes

Schematische Zusammenfassungen aus den jeweiligen Abteilungen und Weitergabe an die Arbeitsgruppe, Erledigen von Aufgaben der Arbeitsgruppe und Teilnahme an Besprechungen

Abt. I MR Ohlsson  
RR Braun  
Abt. II MR Stolzhäuser  
VLR Dr. Flecher  
Abt. III MR Dr. Pögel  
RR Dr. Quantz  
Planungsstab MOdt. Dr. Schmalow  
Dr. Schmoekel

Vertreter des Bundesfinanzministeriums  
Oberregierungsabteilung Decker

Vertreter der Bundesbaudirektion  
Dipl.-Ing. Dase  
Dipl.-Ing. Glatzer

Vertreter der Studiengruppe für Systemforschung  
Dipl.-Kaufmann Jentzsch

Quickborner Team  
Dr. Blankenburg, M.A.  
Dipl.-Ing. Bruno  
W. Schnelle

Die Mitarbeit der genannten Herren in der Planungsgruppe war bisher unterschiedlich, wie nebenstehende Skizze zeigt.

### RÜCKKOPPLUNG

Die Konzeption zu einem neuen Bundeskanzleramtgebäude darf nicht allein aus dem Verstand der herbeigerufenen Experten entstehen. Es müssen viele Personen gedanklich dazu beitragen. Doch das geht nur, wenn man informiert und fragt.

Die Antworten dienen der Planungsgruppe als zu verarbeitende Beiträge zur gesuchten Lösung. Informationen, Fragen, Antwortverarbeitung nennen wir Rückkopplung.

In den ersten fünf Wochen konzentrierte sich die Rückkopplung auf Personen, die direkt zum Amt gehören. Mittels Führungen, Diskussionen und in planerischer Mitarbeit wurden diese einbezogen

- BK Ullly Brandt
- Min. Prof. Dr. Ciske
- PSIS Frau Dr. Teske
- MD Dr. Ehrenberg
- Prof. Dr. Jochimsen
- MD Dr. Kern

### Personalrat Bundeskanzleramt

- MR Dr. Gebarth
- Oberstin. von zur Gathen
- RO Dr. Kulzer
- ORR Winkel
- VA Rieger

Der Personalrat wird in die "Sprache" der Planungsgruppe eingeföhrt werden, um die von ihm herbeizuholenden Gedanken wirksam einzubringen.

In der nächsten "Runde" ist beabsichtigt, die Rückkopplung auf folgende Personalkreise auszudehnen:

- Bundestagsabgeordnete, insbesondere Fraktionsmitglieder und Haushaltsausschussmitglieder,
- Kabinettsmitglieder, Staatssekretäre,
- Journalisten, Fachpresse

### KOORDINATIONSGREMIEN

Arbeitsstab für verkehrliche und bautechnische Fragen im Zusammenhang

mit dem Neubau

Für die städtebaulichen Probleme, besonders die Verkehrsprobleme und baurechtlichen Verfahrenfragen wurde mit der Stadt Bonn und den beteiligten Behörden ein Arbeitstab gebildet, in dem Beauftragte folgender Behörden vertreten sind: Die Stadt Bonn, das Bundesfinanzministerium, die Bundesbaudirektion, die Bezirksregierung Köln, das Bundeskanzleramt und das Quickborner Team.

Arbeitstab Bundesbauten Bonn  
Dieser Arbeitstab hat die Aufgabe, die zwischen Bund und Stadt bei der Planung von Neubauten des Bundes in Bonn entstehenden Probleme zu erörtern, und in Übereinstimmung mit der Stadtplanung ein Rahmenkonzept zu entwickeln. In diesem Arbeitstab sind vertreten: Der Bundesminister der Finanzen, das Innen-, für Verkehr, das Bundeskanzleramt und das Land Nordrhein-Westfalen sowie die Stadt Bonn.

Abb. 22 Erster Planungsreport, S. 1.

Textblöcken kombiniert, sodass die Sprechblasen wie Kommentare oder Einwände zum Gedruckten Vielstimmigkeit erzeugen.<sup>40</sup>

Auf den ersten beiden Seiten von Report Nummer eins werden Bauplanungsprozess, Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Neubau, ein »Instanzen-Atlas« der zahlreichen weiteren »beteiligte[n] Behörden« sowie ein Zeitplan und Begründungen für einen bundesoffenen Architekturwettbewerb dargestellt. Auf den Seiten drei und vier folgen zu klärende Aspekte: Verschiedene zu bewertende Funktionsmodelle für das Bundeskanzleramt, Organisationsmodelle zur Einbettung von Teamarbeit in die Abteilungsstruktur sowie stark differierende Prognosen zur erwarteten Zunahme von Gruppenarbeit im Amt bezogen auf die Arbeitszeit der Bediensteten. Es folgen verschiedene Raummodelle und erst auf der letzten Seite vier, dicht gedrängt: »Einzelne Fragen zum Bauprogramm«. Unter dieser nüchternen Überschrift sind die für das staatliche Bauen so wichtigen Themen Öffentlichkeit, Image, Repräsentation und das Verhältnis von Bundeskanzleramt und Bundespresseamt versammelt – letzteres ist eine dem Kanzleramt direkt zuarbeitende Behörde. Der zweite Report vom Mai 1970 bringt Organisation, Funktion und Beschaffenheit der Räumlichkeiten in ein engeres Verhältnis und thematisiert städtebauliche Fragen. Sowohl Inhalt als auch Aufmachung der beiden Planungsreports vermitteln primär Informationen über das Planungsverfahren, weniger über das Bauprojekt selbst.

Die Informationen des ersten Reports lassen sich so zusammenfassen: Eine Arbeitsgruppe aus höheren Ministerialbeamten im Kanzleramt, hier namentlich und mit ihren Amtsbezeichnungen vorgestellt, beschäftigt sich seit mehreren Wochen mit einem aufwändigen Planungsprozess und hat zunächst die Bedingungen für Baumaßnahmen des Bundes und das beteiligte administrative Umfeld genau eruiert. Sodann hat sie damit begonnen, sich über Grundbedingungen für das Bauprogramm des Neubaus zu verständigen. Diesen Arbeitsstand präsentiert sie nicht als Zwischen- oder Ergebnisbericht, sondern als Ideen- und Fragensammlung, die kritisiert werden darf und soll.

Das Endergebnis des Arbeitsprozesses erscheint offen. Umsetzbarkeit ist noch nicht Thema der Planung, die Kreativität zu diesem Zeitpunkt noch nicht durch Realisierungsfragen blockieren möchte. Der Planungsprozess hat das Ziel, eine objektivierbare Entscheidungsgrundlage für den Kanzleramtschef zu erarbeiten. Legitimiert ist die Gruppe durch die Amtsspitze, der sie direkt zuarbeitet, sie zeichnet aber selbst für den Report verantwortlich.<sup>41</sup> Regierungshandeln und die dazugehörigen Verfahren werden hier erstmals öffentlich thematisiert und in Teilen transparent gemacht.

Auf Grundlage der Planungsreports und mittels der Zeitungsartikel, die auf die Pressekongressen folgten, können einige Themen teilweise rekonstruiert werden, welche die Arbeitsgruppe beschäftigten und zu denen aufgrund der Poster-Arbeitsweise keine archivalische Überlieferung eingesehen werden konnte. Zu Beginn diskutierte die Arbeits-

<sup>40</sup> Keiner der zahlreichen Presseartikel, die auf der Veröffentlichung des Ersten Planungsreportes basieren, kommentierte dessen Poster-Aufmachung.

<sup>41</sup> Während der Erste Planungsreport noch keine Angaben über die Urheber machte, endet der zweite Report mit dem Hinweis »Redaktion: Planungsgruppe Neubau im Bundeskanzleramt. Verantwortlich: MinDir. Dr. Kern«.

gruppe den zu erzeugenden Eindruck, das Image, die repräsentative Funktion der zu bauenden Architektur. Dabei bezog sie den historischen Kontext ein, denn der Neubau sei »auch architektonischer Ausdruck einer Staatsauffassung, (...) Ausdruck einer politischen Gesinnung«. <sup>42</sup> Er sollte »das Gegenteil zu Adolf Hitlers Reichskanzlei« sein, »den totalen Gegensatz zum klotzig-protzigen Symbol der Willkürherrschaft manifestieren«. <sup>43</sup> Mit dieser Prämisse entstanden die nahe liegenden Forderungen: Das Kanzleramt sollte

»nicht abgeschirmt von alltäglichem Geschehen, von uniformierten Wächtern umstellt, nicht übertrieben aufwendig, sondern in Teilbereichen allgemein zugänglich sein, die verwendeten Baumaterialien sollen nicht den Eindruck von Abgeschlossenheit und Machtfülle hervorrufen, es soll kein monumentales Hochhaus sein, das hierarchische Assoziationen fördert.« <sup>44</sup>

Um ein Image für den Neubau weitergehend zu definieren, verständigte sich die Arbeitsgruppe über die gewünschte Wirkung auf den Betrachter. Dies geschah mit Hilfe von Gegensatzpaaren qualitativer und emotionaler Polaritäten, welche die Quickborner Moderatoren vorgaben:

»zurückgezogen – gesellig; männlich – weiblich; geistvoll – mächtig; heilig – profan; kompliziert – einfach; warm – kalt; robust – zart; einladend – beeindruckend; vergnügt – ernsthaft; großzügig – sparsam; dunkel – hell; feierlich – nüchtern; aggressiv – passiv; schwer – leicht; musisch – sachlich.« Diese Frage, wie sie's gerne hätten, beantwortete die Mehrheit der Bonner Planer so: »gesellig, männlich, geistvoll, einladend, ernstvoll [sic, gemeint ist: ernsthaft], großzügig, hell, nüchtern, aggressiv, leicht, musisch.« <sup>45</sup>

Im Ersten Planungsreport, nicht genannte Quelle für den hier ausführlich zitierten Artikel des Journalisten Jürgen Lorenz, sind die Präferenzen der Arbeitsgruppenmitglieder in Bezug auf diese teils überraschend gepaarten Gegensätze grafisch dargestellt (Abb. 23): Eine gezackte Linie verbindet Punkte, welche in sechs Stufen graduell Vorstellungen über Charakteristika des zu planenden Baus zwischen den Polaritäten markieren. Die Matrix ermöglichte vermutlich die Verständigung innerhalb der Gruppe. Es gibt keine Informationen darüber, ob dieser ersten Annäherung tiefergehende Differenzierungen folgten. Im Report ergänzte die Arbeitsgruppe die Grafik allerdings um die provozierende Frage: »Wie hätten die Baumeister etwa des ›Dritten Reichs‹ sich bei diesen Gegensatzpaaren entschieden?« <sup>46</sup> Hier soll der Report Reaktionen provozieren, Nachdenken und Widerspruch, kurz eine individuelle Auseinandersetzung auslösen. Bei dem Stichwort »Drittes Reich« assoziiert der Leser sofort Bauformen der Nazionalsocialisten. Doch insbesondere die so verschiedene Inszenierung von Bauherrenschaft fällt ins Auge: Im Planungskeller diskutiert man im Team und in der Öffentlichkeit über die Anmutung des zu

<sup>42</sup> Hier und im Folgenden J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 4.

<sup>45</sup> J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>46</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 4.

WAS SOLL DAS BUNDESKANZLERAMT RE- PRÄSENTIEREN?				Um festzustellen, wie weit in der Planungsgruppe Übereinstimmung über das angestrebte Image des Bundes- kanzleramtes herrscht, wurden Eigen- schaften gegenübergestellt. Das Planungsteam hat hier das stati- stische Mittel ihrer eigenen Vor- stellung festgestellt. Wie hätten die Baumeister etwa des "Dritten Reiche" sich bei diesen Gegensatz- paaren entschieden ...?	
Soll das Bundeskanzleramt in erster Linie ...					
... hoheitlich wirken?					
... wie eine geheime Staatskanzlei aussehen?					
... Macht und Reichtum repräsen- tieren?					
... Würde und Ernst ausstrahlen?					
zurückgezogen	.	.	.	.	gesellig
männlich	.	.	.	.	weiblich
geistvoll	.	.	.	.	mächtig
heilig	.	.	.	.	profan
kompliziert	.	.	.	.	einfach
warm	.	.	.	.	kalt
robust	.	.	.	.	zart
einladend	.	.	.	.	beeindruckend
vergnügt	.	.	.	.	ernsthaft
großzügig	.	.	.	.	sparsam
dunkel	.	.	.	.	hell
feierlich	.	.	.	.	nüchtern
agressiv	.	.	.	.	passiv
schwer	.	.	.	.	leicht
musisch	.	.	.	.	sachlich

Abb. 23 Schema aus: Erster Planungsreport, S. 4 (Detail).

Bauenden. Adolf Hitler hatte dagegen sein Reichskanzleiprojekt als Ergebnis einer kongenialen Künstlerleistung von Albert Speer im unmittelbaren »Führer«-Auftrag präsentiert.<sup>47</sup> Nicht nur die ausgewählten Adjektive kennzeichnen somit den Planungsprozess eines Staatsbaus der Demokratie, sondern die Verfahren der Arbeitsgruppe und deren öffentliches Wirken sind dezidiert demokratisch und grenzen sich von der nationalsozialistischen Vergangenheit ab.

Horst Ehmke persönlich berichtete auf der Pressekonferenz Ende Februar 1970 von Gedankenspielerien der Arbeitsgruppe – die es indes nicht in den Report schafften –, »den geplanten und auf 100 Millionen Mark veranschlagten Neubau des Bundeskanzleramtes so anzulegen, dass [sic] die einzelnen Abteilungen um den gläsernen Rundbau des Kanzlerbüros rotieren und automatisch zur Chefbesprechung vor den Schreibtisch des Kanzlers herangerollt werden können.«<sup>48</sup> Diese Architekturfantasie sollte nicht missverstanden werden als realer Wunsch, die zentralisierte Stellung des Amtschefs unmittelbar in Architektur abzubilden. Vielmehr bekräftigt Ehmke damit, dass in der frühen Brainstormingphase keine Denktabus, schon gar nicht von ihm selbst ausgehend, bestanden. Er bekannte gegenüber den Anwesenden damit seinen Mut zum unzensurierten Sprechen und zu kreativer Energie.

Identifizierte Bedürfnisse und Prognosen über künftige Entwicklungen der Arbeitsweise im Amt konkretisierte die Arbeitsgruppe bald. Sie resultierten im Planungsreport

<sup>47</sup> Vgl. die Einleitung im Prachtband zur Fertigstellung der Neuen Reichskanzlei DIE NEUE REICHSKANZLEI, [1939].

<sup>48</sup> U. Blank: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: Die Weltwoche, 24.12.1970. Ebenso wiedergegeben in U. BLANK, Horst Ehmke, 1970, S. 395.

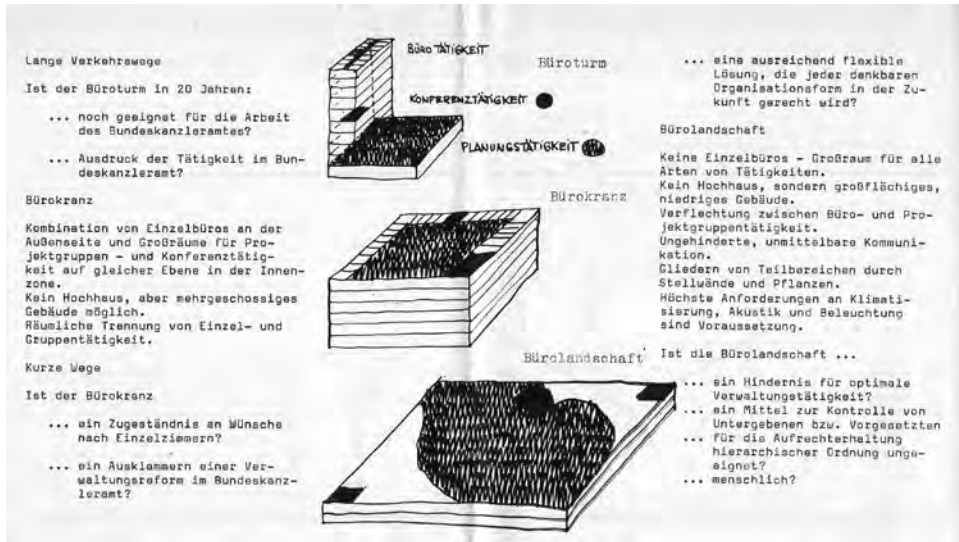


Abb. 24 Schema aus: Erster Planungsreport, S. 4 (Detail).

in drei möglichen Typen »logische[r] Baukonzeption[en]« (Abb. 24): Erstens »gestapelte Einzelbüros als Scheibe oder Turm über einem Flachbau für Projektgruppen- und Konferenztätigkeit« (»von den meisten Befragten abgelehnt«<sup>49</sup>); zweitens der Bürokranz: eine »Kombination von Einzelbüros an der Außenseite und Großräume für Projektgruppen- und Konferenztätigkeit auf gleicher Ebene in der Innenzone« böte den Vorteil kurzer Wege. Drittens könnte eine Bürolandschaft sämtliche Einzelbüros überflüssig machen (einem Journalisten zufolge »sicher die am meisten faszinierende Form«<sup>50</sup>). »Kein Hochhaus, sondern großflächiges niedriges Gebäude.« Büro- und Projektgruppentätigkeit wären miteinander verflochten bei ungehinderter, unmittelbarer Kommunikation. Teilbereiche wären durch Stellwände und Pflanzenkübel zu gliedern.

Während die Arbeitsgruppe sich von der ersten Lösung bereits vor der Pressepräsentation verabschiedet hatte, weil man nach den Erfahrungen mit den »gestapelten Einzelbüros«<sup>51</sup> im 1969 fertiggestellten Abgeordnetenhochhaus »dauernd auf den Lift warten muß«,<sup>52</sup> maß sie laut einem Presseartikel der »großflächig und niedrig«<sup>53</sup> gebauten Bürolandschaft geradezu revolutionäre organisatorische Transparenz zu:

<sup>49</sup> K. Dreher: Pläne für ein neues Haus auf grüner Wiese. Der Neubau eines Kanzleramtes soll einen modernen Regierungsstil erleichtern, in: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1970.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>52</sup> W. Höpker: Planspiel im Keller. Reform des Kanzleramtes, in: Christ und Welt, Deutsche Wochenzeitung, 6.3.1970.

<sup>53</sup> J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

»Vom Typ der Bürolandschaft, die Einzelzimmer durch Großraumbüros mit Stellwänden ersetzt, verspricht man sich einen gleich dreifach werbenden Effekt. Der der Presse überreichte Planungsreport spricht von ›Publikumsöffentlichkeit‹ (keine Wachen mehr, Besichtigung für jedermann), von ›Ressortöffentlichkeit‹ (Verzahnung des Kanzleramtes mit allen Ministerien), und von ›Amtsöffentlichkeit‹ (keine Vorzimmer mehr, Einsicht aller Hausangehörigen in die Termin kalender der Amtsleitung, rasche wechselseitige Information).«<sup>54</sup>

Sucht man nach der vom Verfasser dieses Artikels zitierten Textstelle im Planungsreport, findet man sie nicht. Der Journalist verband in seinem Text das Raumkonzept der Bürolandschaft mit – im Report unabhängig von dieser als Fragen formulierten – »Stufen der Öffentlichkeit«, die für das neue Kanzleramtsgebäude realisiert werden könnten und über deren Umsetzungsmöglichkeiten und -erfordernis das Planungsteam laut Report weiter nachdenken wollte. Auf konkrete Aussagen ließ sich die Arbeitsgruppe anhand des ersten Reports nicht festlegen, auch wenn das viele Journalisten in ihren Artikeln versuchten und erste Überlegungen wie gesicherte Fakten darstellten. Das Raumkonzept konnte dem Planungsreport zufolge ohnehin erst ausgewählt werden, wenn aus drei möglichen Beschreibungen der künftigen Amtsfunktion die Gewichtung festgelegt worden sei:

»1. das Kanzleramt soll in erster Linie ein Sekretariat des Kabinetts sein; 2. es soll vor allem Koordinierungsstelle der Bundesregierung sein; 3. es soll Hilfsinstrument des Bundeskanzlers zur Erfüllung seiner Führungsaufgaben sein; [...] Denkbare erscheint, die Kabinetts- und Kanzlerfunktion voneinander zu trennen, genauso aber, beide ineinander zu verschränken und alle Büros um das Sekretariat des Bundeskanzlers anzuordnen.«<sup>55</sup>

Indem es eine Abhängigkeit von der Organisationsstruktur des Amtes und zu bauender Architekturform herstellte, verknüpfte das Planungsteam Arbeit und Raum mit der Frage nach Sinn und Berechtigung hierarchischer Organisation. Die Planungsgruppe äußerte in der Pressekonferenz einem Pressebericht zufolge

»wieder und wieder ihre Abneigung gegen die überkommene hierarchische Gliederung des Kanzleramtes. Sie sehen offenkundig nur die bekannten Nachteile einer Organisationsform, die jedem Beamten seinen Rang, seine Aufgabe und sein Zimmer zuweist. Sie schwören auf Gruppenarbeit, die – anders als Opas Konferenz – nicht Kompromisse sucht, sondern neue Ideen gewinnen soll.«<sup>56</sup>

Im Report klingen diese Überlegungen vorsichtiger. Dort steht: »Die Diskussion um Veränderungen der Organisation wird von Zweifeln an der alleinigen Zweckmäßigkeit der hierarchisch geordneten Arbeit beherrscht« (S. 3).

Die Journalisten brachten sowohl Begeisterung als auch Skepsis gegenüber der Arbeitsweise der Planungsgruppe in ihre Berichte. Zustimmend äußerte sich schon vor

<sup>54</sup> W. Höpker: Planspiel im Keller. Reform des Kanzleramtes, in: Christ und Welt, Deutsche Wochenzeitung, 6.3.1970.

<sup>55</sup> K. Dreher: Pläne für ein neues Haus auf grüner Wiese. Der Neubau eines Kanzleramtes soll einen modernen Regierungsstil erleichtern, in: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1970.

<sup>56</sup> J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

dem Erscheinen des Ersten Planungsreportes die Westfälische Rundschau: »Wurden früher derartige Staatsbauten nach ästhetischen und repräsentativen Gesichtspunkten konzipiert, fordert die heutige Zeit und unser Verständnis vom demokratischen Staat andere Überlegungen.«<sup>57</sup> Verhalten optimistisch zum selben Thema die Kieler Nachrichten: »Immerhin handelt es sich um den bemerkenswerten Versuch, nach den phantasielosen ›Beamten- und Abgeordnetensilos‹, die bisher in Bonn errichtet wurden, ein wirkliches Bauwerk zu schaffen, das technische Perfektion mit demokratischer Staatsrepräsentation vereint.«<sup>58</sup> Unverständnis wurde darüber geäußert, dass die Arbeitsgruppe auf einer Pressekonferenz Unfertiges, Unausgegrenztes und Gedankenfetzen präsentierte. Wolfgang Höpker kritisierte zudem, die Planungsgruppe vermenge Architektur mit Verfassungsfragen. Dabei handele es sich um »Gedankenspielereien, über die man sich zwar intern heißreden kann, die aber in einem für die Öffentlichkeit bestimmten Auftritt verblasen wirken. [...] Mit unausgegrenzten Vorhaben ist niemandem gedient. Warum diese publizistische Hast.«<sup>59</sup> Die Arbeitsmethode des Planungsteams und ihre frühe Öffentlichkeitsarbeit lösten keinesfalls die im Planungsreport ausdrücklich gewünschte »öffentliche Meinungsbildung« im Zuge der medialen Auseinandersetzung aus. Die einmalige umfängliche Berichterstattung Ende Februar 1970 erlebte keine Wiederholung.

Im Widerspruch zur Inszenierung der Arbeitsgruppe als kollektiv-diskursive und Partizipation und Transparenz ermöglichende Arbeitsgruppe fanden Indienstnahmen dieses Planungsteams durch das Kanzleramt gleich zu Beginn statt. Erstaunlicherweise wurden auf der Pressekonferenz im Februar 1970 etwa Vor- und Nachteile verschiedener möglicher Standorte des Neubaus erörtert, als sei über den Standort noch nicht entschieden.<sup>60</sup> Ebenso wurde hier die Frage thematisiert, ob das Arbeitszimmer des Bundeskanzlers im Palais Schaumburg verbleiben oder mit in den Neubau umziehen solle. Im Planungsreport klingen die schließlich getroffenen Festlegungen wie nach langen Abwägungsprozessen vereinbart: »Bei Abwägung aller Vor- und Nachteile der verschiedenen Standorte wird wohl ein Gesichtspunkt den Ausschlag geben: Die Wahrung der Tradition, die sich mit dem Palais Schaumburg als Sitz des Bundeskanzlers verbindet. Bundeskanzler Brandt möchte diese Tradition fortführen.«<sup>61</sup> Das Kanzleramt spielte in diesen Punkten gegenüber der Öffentlichkeit kollektive Abwägungsprozesse einer frei agierenden Arbeitsgruppe und schlussendlich das Gewicht des Kanzlerwortes in diesen Diskussionen bloß vor; tatsächlich hatte wie bereits dargestellt Ehmke schon gleich zu Beginn über Standort-

<sup>57</sup> E. Hauer: Nach Jahren der Planung erhält das Kanzleramt endlich den Maßanzug für die siebziger Jahre, in: Westfälische Rundschau Dortmund, 24.1.1970.

<sup>58</sup> J. Lorenz: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>59</sup> W. Höpker: Planspiel im Keller. Reform des Kanzleramtes, in: Christ und Welt, Deutsche Wochenzeitung, 6.3.1970.

<sup>60</sup> Vgl. zum Beispiel den Bericht von H. Quiring (dpa): Profi-Denker planen im Kanzleramt, in: Bremer Nachrichten, 28.2.1970.

<sup>61</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 4.

fragen befunden,<sup>62</sup> während sich Bundeskanzler Brandt am Neubau durchgängig kaum interessiert zeigte. Dieses Manöver diskreditierte die angeblichen Bemühungen um Rückkopplung mit der öffentlichen Meinung teilweise zum Scheindialog.

## 2. Architekturwettbewerb 1970/71

### 2.1 Auseinandersetzungen um die Bonner Stadtplanung

Das Jahr 1969 markiert eine Zäsur im Verhältnis des Bundes zur Hauptstadtfunktion der Stadt Bonn, die den Status des Provisoriums verlor und erstmals Gegenstand von öffentlich diskutierten Stadtplanungskonzepten wurde.<sup>63</sup> Die Idee des Kanzleramtprojektes entstand just in dem Moment, als Bund und Stadt als Konsequenz öffentlichen Protestes erstmals eine stadtplanerische Zusammenarbeit begannen. Der zu diesem Zweck aus Vertretern des Bundes und der Stadt gebildete Arbeitskreis Bundesbauten Bonn, der erstmals mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurde und die städtebaulichen Lösungen erarbeiten sollte, wurde vom Kanzleramt offiziell mitgetragen, jedoch praktisch unterlaufen: Das Amt setzte seine Vorstellungen über Standort und Ausschreibungstermin gegenüber Bundesregierung und Stadt vorab durch; die Akzeptanz dieser Wünsche war die Bedingung dafür, dass das Kanzleramt der Arbeitskreisgründung zustimmte.<sup>64</sup> Im Folgenden sollen diese Zusammenhänge auf der Ebene von Interessenpolitik und die Reaktionen der Öffentlichkeit hierauf nachvollzogen werden, um zu verdeutlichen, dass eine früh einsetzende Kritik und Ablehnung des Kanzleramtprojektes auch durch diese intransparenten Verfahrensweisen provoziert worden ist. Die negative Resonanz auf das Bauprojekt, die sich bis zum heutigen Tage fortsetzt, hat in dieser Rahmensituation ihren Ursprung, so die These.

Intensive öffentliche Auseinandersetzungen über die Bautätigkeit des Bundes in Bonn hatten schlagartig eingesetzt, nachdem sich im Sommer 1968 »Bonns Lokalblätter detaillierte Informationen über die Regierungsneubauten« verschafft hatten.<sup>65</sup> Ungeheuerliche Bauvolumina – laut Alexander Mitscherlich ein »Zeugnis arger Phantasielosigkeit«<sup>66</sup> – waren noch unter der Regierung der Großen Koalition aufgesetzt worden, ohne dass die Öffentlichkeit hierüber informiert wurde. Tatsächlich hatte das Bundeskabinett im Juli 1967 der Bundesbauverwaltung den Auftrag erteilt, eine Gesamtplanung für den Bau von

<sup>62</sup> Siehe oben, S. 83.

<sup>63</sup> Zur Hauptstadt Bonn nach 1969 vgl. D. HÖROLDT, 25 Jahre Bundeshauptstadt, 1974; O. FLAGGE, Bundeshauptstadt Bonn, 1984, S. 29ff.; J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 116–217; offiziöse Darstellungen: K. H. KALDENKERKEN, Hauptstadtvereinbarung, [1985]; F. BUSMANN, Parlaments- und Regierungsviertel, 2004.

<sup>64</sup> Dies ist so bisher nicht erkannt worden. Im »Spiegel« hieß es 1977, auch der Arbeitskreis habe »das neue Bundeskanzleramt in dieser Form und an dieser Stelle« nicht »verhindern« können. Vgl. »Aha! Dies ist die Hauptstadt«. Der dreißigjährige Krieg um Bonner Stadtplanung und die Regierungsbauten, in: Der Spiegel, Nr. 49, 28.II.1977, S. 108.

<sup>65</sup> Regierungsviertel: Große Lösung, in: Der Spiegel, Nr. 52, 22.II.1969, S. 27.

<sup>66</sup> Zitiert nach ebd.



127 000 Quadratmetern Büroflächen durchzuführen.<sup>67</sup> Bei einem Baubeginn 1968 rechnete man mit sechs Jahren Bauzeit und einem Kostenvolumen von insgesamt 164 Millionen Mark. Zahlreiche Ministerien sollten Neubauten in Bad Godesberg beziehen, wo die Bundesbauverwaltung in den letzten Jahren gezielt Flächen angekauft hatte. In dieser Sache wurde Geheimhaltung sowohl innerhalb der Bundesverwaltung als auch gegenüber der Öffentlichkeit vereinbart.<sup>68</sup>

Als doch Informationen durchsickerten, befürchteten Bonner Bürger ein monströses Beamten-Ghetto in Bad Godesberg in Form von »potenziertem Stumpfsinn«.<sup>69</sup> 1969 stoppte die neue sozialliberale Regierung infolge der heftigen Bürgerproteste das Bauprojekt der sogenannten »Kreuzbauten«, einer Gruppe von sieben Hochhaus-Bürokomplexen am Rheinufer in Bad Godesberg.<sup>70</sup> Außer den zwei bereits begonnenen Hochhaus-Türmen im Bauabschnitt A wurden weitere Bauabschnitte nicht mehr ausgeführt. Doch der Bund hatte trotz dieses Baustopps nicht vor, das Bauen in Bonn zu unterlassen, ganz im Gegenteil. Die eklatante Raumnot sämtlicher oberster Bundesbehörden erzwang eine weitere Beschäftigung mit den gigantischen Bauvolumina. Aus dem Finanzministerium kam 1969 der Vorschlag, »den Verfahrensweg bezüglich des Bauabschnitts B und weiterer Bauvorhaben zusammen mit der Stadt Bonn festzulegen und geeignete Lösungen im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs bzw. eines Architektenwettbewerbs zu ermitteln.«<sup>71</sup>

Wichtiger Anstoß für diese neuen Praktiken der Verständigung war harsche Kritik der Öffentlichkeit an der als undemokratisch empfundenen Baupraxis des Bundes gewesen. Im »Spiegel« wurde Tilmann Buddensieg zitiert, »die Bundesregierung könne ›nicht hinter einer konstitutionellen Monarchie des vorigen Jahrhunderts zurückbleiben‹. Sie müsse durch ›öffentliche Ausschreibung die Lösung dieser Jahrhundertaufgabe suchen.«<sup>72</sup> Der weitere Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen – eine Praxis der Bauverwaltung, die sich in den unmittelbaren Gründungsmonaten der Bundesrepublik in Bonn etabliert hatte und

<sup>67</sup> Vgl. Sitzung vom 26. Juli 1967 TOP 3, in: H. WEBER, Kabinettsprotokolle, 2010, S. 379–383.

<sup>68</sup> Ebd., S. 381.

<sup>69</sup> Formulierung wiedergegeben in: Regierungsviertel: Große Lösung, in: Der Spiegel, Nr. 52, 22.12.1969, S. 27.

<sup>70</sup> Mit Kabinettsbeschluss vom 28.11.1969. Vgl. 7. Sitzung am 28. November 1969 TOP 9, in: M. HOLLMANN, Kabinettsprotokolle, 2012, S. 446. Anderen Orts wird der Baustopp in Bad Godesberg als Folge der kommunalen Neugliederung dargestellt, welche die Stadt Bonn 1969 mit ihren Nachbargemeinden zur Großstadt verschmolz; die Baugenehmigung in Bad Godesberg verlor dabei ihre Rechtskräftigkeit, so I. FLAGGE, Provisorium als Schicksal, 1992, S. 237. – Von den Architekten der Planungsgruppe Stielendorf, die später den Wettbewerb für das Bundeskanzleramt gewannen, wurden 1969–73 das elfgeschossige Justizministerium und das 14-geschossige Ministerium für Wissenschaft und Forschung als Bauabschnitt A errichtet. Zwei weitere Türme hätten die beachtliche Höhe von 18 (Verkehrsministerium) und 28 Geschossen (Ernährungs- und Arbeitsministerium) erreicht und in der Verantwortung der Architekten Joachim Schürmann und Fritz Bornemann gelegen. Für die Ausführung der Türme des dritten Bauabschnittes, denen noch keine Nutzungen zugeteilt waren, sollte ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Vgl. W. Diederichs: Franz Meyers gab »grünes Licht«. In der Rheinaue sieben neue Türme für die Bonner Ministerien, in: Die Welt, 20.9.1969. Abgedruckt auch in: ARBEITSKREIS BUNDESBAUTEN BONN, Planungsinformationen, 1970.

<sup>71</sup> M. HOLLMANN, Kabinettsprotokolle, 2012, S. 446, Anm. 26.

<sup>72</sup> Regierungsviertel: Große Lösung, in: Der Spiegel, Nr. 52, 22.12.1969, S. 28.

damit sogar hinter der Vergabepaxis der Weimarer Republik zurückblieb<sup>73</sup> – wäre politisch untragbar gewesen.<sup>74</sup> Nun stand gleich eine Vielzahl an Wettbewerben für Großprojekte an, verbunden mit der Hoffnung auf eine Verbesserung von Qualität und Akzeptanz der Bauten. Notwendig erschien daher zunächst ein städtebaulicher Ideenwettbewerb zum Hauptstadtausbau, also die Entwicklung eines Masterplanes.

Diese Gesamtkoordinierung der »Unterbringung der obersten Bundesorgane im Bonner Raum« oblag dem am 4. Februar 1970 vom Bundeskabinett eingesetzten Arbeitskreis Bundesbauten Bonn unter Leitung des Finanzministeriums als gemeinsamem Gremium der Planung für Bund, Stadt und Land. Indem er direkt an das Bundeskabinett – nicht an das Finanzministerium – berichtete, bearbeitete der Arbeitskreis eine Querschnittsaufgabe jenseits klassischer Ressortgrenzen und von hoher politischer Priorität. Aufgabe war die Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs, der zeitgleich mit den Planungen für den Neubau des Kanzleramtes 1970 vorbereitet wurde. Das Ende von »Geheimplanungen« des Bundes in Bonn wurde damit durch die neue Regierung demonstrativ markiert. Die unübersichtliche Vielzahl der Gremien, die hier ein ganzes Regierungszentrum mit Neubauten für Ministerien, Bundestag, Bundesrat und Bonner Stadtverwaltung in Angriff nahmen, wurde unter dem Schlagwort der Bonner »Planungseuphorie« gefasst.<sup>75</sup>

Die Leitung des zentralen Gremiums, des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn, oblag nicht dem Kanzleramt, das zur Gesamtsteuerung von Baufragen des Bundes auch gar nicht befugt war.<sup>76</sup> Trotzdem gelang es Kanzleramtschef Ehmke, seine Forderung nach einer frühzeitigen Ausschreibung des ihn zuvörderst interessierenden Kanzleramtsneubaus als Bedingung durchzusetzen, von der er seine Unterstützung zur Einrichtung des Arbeitskreises abhängig machte.<sup>77</sup> Ausgerechnet Ehmke, Motor der Implementierung und

<sup>73</sup> Für die wenigen Staatsbauten der Weimarer Republik wurden öffentliche Wettbewerbe nicht zuletzt auf Druck der freien Architekten durchgeführt, welche ihre Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen angesichts der schlechten Wirtschaftslage forderten. Hierzu fundiert C. WELZBACHER, Staatsarchitektur, 2006.

<sup>74</sup> Aufschlussreich zur notwendigen Neuausrichtung der Baupolitik: Regierungsviertel: Große Lösung, in: *Der Spiegel*, Nr. 52, 22.12.1969, S. 27f.

<sup>75</sup> Sicher nicht zufällig überschneidet sich der Begriff mit der zeitgleich ihrem Höhepunkt zustrebende »Planungseuphorie« derjenigen Akteure, die große Hoffnungen mit der Planungspolitik verbanden. Der zeitgenössische Begriff taucht in der entsprechenden zeithistorischen Forschung auf, etwa bei G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 784f., G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 18, P. AUMANN, *Mode und Methode*, 2009, S. 429. – Die Lektüre der architekturhistorischen Literatur lässt den Eindruck entstehen, dass der Terminus »Planungseuphorie« übernommen worden ist, um die großvolumigen Bauplanungen des Bundes im Bonn der 1970er Jahre zu bezeichnen. Möglicherweise liegt dieser Übertragung des Begriffs sein Missverstehen zugrunde. Der Begriff hat in der Literatur zum Bonner Hauptstadtausbau die Zeitläufe überdauert, doch seine ursprünglich politische Bedeutung ist in Vergessenheit geraten.

<sup>76</sup> Ehmke in der Sitzung zur Gründung des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn, vgl. *Stadt Bonn*, Vermerk über die Besprechung am 16.1.1970 im Bundeskanzleramt betreffend Planungen der Bundesregierung und Erweiterung des Bundeskanzleramtes, StA Bonn, No2/181.

<sup>77</sup> Aus einem Vermerk des Bundesministeriums der Finanzen vom 27.1.1970 geht hervor, dass die Einrichtung des Arbeitskreises zu diesem Zeitpunkt durch die gewünschte zügige Umsetzung des Kanzleramtsneubaus motiviert war und dazu von Ehmke in die Hand genommen wurde, der seine Vorstellungen offenbar unmissverständlich vermittelte: »Auf Einladung des Chefs des Bundeskanzleramtes hat am 16. Januar 1970 im BKA eine Besprechung über den in der Kabinettsitzung vom 4. Dezember 1969 be-

Durchsetzung der neuen übergreifenden Planungsverfahren, sorgte dafür, den Kanzleramts-Wettbewerb aus der Gesamtplanung herauszunehmen und vorzeitig, noch im selben Jahr, auszuschreiben. Damit war er der erste Architekturwettbewerb des Bundes in Bonn überhaupt. Ehmke drückte von Beginn an aufs Tempo, weil er den Neubau vor Ende der Legislaturperiode fertig gestellt sehen wollte. Bedenken angesichts der Gesamtsituation beeindruckten ihn wenig, wie ein Vermerk vom Dezember 1969 belegt:

»Ministerialdirektor Rossig wies auf die in der Öffentlichkeit erhobene Forderung hin, für die Planungsschwerpunkte des Bundes einen städtebaulichen Wettbewerb unter Einbeziehung allgemeiner städtebaulicher Probleme durchzuführen. Herr Minister Professor Ehmke bat, die Verhandlungen mit der Stadt Bonn so zu führen, daß sich die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für die Baumaßnahme des Bundeskanzleramtes erübrigt. Er sieht für diesen Wettbewerb die fachliche Notwendigkeit nicht gegeben und hält auch die mit der Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs verbundene zeitliche Verzögerung des Bauvorhabens nicht für vertretbar. Für die Baumaßnahme des Bundeskanzleramtes soll ein Bauwettbewerb durchgeführt werden und hierin die Erweiterung des Presse- und Informationsamtes einbezogen werden.«<sup>78</sup>

Öffentlich wahrgenommen wurde ein Alleingang des Kanzleramtes, der zu weiterem Verdross über die Baumentalität des Bundes führte. Dass der Wettbewerb für das Kanzleramt vorgezogen wurde, durchkreuzte die Anstrengungen für einen ergebnisoffenen städtebaulichen Ideenwettbewerb »Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn« und die Glaubwürdigkeit des Anliegens von Bürgerbeteiligung und Partizipation. Der von Ehmke festgelegte Standort des Neubaus, die Görreswiese, eine weite unbebaute Fläche, teilweise als Parkplatz genutzt, gelegentlich auch noch als Weide für Schafe, lag direkt im Zentrum des Bereiches, für den ein städtebaulicher Ideenwettbewerb Planungsideen hervorbringen sollte, um die bauliche Zukunft des Bundes in Bonn zu klären (Abb. 25). Die Folge war ein PR-Desaster<sup>79</sup> im Vorfeld der Wettbewerbsausschreibung, das Teil der Baugeschichte des Kanzleramtes in der konflikträchtigen Stimmung in Bonner Baufragen von 1970 geworden ist.

Wie aus der Aktenüberlieferung hervorgeht, ist der Arbeitskreis Bundesbauten Bonn weder Ehmkes Idee noch eine des Bundeskabinettes gewesen; in Presseverlautbarungen der Bundesregierung wurde über die Einrichtung des Gremiums beim Finanzministerium informiert, wobei man unterschlug, dass der Anstoß dazu von der Stadt Bonn ausgegangen war. Denn an einer besseren Abstimmung und Klärung grundsätz-

---

schlossenen Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes zwischen Vertretern des Bundes und der Stadt Bonn stattgefunden. In dieser Sitzung wurde u. a. die Einsetzung eines Arbeitskreises »Bundesbauten Bonn« beschlossen (...). Das vom Arbeitskreis zu erarbeitende Rahmenkonzept soll auch die Grundlage für die Entscheidung über Umfang und Standort des Neubaus bilden. Aus der Dringlichkeit, die diesem Bauvorhaben vom BKA eingeräumt wird, ergibt sich die Notwendigkeit, auch die Aufgaben des Arbeitskreises »Bundesbauten Bonn« schnell zu lösen.« BArch B 157/6490.

<sup>78</sup> Vermerk Referat VII B 2, 8.12.1969, betr. Neubau für das Bundeskanzleramt, Bezug: Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Professor Ehmke am 4.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>79</sup> Vgl. die »Gegenäußerung des Vorsitzenden des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn auf die Berichte des Bonner Rundschau vom 14. und 16. November 1970 über die vom Arbeitskreis veranstaltete Pressekonferenz«, übersandt zur Kenntnis von Ministerialrat Casser (BMF) an Dr. Sandmann (Stadtverwaltung Bonn), 25.11.1970, StA Bonn, No2/181.

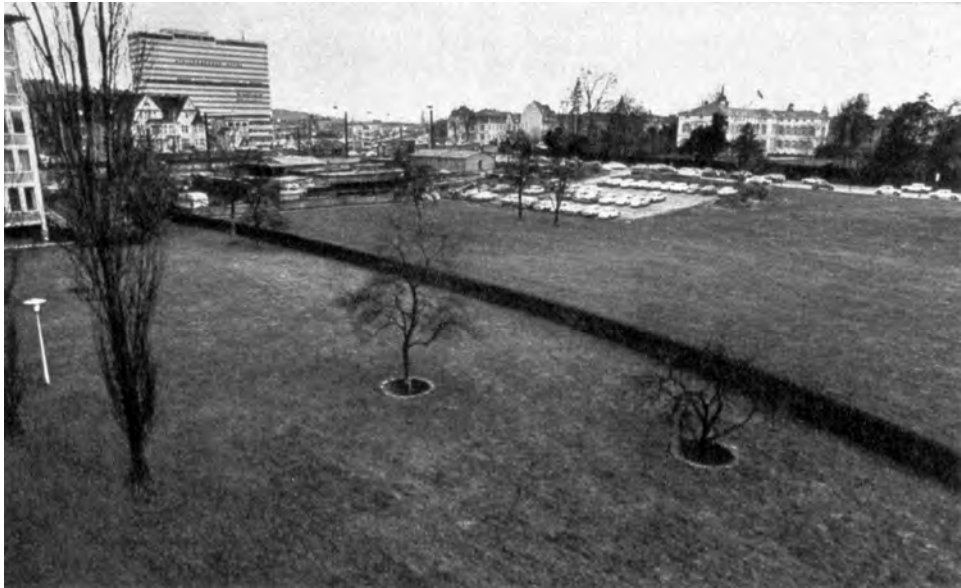


Abb. 25 Görreswiese vor ihrer Bebauung, im Hintergrund das Palais Schaumburg. Aufnahme 1971.

licher städtebaulicher Fragen hatte vor allem Bonns Verwaltungschef Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse (1964–75 in diesem Amt) Interesse, der sich einen »kompetenten Koordinator im Ministerrang«<sup>80</sup> wünschte anstelle vieler verschiedener Stellen der Bundesverwaltung mit unterschiedlichsten Wünschen.<sup>81</sup> Die Idee des gemeinsamen Arbeitskreises von Bund und Stadt trug Hesse vor, *nachdem* Ehmke ihn wegen der Liegenschaft Görreswiese als Baugrundstück und der dazu notwendigen Auflassung der Görresstraße im Dezember 1969 zum Gespräch gebeten hatte.<sup>82</sup> Sowohl die Korrespondenz zwischen beiden als auch die Gründungssitzungsprotokolle des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn zeigen, dass man sich im Zuge der Gegenseitigkeit der Interessen einigte, weil beide Seiten etwas geben und erlangen konnten:<sup>83</sup> Ehmke bekam umgehend seine verkehrstech-

<sup>80</sup> Unterlage für die Besprechung mit Minister Prof. Ehmke am 8.1.1970 (in den Unterlagen von OstD Hesse), StA Bonn, No2/181.

<sup>81</sup> Siehe ChefBK (i.A. Kern) an OstD der Stadt Bonn, 8.1.1970: »Ihren Vorschlag, neben einer ständigen Kontaktstelle einen »kompetenten Arbeitskreis« zwischen allen Beteiligten mit regelmäßigen Sitzungen einzurichten, begrüße ich sehr.« StA Bonn, No2/181.

<sup>82</sup> Bereits am 18. Dezember 1969 benannte Ehmke in diesem Gespräch den gewünschten Standort und forderte eine umgehende verkehrstechnische Klärung durch die Bonner Stadtverwaltung, weil er das neue Amt an dieser Stelle so rasch wie möglich fertiggestellt wissen wollte. ChefBK (i. A. Kern) an OstD Dr. Hesse, 23.12.1969, betr. Neubau Bundeskanzleramt, Bezug: Besprechung Oberstadtdirektor Hesse – Bundesminister Prof. Dr. Ehmke am 18.12.1969 im Bundeskanzleramt, StA Bonn, No2/184.

<sup>83</sup> Über das Gespräch mit Ehmke und Kern am 18. Dezember 1969 fertigte Hesse einen Vermerk an, in dem er die Verhandlungspositionen dokumentierte und das Erreichte als Erfolg verbuchte. Zu Beginn stand die Konfrontation der Interessen von Stadt (Hesse: »(...) insbesondere forderte ich, daß es keine selbständigen und vorweggenommenen Maßnahmen, auch nicht im Bereich Bundeskanzleramt geben sollte. Die Frage der Gesamtplanung ist zwingend«) und Bund (Kern »war grundsätzlich anderer Auffassung und wollte unter allen Umständen vorab das Projekt Bundeskanzleramt laufen lassen«). StA Bonn, No2/181.

nischen Gutachten und Baugenehmigungen sowie Hesses Unterstützung für die rasche Realisierung des Kanzleramtneubaus. Ihm lag vor allem am hohen Tempo. Er verschaffte Hesse im Gegenzug den gewünschten kompetenten Arbeitskreis, dessen Führung glücklicherweise in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums fiel und nicht mit Ehmkes Interessen interferierte. Die Gründung des Arbeitskreises konnte Hesse gegenüber der Stadt als Durchbruch in der Zusammenarbeit mit dem Bund vermelden.<sup>84</sup> So vereinbarten Ehmke und Hesse, dass das Kanzleramtsprojekt unabhängig vorangetrieben würde, offiziell durch einen Arbeitsstab Kanzleramt innerhalb des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn. Die Gründung des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn am 16. Januar 1970 ging einher mit gleichzeitiger Einsetzung von dessen untergeordnetem Arbeitsstab »Neubau Bundeskanzleramt«, der umgehend seine Arbeit aufnahm.<sup>85</sup> Damit blieb die Form gewahrt, jedoch handelte es sich bei diesem Arbeitsstab personell um die Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, die völlig eigenständig und ohne Weisung aus dem Arbeitskreis im Kanzleramt für Ehmkes Projekt tätig war. Der Arbeitskreis, der die Planungen des Bundes mit den städtebaulichen Planungen der Stadt Bonn abzustimmen hatte, thematisierte laut vorgesehenem Tagesordnungspunkt drei auf seiner ersten Sitzung am 17. Februar 1970 die Absicht, eine »Klärung der städtebaulichen Aussage zum BKA [Bundeskanzleramt] an der Görresstraße« bis »Mitte Mai« zu erreichen sowie Termine, zu denen »Wettbewerbe BKA und Gronau frühestens gestartet werden« können. Demzufolge war der Standort sowie der isolierte Wettbewerb des Bundeskanzleramtes als vorab erfolgte Festlegung der Gesamtplanung entzogen. Der Arbeitskreis musste um die besetzte Görreswiese herumplanen und hatte betreffend des Kanzleramtprojektes lediglich die Aufgabe zu erfüllen, mit der Stadt Bonn die vorgegebenen Einigungen herzustellen.<sup>86</sup> Für den öffentlichkeitswirksamen Anspruch des Arbeitskreises, Transparenz, Diskussion und Einigkeit in städtebaulichen Fragen zu erreichen, stellten die inoffizielle Herauslösung des Kanzleramt-Projektes aus der Gesamtplanung und der nie zur Diskussion gestellte Standort eine schwelende Wunde des Nichtdemokratischen dar, die sozusagen ein Geburtsfehler dieses Gremiums war und die das Kanzleramt wenig interessierte. Faktisch bedeutete die Herauslösung des Kanzleramtsneubaus aus der Gesamtkoordination einen eklatanten Widerspruch zu den koordinierten Planungsverfahren, die Ehmke für die Bundesverwaltung anstrebte und gegenüber der Öffentlichkeit als den neuen demokratischen Stil der neuen Regierung präsentierte. In einer Bundestagsitzung Anfang 1970 hatte er zum Kanzleramtsneubau befragt erläutert:

»Wir werden nicht nur einen Wettbewerb der Architekten haben, wird sind auch dankbar, wenn die ganze Öffentlichkeit an dieser Diskussion, wie sie (sic) ein moderner demokratischer Staat in seinen Bauten darstellen soll, teilnimmt. Mit der Heimlichkeit, mit der die frühere Regierung das

<sup>84</sup> Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Beigeordneten-Konferenz vom 19. Jan. 1970, StA Bonn, No2/181.

<sup>85</sup> Siehe Stadt Bonn, Vermerk über die Besprechung am 16.1.1970 im Bundeskanzleramt betreffend Planungen der Bundesregierung und Erweiterung des Bundeskanzleramtes, StA Bonn, No2/181.

<sup>86</sup> Siehe Vermerk VII B/2, 13.2.1970, betr. Sitzung des Arbeitsausschusses am 17.2.1970, BArch B 157/6490.

Regierungsviertel geplant hat, ist schon deshalb Schluß, weil wir wirklich mehr Demokratie wagen wollen.«<sup>87</sup>

Die beschriebene Konstellation wirkte sich noch in einem weiteren Kontext negativ auf die öffentliche Wahrnehmung des Kanzleramtsprojektes aus. Der Arbeitskreis Bundesbauten Bonn beauftragte kurz vor der Ausschreibung des Kanzleramtswettbewerbs eine Gruppe von Städtebauexperten mit der Erarbeitung von fachlichen Empfehlungen für die städtebauliche Gesamtplanung des Bundesviertels. So fand ein sogenanntes Expertenkolloquium im September 1970 als mehrtägige halböffentliche Arbeits- und Diskussionsveranstaltung zur Vorbereitung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs für die Hauptstadt Bonn statt. Umstände und Ergebnisse sollen hier nur insoweit interessieren, wie sie das Kanzleramtsprojekt betreffen.

Die Runde aus Fachleuten diskutierte ihrem Auftrag entsprechend unter anderem den vorläufigen Ausschreibungstext für das Kanzleramt. Sie kam allerdings zu kritischen Einschätzungen. Das Kolloquium übte in seinem Abschlussbericht harsche Kritik an der frühen Festlegung von Standort und Wettbewerbstermin für das geplante Kanzleramtgebäude: Der Standort müsse im Zuge einer städtebaulichen Masterplanung überprüft werden, und der Bauwettbewerb sei zeitgleich mit einem städtebaulichen Ideenwettbewerb durchzuführen. Dahinter steht eine generelle Forderung an den Bund als politischen Bauherrn:

»Der Kreis der Sachverständigen, der aufgefordert ist, zu Standorten von Bundesbauten und ihrer Eingliederung in die Stadt Bonn Vorstellungen zu entwickeln, kann die fehlende Formulierung politischer Zielsetzungen nicht ersetzen. Er ist der Meinung, daß Parlament und Regierung als die politische Repräsentanz der Bundesrepublik sich ihrer Rolle und Aufgabe als Bauherren nicht entziehen dürfen.«<sup>88</sup>

Der Sprecher der 18-köpfigen Gruppe, Klaus Müller-Ibold, prangerte zudem den Modus der gesamten Veranstaltung an, bei der Experten zum Arbeitsgespräch versammelt wurden, obwohl politische Festlegungen längst getroffen worden seien – etwa über den Standort des Kanzleramtes – und daher kein ernsthaftes Interesse an den Empfehlungen zu bestehen scheine.<sup>89</sup> Die Städtebau-Berater legten den Finger in die Wunde, als sie die Diskussionstabus identifizierten und angriffen, während der sie beauftragende Arbeitskreis Bundesbauten Bonn an diese Tabus gebunden war, ihre Existenz sogar leugnete. Die Expertenrunde fühlte sich während ihrer achttägigen Beratungen zur alibimäßigen Herstellung einer Schein-Diskussionsöffentlichkeit instrumentalisiert. Ihr Abschlussbericht

<sup>87</sup> Ehmke am 20.2.1970, 32. Sitzung, in: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1970, S. D1485f.

<sup>88</sup> Zusammenfassung der Ergebnisse des Expertenkolloquiums Bundesbauten Bonn, 2.10.1970, StA Bonn, N23/182. Sie ging Stadt und Bund unmittelbar zu, während der oben zitierte Abschlussbericht erst am 13.11.1970 vorgelegt wurde. Darin dasselbe Zitat, S. 3.

<sup>89</sup> Die Teilnehmer des Expertenkolloquiums veranstalteten am 13.11.1970 eine Pressekonferenz anlässlich der Übergabe ihres Abschlussberichtes. Dazu W.-P. Schroeder: Wieder massive Kritik am Bund. Gutachten auf 47 Seiten, in: Bonner Rundschau, 14.11.1970. Vgl. auch den Bericht: Expertenkolloquium in Bonn September 1970. Empfehlungen zur Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn. Ergebnis der Tätigkeit des Beratergremiums, Bonn im September 1970; abgedruckt in: Die Bauverwaltung (1971), S. 54–58.

umfasste schließlich lediglich 47 Seiten. Anstatt eine Gesamtempfehlung abzugeben, beschränkten sich die Teilnehmer auf Stellungnahmen auf Grundlage von vorliegenden Informationen zu Einzelprojekten.

In der Bundesbauverwaltung entstand nach diesem Ereignis intern der Eindruck, über die Empfehlungen der Experten nicht einfach hinweggehen zu können, ohne damit in der Öffentlichkeit den Rückhalt zu verlieren, zumal die Bonner Presse ausführlich über das als gescheitert angesehene Expertenkolloquium berichtet hatte. Man empfahl dem Bundesfinanzminister, den Termin für den Kanzleramtswettbewerb zu verschieben, damit dieser um die städtebauliche Aufgabenstellung erweitert werden könne.<sup>90</sup> Die Preisrichterjury – man vergesse nicht, dass Ehmke hier Mitglied war – entschied jedoch, an Standort und Termin festzuhalten, was sich mit der Auffassung des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn deckte.<sup>91</sup> Als zusätzliche Aufgabe wurde in die Wettbewerbsausschreibung mit aufgenommen, Perspektiven für die städtebauliche Entwicklung des Bundesdistriktes zwischen Villa Hammerschmidt, Palais Schaumburg, Baugelände, Bundespresseamt, Bundesrat und Bundestagsbauten vorzuschlagen. Jurymitglied Sieverts formulierte diese Aufgabe in Abstimmung mit Hämers und Müller-Ibold aus dem Expertenkolloquium, um »bei der Auslobung des Bauwettbewerbes eine Frontstellung gegenüber den Experten zu vermeiden.«<sup>92</sup> Den Ausschreibungstermin wollte man im Kanzleramt jedoch auf keinen Fall verzögern. Daraufhin gab die Bauverwaltung nach:

»Dieser so gefundene Kompromiß ist fachlich zu vertreten. Deshalb bestanden auch aus fachlicher und taktischer Sicht keine Bedenken mehr, den Wettbewerb in den Novemberheften anzukündigen. Dem vom Bundeskanzler beabsichtigten Auslobungstermin – 2. November – kann hiernach zugestimmt werden.«<sup>93</sup>

Die sich unmittelbar anschließende Ausschreibungsphase für den Kanzleramtswettbewerb sollte aufgrund des in der Öffentlichkeit ausgetragenen Konfliktes auf allen Seiten angespannt verlaufen. Doch noch einmal zurück zum gescheiterten Expertenkolloquium, das die öffentliche Meinung negativ beeinflusste, so die These, weil ein Missverständnis über den Status der Expertenempfehlungen entstanden war. Die doppelte Konzeption der Expertenveranstaltung zugleich als unabhängiger Expertenrat zur Entscheidungsgrundlage für die Politik und als Öffentlichkeitsarbeit der Politik erwies sich als ungünstig. Wie war es zu dieser Konzeption gekommen? Die Veranstaltung war bereits im Vorjahr unter anderen Vorzeichen angedacht und vorbereitet worden, als des den Arbeitskreis Bundesbauten Bonn noch gar nicht gab. Johannes Rossig, vor dem Regierungswechsel für die

<sup>90</sup> Bundesbauverwaltung an den Herrn Minister, 2.10.1970, BArch B 157/6490.

<sup>91</sup> Vgl. Bundesminister der Finanzen, Ergebnisschrift über die 5. Sitzung des »Arbeitskreises Bundesbauten Bonn« am 5. Oktober 1970 im BFM, 2.11.1970, StA Bonn, No2/182.

<sup>92</sup> Vermerk Ref. VII A/4, 16.10.1970, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt, hier: Auslobung eines Wettbewerbs, BArch B 134/17252. Müller-Ibold dementierte später, dass zwischen den Experten und dem Arbeitskreis Kanzleramt Übereinstimmung hergestellt worden sei. Der endgültige Wettbewerbstext sei der Expertenrunde gar nicht bekannt gewesen. Vgl. W.-P. Schroeder: Wieder massive Kritik am Bund. Gutachten auf 47 Seiten, in: Bonner Rundschau, 14.11.1970.

<sup>93</sup> Vermerk Bundesbauverwaltung, 13.10.1970, BArch B 157/6490.

geheimen Bauplanungen der Bundesbauverwaltung verantwortlich zeichnend, hatte dem neuen Arbeitskreis vorgeschlagen, das von ihm bereits konzipierte und vorbereitete »Expertengespräch« zur städtebaulichen Rahmenplanung öffentlichkeitswirksam zu inszenieren und auch »das politische und organisatorische Programm der Bauaufgabe vor dem Wettbewerb« für das Kanzleramt von den Teilnehmern und der Jury diskutieren zu lassen. Er hatte argumentiert, aufgrund der »ganzen Diskussionen um die Regierungsbauten in Bonn und über das Wettbewerbsverfahren für Bauaufgaben« würde ein fertiges Wettbewerbsprogramm für das Kanzleramt nicht akzeptiert werden. Der Bauherr müsse also den Wettbewerb öffentlich ankündigen und Interessierte zu Gesprächen einladen.<sup>94</sup>

Der Arbeitskreis Bundesbauten Bonn hielt »aktive Öffentlichkeitsarbeit« betreffend der Planungsaktivitäten in Bonn für geboten,<sup>95</sup> sodass Rossigs Vorschlag auf offene Ohren stieß. Zwar hatte sich die Politik freie Entscheidung über den Umgang mit den Ergebnissen der Expertentagung vorbehalten.<sup>96</sup> Dennoch entstand in Teilen der Bonner Öffentlichkeit die Überzeugung, die Experten seien direkt beauftragt gewesen, das städtebauliche »Konzept für die Eingliederung der Regierungsbauten« zu erarbeiten.<sup>97</sup> Hoffnungen auf einen großen Wurf und einen Befreiungsschlag in der schwierigen städtebaulichen Situation und eine großmaßstäbliche Lösung der zukünftigen Baufragen hatten sich damit verbunden. Die Enttäuschung nach der Veranstaltung war groß; sie wurde als bloße Inszenierung von Diskussionsbereitschaft und Partizipation und als Ablenkungsmanöver gedeutet.

Die beschriebenen Ereignisse brachten nun verschiedene Kritikergruppen dazu, sich in der Öffentlichkeit gegen das Kanzleramtsprojekt zu stellen beziehungsweise die Verfahrensweisen der politischen Entscheidungsträger in den betreffenden Baufragen zu kritisieren. Der Bund Deutscher Architekten (BDA) war hier ein zentraler Akteur. Der Verband beobachtete und kritisierte generell die Vergabe von Bauaufträgen ohne Wettbewerbsausschreibung durch den Bund – vor 1969 war dies die Regel – und suchte, insbesondere seit Bekanntwerden der großvolumigen Planungen für Ministerienbauten in Bad Godesberg

<sup>94</sup> Vgl. Vermerk Abteilungsleiter VII, VI/B/2-B1104-31/70, 3.2.1970, vertraulich, betr. Neubau Bundeskanzleramt; Gespräch mit MinDirektor Dr. Kern, BKA, am 2.2.1970, BArch B 134/17252. – Rossig hatte noch am Tag des Baustoppbeschlusses für die Kreuzbauten in Bad Godesberg, am 28. November 1969, mündlich das Planungsbüro Max Guther mit der fachlichen Vorbereitung eines solchen, damals noch auf Januar 1970 terminierten, einwöchigen Expertengesprächs beauftragt. Max Guther an Rossig, 23.1.1970, BArch B 157/6490.

<sup>95</sup> Vermerk Bundesministerium für Finanzen, 27.1.1970, 1. Sitzung des Arbeitskreis Bundesbauten Bonn, BArch B 157/6490 sowie Protokoll 1. Sitzung Arbeitskreis Bundesbauten Bonn im Presseamt der Stadt Bonn, 2.3.1970, ebd. Zusätzlich waren eine Fernsehdiskussion und eine gemeinsame Broschüre zu den Bauplanungen von Bund und Stadt angedacht.

<sup>96</sup> Kurzprotokoll 1. Sitzung der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsausschusses Bundesbauten Bonn am 2.3.1970, 3.3.1970, StA Bonn, No2/182. – Auch beim sogenannten Rückfragenkolloquium hatte der Präsident der Bundesbaudirektion Leuschner noch einmal klargestellt: »Es handelt sich ja nicht um ein Ergebnis des Expertenkolloquiums. Es hat lediglich Empfehlungen gegeben – mehr nicht! – (...).« Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Bundeskanzleramt. Niederschrift über das Rückfragenkolloquium am 16. Dezember 1970, 10 Uhr, in Bonn, Forum des Theaters im Bonn-Center, S. 6, StA Bonn, No2/184.

<sup>97</sup> Vgl. Ende des Provisoriums in 15 Jahren?, in: Generalanzeiger, 26.8.1970.



im Jahr 1968, gegen diese Vergabep Praxis zu intervenieren. In der Art, wie die Regierenden nun den Kanzleramtswettbewerb ausgeschrieben hätten, unterschieden sie sich »in keiner Weise von ›provisorischen‹ Planungen der vorhergehenden Regierung«, so der BDA.<sup>98</sup> Im Oktober 1969 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erhoben die

»Bürgerinitiative City Forum Bonn und der BDA (...) schwere Vorwürfe: »Die Vorgänge um das Regierungsviertel Bonn sind das bisher schlimmste Beispiel einer fehlenden Konzeption und des gestörten Verhältnisses des Staates zur Öffentlichkeit. Bundesparlament und Bundesregierung haben allen Anlaß, die Vorgänge zu durchleuchten und zu verhindern, daß Bonn an Stelle eines zeitgemäßen Regierungsviertels eine Ansammlung kostspieliger Bürohäuser erhält, ein gebautes Provisorium, an dem nur die Mittelmäßigkeit Methode hat.«<sup>99</sup>

Nach eigener Aussage sorgte sich der BDA um die Selbstdarstellung der Bundesrepublik:

»Mit den geplanten Hochhäusern würde eine Bürolandschaft geschaffen, die auch in jeder anderen Stadt unseres Landes stehen könnte und niemals den Anspruch erheben kann, als Selbstdarstellung unserer Regierung angesehen zu werden.«<sup>100</sup>

Jedoch handelt es sich beim BDA um einen Verband, der die Interessen seiner ausgewählten Mitglieder aus der freien Architektenschaft vertritt. Seine Öffentlichkeitsarbeit durch Stellungnahmen zu Bonner Planungen forcierte er demnach primär in lobbyistischer Intention.

Mitstreiter und Sprachrohr fand der BDA in der Architekturzeitschrift »Bauwelt«. Chefredakteur Ulrich Conrads kritisierte die vorläufigen Ausschreibungsbedingungen des Kanzleramtswettbewerbes, weil sie dem Architekten seine Berufsehre nähmen:

»Wir möchten den deutschen Architekten sehen, der da mitmacht. Wir möchten den Architekten sehen, der sich – bei diesem Wettbewerb – dem Punkt 7 – Weitere Bearbeitung der Bauaufgabe – den ›Allgemeinen Bedingungen‹ unterwirft. Wortwörtlich: »Der Auslober erklärt, daß er einen der Preisträger mit der Weiterbearbeitung beauftragen wird, sofern das dem Wettbewerb zugrunde liegende Bauvorhaben in nächster Zeit verwirklicht werden kann und die Person des Verfassers nach Auffassung des Auslobers eine ordentliche, termingerechte und fachlich einwandfreie Durchführung der Aufgabe gewährleistet.« [...] Wir werden ja sehen, wer vor so viel Halbherzigkeit den Kotau macht. [...] Denn dieser Bundeskanzleramtswettbewerb ruft nach jenem Architekten, den wir genau vor Augen haben... nach dem Selbstmörder seines öffentlichen Berufs.«<sup>101</sup>

Den Protest gegen den Kanzleramtswettbewerb sekundierte das »Stadtentwicklungsforum Bonn«, wenn auch aus gänzlich anderen Motiven heraus, nämlich interessiert an einer ergebnisoffenen Diskussion der Bonner Städtebaufragen.<sup>102</sup> In einem Leserbrief in der »Bauwelt« trug die Bürgerinitiative ihre Forderungen vor, insbesondere nach der Zurück-

<sup>98</sup> A. HORBACH, Kritische Dokumentation, 1972, S. 15f., hier S. 16.

<sup>99</sup> Ebd. – Der fast gleichlautende Absatz erschien erstmals im Leitartikel der BDA-eigenen Zeitschrift (gez. Sage, Romeick, Schaller, Spengelin, Budde), vgl. REGIERUNGSVIERTEL BONN, 1969, S. 376.

<sup>100</sup> REGIERUNGSVIERTEL BONN, 1969 S. 375.

<sup>101</sup> U. CONRADS, Im Eimer, 1970, S. 1529.

<sup>102</sup> Die Bürgerinitiative »City-Forum Bonn« gründete sich im März 1969; seit März 1970 trat sie unter neuem Namen als »Stadtentwicklungsforum« auf. Bonner Bürger engagierten sich in diesem Kreis für mehr Transparenz und Partizipation bei einer Vielzahl von städtischen oder Bundes-Bauprojekten. Vgl. R. GÜNTER/E. WINKENS, City-Forum Bonn, 1971, S. 170f.

stellung des Kanzleramtswettbewerbes und nach Berücksichtigung der Ergebnisse des Expertenkolloquiums.<sup>103</sup> Den BDA forderte die Bürgerinitiative darin explizit auf, dass er »den Wettbewerb für das Bundeskanzleramt zum jetzigen Termin verhindert und die unabhängigen Fachpreisrichter des Wettbewerbs Bundeskanzleramts sofort ihre Mitwirkung beenden«. Es bildete sich hier somit eine Allianz von Kritikern mit verschiedenen Zielsetzungen.

Der Aufruf blieb nicht unbeantwortet. Am 14. November 1970 beklagte der Präsident des BDA in einem Schreiben an den Bundeskanzler, das zugleich als offener Brief in der »Bauwelt« abgedruckt wurde, dass der Wettbewerb wider »bessere Empfehlungen« vorzeitig ausgeschrieben worden sei.<sup>104</sup> Außerdem prangerte er »das Nichteingehen auf die Vorschläge der Berater [gemeint sind die Teilnehmer des Expertenkolloquiums im September 1970] im besonderen« an, »deren Arbeitsleistung durch die Fehlentscheidung sinnlos geworden« sei.<sup>105</sup> Kanzleramtschef Ehmke parierte die Attacke im Auftrag des Bundeskanzlers in einem nichtöffentlichen Brief von vier maschinenschriftlichen Seiten. Darin greift er auf Äußerungen von BDA-Mitgliedern im Zuge der Wettbewerbsvorbereitungen zurück, um die Vorwürfe zu entkräften und den Eindruck, der BDA-Präsident spreche für alle seine Mitglieder, zu widerlegen. Der Konflikt zwischen Kanzleramt und Bonner Öffentlichkeit wird an dieser Kernaussage deutlich:

»Die Experten haben zweifellos hervorragende Arbeit geleistet, und die von ihnen vorgelegten Empfehlungen werden mit Sicherheit das Bild der Bundeshauptstadt mitbestimmen. Aber es handelt sich eben doch nur um Empfehlungen. Die Bundesregierung hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diese Vorschläge kritisch zu prüfen und sich mit ihnen gründlich auseinander zu setzen. Sie wird dies tun und dann ihre Entscheidung treffen. In der Frage des Standortes für das Bundeskanzleramt hat sie sich aus sachlichen und – wie ich meine – auch anerkenntenswerten Gründen dazu durchgerungen, den Empfehlungen der Experten nicht zu folgen. Sie wird diesen Standpunkt auch in der öffentlichen Diskussion vertreten.«<sup>106</sup>

Die Kommentare in der »Bauwelt«, fügte Ehmke als Bemerkung noch hinzu, seien zudem »der Sache nicht dienlich«.

Ruft man sich sein wissenschaftlich geprägtes, rationales Verständniss von Politik in Erinnerung, ist durchaus nachvollziehbar, weswegen Ehmke den frühen Ausschreibungstermin für das Kanzleramt durchsetzte; auf einen vorhersehbar langwierigen Konsens für zeitgleich begonnene städtebauliche Masterplanungen zu warten, hätte dem obersten Ziel des Neubauprojektes im Wege gestanden, sollte dieses doch zeitnah für eine effizientere Regierungsarbeit sorgen, da es einen zentralen Baustein seiner Regierungsreform

<sup>103</sup> Vgl. Leserbrief zu »Ganz und gar im Eimer«, *Bauwelt* 41 (1970), in: *Bauwelt* 44 (1970), S. 1663. Laut Roland Günters Schriftenverzeichnis hat er diesen Brief verfasst.

<sup>104</sup> In der Rubrik »Briefe«, also an prominenter Stelle vorn im Heft neben dem Inhaltsverzeichnis, erschien der einspaltige Text, unterzeichnet von der »BDA-Hauptgeschäftsführung, Bonn, 16. November 1970« unter der Überschrift »Bundeskanzleramtswettbewerb eine Fehlentscheidung«. Da der Text einspaltig gesetzt und durch einen Rahmen hervorgehoben ist, wirkt er wie eine Anzeige. *Bauwelt* 47 (1970), S. 1811.

<sup>105</sup> A. HORBACH, *Kritische Dokumentation*, 1972, S. 15f., hier S. 16.

<sup>106</sup> ChefBK an Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten, 24.11.1970, BArch B 134/17252.

bildete. Offenbar schätzte Ehmke die katastrophalen Arbeitsbedingungen im Kanzleramt als relevanter und dringlicher ein als die städtebaulich und architektonisch missliche Situation des Bundes in Bonn, die erstmals öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten darüber und eine konsensuelle Befriedung dieser Spannungen. Der Wirkung seiner Entscheidungen als politischer Bauherr in der Bundeshauptstadt Bonn schenkte er keine Aufmerksamkeit. Manfred Sack beurteilte rückblickend, im Jahr 1976, Ehmkes Rolle noch schärfer: »Das Bundeskanzleramt ist die letzte Tat des damaligen Bundesministers Ehmke, der mit seiner Cleverness die Demokratie im Bauplanungswesen außer Kraft setzte, die seinerzeit unmittelbar bevorstehende städtebauliche Planung des gesamten Regierungsviertels desavouierte und aus dem Lot brachte.«<sup>107</sup>

Zwischen der freien Architektenschaft und der Bundesbauverwaltung wurden im Zusammenhang mit dem Kanzleramtsneubau noch weitere Kommunikationsprobleme offenbar. In der ersten bundesoffenen Wettbewerbsausschreibung seit Gründung der Bundesrepublik prallten zwei Kulturen aufeinander: Bei den Architektenkammern entstand Unmut, weil die Wettbewerbsausschreibung nicht im »Deutschen Architektenblatt« veröffentlicht worden war, der Mitgliederzeitschrift der deutschen Architektenkammern, die damals in einer Auflage von 43 000 Exemplaren erschien.<sup>108</sup> Die breite Veröffentlichung in den Fachblättern »Bauverwaltung«, »Baumeister«, »Deutsche Bauzeitung«, »Bauwelt« und »Bauen und Wohnen« genügte den Beschwerdeführern offenbar nicht. In der Bundesbauverwaltung reagierte man verunsichert auf den Beschwerdebrief von Chefredakteur Schöberl. Zunächst einmal abonnierte man das Blatt, das in der Bundesbaudirektion bis zum Beschwerdebrief tatsächlich unbekannt gewesen war.<sup>109</sup> In seinen Augen, so berichtet der bearbeitende Mitarbeiter der Bundesbaudirektion, Meyer, dem Präsidenten der Bundesbaudirektion, Leuschner, könne das Versäumnis in einer Stellungnahme gegenüber dem Präsidenten der Architektenkammern nur als »offensichtliche Panne« bezeichnet werden. Meyer überlegt in selbigem Schreiben, ob diese »Panne« auch der Grund für die ihm »bekanntgewordene geringe Anforderung von Wettbewerbsunterlagen in der zweiten Ausschreibungsphase« sein könnte, was von großer Unsicherheit zeugt.<sup>110</sup>

Da das auflagenstarke »Deutsche Architektenblatt« erst seit 1969 erschien und der wöchentlicher statt monatlich erscheinenden »Bauwelt« ihre Bedeutung als aktuelles Fachorgan mit sämtlichen Ausschreibungen, Ergebnissen und Stellenmarkt nicht streitig machen konnte, ist die Relevanz der Panne stark zu relativieren. Die oben bereits erwähnte Anzeige des BDA in der »Bauwelt«, die eine Woche nach dem Ausschreibungsinserat erschienen war, könnte hier wirkungsvoller gewesen sein, da sie einem Boykottaufruf gleichkam.

<sup>107</sup> M. Sack: Stahl, Stein und Glas. Das neue Kanzleramt: ein Fehlgriff, der sich nicht wiederholen darf, in: *Die Zeit*, 9.7.1976.

<sup>108</sup> Vgl. Gerhard Schöberl (Deutsches Architektenblatt) an MDir. F. S. Meyer, Bundesfinanzministerium, 11.11.1970, BArch B 134/17252. Schöberl führt in dem Schreiben Beschwerde über die »Ignoranz« der Bundesbaudirektion hinsichtlich der Fachorgane der deutschen Architektenschaft.

<sup>109</sup> Vgl. F. S. Meyer an Leuschner, 17.11.1970, BArch B 134/17252.

<sup>110</sup> Ebd.

## 2.2 Diskussionskultur rund um die Wettbewerbsausschreibung

Tatsächlich sollte die Beteiligung am Kanzleramtswettbewerb überraschend gering ausfallen. Möglicherweise spielten die skizzierten Spannungen rund um das Bonner Baugeschehen dabei eine Rolle. Die Bundesbaudirektion als Bauherrin stand jedoch vor einem Rätsel, zumal sie sich intensiv um Kontakt zur Architektenschaft bemühte: Geradezu als konstitutiver Bestandteil des Kanzleramtswettbewerbs wurde eine neuartige Diskussionskultur etabliert, um das Ende der »Geheimplanungen« zu demonstrieren.

Eine vorläufige Fassung des Ausschreibungstextes<sup>111</sup> aus der Feder der Arbeitsgruppe Neubau wurde zunächst in zwei Arbeitssitzungen von der Preisrichterjury<sup>112</sup> diskutiert. Sie versammelte sich zu zwei sogenannten Preisrichterkolloquien. Das erste Treffen fand am 28. und 29. April statt, »zur Diskussion (...) über noch offene Fragen der Wettbewerbsdurchführung«. <sup>113</sup> Berater Wolfgang Schnelle vom Quickborner Team war zugegen, ebenso die Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt. Zur Begrüßung formulierte Ehmke die Hoffnung, »daß die Planungsgruppe von diesem Kolloquium mit den vorgesehenen Preisrichtern neue Gedanken und Anregungen für die Vervollständigung des Bauprogrammes und für die Vorbereitung des Wettbewerbsverfahrens« erhalten möge.<sup>114</sup> Bis zur zweiten Zusammenkunft am 1. und 2. Juli 1970 sollten Kleinarbeitsgruppen der Preisrichter Ergebnisse zu den Themenbereichen »Politische Aussage zum Bauprogramm« (Benda, Dorn, Focke, Seidel), »Städtebauliche Planung« (Farenholtz, Heidecke, Nieke, Sieverts), »Bauprogramm« (Kraemer, Schilling), sowie »Wettbewerbs- und Prüfverfahren« (Ostertag, Seidel) vorlegen. Leider sind die Arbeitsergebnisse der ersten Gruppe in der Überlieferung nicht enthalten, während die Arbeit der an den Wettbewerbs-

<sup>111</sup> Überliefert ist die Fassung: Planungsgruppe Neubau Bundeskanzleramt: Vorläufiges Bauprogramm für den Neubau des Bundeskanzleramtes, Stand vom 27. April 1970 (17 maschinenschriftliche Seiten), StA Bonn, No2/184.

<sup>112</sup> Das 15-köpfige Preisgericht wurde geleitet durch den Stuttgarter Architekten und Bürgermeister (Amtsbezeichnung für den Stadtbaurat in Stuttgart) Prof. Dr.-Ing. Christian Farenholtz. Sachpreisrichter waren mehrere Vertreter des Bundes (Bundestagsabgeordneter Ernst Benda, Parl. Staatssekretär Wolfram Dorn, Bundesministerium des Innern, Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke und Parl. Staatssekretärin Dr. Katharina Focke, beide Bundeskanzleramt, Präsident Dipl.-Ing. Wolfgang Leuschner, Bundesbaudirektion, Ministerialdirektor Dipl.-Ing. F. S. Meyer, Bundesministerium der Finanzen, und der Stadt Bonn (Oberstadtdirektor Dr. Hesse, Beigeordneter Dipl.-Ing. Gerd Nieke) sowie des Landes Nordrhein-Westfalen (Regierungspräsident Dr. Günter Heidecke, Köln). Fachpreisrichter waren die selbstständigen oder lehrenden Architekten Prof. Dr.-Ing. Friedrich Wilhelm Kraemer, Braunschweig, Prof. Dipl.-Ing. Roland Ostertag, Leonberg, Architekt Hans Schilling, Köln, Architekt Dipl.-Ing. Bert Seidel, Darmstadt, und Prof. Dipl.-Ing. Thomas Sieverts, Berlin. Alle Preisrichter waren bereits im Zweiten Planungsreport der Planungsgruppe Neubau namentlich benannt worden, zusammen mit dem Zeitplan, der die Auslobung für November 1970 vorsah. Die tatsächliche Jury wich von dieser Liste nicht ab, berief aber zusätzlich Wolfgang Schnelle zum Berater des Preisgerichts. Außerdem waren bei der Sitzung anwesend Ministerialdirektor Dr. Ernst Kern, Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Dipl.-Ing. Hans Peter Oltmanns, Leiter Bundesbauverwaltung, und Ministerialrat Otto Casser, Bundesministerium der Finanzen. Vgl. Protokoll über die Sitzung des Preisgerichtes für den Neubau des Bundeskanzleramtes vom 10. Mai bis 12. 1971, StA Bonn, N1982/061.

<sup>113</sup> Präsident Bundesbaudirektion an OStD Dr. Hesse, 17.4.1970, StA Bonn, No2/184.

<sup>114</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt: Kurzniederschrift über das 1. Kolloquium mit den Preisrichtern des Architektenwettbewerbes für den Neubau des Kanzleramtes, 15.5.1970, StA Bonn, No2/184.

und Prüfverfahren fruchtbar war und aufgenommen wurde.<sup>115</sup> Die sogenannten Preisrichterkolloquien sorgten – auch dank der Anwesenheit der Berater des Quickborner Teams – für ein inhaltliches Vertrautwerden der Preisrichter mit den Grundlagen und Zielen der entstehenden Ausschreibung.

Von der Preisrichterjury kam – soweit es aus der eingesehenen Überlieferung rekonstruiert werden kann – keine nennenswerte inhaltliche Anregung hinzu, sodass die Ausschreibung auf Festlegungen zu beruhen scheint, die aus den Ideen der Arbeitsgruppe Neubau ausgewählt wurden. Die Arbeitsgruppe Neubau hatte im April 1970 im Zweiten Planungsreport den Stand ihrer Überlegungen veröffentlicht, in dem sie sich zu politischen Aussagen und Bedeutung des Neubaus zurückhaltend äußerte: Die Vorstellungen gingen in Richtung von möglichst wenig spür- und sichtbarer »Abschirmung« des Amtes und von angestrebter »Teilöffentlichkeit« des Gebäudes. Es solle »nicht übertrieben aufwendig sein«, »nicht den Eindruck von Abgeschlossenheit und Machtfülle hervorrufen«, »kein monumentales Hochhaus sein, das hierarchische Assoziationen fördert«. Sogar Anforderungen an den Aspekt »Repräsentation« wurden im Zweiten Planungsreport rein funktional beschrieben: »Das Gebäude muß so gestaltet sein, daß nach Protokoll ablaufende Staatsbesuche in den Arbeitsablauf eingeführt werden können. ›Große‹ Staatsbesuche werden sich im Palais Schaumburg abspielen« (S. 4). Wie die Gestaltung formal das zu Repräsentierende fassen könne, wird nicht thematisiert; Störungsfreiheit steht hier wieder deutlich im Vordergrund. Keine konkreten repräsentativen Funktionen werden vom zu bauenden Gebäude gefordert, sondern ex negativo wird formuliert, dass diese wie auch immer geartete Lösung den Amtsbetrieb nicht behindern darf.

Die Idee zu zwei öffentlichen, den Kanzleramtsneubau betreffenden Bonner Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Wettbewerbsausschreibung brachte wiederum der Baubeamte Rossig ein, nachdem er sich in einem Gespräch mit Abteilungsleiter Kern und Berater Schnelle im Planungskeller im Februar 1970 über den Arbeitsstand der Arbeitsgruppe Neubau informiert hatte.<sup>116</sup> Anregungen und Hinweise der Architekten auf den Gesprächsveranstaltungen sollten anschließend in den endgültigen Ausschreibungstext einfließen – eine inzwischen bekannte kybernetisch motivierte Praxis. Sie wurde im Rahmen der Wettbewerbsausschreibung tatsächlich umgesetzt: Das erste von zwei sogenannten Architektenkolloquien tagte am 2. Oktober 1970 in der Bonner Universität. Großteils Architekten, aber auch Bonner Bürger sowie Presse kamen mit der Wettbewerbsjury und der Arbeitsgruppe Neubau ins Gespräch über die vorläufigen Ausschreibungsunterlagen, welche seit August einsehbar waren. Immerhin 150 bis 200 Personen nahmen an der Diskussionsveranstaltung teil,<sup>117</sup> bei der unter Leitung von Jurypräsident Farenholtz das Wettbewerbsprogramm Punkt für Punkt auf Nachfragen hin durchgesprochen wurde.<sup>118</sup>

<sup>115</sup> Vgl. ebd.

<sup>116</sup> Vgl. Vermerk Abteilungsleiter VII, 3, 2.1970, betr. Neubau Bundeskanzleramt; Gespräch mit MinDirektor Dr. Kern, BKA, am 2.2.1970, BArch B 134/17252.

<sup>117</sup> Hier differieren die Angaben von »Bauwelt« und Bundesbauverwaltung.

<sup>118</sup> Wettbewerb Neubau Bundeskanzleramt. Kolloquium über das vorläufige Wettbewerbsprogramm am 2.10.1970 in Bonn, Friedrich-Wilhelms-Universität, StA Bonn, I e 841/1.

Immerhin 297 Architekten hatten die vorläufigen Wettbewerbsunterlagen bezogen.<sup>119</sup> Nach der offiziellen Ausschreibung, die am 2. November 1970, erfolgte (Abb. 26), forderten jedoch nur noch 120 Büros die Wettbewerbsunterlagen an.<sup>120</sup> Am 16. Dezember beantworteten der Präsident der Bundesbaudirektion Leuschner, Mitglieder der Preisrichterjury und der Arbeitsgruppe Neubau einschließlich Berater Schnelle ein zweites Mal Rückfragen der Architekten zu Details des Bauprogrammes. Es waren vorab lediglich 34 Fragen schriftlich eingereicht worden. Absender dieser Fragen waren gerade mal sechs Architekturbüros.<sup>121</sup> Das Interesse der Architektenschaft sank erkennbar weiter ab, denn bis zur Einreichungsfrist am 31. März gingen nur 46 Entwürfe für das 100-Millionen-Projekt ein, für das 220 000 Mark Preisgelder ausgelobt waren; eine gewaltige Enttäuschung, hatte doch die auslobende Bundesbaudirektion mit 200 bis 300 zu begutachtenden Entwürfen gerechnet.<sup>122</sup>

Wurden die Architekten durch die skizzierten angespannten Rahmenbedingungen abgeschreckt? Befürchteten sie, ein Bauauftrag würde nach dem Wettbewerb aufgrund unübersichtlich abgegrenzter Zuständigkeiten bei Bauprojekten des Bundes nicht in absehbarer Zeit erteilt werden? Anhand der stenografischen Protokolle der beiden Architektenkolloquien sind Irritationen der Architekten überliefert. Ein Diskussionsteilnehmer der Dezemberveranstaltung forderte die Ausloberin hartnäckig dazu auf, eine Stellungnahme zu den Kommentaren in der »Bauwelt« abzugeben. Die Fachzeitschrift hatte im Vorfeld die Wettbewerbsbedingungen äußerst scharf kritisiert.<sup>123</sup> Der Präsident der Bundesbaudirektion fragte zurück, ob denn die Äußerungen der »Bauwelt« überhaupt »qualifiziert« genug seien, dass man auf sie antworten müsse.<sup>124</sup> Erkennbar wird hierbei eine Kluft des Unverständnisses: Die Ausloberin marginalisierte ein meinungsbildendes Fachblatt der Berufsgruppe, die sich ihrerseits nicht ohne weiteres in die Verfahrensweisen der Politik einfinden konnte. Die Fragen der Architekten verdeutlichen nämlich, dass sie Vorgaben der politischen Ausloberin über Inhalte vermissten, während die auslobende Bundesbaudirektion die gestalterischen Ideen von den Architekten erwartete – in der Hoffnung, dass diese den politischen Entscheidungsprozess inspirieren und zur Konkretisierung führen würden. Wolfgang Schnelle, sekundiert durch den Präsidenten der Bundesbaudirektion Leuschner, formulierte auf dem Podium des Kolloquiums eine Aufgabe für Jahrzehnte folgender Diskussionen:

»Wie können wir denn vom (sic) Abgeordneten verlangen, die nicht Architekten sind und die eine Reihe von anderen politischen Themen zu behandeln haben, daß sie sich jetzt da hineinar-

<sup>119</sup> Vgl. NUR 80 ARCHITEKTEN, 1971, S. 10.

<sup>120</sup> Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Bundeskanzleramt. Niederschrift über das Rückfragenkolloquium am 16. Dezember 1970, 10 Uhr, in Bonn, Forum des Theaters im Bonn-Center, S. 44, StA Bonn, N02/184.

<sup>121</sup> Vgl. ebd., S.1.

<sup>122</sup> Zweiter Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 12.5.1970. Privatarchiv Bruno.

<sup>123</sup> Siehe oben, Anm. 101, S. 105.

<sup>124</sup> Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Bundeskanzleramt. Niederschrift über das Rückfragenkolloquium am 16. Dezember 1970, 10 Uhr, in Bonn, Forum des Theaters im Bonn-Center, S. 8, StA Bonn, N02/184.

**Auslober:**  
Bundesbaudirektion, Bonn

**Aufgabe:**

# Bauwettbewerb für ein neues Bundeskanzler- amt in Bonn

**Teilnehmer:**

Alle freischaffenden, angestellten und beamteten Architekten, die seit dem 1. 1. 1970 ihren Wohnsitz oder ihre berufliche Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland oder in West-Berlin haben.

**Preise:**

1 Erster Preis zu	50 000 DM	=	50 000 DM
1 Zweiter Preis zu	35 000 DM	=	35 000 DM
2 Dritte Preise zu	25 000 DM	=	50 000 DM
4 Vierte Preise zu	15 000 DM	=	60 000 DM
Betrag zur Honorierung besonderer Einzelleistungen		=	<u>25 000 DM</u>
			<u>220 000 DM</u>

**Preisrichter:**

Bundestagsabgeordneter Benda, Berlin  
Parl. Staatssekretär Dorn, Bundesmin. d. Innern, Bonn  
Bundesminister Prof. Dr. Ehmke, Bundeskanzleramt, Bonn  
Bürgermeister Prof. Dr.-Ing. Farenholtz, Stuttgart  
Parl. Staatssekretär Dr. Focke, Bundeskanzleramt, Bonn  
Regierungspräsident Dr. Heidecke, Köln  
Oberstadtdirektor Dr. Hesse, Bonn  
Prof. Dr.-Ing. Kraemer, Braunschweig  
Präsident Dipl.-Ing. Leuschner, Bundesbaudirektion, Bonn  
Ministerialdirektor Dipl.-Ing. Meyer, Bundesministerium der Finanzen, Bonn  
Beigeordneter Dipl.-Ing. Nieke, Bonn  
Prof. Dipl.-Ing. Ostertag, Leonberg  
Architekt Schilling, Köln  
Architekt Dipl.-Ing. Seidel, Darmstadt  
Prof. Dipl.-Ing. Sieverts, Berlin

**Unterlagen:**

Die Wettbewerbsunterlagen werden ausgegeben in der Zeit vom 2. bis 20. November 1970 durch die Bundesbaudirektion, 5300 Bonn-Beuel, Bonner Straße 86, Block E, Zimmer 806.

Die Unterlagen können montags bis freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr abgeholt werden; auf Wunsch werden sie zugeschickt.

Voraussetzung ist der Nachweis der Zahlung einer Schutzgebühr in Höhe von 150,- DM auf das Konto der Bundeshauptkasse Bonn, Post-scheckamt Köln, Konto-Nummer 86 000, mit dem Vermerk: Titel „Ver-wahrungen“ (Wettbewerb Bundeskanzleramt).

**Abgabetermin:**

31. März 1971

Abb. 26 Anzeige in der »Bauwelt« zur Wettbewerbsausschreibung vom 2.11.1970.

beiten, um eine Definierung dieser ganzen Angelegenheit für sich zu entwickeln und zu geben? Das ist, wie ich glaube, wirklich ein Verkennen der Verhältnisse. Vielmehr müssen wir umgekehrt arbeiten. Wir müssen auch die Architekten als in diesem Sinne politisch denkende Menschen ansprechen und Ihnen sagen: Sie haben die Aufgabe, diesen Willensbildungsprozeß in Gang zu setzen und durch ihre Ideen und Vorschläge zu stimulieren.«<sup>125</sup>

Leuschner ergänzte: »Sie alle dienen einer Hilfe für die politische Entscheidung; mehr soll es ja nicht sein.«<sup>126</sup> Hier schien erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die zentrale Problematik der Bauherrin Demokratie auf, deren Bearbeitung zwanzig Jahre in Anspruch nehmen sollte. Dass ausgerechnet Wolfgang Schnelle dieses Spannungsverhältnis zwischen Architekten und Politik ansprach, ist angesichts seiner Omnipräsenz in den Veranstaltungen der Jahre 1970 und 1971 kein Zufall. Die Moderation durch ihn und seine Berater bei den Diskussionen um den Kanzleramtsneubau innerhalb der Bonner Stadtentwicklungsfragen wird hier als Vermittlung erkennbar. Die neue Regierung musste eine stark aufgeheizte Stimmung abfangen; sie reagierte auf den Proteststurm von Bürgerinitiativen und deren unterschiedlichen Kritikerallianzen mit der Etablierung einer diskursiven Kultur unter Quickborner Anleitung, welche Kritikäußerungen zu Feedback aufwertete und zugleich im kybernetischen Planungsprozess absorbierte.

### 2.3 Ausschreibungstext

Die »Erläuterungen zur Wettbewerbsaufgabe«, welche ab dem 2. November 1970 ausgegeben wurden, sollen im Folgenden bezogen auf die Besonderheit der Bauaufgabe »Regierungszentrale« analysiert werden. Welche Vorgaben macht die Ausloberin, die Bundesbaudirektion, den teilnehmenden Entwerfern? Sind frühe Ideen aus der Brainstormingphase der Arbeitsgruppe Neubau bis in den Ausschreibungstext gelangt, und wenn ja: Welche?

Ein bestimmtes äußeres Erscheinungsbild oder eine gestalterische Symbolik für den künftigen Kanzleramtsbau werden in der Ausschreibung nicht vorgegeben. In erster Linie sollte der Entwurf das Kanzleramt »kurzfristig voll funktionsfähig« machen und hinsichtlich des langfristigen Prozesses der städtebaulichen Neuordnung des Regierungsviertels eine »Gesamtordnung« nicht behindern: »Er muß sich auf das gegenwärtige Funktionsgefüge beziehen, ohne zukünftige Neuordnungen zu verbauen.«<sup>127</sup> Bezüglich dieser Neuordnung existierte zu diesem Zeitpunkt jedoch einzig die Idee einer »großzügige[n] Entwicklung des heutigen Vorplatzes vor dem Bundestag als Ausgangspunkt eines ›Bundesforums‹«,<sup>128</sup> ausgerechnet dieses Forum sollte jedoch nie realisiert werden. Den Architekten wurde zur Information über die städtebaulichen Perspektiven für das Regie-

<sup>125</sup> Ebd., S. 35.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Ausschreibungstext Wettbewerb Neubau Bundeskanzleramt, S. 9, BArch B 157/6547.

<sup>128</sup> Ebd., S. 15.



rungsviertel der wenig aussagekräftige Bericht des als gescheitert zu bezeichnenden Expertenkolloquiums zur Verfügung gestellt.<sup>129</sup>

Im Ausschreibungstext wurden sodann die Aufgaben des Amtes im verfassungsmäßigen Gefüge der Institutionen mit einem knappen Auszug aus dem »Haushaltsgesetz 1970« dargestellt. Diese Schilderung hat den Charakter eines Lexikoneintrages und konnte einen Entwerfer bestenfalls zu weiteren Recherchen veranlassen. Die Bedeutung des zu bauenden Gebäudes definiert die Ausloberin über den Vergleich mit den anderen obersten Staatsorganen mittelbar und relational: Das neue Haus des Bundeskanzlers solle gegenüber den benachbarten Bauten von Bundespräsidialamt, Bundestag und Bundesrat »nicht dominieren«.<sup>130</sup>

Aus der Stellung des Amtes innerhalb der Bundesregierung und einer Beschreibung seiner zukünftigen Arbeitsweise werden »Maximen für die Anmutung und Aussagen« des Gebäudes abgeleitet. Dieser zentrale Textabschnitt sei hier ausführlich wiedergegeben:

»Das Bundeskanzleramt ist nicht nur Sitz des Kanzlers, sondern auch des Kabinetts, dessen Arbeitsstil zunehmend von kollegialer Zusammenarbeit bestimmt sein wird. Häufiger als bisher werden die Entscheidungen der Bundesregierung gemeinschaftlich in Kabinettsausschüssen vorbereitet werden. Das Bundeskanzleramt ist Hilfsinstrument des Bundeskanzlers, Sekretariat des Kabinetts, Koordinierungsstelle für die Arbeiten der Bundesministerien.

Planerische Frühkoordinierung im Hinblick auf die verschiedenen fachlichen Aspekte, Sichtbarmachung von gegensätzlichen Auffassungen und Überlegungen für Lösungswege erfordern, daß neben die hierarchische Ordnung weisungsgebundene Kooperationsformen der Teamarbeit treten. Das gilt sowohl für die Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes selbst als auch für die Zusammenarbeit des Bundeskanzleramtes mit den Ministerien.

Daraus ergibt sich, daß hier nicht ein übliches Bürohaus zu planen ist, sondern ein Gebäude, das erkennen läßt, daß hier Kanzler und Kabinett residieren, das Teamarbeit fördert, dessen Gestalt nicht vom hierarchischen Organisationsprinzip bestimmt wird.

Das Bundeskanzleramt kann nicht zum Forum öffentlicher Debatten werden, wenn es seinen Aufgaben gerecht werden will, es soll aber auch keine »geheime Staatskanzlei« sein. Auch wenn das Gebäude dem Publikum nicht frei zugänglich gemacht werden kann, sollte es dem Betrachter nahe gebracht und begreifbar werden.

Die Bundesregierung erwartet für die kommenden Jahrzehnte eine Vertiefung und Ausbreitung der europäischen Integration. Entscheidungen werden vermehrt in europäischen Institutionen getroffen werden. Dabei wird das Bundeskanzleramt eine der nationalen Regierungszentralen bleiben. Einsprechend soll die Gestalt des Bundeskanzleramtes in ihrem Anspruch maßvoll sein.

Das Bundeskanzleramt könnte in späteren Jahren vor Aufgaben gestellt sein, die eine Änderung oder Erweiterung des Gebäudes erforderlich machen. Die Form des Gebäudes soll das Weiter- und Umbauen nicht verhindern.«<sup>131</sup>

Diese ebenso sachlich wie indirekt formulierten Aussagen, die bestimmte Aspekte fordern oder ausschließen, sollen zusammengefasst und kontextualisiert werden, um ihren Aussagegehalt herauszuarbeiten: Die Ausloberin legt sich an erster Stelle darauf fest, dass der

<sup>129</sup> Siehe oben, Anm. 88, S. 102.

<sup>130</sup> Ausschreibungstext Wettbewerb Neubau Bundeskanzleramt, S. 16, BArch B 157/6547.

<sup>131</sup> Ebd., S. 16f.

Neubauentwurf ein künftig durchgängig von kollegialem Arbeitsstil und Teamarbeit geprägtes Amt erkennbar werden lassen soll. Das Gebäude soll zeigen, dass darin Kanzler und Kabinett residieren und wirken. Da in diesem Aspekt offenbar die zentrale Aussage gesehen wird, dürfe das zu entwerfende Gebäude nicht als übliches Bürogebäude geplant werden. Denn mit einem Bürogebäude verbanden die Auslober offensichtlich das konventionelle behördliche Arbeiten, mit dem Kanzler- und Kabinettsarbeit nicht identisch seien. Die kollegial geprägte, nicht nur hierarchische Arbeitsweise des Amtes wird unmittelbar mit der Bedeutungsfunktion der zu entwerfenden Architektur verbunden und taugt hier explizit als Hinweis auf die zu findende Gestalt des Gebäudes, als Aussage zur Besonderheit der zu erfindenden Bauform. Der Aspekt von Steuerung und Planung in der Politik, der für den Gedanken von Teamarbeit in neuen Strukturen so zentral ist, wird erstaunlicherweise nicht erwähnt.

Öffentlichkeit konnte und sollte nicht wortwörtlich in das Haus einziehen, jedoch wünschte sich die Ausloberin, dass eine Anmutung von Nähe und Greifbarkeit in nicht genauer beschriebener Weise gestaltet wird. Die »in ihrem Anspruch maßvolle Gestalt« ist der dritte und letzte Baustein zum gewünschten äußeren Erscheinungsbild. Sie wird offenbar in den Zusammenhang der traditionellen bundesdeutschen Westbindung und neuen Ostpolitik gleichermaßen gestellt, wenn nur allgemein die »europäische Integration« als Rahmen genannt wird. Der ebenso stark betonte wie kryptische Hinweis, es handele sich um nur *eine* der nationalen Regierungszentralen, lässt sich gleichermaßen auf die Hauptstädte in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wie auf Ostberlin beziehen. So signalisiert das Neubauprojekt am Rhein Entspannung des Verhältnisses im geteilten Deutschland, indem man Berlin zunächst der DDR-Staatsführung überlässt, entsprechend der Analyse Krügers vom »Paradigmenwechsel« in der Bonner Hauptstadtspolitik in Folge der Entspannungspolitik Willy Brandts.<sup>132</sup> Genauso kann aus der Aussage auch herausgelesen werden, dass der Bonner Neubau gerade nicht bedeutet, dass man den Anspruch auf Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands gänzlich fallen lässt. Die nicht vollständig souveräne Bundesrepublik und die Ansprüche ihrer drei Besatzungsmächte erlauben in Bonn ohnehin keine Baulichkeit, die sich als nationales Machtzentrum inszeniert, sodass der Begriff des »Nationalen« im Ausschreibungstext überrascht.<sup>133</sup> Die naheliegende Assoziation, ein monumentales Gebäude passe nicht zum NS-Nachfolgestaat, wird nicht ausformuliert, ist aber in der Forderung nach der »maßvollen Gestalt« enthalten. Die Formulierung erscheint als der kleinste gemeinsame Nenner einer Vielzahl von politischen und historischen Umständen, die eine Gestaltung des Neubaus beeinflussen. Festzuhalten ist, dass die Gestaltfindung des Neubaus mindestens ebenso viele außenpolitische wie innenpolitische Zusammenhänge berücksichtigen muss. Angesichts dieser

<sup>132</sup> J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 3.

<sup>133</sup> Nirgends findet sich in der Auslobung hingegen die explizite Formulierung, eine Überhöhung der eingereichten Entwürfe zum »Nationaldenkmal« sei zu vermeiden. Die Angabe findet sich bei H. WEFING, Heimatlosigkeit, 2006, S. 199: »Im Auslobungstext für den Architektenwettbewerb hatten sie [die Auftraggeber] sich ausdrücklich Entwürfe verboten, die das Gebäude zum »Nationaldenkmal« überhöhen würden (...).«

Zwänge wächst sich die Konzeption des kollegialen Miteinanders in Form von Teamarbeit, einer rein organisatorischen, das Amtsgefüge und damit den Innenausbau des Gebäudes betreffenden Idee, zu einer politisymbolischen Metapher aus: Man will kollegial und besonnen zusammenarbeiten.

Wieder eingefangen und verwischt wird diese Idee durch den letzten Hinweis, »Änderung oder Erweiterung des Gebäudes« müssten möglich sein. Diese Forderung impliziert sowohl politische Veränderungen wie den Umzug der Regierung nach Berlin, in dessen Folge das Gebäude für einen ganz anderen Zweck gleichermaßen nutzbar sein sollte. Genauso könnten sich Aufgaben und Struktur des Amtes im Zuge zukünftiger Aufgaben verändern; eine Aussage, die auf den im Planungsprozess für den Neubau wirksamen kybernetischen Vorstellungen beruht. Als Maxime für einen Bauentwurf erscheint die Aussage, die zuvor beschriebenen funktionalen Anforderungen könnten sich in unbekannter Weise zukünftig verändern, als problematisch, weil dadurch die Gültigkeit des wichtigsten Leitgedanken für den Entwurf, Teamarbeit solle ansichtig werden, relativiert wird. Die widersprüchlichen Forderungen in diesem Programm führen dazu, dass die teilnehmenden Architekten selbstständig eine Priorisierung der geforderten Kriterien vornehmen müssen, um manche vernachlässigen zu können.

Im Auslobungstext wird sodann die gewünschte Raumstruktur aus Einzel-, Gruppen- und offenen Zonen für die angestrebte integrierte Abteilungsstruktur ausführlich erläutert. Bezüglich des Raumprogramms – insgesamt werden 15 240 Quadratmeter Nutzflächen beschrieben – wird gefordert, dass sämtliche Arbeitsräume der Abteilungen in »Größe und Raumqualität keine Unterschiede aufweisen«. Das egalitäre, antihierarchische Stichwort lautet hier »Standardzimmer je 18 qm«. <sup>134</sup> Um die bereits erwähnten zukünftigen Anpassungen gegebenenfalls auch im Innern jederzeit vornehmen zu können, »soll der Umbau von Einzelzimmern in Gruppenarbeitsflächen und umgekehrt möglich sein«. <sup>135</sup> Dieser Forderung nach innerer Flexibilität folgt die bautechnische Notwendigkeit, »die gesamte technische Versorgung vom Fußboden oder von der Decke aus erfolgen [zu lassen] und nachträglich leicht veränderbar« anzulegen. <sup>136</sup> Die hiermit verbundenen höheren Kosten gleichen sich durch die spätere kostengünstige Anpassungsfähigkeit aus. Einen solchen reversiblen Grundriss im Verwaltungsbau bezeichnete Friedrich Wilhelm Kraemer – einer der Fachpreisrichter im Kanzleramtswettbewerb – im Jahr 1971 als »Sowohl-als-auch-Grundriß«, der die Nichtfestlegung der künftigen Nutzung zum befreienden Prinzip erhebt, während zur Ausschreibungszeit des Kanzleramtsneubaus eine Planungsvorgabe für Einzel- oder Großraumbüros üblich war. <sup>137</sup>

Ein zusätzlich von der Wettbewerbsjury ausgearbeiteter »Katalog der Prüfkriterien« besteht aus Arbeitsblättern, die alle Gutachter je einzeln für die zu bewertenden Entwürfe

<sup>134</sup> Ausschreibungstext Wettbewerb Neubau Bundeskanzleramt, S. 26, BArch B 157/6547.

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> Ebd., S. 32.

<sup>137</sup> F. W. KRAEMER, *Verwaltungsbauten*, 1971, S. 271. Solche reversiblen Bürobauten waren Kraemer zufolge bis 1970 »nicht bekannt«; er nimmt für sein Architekturbüro in Anspruch, erstmals ein solches Konzept veröffentlicht zu haben (in: *Bauwelt* 33 (1970)).

ausfüllen.<sup>138</sup> Alle Forderungen der Ausschreibung werden hier fast gleichlautend und thematisch sortiert als Aussagesätze, teilweise etwas expliziter, nochmals aufgeführt. Beim Durchgehen des Kataloges im Zuge der Begutachtung versichert sich der Gutachter, alle geforderten Elemente auch zu bewerten beziehungsweise ihre Nichtberücksichtigung zu bemerken. Somit stellt der Katalog einen Versuch dar, das Auswahlverfahren zu entsubjektivieren, auch hierin den kybernetischen Einfluss auf das Projekt spiegelnd. Wolfgang Pehnt beschrieb solche Verfahren als Teilphänomen der Demokratisierung von Planungsprozessen: »Wettbewerbe wurden mit Hilfe elaborierter Punktsysteme entschieden, die den Subjektivismus allen Urteilens hinter einer Serie scheinbar rationaler Ja-Nein-Entscheidungen zu verstecken suchten.«<sup>139</sup>

Auf den Arbeitsblättern ist Platz für Notizen. Aus den gesammelten Prüfprotokollen aller Gutachter ließen sich in einem additiven Verfahren Stellungnahmen der Jury zu den Entwürfen zusammenfassen.<sup>140</sup> Aus der Dokumentation des Bauwettbewerbes, die in der Zeitschrift »Die Bauverwaltung« veröffentlicht wurde, geht hervor, dass den Architekten dieser Katalog mit den Ausschreibungsunterlagen zugänglich gemacht wurde.<sup>141</sup>

Nach dieser Bestandsaufnahme der Aussagen in der Ausschreibung erscheint abschließend hervorhebenswert, was in der Ausschreibung nicht zu finden ist. Weder im Auslobungstext noch im Katalog der Prüfkriterien finden sich Hinweise zu Symbolik und Stellenwert des Gebäudes – jenseits der Bemerkungen zum gewünschten »maßvollen« Anspruch der Gestaltung. Während im Ersten Planungsreport der Arbeitsgruppe Neubau noch Gebäudeformen durchgespielt worden waren, als man ein Turmhaus verwarf und den Bürokrantz gegen die Bürolandschaft abwog, sind in der Auslobung alle Aussagen in

<sup>138</sup> Der Katalog ist als Ausschreibungsunterlage überliefert in BArch B 134/172536. – Im Zuge der Kleingruppentätigkeit des Preisrichterkolloquiums hatte Architekt Roland Ostertag ein 25-seitiges Manuskript vorgelegt, in dem er Vor- und Nachteile bestimmter Prüf-, Beurteilungs- und Entscheidungsverfahren reflektierte. Offensichtlich mit den Organisationskybernetikern auf gleicher Wellenlänge schwingend, bezeichnet er den Planungsprozess für den Neubau als eine »Abfolge von kreativen und Entscheidungsphasen«. Die Wettbewerbsphase stelle innerhalb dieses langfristigen Prozesses nur »eine der Entscheidungssituationen« dar (S. 1). Vorausgesetzt es gibt eine »möglichst genaue Vorstellung von den angestrebten Endzuständen« (kybernetisch: Sollzuständen), kann eine Liste von Merkmalen dahingehend überprüft werden, ob sie befördernd wirken zum Erreichen dieses Ziels: »Diese Merkmale müssen definiert und messbar sein, ihr Zusammenhang mit den Zielvorstellungen muss erkennbar sein« (S. 3). Ostertag an Planungsgruppe Neubau, 23.6.1970, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Beurteilungsverfahren, StA Bonn, No2/184. Im Zuge der Zerlegung der Arbeitsschritte im Beurteilungsverfahren entstand wohl aus Ostertags Anregungen der »Katalog der Prüfkriterien«, mit dem sowohl Vorprüfer als auch Preisrichter die Entwürfe begutachteten. Die ausgefüllten Prüfkriterienkataloge mit Bewertung der anonymisierten Einreichungen sind überliefert in StA Bonn, No2/185.

<sup>139</sup> W. PEHNT, 1968er Jahre, S. 43.

<sup>140</sup> Die veröffentlichte Begründung der Jury für die Vergabe des Ersten Preises ist tatsächlich eine Zusammenstellung der Bewertungen von Einzelaspekten aus den Prüfprotokollen zum Entwurf mit der Tarnzahl 3451. Vgl. Anlagen zum Protokoll über die Sitzung des Preisrichters für den Neubau des Bundeskanzleramtes vom 10. Mai bis 12. Mai 1971, StA Bonn, No2/185.

<sup>141</sup> Vgl. W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 509. Da die Aussagen des Kataloges diejenigen der Aufgabenstellung nicht erweitern oder vertiefen, muss der tatsächliche Nutzen des Kataloges für die Teilnehmer infrage gestellt werden.

die Maximen zurückgestutzt, ein gewöhnliches Bürohaus solle es dem Entwurf nach nicht sein, aber dominieren dürfe das Gebäude nicht. Sicher war es hilfreich, wenn die Architekten sich zusätzlich zur Ausschreibung den Ersten und Zweiten Planungsreport verschafften. Offiziell waren diese jedoch kein Teil der Ausschreibungsunterlagen. Neben den Prüfbereichen »Programm- und Leistungserfüllung«, »Funktionserfüllung im Außenbereich«, »Funktionserfüllung im Innenbereich« sowie »Konstruktion, Technik, Wirtschaftlichkeit« bewertete der Katalog der Prüfkriterien auch die »Gestaltung«, dies jedoch an letzter Stelle der Aufzählung und damit in gewisser Weise bereits eine Gewichtung der Kriterien durch den Auslober vermittelnd. In dieser Kategorie war das einzige und damit hohe Relevanz gewinnende Kriterium zur Bewertung der Entwürfe: »Konsequenz in der gestalterischen Konzeption«. <sup>142</sup>

### 3. Der preisgekrönte Entwurf

#### 3.1 Entscheidung der Wettbewerbsjury und Kritikerbewertungen

Am 12. Mai 1971 bestimmte die Jury nach dreitägiger Beratung einstimmig den Siegerentwurf aus 42 Einsendungen und zeichnete ihn mit einem Ersten Preis aus. <sup>143</sup> Die entwerfenden Architekten erhielten anschließend ohne weitere Auflagen den Bauauftrag. Es handelt sich um die Architektengemeinschaft Adams, Hornschuh, Pollich und Türler. Ihr erst 1968 gegründetes Büro firmierte unter dem Namen »Planungsgruppe Stieldorf« und war im gleichnamigen Stadtteil von Königswinter und damit im Bonner Raum angesiedelt. Diese Reibungslosigkeit und das einstimmige Juryvotum sind beachtenswert, da der Siegerentwurf keineswegs sämtliche Forderungen des durchaus widersprüchlichen Programms erfüllte. Bevor hierauf und auf die Reaktionen der Fachöffentlichkeit eingegangen wird, soll der Siegerentwurf vorgestellt und beschrieben werden. <sup>144</sup> Grundrisse, Ansichtszeichnungen und Modellfotos sind überliefert, das Wettbewerbsmodell selbst ist nicht erhalten.

<sup>142</sup> Wettbewerb Neubau Bundeskanzleramt: Katalog der Prüfkriterien, unpaginiert (letztes Blatt), BArch B 134/172536.

<sup>143</sup> Vgl. Protokoll über die Sitzung des Preisgerichtes für den Neubau des Bundeskanzleramtes vom 10. Mai 1971 bis 12. Mai 1971, StA Bonn, N1982/061.

<sup>144</sup> In der Öffentlichkeit wurde nach dem Wettbewerb keiner der Alternativentwürfe diskutiert. Einzig der Zweite Preis, eine terrassierte Bumerangform, fand einmalig lobende Erwähnung bei E. Schulz: Ein Hauch von Hoheit. Das neue Bundeskanzleramt als politische Architektur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1971, S. 18. – Publikation sämtlicher ausgepreister Entwürfe in W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971. – Da der Entschluss der Jury für den Ersten Preis einstimmig gefasst wurde, werden diese Einsendungen nicht besprochen, sondern nur knapp aufgeführt: Der Zweite Preis ging an die Architektenpartnerschaft Brunnert – Mory – Osterwalder – Vielmo, Stuttgart. Zwei Dritte Preise gingen an das Architektenbüro Beckert und Becker, Frankfurt, sowie an Pysall – Jensen – Stahrenberg, Hamburg. Die vier Vierten Preise gingen an Heinle, Wischer und Partner, München; von Gerkan, Marg, Hamburg; H. Bidlingmayer + H. Eggenhofer, Stuttgart; Architektengruppe Gehrman – Simon: K. Gehrman, W.D. Gehrman, Wiesbaden und N. Simon, Bonn. Vgl. Bauwelt 22 (1971), S. 922.

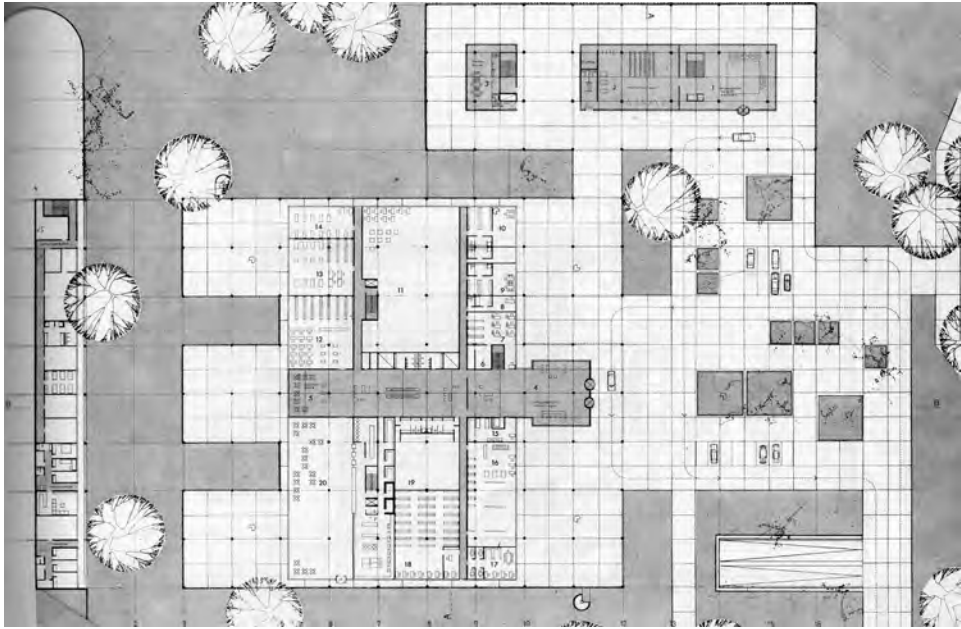


Abb. 27 Planungsguppe Stiefdorf: Entwurf Kanzleramtsneubau. Grundriss Erdgeschoss.

In den Grundrissen (Abb. 27 und 28) präsentiert sich ein flach gegliederter, breit gelagerter Verwaltungsbau, der drei Riegel als Gitterstruktur so verbindet, dass mehrere Innenhöfe entstehen. Auch in dem mittels einer »Seufzerbrücke« angesetzten und aus der Flucht herausgeschobenen vierten Bauriegel, dem Kanzlertrakt, sahen die Architekten anders als im später realisierten Entwurf einen belichtenden Innenhof vor. Die Versetzung der beiden Gebäudeteile zueinander korrespondiert mit den zweiteilig versetzten Grundrissen des Palais Schaumburg und des Kanzlerbungalows (siehe Abb. 7).

Die gezeichnete Ansicht von Süden (Abb. 29) bezieht das Palais Schaumburg mit ein, sodass – auch unter Berücksichtigung der Niveauunterschiede auf dem Baugrundstück – augenscheinlich wird: Das Palais überragt mit seinem Dach und den Türmchen den geplanten Flachbau. Auch die Baumkronen des Parks sind in der Zeichnung höher als der Neubau. Zugleich nimmt der Neubau in seiner Horizontalgliederung, die durch breite, die Fassaden umlaufende Brüstungsbänder betont ist, die Geschosse des benachbarten Palais auf. Die Entwerfer waren die einzigen im Feld der Bewerber, die das Größenverhältnis von Altbau, Park und Neubautentwurf in einer Ansichtszeichnung dargestellt und verdeutlicht haben.

In der Ansichtszeichnung bilden die Fassaden bei durchgängiger Rückversetzung der Verglasungen Fensterbänder aus. So wird der Eindruck von schwebend übereinander liegenden Geschossplatten evokiert. Die Fenster der beiden oberen Geschosse werden im unteren Drittel von einer Linie umlaufen, deren Bedeutung nicht ganz klar ist: Sie könnte ein Drahtkabel als Sicherungszaun der umlaufenden Balkone darstellen oder die Teilung des Fensters an dieser Stelle andeuten. Die horizontale Gliederung wird zudem durch ein

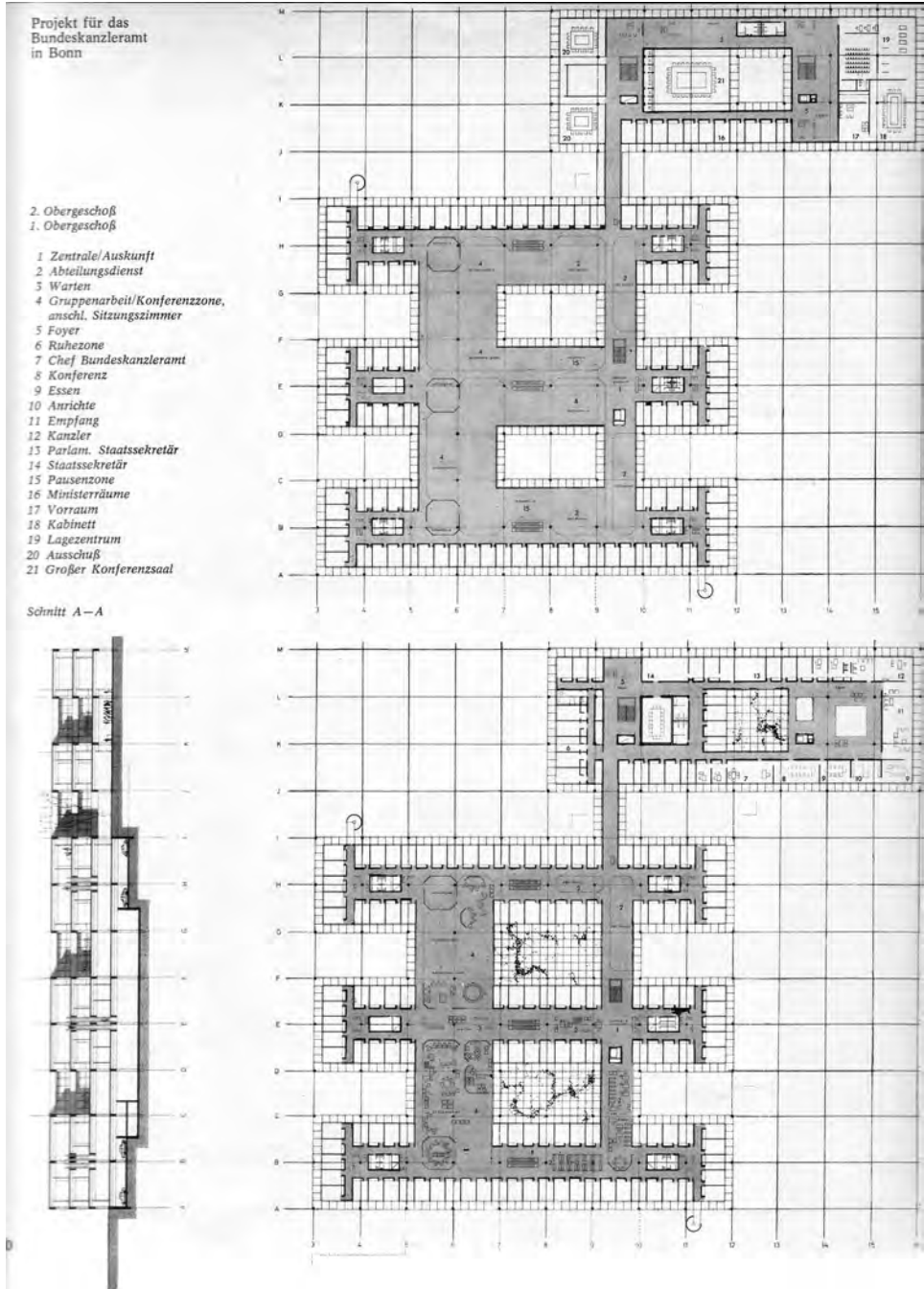


Abb. 28 Planungsgruppe Stieldorf: Entwurf Kanzleramtsneubau. Grundrisse erstes und zweites Obergeschoss.

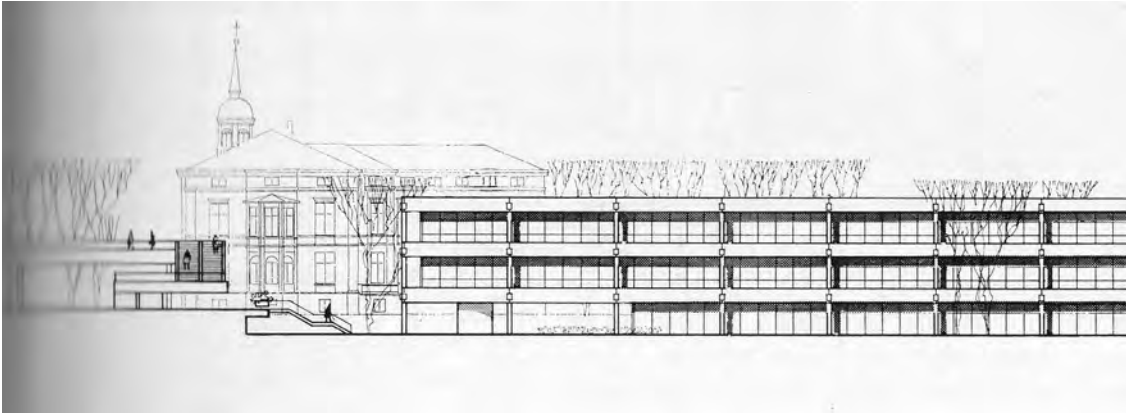


Abb. 29 Planungsgruppe Stieldorf: Entwurf Kanzleramtsneubau. Ansichtszeichnung von Süden. Links erscheint das höhenmäßig überragende Palais Schaumburg.

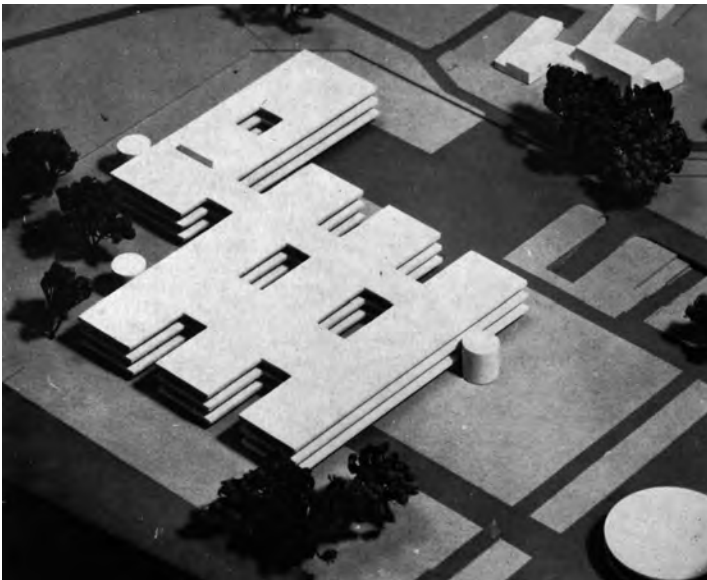
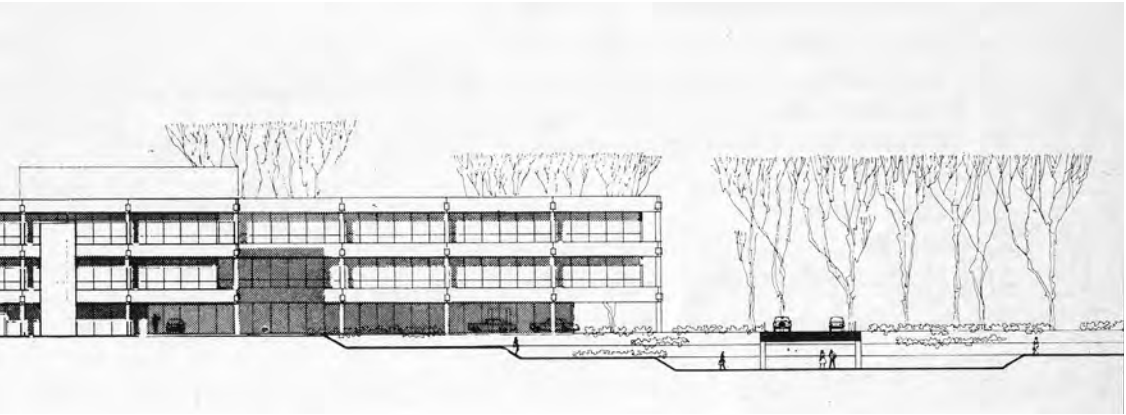


Abb. 30 Planungsgruppe Stieldorf: Wettbewerbsmodell des Kanzleramtentwurfs (nicht erhalten).





auffällig weites Stützenraster noch hervorgehoben. Diese Proportionen wurden allerdings später verändert, da ein engeres Stützenraster wirtschaftlicher war. In der Zeichnung entsteht der Eindruck, als würden bei dieser Architektur insbesondere die beiden Obergeschosse wahrnehmbar, während das eine kleinere Fläche beanspruchende Erdgeschoss mit tief hinter die Außenkontur zurückgezogenen bodentiefen Glasfassaden unauffällig und transparent ausgebildet scheint und lediglich der Aufständerung der oberen Etagen dient. Der Eingang in den Kanzlerflügel ist als niedrige Tür im Erdgeschoss zu erkennen, noch ohne das spätere Flugdach.

Auf einer Fotografie des Wettbewerbsmodells ist vor drei Fassaden je ein mächtiger Zylinder zu sehen, der bis zur Dachhöhe hinaufreicht (Abb. 30). In den späteren Ausführungsmodellen waren diese verschwunden. Es waren darin ursprünglich (Flucht-) Treppenhäuser vorgesehen. Ihr kreisförmiger Grundriss kontrastierte die Orthogonalität des gesamten Entwurfs. Das weiße Wettbewerbsmodell legt Materialität und Anmutung des auszuführenden Baus noch nicht fest. Es dient lediglich der Verdeutlichung stadträumlicher Zusammenhänge.

Die Skelettkonstruktion konnte wahlweise in Stahl oder in Stahlbeton ausgeführt werden. Die Architekten überließen diese Entscheidung zum Zeitpunkt des Wettbewerbs der Bauherrin. Für das ganze Gebäude sahen sie sechs Betonkerne als Festpunkte vor. Dadurch wird die Geschossfläche des Stützenbaus frei einteilbar. Versorgungskerne, Verkehrsflächen und Funktionsräume sind im Inneren des Gebäudes platziert, an den Fensterfronten und Stirnseiten der Riegel reihen sich die Büros. Auf jeder Etage der drei Verwaltungsbau-Stockwerke ist es möglich, großzügige Büro großraum-Zonen einzurichten, die sowohl über die Fassaden als auch zusätzlich über die Innenhöfe belichtet werden. Dies ist im Entwurfsgrundriss an fehlenden Wänden ebenso erkennbar wie an der entsprechenden Beschriftung. Um diese Flächen möglichst groß anlegen zu können, liegen die Innenhöfe nicht zentral im Gebäudekern, sondern sind leicht in Richtung Rheinseite verschoben, was später verändert wurde.

Wie die wohl wichtigste Besprechung des Entwurfs in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung belegt, extrapolierte der Architekturkritiker Eberhard Schulz aus den vorliegenden Zeichnungen von Grundrissen, Ansichten, Aufrissen und dem weißen schematischen Modell eine Umsetzung im Eiermann-Stil:

»Wer sich an Eiermanns Pavillons auf der Weltausstellung Brüssel 1958 erinnert, wird in dieser sehr zart und linear geführten Fassade das Ahnenbild wiedererkennen. Einige der siegreichen Architekten (...) stammen aus Eiermanns oder Sep Rufs Schule, den beiden Architekten von Brüssel. Von daher die lichte Höhe des Geschosses, ablesbar auf drei Meter, also etwa doppeltes Menschenmaß, und wie einst durch dünne weiße Streben markiert, von daher die zurückgenommene Glaswand und die vorschießende Geschossdecke, so daß ein weitläufiger Umgang von 1,80 Meter Tiefe entsteht und ein Achsmaß von 10,50 Meter, also ein Abstand der Stützen, der ebenso pathetisch wie maßvoll in seiner Grandezza der Erscheinung nachhilft (zum Vergleich: Der Abstand der Stützen in unseren Schulen beträgt 7,50 Meter). So ist es verständlich, daß dieser zunächst unscheinbare Entwurf am Ende vor allen anderen aufrückte, weil er eine gewisse Würde, dann doch Intimität und zuletzt die geringsten Unkosten verspricht.«<sup>145</sup>

Diese Vision überrascht angesichts der späteren Ausführung: Man zweifelt, ob der kompakte, intransparente und erdnah lastende Bau mit seinen kubischen dunklen Konturen tatsächlich aus demselben Wettbewerbsentwurf hervorgegangen ist, den Schulz als transparent und schwebend beschreibt. In der Ansichtszeichnung, die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt wurde, sind an den Fassaden feine Streben sichtbar, die mit einem filigran wirkenden Verbindungselement außen vor die Geschossplatten geankert sind (siehe Abb. 29). Im Entwurf wurde somit die Last der Geschosse noch nicht wie in der Ausführung von einem sichtbaren und massiven, die Außenkontur bildenden Stützensystem getragen. Stattdessen waren diese Stützenreihen hinter den Fensterfassaden verborgen. Tatsächlich vermittelt jedoch bereits diese Zeichnung aus der frühen Phase unübersehbar, dass die Deckenzonen mächtig ausfallen würden – eine Folge der Forderung in der Auslobung, alle Installationen darin unterzubringen –, was aber von Schulz nicht gesehen wurde. Schulz las zudem aus Aufrisszeichnung und Grundriss ab, der Verwaltungsbauteil berühre den umgebenden Park mit »nur zwei vorgestreckten Zungen«. Er meinte damit die Kopfbauten, die sich zart und transparent aufgeständert in die Parklandschaft hineinschieben würden und erwartete ein Haus, »zierlich, ja unauffällig gedacht, mit Garten-Innenhöfen«.<sup>146</sup>

In Schulz' Besprechung wird der Entwurf zusätzlich affirmativ mit dem angestrebten effizienten, aber unaufdringlichen neuen Regierungsstil assoziiert, wobei der Verfasser eine kaum nachvollziehbare Verschiedenartigkeit zwischen den per se gleich gestalteten Baukörpern für Abteilungen und Amtsspitze annimmt:

»In jenem pavillonartigen Sonderteil, in dem also der Kanzler sitzt (...) soll möglichst ohne Telefon- und Schriftverkehr regiert werden. [...] Kanzleramtsminister und Abteilungsleiter sitzen auf

<sup>145</sup> E. Schulz: Ein Hauch von Hoheit. Das neue Bundeskanzleramt als politische Architektur, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1971, S. 18.

<sup>146</sup> So in der Revidierung seines ersten Urteils nach Fertigstellung des Hauses: E. Schulz: Die stählerne Festung des Kanzleramts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1976, S. 17.

der gleichen Etage so nah wie möglich. Die direkte und intime Herrschaft, Regierung als eine Art Familienkonzil, zeichnet sich hier ab. [...] Für die anderen ist der Großraum oder das Einzelzimmer da, und hier sehen wir deutlich, wie das andere Ideal der modernen Bürotechnik bis an den Regierungssitz vordrängt, der Wunsch nach äußerster Effizienz, der hinter einem Versicherungskonzern oder den Banken nicht zurückstehen möchte. Augenscheinlich ist hier Ehmkes Hand für Straffheit und computerhafte Rationalisierung zu sehen, während der Kabinettilstil drüben wohl dem Temperament von Brandt näher kommt. Das Programm der Ausschreibung gebraucht das modische Wort vom Team; die Sache selbst sieht eher menschlicher aus.«<sup>147</sup>

Hat sich die Wettbewerbsjury vielleicht ebenfalls eine Umsetzung des Entwurfs als zarten Eiermann-Bau vorgestellt oder erhofft, so wie Schulz es ausformulierte? Aber wie konnte die Jury darüber hinwegsehen, dass es sich dem Prinzip nach um einen Entwurf für ein »übliches Bürohaus« handelte, ein dem Wettbewerbsprogramm nach nicht erwünschter Eindruck? Dass die Planungsgruppe Stieldorf mit ihrem im Vergleich zur Konkurrenz unscheinbaren Entwurf überzeugte, hat sie – so die Jury später – maßgeblich dem geforderten schriftlichen Erläuterungsbericht zum Entwurf zu verdanken. Insbesondere habe die städtebauliche Einordnung überzeugt. Der Erläuterungstext der Architekten soll deswegen in der ausführlichsten vorliegenden Fassung wiedergegeben werden:

»Stellungnahme der Entwurfsverfasser zu den Sonderprüfkriterien des Sonderprüfbereichs  
 »Ideen zur Nutzung und Verbindung zu angrenzenden Gebieten«

Es sollte auf lange Sicht eine Neuordnung des gesamten Bereiches ohne Rücksicht auf vorhandene Bebauung angestrebt werden. Das Zentrum dieser Neuordnung muß das Bundesforum sein. Dort sind unterzubringen: Bundestag und Bundesrat mit Nebeneinrichtungen, Kongreßzentrum, Fremdenverkehrszentrale, Ausstellung, Dokumentation, Gästebetreuung. Im südlichen Bereich sollen nur Einrichtungen der Bundesverwaltung untergebracht werden. Die Verbindung zwischen Bundesforum und Ministerien stellen Einrichtungen der Ländervertretungen, Botschaften und Handelsmissionen dar. Wohnbebauung ist in diesem Bereich nicht vorgesehen. Eine Verflechtung zwischen öffentlichen Einrichtungen und Wohnbebauung ist dagegen in den Randbereichen wünschenswert.

Die Baumassen des Bundeskanzleramtes, des Bundespresseamtes und des Bundespräsidialamtes sind Teile einer gemeinsamen Baustruktur, deren Ausdehnung auf den gesamten Bundesdistrikt zur Diskussion gestellt wird. Die konstruktiven und formalen Grundelemente der vorgeschlagenen Struktur lassen spezifische Lösungen für die verschiedensten denkbaren Bauaufgaben zu. Ohne Uniformität wird dabei der städtebauliche Zusammenhang gewährleistet.

Das Bundeskanzleramt erhält seine städtebauliche Bedeutung in diesem Bereich nicht durch eine besondere Höhenentwicklung oder repräsentativen architektonischen Anspruch, sondern durch seine verbindende und ordnende Einfügung in diesen Grenzbereich zwischen Park, Verkehrsbändern und intensiver genutzten Gebieten des Bundesdistriktes mit seiner alten und neuen Bausubstanz. Die geringe Höhenentwicklung und das zurückhaltende äußere Bild des Bundeskanzleramtes unterstreichen dabei seine gleichsam vermittelnde Funktion, die auf jede eigene dominante Wirkung bewußt verzichtet. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über ein inneres Straßensystem, wobei eine enge Verflechtung der Fußgängerverbindungen zur Adenauerallee und zum Bonn-Center gewährleistet wird.

<sup>147</sup> E. Schulz: Ein Hauch von Hoheit. Das neue Bundeskanzleramt als politische Architektur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1971, S. 18.

Haupt Gesichtspunkt bei der Gestaltung der Außenräume des Bundeskanzleramtes war in gleicher Weise wie bei den Gebäuden der Verzicht auf besondere Repräsentation und das Betonen der Überleitungsfunktion vom Park zum urbaneren südlichen Bereich des Bundesdistrikts. Vorfahrtsplatten und Verkehrsführungen wurden daher unter möglicher Schonung der vorhandenen Topografie auf das Notwendige beschränkt und mit gärtnerisch gestalteten Bereichen verflochten.

Bei einer Realisierung wäre hier der Ort für bedeutende Werke der bildenden Kunst, die in angemessener Weise die besondere Bedeutung des Bereiches unterstreichen würde. [...]

Der vorliegende Entwurf in seiner Einfachheit und Klarheit bewirkt ein ebenso klares statisches System und somit auch eine einfache technische Ausführbarkeit. Die Gleichheit bzw. Gleichartigkeit aller Gebäude führt zwangsläufig zu dem Gedanken einer Fertigteilkonstruktion, gleich ob in Beton oder in Stahl. Das sich ständig wiederholende System in allen Gebäuden und in allen Geschossen ermöglicht Serienproduktionen im Rohbau wie im Ausbau. Die Detailbearbeitung wird auf ein Minimum beschränkt. Damit spart man an Zeit bei der Planung und bei der Ausführung und somit auch an den Kosten.«<sup>148</sup>

Demnach war die Anmutung des Gebäudes in Dimension und Fassadenwirkung weniger ausschlaggebend. Vielmehr wurde die städtebauliche Einordnung und zurückhaltende Neuordnung des vorhandenen baulichen Gefüges im Sinne einer Zurücknahme des Baukörpers und Unterordnung gegenüber dem in den Zeichnungen mit dargestellten Palais Schaumburg als günstig erachtet.

Möglicherweise haben die Spannungen im Vorfeld der Auslobung, die »unerwünschte Frontstellung« zu den Städtebauexperten sowie die Gegnerschaft der Bonner Bürger zu groß dimensionierten Verwaltungsbauten dazu beigetragen, eine vermittelnde, auf »eigene dominante Wirkung bewußt verzichtende« Lösung zu wählen. Diesen Aspekt hob die Jury denn bei der Pressekonferenz auch besonders hervor, passt er doch zugleich auch perfekt zur angestrebten Rolle des Kanzleramtes innerhalb der Bundesverwaltung. Die im letzten Absatz des zitierten Textes erläuterte »Einfachheit und Klarheit« des Entwurfs versprach zudem handfeste materielle Vorteile wie eine kalkulierbare Planungs- und Bauzeit sowie Kostenbegrenzung durch Fertigteilkonstruktion, Serienproduktion und minimale Detailbearbeitung.

Der publizierte Auszug aus der Beurteilung des Preisgerichtes soll der Erläuterung der Architekten direkt angeschlossen werden:

»Die Baumassen des BK einschließlich des Traktes für Bundeskanzler und Kabinett sind erfreulich niedrig gehalten; ein im Prinzip bekannter Bautyp ist mit Disziplin und Einfühlungsvermögen auf die Aufgabe und Situation konsequent angewendet ...

Die angedeutete Kette von Bundesbauten und öffentlichen Plätzen vom BK bis zur Gronau ist abwechslungsreich. Besonders hervorzuheben ist die Einbeziehung der Westseite der Adenauerallee in die Neuordnung. Die Lösung des ersten Preises im Wettbewerb für die Bundesgartenschau ist berücksichtigt. Die Erweiterung ist zum Entwurfssystem folgerichtig vorgeschlagen ...

Der Neubau des BK nimmt Bezüge zu einer Folge weiterer vom Verfasser vorgeschlagener Neubauten des Bundes auf. Die Weiterführung des für das BK gewählten Bausystems auf die weitere Umgebung des Bundesdistrikts befriedigt nicht. Die im Lageplan dargestellten Platzräume sind folgerichtig an das übergeordnete Fußwegenetz angeschlossen. Auch bei vorläufiger Beibehaltung der gegenwärtigen Bausubstanz und Straßenführung ist die räumliche Einbindung befriedigend gelöst ...

<sup>148</sup> PROJEKT FÜR DAS BUNDESKANZLERAMT, 1971.

Abb. 31 Horst Ehmke (links) und Jurypräsident Christian Farenholtz präsentieren der Öffentlichkeit das Modell des Siegerentwurfes. Aufnahme 12.5.1971.



Der sehr übersichtliche Grundriß zeichnet sich durch ein klares System von besonderer Schlichtheit aus. Für die Abteilungen wird eine in den Hauptpunkten übersichtliche und reversible Ordnung angeboten (Naßzellen und Rolltreppen verhindern zum Teil die Überschaubarkeit) ...

Der Entwurf stellt einen einfachen, klar gegliederten Skelettbau dar, der sowohl in Stahl als auch in Stahlbeton hergestellt werden kann. Eine weitgehende Vorfertigung der Bauteile erlaubt bei üblichen Stützweiten eine wirtschaftliche Ausführung.

Die Gebäudegruppe verläßt den Charakter eines Stützenbaus an keiner Stelle; sie zeichnet sich durch zurückhaltende Schlichtheit aus und ist in ihrer Vorbildlichen zurückhaltenden Bauerschei- nung im Hinblick auf Palais Schaumburg und Park gut denkbar. Dergleichen Beschreibung ord- net sich auch die Freigestaltung ein.<sup>149</sup>

Die Jury bewertete also als Pluspunkte die »erfreulich niedrig gehalten[en]« Baumassen, die städtebauliche Einordnung, den funktionalen Grundriss, die Möglichkeit der wirt- schaftlichen Ausführung und die Konsequenz des Entwurfs in seiner »zurückhaltende[n] Schlichtheit«. Der hier zitierte Wortlaut entspricht exakt der Begründung, die vermit- tels des »Katalog der Prüfkriterien« zu einzelnen Aspekten des Bauprogrammes im Pro- tokoll der Preisgerichtssitzung vermerkt worden war. Die nüchtern-technokratische Dar- stellungsform rührt wohl auch aus dem kleinteiligen, objektivierenden Prüfverfahren, das Einzelaspekte isoliert bewertete. Sie wurde für die Veröffentlichung nicht eigens neu for- muliert. In den Worten des Preisgerichts vermisst man unverhaltenes Lob, eine Beurtei- lung des Entwurfes als Ganzes sowie Enthusiasmus für einen entscheidenden Entwurfsas- pekt, der den Ersten Preis rechtfertigt.

Jurypräsident Farenholtz verkündete die Preisrichterentscheidung in einer Pressekon- ferenz im Planungspavillon (Abb. 31). Vermutlich referierte und erläuterte er zu diesem Anlass die ausführlich zitierten Aspekte, welche die Entscheidung der Jury begründen.

<sup>149</sup> W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 511. Wie die Auslassungspunkte verdeutlichen, hat Leuschner Kürzungen an der Jurybeurteilung vorgenommen, welche die Anlage zum Sitzungsprotokoll bildete. Weggelassen wurden lediglich nicht aussagekräftige Hinweise wie »gut erfüllt« oder »keine Besonderheit«. Zudem wurde die Reihenfolge der Paragraphen verändert.

Anschließend ergänzte Kanzleramtschef Ehmke dessen Ausführungen mit der in der Presseberichterstattung überlieferten Feststellung: »Es ist ein schlichter, nüchterner, von jeglicher Monumentalität freier und funktionstüchtiger Bau, und ich bin der Meinung, daß das auch dem Stil dieser Regierung angepaßt ist.«<sup>150</sup> Ehmke bezog die Schlichtheit der Formen und ihre zurückhaltende Wirkung darauf, wie die Regierung sich in ihrem Handeln versteht: Effizient und funktionsorientiert. Anhand dieser Äußerung kann darauf geschlossen werden, dass im Verlauf der Preisgerichtsgerichtssitzung abstrakt-ratio-nale Vorstellungen von der Bauaufgabe Kanzleramt im Vordergrund standen. Nach einer ausdrucksstärkeren Architektur wurde offenbar nicht nur nicht gesucht, sondern man war sogar übereingekommen, dass dies ein geeigneter Ausdruck war.

Eine einzige handschriftliche Notiz belegt in der Überlieferung, was in der Preisrichterjury diskutiert wurde. Demzufolge war den Anwesenden bewusst, dass den unbestreitbaren aber wenig enthusiastisierenden Qualitäten des Entwurfs die Herzen nicht zufliessen würden. Im Exemplar des Prüfkriterienkataloges, das Jurymitglied Oberstadtdirektor Hesse archivierte, lassen sich in seiner hier schwer lesbaren Handschrift folgende Notizen auf dem Blatt mit der Tarnzahl 3451, die zum Ersten Preis gekürt wurde, entziffern:

»I. Preis

Klarer Entwurf

in 3 Geschossen

StabsAbt – Vorstand

4x ix<sup>151</sup>

Volle Erhaltung des Parks!!

Simpel in der Anordnung.

Prakt. Vorfahrt . ohne Forum

gute Organisation

Ideale bescheidene Einpassung  
in die Umgebung

Oper Berlin . Landtag Stutt

straffe Schlichtheit – Preuß. Einfachheit

schinkelsche Größe (?) gediegen.

Kritik: Understatement

kein Erlebnis

langweiliges Appartementhaus

pos. wie ng. wie Rathaus von Arne Jacobsen b. Rotttdøvre<sup>152</sup> Kopenhagen

(*unleserlich*) Militär Akademie in Arizona)

oben«<sup>153</sup>

<sup>150</sup> Dem Stil dieser Regierung angepaßt. Königswinterer Architektenteam schuf preisgekröntes Kanzleramtsentwurf. Preisgericht entschied nach vielstündiger Beratung – Spitzenplaner machten mit, in: *General-Anzeiger für Bonn und Umland*, 13.5.1971.

<sup>151</sup> Gemeint ist wohl die Aufteilung in drei Riegel sowie einen separaten vierten Leitungsbau.

<sup>152</sup> Gemeint: Rødovre.

<sup>153</sup> StA Bonn, No2/185.



Abb. 32 Erwin Heinle, Horst Linde, Kurt Viertel: Landtag Stuttgart (1957–61). Aufnahme um 2011.

Es lässt sich nicht eindeutig ableiten, welche Aspekte oder Vergleichsbauten in welcher Intention genannt wurden und welches Argument am schwersten wog, um die einstimmige Meinung des Preisgerichts zu bilden. Obgleich quellenkritisch natürlich als äußerst problematisch zu bewerten, laden die hier versammelten Vergleiche, Vor- und Nachteile doch zur Interpretation ein, schon weil es keine weiteren schriftlichen Hinweise auf die Diskussion der Jurymitglieder gibt. Die Teilung des Baukörpers in Leitung (»Vorstand«) und »Stabsabteilungen« war Hesses Notizen zufolge sofort eingängig. Einfachheit, Praktisches und »gute Organisation« überzeugten die organisationskybernetisch vorgebildete Jury ebenso wie die freudig ausgerufene »volle Erhaltung des Parks!!«. Während die »ideale bescheidene« Einfügung in die städtebauliche Umgebung noch dem zu erwartenden virulenten Vokabular entstammt, sind die angeführten Referenzbauten umso interessanter. Der baden-württembergische Landtag in Stuttgart (Erwin Heinle, Horst Linde, Kurt Viertel, 1957–61) etwa steht »wie ein zierliches Möbel aus Bronzeprofilen und braunem Glas neben dem neuen Schloss«<sup>154</sup> (Abb. 32). Durch die Rasterung der Fassade ist tatsächlich eine Ähnlichkeit zur Aufrisszeichnung des Stieldorfer Kanzleramtentwurfs gegeben: Während die beiden Obergeschosse des niedrigen, jedoch aufgesockelten Pavillons auf annähernd quadratischem Grundriss dunkel verglast sind und kompakt wirken, ist die Fassade des als Glaspavillon ausgebildeten Erdgeschosses weit nach Innen zurückversetzt und wird von zierlichen weißen Stützen so

<sup>154</sup> R. LANGE, *Architektur*, 2003, S. 26.

feierlich umlaufen wie ein antiker Tempelbau. Diese Anlage kehrt beim Erdgeschoss des Kanzlerflügels wieder. Das Vorbild der Mies van der Rohe-Architektur ist beim Stuttgarter Landtagsgebäude so elegant umgesetzt worden, dass er ein nobilitierendes Vergleichsobjekt darstellt. Doch wer hätte je einen Vergleich mit der Berliner Oper (wohl Deutsche Oper an der Bismarckstraße, Fritz Bornemann, 1956–61) erwartet? Und wer hätte dem Kanzleramtsentwurf die Qualitäten »straffe Schlichtheit« und »preußische Einfachheit«, gar »Schinkelsche Größe« zugeschrieben? Im Sinne eines Klassizismus, den die Mies-Architekturen spiegeln, findet man solche Qualitäten durchaus in der Fassadenwirkung des Stuttgarter Landtages. Offenbar deutete die Jury die Zeichnungen in dieser Richtung. Solche Bezüge zur preußischen Bautradition taugten offenbar zur Verständigung unter Fach- und Sachpreisrichtern, aber nicht, um sie öffentlich zu verkünden. Entsprechend tauchen sie in der offiziellen Begründung für die Vergabe des Ersten Preises nicht auf.

Die Wirkung der streng gegliederten Bürofassade enthielt bereits für die Jury »positive wie negative« Aspekte. Unter dieser Rubrik taucht als Vergleichsbau Arne Jacobsens Rathaus im dänischen Rødovre (1952–56) auf, ein eleganter, breit gelagerter, horizontal gegliederter, ebenfalls dreistöckiger kubischer Verwaltungsbaukörper in Parkumgebung. Fensterbänder umlaufen den gesamten Baukörper, und fein gezeichnete schmale Fensterprofile fügen einen vertikalen Akzent hinzu (Abb. 33). Die Assoziation ist nachvollziehbar, wenn auch die tief eingeschnittenen Geschosse mit den Umgängen im Kanzleramtsentwurf keine derart vibrierende, sich in guten Fotografien beinahe auflösende Kontur erzeugen dürften wie Rødovre. Vermutlich hat Jurypräsident Christian Farenholtz diesen Referenzbau in die Diskussion eingebracht. Noch 2009 beschrieb er in einem Vortrag sein damaliges Verständnis von »Moderne« im Bauen, indem er eben dieses Rathaus von Arne Jacobsen als eine Architektur aufrief, die ihm als »besonders wichtig in Erinnerung« ist:

»Arne Jacobsens Siedlung in Klampenborg – vorbildlicher Wohnungsbau –, sein Rathaus in Rødovre – schlackenlose Klarheit der Architektur –, und schließlich sein Holzstuhl ›Ameise‹ – als Sinnbild einfachen und schönen Wohnens (...).«<sup>155</sup>

Dieser Einschätzung nach bildete das Rathaus Rødovre während der Jurysitzung mindestens eine qualitative Messlatte, vielleicht stellte der Vergleich sogar eine Nobilitierung des Kanzleramtsentwurfs dar. Die strenge Wiederholung des Rasters im Entwurf brachte die Jury hingegen vielleicht zur wohl negativ bewerteten Assoziation einer »Militärakademie«, die nicht identifiziert werden konnte.

Die benannten Vergleichsbauten der ersten Nachkriegsmoderne verbindet ihr Entstehen in den 1950er Jahren, also eine gewisse historische Distanz; eine formale Vergleichbarkeit ist gerade noch gegeben in kubischen Baukörpern und Fassaden aus Fensterbändern entsprechend dem Rasterachismaß. Vielleicht dienten die durchweg gelungenen Beispiele der Nachkriegsmoderne auch als Legitimationsstrategie für die Auswahl des Entwurfs. Denn

<sup>155</sup> Ch. FARENHOLTZ, Maßstäbe, 2009, S. 28.





Abb. 33 Arne Jacobsen: Rathaus Rødovre (1952–56), Haupteingang.

dem Preisgericht war der Eindruck von Langeweile und Erlebnislosigkeit der vorgeschlagenen Bürohausarchitektur voll bewusst, sodass die Notizen von Hesse die spätere Kritik vorwegzunehmen scheinen. Die Bauaufgabe, also dass hier »Kanzler und Kabinett residieren« und Teamarbeit stattfindet, wird außer in der Zweiteilung des Gebäudes, die an Modellen und Grundrissen erkennbar ist, nicht vermittelt. Es könnte sich auch um ein »Appartementhaus« handeln, wie Hesse notierte, eine Assoziation, welche die Umgänge als breite Balkone für jede Wohnung interpretiert.

Was bewog die Jury trotz dieser Bedenken zum Votum für diesen Entwurf? Hätte sie das wortreicher erläutern müssen? Wie überzeugt war sie wirklich, wenn sie ihr Überzeugtsein vom Entwurf lediglich in nüchternen Formulierungen aus den Prüfprotokollen zusammenfasste und keine Leidenschaft für den Entwurf erkennen ließ? War die Jury vielleicht nicht wirklich überzeugt, aber der Wettbewerb durfte nicht scheitern? Fest steht lediglich, dass die Jury einstimmig für ein schlichtes, in den Zeichnungen an Eiermann-Architektur angelehnt wirkendes, gut geschnittenes Bürogebäude votierte, dessen bemerkenswerte Faszinationslosigkeit ihr voll bewusst war.

Diesen Befund präzisiert die Erinnerung des Vorsitzenden der Jury, Christian Farenholtz, an die Preisgerichtssitzung, die selbstverständlich im Planungspavillon-Großraum stattgefunden hat (Abb. 34).<sup>156</sup> Während der Beratungen wurde ihm zufolge ausführlich darüber diskutiert, ob man hier ein Kanzleramt oder ein Bürohaus bauen wolle. Er selbst habe innerhalb des Preisgerichts den Flügel angeführt, der ein Bürohaus bauen wollte.

<sup>156</sup> Hier und im Folgenden Christian Farenholtz im Gespräch am 28. August 2011, Hamburg.



Abb. 34 Preisgerichtssitzung im Planungspavillon, vorn Horst Ehmke, ganz hinten Christian Farenholtz. Mai 1971.

Die Begründung dafür lautete, dass man erst in Berlin – also in einem wiedervereinigten Deutschland – ein Kanzleramt bauen würde. Hierüber konnte die Jury einen Konsens herstellen. Sie unterschied demnach deutlicher als die vorbereitende Arbeitsgruppe und das Wettbewerbsprogramm zwischen der Bauaufgabe Regierungszentrale, der ein Bürohaus angemessen ist, und dem Staatsbau mit nationaler Symbolik. Nach der aufwändigen Programmierungsphase, aus der ein durchaus widersprüchliches Programm hervorgegangen war, kam demnach zum Schluss dem Preisgericht die Aufgabe zu, diese Grundsatzfrage zu entscheiden, um einen Entwurf küren zu können.

Es zeigt sich, dass die Zusammensetzung des Preisgerichtes für dieses Ergebnis mitentscheidend war und auf Horst Ehmkes frühe Festlegungen zurückgeht. Mit Farenholtz hatte Ehmke einen in der Bauverwaltung erfahrenen Stadtplaner und Architekten in die Jury geholt, und zwar von Beginn an als eine leitende Figur innerhalb von Wettbewerbsverfahren und Preisgericht.<sup>157</sup> Offiziell wurde Farenholtz von den anderen Mitgliedern des Preisgerichtes zum Vorsitzenden gewählt. Ehmke und Farenholtz hatten sich in Stuttgart kennengelernt, wo Farenholtz seit 1965 Stadtbaurat war. Er kannte das Quickborner Team und dessen Planungskonzepte damals schon seit zehn Jahren aus seiner früheren Tätigkeit in der Hamburger Baubehörde.<sup>158</sup> Er befürwortete den Ansatz des Quickborner Teams,

<sup>157</sup> Christian Farenholtz im Gespräch am 28. August 2011, Hamburg.

<sup>158</sup> Bei der Planung der Bürostadt City Nord durch die Hamburger Baubehörde (Werner Hebebrand, 1958–60). Bei der Anlage dieses Stadtviertels mit Verwaltungsgroßbauten in einer Parkanlage wurde die »Ausdehnung einzelner Gebäude in die Fläche durch die in dieser Zeit einsetzende Entwicklung zum Großraumbüro begünstigt«. Die flachgelagerten Baukomplexe verweisen bis heute auf den Trend der Großraumbüros. A. KRAUSS, City Nord, 2001, S. 6.

Bürolandschaften zu bauen,<sup>159</sup> ebenso wie die teamorientierten Formen der Zusammenarbeit.<sup>160</sup>

Auch die Benennung weiterer Fachpreisrichter favorisierte eine Entscheidung für eine Baulösung aus dem Repertoire des zeitgenössischen innovativen Verwaltungsbaus. Preisrichter Roland Ostertag verfügte über umfangreiche Erfahrungen bei Entwurf und Realisierung von Rathaus-Bauten, einer in den 1960er Jahren blühenden Bauaufgabe in großen und kleineren Städten. Er errichtete beispielsweise das Rathaus Kaiserslautern, ein 25-geschossiges Verwaltungshochhaus mit vorgelagertem Ratssaal (1963–68).<sup>161</sup> Preisrichter Thomas Sieverts unterrichtete Architektur und Städtebau in Berlin und später in Braunschweig, während Hans Schilling sich im Kirchenbau profiliert hatte. Insbesondere der Architekt Friedrich Wilhelm Kraemer aus Braunschweig, den wiederum Farenholtz als Vorbild sah, kannte die Arbeit des Quickborner Teams und hatte in den 1960er Jahren mit ihnen Verwaltungsbauten mit Bürolandschaften realisiert.<sup>162</sup> Unter dem Einfluss organisationskybernetischer Ideen für Verwaltungsarchitekturen, welche von zahlreichen Akteuren in der Jury unterstützt wurden, verwundert es nicht, dass einer effizienten Büroauslösung der Vorzug gegeben worden ist. Farenholtz' Erinnerung an den bewussten Verzicht auf einen repräsentativen Staatsbau in Bonn unterstützt zudem die Deutung, dass eine architektonische Effizienzlösung auch deswegen gewählt wurde, um dem bisherigen Tabu des Bauens in der Zweistaatlichkeit und als Nachfolgestaat der NS-Diktatur auszuweichen.

Nach dem Wettbewerbsentscheid setzte der BDA seine Kampagne gegen das Kanzleramtsprojekt fort. In einer ganzen Nummer geißelte die erste Ausgabe der Zeitschrift »BDA Aspekte« das Ergebnis des Wettbewerbes und die weitere Entwicklung der Selbstdarstellung des Bundes in Bonn auf der Ebene der politischen Weichenstellungen. Im sel-

<sup>159</sup> Den Architekten Jost Schramm, mit dem Farenholtz befreundet war, beriet das Quickborner Team bei der Errichtung der Esso AG-Hauptverwaltung (Schramm & Pempelfort, 1966–68) in der Hamburger City Nord. Es entstand ein kreuzförmiger Komplex mit je 50 Prozent Großraum- und Zellenbüros. Zu städtebaulichen Faktoren und zur kybernetischen Auffassung von Verwaltungsbauten siehe Ch. FARENHOLTZ/P. JAKOBI, *Geschäftsstadt Hamburg-Nord*, 1964.

<sup>160</sup> Farenholtz in einem Vortrag im Jahr 2009 über seine Tätigkeit in der Hamburger Baubehörde ab Mitte der 1950er Jahre: »Ich habe in Hamburg bei Werner Hebebrand gearbeitet. [...] Unsere Diskussions-themen waren die Offenheit im Team und das Gespräch mit dem Bürger.« Ch. FARENHOLTZ, *Maßstäbe*, 2009, S. 31.

<sup>161</sup> Dieser und andere Entwürfe in R. OSTERTAG, *Rathäuser*, 1974, hier S. 90f.

<sup>162</sup> Auf Friedrich Wilhelm Kraemer als Protagonisten des flexiblen Grundrisses im Verwaltungsbau wurde bereits hingewiesen, siehe oben, Anm. 137, S. 115. Sein Architekturbüro KPS errichtete, nachdem bereits der Bauwettbewerb durch das Quickborner Team vorbereitet und 1964 ausgeschrieben worden war, das Verwaltungsgebäude der BP-Aktiengesellschaft in der Hamburger Bürostadt City Nord (1965–71). Vgl. D. JESSEN-KLINGENBERG, *Architektenkarriere*, 2007, S. 41. Es wurde zum Prototyp einer ganzen Generation polygonaler Großraumbüros, deren Grundrissen Sechs- oder Achtecke, in jedem Fall ein 60-Grad-Raster zugrunde lagen. – Ebenfalls zeichnete Kraemers Büro KPS für die DKV-Verwaltung verantwortlich (Köln, 1966–71). Auch hier schaffte der unregelmäßige Grundriss auf Grundlage des 60-Grad-Rasters günstige Flächen für Großraumbüros. Vgl. R. LANGE, *Architektur*, 2003, S. 21. Für diese Lösungen hatte das Büro KPS erneut mit dem Quickborner Team zusammengearbeitet. Vgl. DAS BÜRO KRAEMER, SIEVERTS UND PARTNER, 2007. – Zu den flexiblen Grundrissformen vgl. ebenso KRAEMER/SIEVERTS/HUTH, *Großraumbüros*, 1972.

ben Heft druckte der BDA eine kommentierte Chronologie der Entwicklungen des Bonner Baugeschehens seit 1962. Darin heißt es anklagend:

»Die allenthalben belobigte Transparenz und Demokratisierung des Planungsprozesses hatte lediglich Alibifunktion und stand der fest gefügten Entscheidungshierarchie im Wege. Hinweise, Warnungen, Empfehlungen, Bedenken wurden mit der Autorität der Herrschenden in den Wind geschlagen, der Unterschied zwischen Gewählten und Erwählten scheint vergessen. [...] Die Lage des BKA ist von Experten, die am Preisgericht teilgenommen haben, als der Gesamtentwicklung entgegenstehend und grundsätzlich falsch bezeichnet worden.«<sup>163</sup>

Die Darstellung ist tendenziös, und der Duktus lässt offen, ob es sich trotz der faktisch richtigen Kritik an einer Scheintransparenz des Planungsverfahrens tatsächlich um Kritik an autoritärem Gebaren handelt oder ob man vor allem beleidigt war. Ob Standort und Zeitpunkt der Ausschreibung richtig oder falsch waren und welche Konsequenzen das hatte, ist nachträglich kaum noch zu klären. Der BDA verfolgte in der öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung ganz eigene Ziele. Anders als bei den mitstreitenden Bürgerinitiativen ist der lobbyistische Anteil gut erkennbar. Als einflussreicher Verband machte sich der BDA zum Sprachrohr und Verstärker zugleich. Neben den Verbandsmitgliedern im Expertenkolloquium vom September 1970<sup>164</sup> behauptete der Verband in der »BDA Aspekte«, auch denjenigen Architekten eine Stimme zu verleihen, die im Preisgericht des Kanzleramt-Wettbewerbes saßen.<sup>165</sup> Die Haltung des Verbandes entwickelte sich im Verlauf der Bauphase nicht versöhnlicher. Sie könnte die Meinungsbildung der Architekturkritik beeinflusst haben.

Ebenfalls einflussreich für die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum Wettbewerbsergebnis dürften die Vorgänge rund um eine zunächst behinderte Berichterstattung durch die Fachpresse gewesen sein, welche die Zeitschrift »Bauwelt« aufs Korn nahm. Über mehrere Monate durfte die »Bauwelt« den Siegerentwurf nicht besprechen. Denn eine Sperrfrist garantierte der vom Bundesbauminister herausgegebenen Zeitschrift »Die Bauverwaltung« die exklusive Erstberichterstattung über Neubauten des Bundes. Dreieinhalb Monate ließ sich die »Bauverwaltung« jedoch Zeit bis zur Veröffentlichung des Wettbewerbsergebnisses – für die wöchentlich erscheinende »Bauwelt« bedeutete diese Zeitspanne eine unzumutbare Verschleppung.<sup>166</sup> Bissige Kommentare hierüber von Seiten der »Bauwelt«-Redakteure erzeugten Öffentlichkeitsdruck und führten schließlich sogar zur vollständigen Abschaffung dieser Sperrfrist.<sup>167</sup> Offenbar wurde die Bundesbaudirektion vom Interesse der Fachorgane an dem Wettbewerbsergebnis überrascht, sodass im Vorfeld der ersten Wettbewerbsausschreibung für einen Bundesbau in Bonn keine Neuregelungen

<sup>163</sup> A. HORBACH, Kritische Dokumentation, 1972, S. 15f., hier S. 16.

<sup>164</sup> Dies waren Spengelin, Hämer und von Gerkan.

<sup>165</sup> BDA-Mitglieder waren Kraemer, Seidel, Ostertag und Schilling. Von ihnen fand die Verfasserin keine schriftlichen kritischen Aussagen zum Wettbewerb, sodass die Behauptung des BDA, die Meinung dieser Architekten zu vertreten, unbelegt bleibt.

<sup>166</sup> Die Besprechung der Zeitschrift »Die Bauverwaltung« erschien in Heft 11 (1971), worauf die »Bauwelt« ebenso wie das »Deutsche Architektenblatt« und der BDA mit scharfen Kommentaren reagierten, vgl. etwa U. CONRADS, 3 1/2 Monate Sperrfrist, 1971, S. 1077.

<sup>167</sup> Siehe Nachtrag von Ulrich Conrads in der Rubrik »Briefe«, in: Bauwelt 31 (1971), S. 1245.

getroffen worden waren. Die Sperrfrist passte nicht mehr zur offensiv etablierten Diskussionskultur der Bonner Wettbewerbe und konterkarierte diese zugleich.

Als die »Bauwelt« schließlich berichten durfte, war ihr Urteil vernichtend.<sup>168</sup> Zum einen fiel Chefredakteur Ulrich Conrads über die sachlichen, keineswegs für die Architekturformen oder -ideen werbenden Formulierungen in der Jurybegründung her, die die »Bauwelt«-Redaktion so verstand, dass hier eine fehlerfreie solide Lösung den Sieg davongetragen hatte, weil an ihr nichts Wesentliches zu bemängeln gewesen war. Die Rede von den »erfreulich niedrig gehaltenen Baumassen« und der »besonderen Schlichtheit« oder der »vorbildlichen zurückhaltenden Bauerscheinung« in der Jurybegründung sorgte für Spott, weil sich das Lob des Banalen, Unscheinbaren und Gewöhnlichen nur zu leicht zur Charakterisierung der Gemüter in der Jury zweckentfremden ließ. Das »Denkbare«, beliebig in Stahl oder Beton Ausführbare, sei das Gegenteil einer qualitätvollen architektonischen Detailarbeit Mies van der Rohe'schen Vorbildes. Die »Technokraten« im Staat, namentlich »Schnelle, Ehmcke (sic) und Genossen«, hätten das Preisgericht hin zum »ortlosen Funktionalismus« gelenkt. Was sich Conrads stattdessen gewünscht hätte, nennt er »Baukunst«, und die erreiche man nicht automatisch, sobald alle Auflagen des Wettbewerbes erfüllt seien. Der Chefredakteur kam zu der resignierten abschließenden Einschätzung: »Nun also in Abwesenheit von Baukunst: Länge mal Tiefe mal Höhe in keinen anderen als den Zweckbezug gesetzt, Proportionen aus den Lüftungsquerschnitten gesogen. Kurz, das Bauwerk als Apparat.«

Mit der Apparat-Metapher traf Conrads ins Schwarze, denn eine Architekturmaschine war tatsächlich ganz im Sinne des Bauherrn und Nutzers, jedoch benennt die »Bauwelt« dies als den grundlegenden Fehler. Conrads Bewertungskriterium »Baukunst« hingegen war bei Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs durch die Bundesbaudirektion nicht ein einziges Mal genannt worden und stellte keine Kategorie bei der Bewertung der Entwürfe durch die Jury dar. Motivation und Ziele von Ausloberin und Fachöffentlichkeit hätten sich nicht weniger decken können.

Von dieser aus der Kenntnis des Geschehens schöpfenden, ebenso entschiedenen wie in der Sache des Bonner Hauptstadtausbaus engagierten Kritikermeinung Ulrich Conrads abgesehen, löste die Entscheidung keine Stürme der Entrüstung aus, weil jenseits der Bonner Lokalpresse kaum berichtet wurde. Im »Spiegel« beurteilte Hermann Funke, bezeichnet als »Spiegel-Mitarbeiter«, das Wettbewerbsergebnis im Kontext der Disziplin »Büroplanung«. Funke war als Architekt und Planer tätig und hatte 1965 eine architektursoziologische Dissertation zur Bürobauplanung publiziert.<sup>169</sup> Er ist wie Farenholtz zu der Architektenszene zu zählen, welche vom Quickborner Team beeinflusst war und die entsprechenden Ideen mittrug. Den Entwurf bezeichnet er als gelungen; vor allem die Konkurrenz der anderen wuchtigen Bauentwürfe lasse den Beitrag der Planungsgruppe Stieldorf positiv hervorstechen:

---

<sup>168</sup> Hier und im Folgenden U. CONRADS, Gut erfüllt, 1971, S. 1257.

<sup>169</sup> H. FUNKE, Bürogebäude, 1965.

»Alles war vertreten, in jeder denkbaren Kombination: das Runde, das Eckige, das Verwinkelte, das Verbogene, das Gestelzte und das Vergrabene, das Symmetrische, die freie Form, Rechteck, Dreieck, Fünf-, Sechs-, Achteck, das Strukturelle, das Brutale, sogar das Naive. Kein Wunder, daß die Jury einen Entwurf prämierte, an dem sie zunächst ganz vorüber gegangen war: den unscheinbarsten von allen.«<sup>170</sup>

Die Konkurrenzentwürfe hatten gewaltige Baumassen vorgesehen, viele in Form der typischen zeitgenössischen Terrassenbauten und Großstrukturen auf mehreckigen Grundrissen.<sup>171</sup> In diesem Umfeld erscheint der zurückhaltende Entwurf, der an keiner Stelle vom Bautyp Bürohaus abweicht, angemessen gewürdigt – die Problematik, die sich aus seiner herausgehobenen Rolle als Bundeskanzleramt ergibt, wurde dazu jedoch ausgeblendet.

### 3.2 *Die Vorgeschichte des Architekturbüros »Planungsgruppe Stieldorf«*

Hermann Funke schloss seine Besprechung des Ersten Preises im »Spiegel« mit dem Hinweis auf das Kuriosum des ersten Architekturwettbewerbs für die Hauptstadt Bonn: Mit der Planungsgruppe Stieldorf wurden ausgerechnet diejenigen Architekten gekürt, deren Godesberger Ministerienhochhäuser – damals ein Direktauftrag der Bundesbauverwaltung, der zu den kleiner dimensionierten von insgesamt sieben geplanten Hochhäusern zählte – 1969 für den Bonner Sturm der Entrüstung gesorgt hatten.<sup>172</sup> Daher ist zunächst die nahe Bekanntschaft der Stieldorfer mit der Bauherrin Bundesbaudirektion genauer zu beleuchten, die für ihre von Funke hervorgehobene exzellente Informiertheit und Ortskenntnis ursächlich gewesen sein dürfte. Vor allem kannten die Architekten die Denkweise und Erwartungen der Bauherrin, sodass sich eine enge persönliche Vernetzung der Protagonisten aus der Projektierungsphase fortsetzte.

Manfred Adams, Günther Hornschuh, Georg Pollich und Peter Türler, zwischen 1925 und 1934 geboren, verfügten zum Zeitpunkt des Kanzleramtswettbewerbs über bis zu 20 Jahre Berufserfahrung und galten dennoch als junges Architektenteam – wohl weil sie ihr Büro erst 1968 gegründet hatten (Abb. 35).<sup>173</sup> Die vier hatten im Jahr 1962 gleichzeitig eine freiberufliche Honorartätigkeit im Herzen der Bundesbaudirektion in Bonn aufgenommen. Dort war im selben Jahr eine intensive städtebauliche Planungs- und Entwicklungstätigkeit aufgenommen worden, um der Raumnot am Regierungssitz abzuhelfen: Es fehlte damals in räumlicher Hinsicht an allen Enden: Das Parlament benötigte dringend mehr Platz für Abgeordnete und Hilfsdienste, für Ausschussräume und ein Restaurant; auch der Bundesrat sollte neu untergebracht werden, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung benötigte Erweiterungen, ebenso die Villa Hammerschmidt und zahlreiche Ministerienbauten. Ein Gästehaus der Bundesregierung fehlte genauso wie eine Residenz

<sup>170</sup> H. Funke: Über die Seufzerbrücke zum Kanzler, in: Der Spiegel, Nr. 22, 24.5.1971, S. 34.

<sup>171</sup> Vgl. Publikation der ausgepreisten Entwürfe in W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971.

<sup>172</sup> Vgl. H. Funke: Über die Seufzerbrücke zum Kanzler, in: Der Spiegel, Nr. 22, 24.5.1971, S. 34. Zu den Bonner Baustreitigkeiten von 1969 siehe oben, Kap. II.2.1.

<sup>173</sup> Zunächst als »Planungsgruppe A. H. T.« von Adams, Hornschuh und Türler. Stieldorf ist ein Stadtteil von Königswinter bei Bonn und war damals Sitz des Büros.



Abb. 35 Erster Preis für Georg Pollich, Manfred Adams, Peter Türlér und Günther Hornschuh (Planungsgruppe Stieldorf). Aufnahme 12.5.1971.

für den Bundeskanzler, Parlamentarische Gesellschaft und Presseclub sollten umziehen, Presse- und Nachrichtenagenturen in einem Neubau zusammen untergebracht werden, und ein »großes, erstklassiges Hotel« stand ebenso auf der Wunschliste.<sup>174</sup>

Deswegen richtete der Leiter der Bauverwaltung im Bundesschatzministerium, Johannes Rossig, selbst gelernter Architekt, ein beratendes Gremium ein, den sogenannten Planungsrat, den er gemeinsam mit den renommierten Architekten und Professoren Egon Eiermann, Paul Baumgarten und Sep Ruf bildete.<sup>175</sup> Das fachlich exzellent besetzte Gremium zeichnete für den gestalterischen Gesamtüberblick verantwortlich, damit die zahlreichen Projekte nicht unglücklich nebeneinander her entwickelt würden. Ziel war es dabei nicht, eine Hauptstadt zu erschaffen, aber doch »die noch notwendigen Bauten des Parlaments und der Bundesregierung so einzuordnen, daß sie sich in den Gesamtraum organisch einfügen und seine künftige Entwicklung nicht verhindern«. <sup>176</sup>

Der Planungsrat arbeitete damit faktisch an einem städtebaulichen Masterplan für Bauten des Bundes in der Stadt Bonn – trotz des 1953 verhängten Baustoppgesetzes für Neubauten. Da es aus deutschlandpolitischen Gründen offiziell keine Hauptstadtplanungen für Bonn geben sollte, liefen die Bemühungen im Schatzministerium streng geheim ab – durchsickernde Gerüchte über existierende Masterplanungen wurden der Presse gegen-

<sup>174</sup> Vermerk betr. Baumaßnahmen zur Erweiterung des Bundeshauses sowie für die Unterbringung oberster Bundesbehörden im Raume Bonn, ohne Datum (März 1962), BArch B 157/3462.

<sup>175</sup> Vgl. ebd.

<sup>176</sup> Schatzminister Hans Lenz an Bundeskanzler Adenauer, 13.4.1962, BArch B 157/3444, zitiert nach J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 69.

über sogar dementiert.<sup>177</sup> Für die Tätigkeit des Planungsrates, die 1968 eingestellt wurde, hat sich daher das Schlagwort »Geheimplanungen« des Bundes etabliert.<sup>178</sup>

Mehrere konkrete Entwürfe für Bundesbauten gingen aus der Tätigkeit des Planungsrates hervor: Der Kanzlerbungalow (Sep Ruf, 1963–64),<sup>179</sup> das Abgeordnetenhochhaus (Egon Eiermann, 1966–69), der Umbau des kriegsbeschädigten Reichstagsgebäudes in Berlin zum Sitzungsort für Bundestagsfraktionen und -ausschüsse (Paul Baumgarten, 1961–73) und die Godesberger Ministerien- beziehungsweise Kreuzbauten (Teilrealisierung Planungsgruppe Stieldorf, 1969–74). Einzig die Planung des Abgeordnetenhochhauses als Parlamentsbau wurde öffentlich diskutiert und im Parlament beschlossen; Parlamentspräsident Eugen Gerstenmaier vertrat den Neubau entschlossen gegenüber der Öffentlichkeit, während die übrigen genannten Bauprojekte im Geheimen vorangetrieben wurden.<sup>180</sup>

Zur Ausarbeitung der durch die drei Professoren verantworteten Entwürfe brachten sie jeweils zwei »bewährte bisherige Mitarbeiter« mit, die pauschale Honorarverträge von der Bundesbaudirektion erhielten und dort permanente Arbeitsplätze nutzten.<sup>181</sup> Diese Mitarbeiter bildeten die sogenannte »Planungsgruppe« und arbeiteten unmittelbar und ausschließlich dem Planungsrat zu. Einmal im Monat reisten die beratenden Professoren in Bonn an und begutachteten die weiter bearbeiteten Entwürfe und Modelle.

Baumgarten, Eiermann und Ruf bemühten sich explizit darum, die Planungsgruppe mit jungen Mitarbeitern erster Wahl zu besetzen, und ihre Auswahl war es, die später die Partner des Architekturbüros »Planungsgruppe Stieldorf« präfigurierte: Manfred Adams (geb. 1931) kam auf Empfehlung von Sep Ruf, dessen Meisterschüler er war.<sup>182</sup> Georg Pollich (geb. 1928) wurde von seinem Lehrer Egon Eiermann mit der Referenz empfohlen, er habe »in Brüssel eine nicht ganz unwesentliche Mitarbeit geleistet«.<sup>183</sup> Die Gruppe bestand weiter aus den Architekten Brandel (Eiermann-Empfehlung), Nitschke (Baumgarten-Empfehlung) und Schott. Peter Türler (geb. 1934) war 1960 ebenfalls bei Sep Ruf diplomiert worden, und Günther Hornschuh (geb. 1925), ein weiterer Baumgarten-Schüler, stieß als letzter im August 1962 zur Gruppe hinzu.<sup>184</sup> Eiermann schrieb zufrieden: »Ich kann uns alle nur beglückwünschen, diese Männer zu bekommen.«<sup>185</sup>

<sup>177</sup> Vgl. detaillierter vierseitiger Aktenvermerk UAL III A, betr. Neues Regierungsviertel in Bonn, 3.8.1961, BArch B 157/3471.

<sup>178</sup> So bereits bezeichnet bei O. FLAGGE, Bundeshauptstadt Bonn, 1984, S. 29.

<sup>179</sup> Vgl. zum Zusammenhang dieses Bauauftrages mit Rufs Tätigkeit im Planungsrat erstmals bei G. ADLBERG, Kanzlerbungalow Erhaltung, 2009, S. 18f. Hinweise auf Rufs Mitwirkung im Planungsrat auch bei I. MEISSNER, Sep Ruf, 2013, S. 266–268.

<sup>180</sup> Vgl. J. KRÜGER, Finanzierung, 2006, S. 71.

<sup>181</sup> Vermerk betr. Baumaßnahmen zur Erweiterung des Bundeshauses sowie für die Unterbringung oberster Bundesbehörden im Raume Bonn, BArch B 157/3462.

<sup>182</sup> Ruf an Rossig, 10.1.1962, BArch B 157/3462.

<sup>183</sup> Gemeint sind Eiermanns Ausstellungspavillons für die Bundesrepublik Deutschland bei der Internationalen Weltausstellung in Brüssel (1958). Eiermann an Rossig (undatiert), BArch B 157/3462.

<sup>184</sup> Hornschuh an Rossig, 30.6.1962, BArch B 157/3462.

<sup>185</sup> Eiermann an Rossig, 8.2.1962, BArch B 157/3462.



Als Leiter der Planungsabteilung der Bundesbaudirektion nahm auch Robert Glatzer (1925–1995) an den regelmäßigen Sitzungen des Planungsrates mit der Planungsgruppe teil. Er war bereits seit 1958 bei der Bundesbaudirektion tätig, zuvor arbeitete acht Jahre lang im Planungsamt beim Senat in West-Berlin. Als Altersgenosse von Hornschuh und Pollich sollte er 1970 ebenfalls Partner des Büros Planungsgruppe Stieldorf werden.

Fast sechs Jahre lang arbeiteten die genannten jungen Architekten in der Planungsgruppe der Bundesbaudirektion eng zusammen, bevor sie den Schritt in die Selbstständigkeit machten. In einer Buchpublikation, in der sie später Bauten und Projekte des eigenen Büros vorstellten, liest man darüber, »daß diese 6 Jahre ein unschätzbare Training für gegenseitiges Verständnis im menschlichen und architektonisch-technischen Bereich waren.«<sup>186</sup> Vielleicht um an die erfolgreichen Kooperationsformen anzuschließen, übernahmen sie die Bezeichnung »Planungsgruppe« in den Namen ihres Büros.<sup>187</sup>

Die großen Übereinstimmungen zwischen den Architekten, die in der Bundesbaudirektion erst Kollegen und dann Freunde wurden, und die allgemein gute Chemie zwischen den Mitgliedern von Planungsrat und Planungsgruppe belegt auch ein Schreiben von Rossig an die drei Professoren vom 23. November 1963, als man fast zwei Jahre geplant hatte. Es habe sich gezeigt, dass

»Gemeinschaftsarbeit nur dann von Erfolg ist, wenn menschliche Kontakte und geistige Übereinstimmungen bestehen. Die Planungssitzungen im Beisein der jungen Architektengruppe gaben nicht nur Gelegenheit zu einem fruchtbaren Fachgespräch, sie waren viel mehr als dies, sie waren Anlass echter Begegnungen, etwas, was in unserer Zeit selten geworden ist.«<sup>188</sup>

Zwei Aspekte aus dieser Vorgeschichte sind für den Kanzleramtswettbewerb höchst relevant: Zum einen wuchsen die Architekten aus der Planungsgruppe über die Jahre in die Strukturen der Bundesbaudirektion ein. Dies war wohl durch ihre tägliche Anwesenheit dort nicht zu vermeiden, allerdings nicht im Sinne der Professoren. Denn diese konnten irgendwann nicht mehr voll über die Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter verfügen. So klagte Eiermann gegenüber Rossig:

»Wie die Zustände liegen, ist mir besonders klar geworden, als ich von Herrn Pollich hörte, er sei dringend mit einem Gebäude auf dem Hof des Finanzministeriums beschäftigt, während ich ihn im Interesse der mir zgedachten oder zugesagten Aufgabe gebeten hatte, sich mit einer anderen, verbilligten Lösung des Bundeshauskomplexes zu befassen.«<sup>189</sup>

Zum anderen waren die Planungsgruppenmitglieder bestens informiert über anstehende Bauprojekte des Bundes im Planungsgebiet des Regierungsviertels, über deren Rahmenbedingungen, die Denk- und Sichtweise der Verantwortlichen, Verfahrensweisen der Verwaltung und bauliche Standards.

<sup>186</sup> W. TAUBNER, Planungsgruppe, 1978, unpag.

<sup>187</sup> Laut Pollich war der Begriff damals neu und lag im Trend (Gespräch mit Georg Pollich am 25. Februar 2011, Königswinter).

<sup>188</sup> Rossig an Baumgarten, Eiermann und Ruf, 25.11.1963, BArch B 157/3462.

<sup>189</sup> Eiermann an Regierungsbaudirektor Carl Mertz, 24.2.1964, BArch B 157/3462.

Die Bürogründung 1968 stand denn auch in unmittelbarem Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen rund um das Baugeschehen in Bonn. Eigens zu Entwurf und Ausführung des Bauabschnittes A der Bad Godesberger Ministerien-Kreuzbauten wurde das Büro Stieldorf gegründet.

Es ist gut möglich, dass der persönliche Kontakt der ehemaligen Planungsgruppenmitglieder zu Robert Glatzer zum Vorteil gereichte, als 1970 der Kanzleramtswettbewerb ausgeschrieben wurde. Glatzer trat selbst im gleichen Jahr in die »Planungsgruppe Stieldorf« mit ein, war aber am Entwurf nicht beteiligt. Doch er hatte für die Bundesbaudirektion ab Januar 1970 vielfach an Sitzungen mit der Arbeitsgruppe Neubau im Bundeskanzleramt teilgenommen, unter anderem auch an der ersten Klausurtagung der Gruppe in den Seminarräumen in Quickborn, wo Arbeitsziele festgelegt, Teamarbeitsweisen eingeübt und vorbildliche Planungsräume besichtigt wurden.<sup>190</sup> Auch an einzelnen Sitzungen des Arbeitskreises Bundesbauten Bonn nahm Glatzer teil und erlebte entsprechend die vorbereitenden Planungen für den Kanzleramtsneubau hautnah.<sup>191</sup>

Die Stieldorfer Architektengemeinschaft, so kann aus dieser Gesamtlage geschlossen werden, verfügte über Kenntnis der Abläufe in der Bauverwaltung, persönliche Kontakte zu der das Auslobungsverfahren durchführenden Bundesbaudirektion, Wissen über die Wünsche und Ziele des künftigen Nutzers und die Motivation von Kanzleramtschef Ehmke. Damit nutzte sie kein Geheimwissen, stand aber besser im Stoff als andere Büros. Vielleicht trug dies dazu bei, dass ihr zurückhaltender Entwurf beim Wettbewerb ins Schwarze traf. Hermann Funke deutete dies so:

»Adams, Hornschuh, Pollich und Türler spekulierten nicht auf einen Preis, sondern gezielt auf den Bauauftrag. Selbst wenn ihr Entwurf nicht den ersten Preis bekommen hätte (...), hätte er gute Aussichten gehabt, verwirklicht zu werden: Seine Details sind wie gehabt, er kann aus Fertigteilen errichtet werden, ließe sich ohne Schwierigkeiten ein wenig länger oder breiter machen und wird sicherlich nicht allzu teuer.«<sup>192</sup>

Georg Pollich berichtete dem widersprechend, die Teilnahme am Wettbewerb sei ohne große Erwartungen auf einen Bauauftrag erfolgt, man habe es einfach mal versucht.<sup>193</sup> Befragt zu den Entwurfsintentionen für den Kanzleramtsbau sagt Pollich, der bei diesem Projekt innerhalb der Architektengemeinschaft federführend war, man habe sich von der Idee leiten lassen, etwas ganz Einfaches zu machen, einen durch Weglassen von nicht Notwendigem auf das Wesentliche reduzierten Entwurf, hierin ganz der modernistischen Auffassung folgend. Es sei klargewesen, dass die Auftraggeber »kein Symbol« wollten. Neben prägenden Einflüssen durch seinen Lehrer Egon Eiermann benannte er im Gespräch auch Ludwig Mies van der Rohe und dessen Farnsworth House (Plano, Illinois 1950/51). Die Umgänge vor den Fassaden habe er explizit von Eiermann übernommen

<sup>190</sup> Glatzers Anwesenheiten siehe unten, Anm. 98, S. 210.

<sup>191</sup> Kurzprotokoll über die Besprechung »Neubau Bundeskanzleramt« am 21.1.1970, 8.00 Uhr, im Bundeskanzleramt – Planungspavillon, 22.1.1970, StA Bonn, No2/189.

<sup>192</sup> H. Funke: Über die Seufzerbrücke zum Kanzler, in: Der Spiegel, Nr. 22, 24.5.1971, S. 34.

<sup>193</sup> Hier und im Folgenden Gespräch mit Georg Pollich am 25. Februar 2011, Königswinter.



Abb. 36 Planungsgruppe Stieldorf: Kreuzbauten (1969–1975). Aufnahme vor 1978.

men.<sup>194</sup> Die Ausführung folgte dann jedoch dem Zeitgeschmack. Man orientierte sich dabei an der Formensprache des »new brutalism«, so Pollich.

Der Kanzleramtsentwurf schreibt die erst kurz zuvor, 1968, begonnene Arbeit des Büros Stieldorf fort: Die Kreuzbauten sind ebenfalls dem Brutalismus zuzuordnen (Abb. 36 und siehe Abb. 86). Die beiden zwölf bis 15 Geschosse hohen Turmhochhäuser auf kreuzförmigem Grundriss sind im Erdgeschoss auf Stützen gestellt. In den Kreuzarmen kommen zwei hüftige Bürotrakte unter. Aus Sichtbeton, Stahl und Glas entstanden skulpturale, mächtige Formen, insbesondere bei den charakteristischen Treppenhäusern.<sup>195</sup> Die wiedererkennbaren Fassaden, in der Hochwertigkeit ihrer Durcharbeitung dem Eiermann'schen Abgeordnetenhochhaus vergleichbar, sorgen für weithin sichtbare Akzente in der Bonner Umgegend.

Im direkten Vergleich zu den skulpturalen Formen der Kreuzbauten wirkt der Kanzleramtsentwurf geradezu dezent-minimalistisch. Er beschränkt sich auf ein einziges Fassadenmaterial, die Strenge des Stützenrasters und rückwärtig versetzte Fensterbänder. Zudem fällt auf, dass die Architekten ihren zweiten Bonner Bau nun sehr niedrig anlegen, ja geradezu im Park des Palais Schaumburg eingraben. Diese Zurückhaltung des Entwurfs gefiel nicht nur der Wettbewerbsjury, sondern könnte auch auf die unmittelbare Erfahrung

<sup>194</sup> Auch an Eiermanns Abgeordnetenhochhaus (1963–69) hat Pollich als Planungsgruppenmitglied mitgearbeitet.

<sup>195</sup> Vgl. C. OTTENHAUSEN, Kreuzbauten, 2011.

Architekten mit dem großdimensionierten Kreuzbauten-Komplex zurückgehen, nachdem dieser so viel Gegenwehr der Bonner Bürger hervorgerufen hatte.

### 3.3 *Planänderungen nach dem Architekturwettbewerb*

Nachdem der Wettbewerb im November 1970 ausgeschrieben worden war, sollte man annehmen, dass die Tätigkeit des Quickborner Teams im Kanzleramt zu Ende gewesen sei – doch dies war nicht Fall. Die Quickborner erhielten weitere Beratungsaufträge. So ist nach Entscheidung des Architekturwettbewerbes zunächst weiter vom Wirken der Planungsberater in Bonn zu berichten.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit für das Kanzleramtsprojekt war die Beratung des Quickborner Teams auch Gegenstand öffentlicher Kritik gewesen, auch weil die Honorare bekanntermaßen hoch waren. Sowohl von der Presse als auch von manchem Mitglied der Bundesverwaltung wurde kein entsprechender Nutzen erkannt. Jedoch überwog das Vertrauen in die neuen Verfahren und Neugier auf die Ergebnisse. Am 3. Februar 1970 hatte der Leiter der Bauabteilung im Bundesschatzministerium, Johannes Rossig, nach einem längeren Gespräch mit Abteilungsleiter Kern im Bundeskanzleramt einen vertraulichen Vermerk für sein Ministerium verfasst, in dem er zwar Zweifel an einem zukünftigen »konkreten Ergebnis dieser Studien« äußert, die er jedoch für »interessante Studien und Tests [hielt], bei denen nach allen Richtungen sicherlich auch über den vorgenannten Auftrag hinaus Überlegungen und Fragen angestellt werden«.

Die Rolle des Quickborner Teams innerhalb der Arbeitsgruppe Neubau wurde explizit auf eine beratende Tätigkeit begrenzt:

»Dr. Kern versicherte mir, dass Minister Ehmke und auch er selbst die Arbeiten des Büros mit grösstem Interesse, aber auch mit aller notwendigen Distanz verfolge. Auf keinen Fall werde das BKA das Heft aus der Hand geben, vielmehr mit aller Entschiedenheit sich letzten Endes eine eigene Meinung bilden. Das Quickborner Team könne nur Hilfsorgan sein.«<sup>196</sup>

Für ein »Hilfsorgan« wirkte Wolfgang Schnelle jedoch in der erkennbaren Konkurrenz zur schon länger das Kanzleramt beratenden Studiengruppe für Systemforschung sehr gezielt darauf hin, dass das organisatorische Grobkonzept für das Kanzleramt letztlich »gemeinsam mit dem Quickborner Team erarbeitet werden müsse«.<sup>197</sup> Damit bündelte er früh die Kompetenzen im Zentrum der Arbeitsgruppe in seiner Person und sicherte seiner Firma zugleich künftige Beratungsaufträge.<sup>198</sup> Dies zahlte sich für das Quickborner

<sup>196</sup> Vermerk AL VII, VI/B/2-B1104-31/70, vertraulich, betr. Neubau Bundeskanzleramt; Gespräch mit MinDirektor Dr. Kern, BKA, am 2.2.1970, 3.2.1970, BArch B 134/17252.

<sup>197</sup> Wolfgang Schnelle im Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252.

<sup>198</sup> Tatsächlich wurde eine Tätigkeit der Studiengruppe für Systemforschung für das Bundeskanzleramt über den 31. Dezember 1970 hinaus durch die Haushaltsabteilung nicht befürwortet, unter anderem mit der Begründung, dass bestimmte Aufgaben inzwischen durch das Quickborner Team und den Planungsstab erledigt werden könnten. Vermerk Referat I/1 Org., 8.6.1970, betr. Studiengruppe für Systemforschung (StS), hier: Möglichkeit der Weiterarbeit im BK, BArch B 136/3994.

Team aus: Nachdem die Arbeitsgruppe Neubau vor der Ausschreibung des Architekturwettbewerbes ergebnisoffen Zukunftsszenarien und mögliche Organisationsformen erörtert hatte, stand die Überprüfung der praktischen Umsetzungsmöglichkeiten noch aus. Sie wurde nach dem Architekturwettbewerb durch eine »Arbeitsgruppe Organisation« im Kanzleramt geleistet. Das Konzept für die Erprobungsphase hatten die Berater bereits im Mai 1970 gegenüber Abteilungsleiter Kern beschrieben mit dem offen ausgesprochenen Hinweis darauf, dass sie ab Herbst nicht mehr viel zu tun hätten, da die Durchführung des Architekturwettbewerbes in der Verantwortung der Bundesbaudirektion liege.<sup>199</sup>

Unmittelbar nach der Wettbewerbsausschreibung, im November 1970, reichte das Quickborner Team bei der Amtsleitung die ausführliche Konzeptskizze ein. Darin ging es darum, wie die für das Bauprogramm lediglich in groben Zügen beschriebene neue Organisationsform im Kanzleramt weiter untersucht und erprobt werden könnte.<sup>200</sup> Die detaillierten Ergebnisse sollten anschließend in die Durcharbeitung des noch auszuwählenden Bauentwurfes einfließen.<sup>201</sup> Kanzleramtschef Ehmke stimmte dem Vorhaben zu, da »die zu gewinnenden Erfahrungen vermutlich Auswirkungen auf den Neubau« haben würden.<sup>202</sup> Tatsächlich wurde ein entsprechend lautender Folgevertrag für neun weitere Monate geschlossen, der als gezielte und termingenaue Akquise eines lukrativen Folgeauftrags durch das Quickborner Team identifizierbar ist.<sup>203</sup>

So sollten unter Quickborner Anleitung Anfang 1971 umfängliche praktische Erprobungen und Detailplanung der angestrebten neuen Arbeitsweise im Kanzleramt beginnen.<sup>204</sup> Der Wettbewerbsausschreibung zugrunde gelegt worden war das Konzept der »integrierten Abteilungsstruktur«. Diese bedeutete ein eigens für das Kanzleramt entwickeltes, miteinander verzahntes Nebeneinander zweier gänzlich unterschiedlicher Arbeitsformen. Es gelang jedoch einer Gruppe von Amtsmitarbeitern, ihre Kritik an dieser Struktur effektiv zu artikulieren und damit die Reformideen bezüglich Großraumbüros und Teamarbeit zu Fall zu bringen, bevor der Wettbewerb – im Mai 1971 – überhaupt entschieden war. Dies wird im Folgenden dargestellt. Die Erprobungsphase endete daher mit Festlegungen,

<sup>199</sup> Quickborner Team (in der Planungsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt«) an MD Dr. Kern, Bonn, 19.5.1970, BArch B 136/4269.

<sup>200</sup> Quickborner Team: Vorschlag zur Erprobung von Organisationsmodellen im BK, Bonn, 25.11.1970, Privatarchiv Mauch; ebenso BArch B 136/4034.

<sup>201</sup> Quickborner Team (in der Planungsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt«) an MD Dr. Kern, Bonn, 19.5.1970, BArch B 136/4269.

<sup>202</sup> Vermerk Arbeitsgruppe Organisation, I/1-00000-Ar 8/71, 4.2.1971, betr. Erprobung des von der Arbeitsgruppe Organisation zu erarbeitenden Organisationskonzeptes, hier: Abteilungsleiterbesprechung mit Herrn Minister am 3.2.71, Privatarchiv Mauch.

<sup>203</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Quickborner Team, Bonn, 23.12.1970, BArch B 136/4269.

<sup>204</sup> Die Gruppe wurde aus Bediensteten aller Abteilungen des Kanzleramtes gebildet, einschließlich dem Vorsitzenden des Personalrats, Klaus Seemann. Moderiert wurde sie von Wolfgang Schnelle, Hansjörg Mauch und Rainer Iblher (alle Quickborner Team). Vgl. Arbeitsgruppe Organisation I/1 M-0000-Ar 8/71, Zwischenbericht, Bonn, 27.4.1971, Privatarchiv Mauch. Ihre Arbeitsgrundlage waren die Ergebnisse der Untersuchungen zur Organisation des Bundeskanzleramtes aus dem Jahr 1970, welche sich in Berichten der Studiengruppe für Systemforschung sowie in der Wettbewerbsausschreibung für den Neubau niederschlugen hatten.

die Teile des Raum- und Funktionsprogrammes zurücknehmen, welche konstitutiv für die Wettbewerbsausschreibung gewesen sind. Diese Kursänderungen sind als Voraussetzung für die Bauausführungsplanung des Neubaus äußerst relevant.

Die Arbeitsgruppe Organisation führte unter Anleitung des Quickborner Teams zunächst zahlreiche Interviews mit Amtsmitarbeitern, und es wurden thematische Fragebogen verteilt, um typische Arbeitsabläufe und den Zeitbedarf hierfür zu ermitteln. Diese aufwändigen Erfassungen ließen bei manchen der Befragten im Kanzleramt den Eindruck einer unliebsamen Durchleuchtung entstehen:

»Im Bundeskanzleramt selbst erinnert man sich sehr gut der Herren aus dem Norden. Denn im Laufe der Quickborner Amtsdurchleuchtung wurde kaum ein Bediensteter im Palais Schaumburg von der Sezierung seiner Tätigkeitsmerkmale ausgenommen, von der Sekretärin bis zu den Abteilungsleitern und dem Staatssekretär. »Es gibt im niemanden im Hause, der nicht mindestens einmal von den Herren in die Mangel genommen worden ist.«<sup>205</sup>

Aus den Ergebnissen leitete die Gruppe verändernde Maßnahmen ab.<sup>206</sup> Ab April 1971 stand die praktische Erprobung des Konzeptes mit Abteilung IV im Kanzleramt an. Ihr Leiter, Dr. Herbert Ehrenberg, sei für Reformideen aufgeschlossen gewesen. »Egal was, Hauptsache was Neues«, beschrieb Hansjörg Mauch dessen damalige Haltung.<sup>207</sup> Die Mitarbeiter von Abteilung IV hatten nun das Zusammenspiel zwischen der bisherigen Referententätigkeit, die durch die Führungsebene stärker strukturiert und priorisiert werden sollte, der neuen Arbeitsgruppentätigkeit und dem unterstützenden Sekretariatsservice zu erlernen und ihre Funktionalität zu evaluieren. Die gebildeten Arbeitsgruppen wiederum sollten Planungsräumlichkeiten und -techniken erproben und Erfahrungen damit an die Arbeitsgruppe Organisation rückkoppeln.

Wolfgang Schnelle wollte die Testphase ursprünglich in einem Stockwerk von Haus II durchführen, wohin die gesamte Abteilung umziehen sollte. Einige Wände im Mittelteil des zweihüftig angelegten Scheiben-Bürohauses hätten entfernt werden müssen, um die offene »zentrale Zone« zu schaffen. Eine Handzeichnung des Quickborner Teams skizziert diesen Grundriss.<sup>208</sup> Die Planungsgruppen wären im benachbarten Planungspavillon zusammengetreten. Haushaltsmittel standen für die Baumaßnahmen jedoch nicht zur Verfügung. Daher wurden die Räume in der Adenauerallee 120 als Alternative ausgewählt.<sup>209</sup>

<sup>205</sup> S. Schelling: Es plant und plant und plant, in: Welt am Sonntag, 5.3.1972, S. 5.

<sup>206</sup> Hansjörg Mauch, als Berater des Quickborner Teams in der Arbeitsgruppe tätig, im Gespräch am 8. März 2010 in Quickborn. Aus seinem Archiv etwa Gesprächsleitfaden und Fragebogen zur »Analyse des Aktenbockes«. Sie wurde im Jahr 1971 durchgeführt. Die Arbeitsgruppe Organisation leitete aus den Ergebnissen ab, dass die Arbeit der Referenten bisher durch den Akteneingang auf dem Aktenbock rhythmisiert wurde, weswegen es notwendig sei, dass Priorisierung von zu Erledigendem durch die Abteilungsleitung vorgegeben werden müsse. Vgl. hier und im Folgenden Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Organisation, 27.4.1971, Privatarchiv Mauch.

<sup>207</sup> Gespräch mit Hansjörg Mauch in Quickborn, 8. März 2010.

<sup>208</sup> Vgl. Quickborner Team, Vorschlag zur Erprobung von Organisationsmodellen im BK, Bonn, 25.11.1970, Privatarchiv Mauch.

<sup>209</sup> Vgl. MD Braun an Gruppenleiter AL I/1, 14.1.1971, betr. beabsichtigte Umbaumaßnahmen im Haus II, BArch B 136/4034.

Was war mit der »integrierten Abteilungsstruktur« genau intendiert? Mitarbeiter des mittleren und höheren Dienstes sollten neue freie Arbeitszeit gewinnen und in großem Umfang neben ihrer bisherigen eher passiv-reaktiven Tätigkeit am Schreibtisch aktiv frühkoordinierend in projektbezogenen Arbeitsgruppen wirken. Dieses Konzept der Frühkoordinierung basierte auf der rationalistisch geprägten Überzeugung, dass ein Problem und seine Auswirkungen in Gänze tatsächlich überschaubar würden, wenn man es nur mit der erforderlichen Methodik bearbeite und in der heterogen zusammengesetzten Arbeitsgruppe genügend Expertise hinzuziehe.

Die Erprobungen dieser Arbeitsform vor Baubeginn sollten klären, wie die Arbeitsgruppen sinnvoll zusammengestellt und in den Ablauf der übrigen Abteilungsarbeit integriert werden könnten. Es ging also um Einüben und Praxistest einer äußerst kleinteiligen Organisationsform, die im Folgenden umrissen sein soll, um das Gedankengebäude hinter dem Begriff »integrierte Abteilungsstruktur« fassbar zu machen.

Die temporären Arbeitsgruppen benötigten zu Beginn ein Briefing durch die Führungsspitze und sollten sogar eigene Sekretariatsdienste in Anspruch nehmen können. Die Abteilungen selbst gedachte man effizienter zu organisieren durch Maßnahmen auf personeller, räumlicher und organisatorischer Ebene. In einer großen offenen Bürozone im Zentrum jeder Abteilung würden Sekretärinnen und Schreibkräfte als Pool zusammengefasst, statt wie bisher direkt für die Abteilungsleiter in deren Vorzimmern zu arbeiten. Entlastet durch Textverarbeitungssysteme hätten sie in der offenen und zentralen Raumsituation den notwendigen Überblick über die Abläufe und könnten als Informationszentrum und unterstützend im Abteilungsmanagement wirken, etwa durch kontinuierliches Fortschreiben von Zeit-, Arbeits- und Prioritätslisten an großen Wandtafeln. Damit verlören die Abteilungsleiter das Statussymbol des Vorzimmers, während die ehemalige Vorzimmerdame neue organisatorische und kommunikative Aufgaben erhielte. Auch die Aktenregistratur und ein zentraler Vervielfältigungsservice sollten für jede Abteilung zentral in der offenen Zone eingerichtet werden und somit die Akten nach dem Prinzip der kurzen Wege in kürzerer Zeit verfügbar machen. Die übrigen Bediensteten könnten von ihren Arbeitsplätzen in Einzelbüros über die offene Zone in Projektarbeitsräume gelangen, als Büro großräume, in denen sie einen Großteil ihrer Arbeitszeit planerisch tätig wären. Die Möblierung dieser Räume würde planungsfreundlich flexibel erfolgen, wie das Quickborner Team es im Planungspavillon vorgeführt hatte. In der angestrebten »integrierten Abteilungsstruktur« könnte der traditionelle Abteilungsbetrieb nicht von Veränderungen unberührt bleiben, weil eine effizienzsteigernde Arbeits- und Zeitplanung erst die Zeitkapazitäten der Mitarbeiter für Frühkoordinierung in Arbeitsgruppen freimachen würde. Innerhalb der Arbeitsgruppen würden die Mitglieder in gleichberechtigten Teams tätig, während innerhalb der Abteilungen die hierarchische Ordnung fortbestände.<sup>210</sup>

---

<sup>210</sup> Im Zuge der Bauprogrammplanung war die Diskussion von Organisationsmodellen in der Planungsgruppe Neubau »von Zweifeln an der alleinigen Zweckmäßigkeit der hierarchisch geordneten Arbeit bestimmt. Methodische Gruppenarbeit tritt als mögliche Ergänzung zur Hierarchie in den Vordergrund.« Das Gegenteil der Hierarchie in seinem Extremum, wenn »nur noch flexible Gruppen (...) um die Amtsspitze organisiert sind«, fand auch keine Zustimmung. Die »Planungsgruppe ist überzeugt, daß die Ten-

Doch ob die sechsmonatige praktische Erprobungsphase im April tatsächlich begann beziehungsweise ob ihre Ergebnisse noch relevant waren, ist fraglich, denn am 17. März ließ der langjährige Personalratsvorsitzende im Kanzleramt, Klaus Seemann, eine Bombe platzen. Er versandte ein zwei Tage zuvor an Kanzleramtschef Ehmke gerichtetes Schreiben als offenen Brief an »alle Amtsangehörigen«. <sup>211</sup> Darin informierte er über den Beschluss des Personalrats »zur Frage der integrierten Abteilungsstruktur mit der Bitte um Kenntnisnahme«. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Organisation kritisierte er in einem zehneitigen Pamphlet die Einschränkung der Untersuchungen und Erprobungen auf das Konzept der »integrierten Abteilungsstruktur«. Sie sei »unproduktiv« und ihre Erprobung sei »nicht aus den Bedürfnissen der Arbeit unserer Amtsangehörigen erwachsen«. Innerhalb der Gruppe moderierte das Quickborner Team »einseitig« in Richtung auf die Lösung der »integrierten Abteilungsstruktur«. Seemann kritisierte die politische Festlegung der sozialliberalen Regierung auf Planungstechniken und widerspricht der Auffassung von einer »Krise der Hierarchie, einer kranken Hierarchie oder dem fortschreitenden Funktionsverlust der Führungspyramide der Amtshierarchie«: »In der Krise befindet sich lediglich der patriarchalische autoritäre Führungsstil aus der Zeit des Absolutismus, der sich zum kooperativen Führungsstil wandeln muß.« <sup>212</sup> Der Personalrat propagierte 1971 den sogenannten kooperativen Führungsstil nach dem »Harzburger Modell«, bei dem durch die Führungsebene Handlungsverantwortung auf niedrigere Hierarchiestufen verlagert wird. <sup>213</sup> In der Teamarbeit, so Seemann, werde mit Brainstorming und »chinesischen Wandzeitungen« eine Methode propagiert, die für politische Probleme lediglich »eine grobe Gliederung und Strukturierung« leisten könne.

Sicherlich mit seiner Skepsis gegenüber der Omnipotenz der Quickborn-Methoden richtig liegend, ist der mit dem Schreiben als Kampfansage formulierte Widerstand des CDU-dominierten Personalrates als politische und persönliche Verweigerung gegenüber Maßnahmen der Amtsleitung zu bewerten, die nach dem Regierungswechsel ihren Apparat auf Linie zu bringen versuchte. Die Eskalation der Spannungen, auf die dieser Brief hindeutet, wurde spät eingeleitet: Der Architekturwettbewerb lief bereits. Der Personalrat war von Beginn aller Planungstätigkeiten für den Neubau im Januar 1970 an stets informiert und zu den Überlegungen eingeladen worden. <sup>214</sup> Nun bot vor allem die frühzeitige

---

denzen, die sich aus der Neubestimmung der »Funktion« des Bundeskanzleramtes ergeben werden, kein Verharren im rein hierarchischen System zulassen werden«. Planungsgruppe Neubau, Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 3.

<sup>211</sup> Der Vorsitzende des Personalrats im Bundeskanzleramt an alle Amtsangehörigen, 17.3.1971, betr. Reorganisation des Bundeskanzleramtes; hier: Modelle des »Quickborner Teams«, Privatarchiv Mauch.

<sup>212</sup> Ebd., S. 6.

<sup>213</sup> Zum hierarchisch geprägten, feste Arbeits- und Verantwortungsbereiche für einzelne Mitarbeiter festlegenden Managementsystem des Harzburger Modells, 1962 entwickelt in der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg, vgl. R. HÖHN, Harzburger Modell, 1967; A. v. SALDERN, Harzburger Modell, Bielefeld 2009.

<sup>214</sup> Vgl. Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe »Neubau Bundeskanzleramt« am 19.12.1969, 10.00 Uhr im Bundeskanzleramt, 19.12.1969, BArch B 134/17252. – Zwischen Januar und Dezember 1970 sind vier Gespräche der Planungsgruppe Neubau mit dem Personalrat dokumentiert (siehe Anm. 36, S. 87). Einzig das dritte Treffen thematisierte Veränderungen der Abteilungsstrukturen, wie aus den Angaben



Festlegung auf bestimmte Vorgaben durch die Amtsleitung Angriffsflächen für Kritik. Diese Angriffsflächen waren umso größer, weil die Ideologie hinter dem Quickborner Verfahren Offenheit der Ergebnisse, Austausch, Egalität der Teammitglieder und Partizipation aller Interessierten versprach. »Mißerfolge, so glauben die Quickborner, sind selten. Weil die ›Beplanten‹ beteiligt sind, weil sie unmittelbar, in jeder Sekunde, ›halt, so nicht!‹ rufen können, weil alles von den Betroffenen mitverantwortet wird. Die Subjektivität ist da raus (...),«<sup>215</sup> werden sie zitiert. Hier wird die Ideologie eines vermeintlich objektivierenden, alle Aspekte eines Problems berücksichtigenden, sämtliche Vorstellungen integrierenden und dadurch Erfolg garantierenden Planungsprozesses und seiner Indienstellung für Machtinteressen sichtbar.

»Integrierte Abteilungsstruktur«, Brainstormingmethode und offene Bürolandschaften trafen innerhalb des Amtes auf so starken Widerstand, dass die Experimente 1971 abgebrochen wurden und Planung »by discussion«<sup>216</sup> von Kanzleramtschef Ehmke demnach nicht durchgesetzt werden konnte. So kam es nach der Vergabe des Bauauftrages an die Planungsgruppe Stieldorf und auch während der Bauausführungsplanungen zu Planänderungen. Festzuhalten für die weitere Analyse ist dennoch das Faktum der Übernahme eines kybernetischen Organisationskonzeptes in die Wettbewerbsausschreibung, das Arbeitsweise und Beschaffenheit der Räumlichkeiten miteinander in enge Beziehung setzt, innerhalb der Neubauplanungen mit den Vorstellungen von Regierungsarbeit des Kanzleramtschefs Horst Ehmke eine geradezu organische Verbindung einging und sich schließlich im Grundriss der realisierten Regierungszentrale in Teilen sichtbar auskristallisiert hat; in der Bauanalyse sind diese ebenso wie anschließende Planänderungen nachzuzeichnen.

### 3.4 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Für das Kanzleramtsprojekt präsentierten die Quickborner Berater der planenden Arbeitsgruppe zunächst ihre Erfahrungen mit flexiblen Bürolösungen und deren Layout; ihr Training in Planungs- und Kooperationstechniken sollte kreative Lösungen bei den Mitgliedern der interdisziplinären Gruppe vermehren. Zugleich wollten sie die Arbeitsweise der gesamten Organisation so umschulen, dass in Zukunft das Potenzial der neuen Büroräume voll zur Entfaltung käme. Dazu würden die Räumlichkeiten auch kontinuierlich an die sich wandelnde Organisation anzupassen sein. Diese kybernetisch aufgefasste wechsel-

---

zum Inhalt der Gespräche hervorgeht. 1971 wurde Seemann auf Quickborner Vorschlag hin bewusst und permanent in die »Arbeitsgruppe Organisation« eingebunden: »Die Arbeitsgruppe ›Organisation‹ müßte wiederholt mit dem Personalrat konferieren, um dessen Beteiligung an der Erprobung sicherzustellen.« Quickborner Team: Vorschlag zur Erprobung von Organisationsmodellen im BK, 25.11.1970, Privatarchiv Mauch. Mit Seemann kam keine produktive Zusammenarbeit zustande. Dieser fühlte sich als Sieger: »Ende 1971 gibt Ehmke schließlich auf und erklärt, daß es nicht gelungen sei, Programmstruktur und Haushaltsproblematik in der Planung zu verbinden, eine Erkenntnis, die er schon vorher hätte haben können, wenn er auf den Personalrat gehört hätte.« K. SEEMANN, Entzaubertes Bundeskanzleramt, 1975, S. 53.

<sup>215</sup> S. Schelling: Es plant und plant und plant, in: Welt am Sonntag, 5.3.1972, S. 5.

<sup>216</sup> G. METZLER, Konzeptionen, 2005, S. 366.

spielhafte Verbindung von Architekturraum und Arbeitsprozess war jedoch eingebettet in einen von Kanzleramtschef Ehmke festgelegten Rahmen hinsichtlich Terminen, Standort, technischer Ausstattung und grob skizzierter Organisationsstruktur. Es wurde herausgearbeitet, dass der Arbeitsgruppenprozess von Beginn an auch als Inszenierung von modernem Regierungshandeln der Bundesregierung öffentlichkeitswirksam eingesetzt wurde. Die Amtsleitung instrumentalisierte den Arbeitsgruppenprozess teilweise sogar zur Erzeugung einer Scheindiskursivität. Beispielsweise erarbeitete die Gruppe den Ausschreibungstext für den Bauwettbewerb eigenständig und unter Abwägung aller Faktoren. Doch es wurde verschleiert, welche Rahmenvorgaben schon vorab von der Amtsleitung gekommen waren. Die Existenz der Arbeitsgruppe Neubau und vor allem die öffentlichen Kolloquiumsveranstaltungen im Herbst 1970 in Bonn müssen in Zusammenhang mit der aufgeheizten Stimmung unter Bonner Bürgern gesehen werden, sodass die Deutung möglich ist, dass Ehmke das Quickborner Team auch als Blitzableiter für den Bonner Bürgerzorn ins Kanzleramt geholt hat.

Das dem Architekturwettbewerb zugrunde liegende Programm erscheint im Rückblick als ungeeignet, um ein neue Ära des Bauens in Bonn einzuläuten. Die Ausloberin, die Bundesbaudirektion, verbat sich Repräsentativität und städtebauliche Dominanz, vermittelte jedoch keine darüber hinausreichende Idee oder Vorstellung an die Entwerfer. Noch entscheidender war, dass sie keine inhaltlichen Aussagen dazu machte, was der Neubau – über das kollegiale Verhalten der Organisation Bundesregierung hinaus – repräsentieren sollte. So konnten auch keine gestalterischen Vorschläge hierzu entstehen. Der Siegerentwurf wick nicht entscheidend von der Ästhetik des bisherigen Bauens des Bundes in Bonn ab. Doch nach diesem Kriterium wertete die Öffentlichkeit.

Ehmkes Gremien hatten einzig auf die lange vermisste »Funktionsfähigkeit« in der provisorischen Hauptstadt Bonn hingearbeitet. Sie umgingen mit diesem organisatorischen Funktionalismus, der vorgeblich keine repräsentativen Ansprüche und Qualitäten erhob, auch eine inhaltliche Diskussion. Diese wäre unvermeidlicherweise zu führen gewesen, wenn ein deutscher Staat nach dem Nationalsozialismus eine repräsentative Hauptstadt zu bauen begonnen hätte. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit Selbstverständnis und Geschichte fand vor und während des Kanzleramtsneubaus nicht statt – stattdessen setzte sich die Kritik der Bonner am Gebaren des Bundes als Bauherr fort.

Wie gezeigt werden konnte, war es die Wettbewerbsjury, die in der Bewertungssitzung die hinsichtlich der formalen Gestaltung unspezifizierte und teilweise widersprüchliche Ausschreibung mit ihrer Grundsatzentscheidung für ein Bürohaus konkretisierte. Diesen Bautypus erachtete sie als geeignet, und zwar sowohl hinsichtlich der gewünschten Funktionalität als auch im Minenfeld deutschland- und geschichtspolitischer Implikationen. Sie empfahl der Ausloberin einen besonders schlichten, minimalistisch-reduzierten Entwurf. Er ist wohl nicht zufällig von ortsansässigen Architekten eingereicht worden, die mit der Bonner Gesamtsituation und mit den Bedürfnissen und Nöten der Bundesbaudirektion infolge einer langjährigen Zusammenarbeit vertraut waren. Auch diese Gemengelage ist typisch für die besondere historische Situation, von der das Kanzleramtsprojekt nicht getrennt betrachtet und verstanden werden kann.

Noch während der laufenden Wettbewerbsausschreibung wurde die Reform der Organisationsstrukturen im Kanzleramt – konkret die von der Arbeitsgruppe Neubau erarbeitete »integrierte Abteilungsstruktur« – durch internen Widerstand verhindert, sodass das Raumprogramm zum Zeitpunkt des Wettbewerbsentscheids bereits Makulatur war. Der Befund deutet auf die Verwässerung der angestrebten, perfekt auf die arbeitende Organisation abgestimmten Architekturmaschine Kanzleramt voraus. Das Kanzleramt, das Ehmke sich vorgestellt hatte, sollte weder organisatorisch noch baulich jemals entstehen. Bereits Ende 1972 sollte Ehmke als Kanzleramtschef abgelöst werden und verlor damit nach nur drei Jahren den Einfluss auf das von ihm selbst angestoßene Bauprojekt.

Die Öffentlichkeit begleitete die Bauaktivitäten des Bundes in Bonn weiterhin kritisch. Ehmkes Alleingang eines frühzeitig ausgeschriebenen Kanzleramts Wettbewerbs parallel zum Beginn einer diskursiven Stadtplanungspraxis des Bundes in Bonn hatte von Beginn an zu einer negativen Bewertung des auf höchster Machtebene durchgesetzten Baus geführt. Dieser thematische Faden wird im vierten Kapitel, in dem es um die Rezeptionsgeschichte des Kanzleramtes geht, wieder aufgegriffen werden.

Nicht von ungefähr konnte die bisherige Darstellung auf die Begriffe »Architektur«, »Baukunst« oder »Ästhetik« fast verzichten. Diese Aspekte traten während der Konzeptionsphase des Gebäudes völlig in den Hintergrund, und in den ersten beiden Kapiteln ging es darum, genau diese Konzeption zu vergegenwärtigen. Nur die Architekturkritik, etwa in der »Bauwelt«, brachte das Kriterium »Ästhetik« in die Diskussion um das Wettbewerbsergebnis ein. Da Raum und Ästhetik selbstverständlich auch dann erzeugt werden, wenn diese Aspekte in den einer Architektur zugrunde liegenden Ideenwelten keine Rolle spielen, soll im Folgenden die geschaffene Architektur konkret in den Blick genommen werden.

Farbtafeln

Taf. 1 Josef Schulz: Verbindungsbauteil zwischen Abteilungs- und Kanzlerflügel, genannt Seufzerbrücke. Aufnahme 2001.



Taf. 2 Heinrich Klotz: Bundeskanzleramt, Ansicht von Südwesten hinter Bauzaun und Stacheldraht. Aufnahme Februar 1976.



Taf. 3 Arbeitsmaterialien des Quickborner Teams (heute: Metaplan).



Taf. 4 Gabriele Kahnert: Wachgebäude und Zufahrt Bundeskanzleramt. Aufnahme vor 1998.



Taf. 5 Bundeskanzleramt in Aufsicht – die am häufigsten publizierte fotografische Ansicht. Aufnahme 7.10.1976.



Taf. 6 Großer Kabinettsaal. An der Wand Ernst Ludwig Kirchners »Alpsonntag der Bergbauern« (vgl. Abb. 101). Aufnahme 4.10.1976.

Taf. 7 Internationaler Konferenzraum (Nato-Saal). Spiegeldecke als Kunst am Bau von Adolf Luther (rechts oben).

Taf. 8 Josef Schulz: Flurbereich im Abteilungsbau vor zwei Personenaufzügen, nahezu bauzeitlicher Zustand. Aufnahme 2001 (rechts unten).







Taf. 9 Park Schaumburg, herbstliche Bäume vor Bundeskanzleramt. Aufnahme 2.10.1998.



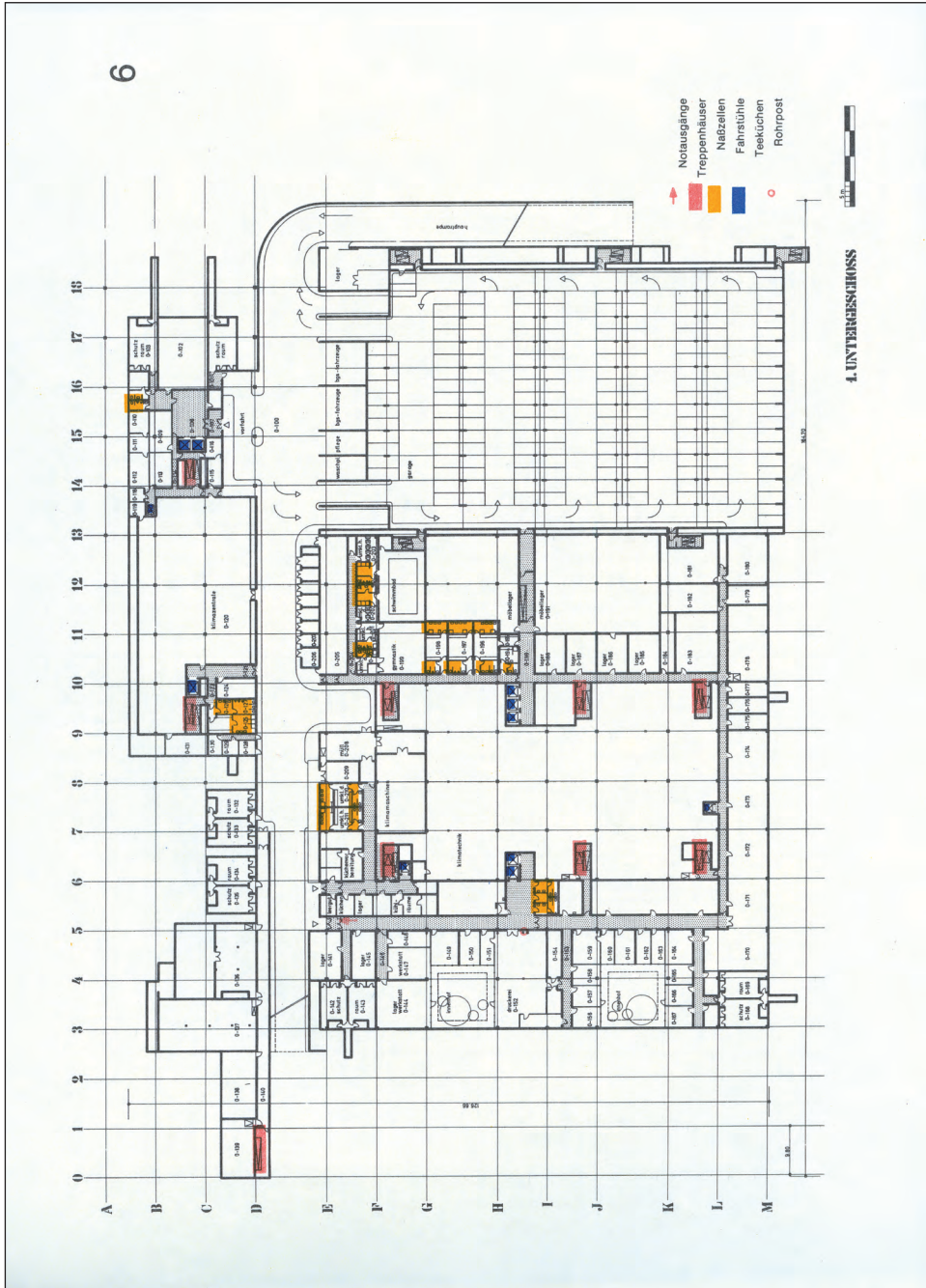
Taf. 10 Blühende Bäume und Fahnenmast vor dem Bundeskanzleramt. Aufnahme 24.4.1987.



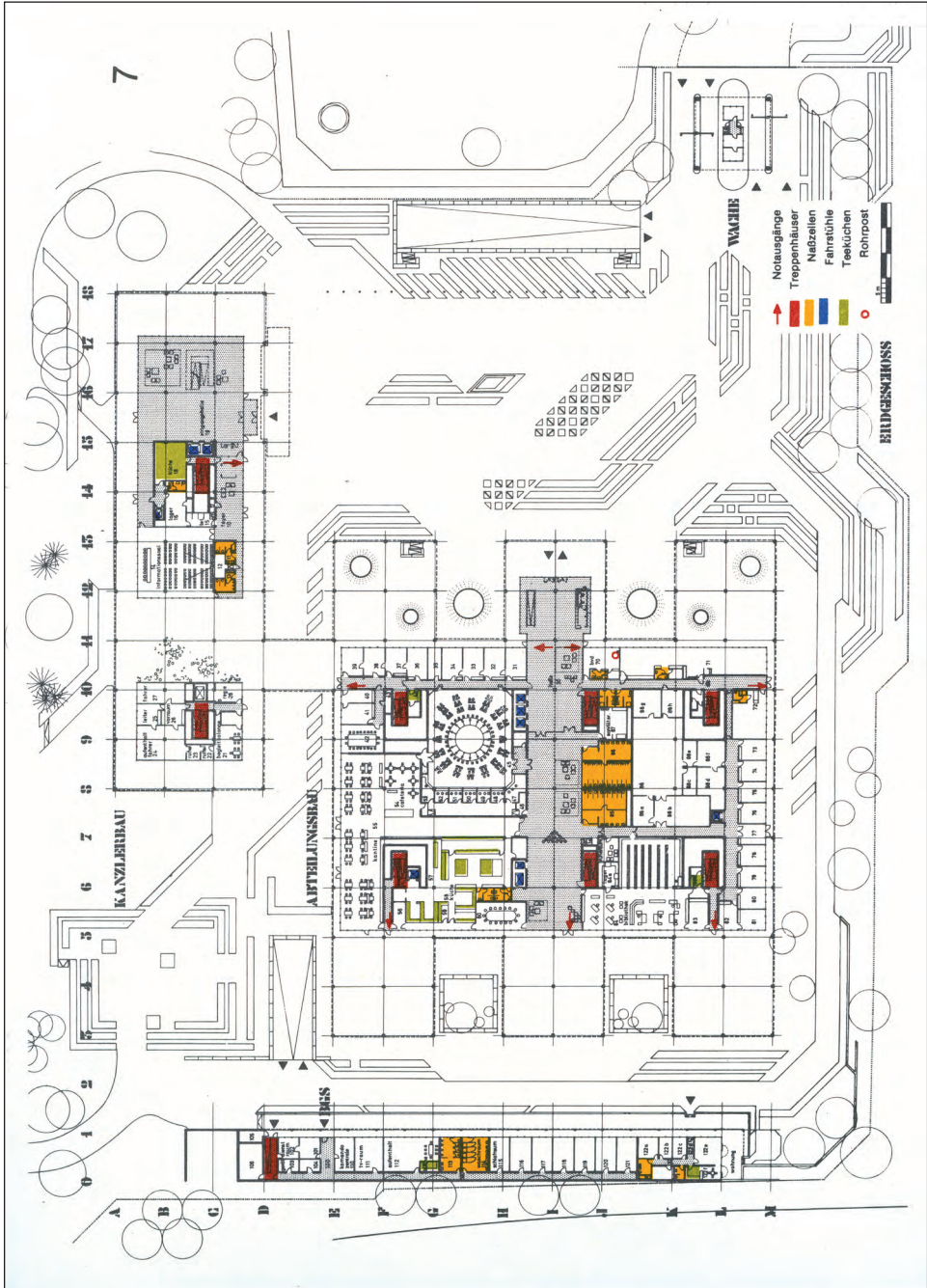
Taf. 11 Typische Rahmung der »Large Two Forms« vor dem Bundeskanzleramt durch Bäume und Grün. Aufnahme 12.6.1996.



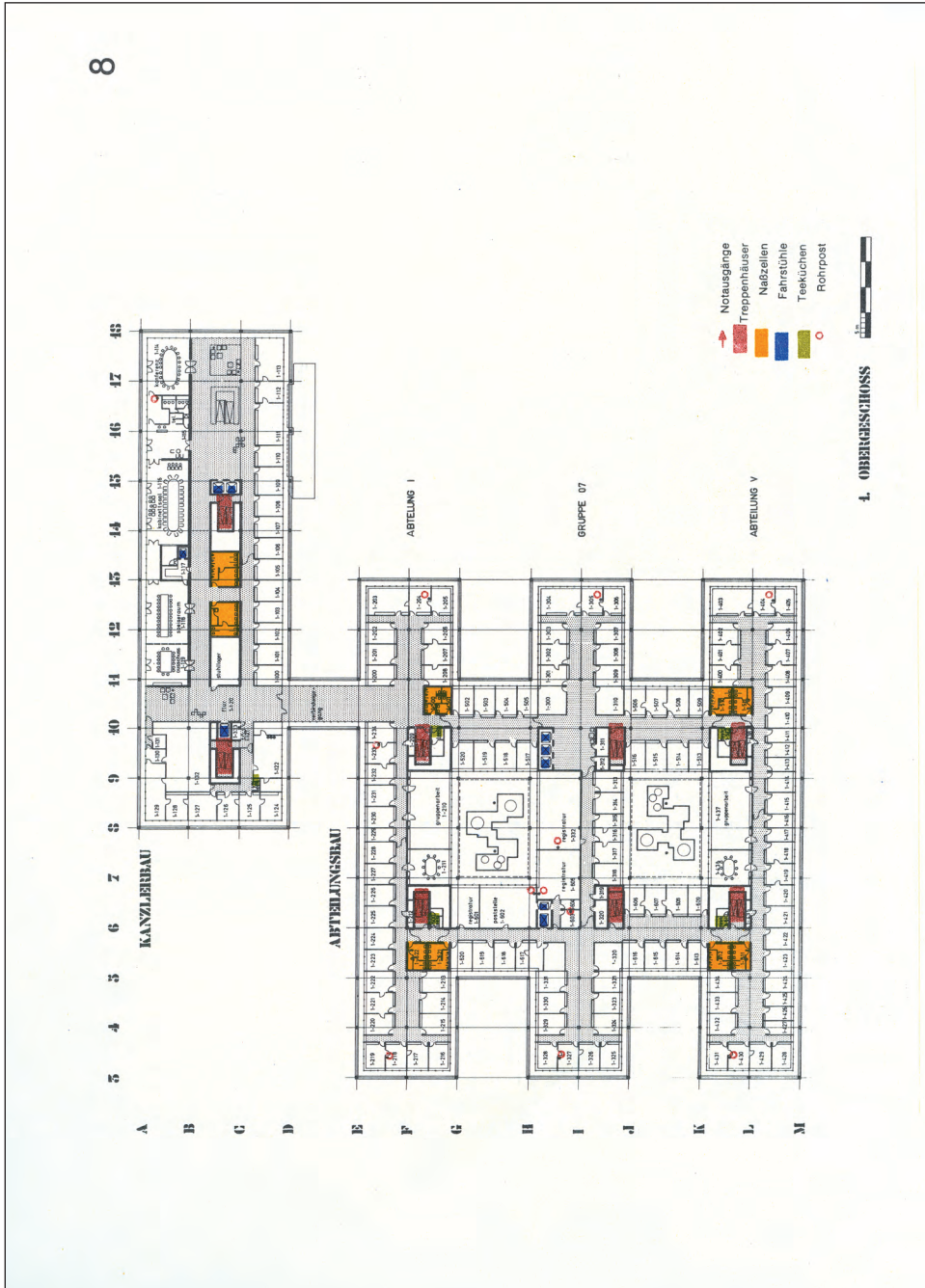
Taf. 12 Otto Mueller: »Badende im Schilfgraben«, 1922, Öl auf Rupfen, 92 x 79 cm.



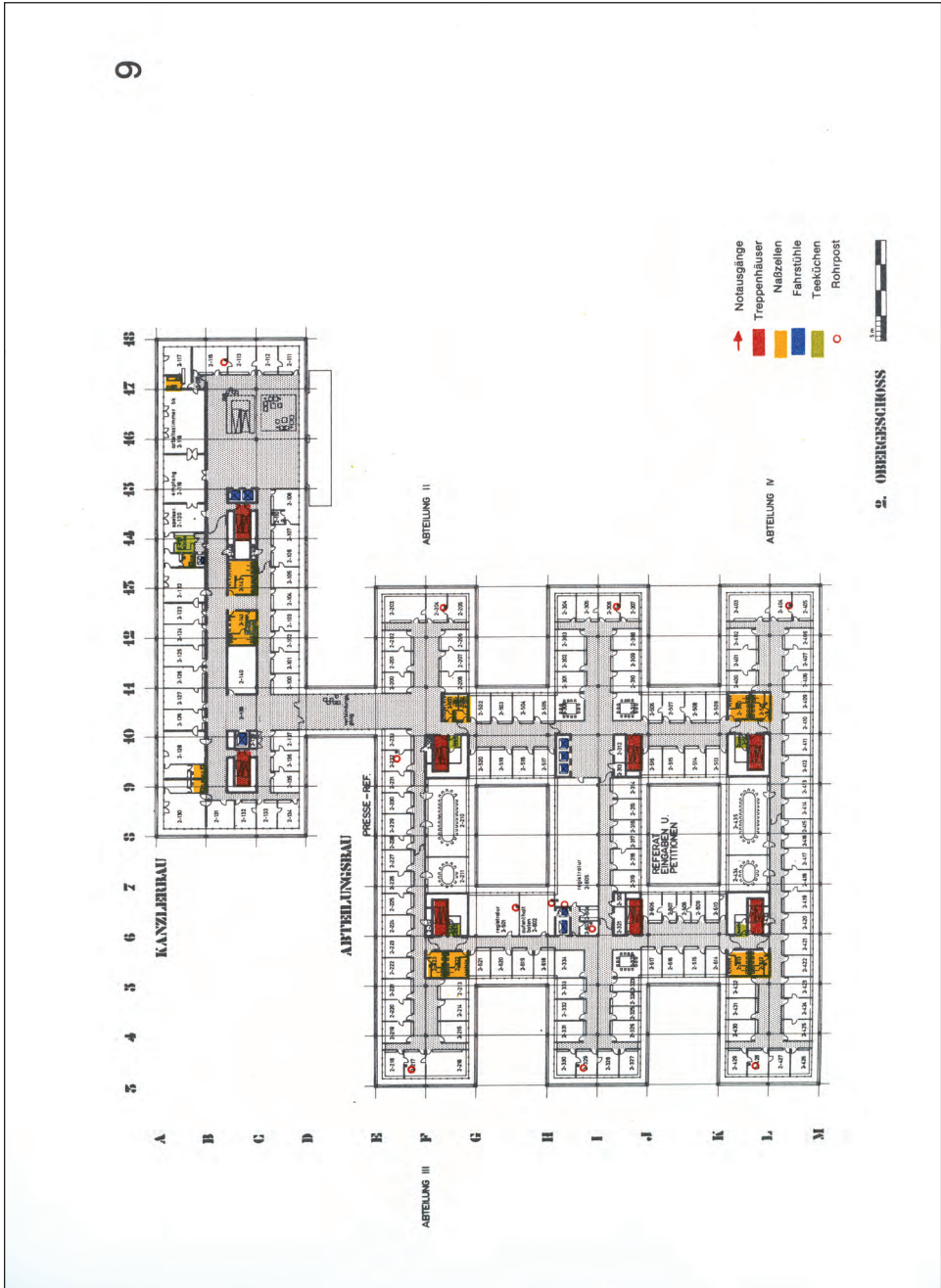
Taf. 13 Neubau Bundeskanzleramt: Grundriss Untergeschoss, 1976.



Taf. 14 Grundriss Erdgeschoss, 1976.



Taf. 15 Grundriss erstes Obergeschoss, 1976.



Taf. 16 Grundriss zweites Obergeschoss, 1976.



## Drittes Kapitel

### Bauanalyse Bundeskanzleramt

Nach der Entscheidung des Architekturwettbewerbes im Mai 1971 erhielten die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf den Bauauftrag und konnten unverzüglich mit der Bauausführungsplanung beginnen. Die Ausschreibung für die Durchführung der Baumaßnahme, die mit 106 Millionen Mark abgerechnet werden sollte, gewann der Generalunternehmer Gehrman Consult. Die Bauleitung zog in den bereits zuvor errichteten Planungspavillon ein. Eine zeitweise Haushaltsmittelsperre erzwang von Oktober 1972 bis etwa Mitte Januar 1973 einen Planungsstopp.<sup>1</sup> Am 27. November 1973 konnten die Bauarbeiten mit einem Ersten Spatenstich begonnen werden. Richtfest wurde am 15. Oktober 1974 gefeiert, und zwischen dem 2. und 4. Juli 1976 zog das Kanzleramt in den Neubau ein.

Bevor in einer kunsthistorischen Bauanalyse verschiedene Themenbereiche vertieft werden, muss zunächst ein Überblick über die zahlreichen Einrichtungen im Neubau stehen. Insgesamt schafft der Komplex oberirdisch 7852 Quadratmeter Büroräume sowie 9752 Quadratmeter Flächen für sogenannte Sonderräume, also für Besprechungszimmer und Konferenzräume. Außerdem ist Platz für eine 305 Quadratmeter große Bibliothek und eine noch größere Kantine, Registraturen, Archive sowie die Kanzler- und Kabinettsflächen und einen Presse- und Informationsraum mit 211 Quadratmetern. Der Bau umfasst zusätzlich zu den oberirdisch sichtbaren drei Stockwerken zwei Tiefgeschosse, die auch den gesamten Vorplatz mit einer Tiefgarage unterziehen (Taf. 13). Möglichst viele der haustechnischen und infrastrukturellen Räumlichkeiten wurden absichtlich in diesen Keller verlegt, um das Gebäude niedrig zu halten. So beherbergten die Tiefgeschosse eine hauseigene Druckerei, Küchenbereiche, Kühlräume, Lager sowie einen Gynastikraum und ein kleines Hallenbad, letztere Sportanlagen insbesondere für die in Schichtdienst arbeitenden Beamten des Bundesgrenzschutzes. Manche dieser Räume im Untergeschoss haben Tageslicht, da zur Adenauerallee hin die Erde zwischen den Kopfbauten ausgehoben wurde. Das zweite Tiefgeschoss nimmt vor allem die Klimatechnik auf, und die Tiefgarage verfügt über eine zweite Tiefebene, sodass hier insgesamt 10833 Quadratmeter Stellflächen zur Verfügung stehen. Ein Grundriss dieser Ebene wird nicht abgedruckt.

Ein separater, über die erste Tiefgeschossebene angeschlossener Bauteil ist fast unsichtbar angelegt. Er hat ein begrüntes Dach, richtet zum Hauptgebäude hin eine eingeschos-

---

<sup>1</sup> Erst die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1973 am 18.6.1973 schaffte die Voraussetzungen für den Beginn der Bauarbeiten. Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, I/01201 Ne 5, betr. Neubau Bundeskanzleramt, 14.5.1974, BArch B 136/9837.– Detaillierte Darstellung der haushaltsmäßigen Situation des Neubauprojektes: Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 21.12.1972, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Überblick über den bisherigen Planungsstand und die Probleme des Neubauprojektes, S. 7–10. BArch B 136/9836.

sige Fensterreihe und beherbergt die Wachgruppen des Bundesgrenzschutzes auf 708 Quadratmetern. Von der Adenauerallee, wo man sich auf der Höhe der Dachbegrünung befindet, schaut man dank eines Geländeversprungs darüber hinweg.<sup>2</sup>

Der Neubau bildete zusammen mit den älteren beiden Kanzlerarchitekturen, also dem Palais Schaumburg und dem Kanzlerbungalow, eine Gesamtanlage innerhalb des historischen Parks des Palais Schaumburg (siehe Abb. 7). Das Bauensemble wird von einer Zaunanlage umschlossen und ist über eine einzige, Tag und Nacht kontrollierte Zufahrt beim Neubau erreichbar.<sup>3</sup> Der Neubau übernahm die funktionalen Anforderungen der administrativen Regierungsarbeit, während der Kanzlerbungalow weiterhin den Dienstwohnsitz für den Kanzler zur Verfügung stellte und weitere repräsentative Räume für Veranstaltungen mit persönlicherer Atmosphäre bereithielt. Das Palais diente als Kulisse für repräsentative Anlässe. Erst das Ensemble bildete das vollwertige Zentrum der operativen und repräsentativen Regierungsgeschäfte einschließlich Wohnfunktion. Es splittet die Bauaufgabe Regierungszentrale in ihre drei klassischen Funktionen Repräsentation, Residenz und Administration auf und verteilt sie auf jeweils passende Bautypen. Das Palais wurde durch den Neubau nicht ersetzt, sondern ergänzt, wie auch die offizielle Dokumentation in der Zeitschrift des Bundesbauministeriums betont:

»Der Entwurf sieht einen flachen Baukörper vor, der in der städtebaulichen Situation unter Verzicht auf eigene dominante Wirkung eine verbindende und ordnende Funktion zwischen den angrenzenden Bereichen des Bundesdistrikts hat. Das Palais Schaumburg ist als integrierter Bestandteil berücksichtigt. Durch seine größere Höhenentwicklung wird seine Stellung gegenüber dem Neubau unterstrichen.«<sup>4</sup>

Der Präsident der Bundesbaudirektion Leuschner benannte die repräsentative Funktion des Altbaus innerhalb des Ensembles so: »Das Palais, als Sitz des Bundeskanzlers seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hat bereits Tradition und wird auch weiterhin vom Bundeskanzler bei repräsentativen Anlässen genutzt werden.«<sup>5</sup> Diese funktionale Verbundenheit zwischen Altbauten und Neubau kommt im Architektonischen allerdings nicht deutlich zum Ausdruck, wie auch Leuschner später einräumte.<sup>6</sup> Einzig die räumliche Bezugnahme der drei Baukörper im Park Schaumburg könnte man hier anführen: Mit den gegeneinander versetzten Bauteilen des Neubaus ist ein Bezug hergestellt zum gegenüber liegenden, im 19. Jahrhundert zu einem L-förmigen Grundriss erweiterten Palais Schaumburg sowie zum Kanzlerbungalow. Letzterer wurde auf dem Grundriss zweier an den Ecken ineinander geschobener Quadrate errichtet. Doch diese Bezüge sind meist nur in Plänen oder Luftaufnahmen wirklich zu erfassen (siehe Abb. 8). Daher soll der Neubau von 1976 vor der im vorangegangenen Kapitel vollständig entrollten

<sup>2</sup> Die Flächenangaben nach: Neubau Bundeskanzleramt (Informationsbroschüre für Amtsmitarbeiter; undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), S. 15f., Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.

<sup>3</sup> Die ältere Zufahrt zum Palais Schaumburg an der Adenauerallee wurde geschlossen.

<sup>4</sup> H. BOHNENKAMP, Bundeskanzleramt, 1976, S. 406–408.

<sup>5</sup> W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 509.

<sup>6</sup> Vgl. W. LEUSCHNER, Bauten des Bundes, 1980, S. 26.

Folie seines Entstehungshintergrundes denn auch weiterhin als Solitärarchitektur in den Blick genommen werden.

Auf eine Erfassung der wichtigsten architektonischen Charakteristika folgt eine Orientierung über die innere Disposition, wobei Bezüge zwischen dem ursprünglichen Wettbewerbsentwurf, seinen wesentlichen Überarbeitungen und dem Gebauten hergestellt werden. Kennzeichnende Architekturelemente werden ebenso architekturhistorisch verortet wie der angewendete Bautypus. Diese Vorarbeiten bilden die Grundlage für eine ikonologische Ausdeutung, bei der insbesondere die technisch hochgerüstete Ausstattung zu berücksichtigen sein wird.

## 1. Baubeschreibung

### 1.1 Annäherung und Zutritt

Ein zu Fuß um das Gebäude gehender Betrachter, der sich einen ersten Eindruck von der Architektur verschaffen möchte, wird zunächst etwas ratlos bleiben: Die Volumina und die Gesamtform lassen sich von einem nahegelegenen Betrachterstandpunkt nicht erschließen, da der Bau sich bei niedriger Höhe breit ausdehnt und dabei keine markante Schaufront ausprägt (siehe Abb. 2). Während seiner Nutzungszeit als Kanzleramt gab sich das Haus noch nicht einmal deutlich als Staatsbau zu erkennen: Nirgends fanden sich Hoheitszeichen wie Wappen oder Flaggen an der dunklen glatten Fassade, etwa als Kennzeichnung des Haupteingangs. Lediglich eine Fahnenstangenreihe, rheinseitig entlang des Vorplatzes, gab einen Hinweis, dass es sich um einen öffentlichen Bau handelte. Und ein etwa hüfthohes, dunkelbraunes Schild mit dem Schriftzug »Bundeskanzleramt« und dem Hoheitszeichen Bundesadler stand vor dem Wachhäuschen an der Hauptwache (Abb. 37 und Taf. 4). Ein Mitglied des Bundesgrenzschutzes sagte der Lokalpresse anlässlich der Aufstellung dieses Schildes im Februar 1977, also acht Monate nach Einzug des Amtes: »Jetzt sind wir endlich die vielen Touristen los, die immer fragten, was das für ein Gebäude sei.«<sup>7</sup>

Die dunkle Farbe des Fassadenmaterials prägt die Wirkung des Gebäudes entscheidend. Zu Beginn der Planungen hatten die Architekten »aus Gründen der architektonischen Gestaltung und des Sonnenschutzes« sogar braun getönte Fensterscheiben vorgesehen, die beim Nutzer jedoch aufgrund arbeitsphysiologischer Aspekte nicht durchsetzbar waren.<sup>8</sup> Nicht klären ließ sich hingegen, wie es zu der Entscheidung für die dunkle Eloxierung

<sup>7</sup> Ein Schild für das Kanzleramt, in: Bonner Rundschau, 4.2.1977.

<sup>8</sup> Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Überblick über den bisherigen Planungsstand und die Probleme des Neubauvorhabens, 21.12.1972, BArch B 136/9836. – Das Seagram Building (Ludwig Mies van der Rohe, 1958) verdankt einen Großteil seiner Eleganz in Farbfotografien der Bronzetönung seiner Glasvorhangfassade. Die Beliebtheit von eloxierten Aluminiumfassaden und getönten Curtain-Walls ist auf das Seagram Building zurückzuführen. Vgl. hierzu R. LANGE, Architektur, 2003, S. 14.



Abb. 37 Schild vor dem Wachgebäude an der Zufahrt zum Bundeskanzleramt. Aufstellung im Februar 1977.

des Aluminiums an der Fassade kam.<sup>9</sup> Kanzleramtsmitarbeiter Bobbert aus der Arbeitsgruppe Neubau im Bundeskanzleramt jedenfalls distanzierte sich mit einem ausführlichen Aktenvermerk von der Verantwortung für die ausgeführte Fassadenfarbe.<sup>10</sup> Seine rückblickende Darstellung der Ereignisse vom Februar 1975 zeigt, dass ausgerechnet die Fassade, die Visitenkarte jeder Architektur, bei den Verantwortlichen durchweg als nicht gelungen, ja sogar als Baumangel angesehen wurde:<sup>11</sup>

»Von verschiedener Seite wurde ich in den letzten Monaten darauf hingewiesen, daß die Außenfassade des neuen Bundeskanzleramtes einen düsteren und tristen Eindruck macht. Dieser Punkt wurde übrigens mit dem ChefBK am 27. Dezember 1974 im Planungspavillon kurz erörtert. Anlässlich eines Besuches Ende Januar d. J. äußerten die Herren Gehrman sen. und Gehrman jun. die gleichen Bedenken. Gehrman sen. erklärte, er habe nach Rücksprache mit Herrn Kalinna – die Firma Kalinna hat den Auftrag für die Alu-Fassaden-Elemente bekommen – einen Versuch zur Aufhellung der dunklen Fassade veranlaßt. Die Firma Kalinna werde einige hellere Fassadenelemente anbringen. Anhand dieses Modells solle dann an Ort und Stelle untersucht werden, ob eine Aufhellung der Fassade möglich sei oder nicht. [...] Im jetzigen Augenblick sei es aber sinnlos, ein solches Experiment überhaupt noch durchzuführen, weil die Fassaden-Elemente bereits in der Produktion seien und eine Änderung ohnehin nicht mehr möglich sei. Dieses Ergebnis ist m. E. sehr bedauerlich, da die Bemühungen um eine Aufhellung der tristen Fassade durchaus im

<sup>9</sup> In einem Vermerk des ausführenden Generalplaners Gehrman Consult vom 7.2.1975 heißt es, dass die Farbe durch die Bauleitung (»ohne Beteiligung durch das BK«, wie Bobbert handschriftlich an den Rand schrieb) am 7.2. 1975 für gut befunden worden ist. Es seien keine unterschiedlichen Farbmuster geliefert und an Ort und Stelle begutachtet worden. Zur Begründung heißt es, die Farbe Dunkelbronze sei bereits im Mai 1974 festgelegt und genehmigt worden. BArch B 136/9839.

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

<sup>11</sup> Die Fassadenfarbe findet in der »Zusammenstellung der Planungs- und Baumängel. Stand: 10.9.1976« Erwähnung: »Der schwarze Farbton der Außenfassade entspricht nicht der bei der Planung getroffenen Festlegung. Ausgewählt war ein mittlerer Bronzeton.« BArch B 136/9841.

Interesse des Bundeskanzleramtes gelegen hätten, denn der Neubau wird heute schon und m. E. nicht zu unrecht als ›Kanzlermausoleum‹ bezeichnet.«<sup>12</sup>

Doch trotz der düsteren Ansicht, die dem Bau die Herzen nicht zufliegen lässt, lohnt eine genauere Betrachtung. Der freistehende Baukomplex (siehe Abb. 1) besteht aus vier knapp hundert Meter langen Bauriegeln von jeweils drei Stockwerken. Drei dieser Riegel liegen parallel nebeneinander und sind durch Querverbindungen zu einem gitterförmigen Komplex verbunden. Der vierte, etwas aus der Flucht herausgeschobene Riegel liegt rechts hinter dem gezeigten Bildausschnitt, am nächsten zum Palais Schaumburg, und ist lediglich durch einen unterfahrbaren, als Brücke ausgebildeten Bauteil an das ungleich größere »Mutterschiff« des Gitterbaus angedockt.

Schon wieder auffällig in der Schlichtheit ist die reduzierte Einheitlichkeit des Fassadenaufrisses. Eindeutig wurde hier der Bautypus Verwaltungs- und Bürobau umgesetzt, was am stringent durchgehaltenen gleichmäßigen Fensterrhythmus entlang sämtlicher Fassaden ablesbar ist. Hinter der tragenden Stahlskelettkonstruktion, die im Abstand von je 9,80 Metern in kräftigen Stützen sichtbar wird, liegen deutlich zurückversetzte Fensterbänder, verschattet von den umlaufenden mächtigen Geschossdecken. Die äußere Kubatur vervollständigen dabei die auch an den Gebäudeecken und entlang sämtlicher Außenkanten im regelmäßigen Abstand positionierten kräftigen Stützen mit quadratischer Grundfläche, in welche die gesamte Konstruktion eingehängt ist.

In der Außenansicht wirkt diese Gliederung wie die eines klassischen »Pfeiler-Architravbau[s]«, hier verwendet als »ein ornamentales Interpretationssystem des Baugerüsts«.<sup>13</sup> Die breiten Bänder der Geschossdecken, die entsprechend dieser Deutung wie Architrave verlaufen, betonen die Horizontale: Der ganze Bau ist ohnehin bei einer geringen Höhe von nur 12,90 Metern etwa sieben Mal breiter als hoch, was einen gedrungenen Eindruck hervorruft und das Haus massiv und schwer wirken lässt. Die Fassadenansicht wird bestimmt durch eine gewisse Spannung zwischen gleichzeitiger Öffnung und Verriegelung des Kubus, der dadurch Plastizität erhält.<sup>14</sup> Das Gebäude wirkt, als sei es in den Boden eingegraben oder eingesunken. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man das sich entlang der Adenauerallee erstreckende Gebäude vom dortigen Fußgängerweg betrachtet, da dieser infolge eines Geländeversprungs etwa auf gleicher Höhe mit dem ersten Obergeschoss liegt.

Um die Struktur des Hauses zu erfassen, eignen sich Luftansichten besser (Taf. 5). Auf annähernd quadratischer Grundfläche von 98 auf 87,5 Metern breitet sich der große Hauptbauteil aus. Der separierte Riegelbau im Norden rückt um mehrere Achsen Richtung Rheinufer im Osten aus der Flucht heraus. Die Luftansicht offenbart, dass im Innern des

<sup>12</sup> Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt (Dr. Bobbert), 21.2.1975, betr. Aufhellung der Fassadenelemente, BArch B 136/9836.

<sup>13</sup> W. POHL, Sprachlose Architektur, S. 17. Die Zeitschrift »Circular«, die diesen Beitrag veröffentlichte, wurde von der damaligen Galerie Circulus in Bonn herausgegeben, die Verbreitung war vermutlich marginal. Pohls Text ist die einzige publizierte detaillierte Baubeschreibung und -analyse des Kanzleramtneubaus, überliefert in der Stadtbibliothek Bonn.

<sup>14</sup> Pohl erkennt in dieser Schichtung eine Auflösung des »Wandcharakter[s]« der Fassade, welcher eine »räumliche Gliederung« verliehen werde. Ebd.



Abb. 38 Stahlkonstruktion aus Doppel-T-Stützen. Nach ihrer Verkleidung erreichten die Stützen gut doppelten Durchmesser. Links der Rohbau für den BGS. Hinten ist das weiße Palais Schaumburg zu erkennen. Aufnahme 21.1.1975.

gitterartigen Hauptbaus Lichthöfe entstehen. An der Nord- und Südseite sind undurchbrochene Fassaden als lange Bänder in der Breite von neun Achsen ausgebildet. Sie weisen keine Vor- und Rücksprünge auf. Dagegen schieben sich an der West- und Ostseite Kopfbauten von jeweils zwei Achsen Breite und Tiefe vor. Ebenerdig betrachtet, zeigen sie an ihren Fassaden sowohl an den Außenkanten sowie genau mittig die die allgegenwärtigen Stützen. Diese senkrechte Teilung der Fassadenköpfe in zwei identische Achsen, die sich von dem regelmäßigen Achsenraster des Gebäudes nicht unterscheiden, verleiht diesen Bauteilen keine Auszeichnung im Sinne etwa von Risaliten. Der hier in Ermangelung geeigneter Terminologie verwandte Begriff des Kopfbaus scheint gar nicht zu passen. Wie die im Gebäudeinneren befindlichen Lichthöfe der gleichen Breite dient der Vor- und Rücksprung der West- und Ostfassade dazu, den Büroräumen möglichst viel Fassadenkontakt zu ermöglichen. Außerdem wirkt der große Bauteil dadurch kleinteiliger und weniger blockhaft.

Ein Blick auf die Konstruktionsweise entschlüsselt diese Baustruktur genauer (Abb. 38 und 39). Die drei parallelen Riegel von jeweils zwei Achsen Breite sind jeder für sich voll tragfähige Baukörper. Sie wurden als Stahlkonstruktion errichtet, in die vorgefertigte Betonplatten als Geschossdecken eingesetzt wurden. Untereinander sind die Riegel mit wie Brücken eingesetzten Geschossplatten zur Gitterstruktur verbunden (Abb. 40–41). Diese Bauweise ermöglicht bedarfsweise eine Erweiterung durch einen weiteren Riegel.<sup>15</sup> Die

<sup>15</sup> Die Erweiterungsmöglichkeit war Teil der Wettbewerbsaufgabe und folgt der kybernetischen Vorstellung, für in der Zukunft liegende Veränderungen Anpassbarkeit zu garantieren. Durch eine Verschiebung

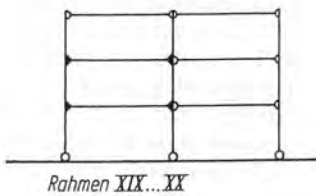
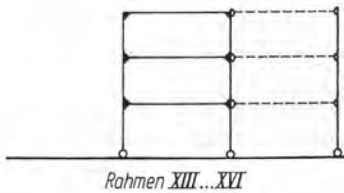
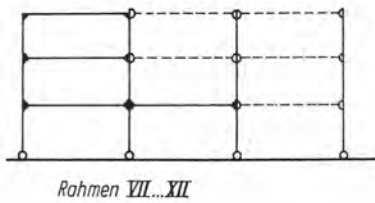
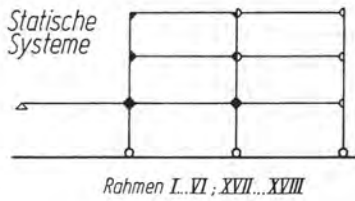
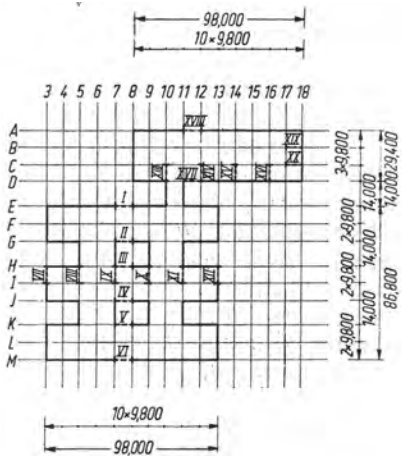


Abb. 40 Vorgefertigte Geschossplatten aus Beton ...



Abb. 41 ... werden in die Stahlkonstruktion eingesetzt. Aufnahmen 30.7.1974.

Abb. 39 Das Raster der Stahlkonstruktion.

eingehängten Elemente ohne tragende Funktion durchbrechen das sonst durchgängig quadratische Rastermaß des Tragwerkes. Sie bilden rechteckige Flächen von 9,80 mal 14 Metern aus.<sup>16</sup> Im Inneren lassen diese Bereiche die größten vollständig stützenfreien Flächen von bis zu 137,2 Quadratmetern entstehen (siehe Abb. 69). Hierin übertrifft der Bau die Aufgabenstellung aus dem Architekturwettbewerb: Gefordert waren stützenfreie Flächen von mindestens 100 Quadratmetern.<sup>17</sup> Im Erdgeschoss des Abteilungsbaus sind Lichthof-Flächen überdacht; unter diesen Bereichen entstehen die größten stützenfreien Räume, allerdings natürlich ohne Tageslicht.<sup>18</sup> Dass die eingeschnittenen Höfe demnach mit 14 Metern schmaler sind als die mächtigen Kopfbauten mit ihren 19,60 Metern Breite, ist wegen der zurückversetzten Fensterfronten kaum erkennbar. Diese Aufbrechung des Rastermaßes und leichte Rhythmisierung ist nur unbewusst wahrnehmbar. Nirgends, weder außen noch innen, unterbricht der Grundriss das Rechtwinklige. Die geringe Höhenentwicklung bei gleichzeitiger starker Ausdehnung in die Fläche führt zu einem regelmäßigen und zugleich unruhig wirkenden Baukörper, der sich auf dem Grundstück in verschiedene Richtungen frei auszubreiten scheint.

Eine Variation gegenüber den Riegeln des Hauptbaukomplexes weist der separierte Bauteil auf, nämlich eine Baukörpertiefe von drei statt zwei Achsen. Über eine Seufzerbrücke ist er mit dem Hauptbau verbunden (Abb. 42).<sup>19</sup> Die Brücke ist auf der Ebene des zweiten und dritten Stockwerks passierbar, während sie auf Höhe des Erdgeschosses unterfahren werden kann. Sie tritt in der Breite einer 9,80 Meter-Achse den Brückenschlag an und überwindet wieder 14 Meter Strecke. Auch die exponierte, nach Osten driftende Lage zeichnet den so angedockten Bauteil aus. Er schiebt sich weit in das Gelände des Schaumburg-Parkes und bildet zusammen mit dem Hauptbau einen vom Park abgetrennten Vorplatz aus. Dieser wird entlang der äußersten Flucht des Flügelbaus von einer Reihe Fahnenmasten entlang seiner dritten Platzseite begrenzt (siehe Abb. 43).

---

des Neubaustandortes in Richtung des Bundespresseamtes, die alte Parkbäume zu erhalten erlaubte, kam eine Erweiterung an dieser Stelle in der Fläche allerdings nicht mehr infrage, solange das Bundespresseamt nicht abgebrochen würde. Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion, 23.11.1972, betr. Planungsstand vom 15. September 1972, BArch B 136/9836 sowie Vermerk der Bundesbaudirektion zur Besprechung im Planungspavillon, 2.3.1972, betr. Aufstockungsmöglichkeit, BArch B 136/9835. – Ohnehin war der Raumbedarf großzügig und auf Zuwachs kalkuliert. Zu Beginn haben angeblich ganze Bürofluchten längere Zeit leergestanden, vgl. A. BARING, *Machtwechsel*, 1982, S. 523.

<sup>16</sup> Diese Angaben am übersichtlichsten bei K. P. WALTERSDORF, *Eisernes Haus*, 1977. Hier wird die Konstruktionsweise mit genauen Grundrisszeichnungen veranschaulicht und in Bezug auf Statik und Bauausführungsfragen diskutiert.

<sup>17</sup> Das Quickborner Team empfahl einen möglichst weiten Stützenabstand, da bei zu engem Raster Gruppenarbeitsflächen ungünstig zu besiedeln seien. Vgl. H. SCHARFENBERG, *Bürolandschaft*, 1966, S. 9. – Diesen Werten war das Raumprogramm für den Wettbewerb gefolgt, und auch der Wettbewerbsentwurf hatte entsprechend eine Stützenstellung von 10,80 Metern vorgesehen. – Zu Veränderungen dieser Maße während der Bauausführungsplanung siehe unten, Anm. 76, S. 200.

<sup>18</sup> Davon profitierten die Kantine und der große Konferenzsaal (Nato-Saal) im Erdgeschoss mit 274,4 Quadratmetern Fläche. Siehe unten, S. 179f.

<sup>19</sup> Geschlossene und feste bauliche Verbindung von zwei Baukörpern, die im Außenraum unterfahren werden kann.





Abb. 42 Bundeskanzleramt, Ansicht von Osten. Seufferbrücke, rechts der Kanzlerflügel mit niedrig schwebendem Vordach.

Weitere kleine Variationen fallen bei dem separierten Bauteil auf: Das niedrige Schwebdach vor dem zum Platz hin gewandten Eingang zeichnet diesen als prominenter und exklusiver aus, ohne dass die Wirkung dieses unauffälligen Vordaches in der Gesamtgestaltung hervorsticht. Außerdem sind die bodentiefen Fensterscheiben im Erdgeschoss im Vergleich zu den Fensterreihen der beiden Obergeschosse noch weiter nach innen zurückschwenkt, was der Verbindung des Baus mit dem Park zugute kommt. Zudem ist das Erdgeschoss an der Stelle der Seufferbrücke vollständig zerteilt in zwei gläserne Pavillons; es entsteht hier ein ebenerdiger Durchgang durch den Gebäuderiegel in den Park, eine weitere bauliche Form der Verbindung von Vorplatz und Parkanlage. In der stark verschatteten Erdgeschosszone fallen diese gläsernen Pavillons jedoch nicht auf; aus größerer Distanz wirken rundum sämtliche Fassaden gleichartig, zumal weiterhin die kräftigen Pfeiler konturbestimmend sind. So sind Haupt- und Flügelbau infolge detaillierter Durcharbeitung winziger Abweichungen bei gleichzeitiger verbindender Einheitlichkeit, etwa derselben Geschosshöhe oder der durchgängigen Fassadengestaltung, voneinander unterschieden und doch zu einer Einheit verklammert.

Zugang zum Gebäude erhalten Besucher über die steil ansteigende, geschwungene Zufahrt der Dahmannstraße, bei der es sich um einen kurzen Reststummel der ehemaligen, durch den Neubau überbauten Görresstraße handelt. Auf Höhe des Baugrundes des Kanzleramtes steht das Wach- und Pförtnerhaus, das zeitgleich mit dem Neubau errichtet wurde und den Zugang zum gesamten Gelände – auch zum Palais Schaumburg oder zum Kanzlerbungalow – kontrolliert (siehe Abb. 37 und Taf. 4). Der kleine, flachgedeckte Pavillon ist aufgrund der Steigung der Zufahrt das erste, was Besucher vom Kanzleramtsneubau sehen, wenn sie hier mit dem Auto vorfahren. Der Pavillon ist, um die Zugehörigkeit zu verdeutlichen, in dasselbe dunkle Aluminium gekleidet. Hinter ihm öffnet sich der zweiseitig gefasste Vorplatz des Kanzleramtes in Richtung Parlamentsgebäude und Rhein, allerdings ohne dass hier Blickbeziehungen bestünden. Der Vorplatz war ursprünglich mit rotem Klinker gepflastert und mit niedrigen Taxushecken und Betonelementen dekoriert. Bereits 1979 wurde er auf Anweisung des ersten Hausherrn Helmut Schmidt in eine sanft

modellierte rechteckige Rasenfläche verwandelt, die auf geklinkerten Fahrwegen umfahren wird (siehe Taf. 11). Hier wurde die Großplastik »Large Two Forms« von Henry Moore vor dem dunklen niedrigen Baukörper aufgestellt.<sup>20</sup>

Im mittleren der drei Kopfbauten des größeren Hauptbaus liegt dessen Haupteingang, worauf jedoch nichts hindeutet; zusätzlich ist der Blick auf diesen Eingang durch die Moore-Plastik verstellt. Das überständige Erdgeschoss gehört im Bereich der Kopfbauten zur Freifläche, sodass der Vorplatz großzügig wirkt. An der Stirnseite des Vorplatzes befindet sich ein zweiter Eingang, nämlich der zum Flügelbau (siehe Abb. 42). Das hier über dem Erdgeschoss schwebende schlichte Vordach hat die Form einer schmalrechteckigen Platte in der Breite dreier Achsen, ist also breiter als jeder der drei Fassadenköpfe am Hauptbau. Es wiederholt als maßstäbliche Verkleinerung die riegelförmige Grundfläche des Bauflügels und ist über dem Eingangswindfang zentriert angebracht, der vom Platz aus gesehen mittig, in Wirklichkeit aber im rechten äußeren Drittel des Flügelbaus liegt. Das Dach hängt so niedrig wie irgend möglich, nämlich noch unterhalb der Deckenzone des Erdgeschosses, und wird an seinen äußeren Punkten durch drei an der Fassade fixierte Stahldrahtseile in der Schwebe gehalten. So können Wagen direkt vor die Eingangstür fahren, und Ankommende betreten wettergeschützt das Gebäude. Die schmale, langgestreckte und stützenfreie Konstruktion des Vordaches erinnert auf Fotografien oft an ein Carport, insbesondere wenn ein oder zwei Limousinen darunter parken. Obwohl die geradezu gehemmt wirkende Geste der Überdachung des Eingangsbereiches Großzügigkeit oder Großartigkeit unterläuft und man meint, der praktische Aspekt des Wetterschutzes allein habe zu dieser Konzession an eine Eingangsgestaltung geführt, macht es den kleineren Bauteil zum exklusiveren: Hier ist der Eingang als solcher erkennbar, hier kann vorgefahren werden, hier wird vom Kanzler persönlich empfangen, dessen Räume sich in diesem Bauteil befinden. Das im Wettbewerbsentwurf noch nicht enthaltene Vordach erscheint wie eine Minimalumsetzung des von den diplomatischen Vertretern des Auswärtigen Amtes Geforderten, wie ein Vermerk aus der Phase der Bauausführungsplanung belegt:

»Das Vordach ist so auszubilden, daß der Bundeskanzler bei gutem Wetter vor das Vordach treten kann, ohne sich zu weit vom Haupteingang zu entfernen. Das Vordach ist so lang auszubilden, daß vor der Mitte des Haupteinganges ein Wagen – gut einsehbar – vorfahren kann und anschließend von der folgenden Kolonne ein oder mehrere Wagen in Parallelaufstellung stehen können.«<sup>21</sup>

Unerwähnt bleibt in diesem Schriftstück, was seit den Erfahrungen mit dem Kanzlerbungalow von Sep Ruf offenbar bereits selbstverständlich war: Der Zutritt zum Gebäude erfolgt vom Vorplatz aus völlig schwellenlos. Nicht eine einzige Treppenstufe erhebt den Eingang zum Kanzleramt über das Niveau des Vorplatzes.

Der Vorplatz gehört als Empfangszone zur repräsentativen Funktion der Architektur. Bei offiziellen Anlässen nimmt ein Musikkorps entlang der Fahnenmasten Aufstellung

<sup>20</sup> Siehe unten, Kap. IV.3.2.

<sup>21</sup> Vermerk Bundesbaudirektion, Sachgebiet – IV C –, 4.2.1972, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt; hier: Protokollfragen; Bezug: Besprechung am 1.2.1972, BArch B 136/9835.

Abb. 43 Bundeskanzleramt, Ansicht von Süden. Auf dem Vorplatz probt die Ehrenkompanie ihre Aufstellung. Aufnahme 6.4.1976.



Abb. 44 Erste Vorplatzgestaltung aus Rotklinker, Betonelementen und niedrigem Taxus (bis 1979). Aufnahme 7.10.1976.



(Abb. 43). Bis zur Umgestaltung des Vorplatzes irritierten hier allerdings weiße schlanke Masten, vermutlich zur Ausleuchtung des Platzes, die das Gebäude deutlich überragten (Abb. 44).

Der Versorgungs- und Warenverkehr rollte nicht über diesen Vorplatz. Nach dem Passieren des Wachpavillons fahren Wagen unmittelbar rechts in die Einfahrt der Tiefgarage hinunter. Die Tiefgarage bietet im ersten Untergeschoss Laderampen sowie Zugänge zu allen Bauteilen, insbesondere zur Kantine, sodass hier die vollständige Warenanlieferung und Entsorgung unsichtbar stattfindet (siehe Grundriss, Taf. 13). Eine zweite Ausfahrt der Tiefgarage ermöglicht die Passage und Weiterfahrt zum Palais Schaumburg (siehe Abb. 95).

## 1.2 *Der Kanzlerflügel*

Der kleinere Bauteil mit dem Vordach über dem Eingang beherbergt das Herzstück der Kanzler- und Kabinettsarbeit (Grundriss Taf. 14; Achse D/15–16). Hier arbeitete die Führungsebene des Kanzleramtes, und das Kabinett trat hier zusammen. Dies fand vor dem Umzug im Palais Schaumburg statt.

Der Kanzlerflügel bildet im Erdgeschoss zwei voneinander getrennte, gläserne Pavilions aus, die, wie bereits erwähnt wurde, gegenüber den Fassaden der oberen Geschosse weit zurückversetzt sind, sodass eine großzügige räumlich gefasste Situation unmittelbar vor dem Gebäude entsteht. Diese Qualität ist aber erst zu bemerken, wenn man unmittelbar vor dem Eingang steht. Die bodentiefen Fensterscheiben reichen auf der Rückseite des Gebäudes bis auf die Rasenflächen des Park Schaumburg hinunter, sodass ähnlich wie im Ruf'schen Kanzlerbungalow ein ununterbrochenes großzügiges Raumkontinuum von Innen und Außen erlebbar ist. Tatsächlich profitiert der ganze Kanzlerflügel von dieser Lage auf dem Grundstück, die den Blick gen Norden durchgängig in grüne Parklandschaften mit hohen Bäumen fallen lässt. Der zusätzliche, auch sicherheitsrelevante Vorteil ist, dass der Bau gegen Einblicke geschützt und weit entfernt von allen Grundstücksgrenzen liegt. Steht man nah vor dem Gebäude, kann man hier sogar durch den Bau hindurch in den dahinterliegenden Park schauen, da das Foyer zur Bauzeit lediglich von ein paar Sitzmöbeln aus der Miller Collection sowie einigen Schauvitriolen bespielt war (Abb. 45).<sup>22</sup>

Dieses gläserne Foyer bildet den repräsentativen, für protokollarische Abläufe eigens vom Amtsbetrieb im Verwaltungsbau separierten Haupteingang. Von hier aus besteht Zugang zum linker Hand eingerichteten Presse- und Informationsraum mit 211 Quadratmetern Grundfläche für Pressekonferenzen der Bundesregierung (Achse B–C/12–13). Einen solchen Raum hatte es im Altbau nicht gegeben.

Empfängt der Kanzler wichtige Gäste vor der Tür, können anschließend alle gemeinsam vom Eingangsfoyer aus zwei große Aufzüge für je 18 und 25 Personen betreten. Oder sie gehen genau gegenüber über eine freitragende Treppe im Zentrum der Halle hinauf. Die Stufen sind mit Teppichboden belegt, der Handlauf ist aus hellem Holz. Die Geländer wurden mit braungetönten Glasscheiben geschlossen, sodass ein kompakter, alltags-tauglicher, keineswegs schwebender oder transparenter Eindruck der Konstruktion entsteht. Durch ihre zentrale Position und im Kontext ihrer Funktion als Zugang zu den Kanzleräumlichkeiten erfüllt die Treppe zwar eine klassische Repräsentationsfunktion. Doch die geringe Laufbreite von nur 1,58 Metern, auf der nur zwei Personen nebeneinander gehen können,<sup>23</sup> und der alltägliche Eindruck scheinen diese Funktion zu kon-

<sup>22</sup> Die Sitzmöbel wurden auf Vorschlag Max Bills von Helmut Schmidt dort aufgestellt. Georg Pollich im Gespräch am 25. Februar 2011, Königswinter.

<sup>23</sup> Obwohl die Protokoll-Abteilung bei einer Begehung um gut zwei Meter Breite gebeten hatte, vgl. Vermerk Bundesbaudirektion, Sachgebiet – IV C –, 4.2.1972, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt; hier: Protokollfragen; Bezug: Besprechung am 1.2.1972, BArch B 136/9835; bei zwei Metern Breite hätten drei VIPs nebeneinander gehen können. Vgl. VfG. ChefBK (a. A. Dr. Bobbert) an die



Abb. 45 Kanzlerflügel, Erdgeschoss-Foyer mit Sitzgruppe und Treppe, Blick in Richtung Eingang.



Abb. 46 Kanzlerflügel, Treppe mit großzügigen Öffnungen der Geschosse, die Durchblicke ermöglichen.

terkarieren. Die Treppe wurde nicht zu einer skulpturalen Gestaltung aufgewertet, wie es bei einer frei in einen Glaspavillon gestellten Treppe – einziges festinstalliertes Objekt in diesem Raum – möglich gewesen wäre. Dass der Lauf der Treppe schließlich be-

---

BBD, nachrichtlich an die BBD zu Hd. Herrn Dipl.-Ing. Bohnenkamp am 1. Dezember 1975 betr. Freitreppe im Kanzler- und Kabinetttbau, BArch B 136/9839.



Abb. 47 Kanzlerflügel, Foyer vor den Kabinettsälen im ersten Obergeschoss.

zogen auf die Gehrichtung von der Eingangstür aus um 90 Grad gedreht ist, macht sie zu einem Gegenbau zu repräsentativen Freitreppenanlagen aus dem barocken Schlossbau, dem wichtigsten Bezugspunkt von Repräsentations- und Machtarchitekturen. Hier wird Machtrepräsentation durch eine moderne Architekturform zitiert und zugleich dekonstruiert, wenn nicht gar verweigert. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Öffnung der Geschossdecken um die Treppe herum gut einen Meter größer ausgeschnitten ist, als die schmale Treppe ausfüllen kann. So entstehen Blickbeziehungen vom Foyer bis weit in den Flur des ersten Obergeschosses, und die Zonen um die Treppe herum wirken von allen im Kanzleramt am luftigsten und großzügigsten (Abb. 46).

Für Personenschützer, Mitglieder von hauseigener Fahrbereitschaft oder die Begleitkolonne von Gästen bietet der zweite, abgetrennte Pavillon des Erdgeschosses Aufenthaltsräume, erreichbar über einen separaten Eingang (Achse A–D/9–10). Dort stehen zwei Ruheräume, Duschräume und Getränke- und Snackautomaten bereit. Die Erschließung des Gebäudes ist angepasst an die Amtsabläufe bis ins Detail ausgeklügelt.

Das erste Obergeschoss (Grundriss Taf. 15) ist der Kabinettsarbeit gewidmet. Personen treffen vom darunter liegenden Hauptfoyer per Aufzug oder über die Treppe ein und stehen unmittelbar vor dem Zugang zum kleinen und großen Kabinettsaal. Tageslicht fällt hinter der Treppe nur von der Stirnseite des Riegelbaus von Westen her ein (Achse B–C/17–18). Alle anderen weißen Wandpaneele sind glatt und geschlossen und gehen unmittelbar in zwei lange und schmale Flure über, die den Bauriegel in ganzer Länge erschließen. Der Eindruck ist völlig unrepräsentativ, konzentriert und zurückgezogen; besondere räumliche Qualitäten, die den Bereich vor dem Kabinett aufwerten, gibt es nicht (Abb. 47).

Zutritt zu den beiden Kabinettsälen gewährt ein zwischen ihnen gelegener gemeinsamer Vorraum. Der kleinere der beiden Säle, rechts im Gebäude deck gelegen, kann von hier aus mit zwei Dolmetschern für die zugehörigen Dolmetscherkabinen besetzt werden (Achse A–B/17–18). Linker Hand gelangt man in den großen Kabinettsaal, der sich schlauchartig entlang der Fensterfront erstreckt und fast vollständig durch den großen Konferenztisch eingenommen wird (Taf. 6). Durch den Raum hindurchgehend bis zur gegenüberliegenden Schmalseite gelangt man direkt in einen Speiseraum (Achse A–B/12–13), der durch eine flexible Schiebewand noch vergrößert werden kann (Achse A–B/11–12). Diese Raumflucht im Bauteil des Kanzlerflügels ist dadurch ausgezeichnet, dass Fenstertüren zum Loggienumgang geöffnet werden können. Die panoramaartigen Fensterbänder zum Park hin verleihen den schlichten Arbeitsräumen ihren schönsten Schmuck, nämlich den Blick über Rasenflächen und in große alte Baumkronen.<sup>24</sup>

Zur anderen Seite hin, nach Süden, liegen auf dieser Etage Büros für diejenigen Referate, die unmittelbar dem Kabinett zuarbeiten. Im Kopfbau in Richtung Adenauerallee, hinter dem Brückendurchgang zum Abteilungsbau, liegen die wichtigsten Räume dieser Etage, nämlich das Lagezentrum der Bundesregierung, deren genaue Position im Haus zur Nutzungszeit jedoch geheim war (Achse A–D/8–10).<sup>25</sup> Der 400 Quadratmeter große Bereich ist mit einer Wand vollständig abgeteilt und wird durch eine einzige Tür betreten. Entlang der Fassaden liegen Büroräume für bestimmte technische Tätigkeiten, sodass sich innenliegend ein fensterloser Raum ohne Fassadenkontakt bildet. Hier kann das Team des Lagezentrums – sofern der Chef des Bundeskanzleramtes es aufgrund einer besonderen Krisensituation aktiviert, also personell besetzt – in einem 167 Quadratmeter großen Raum der Amtsspitze und dem Kabinett die »Große Lage« aktuell vermitteln.<sup>26</sup>

Im darüberliegenden, zweiten Obergeschoss (Grundriss 5) befinden sich die Büros des Bundeskanzlers und des Kanzleramtschefs. Mit 100 Quadratmetern Fläche ist das Kanzlerarbeitszimmer das größte Einzelbüro des ganzen Hauses, das zusätzlich in eine ganze Raumsuite für Arbeits- und Repräsentationszwecke eingebettet ist. Diese zieht sich entlang der Nordseite des Gebäudes, also mit Blick in den Park, und über das kurze westliche Kopfende des Baus (Achse A/13–18 und A–D/17–18). Somit umfängt sie L-förmig den Flurbereich mit der mittig hier eintreffenden Treppenanlage, einer großzügigen Sitzgruppe und einer Fensterfront, von der aus man freien Blick auf das Geschehen auf dem Vorplatz und auf den Abteilungsbau hat. Diese Zone ist dadurch sehr hell und licht, prägt aber genau wie die Ebene darunter keine besonderen Qualitäten aus und geht ebenfalls in einen sehr langen und breiten Flur über.

Besucher betreten das Kanzlerarbeitszimmer nicht direkt vom Flurbereich aus, sondern werden zunächst in ein nebenan liegendes Empfangszimmer geleitet, das mit Sitzmöbeln

---

<sup>24</sup> Von einer Verglasung aller Fensterflächen mit dunkel getönten Scheiben wurde auch zugunsten dieses Ausblickes 1973 abgesehen: »Nur so wird die attraktive Lage in der Parklandschaft (...) voll erlebbar.« Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 23.1.1973, BArch B 136/9836.

<sup>25</sup> In den zur Veröffentlichung bestimmten Grundrissen des Gebäudes sind hier gewöhnliche Büros eingezeichnet.

<sup>26</sup> Zum Lagezentrum siehe unten, S. 241ff.



Abb. 48 Kanzlerarbeitszimmer, Schreibtisch von Helmut Schmidt. An den Wänden Arbeiten von Emil Nolde in Öl und Tusche. Aufnahme 14.10.1976.



Abb. 49 Büro des Chefs des Bundeskanzleramtes. Aufnahme Juli 1976.



ausgestattet ist (siehe Abb. 100). Erst hier öffnet sich eine Flügeltür. Um das Kanzlerarbeitszimmer zu betreten, muss vom Flurbereich aus also stets mehr als eine Tür durchschritten werden, was neben der akustischen Vertraulichkeit ein Minimum an Exklusivität vermittelt. Denn einzig beim Kanzlerarbeitszimmer gibt es ein solches Vorzimmer. Der Zugang zum Kanzlerarbeitszimmer ist immer eine vertrauensvolle Geste, was dadurch noch betont wird, dass Gäste vom Empfangszimmer aus das Arbeitszimmer auf derjenigen Schmalseite betreten, welcher der Kanzler am Schreibtisch sitzend den Rücken zukehrt (Abb. 48).

Am gegenüberliegenden Ende des langrechteckigen Arbeitszimmers ist eine Besprechungssitzgruppe mit niedrigem Arbeitstisch für bis zu sechs Personen angeordnet. Dahinter gibt es eine zweite Tür, die über einen winzigen Flurbereich sowohl Zugang zu einem privaten Rückzugsraum für den Kanzler samt Badezimmer als auch zu vier miteinander verbundenen Sekretariatsräumen gewährt. Drittens hat der winzige Flurbereich an dieser Stelle auch eine Tür zur Flurzone mit Treppe, eine alltägliche Zugangsmöglichkeit, die den großen Raum dahinter nicht vermuten lässt.

Vom Empfangszimmer, über den das Kanzlerarbeitszimmer betreten wird, kann linker Hand auch der kleine Speisesaal erreicht werden. Daneben liegt eine kleine Anrichteküche, die mittels eines Speiseaufzuges mit der Küche im Keller verbunden ist. An diese Raumfolge schließen sich sodann, hierarchisch ausgezeichnet durch die Nähe zum Kanzlerarbeitszimmer, zusätzlich die Arbeitsräume für den Chef des Kanzleramtes an (Achse A–B/13–14), die ebenfalls über kleine Erfrischungs- und Ruheräume verfügen (Abb. 49). Angeschlossen sind ein Sekretariat und ein Referenzzimmer. Fensterseitig liegen zwischen Kanzleramtschef, Küchenbereich, Speise- und Empfangszimmer zwar sehr viele Türen, jedoch ermöglichen sie dem Amtsleiter ungesesehenen Zutritt zum Kanzlerarbeitszimmer und umgekehrt – die beiden Köpfe der Hierarchie können sich unterreden, ohne dass sie im Flurbereich gesehen werden. Außerdem können Personen diskret aneinander vorbeigeschleust werden, die sich nicht begegnen sollen.<sup>27</sup> Im westlichen Eckraum schließlich, der zur Adenauerallee blickt (Achse A–B/8–9), tagte jeden Morgen die »Kleine Lage«, eine aktuelle Dienstbesprechung der Amtsspitze mit den Abteilungsleitern des Kanzleramtes, Pressesprecher der Bundesregierung sowie einem Vertreter des Presse- und Informationsamtes.

Alle Flur- und Foyerbereiche des übersichtlich dimensionierten Kanzlerbaus mit seiner offenen Treppenzone und breiten, schnurgerade verlaufenden Gängen ohne besondere architektonische Details oder Verspieltheiten ermöglichen zügige Bewegung über die beiden Arbeitsetagen (Abb. 50) (Achse B–C/9–17). Diese mit hellem Teppichboden ausgelegten Gänge wirken wie Rennbahnen für Aktenwagen. Räumliche Extravaganzen oder spannungsvolle Ein- und Durchblicke sucht man vergeblich. Das beschriebene Raumprogramm im Kanzlerflügel wirkt stattdessen zugunsten kurzer Wege aufs Kompakteste verdichtet. Zudem sind die großen Sitzungsräume auf der Kabinettetage, welche die größten Flächen beanspruchen, multifunktional nutzbar: Das Lagezentrum beispielsweise

---

<sup>27</sup> Die Verbindung wurde auf Wunsch von Kanzleramtschef Schüler geschaffen. Vgl. Stacheldraht schirmt Kanzleramtsneubau ab, in: *General-Anzeiger*, 29.1.1975.



Abb. 50 Schnurgerader Flur im Kanzlerflügel zwischen Treppenfoyer und Übergang zum Abteilungsbau. Aufnahme 1976.

liegt mit Bedacht zusammen mit diesen Räumen im ersten Obergeschoss. Insgesamt vier große Besprechungs- und Versammlungsräume stehen hier zur Verfügung. So musste innerhalb der Lageeinrichtung kein eigener großer Besprechungsraum vorgesehen werden. Der als Speisesaal beschriebene und in der Regel so genutzte Raum (Grundriss Taf. 15, Achse A–B / 11–13) kann zudem mittels einer Schiebewand mit dem benachbarten Raum zusammengelegt werden und bietet, als Teil des Lagezentrums, dann an seiner Stirnfront (Achse A–11) eine Monitor- beziehungsweise Projektionswand.

Der Kanzlerflügel ist somit deutlich erkennbar weniger zur Auszeichnung der Führungsspitze der Hierarchie, also zum Zwecke der Repräsentation von Führung, entworfen worden, sondern als kompakte funktionale Zone, die die wesentlichen Steuerungsorgane nahe beieinander hält. Insbesondere aus Gründen der Vertraulichkeit eines inneren Kreises ist diese Zone, also der gesamte Bauflügel, vom restlichen Verwaltungsbaukomplex abgetrennt: Die Verbindungsbrücke zum Abteilungsbau (siehe Taf. 1) wirkt als Schleuse. Glas-türen erlauben an dieser Stelle nur denjenigen Zutritt, die mit einer elektronischen Schlüsselkarte ihre Berechtigung nachweisen.

### 1.3 Der Verwaltungsbau

Der Zutritt zum Verwaltungsbau erfolgt vom Vorplatz aus über den eigenen zentralen Eingang im mittleren Gebäuderiegel (Grundriss Taf. 14). Hinter einem gläsernen Windfang erstreckt sich ebenerdig ein durch Beleuchtungselemente in der Decke erhelltes Foyer. Es nimmt im Erdgeschoss den gesamten mittleren Bauriegel der Länge nach ein und wirkt dadurch eher wie ein langer dunkler Flur. Der Raum hat jedoch die großzügige Breite von knapp zehn Metern und zieht sich bis zur Fensterfront auf der anderen Gebäudeseite über gut 60 Meter. Hier fällt wegen des davor aufgeständerten Kopfbaus nur wenig Licht ein. Genau mittig verläuft über die gesamte Länge des Foyers die unvermeidliche Stützenreihe, verkleidet wie beim Außenbau mit dunkel eloxiertem Aluminium. Diese Stützen tauchen überall im Gebäude immer wieder prominent auf und erinnern daran, dass das an der Fassade sichtbare Pfeilersystem die gesamte Last des Gebäudes trägt. Draußen vor der Eingangstür steht ein solcher Stützpfeiler sogar genau mittig im Weg. Leider waren keine



Abb. 51 Foyer Abteilungsbau, bauzeitlicher Zustand mit Sitzgruppen und beweglichen Glassteelen – ein Kunst am Bau-Objekt von Adolf Luther.

bauzeitlichen Fotografien auffindbar, die den Raumeindruck wiedergeben, nur ein Bild der Sitzgruppe im hinteren Bereich (Abb. 51).

Durch seine Lage im Gebäudekern, weil kaum Blickbeziehungen nach außen möglich sind und der Zutritt an der Stirnseite liegt, erscheint das Foyer geradezu als ein Gegenwurf zu dem gläsernen Foyerpavillon im Kanzlerflügel. Die Atmosphäre ist konzentriert und nüchtern, was durch die dunkelbraunen hölzernen, völlig glatten Wandverkleidungen aus Eichenholz verstärkt wird. Ein großzügiger Raumeindruck kommt bei einer Deckenhöhe von nur 3,50 Metern nicht auf; auch die zentrale Stützenreihe verhindert dies. Das mit hellem Kirchheimer Muschelkalk<sup>28</sup> ausgelegte Foyer fungiert denn auch eher als Verkehrsfläche, die den Andrang großer Personengruppen zu bewältigen hat. Während auf der linken Gebäudeseite von hier aus die 300 Quadratmeter große Bibliothek erreichbar ist, erschließt das Foyer rechtsseitig einen abhörsicheren und mit sechs Dolmetscherkabinen und moderner Konferenztechnik ausgestatteten Sitzungssaal, den sogenannten internationalen Konferenzsaal. In einer dreireihigen Sitzordnung können hier um einen runden Tisch bis zu 83 Personen tagen (Taf. 7).<sup>29</sup> Eine spiegelnde Deckeninstallation des Künstlers Adolf Luther aus in warmen Farben schimmernden runden Glaslinsen, einge-

<sup>28</sup> Ebenso im Foyer des Kanzlerflügels. Gegen die ursprünglich vorgeschlagene Verlegung von Teppichboden in der Eingangshalle hatte sich Kanzleramtschef Schüler Anfang 1973 ausgesprochen. Vgl. Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 23.1.1973, BArch B 136/9836.

<sup>29</sup> Mit der Einrichtung dieses Raumes und den genannten technischen Ausstattungsmerkmalen erfüllte man eine Vorgabe der NATO an Regierungsneubauten; entsprechend wird der Raum oft als »Nato-Saal« bezeichnet.

baut direkt nach Fertigstellung als Kunst am Bau, wird in regulierbarer Helligkeit von Kugellampen angestrahlt und reflektiert in dem fensterlosen, rotbraun getäfelten Raum die anwesenden Konferenzteilnehmer, was zur Verlebendigung und zugleich zu einem angenehmen und Konzentration ermöglichenden Raumerlebnis führt.

Vom Foyer aus erreichen außerdem die 431 Mitarbeiter des Amtes die großzügige Kantine, eine entscheidende Verbesserung im Vergleich zur Situation im Palais Schaumburg, wo es nur eine kleine Cafeteria im Kellergeschoss gab. Die Essbereiche der Kantine füllen vor allem die nordwestliche Gebäudeecke, sodass ihre bodentief voll durchfensterte Glasfassade einen ebenerdigen Blick über die grünen Rasenflächen, Bäume und Sträucher des Parks und auf das nur wenige Schritte entfernt liegende weiße Palais Schaumburg bietet.

Die beiden Obergeschosse des Gebäudes werden vom Foyer aus über sechs Aufzüge erreicht. Hier sind Büros, Besprechungsräume, Sekretariate und die Zentralregistratur der fünf Abteilungen des Kanzleramtes untergebracht (Grundrisse Taf. 15 und 16). Erschlossen über schmale zweihüftige Flure ziehen sich 300 Zellenbüros um alle Flächen mit Fensterkontakt. Es gibt Büros mit zwei oder drei Fensterachsen, die entsprechend 15,2 oder 22,2 Quadratmeter messen (Abb. 52). Die Flure weiten sich jeweils in den Kopfbauten zu breiteren Kommunikationszonen, wo sie auf die einzigen deutlich größeren Büros mit 45,65 Quadratmetern Fläche – sogenannte 6-Achs-Räume – zusteuern (Abb. 53). Die Abteilungsleiter kamen hier bevorzugt samt Vorzimmersekretariat unter. In die innen liegenden schnurgeraden Flure fällt Licht durch die oben umlaufenden Verglasungen in den Wänden zu den Büros und bei offenstehenden Bürotüren ein (siehe Abb. 114).

Das am häufigsten anzutreffende Standardbüro misst 22,2 Quadratmeter, was einer Breite von drei Fenstern an der Fassade entspricht. Die Anzahl der Fenster als Ausweis der Hierarchiestufe in der Bürokratie ist neben dem sogenannten Corner-Office das wichtigste und recht unpathetische Status-Symbol im Verwaltungsbau. Die Spitze der Hierarchie markieren im benachbarten Kanzlerflügel aufsteigend die Büros mit markanten Sondergrößen jenseits des Standardformates: Der Chef des Bundeskanzleramtes hat ein Arbeitszimmer von 54 Quadratmetern, der Parlamentarische Staatssekretär erhält 55, und das Arbeitszimmer des Bundeskanzlers ist wie erwähnt mit 100 Quadratmetern mit deutlichem Abstand das größte.

Für die Innenausbauten wurde ein durchgängiges, schlichtes Design verwendet, das die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf entwickelten. Es überträgt das die Außenansicht prägende Fensterachsmaß von 1,40 Meter in radikaler Konsequenz auf den Innenausbau (Abb. 54). Hier zeigt es sich als Raster in der Wandstützenstruktur, die mit furnierten, »perlweißen« Wandfüllungen ausgefacht wurde. Dazu wurden weiße Sonnenschutzlamellen vor den Fenstern kombiniert. Die Decken sind mit einer ebenfalls weißen Metalldecke abgeschlossen, die einem nochmals verkleinerten Raster von 14 Zentimetern folgend Zylinderformen aneinanderreihet. Beleuchtung, Rauchmelder, Sprinkleranlage und Lautsprecher, also sämtliche technische Elemente, wurden in dieser zylindrischen »Töpfchendecken«-Profilierung untergebracht. Wandstützen, Türen, Schränke und Regale sind in gebeiztem Eichenholz gehalten. Dazu kombinierten die Architekten eine gedeckte Farbpalette mit hell- und dunkelgrünen Möbelstoffen sowie grauem Synthetik-Tep-



Abb. 52 Standardbüro mit drei Fensterachsen und Blick in den Innenhof. Aufnahme 1976



Abb. 53 Corneroffice eines Abteilungsleiters mit sechs Fensterachsen und Blick zur Adenauerallee. Aufnahme 1976.



Abb. 54 Abteilungsbau Obergeschosse, Flurbereich. Aufnahme 2001, nahezu bauzeitlicher Zustand

pichboden. Da die Büros sonst zu klein ausgefallen wären, schieben sich Wandschränke, jeweils in der Größe eines Wandpaneels, durch die Wand hindurch und hängen mit ihren weißen rückseitigen Körpern auf der Flurseite. Es handelt sich bei dieser Lösung um eine nachträgliche Veränderung in Folge der Reduzierung der Stützweiten. Das neue Achsmaß von 9,80 Metern war zwar wirtschaftlicher, doch blieb nur diese Schranklösung, um Besuchersitzgruppen in den Büros unterbringen zu können.

Die Räume des Leitungsbereiches im Kanzleramt und die der Verwaltungsmitarbeiter sind stilistisch einheitlich gestaltet. Auch die durchlaufende Deckenhöhe in beiden Gebäudeteilen stellt explizit diese Verbindung her, auch wenn aus optischen Gründen für die großen Räume für Kabinett und Kanzler die lichte Raumhöhe nachträglich über die egalitären 2,50 Meter angehoben wurde. Einige weitere graduelle Ausstattungsunterschiede zeigen sich: Im Verwaltungsbau präsentieren sich Wandprofile in gebeizter Eiche, gefüllt mit kunststoffbeschichteten Wandflächen in der Farbe »Perlweiß«, während die Kabinetts- und Kanzlerräumlichkeiten in teurer dunkler »Mooreiche« getäfelt wurden. Hier ist die Deckenverkleidung in quadratischen Feldern mit abgerundeten Ecken unterschieden von der sich durch alle übrigen Flure und Büros ziehenden »Töpfchendecke«. Zudem verwendete man »repräsentativere[n]« Glühbirnenlampen in den Decken anstelle von Neonbeleuchtung im Abteilungsbau.<sup>30</sup>

Primärer Eindruck ist, dass Rasterbauweise und Serialität ein egalitäres Prinzip durch den Bau ziehen, auch wenn feine Ausstattungsvariationen durchaus hierarchische und soziale Distinktion schaffen. Doch die Führungsspitze findet prinzipiell gleichartige Unterkunft wie die übrige Verwaltung: in einem schwellenlosen, nüchternen, die Arbeitsbereiche kompakt verdichtenden Arbeitshaus.

Dabei ist Heinrich Wefing's Beschreibung des zwanghaft regelmäßigen und dadurch nüchternen Gesamteindrucks uneingeschränkt zuzustimmen:

»Wenn an dem ganz auf Unauffälligkeit hin ausgelegten Gebäude etwas auffällt, dann dessen Regelmäßigkeit. Das Haus ist aus der Vervielfältigung immergleicher Raumfolgen, gleicher Wandteile, gleicher Fenster und Türen entstanden. Alle Abmessungen gehorchen dem ›Urmeter‹ von 1,40 Meter, einem Raster, das wiederkehrt, wohin man schaut. An die Stelle der Askese der frühen Moderne allerdings ist in der Architektur des Bonner Kanzleramtes eine gewisse Behäbigkeit getreten. [...] Die ausgenüchternete Architektur scheut jede Demonstration. Nirgends auch nur eine Andeutung von Erhabenheit oder Würde, kaum je ein Wechsel zwischen eng und weit, hoch und niedrig, luftig und schwer.«<sup>31</sup>

Die »Behäbigkeit«, die Wefing bei den Innenausbauten feststellt, kann noch treffender beschrieben werden als kompakte Formensprache, deren Wirkungsabsicht nicht schwebende Eleganz, sondern eine solide, massive Ausstrahlung ist, unterstützt durch den Einsatz einer gedeckten Farbpalette (siehe Abb. 47 und Taf. 8). Zudem sei die hohe Qualität der Innenausbauten hervorgehoben: Die verwendeten Materialien und stets glatten Oberflächen sind hochwertig, langlebig und wurden sauber verarbeitet, worüber fehlende Spekta-

<sup>30</sup> Vgl. Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 23.1.1973, BArch B 136/9836.

<sup>31</sup> H. WEFING, Heimatlosigkeit, 2006, S. 198f. – Der Begriff »Urmeter« für die 1,40-Meter-Achse zuerst bei E. Schulz: Die stählerne Festung des Kanzleramts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1976.

kularität nicht hinwegtäuschen sollte. Die neuen Räumlichkeiten boten großen Komfort, der über das Notwendige hinausging: Sämtliche Büros verfügten beispielsweise über Anschlüsse zur hauseigenen Rundfunkanlage und hatten ein eigenes Waschbecken im Wandschrank verborgen – so modern, dass eine kleine Broschüre den Nutzern die technischen Einrichtungen sicherheitshalber erläuterte.<sup>32</sup>

Es muss als erwünschte Aussagequalität verstanden werden, dass an keiner Stelle im Gebäude außeralltägliche Festlichkeit oder besondere Würde vermittelnde Abweichungen gegenüber diesem Standard inszeniert worden sind. Die einzige Stelle, an der ein überraschender Effekt erzielt wird, ist die golden schimmernde Glaslinsendecke im großen Konferenzsaal, die diesen Raum gegenüber den anderen auszeichnet. Im Kontrast zum vom Neubau aus sichtbaren Palais Schaumburg vermittelt die Architektur so die Botschaft, dass hier unabhängig von einer besonderen Bedeutung des Amtes ebenso sachlich wie anspruchsvoll gearbeitet wird, während sich ein Ethos von Staatlichkeit – wenn überhaupt – anderenorts baulich zu repräsentieren hat. Die hier ansässige Regierung will sich durch ihre Arbeitsergebnisse auszeichnen und messen lassen. Vor allem wirkt sie in diesem neuen soliden, erdnahen Gebäude stark verwurzelt, woraus sich eine leise, aber unterschiedene Autorität speist.

#### *1.4 Bautypus und architekturhistorische Verortung*

Wie bereits die Wettbewerbsjury festgestellt hatte, fand für den Kanzleramtsentwurf der Bautypus »Verwaltungsbau« Anwendung. Über die Formensprache und Anmutung des Gebauten ist damit noch nicht viel ausgesagt. Daher sollen Gestaltungselemente konkret auf ihre architekturhistorischen Vorbilder und zu Vergleichszwecken auf verschiedene zeitgenössische Bürohäuser bezogen werden. Zudem ist hinsichtlich des angewendeten Bautypus auch von einer der wichtigsten Bauaufgaben der 1960er Jahre zu handeln, nämlich dem städtischen Rathaus als stadtbildprägendem Großbau.

Mit der Wahl des Fassadenmaterials liegt ein expliziter Verweis auf ein berühmtes Vorbild offen zu Tage: Die Fassadenhaut des Kanzleramtes besteht aus dunklem, bronzefarben eloxierten Aluminium, einem teuren, hochwertigen und langlebigen Material, das zur Bauzeit im Verwaltungsbau äußerst beliebt und verbreitet war.<sup>33</sup> Eine ganze Architektengeneration ließ sich hierin von Ludwig Mies van der Rohes Seagram Building (New York, 1954–58) beeinflussen. Die eloxierte Aluminiumfassade dieses Bürohochhauses schimmert und glänzt im Zusammenspiel mit den die größten Flächen der Fassadenhaut einnehmenden goldbraun getönten Fensterbändern, ob aufgehellte im Sonnenschein oder dunkler bei Wolken. Dieser Effekt hat entscheidenden Anteil an der geradezu erhabenen Wirkung dieses filigran in die Höhe strebenden Hochhauses. Im Verwaltungsbau fand das matt und stumpf wirkende, zurückhaltende Fassadenmaterial im Zuge der Seagram-Re-

<sup>32</sup> Vgl. Neubau Bundeskanzleramt (Informationsbroschüre für Amtsmitarbeiter; undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), S. 10f., Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.

<sup>33</sup> Vgl. P. M. BODE/P. NESTLER, *Deutsche Kunst seit 1960*, 1976, S. 154.

zeption weltweite Verbreitung und soll veredelnd und nobilitierend wirken, wobei der Höhepunkt der architektonischen Produktion 1970 bis 1972 erreicht wurde.<sup>34</sup>

Zu der unauffälligen dunklen Farbgebung kommt beim Kanzleramtsneubau ebenso wie bei Mies van der Rohe keine weitere Farbigkeit in hellen oder gar bunten Tönen hinzu, abgesehen von weißen Sonnenschutzlamellen, welche von Innen vor die Fensterscheiben gezogen werden konnten. Der Gestus der Zurückhaltung gegenüber dem Grün-Braun des Parkes und dem Weiß des Palais Schaumburg könnte stärker nicht sein und wird auch im Gebäudeinneren nicht aufgegeben.

Ein anders aufgefasstes Beispiel für die gehäufte zeitgenössische Materialverwendung ist die Fassade des 1969 fertiggestellten Kundenzentrums der Hamburger Elektrizitätswerke in der Hamburger Innenstadt (Werner Kahl, Abb. 55). Dunkelbraune Aluminiumbänder folgen der geschwungenen Kontur der Gebäudekante und schließen mit den Fensterrahmungen flach und bündig ab. Der konkave Fassadenschwung bildet eine freundliche Platzsituation an der Spitaler Straße aus und wirkt eleganter und leichtfüßiger als das Kanzleramt. Schon aufgrund des nichtstädtischen Umfeldes des Kanzleramtes sind beide Bauten zwar kaum vergleichbar. An dieser Stelle soll die fließende, die Skelettkonstruktion eines Verwaltungsbaus weich glättende Formgebung des Hamburger Beispiels die Variationsfähigkeit der Materialwirkung verdeutlichen.

Besonders im Vergleich mit dem HEW-Bau fallen beim Kanzleramtsneubau starre, beinahe plumpe Stützen ins Auge: Je vier Aluminium-Verkleidungsteile mit an den Flächen sichtbarer durchlaufender Fuge verkleiden jeweils einen Doppel-T-Träger und verändern dabei seine Form von einer schmalrechteckigen Grundfläche zu einer massiven Bauteil auf quadratischer Grundfläche (siehe Abb. 38 und Abb. 56). Die Verkleidung der Pfeiler verläuft nicht vertikal über alle Geschosse hinweg, sondern wird von den vor die Geschosdecken geblendeten, erkennbar aus einzelnen Aluminium-Platten gebildeten horizontalen Bändern durchbrochen, ohne dass der Eindruck vom Tragen einer Last entstände – es sei an die somit nicht ganz zutreffende Beschreibung von Walfried Pohl als »Architrav« erinnert. Die aufgeständerten Umgänge wirken vielmehr wie Balkonbrüstungen.<sup>35</sup>

Andreas Denk und Ingeborg Flagge erkannten in den breiten, flachen und dunklen Fensterprofilen, die im Innenausbau als ausgefachte Holzrahmenstrukturen wiederkehren, den verbreiteten »Japonismus« der Sechzigerjahre-Architektur. Fenster- und Wandgliederungen seien den Proportionen der japanischen Tatamimatte entlehnt.<sup>36</sup> Diese Beobachtung bezieht sich auf die gesamte Struktur des Gebäudes: Das Grundmaß – eine Fenster-

<sup>34</sup> Die Ubiquität der braun eloxierten Fassaden in der internationalen Architektur wird hier lediglich festgestellt. Der Niedergang dieser Mode liegt wohl in ihrem eigenen Erfolg begründet. Das Phänomen bedürfte einer eigenen Untersuchung. Freundlicher Hinweis von Alexander Hoff, Berlin.

<sup>35</sup> Tatsächlich sind hinter diese Zonen vor der Fassade keine Balkone eingetieft. Daher verlaufen zwischen den Stützpfeilern zusätzlich drei nahezu unsichtbare Stahlseile zur Sicherung. Die umlaufenden Wege vor den Fenstern, die mit hellem Kies und runden Beton-Gehplatten belegt sind, können zur Gebäudewartung genutzt werden, etwa beim Fensterputzen; sie dürfen von den Amtsmitarbeitern nicht betreten werden. Vgl. Vermerk der Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 20.10.1972, BArch B 136/9836.

<sup>36</sup> Vgl. A. DENK / I. FLAGGE, *Architekturführer Bonn*, 1997, S. 86. Ebenso in: C. EUSKIRCHEN u. a., *Nordrhein-Westfalen I – Rheinland*, 2005, S. 169.





Abb. 55 Werner Kahl: Kundenzentrum der Hamburger Elektrizitätswerke (1969).



Abb. 56 Fassade Bundeskanzleramt, Stützenverkleidung aus vier Aluminiumelementen. Geschossdecken ebenfalls mit Aluminium verblendet. Aufnahme 2011.

achse von 1,40 Meter Breite – wird an der Fassade zu größeren Einheiten vervielfacht und im Innenraum mit entsprechend kleineren Bauelementen baukastenartig ausgefüllt, genau wie die festen und beweglichen Einbauten des traditionellen japanischen Holzhauses dem Grundmaß des Tatami folgend exakt zueinander und ineinander passen.

Zu betonen ist an dieser Stelle jedoch, dass ein Grund- und Aufriss angepasst an ein Rasterachsmaß im Bürobau die Regel ist; er wird erst von daher beachtenswert, als dass der Innenausbau des Kanzleramtes das Durchexerzieren des Rasters zum wesentlichen Gestaltungsmittel aufwertet. Ohne dass sich daraus bereits eine gestalterische Qualität ergäbe, entwickelt sich im Innern des Kanzleramtes eine durchgängige, geradezu ermüdend konsequente Struktur, die Grund- und Aufriss miteinander verbindet und mit dem Fensterformat auch die Fassadenansicht bestimmt.

Dem Hinweis auf die Rezeption japanischer Architektur sei vertiefend nachgegangen. Die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf hatten Erfahrungen im klassischen Holzbau gesammelt, bevor sie das Kanzleramt entwarfen, und auch hier scheinen japonistische Gestaltungselemente eine Rolle zu spielen. Die Wandflächen wurden weiß ausgefacht und vor allem in den Giebelbereichen großflächig verglast. Die Holzträger sind weit vorgezogen, um die Konstruktion sichtbar zu machen.

Manfred Adams, Gründungspartner des Büros Planungsgruppe Stieldorf, der allerdings am Kanzleramtsentwurf nicht mitarbeitete, hatte im Jahr 1972 zusammen mit dem Fertighaushersteller Huf zudem das »HUF Fachwerkhaus 2000« entworfen, ein Satteldachhaus als unverkleidete Fachwerkkonstruktion aus dunkel imprägnierten Holzbalken. Mit dem offenen Wohngrundriss und dem halboffenen Obergeschoss, das dieses mit dem Erdgeschoss zu einem großzügigen Raumkontinuum verbindet, wurde der Entwurf als hochpreisiges Architekten-Fertighaus ein weltweiter Verkaufserfolg, der bis heute anhält.<sup>37</sup> Charakteristisch sind der offene Grundriss, das weit vorkragende sanft geneigte Satteldach, die Farbgebung mit holzsichtigem dunklen Fachwerk im Kontrast zur weißen Füllung und die Verbindung von Innen- und Außenraum, die durch die großflächigen Verglasungen gegenüber dem traditionellen europäischen Fachwerkhaus den modernen Reiz des Hauses erzeugt.<sup>38</sup> Die Dachzone schützt die Balkone, welche auf vorgezogenen Querbalken aufliegen. Durch das gemütliche Dach und die Atmosphäre des Holzhauses bleibt stets eine in sich zurückgezogene Wohnwelt der Geborgenheit erhalten. Traditionelle Wohnräume verbindet der Haustyp mit den schlichten weißen Wänden und den Glasflächen der klassischen Moderne.

Alle Fachwerkhäuser der Planungsgruppe Stieldorf reflektieren formal die Rezeption der berühmten Architektur Fotografien des japanischen Katsura-Palast aus dem 17. Jahrhundert von Ishimoto Yasuhiro. Der in den USA geborene Fotograf (1921–2012) kannte die IIT-

<sup>37</sup> Vgl. hierzu sowie zum Einfluss des HUF Fachwerkhaus 2000 auf die Fertighausindustrie K. SIMONI, *Fertighausarchitektur*, 2005, S. 136, 141. – Die erste Baugruppe von Fachwerkhäusern wurde ab 1968 in Stieldorf bei Bonn realisiert und 1968 mit einem ersten Preis des BDA und des BDZ ausgezeichnet. Eine weitere Hausgruppe im Königswinterer Stadtteil Vinxel entstand 1973/74. Vgl. *Bauwelt* 9 (1975), S. 270f.

<sup>38</sup> W. TÄUBNER, *Planungsgruppe*, 1978, unpag. (Abschnitte »Das Kontrast-Fertighaus« und »Holzhäuser«), sowie [www.huf-haus.com](http://www.huf-haus.com) [20.5.2011].



Abb. 57 Ishimoto Yasuhiro: Villa Katsura in Kyôto, »The New Palace and Veranda of the Music Room«. Aufnahme 1953 (links).

Abb. 58 Ishimoto Yasuhiro: Villa Katsura. »First Room of the Old Shoin, seen from the Second Room«. Aufnahme 1953 (rechts).

Campus-Bauten von Ludwig Mies van der Rohe, bevor er 1953 nach Japan reiste und dort der Katsura-Villa eine Fotoserie widmete (Abb. 57 und 58). Seine Schwarzweiß-Fotografien der schlichten Pavillonbauten erlaubten Allusionen einer Moderne *avant la lettre*.<sup>39</sup> Der japanische Architekt Kenzo Tange zeigte sich von Ishimotos Fotografien fasziniert und veröffentlichte sie 1960 als Fotobuch mit eigenen Texten sowie Texten von Walter Gropius.<sup>40</sup> Die damit einsetzende weltweite Wahrnehmung der japanischen Architektur geschah demnach von Beginn an aus einem westlich geprägten Blickwinkel. So birgt der Japonismus-Verweis für nachkriegsmodernes Bauen die Gefahr eines Trugschlusses, da er die Richtung des Rezeptionsflusses verkehrt: Nicht die japanische Architektur prägte westliche nachkriegsmoderne Architekten der 1960er Jahre, sondern die Assoziation des Japonismus adelte den internationalen Stil und den Brutalismus in der Nachfolge Le Corbusiers und Mies van der Rohes.<sup>41</sup> Egon Eiermann allerdings, der prägende Lehrer von Georg Pollich, hat sich mit der japonistisch inspirierten Aufständigung seiner Kapelle der Berliner Gedächtniskirche explizit auf den Einfluss von Bruno Tauts Buch »Houses and People of Japan« bezogen, in dem der deutsche Exilant den Katsura-Palast bereits 1937 in den Rang einer international bedeutsamen Architektur-Ikone erhob.<sup>42</sup>

Zeitgenössische Zuschreibungen des Japonismus-Topos für Bauten der 1960er und 70er Jahre, wie bei Flagge und Denk gelesen, können demzufolge generell als Ausdruck

<sup>39</sup> Vgl. hierzu die Fotobroschüre K. MANAKO, Katsura, 2010.

<sup>40</sup> W. GROPIUS/K. TANGE, Katsura, 1960.

<sup>41</sup> Manfred Speidel im Gespräch am 7. Februar 2012 und entgegen der Darstellung von Reyner Banham argumentierend, welcher die Japan-Rezeption der Brutalisten noch über das 1937 englischsprachig in Japan publizierte Buch von Bruno Taut (Houses and People of Japan) belegte, auf die westlich geprägte Entstehungsperspektive des einflussreicheren Buches von Tange und Gropius jedoch nicht eingeht. Vgl. hierzu R. BANHAM, Brutalismus, 1966, S. 46.

<sup>42</sup> Freundlicher Hinweis von Kai Kappel, Berlin.

positiver Wertschätzung verstanden werden und gehen auf eine erfolgreiche und langlebige Vermarktungsstrategie der Vertreter des Internationalen Stiles zurück. Dies gilt für die Holzhäuser der Planungsgruppe Stieldorf und den Kanzleramtsneubau gleichermaßen.

Der Kanzleramtsneubau setzt die industriell vorgefertigten Baumaterialien Stahl, Aluminium, Beton und Glas ein und scheint sich dadurch weit von den schlichten Wohnbauten in Holzkonstruktion entfernt zu haben. Diese Distanz löst sich jedoch auf, wenn man die klare Stahlstützenkonstruktion in den Kontext der internationalen Nachkriegsmoderne und insbesondere in die Strömung des Brutalismus einordnet, die sich auf die Leitfiguren Frank Lloyd Wright, Mies van der Rohe und Le Corbusier bezog.<sup>43</sup>

Die brutalistische Architekturauffassung entstand im Umfeld des Architektenpaares Smithson an der Londoner Universität. In ihrer Hochphase von 1957 bis 1964 prägte sie vor allem junge Architekten während ihrer Ausbildung. Laut dem ersten Chronisten des Brutalismus, Reyner Banham, ging es dabei weniger um Formen und Materialien, sondern um eine »Ethik«, eine verbindende Einstellung, sodass die Bandbreite der Erscheinungsformen und die Offenheit des »Stils« groß waren.<sup>44</sup> Während Corbusiers *Unité d'Habitation* in Marseille in ihrer »rauen Erhabenheit« des roh verarbeiteten Sichtbetons zum Schlüsselbauwerk wurde, da es Beton »als schmutzige Brühe mit schwebendem Sand, Kies und rutschige[r] Masse«<sup>45</sup> erstmals genau so im fertigen holzgeschalteten Sichtbeton präsentiert hatte, umfasst die Strömung des Brutalismus ebenso die materialveredelnde Verarbeitung industrieller Baustoffe von Mies van der Rohes Bauten oder die metabolistischen Entwürfe rund um Kenzo Tange in Japan. Banham hielt Mies' Bauten für den Campus des Illinois Institute of Technology in Chicago (1939–56) für die erste Architektur, die brutalistisch genannt werden konnte (Abb. 59).<sup>46</sup> Die synthetischen Baustoffe Glas, Stahl und Backstein seien in großer »Ehrlichkeit« eingesetzt; der Architekt erkenne an, was das Material »ist«.<sup>47</sup> Für das IIT ist die Qualität der bis ins Detail durchdachten Gestaltung und Verarbeitung charakteristisch. Mies' Bau ist stilprägend mit dem sichtbaren Stahlskelett, das mit hellen Backsteinwänden ausgefacht wurde.

Die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf orientierten sich sichtlich an der Mies'schen, hochwertigen und detailgenauen Gestaltung und deren präziser Verarbeitung. Beim Kanzleramt präsentiert sich jedoch eine irritierend großflächige, matt und trocken wirkende, auf die vorkragenden Umgänge und tragenden Stützen geblendete glatte Aluminiumfassade, welche alle tragenden Teile wie eine Haut gleichmacherisch überzieht. Dieses Material ist das einzige, das an der Fassade eingesetzt wurde. Es wechselt lediglich mit den verglasten Fensterflächen, deren Oberfläche glatter wirkt, aber in der Wirkung

<sup>43</sup> Georg Pollich benannte diesen prägenden Einfluss im Gespräch am 25. Februar 2011, Königswinter. – Vgl. im Folgenden R. BANHAM, *Brutalismus*, 1966.

<sup>44</sup> R. BANHAM, *Brutalismus*, 1966, S. 115.

<sup>45</sup> Ebd., S. 116.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 17. Banham zeigt dazu Fotografien der Alumni Memorial Hall (1945–47), S. 28ff. Der die Bewegung begründende Bau in England, der sich auf den Mies'schen Bau bezieht, ist die Schule in Hunston, Norfolk (Alison und Peter Smithson, 1949–54).

<sup>47</sup> Ebd., S. 17.



Abb. 59 Ludwig Mies van der Rohe: Crown Hall (1950–56), Hauptfassade, Campus des Illinois Institute of Technology, Chicago.

völlig zurücktritt, da die Scheiben 1,20 Meter<sup>48</sup> hinter der Außenkontur und stark verschattet liegen. Zwischen den Stützen entstehen langrechteckige Abschnitte, welche die langen Reihen aus hochrechteckigen Fenstern zu querrchteckigen Feldern zusammenfassen. Deren superbreites Format, das an Cinemascope erinnert, betont die horizontale Schichtung der Geschosse. Die Proportionen spielen mit dem Wechsel aus horizontaler und vertikaler Reihung.

Man findet eine fast identische Fassadenaufteilung an den drei Bürotürmen der Hauptverwaltung des Karstadt-Konzerns in Essen, der 1969 in Stahlbeton ausgeführt wurde (Walter Brune und Joachim Thiel, Abb. 60 und 61): Zwischen die außen liegenden Stützen, die mit Umgängen vor die Fassade gezogen sind, liegen zurückgesetzt lange Fensterbänder aus hochrechteckigen Fensterfeldern. Vier ineinander und übereinander sich erhebende quadratische oder rechteckige Baukörper erreichen im niedrigsten Bereich vier Stockwerke, sodass die Proportionen des Verwaltungszentrums hierin nicht mit dem niedrigeren und geringere Flächen schaffenden Kanzleramtsneubau vergleichbar sind. Zum hellen Farbton des Betons kontrastieren an den Fassaden dunkle Fensterrahmen und silbrig reflektierende Jalousien. Die schmalen und hohen, ungeteilten Fensterflächen hinter den Stützen reichen bis zum Boden. Dies und die offenbar weniger starken Deckenzonen wirken in Essen, vielleicht auch nur dank der hellen Farbgebung, weniger schwer als beim Kanzleramtsneubau.

Trotz der Unterschiede im Detail stellt die Karstadt-Hauptverwaltung ein direktes Vorbild für den Fassadenaufriß des Kanzleramtes dar. Die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf hatten zu ihrem Wettbewerbsentwurf 1971 erläutert, dieser könne wahlweise in Beton oder als Stahlskelettbau realisiert werden. Ihnen lag nicht an einer Festlegung auf eine Materialität. Sie verunklarten in ihrem Entwurf nicht, dass sie einen erprobten Bautyp des Verwaltungsbaus anpassten und anwendeten; und sogar ihre Fassadenaufteilung folgt, wie gezeigt, publizierten Vorbildern. Sie lieferten keine neue, unverwechselbare Gebäudeansicht und behaupteten dies auch nirgends. Die Wettbewerbsjury ihrerseits legte

<sup>48</sup> Im Wettbewerbsentwurf waren sogar 2,08 Meter Versetzung vorgesehen, jedoch zu Ungunsten der im Innern verfügbaren Flächen (entspräche 24 Prozent der Flächen in beiden Obergeschossen). Vgl. Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt vom 23.1.1973, BArch B 136/9836.



Abb. 60 Walter Brune und Joachim Thiel: Hauptverwaltung Karstadt-Konzern, Essen (1969).



Abb. 61 Walter Brune und Joachim Thiel: Hauptverwaltung Karstadt-Konzern, Fassaden mit Umgängen, hier in Sichtbeton ausgeführt. Aufnahme Juni 2003.

keinen Wert auf eine Qualität als »signature architecture«, wie sie im Jahr 2001 beim Berliner Kanzleramtsneubau erzeugt wurde: Dass ein »im Prinzip bekannter Bautypus« konsequent angewendet wurde, hatte die Jury von 1971 in der Begründung für den ersten Preis lobend hervorgehoben.<sup>49</sup>

Die Fassadengliederung des Kanzleramtes ebenso wie die der Karstadt-Zentrale gehen auf US-amerikanische Vorbilder des Verwaltungsbaus zurück. Prägend für den Büro- und Verwaltungsbau der 1950er und 1960er Jahre war das kalifornische Architekturbüro Skidmore, Owings & Merrill (SOM).<sup>50</sup> Nach außen vor die Klimahülle geschobene Träger und deren horizontale Zusammenfassung mit den vorkragenden Deckenplatten zu quereckigen Feldern führten SOM während einer Dekade immer wieder aus. Sie wendeten diesen Aufriss zunächst bei breit gelagerten Bauten auf annähernd quadratischem Grundriss an (Abb. 62 und 63). Heller Sichtbeton ließ im hellen Sonnenlicht der südlichen USA die verschatteten Bereiche unter den vorkragenden Deckenzonen zurücktreten, was trotz glatter Oberflächen zu tiefenräumlichen Effekten führte. Doch vor allem an den Fassaden ihrer späteren Bürohochhäuser fand diese Struktur ihre ästhetisch und proportional überzeugende Umsetzung, da sie die Baumassen günstig strukturiert.<sup>51</sup>

Auf der Ebene des Bautypus ergibt sich hier mit dem Kodak-Ausbildungszentrum von SOM zudem eine interessante Parallele (Abb. 64): Dieser Schulbau macht den Kanzleramtsentwurf auch als Variation des Typus »Pavillonschule« beschreibbar, bei der die verschiedenen Unterrichtssäle und anderen Nutzungen auf mehrere kopfsichtige, möglichst ebenerdige Riegel aufgeteilt werden, meistens auf kammartigem Grundriss.<sup>52</sup>

Der Licht- und Schatteneffekt auf den Fassaden fällt beim Kanzleramt weniger überzeugend aus als auf den Fotografien der Bauten von SOM. Der Kanzlerflügel wirkt dabei insgesamt filigraner als der Verwaltungsbau, was er den in allen Geschossen bodentiefe Fenstern verdankt. Sie rühren von einer etwas teureren Klimatechnik in diesem Bauteil her. Im Verwaltungsbauteil bildet dagegen die Klimaanlage in jedem Büro einen etwa kniehohen Kasten aus, sodass die Fensterflächen erst oberhalb von diesen beginnen können.

Die mächtigen Geschossdeckenzone an der Fassade des Kanzleramtes rufen wie bereits erwähnt generell einen drückenden Eindruck hervor. Viele Verwaltungsbauten der 1950er und 1960er Jahre betonen die Installationsdecken an den Fassaden durch breite Bänder, die sich mit Fensterbändern abwechseln, dann eine völlig glatte, unprofilierte Fassadenfläche bildend, sodass die Deckenstärke optisch nicht die Fensterbänder dominiert. Zeittypisch ist jedoch auch das »betont kantige[s] Profil mit tief eingeschnittenen Fassadenöffnungen«. <sup>53</sup> Bürobauten »ließen mit kompakten Betonstürzen über den Fens-

<sup>49</sup> W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 511.

<sup>50</sup> Auch für diesen Hinweis danke ich Alexander Hoff, Berlin.

<sup>51</sup> Vgl. H. R. HITCHCOCK, Skidmore, Owings & Merrill, 1950–62, 1962; A. DREXLER, Skidmore, Owings & Merrill, 1963–1973, 1974.

<sup>52</sup> Eine asketische elegante Variation des Typus Pavillonschule, welcher in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik aufkam, erkannte Eberhard Schulz im Kanzleramtsneubau. Vgl. E. Schulz: Die stählerne Festung des Kanzleramts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1976.

<sup>53</sup> R. LANGE, Architektur, 2003, S. 14.



Abb. 62 Skidmore, Owings & Merrill (SOM): Verwaltungsgebäude Connecticut General Life Insurance Company, Bloomfield, Connecticut (1954–57).



Abb. 63 SOM: Bankgebäude und Bürohochhaus der First City National Bank, Houston, Texas (1959–61).





Abb. 64 SOM: Ausbildungszentrum der Eastman Kodak Company, Henrietta, New York.

tern und Türen die Muskeln spielen«, so Ralf Lange treffend.<sup>54</sup> Die Großbauten der Hamburger Bürostadt City Nord sind ein Beispiel für zeitgenössische Umsetzungen dieser kraftstrotzenden Großbaukomplexe (Abb. 65). Der Kanzleramtsneubau vermittelt Festigkeit und Autorität, ohne in der Höhenentwicklung Dominanz zu erzeugen. Dass die Ausschreibung zuvor noch präzisiert hatte, es solle kein gewöhnliches Bürohaus sein, rückt in den Hintergrund.

Ruft man sich in Erinnerung, dass die Ausschreibung zusätzlich gefordert hatte, die Architektur solle zum Ausdruck bringen, dass hier Kanzler und Kabinett arbeiten und Teamarbeit im Vordergrund steht, ist ergänzend auch ein Blick auf die zeitgenössische Bauaufgabe Rathaus zu werfen. Auch hier wirkte zeitgleich die Mode der Bürogrößräume. Ziel war es, den Bürgern die Verwaltungsvorgänge näher zu bringen und diese beispielsweise auf Bürgerämtern weniger obrigkeitlich zu präsentieren.<sup>55</sup> Es entstanden Großbürobauten als kommunale Zentren in kleinen ebenso wie in großen Städten. Der zentrale Standort war besonders wichtig zugunsten der Erreichbarkeit für die Einwohner. Interessanterweise sollten und wollten diese Neubauten der Kommunen aus den 1960er und 70er Jahren stadtbildprägend sein.<sup>56</sup> Große Büroflächen mussten rasch zur Verfügung gestellt werden, sodass sich der Bürocharakter kaum vermeiden ließ; lediglich die Ratsäle konnten hervorgehoben werden.<sup>57</sup> Ein prägnantes Beispiel für solche sogenannten technischen

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Vgl. S. KRAMER, Dortmunder Rathaus, 2001, S. 50f.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 49f.

<sup>57</sup> Vgl. ebd., S. 50.



Abb. 65 Kraemer, Pfenning, Sieverts: Verwaltung der Deutschen BP Aktiengesellschaft, Hamburg (City Nord) (1968–71).

Rathäuser oder Stadtverwaltungszentren ist das Rathaus Kaiserslautern (Roland Oster-tag, 1963–68) als Kombination eines Hochhausturmes aus Betonfertigteilen mit einem flachen Ratsaal (Abb. 66). Ostertag hat zahlreiche Rathäuser dieser Art errichtet und war mit diesem Erfahrungsschatz sicher nicht zufällig in die Wettbewerbsjury Kanzleramt be-rufen worden.

Als weiteres Beispiel für ein solches zeitgenössisches kommunales Neubauprojekt in nächster Nähe des Kanzleramtes sei auf das im Bonner Stadtzentrum errichtete Neue Stadthaus hingewiesen (Heinle Wischer und Partner, Wettbewerb 1968, errichtet 1973–77, Abb. 67). Es handelt sich dem Bautypus nach um eine »rathausähnliche Institution *ohne* dessen Repräsentationsaufgaben«, also »eine Verwaltungszentrale«. <sup>58</sup> Denn auch die Bonner Stadtverwaltung – nicht nur die Bundesregierung – benötigte nach einer Kommu-nalreform im Jahr 1969 mehr und zusammenhängenden Büroraum: Durch Zusammenle-gung mehrerer Gemeinden hatte sich die Einwohnerzahl der Stadt auf fast 300 000 mehr als verdoppelt. <sup>59</sup> Der Neubau brachte den Ratsaal, verschiedene bürgernahe Dienste mit Publikumsbetrieb und fast die gesamte Stadtverwaltung unter ein Dach und folgt hin-sichtlich der Überlegung flexibler Innenraumaufteilung und Großraumbüros den zeitge-

<sup>58</sup> Stadthaus Bonn. Zu Unrecht starrer Kritik ausgesetzt, in: *Architektur + Wohnwelt* 5 (1978), S. 329, zi-tiert nach: K. WITTMANN-ENGLERT, *Stadthaus in Bonn*, 2011, S. 64 [Hervorhebung im Original].

<sup>59</sup> Grundlage für die Gebietsreform war das »Gesetz zur kommunalen Neugliederung des Raumes Bonn (Bonn Gesetz)« vom 10. Juni 1969. Die Landkreise Bonn und Sieg wurden zum Landkreis Rhein-Sieg zusammengefasst. Die ehemals eigenständigen Städte Bad Godesberg und Beuel sowie die Gemeinden Buschdorf, Duisdorf Holzlar, Ippendorf, Lengsdorf, Lessenich und Oberkassel wurden zu Bonner Stadt-bezirken. Vgl. I. FLAGGE, *Architektur in Bonn*, 1984, S. 19.



Abb. 66 Roland Ostertag: Rathaus Kaiserslautern (1963–68). Hochhausturm mit flachem Ratsaal aus Betonfertigteilen.



Abb. 67 Heinle, Wischer und Partner: Neues Stadthaus Bonn (1973–77).

nössischen konzeptionellen Gedanken einer flexiblen Verwaltungszentrale.<sup>60</sup> Es entstanden Arbeitsplätze für 1 700 Beschäftigte in der Stadtverwaltung,<sup>61</sup> fast vier Mal so viele wie im Kanzleramt. Der bis zu 17 Geschosse beziehungsweise 73 Meter hoch aufragende Komplex verbindet vier Bürotürme durch einen zwei- bis sechsgeschossigen Flachbau als Sockel. Er erreicht so die Dimensionen eines ganzen Stadtquartiers. Die Fassaden zeigen an der silberfarbenen schimmernden »Stahl-Leichtmetall-Konstruktion mit Sonnenschutzverglasung« dunklere horizontale Fensterbänder.<sup>62</sup> Abwechselnd spiegeln hier Fensterbänder und zusätzlich vor den Fassaden montierte »Glastafeln« die Lichtverhältnisse. Diese sind in vertikal verlaufende zarte Profile eingefasst. Auch dieser Bau erforderte umfangreiche Installationen in den Deckenzonen, denn es wurden Großraumbüros eingerichtet.<sup>63</sup> Der Fassadenabschluss wirkt jedoch flächig und glatt, sodass die in der Höhe gestaffelten Turmbauten den Drang in die Höhe vermitteln. Wittmann-Englert arbeitete den Turmcharakter des Gebäudes als Spezifikum und Überbleibsel aus der alten Tradition des Rathausbaus heraus, in dem sich die städtische Bürgerschaft repräsentierte.<sup>64</sup>

Die Architektursprachen der beiden nahezu zeitgleich und für ähnliche Zwecke errichteten öffentlichen Verwaltungsgebäude für Stadt und Bund könnten unterschiedlicher nicht sein: Während in der Innenstadt Bonn die Baumassen zu einer überragenden, hell glänzenden, schillernden Stadtkrone zusammengezogen wurden, gräbt sich der kräftige, niedrige, dunkle und vergleichsweise klein dimensionierte Kanzleramtsneubau an der Adenauerallee in den Boden ein. Die erdnahen Assoziationen, die durch die dunkelbraune Farbgebung und die massive Struktur entstehen, unterstützen diese demonstrativ nach Unauffälligkeit strebende Architektur.

### *1.5 Planänderungen ab 1972 am Beispiel der »Vollflexibilität«*

Im Anschluss an die Architekturbeschreibung und -verortung ist ein methodischer Aspekt zu diskutieren: Wie soll mit Diskrepanzen zwischen Entwurf und tatsächlicher Bauausführung in der Bauanalyse umgegangen werden? Sollen Entwurf, Realisierung oder beides zusammen Gegenstand der ikonologischen Deutung sein?

Viele Elemente aus der frühen Planungsphase unter Horst Ehmke und dem Quickborner Team verschwanden vor Baubeginn aus den Ausführungsplänen. Das wichtigste Beispiel für diese Rücknahmen ist die Organisationsform des Amtes. Die sogenannte »integrierte Abteilungsstruktur«, deren räumliche Unterbringung und gestalterische Berücksichtigung zentrale Aufgabenstellung des Architekturwettbewerbes von 1970 war, wurde nicht

<sup>60</sup> Entsprechend gab es Austausch zwischen den Baubeamten von Stadt und Bund über Stadthaus- und Kanzleramtsprojekt, und die Stadtoberen studierten das Bauprogramm des Kanzleramtswettbewerbes mit Interesse. Vgl. 10-2 an StVD Sauerborn, 29.11.1970, betr. Neubau Bundeskanzleramt, StA Bonn, NI982/061.

<sup>61</sup> Vgl. HEINLE, WISCHER UND PARTNER, Stadthaus Bonn, 1979. Grund- und Aufrisse ebenso in R. OSTERTAG, Rathäuser, 1974, S. 110f.

<sup>62</sup> K. WITTMANN-ENGLERT, Stadthaus in Bonn, 2011, S. 64.

<sup>63</sup> Vgl. HEINLE, WISCHER UND PARTNER, Stadthaus Bonn, 1979, S. 20.

<sup>64</sup> Vgl. K. WITTMANN-ENGLERT, Stadthaus in Bonn, 2011, S. 65.

eingeführt. Entsprechend veränderte sich der Grundriss der Büroetagen. Dass Bürolandschaften in Großräumen nicht durchsetzbar sein würden, zeichnete sich bereits im Verlauf des Jahres 1972 ab.<sup>65</sup> Ende 1972 musste Horst Ehmke schließlich das Kanzleramt verlassen<sup>66</sup>, und die dem Neubauprojekt zugrunde liegende Regierungstechnik der politischen Planung war damit ebenso Makulatur wie die dazu entwickelte Raumkonzeption.<sup>67</sup> Wie Ehmkes Erben mit dem Bauprojekt im Anschluss umgegangen sind, lässt sich an sukzessiven Planänderungen ablesen.

Der Wettbewerbsentwurf hatte in beiden Bürogeschossen des Verwaltungsbaus Großraum-Arbeitszonen und zentrale Abteilungsdienste mit jeweils eigener Registratur vorgesehen. In den Kopfbauten waren Einzelbüros vorgesehen. Der Entwurf enthielt Vorschläge für die Vergabe der Flächen an bestimmte Abteilungen des Kanzleramtes (siehe Abb. 28). Jeder Abteilung wurde eine zentrale Zone vor einem solchen Kopfbau sowie die angrenzenden Freiflächen für Gruppenarbeitszonen zugeteilt. Dabei folgte der ganze Verwaltungsbauteil der Maßgabe innerer Vollflexibilität. Das bedeutet, dass die Raumaufteilung in den von tragenden Wänden gänzlich freigehaltenen Büroetagen immer wieder veränderbar sein sollte – in einem Grundriss vom Januar 1972 verdeutlichten die Architekten sechs verschiedene Varianten des Innenausbaus für die Verwaltungsetagen (siehe Abb. 68).

Nach einem mehrmonatigen Planungsstopp ab Herbst 1972 konnte die Bauausführungsplanung erst im Januar 1973 wieder aufgenommen werden.<sup>68</sup> In die Zwischenzeit fiel Ehmkes Abgang aus dem Kanzleramt. So fand am 18. Januar 1973 ein erstes Treffen von Vertretern des Bauministeriums, der Bundesbaudirektion und dem Bundeskanzleramt – nun unter der Leitung von Horst Grabert – im Planungspavillon statt. Neue Weichenstellungen bezüglich der künftigen Organisationsform des Amtes führten zu entscheidenden Änderungen:

»Da die bisherigen Erfahrungen mit Arbeitsgruppen gezeigt haben, daß offene Gruppenarbeitszonen wegen des meist vertraulichen Charakters der Besprechungen sowohl für innerbetriebliche wie auch für interministerielle Arbeitsgruppen unzumutbar sind, sollte die Vollflexibilität auf eine spezifische Flexibilität mit folgenden Merkmalen reduziert werden: a) sämtliche Bürotrennwände müssen versetzt werden können, b) in den Kämmen des Abteilungsbaus muß die Umbaumöglichkeit in Einzel- und Großräume gegeben sein (...).«<sup>69</sup>

Offene Bürolandschaften entfielen als Option demnach völlig. Abschließbare Besprechungs- und Gruppenarbeitsräume mit Schallschutz hielt man für zweckmäßiger, auch weil dort während Arbeitspausen vertrauliche Unterlagen verbleiben könnten. Doch die

<sup>65</sup> Siehe oben zu den Planänderungen nach der Wettbewerbsausschreibung, Kap. II.3.3.

<sup>66</sup> Am 13. Dezember 1972 wählte das Bundeskabinett einen neuen Kanzleramtschef, und Ehmke übernahm bis 1974 das Ministerium für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. A. BARING, Machtwechsel, 1984, S. 324f.

<sup>67</sup> Zu Ehmkes »Vertreibung« aus dem Kanzleramt im Dezember 1972 vgl. A. BARING, Machtwechsel, 1984, S. 520–525.

<sup>68</sup> Siehe oben, Anm. 1, S. 161.

<sup>69</sup> Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt vom 23. Januar 1973, BArch B 136/9836.



ursprüngliche Idee von räumlicher Flexibilität wurde dennoch nicht vollständig aufgegeben: Der sogenannte »Sowohl-als-auch-Grundriss«, wie er im Architekturwettbewerb gefordert worden war, sollte eingeschränkt in Teilen des Gebäudes ermöglicht werden,<sup>70</sup> was durchaus verwunderlich ist. Es wäre zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen, den Innenausbau einfacher und kostengünstiger auszuführen. Hinter dieser Entscheidung steht somit noch ein Nachwirken der kybernetischen Vorstellungen von einem Gebäude, das an veränderte Anforderungen anpassbar wäre, obwohl ein Mitarbeiter der Bundesbaudirektion bereits während des Baustopps zu der ernüchternden Einschätzung gekommen war: »Bei dem größten Teil der Standardbüros wird wahrscheinlich von der ›Flexibilität‹ nicht oder nur selten Gebrauch gemacht werden.«<sup>71</sup>

Was bedeutete ein vollflexibler Grundriss genau? Keineswegs hätten die Amtsbediensteten kurzerhand selbst Wände versetzen können. Doch sämtliche Wände, Türen und Schränke im Verwaltungsbau waren mit geringerem Aufwand als in konventionellen Büroetagen zu versetzen oder ganz zu entfernen. Der Teppichfußboden wurde in beiden Bürogeschossen als durchgängige Fläche verlegt, bevor die Wandfüllungen in einem zwischen Decke und Fußboden fixierten Metallgestänge befestigt wurden, um die problemlose Neugestaltung der Raumaufteilungen zu ermöglichen.<sup>72</sup> Einfache Wandverschiebungen würden Handwerker in 24 Stunden erledigen können, für die Schaffung von Großraumbereichen bräuchten sie mehrere Tage. Die Kosten dafür würden sich laut Berechnungen der Bundesbauverwaltung auf etwa fünfzig Prozent von vergleichbaren Umbauten in Bürohäusern belaufen, in denen nichttragende Wände versetzt werden.<sup>73</sup> Eine eigens angefertigte Kostenkalkulation ergab, dass die Umgestaltungsfähigkeit des Grundrisses im Sinne der gewünschten Flexibilität zunächst Mehrkosten gegenüber einer konventionellen Bürohauslösung von 11,5 Millionen Mark verursachen würde. Andersherum formuliert hätte diese Summe an den Baukosten eingespart werden können, wenn man sich Anfang 1973, als Kanzleramtschef Grabert das Ruder übernahm, gänzlich gegen die Maßgabe »Flexibilität« und für einen gewöhnlichen Bürogrundriss mit Zellenbüros entschieden hätte, nicht eingerechnet die durch die Umplanungen entstehenden Planungskosten. Man entschied sich jedoch, den Mehrwert, die Räumlichkeiten organisatorischen Änderungen entsprechend anpassen zu können, nicht einer zehnprozentigen Senkung der Gesamtbaukosten zu opfern.<sup>74</sup>

Kostensenkend wirkte sich hingegen die Verringerung der Stützweiten von 10,80 auf 9,80 Meter aus. Auch sie ist Folge der veränderten Vorgaben an das Gebäude. Ende 1972 nutzte die Bundesbaudirektion die Zeit bis zum verzögerten Baubeginn, um die bisher erarbeitete Ausführungsplanung zu prüfen. Vorgelegt wurde eine »Ausarbeitung über Rea-

<sup>70</sup> Siehe oben, S. 115.

<sup>71</sup> Vermerk Bundesbaudirektion (Bohnenkamp), 23.11.1972, betr. Planungsstand vom 15. September 1972, BArch B 136/9836.

<sup>72</sup> Auskunft von Herrn Lützenkirchen, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, 11. Januar 2010.

<sup>73</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 20.10.1972, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt, hier: Flexible Gestaltung des Innenbereichs, BArch B 136/9836.

<sup>74</sup> Vgl. ebd.

lisierung und Kosten der ›Flexibilität‹ der Innenbereiche«, die auch in Zusammenhang mit der Stützweite stand.

»Die geplanten Maßnahmen sind zur Verwirklichung der Bedingungen des Raumprogrammes (stützenfreie Flächen von 100qm und Nutzung für Büros und Gruppenräume in allen Bereichen) erforderlich. Wenn diese Forderungen aufgrund neuer Organisationsvorstellungen modifiziert werden, ist eine Überarbeitung des Entwurfes kaum zu umgehen.«<sup>75</sup>

1973 war der Weg schließlich frei zu einer wirtschaftlicheren Stützenweite: Unmittelbar Anfang des Jahres legte die Arbeitsgruppe Neubau in der bereits angesprochenen ersten größeren Besprechung mit Vertretern aus dem Bauministerium, der Bundesbaudirektion und dem neuen Kanzleramtschef Grabert also zusätzlich fest: »c) die auch im vorliegenden Entwurf nicht erfüllte Forderung nach stützenfreien Flächen von 100 qm wird aufgegeben.«<sup>76</sup> Diese Entscheidung wirkte sich auf den Fassadenaufriß aus, da die Proportionen des Baus mit Reduzierung der Stützenweite einen Teil ihrer Großzügigkeit verloren.

Der weiterhin teilflexibel anzulegende Grundriß erforderte es, von der lichten Raumhöhe 1,50 Meter starke Installationsdecken abzuhängen, welche sämtliche Ver- und Entsorgungstechnik aufnehmen (Abb. 69), sodass nur noch 2,50 Meter (in den Obergeschossen des Abteilungsbaus) bis 3,20 Meter (im Kabinettsaal und in den Räumlichkeiten rund um das Kanzlerarbeitszimmer dank besonderer technischer Bemühungen um weniger starke Deckeninstallationen) lichte Raumhöhe verblieben. Der Wettbewerbsentwurf hatte im gesamten Haus ursprünglich eine lichte Raumhöhe von drei Metern vorgesehen.<sup>77</sup> Von der Geschosshöhe von 4,08 Metern wurde nun also mehr als ein Drittel durch die Deckeninstallationen eingenommen. An der Außenfassade zeichnet sich diese Proportion ungünstig ab. Wie bereits angesprochen wurde, wirkt der ganze Bau aufgrund der mächtigen Geschossdecken – im Zusammenspiel mit der verengten Stützenstellung – schwer lastend und gedrungen. Eine Anhebung der Gebäudehöhe kam wiederum aufgrund politischer Festlegungen nicht infrage: Der Neubau sollte das traditionelle Palais Schaumburg höhenmäßig nicht in den Schatten stellen und sich in das Parkensemble einfügen, wie es in der Wettbewerbsausschreibung gefordert worden war. Diese Möglichkeit wurde der Aktenlage nach auch gar nicht erwogen. Da in gängigen Bürohäusern 50 bis 75 Zentimeter Installationstiefe in den Deckenzonen üblich sind,<sup>78</sup> hätte der Verzicht auf die Teilflexibilität des Grundrisses nicht nur die Baukosten reduziert, sondern vor allem auch die Außenwirkung des Gebäudes positiv beein-

<sup>75</sup> Bundesbaudirektion (in Vertretung Winde) an BKA, 29.9.1972, betr. Flexible Gestaltung des Innenbereichs, BArch B 136/9836.

<sup>76</sup> Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt zur Besprechung vom 18.1.1973 im Planungspavillon, 23.1.1973, BArch B 136/9836.

<sup>77</sup> Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion (Bohnenkamp), 23.11.1972, betr. Planungsstand vom 15. September 1972, BArch B 136/9836.

<sup>78</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 21.12.1972, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Überblick über den bisherigen Planungsstand und die Probleme des Neubauvorhabens, BArch B 136/9836.





Abb. 69 Unter den Geschossdecken ist Raum für voluminöse Versorgungstechnik. Aufnahme 30.7.1974.

flusst. So war die politisch aufrechterhaltene Vorgabe an einen teilflexiblen Grundriss bis in das äußere Erscheinungsbild der Architektur wirksam.

Die Vorstellungen des Nutzers veränderten sich zusammen mit der wechselnden Hausmacht abermals während der Bauphase, wie ein sonderbarer Zwischenfall anlässlich des Richtfestes belegt. 1974 hatte Manfred Schüler, der als Kanzleramtschef von Helmut Schmidt auf Horst Grabert folgte, den Einbau von Fenstergriffen in allen Büros durchgesetzt, die bis dahin nicht vorgesehen waren. Vollklimatisierung ohne die Möglichkeit des individuellen Lüftens sei unzumutbar – ein wohl nachvollziehbarer Einwand, den Schüler jedoch martialisch formulierte, wie Presseberichte überlieferten. Eine Fachzeitschrift für Klimatechnik weidete das Thema genüsslich aus:

»Er hätte an seinem ersten Arbeitstag mit einem Hammer die Fenster seines Büros eingeschlagen, um sich frische Luft zu verschaffen, erklärte Schüler, Presseberichten zufolge, öffentlich (inzwischen wurde jedoch die Planung geändert, die Großraumbüros wurden durch Einzelbüros ersetzt, und die Fenster können jetzt geöffnet werden, so daß Schüler seinen Hammer zu Hause lassen kann).«<sup>79</sup>

<sup>79</sup> Dumm reden ist besser, als sich vorher zu informieren!, in: cci, Nr. 2 (1975), BArch B 136/9879. Schüler hat die Äußerung bewusst lanciert, indem er sie nicht in seiner verbindlichen, dem Bauprojekt gegenüber jedoch distanzierteren Ansprache zum Richtfest (BArch B 136/9891) machte, sondern in einem Pressegespräch am Tag zuvor. In diplomatisch formulierten »Notizen über Bemerkungen des Chef BK anlässlich des Pressegesprächs zum Richtfest des Neubaus Bundeskanzleramt, am 14.10.74« protokollierte die Pressestelle am 15.10.1974: »Die Kritik müsse nicht so sehr an der jetzigen Bauausführung ansetzen, sondern an der ursprünglichen Konzeption. Doch hinterher sei man immer schlauer. Er [Schüler] betonte, daß er einen Bau mit natürlich zu belüftenden Räumen jedem anderen vorziehe und darauf bestanden ha-

Auch der »General-Anzeiger« hatte diese furiose Geste des künftigen Nutzers kolportiert. Dieser Darstellung zufolge hatte Schüler gar »gedroht, ›die Fenster lieber mit dem Hammer einzuschlagen als in einer vollklimatisierten Käseglocke zu sitzen.«<sup>80</sup>

Schülers Wettern gegen fehlende Fenstergriffe zeigt, dass er die Entscheidung seines Amtsvorgängers Grabert, die zukünftige Umgestaltung mittels eines »Sowohl-als-auch-Grundrisses« zu ermöglichen, gar nicht mehr verstanden oder gar mitgetragen hat: Das Gebäude wurde bis zu Schülers Fanal mit einer leistungsstarken Klimaanlage mit ausreichend Kapazität für etwaige Großraumflächen geplant. In Bürogrößräumen wird nicht individuell per Fensteröffnung gelüftet, da sich starke Zugluft entwickeln kann. Nachdem nun jedoch Zellenbüros eingebaut wurden, erschienen nicht zu öffnende Fenster und eine überdimensioniert Klimatechnik wie ein Schildbürgerstreich – und so verlächerlichend stellte es Schüler auch bewusst dar, wenn er der »Käseglocke« mit einem Hammer zu Leibe zu rücken drohte. So belegt die scheinbar harmlose Anekdote vom Rande des Baugeschehens, dass der Nutzer des Gebäudes die Großraumidee bereits 1974 endgültig aufgegeben hatte, obgleich sie theoretisch im realisierten Bau nachträglich jederzeit eingerichtet werden könnte.

Insbesondere für die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum Bauprojekt bedeutete die medienwirksame, aggressive Bildlichkeit von Schülers Hammer einen ersten von vielen noch folgenden Schlägen, die der Nutzer seinem künftigen Haus noch vor dem Einzug versetzte. Stets galten die Angriffe dabei der aufwändigen, einer technokratischen Ideologie verpflichteten, technisch übermäßig hochgerüsteten Gesamtkonzeption des Gebäudes, die mit der Person Ehmkes verbunden wurde. Von ihm distanzierten sich seine Nachfolger öffentlich durch ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gebäude.

Zwischen dem Gebauten und den früheren Entwürfen aus der Ära Ehmke lassen sich größere Übereinstimmungen feststellen, als die Aktivitäten von drei aufeinander folgenden Kanzleramtschefs im Verlauf der Bauausführungsplanung vermuten lassen würden. Gleichzeitig sind bestimmte heute sichtbare Elemente als Folge der Umplanungen durch den Nutzer identifizierbar. Veränderungen politischer Ziele und Veränderungen am Baugrundriss erweisen sich als so komplex miteinander verschränkt, dass getrennte Analysen von Entwurf und Ausführung kaum möglich sind. Wie die Rezeptionsgeschichte zeigt, nimmt die kritische Beurteilung des Gebauten zudem stets bei Ehmkes Wirken und Konzepten ihren Ausgang, nicht erst bei der gebauten Architektur. Im Folgenden wird daher stets gemeinsam über Konzeptionelles, Gebautes oder Veränderungen und deren größere Zusammenhänge nachgedacht.

---

be, daß die Fenster individuell zu öffnen seien. Er begrüßte es, daß es gelungen sei, noch nachträglich die Klimaanlage in kleineren Einheiten zu organisieren.« BArch B 136/9891.

<sup>80</sup> Kanzleramt ist zu groß geraten, in: General-Anzeiger, 16.10.1974.

## 2. Ikonologie der Regierungszentrale

Es konnte gezeigt werden, dass der Kanzleramtsneubau in erster Linie ein zeitgemäßes Bürohaus war. Gerade seine wesentlichen programmatischen Aspekte wurden im Verlauf der Ausführungsplanung teilweise zurückgenommen. Doch das betont sachlich-funktionale Haus, das im Verlaufe der Nutzungszeit bis 1999 immer wieder Wünsche nach einem repräsentativeren Gebäude für das Kanzleramt geweckt hat, birgt reichliches Deutungspotenzial, wenn man die Entscheidung der politischen Führung der Bundesrepublik für dieses Haus als Inszenierung eines sachlichen »Herrschaftshandelns«<sup>81</sup> oder auch als einen »Stil«<sup>82</sup> von Regierung annimmt. Die Entscheidungsgrundlage zur Errichtung des Neubaus muss dazu im Hinterkopf behalten werden: Horst Ehmke erlangte Zustimmung für das Kanzleramtsprojekt, da es in der Bedeutung eines Motors der Regierungsmodernisierung wahrgenommen wurde. So ist es nur folgerichtig, dass der Einsatz von technologischen und industriellen Errungenschaften nicht nur funktional von Bedeutung ist, sondern ganz konkret in den Dienst politischer Repräsentation gestellt wurde. Dies zeigen auch die Ereignisse rund um den Ersten Spatenstich, mit denen dieses Kapitel eröffnet wird. Anschließend wird die Ikonologie des Kanzleramts in fünf thematischen Blöcken schlaglichtartig erarbeitet. Alle heben auf technologische und rationalistische Aspekte ab: Der Grund- und Aufriss des Gebäudes in seiner Rasterhaftigkeit und Gitterstruktur präsentiert sich als dezentrales Geflecht. Das Raster als Wahrnehmungskonstitution der Moderne lässt sich kultur- und ideengeschichtlich verorten und im Zusammenhang mit politischer Repräsentation ausdeuten. Die weiteren Blöcke vertiefen die Themen elektronische Datenverarbeitung, infrastrukturelle Einbauten und Sicherheitsmaßnahmen, die aus dem Kanzleramt geradezu eine Festung, bemäntelt als Bürohaus, machten.

### 2.1 *Inszenierung von Regierungshandeln im Industriezeitalter*

Der Erste Spatenstich, mit dem die Kanzleramt-Baustelle am 27. November 1973 offiziell begonnen wurde, gibt wichtige Hinweise für das Verständnis der geplanten Architektur. Anstatt einen klassischen Spatenstich per Hand durchzuführen, drehte Kanzleramtschef Horst Grabert – also bereits Ehmkes Amtsnachfolger – den Zündschlüssel eines Bulldozers und ließ dessen Motor aufheulen. Das dann Folgende ist aus historischer Distanz nur als ohrenbetäubendes Spektakel vorstellbar. Graberts Bulldozer führte offenbar zusammen mit weiteren Maschinen vor geladenen Gästen und Pressevertretern eine Art choreografiertes Baumaschinen-Ballett auf (Abb. 70). Wie der Bauherr diese Präsentation verstanden wissen wollte, hat Hermann Bohnenkamp, ein Mitarbeiter der Bundesbaudirektion, in einem sich um lebendigen Reportagestil bemühenden Bericht festgehalten:

»Mit kräftigem Ruck fährt die blaue Planierdrape an. Das Schild senkt sich. Der Mutterboden wird zur Seite geschoben. Bei leichter Schneedecke und strahlendem Sonnenschein hat der Chef

<sup>81</sup> Begriff nach B. PREISENDÖRFER, Staatsbildung, 2000, S. 10

<sup>82</sup> Begriff nach H. BREDEKAMP, Grundgesetz, 2011, S. 10.

des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dipl.-Ing. Horst Grabert, die Baustelle eröffnet [...] Mit der Hoffnung, daß der Bau in den vorgesehenen 28 Monaten fertiggestellt werde, wandte er sich der ›produktiven Arbeit‹ zu und begann, geschützt durch einen gelben Wettermantel und einen blauen Schutzhelm die Arbeiten mit der Planierraupe. Im dichten Schwarm von Presse- und Fernsehkorrespondenten mit ihren Kameras fuhr er nicht nur symbolisch die Planierraupe an, sondern schob unter mehrfachem Zurücksetzen der Maschine ein gutes Stück Mutterboden zusammen. Auf dieses Signal hin setzten sich die weiteren Großgeräte wie Bagger und Überkopflader in Bewegung. Ein großes Spezialgerät grub ganze Bäume aus der Erde, um sie an anderer Stelle im Park zu verpflanzen. Hier wollten wir den Bonner Bürgern demonstrieren, daß wir nicht nur Bäume abholzen sondern auch mit allen Mitteln den in langen Jahren herangewachsenen Baumbestand des Parks bewahren. [...] Am Nachmittag dieses Tages wurde der grüne Bauzaun zum Park des Palais Schaumburgs geschlossen und die Erd- und Erschließungsarbeiten mit aller Kraft aufgenommen, um noch vor Jahresende den ersten Beton in die Erde zu bringen.«<sup>83</sup>

Der Text behauptet, anlässlich der feierlichen Eröffnung der Baustelle sei nicht bloß »symbolisch« agiert, sondern es sei »produktive Arbeit« geleistet worden. Das sahen nicht alle Anwesenden so. Ein namentlich nicht bezeichneter Reporter beschrieb das Ereignis gerade in seiner Symbolhaftigkeit und Seltsamkeit: »Grabert (...) schrappte einen *symbolischen* Kratzer ins Erdreich. Gleichzeitig wurden unter ohrenbetäubendem Lärm die ersten Taxusbäume in Kanzlers Garten von einem Hydraulikbagger umgeworfen.«<sup>84</sup> Es erscheint eindeutig, dass die Aktivitäten der Baumaschinen vor allem für die von Bohnenkamp genannten »Presse- und Fernsehkorrespondenten mit ihren Kameras« aufgeführt worden sind. Die Inszenierung besteht darin, dass es möglichst nicht wie Inszenierung aussehen möge, sondern »echt« (Wortlaut Bohnenkamp). Tatsächlich wurde hier Bildpolitik betrieben, was im Zusammenhang mit dem Bonner Hauptstadtausbau offenbar noch immer tabuisiert war. Nur so ist Bohnenkamps Dementi zur Existenz symbolischen Handelns nachzuvollziehen. Die Organisatoren des Spatenstichs schufen einen Foto-Moment, der das Neubauprojekt als industrielle Großbaustelle präsentierte und sich tatsächlich außergewöhnlich bilderreich – im Vergleich zu späteren Berichten zum Baufortgang – in der Lokalpresse niederschlug.

Der Regierungsstil, also das Sichtbarwerden der Regierenden in ihrem Handeln, ist klar umrissen: Man arbeitet »produktiv«, schon deswegen weil man mit symbolischen Gesten nicht zurecht kam. »Nun will ich mich mal wieder einer produktiveren Tätigkeit zuwenden, meinte Kanzleramtschef Grabert, als der die Planierraupe bestieg.«<sup>85</sup> Die mit den Bonner Gepflogenheiten vertrauten Fotografen wurden von den Ereignissen überrascht, was für die Außergewöhnlichkeit des Dargebotenen spricht: »Als Grabert den Bagger an-

<sup>83</sup> Bundesbaudirektion II B 4, 27.11.1973 (Auszug). BBR Bonn, Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«. Das Typoskript ist namentlich unterzeichnet und könnte für Publikationszwecke oder als Entwurf einer Pressemitteilung verfasst worden sein.

<sup>84</sup> Erster Spatenstich für das Kanzleramt, in: General-Anzeiger, 28.11.1973 [Hervorhebung durch die Verf.].

<sup>85</sup> Ebd., Bildunterschrift.

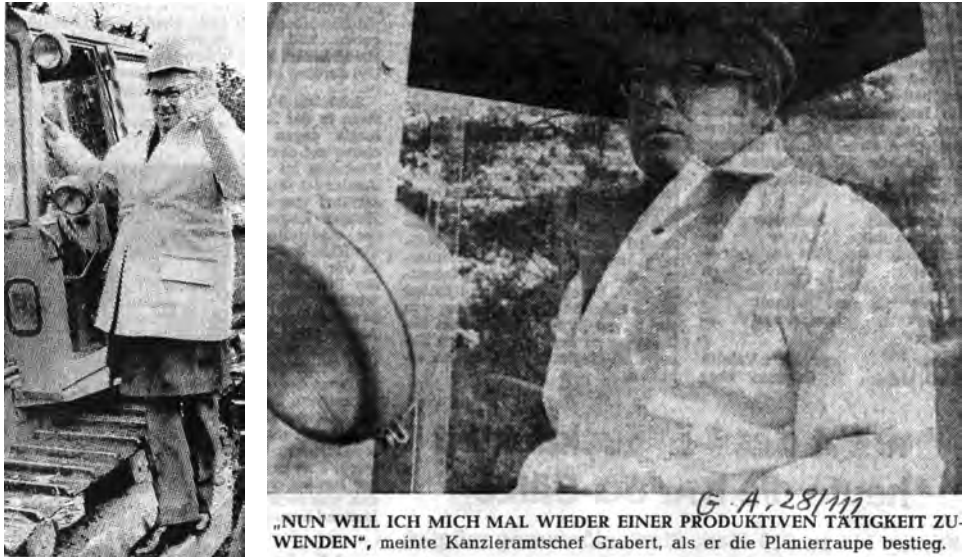


Abb. 70 Spatenstich für das Kanzleramt mithilfe von Baumaschinen: Kanzleramtschef Horst Grabert startet den Bulldozer.

fahren ließ, da mußte der ap-Fotograf Schlagmann (...) einen gewaltigen Sprung tun, um sich vor den Kettenrädern noch in Sicherheit zu bringen.«<sup>86</sup>

Bohnenkamps Bericht zufolge war in den Ansprachen vor dem Anlassen der Maschinen von Konjunkturpolitik die Rede und inwiefern der Baubeginn des 100 Millionen-Projektes zum richtigen Zeitpunkt kam, um die kriselnde Bauwirtschaft zu unterstützen. Damit entrückte man den Bau der hauptstadtpolitischen Bedeutungssphäre und deutete ihn stattdessen zu einer wirtschaftspolitischen Maßnahme um.<sup>87</sup>

Das zweite wichtige Thema der Inszenierung politischen Handelns ist die Macht der Technik: Der Kanzleramtschef in der Planiererraupen, ein ganzer Maschinenfuhrpark, der in wenigen Minuten ausgewachsene Bäume entwurzelt, Lärm sowie Beton, der »mit aller Kraft« (Bohnenkamp) rasch an die Stelle von Mutterboden gebracht wurde: Durchsetzungsstärker und industrialisierter können die Effizienz und die Macht der Maschinen nicht präsentiert werden (Abb. 71). Von den anwesenden Fotografen ins Bild gebannt und verbreitet wurde eine kraftvolle, entschlossene, sichtbare Erfolge liefernde, auf Technologie und maschinelle Kraft setzende Regierung. Sie sitzt fest im Sattel – wie Grabert auf dem Bulldozer – der modernen Techniken und ist in der Lage, diese zu kontrollieren, sie gezielt einzusetzen und Probleme wie die Wirtschaftskrise zu bewältigen.

<sup>86</sup> E. Keil: Spatenstich per Bagger, in: Bonner Rundschau, 28.11.1973.

<sup>87</sup> Ohne eine unpassende Parallele herstellen zu wollen, sei darauf hingewiesen, dass die Inszenierung eines staatlichen Bauprojektes als Maßnahme zur Wirtschaftsförderung ein politischer Topos ist. Großprojekte wie der Bau der Reichsbank und der Neuen Reichskanzlei in Berlin wurden durch die Nationalsozialisten explizit als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen propagiert, zu deren Finanzierung die öffentlichen Kassen enorme Schulden aufnahmen. Die Regierenden inszenierten sich so als aktiv Handelnde, die der Krise entgegensteuerten.



Abb. 71 Anlässlich des Spatenstichs werden Bäume auf dem Bauplatz niedergelegt.

Auf dieser Ebene lässt sich der nüchterne, technisch hochgerüstete Bürobau als politische Inszenierung identifizieren. Während Repräsentation von Herrschaft und Macht in der Bundeshauptstadt Bonn weiterhin aus deutschlandpolitischen Gründen nicht opportun war – weswegen Spatenstich und Richtfest unter Anwesenheit der jeweiligen Kanzleramtschefs, nicht aber des Bundeskanzlers stattfanden<sup>88</sup> – bestand offensichtlich Konsens darüber, dass die Regierung »arbeitsfähig« untergebracht werden müsse. So fokussierten sich in Fortwirkung des nüchternen Staatsstils aus der Gründungsphase der Bundesrepublik<sup>89</sup> alle Anstrengungen darauf, den Neubau einzig in diesem Licht zu präsentieren. Der fertige Bau sollte folgerichtig das administrative Handwerk vermitteln, die alltägliche und möglichst effizient auszuführende Verwaltungsarbeit, bei der man sich ebenso wie während der Bauphase Technologien des Industriezeitalters bediene, wie noch gezeigt werden wird.

Alle technischen Ausstattungselemente zusammen machten aus dem Neubau erst die ersehnte moderne Regierungszentrale – laut Bauminister Oltmanns der »höchst

<sup>88</sup> Vielleicht war deutschlandpolitisch motivierte Zurückhaltung auch der tatsächliche Grund für den Verzicht auf eine Grundsteinlegung für das Kanzleramt. Die Presse berichtete lediglich, dass Kanzleramtschef Grabert eine Grundsteinlegung ablehnte, da er in seiner früheren Rolle als Chef der Berliner Senatskanzlei schlechte Erfahrungen gemacht hatte; den Grundstein für die Berliner Philharmonie musste er vier Mal legen. Vgl. E. KEIL: 100 Millionen für den neuen Kanzlersitz, in: Bonner Rundschau, 7.7.1973.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu H. BREDEKAMP, Grundgesetz, 2011.

technisierte[n] Bau der Bundesrepublik«<sup>90</sup> –, die nach ihrer organisationskybernetischen Konzeption ein System aus Architektur, Technik und den arbeitenden Amtsbediensteten sein sollte. In dieser Untersuchung spielen daher auch Technologien eine Rolle, die über Architekturelemente hinausgehend der Organisation Kanzleramt den maßgeschneiderten technischen und räumlichen Anzug gaben.<sup>91</sup> Sie wurden bereits in der ersten Anweisung an die Abteilung »Inneres« im Kanzleramt zur Vorbereitung des Neubauprojektes genannt, die von Ernst Kern, dem für das Bauprojekt verantwortlichen Leiter der inneren Abteilung des Kanzleramtes, Ende Dezember 1969 schriftlich an seine Mitarbeiter ausgegeben wurde und sich wie eine Wunschliste der neuesten Technik-Gadgets las.<sup>92</sup> Die technische Ausstattung machte den größten Posten der Baukosten aus,<sup>93</sup> und sie verschlang Flächen: 1 000 von 15 240 Quadratmetern Nutzfläche wurden allein für die EDV-Anlage eingeplant.<sup>94</sup> Im Planungsprozess wurde der künftige Technikeinsatz von den Organisationsberatern des Quickborner Teams zur Verbesserung der organisatorischen Strukturen und Verwaltungseffizienz bereits berücksichtigt, weil sie das Zusammenspiel von Raum und Technologien als Werkzeuge zur Informationsverarbeitung innerhalb des soziokybernetischen Systems entwickelten. Ehmke teilte diese Sicht mit seinen Beratern und wurde bei der Präsentation des Wettbewerbsergebnisses mit kernigen Aussagen zitiert wie: »Die Technik ersetzt keine Politik, kann aber Politikern die Arbeit erleichtern.«<sup>95</sup> Nicht zuletzt legitimierte der Technikbedarf im Kanzleramt den Neubau: Im Palais Schaumburg wäre schlichtweg weder Platz noch bauliche Voraussetzung gegeben gewesen für den Einbau der Technik.

Das Zusammenspiel von Bürobau und technischer Ausstattung weist im politischen Kontext über seine spezifische Funktionalität hinaus und bildet eine Architekturmaschine im technologischen Sinn, die als Inszenierung von Regierungshandeln auch auf einer ästhetischen Ebene erkennbar wird, so die These. Dies ist besonders aufschlussreich, da der Bonner Kanzleramtsneubau in der spärlichen Literatur stets als nicht ästhetisch gedachter, Regierung nicht visualisierender Bau beschrieben wurde, der damit auf einer polit-symbolischen Ebene defizitär sei. Ein abstrahierter Zugang zur Rolle des Staates und der Aufgabe der Exekutivspitze legte jedoch zur Entstehungszeit keine Diskussionen über architektonische Stilfragen und Repräsentation durch Staatsarchitektur nahe. Vielmehr dominierte das Bestreben nach Verwissenschaftlichung der Politik. Hinsichtlich eines Regierungshan-

<sup>90</sup> Fernsehagen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: *General-Anzeiger*, 7.4.1976.

<sup>91</sup> Diese Formulierung nach E. Hauer: Nach Jahren der Planung erhält das Kanzleramt endlich den Maßanzug für die siebziger Jahre, in: *Westfälische Rundschau Dortmund*, 24.1.1970.

<sup>92</sup> AL I an RD Dr. Bobbert n.R. und ROI Leyendecker, 30.12.1969, betr. Neubau Bundeskanzleramt; hier: Technische Ausstattung, BArch B 136/9834.

<sup>93</sup> Laut Berichterstattung kurz vor Eröffnung des Baus entfielen 35 Millionen von insgesamt 106 Millionen Mark, also knapp ein Drittel der Baukosten, auf die technischen Einrichtungen für Sicherheit und Kommunikation. Vgl. Fernsehagen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: *General-Anzeiger*, 7.4.1976.

<sup>94</sup> Vgl. Der Macher, in: *Der Spiegel*, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28.

<sup>95</sup> Dem Stil dieser Regierung angepaßt. Königswinterer Architektenteam schuf preisgekrönten Kanzleramtsentwurf, in: *General-Anzeiger*, 13.5.1971.

delns oder eines »Stils« von Regierung, der sich durch die neue »Dreh Scheibe der Resorts« vermittelt, wäre von Innovation, Kompetenz, Sachorientierung, Rechtsstaatlichkeit und organisatorischer Transparenz zu sprechen, die im Regierungshandeln sichtbar werden. Im Folgenden soll weniger das Gelingen dieser Inszenierung überprüft werden, sondern diejenigen formalen und Ausstattungs-Charakteristika werden vertiefend betrachtet, die die skizzierte politische Architekturmaschine bildeten.

## 2.2 Ordnungsprinzip Dezentralisierung statt Hierarchisierung der Amtsspitze

Das Raster ist das dominante Gestaltungs- und Konstruktionsmerkmal des Kanzleramtneubaus. Dies gilt für Grund- und Aufriss ebenso wie für die Innengestaltung. Das Achsmaß des Stahlskeletts ermöglicht große stützenfreie Flächen, wie es in der Wettbewerbsausschreibung gefordert worden war. Über diese konstruktive Notwendigkeit hinausgehend ist das Raster jedoch von einer im Bürobau üblichen Bauweise aufgewertet und überhöht worden zu einem Ordnungsprinzip und zu einer formalen Gestaltung. Im ganzen Gebäude gibt es ausschließlich rechte Winkel, und das Rastergrundmaß der Fensterbreite von 1,40 Meter bildet zugleich das Thema der Innenraumgestaltung. Die Struktur hätte einzig durch Symmetrien in ihrer Regelmäßigkeit weiter betont werden können, doch der aus der Flucht verschobene Kanzlerflügel schwächt den Dreiklang der drei Kopfbauten ab. Daher erscheinen nicht Regelmäßigkeit, Serialität oder Achsialität als hervorstechende Merkmale des Baukörpers, sondern der ikonologische Bedeutungsgehalt des sich in der Fläche theoretisch unendlich ausdehnenden Rasters tritt zutage und muss in die Deutung einbezogen werden.

Als Struktur zeichnet sich das Raster durch Dezentralität aus. Jede Parzelle darin ist gleichwertig, und ein Zentrum gibt es innerhalb dieser egalitären Ordnung nicht. So konkariert der Kanzleramtsneubau die im Repräsentationsbau übliche hierarchische Raumdistribution: Das Kanzlerarbeitszimmer ist im Grundriss des Neubaus nicht in zentraler Lage und mit den Fenstern zum Vorplatz hin ausgerichtet, sondern in Randlage im versetzten Seitenflügel, zudem mit Blick in den Park (siehe Grundriss Taf. 16, Achse A–B). Angesichts des riesigen Verwaltungsbaukörpers, der *neben*, nicht etwa unterhalb des nur ein Viertel der Fläche und des Volumens einnehmenden Leitungsbereiches lagert, verliert das exklusive Kanzlerarbeitszimmer als traditionelles Machtzentrum an Bedeutung. Eine hierarchietypische Pyramide, bei der die Spitze – etwa eine Chefetage – einen voluminösen Unterbau lenkt, meist verbunden mit der Bedeutungssymbolik von oben und unten, ist beim Kanzleramtsneubau nicht zu finden.

Im Palais Schaumburg lag das Kanzlerarbeitszimmer im ersten Obergeschoss direkt über dem Kabinettsaal. Es handelte sich um den größten und schönsten Raum des Obergeschosses, der durch einen voll durchfensterten Erker zum Park hin ausgezeichnet ist. In der Weimarer Republik kam das Kanzlerarbeitszimmer im ersten Obergeschoss des Erweiterungsbaus der Reichskanzlei mit Blick auf die Wilhelmstraße unter. An der Straßenseite war dieses Geschoss als Piano Nobile aufgewertet. Im Bonner Neubau besteht die einzige Auszeichnung der Kanzler- und Kabinetträume darin, dass die bodentiefen Fens-



tertüren zum Park hin geöffnet werden dürfen, was an der Fassade jedoch von außen nicht erkennbar ist. Der Zutritt zum Kanzlerarbeitszimmer über das Empfangszimmer als Vorraum stellt eine so kleine Raumfolge dar, dass sie nur noch eine zitathafte Andeutung einer Enfilade darstellt. Mit Traditionen der Raumdistribution und -auszeichnung aus der klassischen Herrschaftsarchitektur wurde hier gebrochen. Typologisch setzt das Kanzlerarbeitszimmer die Tradition des fürstlichen Arbeitszimmers oder Studiolo fort, das seit der Renaissance den exklusivsten Raum eines Palazzo bildete und nur engsten Beratern zugänglich war. Da in diesem Arkanum ein kleiner Kreis die Politik konzipierte, lief das Studiolo dem öffentlicheren Thronsaal in seiner machtpolitischen Bedeutung den Rang ab.

»Kaufmännisches Kontor und humanistisches Studio bereiteten (...) den Weg für die klassische Arkanpolitik des Absolutismus: der Herrscher trifft im »Kabinett«, also einem kleinen, nicht allgemein zugänglichen Raum in seinem Palast, allein oder mit Hilfe von nur wenigen Gehilfen, die politischen Entscheidungen.«<sup>96</sup>

Dieser Hinweis findet sich nicht zufällig in einer politikwissenschaftlichen Studie, die sich mit dem Verhältnis von politischer Kommunikation und architektonischer Repräsentation auseinandersetzt. Bei Lankes heißt es weiter: »Auch das neuzeitliche Arcan-Modell verdeckt (...) sein Desinteresse an politischer Kommunikation durch einen erhöhten Aufwand an Repräsentation.«<sup>97</sup> Lankes meint damit sowohl die bauliche als auch zeremonielle Repräsentation, die beispielsweise im Absolutismus ganze gesellschaftliche Kreise ins Zeremoniell einband, ohne sie an der politischen Willensbildung teilhaben zu lassen. Beim Kanzleramtsneubau verkehrt sich diese Beschreibung in ihr Gegenteil: Das Amt sollte nach Horst Ehmkes Konzeption die interne Kommunikation der Bundesverwaltung effizienter organisieren und verband dies eins zu eins mit der Vorstellung, dann auch die politischen Ziele besser erreichen zu können. Repräsentative Absichten wurden hintenan gestellt, da man, so kann geschlussfolgert werden, der Überzeugung war, dieses Dekor nicht mehr zu benötigen glaubte, wenn sachliche Kommunikation an seine Stelle träte. Die Organisationsmittel effizienter politischer Arbeit würden schlussendlich die Politik repräsentieren. Das an den Rand gedrängte Kanzlerarbeitszimmer demonstriert innerhalb der Raumdistribution das Ende der traditionellen hierarchisch geprägten Machtrepräsentation.

Ein weiterer Aspekt spielte bei der Positionierung des Kanzlerarbeitszimmers im Verhältnis zu den übrigen Räumlichkeiten eine Rolle. In der Welt gesteigerter Komplexität der 1960er Jahre wurde dem Kanzler und seinem Kabinett nicht mehr zugetraut oder zugemutet, im kleinen Kreis die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen. Hier bildet sich ein Selbstverständnis einer Politikspitze räumlich ab, die sich neuerlich zusätzlich von Planungsstäben, Kompetenzgruppen und wissenschaftlichen Experten beraten ließ. Der kleine Führungskreis aus Kanzler und Kabinett gab konsequent auch architektonisch seine integrierende Kraft an die – ehemals geplanten – Bürogroßräume ab, in denen flexible Arbeitsgruppen in den Referaten des Kanzleramts Sachfragen bearbeiten sollten. Ihre kollektiven Kompetenzen stellten sie der Regierungsspitze zur Verfügung und unterstützten da-

<sup>96</sup> Ch. LANKES, Politische Kommunikation, 1995, S. 58.

<sup>97</sup> Ebd.

durch die Umsetzung des Regierungsprogramms aktiv. Hinter diesem Konzept stand die Auffassung, dass ein Einzelner sowohl am oberen als auch am unteren Ende der Hierarchie den komplexen politischen Aufgaben gar nicht gerecht werden kann, sondern nur das Kollektiv oder Team dies erreichen kann. Der Kanzler an der Spitze der Hierarchie wäre damit explizit als abhängig von seinem Apparat gekennzeichnet. Er hat zwar die Macht des Amtes inne, aber die Kompetenz seines Amtes beruht nicht zuletzt auf der Teamarbeit zahlreicher Spezialisten. Der Bürogroßraum als offen bespielbare Fläche oder auch das Lagezentrum als verdichtete Kommunikations- und Kompetenzzone charakterisieren den Bau damit stärker als die Räume der Amtsspitze. In dieser Perspektive kommt dem großen Abteilungsbau sogar eine gewichtigere Bedeutung zu als dem kleineren Kanzlerflügel. Die Abtrennung dieses Flügels diente dann vor allem funktionalen Zwecken, also Sicherheitsaspekten und einer Konzession an eine geringfügig repräsentativer gestaltete Zutrittszone zum Ort der Arbeit von Kanzler und Kabinett.

Diese Ausdeutung des betont unhierarchischen Grundrisses und der Raumdistribution wird durch eine weitere Beobachtung gestützt. Man könnte meinen, dass die entwerfenden Architekten durch eine Schemazeichnung des Quickborner Teams angeregt worden sind, als sie diesen Grundriss entwarfen (Abb. 72). Aufgrund des späteren Veröffentlichungsdatums der Zeichnung<sup>98</sup> ist das konkret zwar kaum anzunehmen, aber in der Zusammenschau wirken Organisationsschema und Grundriss so explizit aufeinander bezogen, dass sie demselben Hirn entsprungen zu sein scheinen.<sup>99</sup>

Im »Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Organisation« vom Frühjahr 1971 stellte die linke Hälfte dieses Schemas die Amtsorganisation in ihrem bisherigen hierarchischen Aufbau dar.<sup>100</sup> Unter einem kleinen quadratischen Kästchen, das für die »Amtsleitung« steht, sind nebeneinander die fünf Abteilungen als senkrechte Säulen oder Kästchentürmchen dargestellt. Die Abteilungsleiter I bis V bilden die Köpfe dieser Kästchentürmchen. Jedes Quadrat steht für ein Referat. Erkennbar kann Kommunikation nur über die jeweiligen Referate nach oben oder unten gereicht werden und erreicht vermittelt über den zuständigen Abteilungsleiter die anderen Abteilungsleiter sowie die Amtsspitze und umgekehrt. Hier ist der klassische Weg der hierarchischen Struktur von oben nach unten ausgedrückt. Das Quickborner Team hatte diese Organisationsstruktur als Kommunikationsproblem

<sup>98</sup> Die Zeichnung ist im Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Organisation, veröffentlicht am 27.4.1971, S. 9, enthalten, Privatarhiv Mauch. Da der Einreichungsschluss für den Architekturwettbewerb bereits am 30. März war, können Kopien dieses Arbeitsgruppenberichtes noch nicht im Umlauf gewesen sein. Aber da persönliche Kontakte zwischen den Architekten der Planungsgruppe Stieldorf und ihrem späteren Partner, Robert Glatzer, bestanden, könnte das Gedankengut bekannt gewesen sein. Glatzer war in der Bundesbaudirektion tätig und hatte an mindestens einer Klausurtagung des Quickborner Teams Anfang des Jahres 1970 teilgenommen und war anschließend in der Arbeitsgruppe Neubau tätig. Siehe Vermerk Referat VII B/2, 26.1.1970, betr. Tagung in Quickborn bei Hamburg vom 12. bis 14. Januar 1970, hier: Neubau Bundeskanzleramt, BArch B 134/17252.

<sup>99</sup> Befragt nach ihren Erinnerungen an die Berater des Quickborner Teams und deren Wirken im Zusammenhang mit dem Kanzleramtswettbewerb sagen die Architekten Pollich und Türler, sie könnten sich noch an die Präsenz des Teams erinnern und namentlich an Wolfgang Schnelle. Über die Inhalte oder Themen können sie heute konkret nichts mehr sagen. Gespräch am 25. Februar 2011, Königswinter.

<sup>100</sup> Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Organisation, 27.4.1971, S. 9, Privatarhiv Mauch.

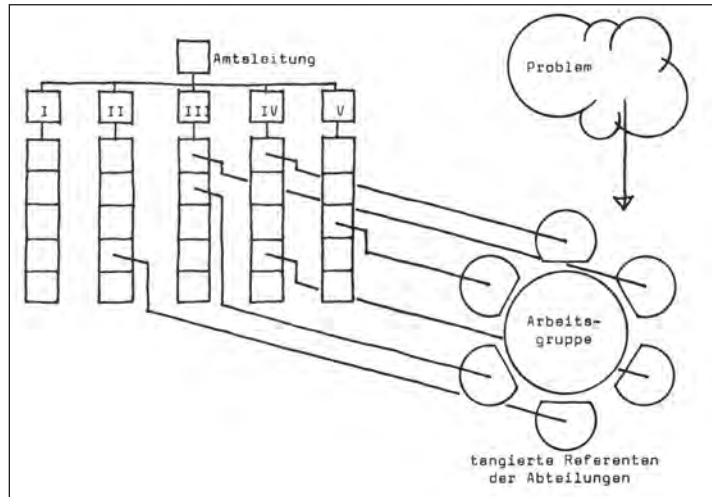


Abb. 72 Schema-  
zeichnung des Quick-  
borner Teams: Abtei-  
lungsstruktur versus  
Kommunikationsbe-  
darf.

identifiziert, da die Abteilungsleiter hinsichtlich des Informationsflusses wie »Flaschenhalse« wirkten: Sie allein seien in direktem Kontakt mit der Amtsführung, könnten jedoch nicht genügend Informationen an die richtigen Stellen in ihren Abteilungen weiterleiten.<sup>101</sup> Im Schema ist die Engstelle des »Flaschenhalses« als dünne Linie zwischen jedem Abteilungsleiter und seinen Referaten dargestellt.

Das zweite identifizierte Kommunikationsproblem bestand in einem mangelnden Austausch unter den Referenten verschiedener Abteilungen. Das Quickborner Team begründete in seiner einfachen Zeichnung auf recht plausible Weise, wie die von ihnen vorgeschlagene »integrierte Abteilungsstruktur« hier für eine Verbesserung sorgen könnte:<sup>102</sup> Rechts in der Zeichnung, unter einer als »Problem« beschrifteten kleinen Wolke, also der noch nicht genau definierten, ungeordneten Form einer näher zu untersuchenden Sachfrage, versammelt sich eine Arbeitsgruppe. Deren Mitglieder entstammen unterschiedlichen Hierarchiestufen und verschiedenen Abteilungen, wie Verbindungslinien zu den Referatskästchen verdeutlichen. Da die Wolken-Arbeitsgruppe verschiedene Fachgebiete vertritt, kann sie eine Querschnittsaufgabe bearbeiten, die keiner Fachabteilung sinnvoll zugeordnet werden kann. Intern entsteht problembezogene direkte Kommunikation auf niedriger Hierarchiestufe. Die Quickborner Berater sahen diese planerische Aktivität in der Gruppe als zeitweilige ergänzende Maßnahme zur Hierarchie der gewöhnlichen Abteilungsstruktur. Die neue Beweglichkeit dieses Systems visualisierte die Zeichnung mittels Kontrastierung der eckigen Kästchen für die hierarchisch geprägten Abläufe in der Abteilungsstruktur und kreisförmige, halbrunde und amorphe Formen für die dynamischere und weniger förmliche Gruppenarbeit unter der Problemwolke.

<sup>101</sup> »Die Abteilungsleiter verengen wie Flaschenhalse den Informationsfluss.« Ebd., S. 14.

<sup>102</sup> Zur Entstehung des Arbeitsgruppenberichtes und zur angestrebten »integrierten Abteilungsstruktur« siehe oben, Kap. II.3.3.

Blendet man nun gedanklich den schematisierten Grundriss des Kanzleramtsneubaus über die Zeichnung der Hierarchie-Säulen (siehe Grundriss Taf. 16), ergibt sich eine interessante formale Analogie: Das kleine Kästchen, das für die Amtsspitze steht, wurde zum deutlich größeren Riegel erweitert und aus der dominierenden zentralen Position nach rechts verschoben. Die Seufzerbrücke, welche diesen Riegel, also den Kanzlerflügel, mit dem Verwaltungsbau verbindet, entspricht der schmalen Verbindungslinie zu den Abteilungsleiter-Kästchen. Die Architekten machten aus den fünf Säulen drei um neunzig Grad gedrehte Riegel. Sie verbesserten dabei die Kommunikationsstruktur der Räumlichkeiten untereinander, indem sie die in der Zeichnung voneinander isolierten Säulen durch Querverbindungen zu einem Gitter auf annähernd quadratischer Grundfläche verbanden, in welchem man sich frei von jedem Punkt aus hin- und herbewegen kann. In diesem Bau ist die bewegungsmäßige oder kommunikative Engstelle im Sinne eines Flaschenhalses entschärft, da es zusätzliche Querverbindungswege gibt. Kommunikation kann dezentral und mehrdimensional gerichtet stattfinden. Ruft man sich die zwei Büroetagen des Verwaltungsbaus in Erinnerung, über die sich die Verwaltungsarbeit ausbreitet, entsteht sogar eine dreidimensionale Gitterstruktur, innerhalb dessen Querverbindungen und Wege ermöglicht werden. Neben Treppenhäusern und Aufzügen sah der Wettbewerbsentwurf für eine schnellere Überwindung dieser Wege Rolltreppenanlagen (siehe Abb. 27, 28 und 68) vor, deren mittlere im Zentrum des Abteilungsbau die Lobby mit den beiden Obergeschossen verbinden sollte – das langgestreckte und recht reizlose Foyer im Erdgeschoss wird durch diese erst nach 1972 aufgegebene Gestaltungsidee der Rolltreppen überhaupt erst verständlich.<sup>103</sup> Fahrtreppen konkretisierten im Architekturentwurf das Thema des ständigen Bewegungs- und Kommunikationsflusses zwischen allen Bereichen des Amtes. In Bürobauten liegen die Erschließungskern mit Treppen, Aufzügen, Klimaschacht und sanitären Anlagen in der Regel an den äußeren Enden langer ein- oder zweihüftiger Korridore. Der gitterartige Grundriss ermöglicht stattdessen eine zentrale Positionierung von sechs Festpunkten an den Kreuzungspunkten des Gitters. Insgesamt gibt es im ganzen Haus elf Personen- und Lastenaufzüge, der Großteil im Abteilungsbau. Fußwege werden dadurch auf ein Minimum beschränkt, was von den Nutzern noch Jahrzehnte später positiv hervorgehoben wurde.<sup>104</sup> Die Architekten brachten also das zu lösende Problem des Informationsflusses in einen gitterförmigen Grundriss, der für eine Vervielfältigung der möglichen Kommunikationswege im Innern des Gebäudes steht, weil er einen zuvor linearen Fluss in eine dezentrale Fläche bringt.

Dieses Verständnis des Grundrisses vor der Folie der ehemals angestrebten »integrierten Abteilungsstruktur« erscheint nicht überzeugend. Politisch programmiert schlug sich im Grundriss des Kanzleramtsneubaus ein einheitlicher Arbeits-Raum nieder, der die gesamte Organisation ideal funktionieren lassen und den effizientesten Kommunikationsfluss schaffen sollte. In diesem System, das aus den Räumen und den darin arbeitenden

<sup>103</sup> Zu den Rolltreppen detailliert siehe unten, S. 231ff.

<sup>104</sup> Zum »Lob des Nutzers« bezüglich kurzer Wege, häufiger Begegnungen auf den Fluren und allgemein eines funktionalen und praktischen Raumprogrammes siehe H. WEFING, *Kulisse*, 2001, S. 29.

Menschen gebildet wird, sind Kanzler und Kabinett Schlüsselakteure. Jedoch werden sie nicht nach repräsentativen Kriterien untergebracht, die ihre Stellung in der Hierarchie ausweisen, sondern so, dass die Positionierung im Gefüge dem Gesamtsystem nützlich ist. Eine demokratische Ausdeutung dieser Raumdistribution erscheint möglich, da das Prinzip der Egalität von Akteuren angenommen wird und in der Rasterstruktur visualisiert ist. Jedoch ist dies innerhalb der zugrunde liegenden Systemidee nicht von primärer Bedeutung. Was zählt, ist reibungslose Kommunikation aller Mitarbeiter der Organisation, gemessen in Arbeitseffizienz.

Die auffällige Eingliederung der Amtsspitze in den Ablauf dieses Gesamtsystems, welche in der Raumdistribution ausgedrückt ist, erlaubt weitere Zuspitzungen in der Deutung, etwa die Annahme, dass eine stärker nach repräsentativen Kriterien angelegte Inszenierung der Amtsspitze sogar eine Störung bedeutet hätte. Bestimmte feierliche Empfänge und Teile von Veranstaltungen rund um Staatsbesuche nutzten das Palais Schaumburg, sodass der Amtsbetrieb im Neubau von diesen Perturbationen verschont blieb. Diese Verlagerung von repräsentativen Veranstaltungen in den Altbau wirkt ein wenig, als würde ein nutzlos gewordenes Relikt aus alter Zeit in die theaterhafte Kulisse des traditionellen Amtssitzes ausgelagert und dort aus nostalgischen Gründen noch von Zeit zu Zeit aufgeführt. Eva Horn zufolge sind »Störungen immer bezogen auf eine Ordnung, die sie unterbrechen oder aus dem Ruder laufen lassen«. <sup>105</sup> Wenn das »System Kanzleramt« an seiner Effizienz gemessen werden sollte, könnten Elemente, die nicht effizienzfördernd oder gar -hemmend wirken, als Störung wahrgenommen werden. Das hätte fundamentale Auswirkung auf die Ikonografie der hier residierenden Kanzler und ihrer Kabinette.

Der Gittergrundriss des großen Verwaltungsbaus verdeutlicht, dass das rationale Ordnungsprinzip an oberster Stelle steht. Auf die Implikationen des gewählten Rasterprinzips soll im Folgenden ebenso weiter eingegangen werden wie auf die systeminterne Einrichtung des Lagezentrums, das »Störungen« der Ordnung von außen – welche immer angenommen werden müssen – neutralisiert oder abwendet und dadurch das Funktionieren des Systems schützt.

### 2.3 *Das Raster als Wahrnehmungskonstitution der Moderne*

Im Grundriss von Erweiterungen historischer Städte bezieht das »moderne« Raster seine Bedeutungskraft aus dem Kontrast zum vormodernen, verwinkelten Straßengrundriss der Altstadt. Der Plan zur Erweiterung Barcelonas von Ildefons Cerdà (1859) setzte ein rechtwinkliges Straßenraster ein. Der mittelalterliche Grundriss der winzigen Altstadt wurde wie ein Nukleus von der neuen Großstruktur umschlossen, welche die Stadtfläche um ein Vielfaches vergrößert. Einige der rechtwinklig und diagonal angelegten Straßen sind auch als Schneisen durch die Altstadt geschlagen, die in diesem Plan wie ein »Fremdkörper« wirkt. <sup>106</sup>

<sup>105</sup> E. HORN, *Phantasien der Störung*, 2011, S. 11.

<sup>106</sup> M. DAMUS, *Architekturform*, 2010, S. 58.

Eine Rasterstadt als Erweiterung einer überformten Altstadt demonstriert die Ab-sage an die vorindustrielle Tradition und ein Bekenntnis zu Rationalität und industriege-sellschaftlicher Modernität.<sup>107</sup> Für die Großstadt Chicago verlief die Entwicklung leicht abweichend. Sie wurde nach einem verheerenden Brand 1871 auf einem Rastergrundriss vollständig neu errichtet und gilt für die USA als Ursprung des modernen Zeitalters im Städtebau. Der industriell geprägte neue Rastergrundriss katapultierte diese Geschäfts-stadt geradezu in die Moderne.

Geometrische Stadtgrundrisse wie in Barcelona oder Chicago stammen aus dem Indus-triebau und unterliefen die bis ins 19. Jahrhundert hinein verbindlichen Gestaltungsprin-zipien. Der Rastergrundriss bot Vorteile für Verkehrsfluss, Brandschutz und Hygiene ebenso wie zur Kontrolle und Übersicht durch die Staatsgewalt. Die geometrische Konstruktion von Rasterstrukturen mit ihren rechten Winkeln ist im Kontext naturwissenschaftlicher Exaktheit zu verorten. Zudem ist das Raster einfach zu handhaben; den zuständigen Fach-leuten einmal geläufig, kehrt es als Planungsschema immer wieder.<sup>108</sup> Moderne Büro- und Verwaltungsbauten, deren Wurzeln in den USA an der Wende zum 20. Jahrhundert lie-gen, etwa das Larkin Building in New York (Frank Lloyd Wright, 1904–06, Abb. 73), wiederholen in verkleinertem Maßstab das industrielle Raster der Stadt im Inneren und setzen es bis zum einzelnen Arbeitsplatz fort, bis hin zur Formgebung jedes einzelnen Stuhles.<sup>109</sup> Bei der Arbeitsplatzgestaltung bot das Raster dieselben Vorteile wie im Städ-tebau: Übersicht, Kontrolle und effizient genutzter Raum durch ein einfach zu handhaben-des und stets erweiterbares Ordnungsprinzip. Am Ende dieser Erfolgsgeschichte war für jeden einzelnen Büroangestellten ebenso wie schon zuvor für den Fabrikarbeiter die Ras-terordnung seines Arbeitsplatzes wahrnehmbar. Das Raster enthält somit neben dem im vorherigen Kapitel angesprochenen Aspekt des Egalitären immer auch den Aspekt des To-talitären, nämlich einen Mechanismus der »dehumanization«<sup>110</sup> als Konsequenz der sich unendlich ausdehnenden Struktur, der die Menschen untergeordnet werden und der sie nicht entkommen können. Rosalind Krauss benannte diesen Doppelcharakter, abgeleitet von ihrer Beobachtung zur Kunst des 20. Jahrhunderts, dass immer neue Künstlergenera-tionen die stereotype Form des Rasters als ihr Medium entdecken, so: »Das Verblüffende beim Raster ist nämlich, daß es einerseits überaus wirkungsvoll als Emblem der Freiheit auftritt, dabei aber äußerst restriktiv in der tatsächlichen Gewährung von Freiheit ist.«<sup>111</sup>

Bis hierher wurde die rationalistisch geprägte Bedeutungstradition des Rasters ver-deutlicht. Das Kanzleramtsprojekt ist darin einzuordnen: Der Bürorasterbau in unmit-telbarer Nähe zum Altbau des Palais Schaumburg aus dem 19. Jahrhundert mit seinen Wendeltreppen, unpraktischen Räumen, undichten Dächern und dem knarrenden Par-kett erscheint im Kontrast als die moderne, sinnvoll angelegte, funktionale Einheit. Darin entspricht das Ensemble dem Kontrast aus Alt- und Neustadt in Cerdàs Plan für Barce-

<sup>107</sup> Ebd., S. 59.

<sup>108</sup> Ebd.

<sup>109</sup> Vgl. H. B. HIGGINS, *Grid*, 2009, S. 4.

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> R. E. KRAUSS, *Avantgarde*, 2000, S. 208.



Abb. 73 Frank Lloyd Wright: Larkin Building, New York (1904–06). Büros von Charles, John jr. und Henry Larkin.

lona. Das Raster des Neubaus steht für das Versprechen einer fortschrittlichen Zukunft. Der Zutritt zur Welt vor den tiefgreifenden Einschnitten des 19. Jahrhunderts ist nach dem Eintritt in die industrialisierte, technologisch geprägte Moderne ein für allemal versperrt, denn Denken und Wahrnehmung haben sich grundlegend verändert, so behauptet es der Rationalismus.

Diese Deutung entspricht vermutlich den Vorstellungen aus der frühen Planungsphase unter der Ägide von Horst Ehmke. Tatsächlich ergeben sich jedoch Ambivalenzen, sobald die Moderne ideologiekritisch betrachtet wird. In ihrer kulturgeschichtlichen Analyse fasst Hannah Higgins den Bedeutungsgehalt des Raster so: »(...) the grid is the dominant mythological form of modern life – a visualization of modernity’s faith in rational thought and industrial progress.«<sup>112</sup> Indem sie das Adjektiv »mythologisch« verwendet, verdeutlicht sie die Verarbeitung des Schlüsselaufsatzes von Rosalind Krauss über das Emblematische in der so naturfern erscheinenden Form des rechtwinkligen Rasters.<sup>113</sup> Krauss beschrieb bereits 1978 die Funktion des Rasters in der modernen Kunst als Mythos. Im Raster als der kennzeichnenden Formschöpfung der Moderne seien durchaus vormoderne Einflüsse des 19. Jahrhunderts unbewusst enthalten, was aber ausgeblendet werde. Das Raster gelte als antinaturalistisch und vom Menschen erschaffen. Die mythische Funktion des Rasters helfe dabei, so Krauss, den paradoxen Widerspruch einer Kontinuität von vormodernem Gedankengut in der vorgeblich genuin modernen Form auszugleichen.<sup>114</sup> Folgt man diesen Überlegungen von Krauss, muss man die mit dem Raster in Städtebau und Architektur verbundene Assoziation von Modernität und Rationalität relativieren: Die gesellschaftlich

<sup>112</sup> H. B. HIGGINS, *Grid*, 2009, S. 6.

<sup>113</sup> R. E. KRAUSS, *Raster*, 2000.

<sup>114</sup> Vgl. ebd., S. 55, 58.

dominante Vorstellung, dass der Beginn der Moderne einen vollständigen Bruch mit der Tradition bedeutet hat, erweist sich als Illusion. Rasterkunst und -architektur jedoch behaupten diesen Bruch und Neubeginn nachgerade vehement.

Die von Krauss beschriebenen Paradoxien des den Raum strukturierenden Rasters thematisierte auch der Künstler François Morellet. Im Jahr 1971 malte er mit weißer Farbe zwei gegeneinander um wenige Grad gedrehte, aber in sich völlig regelmäßige rechtwinklige Linienraster über hohe Ziegelbrandmauern, die den düsteren Rahmen eines städtischen Kinderspielplatzes bilden (Abb. 74). Dabei werden die Backsteine als drittes, omnipräsentes Raster plötzlich wahrnehmbar. Auf den Fotografien wirken die spielenden Kinder nun durch ein gewaltiges Gitter umzäunt, sodass das Double Grid aus Morellets Installation eine gesellschaftliche Deutungsebene erhält.

Ein vergleichbares Raster, diesmal in schwarzer Farbe, legte er über dekor- und formenreiche üppige weiße Wandabwicklungen von Innenräumen im Stil des Neobarock (Abb. 75). In dieser auf den architektonischen Innenraum bezogenen Installation erscheint die Gitterstruktur ebenso übermächtig und in ihrer Radikalität der sich theoretisch unendlich ausdehnenden Struktur universell. Der Eindruck der Übermacht mischt sich mit Bedauern über die Vergitterung der klassischen Architekturen, deren Proportionen das Raster nicht gerecht wird, deren gestalterischer Aufwand und Detailreichtum in der Überdeckung zugleich jedoch auch neu zur Geltung kommen. Der Betrachter macht sich bewusst, dass Proportionen und Gestaltungsgesetze der historischen und historistischen Architekturen – so sie nicht in die Monumentalität gesteigert werden – den menschlichen Körper als Bezugsgröße annehmen, während das Raster einer Eigengesetzmäßigkeit und somit einem un-menschlichen Maßstab folgt. Die historische Wandelbarkeit ästhetischer Gesetzmäßigkeiten und Wahrnehmungsgewohnheiten wird hier ansichtig. Zugleich atmen Morellets Arbeiten aus den 1970er Jahren die zeittypische beginnende Kritik am weltweiten Bauen der Nachkriegszeit. Indem Morellets Installationen das Dispositiv des sowohl der gesellschaftlichen als auch der architektonischen Gegenwart zugrundeliegenden Rasters thematisieren, stellen sie die Deutungshoheit des Rationalismus infrage.

Von diesen Überlegungen ist zurückzukommen auf den Kanzleramtsneubau in unmittelbarer Nähe zum Palais Schaumburg, einem kleinen Lustschloss aus dem 19. Jahrhundert. Ähnlich wie bei Morrelet kommt dem weiß getünchten Altbau neben dem Neubau unweigerlich eine sentimentale neue Aufmerksamkeit zu. Sein Charme kann unbeeinträchtigt von praktischen Unzulänglichkeiten neu aufleben, analog zur Wahrnehmungsveränderung, die Morrelets Installationen ermöglichen. Mit Krauss' ideologiekritischen Anmerkungen wird der inszenierte Bruch mit der Vergangenheit, der durch die Rasterstruktur des nebenan errichteten Neubaus vollzogen werden sollte, zugleich als Fiktion erkennbar.

Für die Deutung des Gebauten in seinem Entstehungskontext ist dagegen gerade die in Anspruch genommene Behauptung des Traditionsbruches und Neuanfangs von Belang. Das geometrische, einfache, Übersicht erzeugende Grundriss-Raster war als Gestaltungsprinzip einer deutschen Regierungszentrale bis dato ungekannt. Sein Einsatz lässt sich als Bekenntnis zu einer industrialisierten modernen Gesellschaft deuten, die sich auf die Herausforderungen ihrer Zeit mit den ihr zur Verfügung stehenden Regierungstechni-





Abb. 74 François Morellet: »Doppelraster +3°, -3°« (1971).



Abb. 75 François Morellet: »Gitter 0°, 90°« (1971).

ken, sozialwissenschaftlicher Expertise und technischen Lösungen einlässt. Als wahrnehmungskonstituierende Form verspricht das Raster die beste Übersicht und vollständige Strukturierung aller Verwaltungsabläufe. Das Raster steht hier auch für den Anspruch und die Fähigkeit zur Reduzierung von Komplexität, da die Politik im Grunde unkalkulierbare »Risiken des Industrialisierungsprozesses und seiner vielschichtigen Folgen vorsorgend« aufzufangen gedachte, was wiederum im Zusammenhang stand mit der »Genese des modernen Sozialstaates als vorsehenden und vorsorgenden Staat.«<sup>115</sup> Bauliche Traditionen wie eine repräsentative Treppenanlage werden noch zitiert, aber nicht mehr als zu diesen Herausforderungen passend angesehen und entsprechend vernachlässigt. Der Bautypus des Bürohauses dagegen erscheint geeignet und wird lediglich an die Erfordernisse des politisch-diplomatischen Protokolls angepasst, etwa bei der Erschließung. So vermittelt der schlichte Bürobau in unmittelbarer Nähe zum verwunschenen Palais Schaumburg – das mit seinen verwinkelten Erschließungswegen als Relikt einer vergangenen Epoche bewertet wird – vor allem aus dem Kontrast zwischen Veraltetem und Zeitgemäßem eine neue Ära der Politik.

Dieser politisch-gesellschaftliche Neubeginn folgte aus einem gesellschaftlichen Reformdruck. Besonders das Jahr 1968 bildet in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen gesellschaftlichen Umbrüchen eine wichtige Zäsur, die in der rückblickenden Interpretation vor allem durch die Studentenbewegung geprägt ist. Gabriele Metzler hat jedoch darauf hingewiesen, dass sich der gesellschaftliche Reformdruck keineswegs einzig in linken Reformbewegungen Bahn brach. Auch konservative Gruppierungen strebten Wandel an, jedoch unter der Prämisse einer vorgeblichen Ideologiefreiheit. Gerade aus diesen rationalistisch geprägten Diskursen hatte sich das Kanzleramtsprojekt entwickelt.<sup>116</sup> Eine Re-Ideologisierung von Gesellschaft und Politik durch die Studentenbewegung wurde als Rückschritt wahrgenommen. Vielmehr lag die Hoffnung der Träger des Planungsdiskurses auf rationalem, an der Lösung von Sachfragen orientierten Denken und Handeln.<sup>117</sup> Die Vorstellung, dass politische Akteure nicht über Mentalitäten und Überzeugungen stritten, sondern auf Grundlage wissenschaftlicher Objektivität Sachfragen diskutieren und lösen, war Teil des großen Schlagwortes »Planung« in der Politik.<sup>118</sup>

<sup>115</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 11.

<sup>116</sup> Dass die Hintergründe des Kanzleramtsneubaus heute so gut wie unbekannt sind, dürfte daran liegen, dass sich die Akteure nach dem Ende politischer Planungsbemühungen im Kanzleramt zurückzogen. Horst Ehmke, einstmals glühender Verfechter der Planung, verwendete in seiner politischen Biografie nur sieben Seiten auf dieses Thema (vgl. H. EHMKE, *Mittendrin*, 1994, S. 113–119; einige Seiten mehr betreffen die Neuorganisation des Kanzleramtes und das Neubauprojekt, S. 106ff), worauf bereits G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 411, hinwies.

<sup>117</sup> Vgl. G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 218ff.

<sup>118</sup> Dazu Metzler, ebd., S. 220f., kritisch: »Daß die angestrebte Wissenschaftlichkeit allenfalls als Oberflächenphänomen faßbar wird und der Entideologisierungsthese selbst ideologische Momente eignen, ist nur zu offensichtlich; aber man kann doch daraus ableiten, daß zum einen das einschlägige Publikum, an das sich diese These richtete, am ehesten auf die Kraft (vermeintlich) wissenschaftlicher Argumente ansprach, und daß zum anderen sozialwissenschaftlich angelegte Interpretamente und Theoreme erkennbar ihre politische Wirkung entfalteten.«

Neue Methoden des politischen Handelns hielten die Planungsbefürworter schon deswegen für geboten, weil die industriegesellschaftliche Gegenwart sie vor gewachsene Komplexität der Zusammenhänge stellte. Sowohl technologisch als auch gesamtgesellschaftlich erachtete man es für unerlässlich, dass die Politik sich der Beratung durch Experten versicherte, um angemessene Entscheidungen treffen zu können. Nicht zuletzt, um wieder von einer Handlungsfähigkeit und Steuerungsfähigkeit der Politik ausgehen zu können, erschien politische Planung als das richtige Instrument, nachdem Helmut Schelsky 1961 mit einem Vortrag über die Auswirkungen des kulturellen Wandels infolge der allgemeinen Technologisierung der Lebenswelt sie sogenannte Sachzwangthese in die Welt gesetzt hatte. Dieser zufolge seien die Abhängigkeiten und Verflechtungen von Gesellschaft, Wissenschaft, Technik und Ökonomie in der »wissenschaftlichen Zivilisation« so dicht geworden, dass die Politik Entscheidungen nur noch auf Grundlage von Sachgutachten treffen könne. Insofern sei ihr Steuerungsspielraum eingeschränkt.<sup>119</sup>

In diesem Zusammenhang betrachtet gibt ein moderner, übersichtlicher Bürobau für das Bundeskanzleramt geradezu ein Statement ab: Er soll der politischen Administration wieder Kontrolle ermöglichen. Dies gelingt über die Reduzierung von Komplexität, die sich auch in der architektonischen Form niedergeschlagen hat. Die einfache Rasterordnung kann auf einer Ebene mit den Visualisierungstechniken verstanden werden, die das Quickborner Team Amtsmitarbeitern vermittelt hatte.<sup>120</sup> Bereits die »Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform« war von den Techniken begeistert, da sie Überblick und Einfachheit im Arbeits- und Denkprozess erzeugten:

»Sie ermöglichten es, »Vorgänge für die ganze Gruppe sichtbar und nachvollziehbar zu machen, die sich ansonsten im individuellen Denkprozeß abspielen«. Zudem trage der Einsatz von Schemata, Rastern, Organigrammen zur Komplexitätsreduktion gegenüber der bisher in der Verwaltung vorherrschenden Verbalisierung von Problemen bei, da er »den Kern der Information ohne Weitschweifigkeit vermittelt, Vergleich und Bewertung von Alternativen erleichtert und damit den Zeitbedarf für Prüfung und Urteil herabsetzt.«<sup>121</sup>

Das Zitat vermittelt, dass ein Zusammenhang zwischen Visualisierung, Orientierung, der Reduktion von Komplexität und der verbesserten, sachorientierten Lösungsfindung angenommen wurde. Die Quickborner Visualisierungsmethoden setzten in einfachen Arbeitsmitteln um, was die Befürworter politischer Planung anstrebten, nämlich eine Wiederherstellung von Überblick und Entscheidungskompetenz in der Politik. Das Neubauprojekt für das Kanzleramt trägt in seiner Rasterstruktur die Idee der Reduzierung von Komplexität weiter, die vom Quickborner Team in den Reformprozess eingespeist worden war. In der Grundrissform bilden sich Denken und Wahrnehmung ab, und sie bringt gleichzeitig eine geordnete, übersichtliche Realität hervor. Dahinter stand die nur kurze Zeit wirksame Vorstellung, dass der Neubau unmittelbar zu einer wissenschaftlich objektivierten, sachorientierten und komplexitätsreduzierenden Entscheidungsfindung der Amtsangehörigen

<sup>119</sup> Vgl. G. METZLER, Planbarkeit, 2003, S. 788; H. SCHELSKY, Zivilisation, 1961.

<sup>120</sup> Siehe oben, Kap. I.2.4.

<sup>121</sup> Äußerungen des Arbeitsgruppenleiters Faude in der Paraphrase durch Winfried Süß, zitiert nach W. SÜSS, Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 2004, S. 338.

beitragen und dadurch der Politik ihre Steuerungsfähigkeit in einer wissenschaftlich-technisierten Zivilisation erhalten würde.

#### 2.4 *Computer im Kanzleramt*

Die im Untergeschoss des Kanzlerflügels installierte EDV-Anlage war bemerkenswert unphotogen, wie eine nüchterne Fotografie zeigt, die auf einem Pressetermin im Jahr 1977 entstand. Der Betrieb von Steuerungspult, Nadeldrucker und Magnetspulen wirkt alltäglich und lässt keine Assoziationen an Science Fiction aufkeimen (Abb. 76). Ein auf »Magnetplatten« speichernder »Informations-Computer« der Firma Siemens wurde hier vom Bundespresseamt betrieben. Er konnte 110 000 verschlagwortete Textdokumente recherchierbar machen. Dabei handelte es sich um die »offiziellen Mitteilungen der Bundesregierung, der einzelnen Ministerien sowie der Parteien und Verbände, aber auch Reden, Interviews und Pressekonferenzen von Politikern« waren abrufbar.<sup>122</sup> Zum Zeitpunkt des Fototermins vermochten Bilder von der Rechenanlage dem Image des Kanzleramtsneubaus nicht aufzuhelfen. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Bundesrepublik bereits zahlreiche Rechenanlagen installiert und die Technik nicht mehr ungewohnt.

Ganz anders sah es jedoch wenige Jahre zuvor aus, zur Zeit der Planungen für den Kanzleramtsneubau: Der Diskurs um Computer und Technik war damals noch stark aufgeladen und mitbestimmend für die Vorstellung von moderner Politik. Ein »Planungs-Computer« im Verteidigungsministerium hatte Anfang 1971 immerhin noch Laborcharme versprüht, da vier Techniker in weißen Kitteln mit ins Bild kamen (Abb. 77). »Ein modernes und funktionstüchtiges Verwaltungsgebäude ist heute ohne komplizierte technische Anlagen nicht mehr denkbar«, verkündete eine kanzleramtsinterne Drucksache zum Stand der Planungen des Kanzleramtsneubaus Anfang 1972 wie eine Selbstverständlichkeit.<sup>123</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte auf der anderen Seite der Weltkugel der Unternehmensberater und Managementkybernetiker Stafford Beer ein Regierungssystem für die neue chilenische Allende-Regierung eingerichtet, samt der zugehörigen Kontrollräume mit der militärischen Bezeichnung »Ops Room«, die in ihrer Ästhetik an die Kommandobrücke des Raumschiff Enterprise erinnern (Abb. 78).<sup>124</sup> Hier sollte ein Beraterteam die wirtschaftspolitischen Entscheidungen eines Regierungcomputers verfolgen, der mit allen wirtschaftlichen Großbetrieben des Landes verbunden war. Zugleich ermöglichte der Kontrollraum Zukunftssimulationen der direkt vom Computer gesteuerten Volkswirtschaft.<sup>125</sup> Für die Bundesrepublik dieser Jahre diagnostiziert der Historiker Philipp Aumann: »Computer und Kybernetik waren die Grundlagen, die in den 1960er und 1970er Jahren modernes Regieren ermöglichten.«<sup>126</sup> Die damaligen Imaginationen von den Mög-

<sup>122</sup> Abschied vom Palais Schaumburg, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.5.1976.

<sup>123</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt: Neubauinformation Nr. 2, Stand: 10. März 1972 – Fortsetzung der Neubauinformation Nr. 1 vom 19. Januar 1972, S. 5. BArch B 136/9834.

<sup>124</sup> Vgl. C. PIAS, Kybernetik, 2004, S. 32–34.

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> P. AUMANN, Mode und Methode, 2009, S. 444.

Abb. 76 Rechenzentrum des Presse- und Informationsamtes im Untergeschoss des Bundeskanzleramtes. Aufnahme 13.7.1977.



Abb. 77 Rechenzentrum im Verteidigungsministerium. Aufnahme 1971.



lichkeiten und Versprechen der Computertechnik für die Politik, welche die Konzeption des Kanzleramtsneubaus grundiert und stark geprägt hatten, sollen im Folgenden rekonstruiert werden.

Der »Spiegel« brachte im Februar 1971 ein Cover mit einer Grafik des »Minister[s] im Kanzleramt Horst Ehmke« unter der Titelzeile »Computer statt Politik« (Abb. 79). Großformatig und in Farbe ist Ehmkes Gesicht im Dreiviertelprofil zu sehen. Lochstreifenband windet sich um das unten klein dargestellte Palais Schaumburg und steigt in engen Spiralen um das Dachtürmchen auf, um dann einen Wirbel zu bilden, der Form und Farben von Ehmkes Gesicht annimmt. Somit schwebt der riesige körperlose Kopf des Chefplaners über dem kleinen Kanzleramt. Das Bild gemahnt an einen Geist aus der Flasche und ruft all die unheimlichen Assoziationen hervor, die mit einer solchen Entfesselung verbunden sind. An den Rändern von Ehmkes schwebendem Kopf, etwa am linken Ohr, sind die Lochstreifen gut erkennbar, aber insbesondere auf der Kopfkrone kräuselt sich das weiße Band wie eine kecke Haarlocke, dort wo Gehirn und Denken lokalisiert sind. Da das ganze Motiv über dem Türmchen des Palais Schaumburg zugleich an aufsteigenden wei-



Abb. 78 Zentrale der computerisierten Regierung Chiles nach Plänen des britischen Kybernetikers Stafford Beer in Santiago (1971–73), genannt Opsroom.

ßen Rauch erinnert, illustriert die Grafik recht prägnant das vorzugsweise um technische Lösungen für politische Probleme kreisende Denken von Modernisierungspapst Ehmke.

Ein technokratischer Geist, so evoziert das »Spiegel«-Cover, herrscht da im Kanzleramt, der die Macht teilweise an einen Computer abgegeben hat. Die Lochkartenstreifen verweisen in dieser Darstellung auf die zeitgenössische Computertechnik.<sup>127</sup> Das Bild spielt mit deren Ambivalenz: Zum einen können die faszinierenden, ja auch märchenhaft-zauberhaften Möglichkeiten der Computertechnik unvorhersehbare Phänomene entfesseln. Zum anderen liegt es allein in der Hand der Verantwortlichen, ob sie mit der neuen Technik verantwortungsvoll umgehen oder mit ihrer Hilfe bizzaren Fantasien nachjagen, wie es Horst Ehmke in der Zeichnung möglicherweise unterstellt wird.

Verwiesen ist mit diesem »Spiegel«-Cover auf einen ganzen Themenkomplex in der Bundespolitik, einschließlich der umstrittenen Personalie Horst Ehmke. Der Computer spielte im Modernisierungsdiskurs der 1950er und 1960er Jahre eine wichtige Rolle und war Bestandteil der von Ehmke angestoßenen strukturellen Regierungsreformen, was keineswegs allgemeine Zustimmung fand. Die Begriffe Computertechnik und Kybernetik wurden in der Bundesrepublik zu dieser Zeit fast synonym verwendet. Ehmkes Ankündigung zu Beginn der 1970er Jahre, dass im Keller des Kanzleramtsneubaus eine große EDV-Anlage installiert werden sollte, ist im Folgenden innerhalb des zeitgenössischen Computerdiskurses zu untersuchen und zu bewerten. Was bedeutet es für das Kanzleramtsprojekt, wenn der Neubau eng mit den Verheißungen einer schillernden neuen Technologie verknüpft wird? Der sich 1978 so schlicht präsentierende Kanzlercomputer hatte einmal herausgehobene Bedeutung für das Bauprojekt und prägte auch dessen Rezeption.

Der erste Kanzlercomputer wurde schon lange vor Fertigstellung des Kanzleramtsneubaus, nämlich schon kurz nach dem Regierungswechsel Anfang 1970 installiert.<sup>128</sup> Die

<sup>127</sup> Vgl. hierzu und zur Entstehung der Lochkarten im Zusammenhang mit der Automatisierung in der Textilindustrie noch vor Erfindung der Computertechnik H. B. HIGGINS, *Grid*, 2009, S. 235ff, bes. 239f.

<sup>128</sup> Er stand im Bundespresseamt, nicht im Palais Schaumburg.



Abb. 79 Cover »Der Spiegel«, Nr. 6, 1.2.1971.

rasche Inbetriebnahme der Rechanlage kurz nach dem Antritt der Regierung Brandt macht sie als Inszenierung von dessen Modernisierungswillen erkennbar. Die Leistungsfähigkeit des Rechners erschöpfte sich allerdings in der »Zusammenstellung von Ehmkes Terminen für das nächste halbe Jahr«. <sup>129</sup> Die Nürnberger Nachrichten folgerten treffend, es gehe »wohl eher um die *Demonstration* eines neuen Führungsstils« beziehungsweise »moderner Arbeitsmethoden«. <sup>130</sup> Der Untertitel des Berichts zieht das Ereignis zugleich ins Lächerliche. Er lautet: »Die Sternstunde von gestern«.

Tatsächlich bezog sich der Computerdiskurs aber nicht auf die beschränkte Leistung der aktuell verfügbaren Geräte, sondern auf deren angenommenes Potenzial. In den 1960er Jahren galt die Computertechnik nicht nur auf politischer Handlungsebene als Medium der Zukunft. Aus der Überzeugung heraus, dass sich technisch-wissenschaftlicher Fortschritt »machen« ließe, hatte bereits die Große Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger das staatliche Engagement in der Technologie- und Forschungspolitik verstärkt. Neben Atom- und Weltraumforschung hatte die Bundesregierung elektronische Datenverarbeitung zum Schwerpunkt erklärt. <sup>131</sup> Ein Programm zur Förderung der Datenverarbeitung wurde bereits im April 1967 aufgelegt. Forschungspolitische Entscheidungen deuten Metzler zufolge darauf hin, dass sich das »Denken über machbares Verwaltungshandeln grundlegend verändert hatte und zunehmend im Horizont der Wissensgesellschaft ver-

<sup>129</sup> Vor großen Umbauplänen in Bonn. Kanzleramt ein ›Trödlerladen‹. Die Sternstunde von gestern: erstmals arbeitet Computer für Minister Ehmke, in: Nürnberger Nachrichten, 23.1.1970.

<sup>130</sup> Vgl. ebd. [Hervorhebung durch die Verf.]

<sup>131</sup> Vgl. hier und im Folgenden G. METZLER, Planbarkeit, 2003, S. 78off.

ortet war.«<sup>132</sup> Man dachte über Anwendungsmöglichkeiten der EDV im Zuge der Umstrukturierung des Kanzleramtes ab 1967 und besonders ab 1969 nach,<sup>133</sup> und die Erwartungen waren immens, insbesondere bei den Sozialdemokraten, die sich am meisten für die Regierungstechnik der politischen Planung begeisterten. Technische Innovationen, so folgert Metzler, wurden nicht mehr allein wirtschaftlich bewertet, sondern ausgesprochen politisch gedeutet. Hinter der staatlichen EDV-Förderung steckte die Erwartung, der Computer könne als »Hilfsmittel zur besseren Erfüllung staatlicher Aufgaben« Verwaltungshandeln grundlegend verändern. Er war eine schlagkräftige »Ressource«<sup>134</sup> für politische Regierungstechniken, die mit den Ideen hinter dem Kanzleramtsneubau Hand in Hand gingen. Die Verwaltung würde gerade durch die Möglichkeiten der EDV erstmals in die Lage versetzt, umfassender und objektiver zu agieren, weil sie große Informationsmengen als Grundlage von Entscheidungen auswerten könne.<sup>135</sup> Diese Zuversicht, so folgert Metzler weiter, brachte ab den späten 1960er Jahren und verstärkt in den 1970er Jahren Computer in die Amtsstuben.<sup>136</sup> Neben Technologie und Energie bildete »Informationsgewinnung und -verarbeitung« die zweite Säule, auf der Vorstellungen technischer Machbarkeit, also Steuerbarkeit und Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Gegenwart und Zukunft, basierten – tatsächlich eine genuin kybernetisch-systemtheoretisch geprägte Vorstellung.

Sozialwissenschaftliche Theoriebildung war wiederum durch die Computertechnik beeinflusst. Laut Herbert A. Simon veranlassten gerade der Computer und seine Impulse, dass neu über Organisationen nachgedacht wurde:

»Der Entscheidungen treffende Mensch wird verstanden als eine informationsverarbeitende Komponente in einem informationsverarbeitenden System, einer Organisation, ähnlich einer Schalteinheit in einem Rechenystem. Trotz offensichtlicher Unterschiede in der Art, wie wir uns mit Menschen und Organisationen einerseits und mit Computern andererseits befassen wollen, verfügen wir sowohl über eine völlig neue Konzeption von Informationsverarbeitung als auch von Menschen und Computern als Komponenten in informationsverarbeitenden Systemen.«<sup>137</sup>

Durch dieselben Einflüsse wurden nicht zuletzt die Quickborner Bürohaus-Konzepte geprägt, womit ein weiterer Bezug zum Kanzleramtsprojekt hergestellt ist. Die Überlegungen der Schnelle-Brüder nahmen am Phänomen der zunehmenden Büroautomatisierung durch Datenverarbeitungsanlagen ihren Ausgangspunkt.<sup>138</sup> Die immer leistungsfähigere

<sup>132</sup> G. METZLER, *Planbarkeit*, 2003, S. 781.

<sup>133</sup> Vgl. ebd., S. 789.

<sup>134</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 339.

<sup>135</sup> Zur breiten Informationsbasis als Grundlage von »objektivierten« Entscheidungen besonders einflussreich T. ELLWEIN, *Politik und Planung*, 1968.

<sup>136</sup> Die Möglichkeiten des sinnvollen Einsatzes von Computern in der Verwaltung diskutierten zeitgenössisch beispielsweise B. Lutz/K. Düll: *Die Verwaltung, der Computer und die Bürger*, in: *Management, Bürokratie, Technokratie und wissenschaftliche Staatsführung*. Sonderbeilage »Der Mensch und die Technik. Technisch-wissenschaftliche Blätter der Süddeutschen Zeitung«, Nr. 156, 18.12.1969, sowie in derselben Beilage R. S. McNamara: *Wissenschaft, Technologie und modernes Management*; ebd. auch G. Kienbaum: *Reflexionen zum Thema Management*. – Die Zeitungsbeilage ist ein Indiz für die öffentliche Wahrnehmung eines qualitativen Wandels der Regierungstechniken.

<sup>137</sup> H. A. SIMON, *Informationssysteme*, 1971, S. 301.

<sup>138</sup> E. SCHNELLE/A. WANKUM, *Architekt und Organisator*, 1965, S. 14ff.



Bürotechnik machte es erst erforderlich, neu über den von ihnen als soziotechnisches System beschriebenen Bürobetrieb, seine Organisationsform und Unterbringung nachzudenken. Es ging darum, die neuen Techniken sinnvoll in die bisherigen Arbeitsabläufe einzugliedern und ihr Potenzial auszuschöpfen.

Der konkrete praktische Nutzen der EDV für die Politik wurde in ihrer Hilfsmittelfunktion für große Datenbankprojekte gesehen. Seit 1966 und 1968 diskutierte man in Bonner Ministerien die Einrichtung einer Bundesdatenbank, vorangetrieben durch das Bundesministerium des Innern.<sup>139</sup> Sie spielte innerhalb des von Ehmke angestrebten bundesweiten Planungsverbundes eine wichtige Rolle als gemeinsame Informations- und Datenbasis. Große Mengen statistischer Daten sollten erstmals erfasst und ausgewertet werden, um tatsächliche statt angenommene Bedarfe zu ermitteln. In dieser Form umgesetzt wurde das Vorhaben zwar nie. Doch der Wunsch der Politik nach zentraler Erfassung und Auswertung von Planungsdaten ließ in der Öffentlichkeit Ängste entstehen, irgendwann berechneten die Staatscomputer unkontrolliert aus den Kennzahlen Entscheidungen, ein bedrohliches Szenario, das viele ablehnten und das wohl auch im beschriebenen »Spiegel«-Titel »Computer statt Politik« mit angesprochen wird. Es bildet den Ausgangspunkt einer kritischen Wahrnehmung der Verbindung von Computern und Politik in der Bundesrepublik, die sich mit dem in diesem Bereich avantgardistisch voranschreitenden Neubauprojekt des Bundeskanzleramtes verband.

Tatsächlich eingeführt wurde nach dem Regierungswechsel 1969 ein computergestütztes sogenanntes »Vorhabenerfassungssystem«, das innerhalb der Bundesverwaltung »die zur Aufgabenplanung und Ressortkoordination notwendigen Informationen in maschinenlesbarer Form bereitstellen sollte«.<sup>140</sup> Es sollte frühzeitig entdecken helfen, falls verschiedene Ressorts Projekte doppelt oder gar in ihren Auswirkungen widersprüchlich zueinander bearbeiteten, nicht unwichtig bei damals 1 700 Fachreferaten innerhalb der Bundesregierung. Nach Interessenschwerpunkten sortiert auf Papier ausgebar, stand die Liste der Vorhaben stets allen Ressorts zur Verfügung. Ehmke berichtet von den Erfahrungen in seiner politischen Biografie:

»Bei der Zusammenfügung des Arbeitsprogramms stellte sich heraus, daß das hohe Ziel der Regierungserklärung, Zukunft demokratisch zu gestalten, statt nur Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu sein, in der Vorhaben-Sammlung nur begrenzt Niederschlag fand. Außerdem waren einzelne Reformvorhaben in sich nicht genügend vorbereitet. So rafften wir uns auf, aus der Vorhaben-Erfassung eine Aufgabenplanung zu entwickeln. Dabei ging es weder darum, Politik durch Computer und Planvollzug zu ersetzen, noch um eine umfassende Detailplanung, von der seltsamerweise die Union in zwei parlamentarischen Anfragen ausging. Es ging vielmehr darum, Kabinett und Kanzler in die Lage zu versetzen, sich frühzeitig mit dem Gesamtprogramm und mit den Grundfragen großer Vorhaben zu beschäftigen, statt nur zum Schluß die zwischen den Ressorts noch offenen Streitfragen zu entscheiden.«<sup>141</sup>

<sup>139</sup> Vgl. hier und im Folgenden G. METZLER, Planbarkeit, 2003, S. 781.

<sup>140</sup> W. SÜSS, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 351.

<sup>141</sup> H. EHMKE, Mittendrin, 1994, S. 114f.

Das gewählte Mittel, um eine »lückenlose Übersicht davon zu bekommen, was das unübersehbare Beamtenheer eigentlich dauernd ausbrütet«,<sup>142</sup> blieb weiterhin eine unübersichtliche Angelegenheit: »Die letzte Liste umfasste 400 Vorhaben, von denen 27 als politische Schwerpunkte klassifiziert waren.«<sup>143</sup> Angesichts der entstehenden Endlos-Papierausdrucke fällt der Kontrast zwischen dem klangvollen Zauberwort einer effizienteren Zukunft mit »Regierungscomputer« – »in Zukunft wird es erst dann grünes Licht für ähnliche Vorhaben geben, wenn Ehmkes Stab die politischen und finanziellen Folgen mit Hilfe eines Computers durchgerechnet hat«<sup>144</sup> – und der Wirklichkeit auf: Das Vorhabenerfassungssystem sammelte und sortierte Projekte ohne qualitative Aufschlüsselung; jede Gewichtung und Priorisierung musste, wie in dem Zitat aus Ehmkes Biografie verdeutlicht wurde, weiterhin vom Menschen erarbeitet werden.

Doch diese nüchterne Realität war in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit von fantastischen Vorstellungen aus früheren Jahren überlagert: Überlegungen zu Anwendungsmöglichkeiten des Computers in der Politik hatten bereits unter der Vorgängerregierung begonnen. Sie wurden stets mit strukturellen Reformen der Regierungsarbeit verknüpft. Im Frühsommer 1967 hatte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger erstmals einen Planungsstab im Kanzleramt eingerichtet.<sup>145</sup> Die Öffentlichkeit erwartete nun, dass die politischen Entscheidungsprozesse insgesamt verwissenschaftlicht würden. Zeitgleich kamen schon damals Befürchtungen auf, das Kanzleramt solle zum Superministerium ausgebaut werden. Kiesingers »Gehirntrust« oder seine beratenden »Eierköpfe«, wie seine als Technokraten wahrgenommenen Planungsstäbler genannt wurden, sahen viele als ein die Politik dem Sachzwang des technokratischen Expertentums unterwerfendes Gremium.<sup>146</sup> Eine Karikatur verschmolz eine Vorstellung von Kiesingers Planungsstab mit der Zukunftsvision eines Regierungscomputers zu einer technokratischen Politikmaschine (Abb. 80).<sup>147</sup> Sie zeigt den Kanzler in lässiger Körperhaltung vor einer mannshohen Apparatur mit Schalthebeln. Deren große Knäufe sind »Eierköpfe« mit wenig Haupthaar und Brillengestellen, welche angestrengt nachdenkende Physiognomien zeigen. Kiesinger hat eine Hand auf einen dieser Schalthebel-Köpfe gelegt, die Maschine also aktiviert. Auf Endlospapier

<sup>142</sup> U. Blank: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: Die Weltwoche, 24.12.1970.

<sup>143</sup> Ebd. – Im Depositum Horst Ehmke ist solch ein 39-seitiger Computerausdruck enthalten, der vom Vorhabenerfassungssystem ausgegeben worden sein könnte. Die Liste auf Endlospapier, handschriftlich bezeichnet als »Erster Computer Ausdruck für das Bundeskanzleramt vom Planungsstab 20.1.1970«. Die Liste erfasst Vorhaben der Bundesregierung aus den verschiedenen Ressorts bis einschließlich Januar 1972. Hunderte Vorhaben sind abgekürzt und knapp nach den tabellarischen Punkten Monat/Jahr, Federf., Bezieht, Vorhaben bzw. Vorhabenkomplex, Punkt, Behandl. aufgelistet. AdSD Bonn, 1/HEAA000376.

<sup>144</sup> U. Bergdoll: In Ehmkes Hand laufen alle Fäden zusammen. Keine Verschnaufpause für »Premierminister Brandts«. Kanzleramt soll Drehscheibe der Bundesregierung werden, General-Anzeiger, 10./11.1.1970.

<sup>145</sup> Diesem hatte er jedoch wenig Vertrauen geschenkt. Vgl. hier und im Folgenden W. Süß, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 351–357.

<sup>146</sup> Der Begriff »Gehirntrust« war laut Süß, ebd., S. 355, verbreitet. Süß gibt beispielhaft als Beleg an: Planer gesucht. Kiesingers Beraterstab als Gehirntrust, in: Christ und Welt, 31.3.1967.

<sup>147</sup> Karikatur aus: K. Seemann: Werden wir modern regiert?, in: Die Welt, 25.1.1967. Zeichnung: Hartung. Die Karikatur entstand noch vor Einrichtung des Kiesinger-Planungsstabes, bringt daher also eine schrille Fantasie des Zeichners zum Ausdruck.

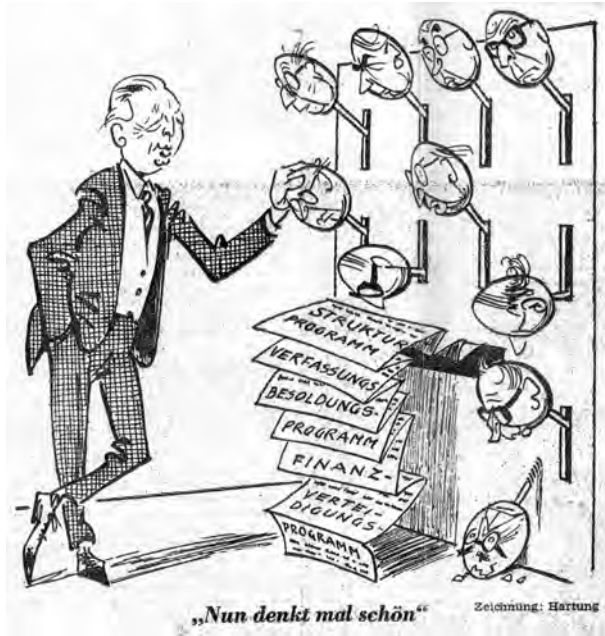


Abb. 80 Karikatur von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit Rechenmaschine aus »Eierköpfen«, 1967. Zeichnung: Hartung.

gibt die Maschine nun »Programme« aus für Struktur, Verfassung, Besoldung, Verteidigung oder Finanzen. Offenbar wurde bereits ein »Eierkopf«-Hebel verschlissen. Er liegt abgebrochen am Boden, was auf Überbeanspruchung der heißgelaufenen Maschinerie hindeutet und die Skepsis des Zeichners an dieser Art von schematischer Politikgestaltung zum Ausdruck bringt. Kiesinger dagegen lächelt in der Zeichnung, sichtlich zufrieden mit seiner Crew, die nicht nur viel Papier bedruckt, sondern ihm vor allem das Denken abnimmt, wie die Bildunterschrift sagt: »Nun denkt mal schön.«

Der Planungsstab wird in dieser bissigen Zeichnung mit automatisierten Rechenoperationen einer Maschine, technokratischem Expertentum sowie mit dem erträumten Automatismus eines Kanzler-Information-Systems gleichgesetzt. Letzteres ist dasjenige Projekt Kiesingers, das bizarrste Vorstellungen von einem Regierungscomputer in der Öffentlichkeit verbreitet hatte. Tatsächlich hatte Kiesingers Planungsstab die Studiengruppe für Systemforschung Heidelberg mit einer organisationssoziologischen Analyse des Kanzleramtes und mit der Entwicklung eines sogenannten Kanzler-Information-Systems beauftragt.<sup>148</sup> Bei morgendlichen Lagebesprechungen soll Kiesinger ungnädig gestimmt und unzufrieden mit dem Grad der Informiertheit seiner Mitarbeiter überlegt haben:

»Es müsste doch möglich sein, ein elektronisches System aufzubauen, das unmittelbar und ohne Zeitverlust über alle Fragen informiert, das Protokolle, Aktennotizen, Memoranden, Botschaf-

<sup>148</sup> Vgl. W. Süss, Ressortübergreifende Planung, 2003, S. 355. Von Herbert A. Simon wird 1971 kritisch diskutiert, ob und wie die großen Informationsmengen durch Computer innerhalb einer Organisation aufbereitet werden können, um vermittels sogenannter Management-Information-Systeme bessere statt schlechtere Entscheidungen zu erhalten. Vgl. H. A. SIMON, Informationssysteme, 1971.

terberichte und Zeitungsartikel auf Knopfdruck liefern kann, nach denen die Mitarbeiter sonst so lang suchen müssen.«<sup>149</sup>

Er träumte offenbar von einem nahezu von künstlicher Intelligenz beseelten Regierungscomputer, was aus heutiger Sicht verdeutlicht, wie schlecht er die realen Möglichkeiten der EDV einschätzen konnte:

»Wenn ich etwa über den Aufbau eines europäischen Antiraketensystems nachdenke, dann müsste die Informationsmaschine alles darstellen, was dafür und was dagegen spricht, müsste die Kosten berechnen und die militärischen Konsequenzen beschreiben können.«<sup>150</sup>

Die schließlich 1969 frisch von der Studiengruppe für Systemforschung Heidelberg vorgelegten Untersuchungsergebnisse griff die ins Kanzleramt einziehende sozialliberale Regierung auf und gedachte sie umzusetzen. Ulrich Blank, der als Bonner Korrespondent für verschiedene Medien arbeitete, berichtete in der »Zürcher Weltwoche« amüsiert und voller Skepsis:

»Die Heidelberger Wissenschaftler stellen sich vor, dass der Regierungschef morgens bei der »Kleinen Lage« nicht mehr seinen verwirrten und immer nur halbinformierten Mitarbeitern ins Auge blicken muss, sondern stattdessen im abgedunkelten Beratungszimmer eine Superschau erlebt: die neuesten Meldungen aus allen Bereichen der Politik flimmern über die Leinwand; Dokumente aus Archiven verdeutlichen die Zusammenhänge; aus den Lautsprechern werden mit verschiedenen Stimmen die Argumente und Gegenargumente vorgetragen. Von diesem stereophonisch aufbereiteten Disput der Geisterstimmen verspricht man sich die nachhaltigste Wirkung auf den Entscheidungsprozess im Kanzlerhirn.«<sup>151</sup>

Wer dann tatsächlich die Regierungsarbeit kontrolliere, fragte Blank angesichts dieser »Gehirnwäsche«, mit welcher eine »elektronisch gesteuerte Mixed-Media-Anlage für Bild und Ton, die dem Kanzler ausgewählt und kurzgefasst Informationen liefern soll«, assoziiert werden könne, und kommentiert irritiert die optimistischen Reaktionen des jungen Kanzleramtschefs Ehmke auf solcherlei Verheißungen. Er bescheinigt ihm »eine gesunde Portion Spieltrieb«. Ehmke wirke »gelegentlich wie der Beherrscher einer gewaltigen elektrischen Eisenbahn«, und auch diese Beschreibung dürfte eine der Inspirationsquellen für das »Spiegel«-Cover gewesen sein. Ehmkes Zukunftswelt sei »angefüllt mit Computern, die Informationen und Leistungsbilanzen und Planungsdaten ausspucken. Politik ist Elektronik plus Management, der Rest lässt sich auf kleinen Zetteln erledigen.«<sup>152</sup> Eine Karrikatur aus dem »Stern« brachte die Vorwürfe gegen Ehmke in ein Bild, der durch technische Überwachungsmittel das Agieren seiner Kabinettskollegen stets im Blick hatte (Abb. 81).

<sup>149</sup> U. Blank: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: Die Weltwoche, 24.12.1970.

<sup>150</sup> Kiesinger im Zitat ebd.

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Trotz allem hält Blank dem Kanzleramtschef zugute, dass erstmals eine »Vorstellung von den Gesetzen der Effizienz, der rationellen Arbeitsmethodik« ins Kanzleramt eingezogen und die Kabinettsarbeit sichtbar beschleunigt worden sei. U. BLANK: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: Die Weltwoche, 24.12.1970.



Abb. 81 Karikatur von Kanzleramtschef Horst Ehmke bei der Videoüberwachung seiner Kabinettskollegen. Zeichnung: Markus.

Ehmke wiederum, selbst Wissenschaftler, verließ sich hier ganz auf seine wissenschaftlichen Berater, die als »Garanten für die Rationalität« galten.<sup>153</sup> Die Systemforscher aus Heidelberg hatten altbekannte, jedoch gravierende Mängel identifiziert – »fehlende Aufgabenplanung, mangelhafte Wahrnehmung der Koordinierungsfunktion durch das Kanzleramt und unzureichende Informationen über die Tätigkeit der Ressorts.«<sup>154</sup> Systemforscher Andreas Jentzsch wurde namentlich mit den damaligen Arbeitsergebnissen im »Spiegel« zitiert,

»es bereitete ›Schwierigkeiten‹, Amtschef, Staatssekretäre, Abteilungsleiter und Hilfspersonal im Kanzleramt hinreichend zu informieren, die Verbindung zwischen der Regierungsspitze, die sich jeden Morgen zur ›Kleinen Lage‹ trifft, und dem Kanzleramtsapparat ›befriedigend‹ zu lösen und technische Hilfsmittel für eine vernünftige Kommunikation effektiv einzusetzen.«<sup>155</sup>

Ehmkes Vorstellung und Erfahrung besagte: »Computer helfen der Politik.«<sup>156</sup> Damit stellte er anders als noch Kiesinger die Rangordnung der führenden Politik und der assistierenden Rolle des Computers klar.

Doch die Überlegungen und Experimente insbesondere der vom Kanzleramt zurate gezogenen Studiengruppe für Systemforschung Heidelberg unter ihrem Leiter Helmut Krauch reichten viel weiter. Das geplante Kanzler-Informationssystem sollte tatsächlich die Darstellungsform einer »dialektischen Debatte« nutzen. Hierzu machte man sich die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Analysen von Entscheidungsprozessen zunutze, in welche laut neuesten Erkenntnissen immer auch Wertüberzeugungen einfließen. Es war

<sup>153</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 787.

<sup>154</sup> W. SÜSS, *Ressortübergreifende Planung*, 2003, S. 355.

<sup>155</sup> System Orakel, in: *Der Spiegel*, Nr. 44, 26.10.1970, S. 41.

<sup>156</sup> H. Ehmke: *Computer helfen der Politik. Zwei Jahre Planung in Bonn. Ein Erfahrungsbericht (Teil II)*, in: *Die Zeit*, 17.12.1971.

das Anliegen der Forscher rund im Helmut Krauch, diese Überzeugungen »in wechselseitiger Kommunikation sichtbar zu machen, um sie in demokratisch legitimerter Planung und politischer Entscheidung zu berücksichtigen.«<sup>157</sup>

Und nicht nur bei dieser Rationalisierung der Entscheidungsbildung im Kanzleramt sollten technische Mittel helfen, vom Kanzler-Informationssystem bis hin zu Datenbanken. Die Studiengruppe setzte im Verlauf des Jahres 1970 den Modellversuch »ORAKEL« (organisierte repräsentative Artikulation kritischer Entwicklungslücken) um, der einen öffentlichen Meinungsbildungsprozess via Live-Fernsehübertragung anregen wollte. Die Zuschauer konnten telefonisch Anregungen geben, sodass die Diskussionsrunde im Studio ebenso dazulernte wie das Publikum. Die Studiengruppe wurde von der Vision beflügelt, die Entscheidungsbildung und Partizipation der Öffentlichkeit zu verbessern, um die Demokratie zu stärken und insbesondere Gruppen »ohne Lobby oder nur schwach organisierten gesellschaftlichen Gruppen Gehör zu verschaffen.«<sup>158</sup> Die Zielstellung von ORAKEL, rationale und damit bessere Entscheidungen in Sachfragen durch Ausnutzen technischer Medien zu generieren, entspricht den Ambitionen nach rationalen Regierungsmethoden im Kanzleramt, bezieht aber die gesamte Mediengesellschaft in die Entscheidungsfindung ein. Der Leiter der Studiengruppe, Krauch, nahm die Strukturen der parlamentarischen Demokratie sogar als »autoritär« wahr.<sup>159</sup> Mit ORAKEL wurde der »organisierte Konflikt« ins Fernsehstudio verlegt. Im Februar 1971 strahlte der Westdeutsche Rundfunk drei Live-Sendungen aus, moderiert von Werner Höfers, in der »intensive[r] ›dialektische[r] Informationsdarstellung« über Gründe, Bedingungen und Folgen möglicher politischer Entscheidungen« diskutiert und dargestellt wurden.<sup>160</sup> Die Fernsehzuschauer konnten den Verlauf der Diskussion mitgestalten.

Die Idee hinter dem Modellversuch, nämlich eine direkte und intensive Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsfindungs-Prozess über Funk und Fernsehen, arbeitete Krauch später weiter aus.<sup>161</sup> Darin radikalisierte er, von einer über die Jahre seines Engagements hin kaum voranschreitenden Bürgerbeteiligung in der Politik frustriert, seine Kritik an der »Schein-Demokratie konkurrierender Eliten«<sup>162</sup> hin zur Forderung nach einer direkten Computer-Demokratie, in welcher der via Fernsehen fundiert informierte Bürger

<sup>157</sup> A. BRINCKMANN, Studiengruppe für Systemforschung, 2006, S. 132.

<sup>158</sup> Helmut Krauch (2. Mai 1927–14. Oktober 2010) [19.10.2010] (= Nachruf auf Helmut Krauch), [http://www.itas.kit.edu/2010\\_050.php](http://www.itas.kit.edu/2010_050.php) [4.2.2015]. Vgl. dazu auch W. D. Narr/F. Naschold: Die Repräsentation nicht organisierter Interessen, in: Management, Bürokratie, Technokratie und wissenschaftliche Staatsführung, Sonderbeilage »Der Mensch und die Technik. Technisch-wissenschaftliche Blätter der Süddeutschen Zeitung«, II. Jahrgang, Nr. 156, 18.12.1969. Darin weisen die Autoren darauf hin, dass schwache Interessengruppen in einer pluralistischen Gesellschaft nur wenig auf sich aufmerksam machen können. – Es sei darauf hingewiesen, dass im bereits öfter zitierten Spiegel-Artikel mit dem Titel »System Orakel« nicht das ORAKEL-Projekt, sondern das Kanzler-Informationssystem im Mittelpunkt steht.

<sup>159</sup> A. BRINCKMANN, Studiengruppe für Systemforschung, 2006, S. 135.

<sup>160</sup> Ebd. Durchführung, Bewertung und Folgen des Projektes vgl. ebd., S. 135–137.

<sup>161</sup> Vgl. ebd., S. 136f. Brinckmann verweist hier auf die Veröffentlichung H. KRAUCH, Computer-Demokratie, 1972.

<sup>162</sup> H. KRAUCH, Computer-Demokratie, 1972, S. 13, zitiert nach A. BRINCKMANN, Studiengruppe für Systemforschung, 2006, S. 137.

mittels technischer Hilfsmittel auf Knopfdruck von zu Hause aus Mehrheitsentscheidungen fällt und dadurch das parlamentarische System ersetzt.<sup>163</sup>

Diese Forschungsbiografie Helmut Krauchs verdeutlicht, wie der Computer als Hilfsmittel der Regierung auch in die Utopie einer unmittelbar die Politik kontrollierenden oder gar das demokratische System verändernden Medienöffentlichkeit einfluss. Der Diskurs um Computer in der Politik löste sich damit aus dem begrenzten Kreis der wissenschaftlichen Regierungsberater und wurde vielfältig angereichert. Er enthält gleichermaßen lichte, demokratiefördernde und dunkle, Ängste vor Totalitarismus und Kontrolle hervorruhende Aspekte. Beide lassen sich in der Rezeption des Kanzleramtsneubaus feststellen, auch wenn die bereits zu Beginn benannte Tatsache des völligen Abbrechens des Diskurses um Computer in der Politik wohl zu den entscheidenden Entwicklungen für die Rezeption des Gebäudes zählt.

Neben dem Computer gibt es andere, in der Baulichkeit sichtbarere Infrastrukturen der Informationsverarbeitung, die von Beginn an so genutzt werden konnten, wie es dem Stand der Technik entsprach. Ihnen sei im Folgenden nachgegangen.

### *2.5 Infrastrukturen der Kommunikation*

Eine Analyse des Kanzleramtsneubaus als soziotechnisches System muss insbesondere die Infrastrukturen der Informationsverarbeitung berücksichtigen. Neben der elektronischen Datenverarbeitung lassen sich sämtliche Erschließungswege und Transportmittel unter diesem Begriff fassen. Ihre Einrichtung wurde durch Recherchen von der Arbeitsgruppe Neubau vorbereitet und lässt sich aus den Akten der Bauausführungsplanung rekonstruieren. Die Analyse der Rolltreppenanlage sowohl als bauliches als auch als technisches Ausstattungselement zur Gebäudeerschließung überrascht in einer Architekturmonografie über einen Verwaltungsbau nicht. Ungewöhnlicher könnte der Nachvollzug der detaillierten Planung von Aktenlift und Rohrpostanlage erscheinen. Da sie den Transport von Schriftgut und damit die Gebäudeerschließung auf der Ebene der Information übernehmen, ist gerade die Verständigung über ihre Vor- und Nachteile von besonderer Relevanz. Ebenso wie telemediale Rundfunksysteme unterstützen sie den Kommunikationsfluss und treten damit in funktionale Analogie zu Treppen, Aufzügen und Fluren, die Menschen zirkulieren lassen. Das Panorama all dieser Informationsflüsse bildet das »System« Kanzleramt ab.

Im Wettbewerbsentwurf für das Kanzleramt hatten die Architekten mehrere Rolltreppenanlagen vorgesehen. Sie sind in den nach dem Architekturwettbewerb publizierten Grundriss- und Schnittzeichnungen von 1971 (siehe Abb. 27 und 28) sichtbar sowie in einer Planung vom Januar 1972 (siehe Abb. 68). Vom Eingangsfoyer aus sollte eine zentrale Fahrtreppenanlage alle drei Stockwerke des Verwaltungsbaus miteinander verbinden, zwei weitere Rolltreppen in den Riegeln rechts und links hätten dies durch Verbindung der beiden Obergeschosse dezentral ergänzt. Die doppelte Führung für beide Fahrtrichtungen

---

<sup>163</sup> Vgl. A. BRINCKMANN, Studiengruppe für Systemforschung, 2006, S. 137.

war überkreuzend angelegt. Zwar wurden diese Fahrtreppen nicht gebaut. Dennoch soll hier das ursprüngliche Konzept analysiert werden, da es den Bauentwurf als Architekturmaschine erkennbar werden lässt. 1972 war noch die zentrale der drei Rolltreppen aus dem Wettbewerbsentwurf in der Bauausführungsplanung enthalten, wie aus der regelmäßig aktualisierten »Neubauinformation« zum Stand der Planungen ersichtlich ist:

»Das Abteilungsgebäude (...) wird im Erdgeschoß durch eine langgestreckte Eingangshalle erschlossen, von der die oberen Stockwerke über eine zentrale Rolltreppenanlage und zwei Personenaufzüge zu erreichen sind. Darüber hinaus sind jeweils in den kammartigen Vorbauten des Gebäudes insgesamt sechs Treppen vorgesehen. Diese dienen in erster Linie feuerpolizeilichen Zwecken, können aber auch für den internen Geschoßverkehr von den Bediensteten des Amtes genutzt werden.«<sup>164</sup>

Wie die Grundriss-Varianten verraten, welche der zitierten »Neubauinformation« beigegeben wurden, ist die Rolltreppe nicht am zentralen Kommunikations- und Kreuzungspunkt des Abteilungsbaus gelegen: Sie wird im ersten Obergeschoss auf beiden Seiten von schmalen, langen Fluren entlang von Zellenbüros eingerahmt und ist an ihren Schmalseiten durch Treppenhauskerne von den umgebenden großzügigeren Bewegungsflächen abgeschnitten (siehe Abb. 68). Dies könnte aus akustischen Gründen so angelegt worden sein, da die Fahrttreppe eine permanente Geräuschkulisse erzeugt. Im Foyer des Erdgeschosses wären Eintretende nicht direkt auf die Anlage zugelaufen, sondern hätten laut Planungsstand von 1972 einen mittig eingestellten Aufzugskern umlaufen müssen, um die Fahrttreppe dahinter überhaupt zu erblicken. Auch diese unstimmgige Situation im Erdgeschoss verweist auf Planungsentwicklungen, die auf das Verschwinden der Rolltreppen vorausdeuten.

Anders als technische Ausstattungen wie die ersehnte »großdimensionierte Rohrpostanlage und zusätzliche Aktentransportanlage«<sup>165</sup> standen Rolltreppen nicht in der zu Beginn aller Planungen für den Neubau formulierten Technikwunschlisse des Nutzers und können daher als Architektenidee gelten. Die »Neubauinformation« verdeutlicht, dass Aufzüge – aus den genannten zwei wurden nach dem Streichen der Rolltreppenidee drei – und Fahrtreppen das Gebäude vertikal erschließen. Dem elektrisch und mechanisch beschleunigten Transport der Bediensteten und dessen Zurschaustellung im Erdgeschossfoyer, das ansonsten völlig leer bleiben sollte, wurde offensichtlich eine visuelle Qualität beigegeben.

Fahrtreppen galten als schick und modern. Sie befanden sich seit den 1950er Jahren in repräsentativen Eingangsfoyers von Bürohäusern des bereits früher erwähnten kalifornischen Architektenbüros SOM. In zeitgenössischen Gebäudekomplexen für Veranstaltungen und Verwaltungszwecke rollten ebenfalls gut einsehbare Fahrtreppenanlagen in den Foyerzonen. Zu nennen sind hier das Neue Stadthaus Bonn und das ICC in Berlin.<sup>166</sup>

<sup>164</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt: Neubauinformation Nr. 2, Stand: 10. März 1972 – Fortsetzung der Neubauinformation Nr. 1 vom 19. Januar 1972, S. 2. BArch B 136/9834.

<sup>165</sup> AL I an Dr. Bobbert und ROI Leyendecker, Bonn, 30.12.1969, BArch B 136/9834.

<sup>166</sup> Das ICC in West-Berlin wurde 1979 fertiggestellt (Ralf Schüler und Ursulina Schüler-Witte, 1964–79). Direkt an der Autobahn gelegen ist ein Parkhaus in den Gebäudekomplex integriert. So thematisiert



Das »Image dieses Transportmittels (war) stark genug, um einen Kulturpalast als Ausstellungsmaschine zu stilisieren. Markantes Zeichen des Pariser Centre Pompidou sind die außen geführten Treppen«, schwärmt noch im Rückblick eine redaktionell aufbereitete Sonderbeilage zu aktueller Fahrtreppentechnik in der Zeitschrift »arch+«. <sup>167</sup> Das 1969 fertiggestellte Pariser Kulturzentrum, wohl die prominenteste Zurschaustellung der Fahrtrepe in Glasröhren als Fassadenelement, bezeichnet die »arch+« aufgrund seiner Fabrik- und Maschinenästhetik als »Raum-Maschine«, die den Exponaten gerecht werde und zugleich »ein ernsthaftes Interesse breiter Bevölkerungskreise geweckt« habe. <sup>168</sup> Das Gebäude traf den Zeitgeist und präsentiert auf den Ausstellungsetagen passend dazu zeitgenössische Kunst, zu Beginn sogar auf flexiblen Ausstellungsgrundrissen. <sup>169</sup> In diesem Zusammenhang wurde die Rolltreppe von einer modernen Gebäudeerschließung zu einem Teil avantgardistischer Architektur. Drei Rolltreppenanlagen im Entwurf der Planungsgruppe Stieldorf für das Bundeskanzleramt zeigen an, dass Architekten, Bauherren und das Kanzleramt sich über die betont technische Ästhetik der zu bauenden Gebäudehülle einig waren. Sie würde der abstrakten Technizität der hier einziehenden Politik entsprechen.

Dabei passt die Rolltreppe in ihrer Tradition als nichtelitäres Transportmittel gut zu einer als demokratisch-egalitär ausdeutbaren Schwellenlosigkeit des Gebäudes. Raumgrenzen werden zusätzlich auch zwischen den Etagenniveaus aufgelöst, ähnlich wie das mit den Hierarchiestufen im Amt geschehen sollte. Nach der schlichten Treppe im Foyer des Kanzlerflügels ist dies die zweite Neuinterpretation des Themas »Treppe« in dem Regierungsgebäude. Die Rolltreppe, wie der Aufzug dem Industriezeitalter zugehörig und für effiziente Gebäudeerschließung sorgend, erscheint als Gegenmodell zur fürstlichen, mehr der Repräsentation denn der Erschließung dienenden Prunktreppe, deren Abwesenheit die Rolltreppenidee wie ein Ausrufezeichen noch betont. Sie passt auch zu einem sozialdemokratischen Kanzleramt, ging sie technisch doch aus dem Fließband der industrialisierten Arbeitswelt hervor. »Ikonologisch entstammt sie der Zeit des Taylorismus, in der mechanisierte Individuen Massenartikel produzierten. Die ersten Anlagen in New Yorker Kaufhäusern des frühen 20. Jahrhunderts galten allgemein als vulgär.« <sup>170</sup> Bereits in den 1930er Jahren waren sie jedoch in Exklusivgeschäften zu finden. <sup>171</sup>

Da der Neubau für Effizienz sorgen sollte und es weite Wege zu verkürzen galt, waren das beschleunigte Gehtempo auf der Treppe ebenso wie der visuelle Eindruck der Bewe-

---

das architektonische Konzept zum einen den Verkehrsfluss, zum anderen, damit analogisiert, den Kommunikationsfluss zwischen den Kongressteilnehmern. Rolltreppenanlagen und ein Wegeleitsystem verbinden die Ebenen der Foyers. Das ICC galt zu seiner Bauzeit als das Centre Georges Pompidou Deutschlands.

<sup>167</sup> FAHRTREPPEN, 1990, S. 120.

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> Auch die Hängungswände in den Ausstellungsräumen der Berliner Neuen Nationalgalerie (Ludwig Mies van der Rohe, 1962–68) waren zu Beginn flexibel positionierbar und wurden erst später fest verankert. Vgl. M. LEYDE, Wim Quist, 2011, S. 200ff.

<sup>170</sup> FAHRTREPPEN, 1990, S. 120.

<sup>171</sup> Ebd.

gung sowie die Fabrik- und Fließbandassoziationen erwünscht; die sichtlich bequeme Beamtenlaufbahn, die ohne Zutun automatisch befördert, hätte allerdings vermutlich eine Steilvorlage zur Beamtschelte geliefert. Die Rolltreppe passte als Gedankenspiel gut zum Neubaukonzept, weil sie so hochwertige Eigenschaften wie Mobilität und Dynamik abbildet. Zugleich symbolisiert sie die Kommunikation der Mitarbeiter im Amt, im Vokabular der Planer »Informationsverarbeitung«. Organisations- und Büroplaner Wolfgang Schnelle beschrieb die gewaltigen Verschiebungen in diesem Bereich, welche vor neue Herausforderungen der Informationsverarbeitung stellten: Nicht mehr ein spärliches »Informationsrinnsal« müsse sorgfältig ausgewertet werden, da kaum an Information zu kommen sei, sondern ein gewaltiger »Strom« an Information müsse verarbeitet und bewältigt werden.<sup>172</sup> Auch für dieses Bild steht die mechanische Unterstützung der Fortbewegungsgeschwindigkeit durch die Antriebsmotoren der Rolltreppe, die offen einsehbar Menschen und Informationsfluss beschleunigt.

Bedienstete auf der Treppenanlage gelangen rasch zu anderen Punkten im Gebäude. Ihre Gehbewegung und deren Beschleunigung durch die unterstützende Technik greifen harmonisch ineinander. Anders als in der geschlossenen Liftkabine treffen sie dabei auf eine größere Anzahl von Kollegen, da vermehrt Blickbeziehungen entstehen. Das Bild zahlreicher Menschen, in Bewegung in allen Richtungen, mit Arbeitsmaterialien unter dem Arm und im spontanen, direkten Gespräch erscheint als Metapher der zu bauenden Informationsverarbeitungs-Maschine Kanzleramt. Die Rolltreppen hätten die offenen Großraumbüroflächen erweitert und über die Geschosse hinweg miteinander verbunden.<sup>173</sup> Ihre Konzeption fiel neben anderen Ausführungsdetails einer grundlegenden brandschutztechnischen Revision des Bauprogrammes während der haushaltsrechtlich bedingten Planungsstopps zwischen Oktober 1972 und Mitte Januar 1973 zum Opfer.<sup>174</sup> Nach der Landesbauordnung waren aus feuerpolizeilichen Gründen ohnehin sechs innenliegende Treppentürme vorzusehen. Diese lagen verkehrstechnisch günstiger als die Rolltreppen, welche ursprünglich die Hauptverkehrslast aufnehmen sollten. Die Treppenanlagen wurden nach der Entscheidung gegen Rolltreppen aufwändiger ausgestattet – nicht mehr als rohe Fluchttreppenhäuser.<sup>175</sup>

Für den beschleunigten Fluss der Information auf einer nichtkörperlichen Ebene wurde der Neubau telemedial aufgerüstet. Er erhielt eine hausinterne Anlage zur Live-Übertragung von Fernsehbildern aus dem Presseinformationssaal in andere Räume.<sup>176</sup> Über diese Anlage konnten auch externe Fernsehprogramme eingespielt werden. Im Erdgeschoss des Kanzlerflügels befand sich ein Regieraum, von dem aus sich interne oder externe Signale oder aber Inhalte von Magnetbändern einspielen ließen. Ebenso übertrug eine festinstal-

<sup>172</sup> E. SCHNELLE / A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 17.

<sup>173</sup> Laut einem Vermerk der Bundesbaudirektion, 16.8.1972, war die Planung der Rolltreppen bereits fertiggestellt und der Auftrag ausgeschrieben. Vgl. BArch B 136/9835.

<sup>174</sup> Vgl. Neubau Bundeskanzleramt (Informationsbroschüre für Amtsmitarbeiter; undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), S. 3, Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.

<sup>175</sup> Vgl. Besprechungsvermerk Arbeitsgruppe Neubau, 13.1.1973, BArch B 136/9836.

<sup>176</sup> Vgl. hier und im Folgenden ChefBK an Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, betr. Informationsraum, 9.8.1974, BArch B 136/9837.

lierte Anlage Rundfunkprogramme in alle Büros des Hauses. Die Amtsangehörigen empfingen hierüber westdeutsche Kanäle, den DDR-Rundfunk oder den hausinternen Kanal. Die Anlage ließ sich zudem für hausinterne Durchsagen nutzen und ermöglichte es, den Vorplatz zu beschallen. Die telemedialen Verfügbarkeiten wurden zum großen Teil durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ermöglicht, das technisch mit dem benachbarten Neubau zu einem größeren Informationsnetzwerk verbunden wurde. Das Kanzleramt wurde an dessen Nachrichtenverteilsystem angeschlossen; ein Redakteur vom Dienst traf dazu ständig Auswahl aus dem Informationsangebot der Nachrichtenagenturen. Eine Fernschreiberstandverbindung zwischen beiden Häusern wurde eingerichtet. Über eine Konferenzsprechanlage im Bundespresseamt waren das Pressereferat des Kanzleramtes und die PR-Referenten aller Ministerien untereinander verbunden.

Um auch die Öffentlichkeit vermittels medialer Berichterstattung mit den Geschehnissen im Kanzleramt unmittelbarer zu verbinden, verfügte der neue Informationssaal für die Pressebegegnungen über Lampen, die mit 2000 Lux Licht in Studioqualität für Fernsehaufnahmen erzeugten.<sup>177</sup> Für Übertragungswagen, etwa anlässlich von Staatsbesuchen, wurden Stellplätze mit Anschluss an das hausinterne Bildübertragungssystem zwischen Palais Schaumburg und BGS-Gebäude angelegt, sodass sichtbar vor dem Eingang parkende Ü-Wagen und »Kabelberge« der Vergangenheit angehörten.<sup>178</sup> Im Infosaal ermöglichte eine Filmprojektionsanlage samt Tonsystem und Regiekabine Vorführungen. Die Projektionsleinwand konnte elektrisch aus- und eingefahren werden, genauso erfolgte die Verdunkelung des an zwei Seiten verglasten Raumes elektromechanisch, als sei den Verantwortlichen jede Art von Handbetrieb der Ausstattung suspekt gewesen. An dieser Architektur wurden alle Anlagen elektronisch gesteuert, wenn es nur technisch möglich war; es entsteht der Eindruck einer Detailplanung, bei der jede Technisierung als Schritt nach vorn wahrgenommen wurde und somit zum Teilelement der Staatsrepräsentation wurde.

Die Beschleunigung des Transports körperlicher Schriftstücke barg andere Herausforderungen, doch auch hier galt die technische Automatisierung ganz offensichtlich von Beginn an als unhinterfragbare Prämisse. Teilweise änderten die Verantwortlichen die Einschätzung der Lage jedoch nach eingehender Beschäftigung. Über einen langen Zeitraum setzte sich die Arbeitsgruppe Neubau mit den Vor- und Nachteilen verschiedener technischer Systeme auseinander, um dem vormals »schleppenden Aktenumlauf«<sup>179</sup> Beine zu machen. Ein Aktenlift und ein Rohrpostsystem wurden gegeneinander abgewogen. Die Idee eines Aktentransportsystems, wie man es von den Büchertransportsystemen zeitgenössischer Bibliotheksbauten kennt, bestach gegenüber der Rohrpost von Beginn an wegen der größeren Transportkapazität, Schonung des Transportgutes und beliebiger Linieneinführung auch entlang von Gebäudedecken.<sup>180</sup> Trotz dieser Vorteile wurde schließlich ein

---

<sup>177</sup> Vgl. hier und im Folgenden ChefBK an Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, betr. Informationsraum, 9.8.1974, BArch B 136/9837.

<sup>178</sup> Ebd.

<sup>179</sup> Vgl. Der Chef des Bundeskanzleramtes: Organisation, Personalstruktur und Unterbringung des Bundeskanzleramtes, 8.3.1970, BArch B 136/41164 u. a. O.

<sup>180</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau, 8.1.1970, BArch B 136/9834.

Rohrpostsystem installiert, wobei sich Hoffnungen, die bei Beauftragung zur Untersuchung dieser Techniken für den Neubau bestanden, nicht voll erfüllt zu haben scheinen. Es sei hinsichtlich der ursprünglichen Hoffnungen noch einmal auf das Schreiben vom 30. Dezember 1969 verwiesen, in welchem Abteilungsleiter Kern umfangreiche Recherchen zu einer Vielzahl technischer Installationen in Auftrag gegeben hatte.<sup>181</sup> Der Rechercheprozess, bei dem Mitglieder der Arbeitsgruppe Neubau, der Amtsspitze, des Verfassungsschutzes sowie Amtsbedienstete verschiedener Stellen im Haus die Thematik immer weiter vertieften, verdeutlicht exemplarisch, wie die Organisation, die bis dato keine Erfahrungen mit der neuen Technik hatte, ihre hohen Erwartungen auf konventionelle Büroorganisationsformen zurückfuhr.

Nirgends in der umfangreichen Akte der Bauausführungsplanung zum Thema Aktenlift und Rohrpost werden die Erwartungen an die teuren Anlagen benannt. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass die Automatisierung des Aktentransportes generell als Verbesserung oder gar als Notwendigkeit in einem Bürohaus dieser Größe galt. Zumindest war es nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe Neubau, die Analyse geeigneter technischer Hilfsmittel zu einer Nutzenanalyse auszuweiten. Nicht klar ist zudem die Zielsetzung: Sollte der Aktentransport beschleunigt werden oder sollte bei vergleichbarer Umlaufzeit die Anzahl der hausinternen Büroboten reduziert werden? Bisher wurde der Hauptstrom von Schriftstücken durch Boten transportiert. Die wichtigsten Stationen dieser Transportwege, also der Kanzler- und Kabinettsbereich, das Archiv, die Geheimregistratur, die Posteingangs- und Postausgangsstelle, Fernschreiberstelle und die Abteilungssekretariate, sollten nun an einen Aktenlift angeschlossen werden.<sup>182</sup> Abteilungsleiter Kern erbat dazu eine allgemeine Analyse zum Schriftumlauf, was im Zusammenhang der Umstrukturierungsmaßnahmen in den Abteilungen gesehen werden muss. Kern wies darauf hin, dass das gesamte Verfahren zur Organisation des Aktenumlaufs »auf der Grundlage der sogenannten ›integrierten Abteilungsstruktur‹ und unter Einbeziehung des von Voko [eine Herstellerfirma, die Verf.] vorgeschlagenen Transportsystems noch einmal zu überdenken und ein entsprechendes Konzept zu entwickeln« sei. Er bat um Vorschläge zu den Punkten:

»Organisation der Posteingangsstelle und deren kompetenzmäßige Abgrenzung gegenüber den Abteilungsregistraturen, Lauf des Schriftgutes und seine registraturmäßige Behandlung von der Posteingangsstelle zu den Registraturen und zur Leitung des Hauses, Archivierung des Schriftgutes nach der z.d.A.-Verfügung, Kontrolle von Schriftgut, das zur Mitzeichnung an andere Abteilungen weitergeleitet wird, Organisation und Einrichtung der Abteilungssekretariate und -registraturen sowie deren personelle Besetzung, personelle Kapazität des Botendienstes usw.«<sup>183</sup>

Die Abteilung Inneres vermisste ihrerseits in einer Anlagenkonzeption der Herstellerfirma Voko qualitative Analysen des Schriftgutumlaufes. Beachtet werden müsse bei der Konzeption von Anlagen:

<sup>181</sup> BArch B 136/9834. Vgl. oben, S. 81f., Anm. 13. Dieses Schreiben stellte auch für die Analyse von Aktenlift und Rohrpost den Startschuss dar.

<sup>182</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt zur Besprechung am 30.11.1971, 13.12.1971, BArch B 136/9834.

<sup>183</sup> AL I an Gruppenleiter I/1, Referenten I/1 Org. H und MBD, 7.2.1972, BArch B 136/9834.

»Feststellung der Kommunikationsstränge nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten (Menge *und* Bedeutung des zu befördernden Schriftgutes), differenzierende Feststellung der Bedeutung der einzelnen Kommunikationsstellen (Amtsleitung – Referent – Sacharbeiter – Hilfsdienste), Raumaufteilung und Zimmeranordnung im Hinblick auf die Transportwege, Personalbedarf unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und der Arbeitsmarktlage, technische Kriterien (Störanfälligkeit, Flexibilität, Handhabung – Handlichkeit!, bauliche Gesichtspunkte hinsichtlich der maschinellen Teile des Transportsystems).«<sup>184</sup>

Diese komplexe Aufgabenstellung bedeutete demnach, dass für eine noch nicht erprobte neue Organisationsform im Amt, die »integrierte Abteilungsstruktur«, der Aktentransport antizipiert und zugleich technisch unterstützt sinnvoll geplant werden sollte. Diese Bemühungen wurden jedoch kaum ein Jahr später, Anfang 1973, sang- und klanglos abgebrochen, und zwar mit einer grundsätzlichen Revision der künftigen Abteilungsstrukturen, die keine temporären Arbeitsgruppen mehr integrieren würden, und der Entscheidung gegen dezentrale Abteilungsregistraturen: Man würde die Registratur im Abteilungsbau im »Mittelteil des 1. und 2. OG zentral« zusammenfassen, wodurch die Aktenliftanalyse »entbehrlich« wurde.<sup>185</sup> Diese Festlegungen stellten eine Kehrtwende in der Planung des Neubaus dar, der nun als deutlich konventionellerer Verwaltungsbau gedacht wurde.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte schon zu einem früheren Zeitpunkt sicherheitsmäßige Einwände gegen den Transport von Verschlussachen mit Aktenliftanlagen erhoben. Daher kam das Rohrpostsystem wieder ins Spiel und die Frage, wie es aufgebaut sein müsste, um VS-Unterlagen sicher befördern zu können. Diese Schriftstücke durften einzig in die Hände des Empfängers gelangen. Im Kanzleramt fühlte man sich über geltende Bestimmungen zu Beginn nicht ausreichend informiert, da die vorliegende VS-Anweisung aus dem Jahr 1956 stammte und »der technischen Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr gerecht« wurde.<sup>186</sup> Der VS-sichere Transport im Rohrpostsystem wurde derweil von Verantwortlichen im Bundesamt für Verfassungsschutz an sichere Entnahmestationen, verschließbare Rohrpostbehälter und ein Leitsystem geknüpft, mit dem Mitarbeiter stets verfolgen können, wo im System sich ein Versandbehälter gerade befindet. Ein solches System hätte eigens entwickelt werden müssen, etwa durch die Firma Siemens, die dies für zusätzlich 272 000 Mark anbot. Verbunden mit den hohen Kosten, die allein für die speziellen Sicherheitsbehälter (900 Mark pro Stück) zum Versand von VS-Unterlagen anfallen sollten, führte die nun erarbeitete Informationslage zu der Entscheidung, auf diese Elemente an der Anlage zu verzichten.<sup>187</sup> Der finanzielle Aufwand bezogen auf das Ergebnis erschien zu hoch.

<sup>184</sup> Stellungnahme Referat I/1, Org. und MBD, zum Gutachten der Firma Voko und zum Schriftgutumlauf, 24.2.1972, BArch B 136/9834. [Hervorhebungen im Original].

<sup>185</sup> So die vereinfachende Darstellung in der hausinternen Drucksache »Neubau Bundeskanzleramt« [1976], S. 3, Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315, derzufolge der Aktenlift durch eine Rohrpostanlage »ersetzt« wurde.

<sup>186</sup> ChefBK an BAfV, 4.10.1971, BArch B 136/9834.

<sup>187</sup> Vgl. Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt an AL I, 31.5.1974, BArch B 136/9884.

Die schließlich von der Firma Airfix vermutlich zum angebotenen Preis von 367 000 Mark installierte Anlage,<sup>188</sup> welche zahlreiche Stationen im Kanzlerbau sowie Stationen in allen Kopfbauten des Abteilungsbau erhielt, transportierte daher im Amt Schriftstücke aller Art, jedoch keine Geheim- oder Verschlusssachen, für die weiterhin der Botendienst eingesetzt wurde. Was bisher so unmodern schien, also das persönliche Aus-tragen, offenbarte nach der qualitativen Analyse seine Vorzüge. Erst Ende 1973 hatte man Stellungnahmen des Botendienstes zur Menge und üblichen Praxis des täglich anfallenden VS-Versandes im Haus eingeholt. So erfuhr man von allen Ablaufdetails, von der Quit-tungspflicht bis zu den Rücklaufverfahren, wenn ein Adressat nicht angetroffen wurde.<sup>189</sup>

Die Grenzen des sinnvollen Technikeinsatzes und die Differenzierung zwischen Hoff-nungen und tatsächlichem Leistungsvermögen technischer Automatisierung schärfen sich also im Verlaufe der Recherchephase. Zu Beginn der Beschäftigung mit den techni-schen Hilfsmitteln erhoffte man sich raschen und ubiquitären Zugriff auf Akten und In-formationen. Träume und Vorstellungen aus Kiesingers Zeiten von ubiquitär zugänglichen Informationen dank technischer Unterstützung schienen hier noch einmal auf. Es stellte sich heraus, dass eine Rohrpost zwar den Weg des Schriftgutes beschleunigen konnte; das ersehnte intelligente, informationsverarbeitende Haus als Werkzeug der Bundesregierung musste sich jedoch auch weiterhin aufmerksamer pflichtbewusster Boten bedienen. Auch der mit vertraulichen Schriftstücken über Treppen und Flure eilende Bürobote hält die In-formationenverarbeitung am Laufen, in Kombination mit der Rohrpostanlage ein Parade-beispiel des kybernetischen Modells. Unfreiwillig offenbart diese Feststellung, dass die so faszinierend wirkenden Systemmodelle der Quickborner Berater und der Kybernetik auch nichttechnische, simple und wie im Fall des Botendienstes langjährig erprobte Verfahren lediglich in einer neuen Terminologie beschrieben haben.

## 2.6 Sicherheitseinrichtungen: Eine Architektur der Krise

Wohl der deutlichste Unterschied zu einem gewöhnlichen Verwaltungsbau ist die Siche-rung des Kanzleramts gegen Einblicke, Eindringlinge und Spionage. Der zwei Meter hohe Stahlstabzaun mit scharfen Spitzen (siehe Abb. 2), der den Schaumburgpark mit den drei Kanzleramtsbauten Palais, Bungalow und Neubau umschließt, ist eine deutlich sichtbare Schutzanlage. Im Jahr 1970 hatte die Arbeitsgruppe Neubau noch ganz andere Vorstel-lungen vom Erscheinungsbild des neuen Regierungszentrums gehabt. Das ideale Kanz-leramt sollte

»nicht abgeschirmt von alltäglichem Geschehen, von uniformierten Wächtern umstellt, nicht übertrieben aufwendig, sondern in Teilbereichen allgemein zugänglich sein, die verwendeten Baumaterialien sollen nicht den Eindruck von Abgeschlossenheit und Machtfülle hervorrufen (...).«<sup>190</sup>

<sup>188</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau, 26.7.1974, BArch B 136/9834.

<sup>189</sup> Vgl. Vermerk I/1, RID, 11.12.1973, BArch B 136/9834.

<sup>190</sup> Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970, S. 4.

Nicht weiter konkretisierte Wünsche nach einer Teilöffentlichkeit und -zugänglichkeit, wie sie noch im Ersten Planungsreport Anfang 1970 vorgestellt wurden, mussten offensichtlich fallengelassen werden; wie genau dieser Prozess von einer teilöffentlichen Anlage hin zu einer Regierungsfestung verlief, ist aus der eingesehenen Bauausführungsplanung nicht vollständig rekonstruierbar. Von einer Beschreibung der sicherheitsbezogenen Bauausstattung lassen sich demgegenüber Beweggründe und Vorstellungen ableiten, die für ihre Einrichtung leitend gewesen sein dürften.

Ein interner Bereich der Vertraulichkeit und Geheimhaltung ist Regierungsgeschäften zu allen Zeiten zu sichern gewesen. Gleichzeitig muss der inner circle hervorragend informiert sein und über Frühwarnsysteme verfügen.<sup>191</sup> Im Kanzleramtsneubau lassen sich die Zonen des politischen Arkanums bestimmten Räumen zuordnen.<sup>192</sup> Erkennbar sind sie an ihren Innenausbauten. Der gesamte Kanzler- und Kabinetttflügel war vom Verwaltungsbau aus nur berechtigten Personen mittels einer elektronischen Schlüsselkarte zugänglich. Für die Räume wurden Maßnahmen zum Schallschutz getroffen, die im Grundriss erkennbar sind. Damit etwa das in der Kleinen Lage, im Kabinett oder im Kanzlerbüro gesprochene Wort im Raum blieb, wurden die Wände zum Flurbereich massiv gemauert und sind deutlich stärker als die versetzbaren Wände im Verwaltungsbau (siehe Grundrisse Taf. 15 und 16, Mauern entlang der Achse B). Die starke Wandtiefe ermöglicht es, Doppeltüren einzufügen, ohne dass diese über die Flucht der Wand hinausragen, sie sind nur dann sichtbar, wenn eine Tür geöffnet ist.<sup>193</sup> Die Räume können als abhörgeschützt, nicht jedoch als abhörsicher eingestuft werden,<sup>194</sup> auch wenn die Fensterfront zum Park hin mit Isolierverglasung ausgestattet wurde.<sup>195</sup>

Damit das vertrauliche Wort auch in schriftlicher Form geheim blieb, wurde wie bereits geschildert die hausinterne Rohrpost für den Transport vertraulicher Dokumente gesperrt. Die Fernschreibzentrale im Erdgeschoss des Abteilungsbau, die Geheimregistratur im ersten Obergeschoss und das Geheimarchiv im Keller erhielten als bauliche Sicherungsmaßnahmen »Umfassungswände aus Stahlbeton- und Stahlfachwerk, mit eingeschweißter Baustahlarmerung und beidseitigem Betonputz«, Archivtüren sowie Fenster aus nicht durchschlagbarem »Isolarglas«, also eine Panzerverglasung. Die verstärkten Türen sahen zur Tarnung von außen wie Normal- oder Holztüren aus. In den Wänden wurden Körperschallmelder unter Putz gelegt und mit der Alarmanlage gekoppelt.<sup>196</sup> Alle be-

<sup>191</sup> Vgl. K.-R. KORTE, Organisationsanalyse, 2010.

<sup>192</sup> Vgl. Ch. LANKES, Politische Kommunikation, 1995, hier bes. S. 55f., zum Arkanverhalten und zur Arkankommunikation im politischen Raum, die in ihrer Geheimhaltung innerhalb engster Zirkel dem Prinzip des Öffentlichen genau entgegengesetzt sind.

<sup>193</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau BKA, 22.8.1974, betr. Anordnung von Doppeltüren: Die Arbeitszimmer von Kanzleramtschef und Parlamentarischem Staatssekretär sowie eines dritten Raumes (Nr. 2100), seien entsprechend auszustatten, im Abteilungsbau lediglich die Besprechungsräume. Beim Kanzlerarbeitszimmer entfällt diese Notwendigkeit aufgrund der Vorzimmer.

<sup>194</sup> Vgl. Abteilung I/1 an Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 20.2.1976, BArch B 136/9834.

<sup>195</sup> Vgl. ChefBK an Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, betr. Informationsraum, 9.8.1974, BArch B 136/9837.

<sup>196</sup> Alle Angaben vgl. Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, Protokoll zur Besprechung am 8.10.1973, BArch B 136/9884.

schriebenen Sicherungsmaßnahmen haben gemeinsam, dass sie auf den ersten Blick kaum wahrnehmbar waren. Trotz Verpanzerung und Sicherheitsvorkehrungen wurde Alltäglichkeit und Normalität vorgeblendet.

Nicht nur der Verfassungsschutz war bei Besprechungen über diese Sicherungsmaßnahmen anwesend, sondern es wurden auch Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes im Haus untergebracht, jedoch nicht Tür an Tür mit der Verwaltung auf einer gewöhnlichen Büroetage, wo man im Arbeitsalltag von der Anwesenheit des Nachrichtendienstes kaum etwas bemerkt haben dürfte. Aus einem Hinweis in der Bauausführungsplanung geht hervor, dass der BND im Dachaufbau des Kanzlerflügels einziehen sollte. Einer der quadratischen Kästen, in denen sich Aufbauten der Aufzugsanlagen jeweils oberhalb der Erschließungskerne befinden, bot Platz für diskrete Büroräume (siehe Abb. 43).<sup>197</sup>

Über die Sicherung von Vertraulichkeit hinaus wurden bauliche Abwehrmechanismen gegen offensichtlich befürchtete Attentate und Spionage geschaffen. Wenn man sich die Wünsche von 1970 in Erinnerung ruft, der Bau solle »nicht abgeschirmt von alltäglichem Geschehen, von uniformierten Wächtern umstellt« wirken und nicht »Abgeschlossenheit« vermitteln, so entsteht beim Gebauten ein Widerspruch zu zeitgenössischen Vorstellungen von demokratischer Öffentlichkeit. Den Hintergrund solcher Forderungen nach Öffentlichkeit und Zugänglichkeit der Machtzentren der deutschen Demokratie bildet wohl die 1962 erschienene Studie, in der Jürgen Habermas die Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit seit den 1750er Jahren in Abhängigkeit von einer Sphäre des Privaten in der mehr und mehr bürgerlich geprägten Gesellschaft beschrieb.<sup>198</sup> Er wertete sowohl staatsrechtliche als auch literarische Quellen aus und kam zu der Schlussfolgerung, dass die Existenz einer öffentlichen Sphäre entscheidende Voraussetzung für die Persistenz einer Demokratie ist. Bereiche fehlender »Öffentlichkeit« erscheinen, sofern man Habermas' soziologische Begrifflichkeiten glatt auf architektonische Bildlichkeit überträgt, insofern verdächtig. Denn ihnen kann eine Demokratie unterlaufende, zumindest aber keine demokratiefördernde Wirkung überzeugend zugeschrieben werden. Im allgemeinen Diskurs um staatliches Bauen wurde der Habermas'sche Öffentlichkeitsbegriff, der aus der Analyse der bürgerlich geprägten Gesellschaftsstruktur hervorging, mit einem Verständnis von »öffentlich« als zugänglich und einsehbar für Jedermann gleichgesetzt. Dies ist kennzeichnend für den Diskurs um staatliches Bauen und wird hier daher bewusst nachvollzogen. Der vollständig abgegrenzte und von aufwändigen Sicherheitsanlagen kontrollierte Kanzleramt-komplex wurde insofern an die gesellschaftlichen Forderungen nach Öffentlichkeit angepasst, als dass die Techniken zur Abschottung und Sicherung des politischen Arkansums sowie des physischen Schutzes der Amtsspitze möglichst unauffällig, teilweise sogar unsichtbar eingerichtet wurden.

Doch nicht allein die Überwachung und Kontrolle des Zutritts kennzeichnet den Kanzleramtsneubau als Architektur der Krise. Die Regierung sollte Problemsituationen aktiv

<sup>197</sup> Bundesbaudirektion an ChefBK, 2.3.1976, betr. Bauausführung – Aluminiumverkleidung des Dachaufbaues auf dem Kanzlertrakt; Antwortschreiben Bundeskanzleramt an BBD, 11.3.1976, beide BArch B 136/9839.

<sup>198</sup> J. HABERMAS, Strukturwandel, 1990.



und steuernd begegnen können, anstatt ihnen hilflos ausgeliefert zu sein. Dazu wurde das an früherer Stelle bereits erwähnte Lagezentrum der Bundesregierung im Neubau eingerichtet, gelegen im ersten Obergeschoss des Kanzlerflügels und zur Adenauerallee hin ausgerichtet.<sup>199</sup> Anders als die kurzfristig zu lösende Unterbringung von BND-Mitarbeitern war das Lagezentrum von Beginn der Planungen an Gegenstand der Überlegungen der Arbeitsgruppe Neubau.<sup>200</sup> Kanzleramtschef Ehmke hatte das fehlende Lagezentrum mit zum Argument für die Notwendigkeit des Neubaus aufgewertet. Dass eine solche Einrichtung geschaffen würde, war somit kein Geheimnis, sondern wurde sogar öffentlich verkündet. Die Regierung im Neubau würde auch und gerade unter Druck schlagkräftig sein und schnell reagieren können. Lediglich die technische Ausstattung wurde geheim gehalten.

Die Einrichtung hatte keinerlei Führungs- und Entscheidungskompetenz im Sinne eines zusätzlichen Gremiums oder Beraterstabes; »Bewertung der Lage im Hinblick auf zu treffende politische Entscheidungen oder Maßnahmen« war explizit nicht Teil der Darstellung der aktuellen politischen Situation.<sup>201</sup> »Hauptaufgaben des Lagezentrums sind die Unterrichtung des Bundeskanzlers und des Kabinetts über die Entwicklung der Lage in Krisensituationen und die Erstellung von Lageberichten in Zusammenarbeit mit den beteiligten Stellen.«<sup>202</sup> Entscheidungen fällte die Bundesregierung, und die dazu herangezogenen Informationen verblieben in einem inner circle. Damit die »Zusammenstellung und Auswertung der eingehenden Meldungen und Informationen im Lagezentrum« erfolgen konnte, hielt man es für geboten, dass diese Räumlichkeiten »in den Zusammenhang der Lageeinrichtung eingeordnet« würden.<sup>203</sup> Die hier zitierte Forderung aus dem frühen Planungsstadium gegenüber dem Quickborner Team verdeutlicht dessen bereits bekannte Denkweise: Die schnelle Informationsverarbeitung und ihre räumliche Bündelung in der Kabinettzone sollten direkte reibungslose Kommunikation ermöglichen und Abläufe beschleunigen. Das Quickborner Team interessierte sich vermutlich ganz besonders für das Lagezentrum, an dessen Raum- und Funktions-

---

<sup>199</sup> Das alte Kanzleramt im Palais Schaumburg verfügte im Keller von Haus II über eine provisorische Lageeinrichtung und einen Gutteil der technischen Ausstattung, konnte diese jedoch wegen Platzmangel nicht vollständig aufstellen. Der Einbau einer ausfallsicheren Fernmeldezentrale war im Palais Schaumburg technisch unmöglich. Vgl. Vermerk Referat I/5, 8.9.1970, BArch B 136/9885.

<sup>200</sup> Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung von Kanzleramtschef Ehmke erarbeitete die Detailkonzeption für ein Lagezentrum, um diese Informationen der Arbeitsgruppe Neubau zur Verfügung stellen zu können. Vgl. Besprechungsvermerk ChefBK an AA, BMI, BMV, PBA, BND betr. Besprechung am 18.10.1971 über ein Lagezentrum des BKA, 21.10.1971, BArch B 136/9885. – Erfahrungen aus anderen Bonner Lagezentren, etwa dem ständig betriebenen Lagezentrum des Bundesinnenministeriums (245 Quadratmeter Fläche), des Bundesverteidigungsministeriums (120 Quadratmeter) im zugehörigen Bereitschaftszentrum und des Auswärtigen Amtes (68 Quadratmeter), konnten in die Planungen mit einbezogen werden.

<sup>201</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt an Herrn Minister, 10.7.1970, betr. Einrichtung eines Lagezentrums, BArch B 136/9885.

<sup>202</sup> Referat I/2 an ChefBK über AL I, betr. Lagezentrum Neubau Bundeskanzleramt, 17.3.1975, BArch B 136/9885.

<sup>203</sup> Referat I/1 an »Quickborner Team« über AL I, 3.7.1970, betr. Raumbedarf für ein Lagezentrum im Neubau Bundeskanzleramt, BArch B 136/9885.

planung es beteiligt war, weil es ein Konzentrat der organisatorischen Anforderungen an den Neubau darstellte.

Der knapp 400 Quadratmeter große Bereich wurde im Bedarfsfall auf Anweisung des Kanzleramtschefs personell aktiviert. Das Herzstück bildete ein fensterloser Konferenzraum für die Lagedarstellung. Drumherum lagen entlang der Fassaden Büros für den Leiter des Lagezentrums und dessen Sekretariat, Büros für die militärische, innenpolitische und außenpolitische Auswertung, Technik und Regie, Posteingangs- und Vervielfältigungsstelle, Räume für Zeichner, eine Dunkelkammer zur Filmentwicklung, ein Kartenraum sowie fünf weitere Verfügungsräume. Weitere Ausstattungsmerkmale waren eigene Fernmeldeverbindungen, Fernschreiber und kartografische Einrichtungen.<sup>204</sup> Der im Zentrum gelegene Raum zur Lagedarstellung verfügte über eine Projektionswand, Fernsehgeräte, eine Fernsehkamera für Live-Übertragungen und Videotechnik. Ein Monitor-Raum im direkt angrenzenden Kabinettbereich mit zahlreichen Fernseh-Bildschirmen konnte als Erweiterung dem räumlich beengten Lagezentrum hinzugeschlagen werden, etwa zur Auswertung von Fernsehkanälen. Er stand aber auch unabhängig von einem aktivierten Lagezentrum zur Verfügung. Gegenüber der Monitorwand ließ sich eine flexible Trennwand öffnen, sodass er bei Bedarf vergrößert werden konnte. Dank der Trennwand war die zweite Raumhälfte im Alltag als Besprechungsraum nutzbar. Die Telefonzellen im Flurbereich, die ebenso im Normalfall frei zugänglich waren, erhalten im Zusammenspiel mit einer aktivierten Lageeinrichtung eine erhöhte Bedeutung. Die räumliche Nähe von Lagezentrum und Kabinettträumlichkeiten erlaubte multifunktionale Nutzungen und machte aus dem ersten Obergeschoss des Kanzlerflügels im Krisenfall ein kompaktes Operationszentrum der Bundesregierung.

Dieser praktische Aspekt ging später auch in das Raumprogramm des Berliner Bundeskanzleramtes ein. In Bonn diente er zudem als Argument, das Lagezentrum oberirdisch und nicht luftschutz- und abhörsicher im Kellerbereich unterzubringen. Zu den benötigten Flächen und ihrer sinnvollen Lokalisierung im Baukörper hatten 1970 noch zwei verschiedene Auffassungen miteinander konkurriert: Vertreten wurde die Position, das Lagezentrum sei auf 600 Quadratmetern im Keller anzusiedeln, während die Arbeitsgruppe Neubau schon damals die Nähe zum Kabinettbereich favorisierte und Luftschutzmaßnahmen nicht für erforderlich hielt,

»(...) da sie davon ausgeht, daß das Lagezentrum als Instrument der politischen Krisenbewältigung seine Aufgabe im Kanzleramt nur bis zum Eintritt des Verteidigungsfalls erfüllen kann und daß danach das für den Bundeskanzler in der Befehlsstelle eingerichtete Lagezentrum in Funktion treten müsse«. <sup>205</sup>

Man entschied sich schließlich für die zentrale Erreichbarkeit und gegen Luftschuttsicherheit, was darauf hindeutet, dass der effizienten Kommunikation der Primat eingeräumt wurde.

<sup>204</sup> Vgl. Referat I/2 an ChefBK über AL I, 17.3.1975, betr. Lagezentrum Neubau Bundeskanzleramt, BArch B 136/9885.

<sup>205</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt an Herrn Minister, 10.7.1970, BArch B 136/9885.

Für den militärischen Ernstfall musste der Neubau nicht luftschutzmäßig ausgebaut werden, da 30 Kilometer südlich von Bonn ein Bunker als Ausweichsitz für die Verfassungsorgane des Bundes seiner Fertigstellung entgegenseh. <sup>206</sup> Jedoch wurde im ersten Untergeschoss des Kanzlerflügels ein 83 Quadratmeter großer abhörsicherer Besprechungsraum für etwa 25 bis 30 Personen eingerichtet, der laut einem Tageszeitungsbericht in einem Kupferkäfig aufgehängt war. <sup>207</sup> Vom Lagezentrum und Kabinettbereich im ersten Obergeschoss war man zwar räumlich entfernt, doch nur im Keller war Abhörsicherheit technisch herstellbar. Auf ein Notstromaggregat, das im Amt den Betrieb bis zu 14 Tage lang autonom ermöglicht hätte, <sup>208</sup> wurde ebenso wenig verzichtet wie auf Duschräumlichkeiten, die direkt im Lagezentrum zur Verfügung standen.

Welcher Art von Krisen glaubte man mit einem so ausgestatteten Lagezentrum begegnen können? Die kleine Zelle des Lagezentrums war derjenige Ort, an dem Handlungsfähigkeit so lange wie möglich sichergestellt werden sollte. Es diente dem Erhalt der politischen Sicherheit und Stabilität, also zur Neutralisierung oder Überwindung von »Störungen« des üblichen politischen Geschäftes. Die Sicherstellung der elementaren Körperpflege scheint darauf zu verweisen, dass vor allem der Eindruck von Normalität und Beherrschbarkeit der Situation aufrechterhalten werden sollte. Denn welche Bedeutungen haben Duschen für Amtsbedienstete und Minister im 24-Stunden-Einsatz im Falle eines drohenden Atomschlages? Weniger der Nutzen im Ernstfall, sondern vielmehr die beruhigende Vorstellung, dass für den Fall der Konfrontation mit dem Ernstfall alles gedacht ist, scheint hier eine Rolle zu spielen.

Die Spannung zwischen Alltäglichkeit, angenommenem politischen Ernstfall und dem an der Ausstattung des Lagezentrums wie des ganzen Hauses spürbaren Detailperfektionismus ist auffällig. Er ist in der Kleinteiligkeit der vorliegenden Untersuchung gespiegelt. Der Detailismus gründierte das angestrebte soziotechnische System ebenso wie die ursprünglich vorgesehene Regierungstechnik der politischen Planung. Seine psychologische Komponente soll hier zumindest angedeutet werden. Zwanghaftigkeit und Kontrollfanta-

---

<sup>206</sup> Für den Regierungsbunker im Ahrtal wurden zwischen 1959 und 1972 unter strengster Geheimhaltung 17 Kilometer Tunnelstollen in einen Weinberg getrieben. Er stellte nur einen »Baustein einer komplexen Notstandsplanung« der Bundesrepublik dar. Siehe dazu J. DIESTER, Regierungsbunker, 2008, S. 6. Im Kriegs- oder Krisenfall mit Atomschlag hätte der Bunker allen Verfassungsorganen des Bundes als Ausweichsitz zur Verfügung stehen sollen, vgl. ebd., S. 7. Während der Planungen für das Kanzleramt war das Wissen um die Existenz eines im Bau befindlichen Atombunkers bereits durchgesickert, spätestens seit der mehrtägigen Großübung FALLEX 66 zur Erprobung der noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetze im ersten fertiggestellten Bauabschnitt im Jahr 1966, an der Regierungsmitglieder und Abgeordnete sowie Militärs teilgenommen haben, vgl. ebd., S. 179ff. Schließlich lüftete der »Spiegel« das Staatsgeheimnis, indem er über einen Korruptionsvorfall im Zusammenhang mit den Bauarbeiten berichtete: Masche in Blau, in: Der Spiegel, Nr. 37, 9.9.1968, S. 73, vgl. J. DIESTER, Regierungsbunker, 2008, S. 207. Details über die technische Ausstattung des Bunkers waren jedoch nur wenigen bekannt, was die kurzzeitigen Diskussionen um die Notwendigkeit von Luftschuttsicherheit des Kanzleramtneubaus und die Frage nach der Verbesserung des Grundschatzes nachvollziehbar macht.

<sup>207</sup> Vgl. Fernsehagen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: General-Anzeiger, 7.4.1976. Dies ist wohl korrekt, da auf Bestandsplänen ein doppelwandiger Raum erkennbar ist.

<sup>208</sup> Vgl. ebd.

sien solch einer Planung spiegeln kollektive Ängste angesichts einer unsicheren Zukunft wieder.<sup>209</sup> Die Totalität der Planung wird an den baulichen Details sichtbar und erscheint als angstreduzierender Haltepunkt. Sinnvolle und funktionale Einrichtungen schlagen an einzelnen Stellen in ein Phantasma von Störungsfreiheit und Kontrolle um. Die Planer überzeugten vor allem sich selbst davon, sie seien dank infrastruktureller Einrichtungen wirklich *in der Lage*, in Krisenfällen handlungsfähig zu sein und *die Lage* kontrollieren zu können. Sämtliche in diesem Kapitel verhandelten technischen Einrichtungen, nicht nur die Sicherungsanlagen, tragen diesen psychologisch ebenso ausdeutbaren wie wirksamen Aspekt in sich. Möglichst unsichtbar angelegte Sicherungsmaßnahmen gewinnen in diesem Zusammenhang eine zweite Bedeutungsschicht.

Die zugleich für die Sicherung des Palais Schaumburg und des Kanzlerbungalow zuständige Schutztruppe des Bundesgrenzschutzes kam mit ihrer Einsatzzentrale, Überwachungsräumen, Waffenkammer, Aufenthalts- und Schlafräumen sowie sanitären Anlagen in einem schmalen Gebäuderiegel unter, der im Geländeversprung zur Adenauerallee geschickt versteckt liegt (Grundriss Taf. 14, Achse 0–1; siehe Abb. 38). Er ordnet sich der Parkgestaltung fast unsichtbar ein – nur die eingeschossige Fensterreihe unterhalb des begrünten Flachdaches ist vom Neubau aus sichtbar. Dass es sich um einen Teilflügel des Gesamtkomplexes handelt, ist von außen nicht erkennbar, denn der BGS-Flügel ist unsichtbar auf Ebene des ersten und zweiten Untergeschosses mit dem Kanzlerflügel verbunden (siehe Grundriss Taf. 13). Von der Adenauerallee ist nichts zu sehen, denn die Gebäudehöhe entspricht dem Straßenniveau und präsentiert ein begrüntes Dach als Teil der Parkgestaltung. Zusätzlich befindet sich an seiner Südecke die Hausmeisterwohnung mit oberirdischem Zugang. Damit war eine zivile Legitimation des Bauteils gegeben, wenn man den Hausmeister ein- und ausgehen sah.

Der Bundesgrenzschutz bildete zusammen mit einer Sicherungsgruppe eine bis zu 60 Personen starke Mannschaft, die rund um die Uhr im Hause war und den Zutritt zum Gelände kontrollierte. Bauliche Hinweise auf ihre Anwesenheit gaben lediglich die umlaufende Zaunanlage mit dahinterliegendem Weg für Patrouillienfahrten sowie der Wachpavillon an der Zufahrt. Hinter dem Haupteingang des Verwaltungsgebäudes lag die sogenannte Leitwarte. Hier hatten Grenzschrützer die schwenkbaren Überwachungskameras im Blick, die das Gelände und angrenzende Straßen und Grundstücke erfassten (Abb. 82). Diese Überwachung wurde von den Fassadenumgängen verkompliziert, da sie viele uneinsehbare Winkel bilden.<sup>210</sup>

Möglicherweise fiel die ursprünglich geplante Begrünung des Flachdaches mit Hecken und Sträuchern der sicherheitsmäßigen besseren Übersichtlichkeit dieser Flächen zum Opfer.<sup>211</sup> Auch im Gebäudeinneren verfolgten Kameras einem Zeitungsbericht zufolge

<sup>209</sup> Für diese Beobachtung danke ich Simone Bader, Berlin.

<sup>210</sup> Vgl. Vermerk Planungsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 23.7.1971, BArch B 136/9835.

<sup>211</sup> Die offizielle Darstellung nennt jedoch Sparmaßnahmen als Begründung, auf die Bepflanzung für 160 000 Mark zu verzichten. Vgl. Fernsehagen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: General-Anzeiger, 7.4.1976.



Abb. 82 Überwachungskamera auf dem Dach. Aufnahme 28.4.1977.

Personen, die sich »der Kanzler-Suite« näherten.<sup>212</sup> Ein BGS-Beamter war durchgängig an einem Schreibtisch mit Telefon vor dem Kanzlerbüro postiert. In der Leitwarte registrierte man auch die Aktivierung der »Schlüsselkarte, die den jeweiligen dienstlichen Erfordernissen entsprechend codiert ist. Unter anderem können damit die von den Parkdecks im Untergeschoß zu den Aufzügen im Abteilungsbau und Kanzlerbau führenden Türen, die mit Ausweislesegerät ausgestattet sind, geöffnet werden.«<sup>213</sup> Die Zufahrt zur Tiefgarage für 350 Wagen war gleich rechts vom Pfortnerhäuschen über eine lange Rampe erreichbar. Wagen konnten im Tiefgeschoss bestiegen werden und fuhren ihre Insassen ungesehen vom Gelände, was neben dem sichtbaren protokollarischen Empfang einen inoffiziellen, diskreten oder risikoärmeren Zugang ermöglichte.

Hinsichtlich des Wachschutzes unterscheidet sich das Kanzleramt nicht von anderen Verfassungsorganen des Bundes, die ebenfalls durch BGS-Einheiten gesichert werden. An dieser Stelle wird ihre Existenz betont, da sie einen informellen, nicht angemeldeten Zutritt zum Gebäude verhindern.<sup>214</sup> Dass die Öffentlichkeit keine genauen Informatio-

<sup>212</sup> Vgl. Fernsehagen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: General-Anzeiger, 7.4.1976.

<sup>213</sup> Vgl. Das Bundeskanzleramt. Informationsschrift für Amtsangehörige, hrsg. vom Chef des Bundeskanzleramtes. Redaktion: Referat für den Inneren Dienst. Bonn, im Dezember 1985, unpag, BBR Bonn, Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«.

<sup>214</sup> Dies gehört bis heute zu den Kernaufgaben der Bundespolizei. Der 1951 gegründete Bundesgrenzschutz wird seit dem Jahr 2005 als Bundespolizei bezeichnet und ist direkt dem Bundesinnenministerium unterstellt.



Abb. 83 Wachposten auf dem Dach des Bundeskanzleramtes während der Bauphase. Im Foto ist seine Plattform eingekringelt. Aufnahme Oktober 1975.

nen über Ort und Anlage der Einsatzzentrale des BGS im Kanzleramt erhielt, sollte möglicherweise die Sicherheit erhöhen, passt jedoch genauso zu dem Bestreben, den Eindruck einer Festung zu vermeiden.

Diskretion, Unsichtbarkeit und Geheimhaltung könnten befördert haben, dass Spekulationen über Schutzeinrichtungen im Kanzleramt sich jahrzehntelang hielten. Verbreitet waren und sind bis heute insbesondere Atombunkerfantasien.<sup>215</sup> Im Neubau befinden sich jedoch lediglich, verteilt über die gesamte Gebäudeausdehnung jeweils an den Außenwänden des ersten Untergeschosses, zehn sogenannte Schutzräume für jeweils 50 Personen. Sie sind unterteilt in zwei Kammern, verfügen über sanitäre Anlagen sowie Luftfilteranlagen, doch atomsicher waren sie nicht. Die Aktenüberlieferung dokumentiert Diskussionen aus der frühen Planungsphase, im Zuge des Neubauprojektes sei der zivile Grundschutz zu verbessern,<sup>216</sup> was aber nicht geschah, schon weil dies vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben war.<sup>217</sup>

Damit sicherheitsrelevante Details etwa zu Konstruktion und technischen Anlagen des dem »Geheimschutz« unterliegenden Kanzleramtneubaus nicht bekannt würden – und von Spionageversuchen ging man aus –, unterlag insbesondere die Baustelle strengen Sicherheitsbestimmungen. Zugang und Einblick verwehrte der grüne hölzerne Bauzaun, der gegen Überkletterung mit Stacheldrahtrollen bekrönt war (siehe Taf. 2, Abb. 4 und 83).

<sup>215</sup> Sogar das Georg Dehio Handbuch der Kunstdenkmäler in der Auflage von 2005 spricht von »zwei teilweise atombombensicheren Untergeschossen«. C. EUSKIRCHEN u. a., *Nordrhein-Westfalen I – Rheinland*, 2005, S. 169. Die Behauptung von der Atombombensicherheit zuerst bei A. DENK/I. FLAGGE, *Architekturführer Bonn*, 1997, S. 86, ebenso kolportiert bei H. WEFING, *Kulisse*, 2001, S. 26, und DERS., *Heimatlosigkeit*, 2006, S. 197.

<sup>216</sup> Siehe hierzu Referat I/5 (Stolzhäuser) an BM, 8.9.1970; sowie Referat I/5 (Stolzhäuser) an AL I und AL II, 3.8.1971, betr. Planung eines Lagezentrums im Neubau des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/9885.

<sup>217</sup> Vgl. Referat I/5 (Stolzhäuser) an AL I und AL II, 3.8.1971, betr. Planung eines Lagezentrums im Neubau des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/9885.



Abb. 84 Wachposten auf dem Dach des Bundeskanzleramtes.

Für »gegnerische Geheimdienste besonders anziehend« sei die Ausbauphase gewesen, als Heizungen, sanitäre Anlagen und sodann Decken-, Fußboden- und Fliesenarbeiten stattfanden.<sup>218</sup> Zur Abwehr von Verwanzung und Auskundschaftung durfte das Gelände nur noch mit »Sonderausweisen« betreten werden. Alle 150 Arbeiter, die im Januar 1975 dort beschäftigt waren, wurden hinsichtlich ihrer »Vergangenheit« überprüft, so der »General-Anzeiger«, ganz besonders »DDR-Flüchtlinge«, aber auch Arbeiter aus Holland oder Österreich. Wer diese Überprüfung bestand, erhielt ab Anfang 1975 neue, mit Passfoto versehene Zugangspapiere zur Baustelle.<sup>219</sup> Im Oktober 1975 wurde in der »Welt« die Fotografie eines Wachpostens auf dem Dach des Neubaus abgedruckt (Abb. 83 und 84). Der Posten stehe dort oben in einem Holzverschlag, »mit Feldstecher ausgerüstet«, und Sorge dafür, dass »niemand des Kanzlers neue Diensträume ausspionieren kann«.<sup>220</sup> Die abstrakte Existenz eines Gegners wird in der Fotografie durch den Feldstecher des Wachpostens konkretisiert. Kameraaugen von zahlreichen Videokameras, die später den Wachposten ersetzten, perpetuierten diese Konkretion einer Bedrohung, welche durch Überwachung kontrollierbar gemacht werden musste.

An dem Umgang mit Fotografien des Bundeskanzleramtes während der Bauzeit verdeutlicht sich geradezu plakativ die Spannung zwischen Sicherheitsbestreben, dem daher-

<sup>218</sup> Vgl. Stacheldraht schirmt Kanzleramtsneubau ab, in: General-Anzeiger, 29.1.1975.

<sup>219</sup> Vgl. ebd.

<sup>220</sup> Stallwache auf dem Kanzlerdach, in: Die Welt, 3.10.1975.

rührenden Wunsch nach Diskretion und dem Öffentlichkeitsgebot einer Demokratie. Auf der Baustelle durfte nur mit Erlaubnis des Bundeskanzleramtes fotografiert werden.<sup>221</sup> Es wurde festgelegt, dass alle Aufnahmen, die beispielsweise zur Dokumentation und zum Nachweis von Baumängeln von ausführenden Baufirmen, Architekten oder der Bundesbaudirektion benötigt wurden, grundsätzlich durch die Bundesbildstelle anzufertigen seien.<sup>222</sup> Die Negative verblieben auf diese Weise im Besitz der Bundesbildstelle, und Abzüge wurden nach Prüfung und Genehmigung durch das Bundeskanzleramt ausgehändigt.<sup>223</sup> Ende 1974 gingen bei der Bundesbildstelle von den beteiligten Baufirmen mehr Bildanfragen ein, als zu bewältigen waren.<sup>224</sup> Im Oktober 1975 häuften sich Bildanfragen auch in der Pressestelle, sodass das Verfahren geändert wurde, um dem Bedürfnis nach Öffentlichkeit nachzukommen. Bestimmte Fotos konnten nun durch Pressefotografen selbst gemacht werden. Dazu musste vorher eine Genehmigung erteilt werden, und der Fotograf wurde durch eine Sicherheitsperson begleitet. Diese sollte problematische Aufnahmen an Ort und Stelle verhindern.<sup>225</sup>

Tatsächlich wurden bestimmte Aufnahmen nicht freigegeben – mit der Prüfung war der Bundesnachrichtendienst betraut. Sperrvermerke, die auf den Kontaktbögen der entsprechenden Filme handschriftlich angebracht wurden, machen diese Filme bis heute kenntlich. Gesperrt wurden beispielsweise Aufnahmen, auf denen Tiefbauarbeiten für das BGS-Gebäude erkennbar sind, eine Ansicht der Zufahrt zur Tiefgarage oder das Kanzlerarbeitszimmer im Rohbau.<sup>226</sup>

Kurz vor Fertigstellung des Neubaus genehmigte man dem freien Fotografen Robert Latzel, Bilder der Innenausbauarbeiten zu machen. So entstand eine Fotografie, auf der Handwerker auf einem Leitergerüst stehen und mit Deckeninstallationsarbeiten beschäftigt sind (Abb. 85). Diese Aufnahme unterscheidet sich deutlich von der Mehrzahl der Fotografien im Bestand der Bundesbildstelle, welche einzig die Qualität der Bauausführung dokumentieren. Arbeiter stehen oder gehen dort nur zufällig im Bild. Das Foto von Latzel hingegen berichtet reportageartig von der Baustelle, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der lokalen Presse. Es wäre hier zum Beispiel eine Bildunterschrift denkbar wie: »Letzte Handgriffe an den Kanzlerbüros«. Ein nachgerade für die Kamera inszenierter Eindruck entsteht, weil die Arbeiter auf der Arbeitsbühne ausgerechnet das letzte Element der Deckenverkleidung in der Mitte des Raumes einsetzen. Dieses Bild vermittelt den Eindruck, das neue Kanzleramt sei ein ganz gewöhnlicher Bürobau, und es offenbart keine sensib-

<sup>221</sup> Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion, 21.11.1974, betr. Fotografien auf der Baustelle, BArch B 136/9876.

<sup>222</sup> Vgl. ebd.

<sup>223</sup> Vgl. ebd.

<sup>224</sup> Vermerk Bundesbildstelle, 18.12.1974, betr. Fotoaufnahmen der Kanzleramtsbaustelle, BArch B 136/9876.

<sup>225</sup> Aufgrund der damit verbundenen Sicherheitsrisiken plädierte das Kanzleramt dafür, dass grundsätzlich weiterhin die Bundesbildstelle Fotos für die Presse zu Verfügung stellt. Vgl. Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt an ChefBK über AL I, 1.10.1975, betr. Fotografieren auf der Baustelle, BArch B 136/9876.

<sup>226</sup> Vgl. die Filme BArch B 145 Bild, 44602 (Kanzlerarbeitszimmer und BGS-Unterkunft) und 44603 (Tiefgarage).





Abb. 85 Robert Latzel: Letzte Handgriffe bei den Innenausbauten. Aufnahme 1976.

len Informationen. Es wurde daher vom Kanzleramt nicht nur zur Veröffentlichung freigegeben, wie ein Stempel auf der Rückseite belegt, sondern es dürfte ganz im Sinne der Verantwortlichen gewesen sein. Denn das Reportagefoto von der Fertigstellung eines gewöhnlichen Bürobaus konterkariert die strengen Sicherheitsvorkehrungen, die während der Bautätigkeit eine so große Rolle gespielt hatten. Genau hierin spielt der Bürobau als Kanzleramt seine Trumpfkarte aus: Die Unauffälligkeit und Arglosigkeit des Bürohauses lenkt von der sicherheitsmäßigen Aufrüstung der Anlage ab und verschleiert die angstgetriebene Verpanzerung der westdeutschen Demokratie. Dieser Aspekt ist bei deutschlandpolitischen Deutungen der Repräsentationsform bisher zu kurz gekommen. Die nüchternsachliche Atmosphäre des Bürohauses und seine undramatische Unauffälligkeit entziehen den Bau der allgemeinen Aufmerksamkeit. Er setzt einer politischen Bedrohungslage Unaufgeregtheit entgegen, was beruhigend und selbstsicher wirkt. Der Öffentlichkeitsanspruch an Orte der Demokratie wird nicht erfüllt. Jedoch macht der Bau diejenigen Mechanismen, welche Öffentlichkeit beschränken, soweit wie möglich unsichtbar. Die von Niklas Maak beschriebene »Ästhetik des Verschwindens«, also die Unsichtbarkeit des politischen Ortes im visuellen Bewusstseins, ist eine Folge dieser Situation.<sup>227</sup> Offenkundig wird, dass diese Ästhetik nicht nur aus der Rolle der Bundesrepublik als NS-Nachfolgestaat und aus der prekären Situation Bonns als Hauptstadt erwachsen ist, sondern auch

<sup>227</sup> N. MAAK, *Weggeduckte Demokratie*, 2005.

aus dem Wunsch nach einer Veralltäglichen des politischen Betriebes in der völlig unalltäglichen Situation des Kalten Krieges. Die politische Konfliktlage beförderte die Einrichtung von technischen Anlagen, welche eine Fiktion von schneller Reaktionsfähigkeit und Kontrollmöglichkeit der Politik bekräftigen und die auslösenden Ängste mindern sollten.

### 2.7 *Synthese: Form und Inhalt*

Die internationale Nachkriegsmoderne bildet den architekturhistorischen Bezugsrahmen für die Regierungszentrale Bonn. Sie ist in die Tradition des Bautypus Büro- und Verwaltungsbau einzuordnen. Der Fassadenaufriß ist an Vorbilder des US-Architekturbüros SOM und insbesondere an Walter Brunes Fassade der Karstadt-Verwaltungszentrale in Essen angelehnt. Zu zeitgenössischen Bürogebäuden, etwa der Hamburger City Nord, besteht ein Bezug aufgrund ihrer ebenfalls nach organisationskybernetischen Prinzipien entworfenen Bürogrundrisse. Zeitgenössischen Stadt- und Rathauskomplexen ist der Regierungskomplex als Bauaufgabe zwar funktional am nächsten verwandt, und auch bei ihnen spielten die flexiblen Grundrisse eine wichtige Rolle. Doch der Regierungszentrale wurde bewusst kein vergleichbares stadtbildprägendes Gewicht innerhalb eines städtebaulich noch unbestimmten Gebietes neben Parlament und Abgeordnetenhaus gegeben. Auf 450 bis 500 Verwaltungsarbeitsplätze ausgelegt, nimmt sich das Haus vergleichsweise klein und zurückhaltend aus und kann der städtebaulich dominanten zeitgenössischen Baugruppe der Rat- und Stadthäuser letzten Endes nicht zugeordnet werden.

Weitgehend fehlende Hoheitszeichen an Eingang oder Fassade passen zu diesem Befund und unterstützen die Botschaft: Die Außenwirkung des Kanzleramtes ist betont zurückhaltend gestaltet bis hin zur Unakzentuiertheit. So richtet sich der Blick umso intensiver auf den Innenausbau. Im ersten und zweiten Kapitel wurde die Ideenwelt von Bauherr und Nutzer erarbeitet. Es konnte gezeigt werden, dass trotz Planänderungen und interner Widerstände gegen den Kurs von Kanzleramtschef Ehmke organisationskybernetische Einflüsse auch nach seinem Abgang für die technische Ausstattung und die flexible Innenraumaufteilung konstitutiv blieben. Infrastrukturen der Gebäudeerschließung und des Informationsflusses – vom Botendienst über Rohrpost, elektronische Datenverarbeitung, Fernseh- und Rundfunkübertragung sowie Kameraüberwachung – machen aus dem Bürohaus eine technisch hochgerüstete Anlage. Diese Hilfsmittel sind es, nicht etwa eine repräsentative Fassadengestaltung oder Eingangssituation, die ikonologisch ausdeutbare Relevanz erhalten.

Der Bonner Nachkriegsarchitektur ist von (Architektur-) Kritikern vielfach vorgeworfen worden, dass sie keine Bildmarken ausgebildet haben. Heinrich Klotz beispielsweise rügte:

»Wären nicht die Villa Hammerschmidt und das Palais Schaumburg gewesen und hätte nicht die Pädagogische Akademie mit ihren schnittigen Linien der Zeit um 1930 einen modernen Parlamentssitz abgegeben, so wäre der Vorstellung der Bundesbürger über Jahrzehnte hin kaum ein visueller Anhalt geblieben, an den sich die Repräsentanz des deutschen Nachkriegsstaates hätte knüpfen lassen.«<sup>228</sup>

<sup>228</sup> H. KLOTZ, *Ikonologie einer Hauptstadt*, 1984, S. 399.

In der Regel wurde der Kanzleramtsneubau als Paradebeispiel einer fehlenden visuellen Qualität des Repräsentativen herangezogen. Diese Urteile berücksichtigen nicht, dass die innere Maschinenhaftigkeit des Kanzleramtsneubaus im Zusammenspiel mit äußerer Zurückhaltung ursprünglich ideologisch stark konnotiert und durchaus als Imageträger von Politik erdacht worden war. Ein bezogen auf die funktionale Technik derart ideologisiertes Verwaltungsgebäude als Regierungszentrale war vorbildlos. Es erzeugte eine ganz eigene Aussage, sogar ein Bild: Das omnipräsente Ordnungsprinzip des Rasters, das die Gestaltung prägt, machte Rationalität auf formalästhetischer Ebene an der Fassade sichtbar und im Innenausbau geradezu körperlich spürbar. Wie gezeigt werden konnte, vermittelt das Raster auf formaler Ebene die Botschaft, Reduzierung von Komplexität sei möglich. Kontrollfähigkeit und Störungsfreiheit aller Abläufe konnten in der Bauanalyse als Leitmotive herausgearbeitet werden. Nicht nur auf einer ästhetischen Ebene wurden Störungen ausgeschlossen, sondern dem Anspruch nach könnten die hier koordinierten politischen Handlungen Störungen im Sinne von politischen oder volkswirtschaftlichen Krisen verhindern. Das Haus vermittelt visuell und vermittels seiner Ausstattung den Wunsch, eine zwischenfalls- und reibungslose Organisation des Gemeinwesens leisten zu können.<sup>229</sup> Dies ist die politische Aussage des Kanzleramtsneubaus. Der nüchterne Bürobau macht auf ästhetischer Ebene Aussagen über ein dahinter stehendes Staatsverständnis.

Insbesondere mit der Computertechnik und elektronischer Datenverarbeitung im großen Stil verbanden sich diese Hoffnungen, inspiriert durch die zeitgenössische Planungseuphorie, die die Möglichkeiten rationaler Entscheidungsfindungen auf Grundlage breiter Datenerfassung und -auswertung propagierte. Den hohen Stellenwert dieser Ideen beweist auch der große Anteil der Baukosten, der allein für die technische Ausstattung des Kanzleramtes aufgewendet worden ist. Hinter der computertechnischen Ausstattung steckten die Ansprüche der Politik auf Wissenschaftlichkeit und technologische Kompetenz. Beides nahmen die Regierenden zugleich für ihre Selbstdarstellung in Anspruch. Insbesondere der so schillernde Computerdiskurs der 1960er Jahre wurde hier angezapft. Er stand für das Zukunftspotenzial der wissenschaftlich-rationalen Handlungsformen.

Die formalästhetische Deutung der Störungsfreiheit als Staatsziel wurde durch die Analyseergebnisse zur sicherheitsbezogenen Technikausstattung und insbesondere des Lagezentrums ergänzt. Die Selbstwahrnehmung und -darstellung der Bundesregierung ist hier zu dem Anspruch erweitert, in jeder Situation handlungsfähig bleiben zu können: die Fiktion von Steuerungs- und Kontrollvermögen der Politik im Angesicht jedweder Krise. Andersherum kann man auch schließen, dass erst die entsprechend vorgehaltenen Räumlichkeiten und Infrastrukturen den Regierenden dieses Selbstbild vermitteln sollten. Da es in der Ära des Kalten Krieges nicht allein um volkswirtschaftliche oder innenpolitische Entwicklungen gehen konnte, spielte die weltweit angespannte Lage und insbesondere die geopolitische Situation der Bundesrepublik hierfür wohl eine Rolle.

---

<sup>229</sup> Zum Zusammenhang staatlicher Selbstdarstellung und Gemeinwohlorientierung vgl. H. QUARITSCH, Selbstdarstellung, 1977.

Die Sicherungsanlagen wurden betont dezent ausgestaltet, damit der visuelle Eindruck eines Hauses der Normalität, des Zivillebens und der Arbeitsamkeit erhalten werden konnte. Alltäglichkeit wurde zur demonstrativen Geste erhoben. Die ganze Anlage mit ihren aufwändigen Einrichtungen und Techniken deutet im Umkehrschluss darauf hin, dass in der intensiven Beschäftigung mit zahllosen technischen Kontroll- und Sicherheitsaspekten Ängste sublimiert wurden – eine Deutung, die den Befund der Allerweltsarchitektur nicht aufhebt, jedoch nicht mit dem Bonner Hauptstadtprovisorium oder einer ästhetischen Unentschiedenheit der Verantwortlichen erklärt werden kann.

Eine gewisse Form- und Gestaltarmut der Architektur bleibt unbestritten. Ihr Zustandekommen lässt sich aus dem Erarbeiteten präziser begründen. Das Phänomen wurzelt in der organisationskybernetisch geprägten Bauplanung. Bei der konzeptionellen Analyse fiel auf, dass in einem »System Kanzleramt« alle Verhältnisse gleichgestellt sind und somit auch eine Gewichtung fehlt: Beschreibt man die Gesamtanlage in ihrer Funktionalität, werden alle personellen, räumlichen, technischen und organisatorischen Aspekte gleich wichtig oder unwichtig – der Kanzler gilt in dem soziotechnischen System genauso viel wie der Bürobote, denn das System aus den Komponenten Haus, Technik und Personal funktioniert nur als Gesamtheit in der gewünschten Reibungslosigkeit. Dies spiegelt sich, wie die Bauanalyse gezeigt hat, in der Architektur wieder. Sie ist enthierarchisierend angelegt und bildet weder im Innern noch Außen prägnante, wiedererkennbare Räume oder Ansichten aus – mit Ausnahme des Rasters, einer sich potenziell unendlich ausdehnenden abstrakten Struktur, der alles unterworfen ist.

Gerade den nüchternen rationalistischen Grundansatz hatte ein Journalist zu Beginn der Neubauplanungen Anfang 1970 explizit als Ausdruck der »moderne[n] Zeit« begrüßt und ihn überschwänglich in einen genuin demokratischen Kontext gestellt, der sich aus dem Wunsch nach Ideologieferte als Reflex der Nachkriegszeit erklärt. Der Blick nach vorn lasse den Blick zurück, also auf die nationalsozialistische Vergangenheit obsolet werden:

»Wurden früher derartige Staatsbauten auch nach ästhetischen und repräsentativen Gesichtspunkten konzipiert, fordert die heutige Zeit und unser Verständnis vom demokratischen Staat, andere Ueberlegungen. Schon rein äußerlich soll ein solches Haus sachliche Arbeitsatmosphäre vermitteln und erkennen lassen, daß demokratisches Regieren ein offener und transparenter Prozeß ist. Für die jetzige Bundesregierung gilt: ein Kanzleramt hat die Absicht zu symbolisieren, »mehr Demokratie wagen«.<sup>230</sup>

Eine derart vorbildlose soziologische Herangehensweise muss als Manöver erkannt werden, mit dem man problematischen Fragen nach bundesrepublikanischer Staatsrepräsentation, Umgang mit Machtarchitekturen nach dem Nationalsozialismus und Aussagen im Hinblick auf die deutsche Zweistaatlichkeit gleichermaßen elegant und unprovokativ aus dem Weg gehen konnte.

<sup>230</sup> E. Hauer: Nach Jahren der Planung erhält das Kanzleramt endlich den Maßanzug für die siebziger Jahre, in: Westfälische Rundschau Dortmund, 24.1.1970.

Dieses Ausweichmanöver erwies sich jedoch nicht als nachhaltig: Das folgende Kapitel zum Umgang mit dem Gebäude durch den ersten Bundeskanzler, der dort einzog – es sollte nicht Willy Brandt sein, sondern Helmut Schmidt – zeigt den Bumerangeffekt dieser Strategie. Er brachte die ausstehende Auseinandersetzung mit Fragen baulicher Staatsrepräsentation in der Bundesrepublik insbesondere mit dem Kanzleramtsneubau kritisch in Verbindung.



## Viertes Kapitel

### Kontrafaktur durch Kunst

Bis zu seiner Fertigstellung im Frühjahr 1976 hatte das Bauprojekt drei aufeinander ins Amt folgende Kanzleramtschefs beschäftigt. Mit Helmut Schmidt wurde am 16. Mai 1974 auch noch ein neuer Bundeskanzler gewählt, nachdem der gesundheitlich und politisch angeschlagene Willy Brandt anlässlich der Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume zurückgetreten war. Sein Nachfolger und Parteigenosse Schmidt wurde zum heftigsten Kritiker des neben dem Palais Schaumburg langsam emporwachsenden Neubaus. Als Horst Ehmke noch am neuen Amtsgebäude plante, war Schmidt als Bundesminister stets Kritiker der Planungstechniken in der Politik gewesen und hatte über »kybernetisches Kauderwelsch« geschimpft.<sup>1</sup> Die Entwicklungen gaben ihm nachträglich Recht. Nachdem die »Verwissenschaftlichung und Planung der Politik (...) im Diskurs genauso wie in der Praxis um 1970 ihren Kulminationspunkt«<sup>2</sup> erreichte hatten, konnten die damit verbundenen Hoffnungen nicht eingelöst werden. So

»ebte die Planungseuphorie schon bald wieder ab. Ernüchterung trat ein (...). Neue Krisen wie der Ölpreis-Schock, neue Rezessionen und die Erfahrungen von Überbevölkerung, Verkehrs- und Umweltbelastungen schienen auch eine verwissenschaftliche Politik zu überfordern.«<sup>3</sup>

Mit der allgemeinen Auffassung, dass die politischen Konzepte gescheitert waren<sup>4</sup> und die Kybernetik die in sie gesteckten Hoffnungen nicht erfüllen konnte,<sup>5</sup> endete der Diskurs um diesen Themenkreis von Rationalisierung und Modernisierung durch Technik abrupt und geriet in Vergessenheit. Der Kanzleramtsneubau wurde somit zu einem Relikt dieser vergangenen Mode, bevor er überhaupt fertiggestellt war. Doch für das schlechte Image des Gebäudes waren auch verschiedene andere Faktoren verantwortlich, welche dieses Kapitel herausarbeitet.

---

<sup>1</sup> U. BLANK: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: Die Weltwoche, 24.12.1970.

<sup>2</sup> P. AUMANN, Mode und Methode, 2009, S. 431.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Planungspolitik nach 1969 gilt laut Metzler allgemein als »Misserfolg«. G. METZLER, Konzeptionen, 2005, S. 19.

<sup>5</sup> Aumann begründet das Ende der Kybernetikmode unter anderem mit dem von ihm herausgearbeiteten populärwissenschaftlichen Diskurs um Kybernetik, der sich vollständig von den konkreten Forschungsfortschritten auf diesem Gebiet entfernt hatte. »Von Polit-, Wirtschafts- oder Sozialkybernetik wurde gesprochen, und ihre Theorien und Methoden wurden angewandt, ohne dass es irgendwo entsprechende Forschungsprogramme, Lehrstühle, Studiengänge oder überhaupt nur einen Kanon von Begriffen, Fragen und Methoden gegeben hätte. Mit dieser Form der Kybernetik hatten gesellschaftliche Bedürfnisse eine Wissenschaft konstruiert. Dadurch hatte die Kybernetik, wie sie in der wirtschaftlichen und politischen Praxis verstanden wurde, mit den Formen der Kybernetik, die sich in der bundesdeutschen Wissenschaft manifestierten, nicht viel mehr als den Namen gemeinsam.« P. AUMANN, Mode und Methode, 2009, S. 446.

An erster Stelle ist das Unbehagen an der Architektur des Wiederaufbaus zu nennen. Funktionalistische Verwaltungsgroßbauten erschienen im Zuge dieser Stadtentwicklungs- und Modernekritik generell in einem schlechten Licht. Die Presseberichterstattung verknüpfte das Thema zudem mit nicht nachlassender Schelte über das einfallslose Bauen des Bundes in Bonn. Die Architekturkritik hielt sich mit Bewertungen des Neubaus zurück und entzog ihm damit sogar den Status einer Architektur, die eine ausführliche Besprechung lohnt. Die wenigen ernsthaften Besprechungen werden daher für diese Untersuchung detailliert ausgewertet. In Fotografien des Kanzleramtsneubaus werden Problematik, Versuche der Aneignung und später das Aussetzen jeder Bemühung um Vermittlung dieser Architektur anschaulich. Die Fotografien spielen eine wichtige Rolle für Meinungsbildung und Wahrnehmung beziehungsweise Unsichtbarwerdung der Architektur.

Am stärksten hat jedoch Helmut Schmidt die Ablehnungsstimmung gegenüber dem Kanzleramtsneubau gefördert. Sein Agieren bedeutete zugleich einen Kurswechsel im Umgang mit dem Gebäude. Angesichts der in seinen Augen zur politischen Kommunikation unbrauchbaren Architektur setzte er auf eine eng mit seiner Person verknüpfte Kunstpolitik. Diese Strategie wird im Gegensatz zur bis dahin kaum stattfindenden Öffentlichkeitsarbeit des Kanzleramts in Sachen Imagepflege des Neubaus erstmals kritisch rekonstruiert. Der Darstellung und Deutung von Schmidts Kunstkampagne widmet sich der zweite Teil des Kapitels.

Eine vollständige Rezeptionsgeschichte des Gebäudes vorzulegen, ist hier nicht intendiert – nicht zuletzt aufgrund des bereits angedeuteten Befundes, dass eine nennenswerte Rezeption der Architektur im Fahrwasser von Schmidts Sicht auf das Gebäude gar nicht mehr stattgefunden hat. Vielmehr handelt das Kapitel von der Zeitspanne, die der Kanzlerschaft Helmut Schmidts (1974–82) entspricht. In diesen Jahren verfestigten sich das öffentliche Bild des Kanzleramtsneubaus und seine Deutung, die sich bis zum Umzug der Regierung nach Berlin nicht mehr wesentlich verändern sollte. Zu erarbeiten ist das Phänomen, dass Planung und Inbesitznahme der Architektur in zwei vollständig voneinander verschiedenen Diskurszusammenhängen stattfanden. Dieser Befund kann zu einer These zugespitzt werden: Die mediale Vermittlung und konzeptionelle Überlagerung der Architektur durch Helmut Schmidts erfolgreiche Kampagne »Kunst im Kanzleramt« ist als ursächlich anzusehen für die schwindende Wahrnehmung des Gebäudes und letzten Endes auch für die bisher ausgebliebene Einordnung in die Geschichte der bundesrepublikanischen Staatsarchitektur.

## 1. Das Kanzleramt ein Architektur-Unfall?

### 1.1 Kritik des Funktionalismus

Die zeitgenössische Wahrnehmung des 1976 fertiggestellten Kanzleramtsneubaus stand in Abhängigkeit von grundlegenden Veränderungen in der Bewertung modernistischer und rationalistischer Konzepte in Architektur und Städtebau nach 1968. Im Verlauf sei-



ner Planungs- und Baugeschichte entwickelte sich fundamentale Kritik an den zugrundeliegenden Konzepten. Wie im ersten und zweiten Kapitel gezeigt worden ist, wurde das Bauprogramm 1969/70 aus organisationskybernetischer Perspektive erarbeitet, und eine kybernetikaffine Jury hatte den Entwurf eines Verwaltungsbaus gekürt. Die ästhetischen Qualitäten wurden damals kaum diskutiert, weil eine Ideologie des Funktionalen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung wurde der Bau jedoch insbesondere in seiner ästhetischen Erscheinung beurteilt. Um den Abstand von ursprünglichem Anspruch der Entwurfskonzeption und dem Standpunkt der Öffentlichkeit um 1975/76 bemessen zu können, sollen zunächst noch einmal die Prinzipien des Quickborner Teams betrachtet werden. Den Stellenwert des Formalästhetischen hatten sie für ihre Bürobauten nämlich aufs Äußerste reduziert.

Eberhard Schnelle hatte im Jahr 1965 gemeinsam mit Alfons Wankum die für die Arbeitsweise des Quickborner Teams programmatische Schrift »Architekt und Organisator« veröffentlicht.<sup>6</sup> Die überkommene hierarchische Organisationsform, welche das traditionelle Bürohaus abbildete und begünstigte, ermögliche nicht die notwendigerweise flexibleren Arbeitsformen. In dem Buch werden die Aspekte Form und Gestaltung wie am Rande thematisiert, da sie dem Arbeitsauftrag der Organisationsberater, der effizienten Informationsverarbeitung, untergeordnet wurden. Die Organisatoren sollten mit Architekten zusammenarbeiten, um den »Informationsprozeß (...) im Sinne der Rationalisierung« schon während der Entwurfsphase zu beeinflussen.<sup>7</sup> Der Organisator sei bei komplexen Bauprozessen unverzichtbar:

»Organisieren ist gleichzusetzen mit Planen oder auch – aus einem informationellen Aspekt – mit bewußter Beeinflussung der Prozesse des Nachrichtenaustausches zwischen Menschen (Kommunikation), sowie zwischen Menschen und Maschinen. Da die Arbeit der Architekten wesentlich als ein Informationsverarbeitungsprozeß zwischen Menschen anzusehen ist, kann eine künftige Lehre der Organisation, als eine Technik der Koordination und Kooperation, Hilfsdisziplin der Architektur werden.«<sup>8</sup>

Ein Architekt müsse somit vor Beginn seiner Entwurfsarbeit von einem Organisationsexperten »verlangen, daß ihm diese Funktion des Benutzens analysiert wird, sonst geschieht es, daß er sich mit der Fassadengestaltung zufrieden geben muß«.<sup>9</sup> Schnelle und Wankum behaupteten, sie könnten durch ihre Moderation den gesamten Prozess der komplexen Bauplanung hin zu einer produktiveren Zusammenarbeit von Architekten und allen weiteren Beteiligten verändern. Tatsächlich ging die Einflussnahme der Organisatoren weit über die einer Hilfsdisziplin hinaus. Klassische Kernkompetenzen der Architekten wur-

<sup>6</sup> Vom Architekten »als Organisator« sprach bereits 1928 Walter Gropius im Zusammenhang mit der Industrialisierung des Bauwesens und den dadurch gesteigerten Herausforderungen für den Architekten als Regisseur des Bauprozesses. Die Bezugnahme von E. SCHNELLE / A. WANKUM, *Architekt und Organisator*, 1965, ist evident. Vgl. W. GROPIUS, *Architekt als Organisator*, 1988.

<sup>7</sup> E. SCHNELLE / A. WANKUM, *Architekt und Organisator*, 1965, S. 9.

<sup>8</sup> Ebd., S. 9.

<sup>9</sup> Ebd., S. 28.

den zu diesem Zweck eingeschränkt. Es sei gar die Aufgabe der Organisatoren, diese von bestimmten frühen formalästhetischen Festlegungen abzuhalten:

»1. Es soll *verbindert* werden, daß formale Ideen eine komplexe Planung vorherbestimmen. Die Be-teuerung, daß moderne Bauten aus einem Funktionalismus heraus erdacht werden, hilft hier nicht weiter. Bestenfalls handelt es sich um einen bautechnischen Funktionalismus, der Ziegelmauern gegen vorgehängte Fassaden auswechselt. 2. Es sollen die Felder großer Wahlfreiheiten dem *mit-planenden* Künstler offen gehalten werden, um neue ästhetische Lösungen möglich zu machen.«<sup>10</sup>

Mit den »mitplanenden« Künstlern waren Urheber späterer Kunst am Bau-Arbeiten gemeint, die ihre Arbeiten nicht an zufällig freien Wänden oder Freiflächen platzieren, sondern frühzeitig in die Planung einbezogen werden sollten.<sup>11</sup> Zusammen mit dem Architekten sollten sie ein Team der »Fachleute für den ästhetischen Aspekt« bilden.<sup>12</sup> Tatsächlich interessierten sich die Berater des Quickborner Teams überhaupt nicht für Formalästhetisches, da es nicht in den Verantwortungsbereich der Organisatoren beim arbeitsteiligen Bauprozess fiel. Gestalterische Aspekte spielten für sie lediglich auf der Ebene der Informationsästhetik eine Rolle, etwa wenn verwendete Farben im Innenraum das Arbeitsklima positiv beeinflussten.

Die Radikalität des im Buch Dargestellten erlaubt eine Verortung. Die Schrift von Schnelle und Wankum trat mit der absolut formulierten Ideologie eines organisatorischen Funktionalismus gegen den ästhetischen Funktionalismus oder Modernismus des Internationalen Stils an. Ihre sich als wahrhaft funktional verstehende Kritik behauptete, einen Mangel zu beheben, den sie bei den teilweise spektakulären Großbauprojekten der internationalen Nachkriegsarchitektur identifiziert haben wollten. Sie zitierten das im ausgehenden 19. Jahrhundert für die Ästhetik des Baulichen formulierte Paradigma »form follows function« zwar nicht, wendeten genau diesen Kernaspekt der ästhetischen Moderne jedoch auf das Innere ihrer Architekturen an: Sie versprachen einen maßgeschneiderten Anzug, der den Anforderungen der nutzenden Organisation passt, nicht andersherum. Ihr Ansatz variierte lediglich das Verständnis von Funktionalismus, indem kybernetische Modelle vom Zusammenwirken von Menschen und Technik in den Planungsprozess einbezogen wurden. Von der organisationskybernetischen Strömung ging damit auf einer formalästhetischen Ebene keine Veränderungskraft für Architektur aus. Die organisationskybernetische »Kritik« am Funktionalismus verblieb in deren Begrifflichkeiten, und obschon sie als Gegenkonzept und als radikale Umkehr vorgetragen wurde, bestätigte sie die zugrundeliegenden rationalistischen Vorstellungen vom Beginn des Jahrhunderts.

<sup>10</sup> Ebd. [Hervorhebung durch die Verf.].

<sup>11</sup> Auch der Kunst am Bau-Wettbewerb für den Kanzleramtsneubau verfolgte offenbar diesen Ansatz. Er wurde bewusst vor Fertigstellung des Neubaus durchgeführt. Siehe unten, Kap. IV.2.1.

<sup>12</sup> E. SCHNELLE / A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 28. Hannes Meyer hatte bereits 1928 die Arbeitsbereiche auf verschiedene Spezialisten aufgeteilt. Er schrieb über den neuen Wohnbau: »das neue haus ist als trockenmontagebau ein industrieprodukt, und als solches ist es ein werk der spezialisten: volkswirte, statistiker, hygieniker, klimatologen, betriebswissenschaftler, normengelehrte, wärmetechniker ... der architekt? ... war künstler und wird ein spezialist der organisation!« H. MEYER, Bauen, 1928, S. 12f. – Schnelle und Wankum etablieren lediglich den »Organisator« als weiteren Spezialisten neben dem Architekten.

Ein Porträt des Quickborner Teams gleich in der zweiten Nummer der architekturtheoretischen, von linksorientierten Studierenden und Assistenten der Universität Stuttgart herausgegebenen Zeitschrift »arch+« ist Indiz dafür, dass der organisationskybernetische Ansatz für den architektonischen Entwurf und seine Beurteilung an Architekturfakultäten mit großem Interesse wahrgenommen wurde.<sup>13</sup> Die Architekten und Studierenden an den Hochschulen sahen sich mit einer Entwicklung konfrontiert, welche die Formerfindung mit Verweis auf wissenschaftliche Modelle zur Rücksichtnahme auf organisationssoziologische Belange aufforderte und den Rahmen definierte, in dem Architekt und Künstler frei gestalten durften. Dies traf offenbar in gewisser Weise den Nerv der Zeit auch in der suchenden Architektenschaft, die sich in den 1960er und 70er Jahren vorübergehend stark soziologisierte.<sup>14</sup> Was wie eine kampflose Überlassung des ureigenen Terrains wirkt, war Jörg Nönning zufolge eine Reaktion auf die Ausbreitung der wissenschaftlichen Fremddisziplin auf das wissenschaftlich nicht fundierte Fach der Architektorentwurfslehre. Dies sei mit dem Angriff des Ingenieurwesens auf die Disziplin der Architektur im 19. Jahrhundert vergleichbar, als Ingenieurkonstruktionen aus Glas und Stahl neue Bautypen in ungekannten Dimensionen ermöglichten und die Ästhetik der Architektur dauerhaft veränderten.<sup>15</sup>

Doch die in der Terminologie der Kybernetik formulierten Konzepte zur Veränderung der Architektorentwurfsverfahren verhalfen dem Spätfunktionalismus nicht zu neuem Leben. Bereits seit etwa Mitte der 1960er Jahre entwickelte sich eine antirationale, stadtsoziologisch argumentierende Kritikströmung, die sich gegen den »Bauwirtschaftsfunktionalismus« der bundesdeutschen Städte insgesamt richtete. Die Kritik erhob sich als Reaktion auf epigonal-qualitätslose Massenarchitektur des Wiederaufbaus und prangerte »die wirtschaftlichen Interessen an, die hinter der neuen Verdichtungspolitik standen. Erwirtschaftung von Mehrwehrt drohe zum einzigen Handlungsziel zu werden, aufgeklärte Rationalität zum Zweckrationalismus zu verkommen.«<sup>16</sup>

Diese Bewegung wuchs zu einer mächtigen Welle an. Die bekanntesten Manifestationen waren das Pamphlet »Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden« von Alexander Mitscherlich aus dem Jahr 1965 und der anklagende Bildessay »Die gemordete Stadt« von Wolf-Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer aus dem Jahr 1978. Als Ursache für die erlebte »Unwirtlichkeit« in den Städten machte Mitscherlich die Funk-

<sup>13</sup> Vgl. P. W. TUGEL, Quickborner Team, 1968. Auf den folgenden Seiten der Zeitschrift schrieb Eberhard Schnelle über »Entscheidung und Planung« (S. 15–20). Herausgeber und Autoren der Zeitschrift waren auf der Suche nach neuen Leitprinzipien jenseits des ästhetischen Funktionalismus und nach dem Nutzen und der Anwendbarkeit wissenschaftlicher Entwurfs- und Planungsmethoden, sodass die Ansätze des Quickborner Teams auf Interesse stießen. Der Duktus von Aufsätzen in der frühen »arch+« ist von sozialwissenschaftlichen Termini geprägt und oszilliert zwischen intellektueller Mode und Revision der eigenen Disziplin mittels Modellen aus der Kybernetik, hier besonders systemtheoretischen Ansätzen.

<sup>14</sup> Grundlegend zum Einfluss der Kybernetik auf Architektur und Städtebau an deutschsprachigen Hochschulen G. VRACHLIOTIS, *Geregelte Verhältnisse*, 2012.

<sup>15</sup> Anmerkung von Jörg Nönning, Dresden, bei der Diskussionsrunde »Architektur als Wissenschaft?« in der Veranstaltungsreihe »Grenzgänger« zu Themen im Bereich der Stadtforschung, Graduates Studies Group des Georg-Simmel-Zentrums der Humboldt-Universität, 24.11.2010.

<sup>16</sup> W. PEHNT, *Deutsche Architektur*, 2005, S. 371.

tionsentmischung im Zuge des Wiederaufbaus aus. Vormalig »hochgradig integrierte«<sup>17</sup> Stadtzentren konnten noch als Orte der Entwicklung menschlichen Bewusstseins, besonders von einem »Wir-Bewußtsein«<sup>18</sup> wirken. Die ungünstigen Entwicklungen entstanden laut Mitscherlich infolge einer versäumten Bodenreform, also aufgrund »unangetasteter Grundbesitzverhältnisse«.<sup>19</sup> Riesige unstrukturiert wachsende Vorortsiedlungen identifizierte er in seiner sozialpsychologischen Analyse als problematisch, weil die harte Materie der gebauten Architektur auf Menschen wie »Prägestöcke« wirke: »Wir müssen uns ihnen anpassen. Und das ändert zum Teil unser Verhalten.«<sup>20</sup>

Die Neubetrachtung von Stadt und Architektur zu dieser Zeit entsprang demnach ebenso dem starken soziologischen Einfluss wie die Verwaltungsarchitekturen der Schnelle-Brüder.<sup>21</sup> Sie kam aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive jedoch zu dem Urteil, dass sich funktionalistische Konzepte vom Beginn des 20. Jahrhunderts für den städtischen Wiederaufbau ebenso wie für Architekturlösungen in ihrer ubiquitären Ausprägung als ungünstig erwiesen hatten.

Für Autoren wie Mitscherlich und Siedler war eine wesentliche Qualität verlorengegangen: Der Untertitel von Siedlers Buch lautet »Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum«. Mitscherlich spricht seinerseits von einem Trieb des Menschen zum Bauen von Behausungen, der entfaltet oder verkümmert sein kann, letztendlich aber dem des Bibern zur Errichtung kunstvoller Schutzbauten und dem der Vögel zur Gestaltung ihrer Nester entspreche.<sup>22</sup> Die sozialpsychologische Wirkungsebene des Zusammenhangs von Bauen und metaphysisch-philosophischer Behausung des Menschen steht hier im Zentrum. Containerartige, gesichtslose, oft als »ortlos« apostrophierte funktionalistische Bauten erschienen als vom menschlichen Bedürfnis entfremdet.<sup>23</sup> Wie ein solcher Containerbau innen organisiert war – sinnvoll oder weniger praktisch – konnte Vertreter dieser Kritik nicht interessieren, denn der Container symbolisierte vor allem den Verlust städtischer und häuslicher Lebensqualität. Die mit großen Hoffnungen auf eine lebenswerte Stadtgestalt geschaffene Bürostadt City Nord in Hamburg, angelegt in einer Parkanlage, welche die Innenstadt von solchen Bürogebäuden und entsprechenden Verkehrsströmen entlasten sollte, wurde von dieser Kritikwelle der Sehnsucht nach der integrierten alten Stadt gleichermaßen hinfortgespült.

<sup>17</sup> A. MITSCHERLICH, *Unwirtlichkeit*, 1965, S. 9.

<sup>18</sup> Ebd., S. 14.

<sup>19</sup> Ebd., S. 20.

<sup>20</sup> Ebd., S. 9.

<sup>21</sup> Angemerkt sein soll, dass auch die Schnelles von der Prämisse einer unmittelbaren Prägung der Architektur auf das Verhalten der Nutzer ausgingen. Sie wendeten diese sozialpsychologische Annahme jedoch ins Produktive, indem sie in den Bauten für Verwaltungsarbeit ein »Wohlfühlambiente« erzeugten mit dem Ziel, den Arbeitsfluss zu befördern. Ihre Tätigkeit affirmierte somit das kapitalistische Effizienzstreben, so A. RUMPFHUBER, *Immaterielle Arbeit*, 2013, S. 30f., während Mitscherlich vor den gesellschaftlichen Auswirkungen warnte.

<sup>22</sup> Vgl. A. MITSCHERLICH, *Unwirtlichkeit*, 1965, S. 14.

<sup>23</sup> Über den »ortlosen Funktionalismus« des im Wettbewerb siegreichen Kanzleramentwurfes der Planungsgruppe Stieldorf etwa: U. CONRADS, *Gut erfüllt*, 1971, S. 1257.

Als Folge der großflächigen, oftmals formal minderwertigen Umsetzung moderner Architektur- und Städtebauideen nach Ende des Zweiten Weltkrieges war laut Bode und Nestler, in einer Publikation von 1976 so formuliert, der »pervertierte internationale Stil« entstanden.<sup>24</sup> Die Stoßrichtung dieser Kritik trug antirationale, romantisierende und teilweise biedermeierliche Züge. In philosophischen und soziologischen Begrifflichkeiten wurde benannt, was in Stadtvierteln aus verdichteten Wohnhochhäusern fehlte, nämlich »das menschliche Maß«, »Beherbergte sein in ablesbarer Unordnung und nicht Ausgesetztsein im ordentlichen Chaos«, »erlebnisreiche Innenraum-Außenraum-Beziehungen«, »Identifikationsmerkmale« und »Freiräume«.<sup>25</sup> Diese Bedürfnisse wurden an Materiellem konkretisiert, das »Lebensqualitäten« erzeuge, etwa ein Bäcker im Erdgeschoss um die Ecke anstelle eines Bäckers im entfernten zentralen Einkaufszentrum und historische Formen des städtischen Raumes wie »Gassen, Höfe, kleine Plätze und verschobene Sichtachsen«.<sup>26</sup> Die Fragen, mit denen die Autoren den Status quo anklagten, riefen alternative bis reaktionistische Ideenwelten auf: »Sind da Gärten, wachsen Tomaten, Äpfel, Kürbisse, Schnittlauch und Mohrrüben, sind Lauben zu entdecken, gießt da jemand mit der Gießkanne seine Blumen?«<sup>27</sup> Die Fragen beziehen sich auf die öden, menschenleeren Grünflächen und -streifen, auf die Bewohner von Scheibenhochhaus-Reihen schauten.

Der Befund des Unwirtlichen und eines menschlichen Maßstab Verlustigen übertrug sich auf alle Arten von Bürogroßbauten und Wohnungsbau in Megastrukturen. Für den Bonner Raum, um den es in dieser Untersuchung geht, existiert eine Fotografie, die ganz im Geist von Siedlers »gemordeter Stadt« zu argumentieren scheint (Abb. 86). Sie zeigt die Bad Godesberger Kreuzbauten-Ministerien, errichtet ab 1968 durch die Bundesbauverwaltung nach Entwürfen der Planungsgruppe Stieldorf, als landschaftsverriegelnde Wand. Die Hochhäuser erwachsen hier bar jeden städtischen Bezuges vor einer Wiese. Im Bildvordergrund steht ein Schäfer mit drei grasenden Schafen auf der ansteigenden Böschung einer mehrspurigen Straße. Das Bild scheint nicht nur die Kritik am großdimensionierten Bauen des Bundes zu verdichten. Zugleich verallgemeinert und abstrahiert es diese für das Städtebauproblem der Bundesrepublik und wird darin ikonisch. Der Bildhintergrund ist durch eine riesige Architektur verriegelt, die das Bildformat und damit die Dimension sprengt, die der menschlichen Wahrnehmungsfähigkeit entspricht. Schäfer und Tiere als traditionelle romantische Motive einer bukolischen Idylle, die hier ikonografisch aufgerufen ist, verweisen auf eine in Asphalt, Autolärm und Beton verloren gegangene Lebensform. Sie kontrastieren mit der Strenge der gerasterten Fassaden, die für naturfernes, inhumanes Leben stehen, und scheinen wie aus der Zeit gefallen.

Als Alternative zu dieser Realität entdeckte man in den 1970er Jahren die Qualitäten der Altstädte neu und auch die historistischen Wohnbauten aus dem 19. Jahrhundert, welche in West- und Ostdeutschland nur ein Jahrzehnt zuvor noch Gegenstand von Abriss-

<sup>24</sup> P. M. BODE/P. NESTLER, *Deutsche Kunst seit 1960*, 1976, S. 10f.

<sup>25</sup> Ebd., S. 16.

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Ebd.



Abb. 86 Planungsgruppe Stieldorf: Kreuzbauten. Blick von Süden mit Schäfer und Schafen im Vordergrund. Aufnahme um 1976.

plänen gewesen waren.<sup>28</sup> Angesichts der neu wahrgenommenen Qualitäten von Altbauten erstarkte die Idee von Denkmalschutz – 1975 war das erste europäische Jahr des Denkmalschutzes – von Einzeldenkmälern, aber auch ganzer Straßen und Bezirke mit Gründerzeitsubstanz. Neben reizvollen Fassaden und dem Stadtgrundriss wurden hier »soziale Gefüge« von Milieus und Generationen als schützenswert erkannt.<sup>29</sup> Nach diesem Ansatz galten Machbarkeit und Prosperität nicht mehr als Maßstab allen Handelns. Fortschrittsskeptizismus wies neu geplante Megastrukturen als Ersatz für alte Stadtviertel aus der Zeit der Fortschrittseuphorie zurück.

Der Neubau des Bundeskanzleramtes wurde genau im Erscheinungsjahr des Bandes »Deutsche Kunst seit 1960« bezogen, aus dem die sehnsüchtigen Zitate auf der Suche

<sup>28</sup> Bis dahin wurde der etwa hundertjährigen gründerzeitlichen Bausubstanz nach dem damals geläufigen Konzept der »Überalterung« von Wohnbauten keine Zukunft gegeben. Zum Konzept der Überalterung siehe F. URBAN, Neo-historisch, 2007, insbes. S. 41–70; Begriffsdefinition S. 44f.

<sup>29</sup> P. M. BODE/P. NESTLER, Deutsche Kunst seit 1960, 1976, S. 18f., Zitat S. 19. – Vgl. hierzu außerdem die mehrjährige Kampagne des Bielefelder Soziologen Roland Günter, der eine Bürgerinitiative zum Erhalt der Arbeitersiedlung Eisenheim gründete, vgl. R. GÜNTER, Rettet Eisenheim, 1972. Seine Analysen der sozialen Netzwerke der alteingesessenen Bewohnerschaft trugen maßgeblich dazu bei, dass die Siedlung unter Denkmalschutz gestellt und die Bausubstanz der Häuser modernisiert wurde. Der Kampagne kam besondere Bedeutung zu, da erst sie in der Praxis bewies, dass Altbauten modernisierbar und damit ökonomisch zu erhalten waren. (Stadt-)Soziologie, Architektur und Städtebau erweisen sich an diesem Beispiel als in Wechselwirkung miteinander verbunden. Hinzu tritt die zeittypische politische Partizipation in Form der Bürgerinitiative. Für den Hinweis auf Günter ist Horst Bredekamp, Berlin, zu danken.

nach Kürbissen und Äpfeln in Gärten stammen. Das Buch, angelegt als Retrospektive auf das vergangene Jahrzehnt, subsummierte den Neubau bereits als verspäteten Protagonisten einer vergangenen Epoche. Die Autoren schreiben, Großraumbüros meinte niemand mehr ausschließlich in rechteckigen Kisten unterbringen zu müssen. Zudem plante man im Verwaltungsbau nur noch kleinere Gruppenräume für 25- bis 30-köpfige Teams.<sup>30</sup> Und »elegante braune Aluminiumverkleidung« von Fassaden verhandelten die Autoren als ein Standardelement einer durchaus ästhetischen Verwaltungsarchitektur aus den mittleren 1970er Jahren, welche angenehm sei, aber gewöhnlich.<sup>31</sup> Schon im Jahr vor der Fertigstellung des Kanzleramtsneubaus urteilte der Architekturkritiker Peter M. Bode abschätzig, »das teure eloxierte Material [sei] die übliche Verpackung für noble Firmensitze und heute so sehr in Mode bei unseren Verwaltungspalästen wie eine Generation früher Außenwandverkleidungen mit protzigen Natursteinplatten.«<sup>32</sup> Der Zeitgeist hatte den Kanzleramtsneubau ästhetisch überholt, sodass die Kritiker schon vor seiner Fertigstellung von Überdross geplagt waren.

Das bis hierher Dargestellte erlaubt einen Überblick aus der Vogelperspektive: Ein baubezogener Fachdiskurs zwischen Wissenschaftlern und Architekten zum kybernetisch optimierten Verwaltungsbau wurde von einer kritischen Öffentlichkeit, welche die viel populäreren stadtsoziologischen Debatten aufgriff und verstärkte, geradezu überrollt. Die Öffentlichkeit blickte auf ihre gebaute Umwelt als Ganzes und unterwarf Einzelprojekte wie das Bundeskanzleramt einer Gesamtbewertung. Für die folgende Wahrnehmungsanalyse soll festgehalten werden, dass das Kanzleramtsgebäude hiermit vollständig aus seinem Entstehungskontext herausgelöst worden ist. Während bei der Planung Reformziele der Bundesverwaltung sowie eine technizistische Auffassung von Regierungsmanagement im Mittelpunkt standen und die Architektenschaft sich mit neuen Anforderungen ihrer Bauherren produktiv auseinandersetzte, erblickten Architekturkritik und Öffentlichkeit einen gewöhnlichen Verwaltungsbau, den sie in ihren Erfahrungskontext trister Bürostädte, der autokratisch bauenden Bürokratie oder der »gemordeten Stadt« als Folge eines gescheiterten Wiederaufbaus einordneten. Es darf nicht überraschen, dass Kontexte und Debatten der Entstehungsphase keine Rolle mehr spielten. Der Neubau wurde an völlig neuen Maßstäben gemessen.

## 1.2 *Stimmen der Architekturkritik*

Anhaltspunkte zur Wahrnehmung des Neubaus zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung bieten die an den Fingern einer Hand abzählbaren einschlägigen Architekturbesprechungen. Lediglich vier Rezensionen, also sehr wenige, setzten sich unmittelbar mit der Architektur auseinander. Sie wurden zwischen Anfang und Mitte des Jahres 1976 in überregional erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften und damit zeitnah zum Einzug des Kanzler-

<sup>30</sup> Vgl. P. M. BODE/P. NESTLER, *Deutsche Kunst seit 1960, 1976*, S. 15.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 154.

<sup>32</sup> P. M. Bode: *Grau und korrekt im Niemandsland*, in: *Der Spiegel*, Nr. 41, 6.10.1975, S. 186–190, hier S. 187.

amts in seinen Neubau. Die Texte reagieren unmittelbar auf die Architektur versöhnlicher als auf ihre Entstehungsgeschichte im Zusammenhang mit Ehmkes Reformen. Außerdem zeigen sie, dass ihre Verfasser mit den Ereignissen um das Bauen in Bonn seit 1969 im Detail vertraut waren. Sie eröffnen daher konkrete Vergleichs- und Bezugsrahmen, von denen in diesem Kapitel die Wahrnehmung des Neubaus verallgemeinernd abgeleitet werden soll. Außerdem werden die Kernaussagen der Besprechungen vergegenwärtigt. Denn sie belegen, dass es trotz der guten Kenntnisse der Architekturkritiker über das Bonner Bauen keine Rezeption des Neubaus unabhängig von einer bald angestrebten Revision des noch nicht einma völlig fertiggestellten Gebäudes qua Kunstausrüstung gegeben hat – von der im Anschluss noch ausführlicher zu handeln sein wird. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass der Neubau ausgerechnet mit seinem schärfsten Kritiker Helmut Schmidt aufs Engste assoziiert wird, der als erster Kanzler einzog, expressionistische Kunst aufstellen ließ, aber nicht »Bauherr« des Kanzleramtes war.

Peter M. Bode besprach den fast fertiggestellten, aber noch nicht einzugsbereiten Neubau im »Spiegel« im Oktober 1975 als erster. In seinem Text präsentierte er ihn gemeinsam mit der soeben bezogenen neuen SPD-Parteizentrale, dem Erich-Ollenhauer-Haus (Novotny Mähner Assoziierte, 1974–75).<sup>33</sup> Hier wie dort stellte er sachliche Nüchternheit und Beliebigkeit fest, die sich an Bürobauten der Wirtschaft orientiere. Der Grund dafür ist für ihn klar: »Demokratie ist ein unsicherer Bauherr.«<sup>34</sup> Bode hatte die Bonner Hauptstadtplanung und die isolierte Durchführung des Kanzleramtswettbewerbes bereits 1972 in einem Organ des BDA aufs Heftigste angegriffen.<sup>35</sup> Jetzt lassen in seinen Augen die beiden auf einen »unsicheren Bauherrn« verweisenden Gebäude es fraglich erscheinen, dass die weiteren anstehenden Bauprojekte von Bundestag und Bundesrat gelingen, zumal eine städtebauliche Gesamtkonzeption zum gegebenen Zeitpunkt nicht mehr erreichbar erschien.<sup>36</sup> An der Architektur des Kanzleramtes falle auf, dass konventionelle Hierarchisierungen bewusst aufgebrochen worden seien. Diese kehrten aber in den Qualitätsunterschieden der Innenausbauten von Verwaltungsbau und Kanzlerflügel sogleich wieder. Auch langweilt den Kritiker die dunkel eloxierte Aluminiumfassade, die doch die »übliche Verpackung für noble Firmensitze« sei.<sup>37</sup> Zudem sei beim Anblick von Fassade und Grundriss gleichermaßen »schwer zu begreifen«, dass im Innern Teamarbeit gefördert werden solle.<sup>38</sup> Bode misst die äußere Erscheinung des Neubaus also an der ursprünglichen Ehmke'schen Kon-

<sup>33</sup> P. M. BODE: Grau und korrekt im Niemandsland, in: Der Spiegel, Nr. 41, 6.10.1975, S. 186–190.

<sup>34</sup> Ebd., S. 187.

<sup>35</sup> Vgl. P. M. BODE, Übliches Bürogebäude, 1972.

<sup>36</sup> Nach einem städtebaulichen Ideenwettbewerb 1972 war der Wettbewerb zur Errichtung eines Neubaus für Bundestag und Bundesrat durchgeführt worden. Vgl. WETTBEWERB FÜR DIE NEUBAUTEN, 1974; W. MÜLLER-ROMBACH, Bauten des Bundes, 1972; O. G. HAMM, Plenarbereich, 1992. – Auch im Auftrag des Deutschen Bundestages war das Quickborner Team im Vorfeld des Wettbewerbes tätig. Vgl. Studie zur Bauprogrammplanung des Deutschen Bundestages. Aufriß der Probleme. Vorschlag zur Organisation der Planung. Quickborner Team Gesellschaft für Organisation und Planung mbH, Juni 1970, Privatarchiv Bruno.

<sup>37</sup> P. M. BODE: Grau und korrekt im Niemandsland, in: Der Spiegel, Nr. 41, 6.10.1975, S. 186.

<sup>38</sup> Ebd., S. 188.



zeption, die ihm genau bekannt war.<sup>39</sup> Trotz gestalterischer Inkonsequenzen bei der SPD-Parteizentrale und der städtebaulichen Situation des Kanzleramtsneubaus kommt der Kritiker schließlich zu dem ambivalent-versöhnlichen Urteil, »ein gewisses Understatement«, das beide Architekturen vermitteln, sei »nicht unsympathisch«.<sup>40</sup> Die insgesamt lustlos wirkende und wenig entschiedene Haltung in Bodes Text ist für den Umgang mit dem Kanzleramtsneubau geradezu charakteristisch: Eine diffus bleibende Unzufriedenheit mit der Architektur, dabei polemisch vorgetragen, kennzeichnete ein Jahr vor Fertigstellung die allgemeine Stimmung gegenüber dem Neubau.

Paulhans Peters griff Anfang 1976 die untergründig bereits in Bodes Text schwelende Frage nach der Bedeutung und dem Vermögen von Architektur in der Gesellschaft auf.<sup>41</sup> Auch der Chefredakteur der Zeitschrift »Baumeister« stand unter dem Eindruck der Wettbewerbsergebnisse für weitere Bundesbauten am Rhein. Sein Essay benennt diejenigen Fragen, die sowohl beim Kanzleramts- als auch beim Parlamentswettbewerb zugunsten der Konzentration auf Funktionalitätsfragen vernachlässigt worden seien, nämlich ob und wie Zeichen, Symbole und außeralltägliche Qualitäten für diese Institutionen in Architektur gebracht werden könnten:

»Unsere Zeit ist nicht – oder noch nicht – reif für Symbole; was wir können, ist den Alltag bewältigen, was entweder heißt: wir reduzieren auch nichtalltägliche Aufgaben auf das Minimum des Alltags und scheiden dann alle jene Qualitäten aus, die eine Übersteigerung dieses Alltags darstellen – sei es Fest, Überschwang, Trauer, Gemeinschaftlichkeit, Muße, Glück – wir beschränken uns also auch darauf, daß Architektur nur funktioniert. Oder aber wir beschäftigen uns erst gar nicht mit jenen außeralltäglichen Aufgaben und begnügen uns mit dem auswechselbaren Behälter.«<sup>42</sup>

Mit seiner Forderung nach emotionalen und bildlichen Qualitäten für besondere Architekturen erteilt Peters, ganz im Sinne der Postmoderne, dem Funktionalismus eine Absage. Dessen Formensprache deutet er als »Angst der Architekten vor dem Symbol«, für die er »fehlendes Selbstverständnis« und »zerbrochene[r] geschichtlich[e] Kontinuität« verantwortlich macht.<sup>43</sup> Den durchaus aufwändigen Weg, der von den Verantwortlichen für den Kanzleramtswettbewerb eingeschlagen worden war, hält er für gescheitert, obwohl auch ihm dieser zu Beginn erfolgversprechend erschienen sei. Peters' Klarsicht auf den Gesamtzusammenhang zeigt sich in der folgenden Textpassage:

»Wir entsinnen uns, mit welchem Aufwand an Gehirnschmalz verschiedene Arbeitsgruppen – so das Quickborner Team im Keller eines Kanzlerbüros – daran herumbosselten, wie denn im zukünftigen Kanzleramt gearbeitet werden sollte. Mit den vielen bunten Karten pinnten wir Gedankenfragmente auf eine Tafel und glaubten zum Schluß, wir seien dem Phänomen »demokratische

<sup>39</sup> Bode hatte bereits über das Ergebnis des Architekturwettbewerbs geschrieben, der »eine Kanzlerfabrik zur höchst effektiven Produzierung von Regierungsideen« hervorgebracht habe. P. M. BODE, *Übliches Bürogebäude*, 1972, S. 23.

<sup>40</sup> P. M. BODE: *Grau und korrekt im Niemandsland*, in: *Der Spiegel*, Nr. 41, 6.10.1975, S. 190.

<sup>41</sup> P. PETERS, *Gestaltverzicht*, 1976.

<sup>42</sup> Ebd., S. 20.

<sup>43</sup> Ebd.

Regierungsform an der Spitze der Hierarchie« so nahegekommen, daß daraus ein Konzept für eine Wettbewerbsausschreibung zusammengestellt werden könnte. – Das Ergebnis dieses Wettbewerbes, das gerade jetzt seiner Vollendung entgegen geht, beweist, daß man auf dem Holzweg war, daß man an ein funktionierendes, relativ kleines, flexibel zu nutzendes Verwaltungsgebäude gedacht hatte, aber das, was ein Kanzleramt wirklich ausmachte, überhaupt nicht berücksichtigt hatte. Heute nämlich präsentiert sich der Bau, der mit Recht als 1. Preis aus dem Wettbewerb hervorging, als das, was verlangt war: als ein nobler, sauber detaillierter, sicher auch gut funktionierender Verwaltungsbau, in dem Seifenprodukte ebenso auf höchster Ebene verwaltet werden könnten wie Stahlwerke, oder in der eine Top-Organisation der internationalen Wissenschaft residieren könnte.«<sup>44</sup>

Bezüglich der Wissenschaftsorganisationen, die in gleichartiger Architektur untergebracht werden könnten, ist die Bebilderung von Peters' Essay höchst aufschlussreich. Über einer Luftaufnahme des Kanzleramtes wurde eine Fotografie von Ludwig Mies van der Rohe Campusbauten des Illinois Institute of Technology in Chicago abgedruckt (Gebäude der Architekturfakultät, 1939, vgl. Abb. 59). Im Text benennt Peters weitere große Vorbilder für die Kanzleramtsarchitektur, nämlich Mies' Lake Shore Drive Apartments (Chicago, Illinois, 1948–51), das Seagram Building (New York, 1954–58) und die Bacardi-Verwaltung (Santiago de Cuba, 1958), für ihn allesamt Beispiele für bedeutungs- und zeichenfreie Architektur, die »in sich oder auch aus sich selbst heraus zu einem unverwechselbaren Monument seiner selbst emporstilisiert wird.«<sup>45</sup> Dieses Verfahren reiche, so Peters, jedoch für ein Gebäude zur Unterbringung der politischen Regierungsgewalt nicht aus. Peters' Text markiert somit den Beginn einer politisch-architektonischen Symbolsuche, die offenbar durch die Wettbewerbe für die Parlamentsneubauten stärker entfacht und auf den Kanzleramtsbau rückübertragen wurde. Der Text schließt mit einer Reflexion über den Status und die Verantwortung des Architekten in der Gesellschaft, was etwas überzogen erscheint. Peters befürchtet, dass den Architekten der Planungsgruppe Stieldorf unberechtigte Häme entgegenschlagen könnte und betont noch einmal, für das bauliche Ergebnis sei in erster Linie das Raum- und Funktionsprogramm des Wettbewerbes verantwortlich zu machen, nicht der Entwurf. Peters' Aussage lässt sich so zusammenfassen, dass die Architekten hochwertige Architektur im Stile des großen Mies van der Rohe geliefert hätten. Doch dieser internationale Modernismus sei für die Bauaufgabe Bundeskanzleramt ungeeignet, da seine Formensprache von Bildlichkeit, Symbolen und Gefühlen entleert und damit zu beliebig sei.

Dies ist ein wichtiger Schlüssel zur Rezeptionsgeschichte des Kanzleramtsgebäudes: Peters' Anerkennung für die Qualität des Architekturentwurfs erfolgt explizit abgelöst von der Funktion des Gebäudes als Kanzleramt, denn der Kritiker hält die Unterbringung des Kanzleramtes in dieser Architektur für entschieden unpassend. In den Mittelpunkt rücken durch diese Volte die Verfahrens- und Entscheidungsprozesse rund um das Zustandekommen des baulichen Ergebnisses sowie die Defizite bei der Verständigung über das Wesen von Staatsarchitektur im Vorfeld. In diesem Zusammenhang kommt es zu der Bewer-

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Ebd.

tung, auch durch den kenntnisreichen, kompetenten und wohlwollenden Kritiker, dass der Kanzleramtsneubau in entscheidender Hinsicht, nämlich als Staatsbau, als defizitär anzusehen ist – eine Einschätzung, der nie ernstlich widersprochen worden ist.

Die dritte Rezension zum Neubau stellt einen Bezug zur Architektur der DDR her. Manfred Sack, der Ausnahmekritiker der »Zeit«, besprach den Kanzleramtsneubau gemeinsam mit dem fast zeitgleich fertiggestellten Palast der Republik in Ost-Berlin (Heinz Graffunder, 1973–76) in einer Doppelrezension.<sup>46</sup> Der Vergleich mit dem sozialistischen Volkspalast bereichert und schärft seine Analyse. Wie Bode und Peters war Sack mit der Planungs- und Baugeschichte des Kanzleramtes vertraut, denn er schreibt es korrekt dem »hemdsärmelige[n] Ehmke«<sup>47</sup> als politischen Bauherrn zu. Im Vergleich zum Palast der Republik, der ihn an den Geist Albert Speers erinnert, gefällt ihm das Kanzleramt besser, aber in Ost-Berlin bewundert er, dass der Bau »aus einem Guß« ist, »er beherrscht eine bestimmte Gebärdensprache, und er ist durchkomponiert«.<sup>48</sup> Dagegen offenbare das Kanzleramt eine

»absolute Unerfahrenheit im Umgang mit den Mitteln der Repräsentation. Sie zeigt sich am deutlichsten in einer unentschlossen wirkenden, viel zu schmalen, deswegen auch hinderlichen und prosaischen Treppe, die vom Erdgeschoß in die Kanzleretage führt. Die namentlich für öffentliche Bauten gepriesene Sparsamkeit hat hier ihr Ergebnis: Architekten beherrschen nicht mehr die repräsentativen Gebärden, wie sie unzählige historische Gebäude zeigen.«<sup>49</sup>

Jenseits dieser Einschränkung erkennt Sack die gestalterische Leistung der Architekten jedoch an:

»Und es ist eins der letzten, mit Verve probierten Beispiele des sogenannten ›internationalen Stils«, der die Architektur reduziert auf Material und Proportion: Sie will selbst nichts ausdrücken, sie will nur das Gehäuse sein, das seinen Benutzern (politischen) Ausdruck erlaubt.«<sup>50</sup>

Die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf seien allesamt ausgezeichnet, verbänden sicheres Stilgefühl mit handwerklicher Solidität.<sup>51</sup> Auswahl und Verarbeitung der Materialien, gewissenhafte Durchformung der Details hebt Sack lobend hervor. Allgemein sei das Gebaute »beinahe makellos«. Die dunkle Fassade füge sich in den Park hervorragend ein und lasse das weiße Palais »ungestört wirken«.<sup>52</sup> Lediglich die Außenanlagen hält Sack nicht für gelungen, weil sie die Geometrie fortsetzen anstatt diese zu kontrastieren. Insgesamt, was aber der politischen Vorgabe entspreche, spiele das neue Kanzleramt seine Qualitäten herunter:

»Es will nur praktisch sein, möglichst gar nicht gesehen werden. Es ist haargenau das Produkt einer bestimmten Vorstellung von effektiver Regierung und Regierungsverwaltung, einem Verwal-

<sup>46</sup> M. SACK, Balast, 1979.

<sup>47</sup> Ebd., S. 106.

<sup>48</sup> Ebd., S. 107.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Ebd., S. 105.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 106.

<sup>52</sup> Ebd., S. 106.

tungsapparat, der reibungslos funktionieren soll, um dem Kanzler den Kopf frei zu halten und ihn zum Regieren zu präparieren.«<sup>53</sup>

Das Gebäude nun jedoch umzudekorieren, wie Schmidt es begonnen hatte, bezeichnet Sack als Fehler und vermutet, Schmidt sei schlecht beraten worden:

»Das Arbeitshaus soll nun gemütlich werden, es soll Kultur kriegen, es soll eine Art Kurzstrecken-Museum werden: etwas Expressionismus, etwas deutsche Landschaft, auch ›problematische Stadtlandschaften‹, auch deutsche Köpfe und allerlei in Vitrinen, das mit Schaubildern und Dokumenten gleich die menschliche Entwicklung, so sie sich auf deutschem Boden abgespielt hat, vom Neandertaler bis zum Grundgesetz repetieren soll.«<sup>54</sup>

Sack arbeitet Qualitäten wie Mängel der Architektur detailliert heraus. Hierfür nimmt er einen distanziert-analytischen Blick ein, sodass sein kennerschaftliches Auge die Architektur unbefangen wahrnimmt. Die Wettbewerbsvorgaben in all ihrer Funktionalitätsorientiertheit stellt er zwar infrage, beurteilt aber die realisierte Architektur weiterhin – und mit dieser Haltung ist er der einzige Kritiker auf weiter Flur – nach ihren formalen Qualitäten. Sacks Besprechung thematisiert auch bereits die Kunstaussstattung, ein Beleg für die untrennbare Verbundenheit der Rezeptionsgeschichte des Neubaus mit der nachträglichen Ausstattung durch Schmidt.

Eine vierte Besprechung erschien unmittelbar nach der Schlüsselübergabe im Juli 1976 in der Süddeutschen Zeitung.<sup>55</sup> Die Kunstkritikerin Doris Schmidt führt den Leser auf einem Rundgang durch das Haus wie beim Sightseeing und liefert zahlreiche Detailinformationen über Deckenhöhen und Größe der Büros, vermischt mit Betrachtereindrücken im Reportagestil. Von außen wirke der Bau wie ein »düsterer Käfig«, da die äußere Stützenstellung die im Amt Tätigen darin einsperre. Der umlaufende Zaun verstärke den »abweisende[n] Charakter«. Zwischen Flächenausdehnung, Massivität der Stützen und der niedrigen Höhenentwicklung bestehe ein Missverhältnis der Proportionen. Im Innenbereich könne die technische Ausstattung, welche »schnellste Information« im Haus bietet, nicht mit der sonst vorgefundenen Gewöhnlichkeit der Büroarchitektur versöhnen. »Das rationale System der inneren Zusammenhänge bietet sich dem Besucher wie dem Insassen nahezu akzentlos, wenn man einmal von den Lichtsäulen von Ris am Eingang zum Pressezentrum und von dem großen Drehobjekt von Luther in der Eingangshalle absieht.«<sup>56</sup> Irritation stellt sich bei der Autorin ob der gedeckten Farbpalette im Innenausbau ein:

»Wo, so fragt man sich, steht eigentlich geschrieben, daß äußerst rationalisierte Organisation mit einem auf ›Gesamtkunstwerk‹ hinauslaufenden farbigen Einerlei (...) gekoppelt sein muß? Jedenfalls setzt sich die Düsternis der Außenansicht im Innern breiig fort. [...] Muß die Umgebung von Regierenden vor allem düster sein und dunkel? Hängt Würde an dunkler Eiche, an schwer wirkendem Mobiliar? Freilich, die Wandflächen bestehen rundum aus Glas, aber die Vorstellung vom Käfig für große Tiere, die angesichts der Gitter müde werden könnten, überwiegt.

<sup>53</sup> Ebd., S. 105.

<sup>54</sup> Ebd., S. 107.

<sup>55</sup> D. SCHMIDT, Käfig, 1982.

<sup>56</sup> Ebd., S. 29.

Dem Bau fehlt, was zum Wesen solcher Bauten gehört, es fehlt ihm die Leichtigkeit, ja, man hat sogar alles getan, sie zu verbergen.«<sup>57</sup>

Und so schließt die Autorin, »ein vitales Element«, das Schmidts Tafelbilder von Expressionisten in das Haus gebracht hätten, sei tröstlich, weil es der Architektur fehle.

Doris Schmidts gesamter Text vermittelt implizit – es wird nicht offen ausgesprochen –, dass die Kritikerin von einem Kanzleramt etwas anderes erwartet als von einem gewöhnlichen Verwaltungsgebäude, ohne dass dieses »andere« qualifiziert würde. Sie verbleibt im Allgemeinen und bemängelt fehlende »Leichtigkeit«. Der insgesamt düstere und abweisende Eindruck ist für ihre Bewertung nicht ausschlaggebend, sondern Akzentlosigkeit, Alltäglichkeit und eine nichts Unerwartetes bietende Gestaltung. Ausnahmen von dieser Regel gefallen ihr jedoch auch nicht: »Die Besucherstühle sind gepolstert, so giftig grün, daß es einem in den Augen schmerzt.«<sup>58</sup>

Die Werke der Expressionisten hingegen, die teilweise schon vor der Eröffnung hingen und daher auf dem Presserundgang zu sehen waren, wirkten auf die Kritikerin wie ein Kontrapunkt zur reduziert-einfachen Architekturform und der gleichförmigen Innenarchitektur. Viele der Werke auf der Kanzler- und Kabinettebene zeigten dramatische Landschaftsszenarien oder Stilleben in leuchtenden, kräftigen Farben, hinzu trat die abstrahierende, aber stets figurative Darstellungsweise. Auch Manfred Sack hatte zur Kontrastierung des Geometrischen geraten, um die Wirkung nicht abstupfen zu lassen, bezog dies aber auf die von den Innenräumen aus sichtbare Parkumgebung. Die Expressionisten im Kanzlerflügel hellen also die Stimmung der Kritikerin auf. Doch so erzeugen die hier vorgestellten frühen Architekturrezensionen ein Gefälle: Die für die Architektur charakteristischen dunklen, gleichförmigen und kantigen Züge, gegen die Kanzler Schmidt die Expressionisten hängte, werden im Kontrast zu den Bildern geradezu diffamiert. In dem Maße, in dem die Farbigkeit und Lebendigkeit der Bilder gelobt wird, wirkt die düstere Architekturform unattraktiver und abstoßender. Dies ist die wesentliche rezeptionssteuernde Ausgangssituation für die Architektur.

### 1.3 *Das Kanzleramt im Bild*

Architekturfotografien liefern einen weiteren, ganz eigenen Zugang zur Wahrnehmungsgeschichte des Kanzleramtsneubaus. Sie flankierten die Besprechungen in Presse und Architekturkritik und waren vielleicht sogar noch wirksamer bei der Imageprägung als die Texte selbst. Denn die Regierungszentrale war nie ein öffentlich erlebbarer oder besuchbarer Ort, von dem die Bundesbürger einen persönlichen Eindruck hätten gewinnen können. Nie fanden vor dem Kanzleramt Schlusskundgebungen von Demonstrationen statt. Die versammelten sich stattdessen auf der Rasenfläche des Hofgartens im Bonner Stadtzentrum vor dem Poppelsdorfer Schloss. In kollektiver Erinnerung ist hier insbesondere das Großereignis des Protestes gegen den NATO-Doppelbeschluss im Jahr 1982, der

<sup>57</sup> Ebd., S. 29.

<sup>58</sup> Ebd.

Hunderttausende nach Bonn ziehen ließ, aber nicht vor das Kanzleramt, in dem diese Politik gemacht wurde.

Das Kanzleramt als Ort der Politik wurde vor allem medial über Fotografien und das Fernsehen vermittelt. Es ist daher konsequent, die Wahrnehmung der Architektur mit der Analyse seiner zweidimensionalen Abbilder zu verknüpfen. Da die Fotografien die Architektur auf je bestimmte Weise ins Bild setzten, ist ein Rückschluss darauf möglich, welche formalen Eigenschaften des Gebäudes die Fotografien besonders herausstellen oder bemänteln wollten. Alle fotografischen Positionen zusammengenommen weisen letztlich darauf hin, dass es mit der Ansichtigkeit des Gebäudes ein Problem gab, das man auf bildlicher Ebene durch verschiedene Strategien zu bewältigen suchte: Die Architektur erhielt in der Fotografie dann Dekorationen, erlebte Transformationen, oder es wurden Ersatzsujets etabliert. Der folgende Abschnitt arbeitet dies heraus, in dem die fotografischen Anzeigen des Kanzleramts analysiert und kategorisiert werden.

Am Anfang jeder bildlichen Architekturdokumentation aus Zeiten vor den dreidimensionalen Computer-Simulationsverfahren stehen die Fotografien der Architekturmodelle. Zum Wettbewerb im Jahr 1971 war ein blütenweißes Modell gebaut und eingereicht worden, das entsprechend den Vorgaben der Ausschreibung die schematisierte Kubatur des Neubaus in das ebenfalls weiß dargestellte stadträumliche Umfeld einzuordnen erlaubte.<sup>59</sup> Fotografien davon wurden nach dem Wettbewerb vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ausgegeben und entsprechend häufig in der Berichterstattung reproduziert (siehe Abb. 30). Doch gerade aus diesem Pressefoto des Modells geht ein wesentlicher Trumpf des Entwurfs nicht hervor, mit dem die Entwerfer die Wettbewerbsjury überzeugt hatten: Als einzige Teilnehmer im Wettbewerb verdeutlichten sie in Ansichtszeichnungen – die noch an zart gegliederte Fassaden im Stil Egon Eiermanns denken ließen – das Größenverhältnis des etwas höher aufragenden Palais Schaumburg im Park und des nahe gelegenen, nur zwölf Meter hohen, sich unterhalb der Baumkronen ausbreitenden Neubaus (siehe Abb. 29). Der Neubau würde das weiße klassizistische Palais ungestört wirken lassen. Während die Architekturfachzeitschriften diese Ansichtszeichnungen und Grundrisse zeigten, sahen Leser der Tagespresse fast ausschließlich das undetaillierte, etwas plump wirkende Foto des weißen Modells.<sup>60</sup>

Ein schwarzes Ausführungsmodell entstand um 1973 und wurde aus verschiedenen Perspektiven fotografiert (Abb. 87). Erst dieses Modell verdeutlichte den Farbkontrast zwischen weißem Palais Schaumburg und dunkler Neubaufassade. Fotografien hiervon wurden jedoch äußerst selten veröffentlicht, stattdessen erschienen weiterhin, auch noch

<sup>59</sup> Leider ist keines der Architekturmodelle erhalten (Gespräch mit Georg Pollich am 25. Februar 2011, Königswinter). Zu einem späteren Zeitpunkt entstand ein Modell vom Bonner Kanzleramt, das heute Besuchergruppen des Berliner Bundeskanzleramtes präsentiert wird.

<sup>60</sup> Einzige Ausnahme ist der Artikel »Ein Hauch von Hoheit« von Eberhard Schulz, der die Ansichtszeichnung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19.8.1971, S. 18, abdruckte. Die Bonner Tageszeitungen zeigten dagegen ereignisbezogene Gruppenbilder von der Preisrichterjury oder den Architekten der Planungsgruppe Stiefdorf, jeweils mit dem Modell des Siegerentwurfs in Händen.



Abb. 87 Ausführungsmodell Bundeskanzleramt in Schwarz.

im Jahr 1973, Berichte, die das weiße Wettbewerbsmodell zeigten.<sup>61</sup> Die Fotografie des schwarzen Modells, die aus Untersicht aufgenommen wurde und der Bundesbauverwaltung vorlag, simulierte eine täuschend echt wirkende Fassadenansicht, die dem später Gebauten bereits sehr nahe kommt und doch entscheidende Unterschiede aufweist: Die Ausleuchtung lässt alle Formen scharf geschnitten und klar hervortreten. Die umlaufenden Außenstützen sind kräftig ausgeprägt, erscheinen nicht mehr als die zarten Stege, die in der Ansichtszeichnung aus dem Wettbewerb zu sehen gewesen waren. Dabei sind die Stützen aber schlanker als in der realisierten Fassung. In der Fotografie ist ein spätfunktionalistischer Wiedergänger der Mies van der Rohe-Bauten zu erahnen. Er wirkt hier zart und leicht. So veränderte sich die bildlichen Repräsentation des Baus bis zu seiner Ausführung erheblich: In der Entwurfsphase evozierten Ansichtszeichnungen einen Bau Eiermann-Stil, die der breiten Öffentlichkeit jedoch kaum präsentiert wurden, da hier das nicht mehr als einen Schemen zeigende Foto des weißen städtebaulichen Modells gezeigt wurde. Das Ausführungsmodell vollzog den Wechsel der Fassadenfarbe zum Dunklen und wartete mit Mies van der Rohe-Qualitäten auf. Der tatsächliche Bau sollte hingegen die zeitgenössische kompakte Architektursprache des Brutalismus ausprägen, erdgebunden und kraftstrotzend.

Nach Fertigstellung des Gebäudes machten Luftaufnahmen den größten Teil der Bildberichterstattung zum Kanzleramtsneubau aus. Diese Aufnahmen von einem erhöhten Betrachterstandpunkt konnten vom Hotel Steigenberger aus gemacht werden. Das Ho-

<sup>61</sup> Zum Beispiel: BAUBEGINN ANFANG DEZEMBER, 1973. – Eine Fotografie eines weißen, detaillierten Ausführungsmodells, das neben dem Modell in Schwarz existiert haben muss, illustrierte den Artikel W. Krüger: Bonn lockte mit Millionen. Künstlerwettbewerb zum Neubau des Bundeskanzleramtes. Kalte Dusche für die Kunst, in: Rhein-Sieg-Anzeiger, 28./29.6.1975.

telhochhaus auf der gegenüberliegenden Seite der Adenauerallee erlaubt einen Überblick über den Park des Palais Schaumburg bis hin zum Rhein (siehe Taf. 5). Geradezu kanonisch wiederholte sich in den vielen Varianten dieser Aufnahme der folgende Bildaufbau: Im Bildvordergrund quert mehrspurig die Hauptverkehrsachse, und dahinter liegt, vor der Kulisse des Uferhanges auf der anderen Rheinseite, das Kanzleramt in leichter Aufsicht. Die gezeigte Fotografie aus dem Bestand der Bundesbildstelle dokumentiert den Kanzleramtsneubau in sämtlichen Eigenveröffentlichungen des Bundes.<sup>62</sup> Noch 2006 wurde diese Ansicht für die »Geschichte der bildenden Kunst in Deutschland« ausgewählt.<sup>63</sup>

Abweichende Ansichten von diesem bald etablierten Bildstandard wurden selten publiziert. In einer Fachzeitschrift erschien kurz nach Fertigstellung eine Luftaufnahme, die den Blickwinkel vom direkt am Rheinufer gelegenen Abgeordnetenhochhaus wählte: Eingangsvorplatz und das versetzt dahinter liegende Palais Schaumburg sind gut erkennbar (Abb. 88).<sup>64</sup> Die wimmelnde Kleinteiligkeit des Verkehrs- und Wohnhäusermeers im Mittel- und Hintergrund wirkt jedoch unruhig und provinziell – vielleicht der Grund, warum diese Bilder, welche die Bundesbildstelle ebenfalls zur Verfügung stellen konnte, selten zum Abdruck ausgewählt worden sind. Somit ist hier auch ein kollektiver bildredaktioneller Selektionsprozess aufgerufen, denn auch wenn Fotografien verschiedener Ansichten zur Verfügung standen, wählten die Verantwortlichen immer wieder dieselbe Luftansicht aus.

Der Blick von oben ist vermutlich deswegen so häufig für Publikationszwecke ausgewählt worden, weil nur der von oben blickend sichtbare gitterförmige Grundriss eine wiedererkennbare Form im Bild erzeugt. Der Kanzleramtsneubau bietet an der Fassade keine markante Hauptansicht, sondern sieht rumherum gleich aus. Zudem sind sämtliche ebenerdigen Betrachterstandpunkte für eine Aufnahme problematisch: Die niedrigen langgezogenen Bauteile lassen sich nur mit Weitwinkelobjektiv ins Bild bannen. Die Autoren eines Architekturführers entschieden sich sogar dafür, neben dem Grundriss die Fotografie einer Gebäudeecke abzubilden, also einen kleinen Ausschnitt aus der Fassade zu zeigen, der als Verweis für das Wiederkehrende ausreichen muss.<sup>65</sup>

Mit diesem Vorgehen vermieden sie zumindest, die zu ebener Erde aufgenommene Ansicht abzudrucken, die wiederholt in der Bonner Tagespresse dokumentierte, dass der Bau, betrachtet vom Verkehrsstrom auf der Adenauerallee, keine repräsentative oder attraktive Wirkung entfaltet (Abb. 89). Da die Architektur wegen des Geländeversprungs deutlich unter dem Straßenniveau und auch relativ weit von der Straße entfernt liegt, wirkt sie winzig, belanglos und dem Straßenumfeld untergeordnet. In der gezeigten Fotografie, die dem Erleben von Autofahrern und Fußgängern vor Ort entspricht, ist sie schlicht kaum

<sup>62</sup> Beginnend mit der offiziellen Präsentation in der Zeitschrift »Die Bauverwaltung« (H. BOHNENKAMP, Bundeskanzleramt, 1976) bis hin zur halboffiziösen wissenschaftlichen Publikation I. FLAGGE/W.-J. STOCK, *Architektur und Demokratie*, 1992, welche bereits auf die Hauptstadtgeschichte Bonns zurückblickte, siehe insbesondere darin der Beitrag I. FLAGGE, *Provisorium als Schicksal*, 1992, S. 226.

<sup>63</sup> A. BARTETZKY, *Selbstdarstellung*, 2007, S. 437 (Abb. 20).

<sup>64</sup> K. P. WALTERSDORF, *Eisernes Haus*, 1977.

<sup>65</sup> A. DENK/I. FLAGGE, *Architekturführer Bonn*, 1997, S. 86.





Abb. 88 Bundeskanzleramt, Blick vom Abgeordnetenhochhaus nach Westen.



Abb. 89 Das neue Amt ist kaum zu sehen von der Kreuzung »Bundeskanzlerplatz« an der Adenauer-  
allee. Aufnahme August 1977.

zu sehen. Es ist zu fragen, ob solche Fotografien die Stimmung der Bonner gegenüber dem Kanzleramtsneubau lediglich ins Bild setzten, oder ob diese polemischen Fotografien ein weniger gutes Image des Kanzleramts erst erzeugten.

Eine noch despektierlichere Ansicht erzeugten die frühen Aufnahmen von Heinrich Klotz, die zudem in seinen nachweislich die Rezeption der Architektur prägenden Publikationen abgedruckt waren.<sup>66</sup> Klotz fertigte im Februar 1976, als der hellgrüne Bauzaun die Blicke auf den fast fertiggestellten Neubau nahezu vollständig abwehrte, eine Fotoserie an. Mit einem Farb- und einem Schwarzweißfilm probierte er verschiedene Betrachterstandpunkte.<sup>67</sup> Auf einem Bild wird die Hälfte der Bildfläche vom Bauzaun aus grünen Holzplatten mit roten Baustellenlampen als Farbakzenten eingenommen (siehe Taf. 2). Auf einer sehr ähnlichen Aufnahme im Querformat sind oberhalb des Zauns die drei Fassadenköpfe des Verwaltungsbaus voll sichtbar, wirken aber unkonturiert und plump vor wolkenverhangenem und somit gänzlich weißem Himmel. Die Variante in Schwarzweiß (siehe Abb. 4), mit etwas weiterem Winkel fotografiert, verschlagwortete das Bildarchiv Foto Marburg – wohl aufgrund der üppigen Stacheldrahtbekrönung und infolge fehlender Farbinformation über die Materialität des Zauns getäuscht – als Bundeskanzleramt »im Bau, hinter Mauer und Stacheldraht«. Wie intentional diese Assoziation zur deutsch-deutschen Grenze im Jahr 1976 war, als zeitgleich in Ost-Berlin der Palast der Republik fertiggestellt wurde, und welche Wirkung eine solche Bildunterschrift im wichtigsten deutschen Dokumentationszentrum für Architektur auf die Rezeption des Gebäudes entfaltet hat, kann nicht geklärt werden. Die Fehlleistung ist jedoch als symptomatisch anzusehen. Tendenziöser kann eine scheinbar sachliche Bildunterschrift einen Bonner Hauptstadtneubau, dessen Baustelle seinerzeit zu den bestgesicherten der Bundesrepublik gehörte, kaum vermitteln.<sup>68</sup>

Klotz publizierte eine Aufnahme der Serie, die er von etwas erhöhtem Betrachterstandpunkt aus über den Zaun hinüber gemacht hatte, bis 1984 immer wieder – acht Jahre nach Fertigstellung des Hauses (siehe Abb. 5). Basierend auf einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 1976, mit dem er das Foto erstmals publizierte, erschien schließlich 1984 die letzte Fassung seines Textes.<sup>69</sup> Das Gebäude steht hier aufgeständert wie in einer Sandkiste, und im Vordergrund kringelt sich der Stacheldraht über dem Zaun. Es hätte zu diesem Zeitpunkt längst vorteilhaftere Bilder gegeben, aber gerade die Blicke und Zutritt gleichermaßen abwehrende Ansicht, welche die Architektur im Umfeld einer Baustelle ohne Bezug zur Umwelt zeigt, entsprach der Stoßrichtung seiner Argumentation.

<sup>66</sup> Diapositive in der Diathek des Kunstgeschichtlichen Institutes Marburg (Signatur: La 3037/41). Dieser Fund ist Jörg Probst, Berlin, zu verdanken.

<sup>67</sup> Die Negative sind datiert auf Februar 1976. Da der Bauzaun im März 1976 entfernt wurde (vgl. Die Bretter fielen – Blick aufs Kanzleramt ist frei, in: *General-Anzeiger*, 18.3.1976) und der Bau mit vollständig montierter Fassade fortgeschritten wirkt, ist diese Datierung nicht anzuzweifeln.

<sup>68</sup> Zum Aspekt der Wehrhaftigkeit der Mauer als Grenzsicherungsanlage siehe auch M. DIERS, *Mauer*, 2008.

<sup>69</sup> H. KLOTZ, *Ikonologie einer Hauptstadt*, 1984, S. 401; erste veröffentlichte Fassung dieses Textes: *Repräsentation – aber wie? Ikonologie der Hauptstadt (I): Bonner Staatsarchitektur. Das neue Bundeskanzleramt*, in: *Frankfurter Rundschau*, 1.7.1976.

Klotz' Bildproduktion und -verwendung enthält zwei Bildwirkungen zugleich. Sie dokumentiert eine Problematik, die sie medial noch verstärkt. Der Architekturkritiker zielt mit seinem Foto des Kanzleramtes zudem über diese spezifische Architektur hinaus, und zwar auf die in seinen Augen in Gänze misslungenen Bonner Staatsarchitektur. Das Kanzleramt wird zum Stellvertreter für ein Bonner Bauproblem stilisiert.

Deutlicher als mit einer derart »vernagelten« Ansicht mit Baustellenzaun können Fotografien aus der Hand eines einflussreichen Architekturkritikers und Kunsthistorikers nicht Zeugnis einer Haltung ablegen. Der Fotograf weigerte sich ganz offensichtlich, überhaupt einen genaueren Blick auf das Entstehende zu werfen. Die mediale Vermittlung des Gebäudes im Kontext des Klotz-Essays hat die Architektur gewissermaßen verstellt und insbesondere den Blicken der Architekturhistoriker wirkungsvoll und langfristig entzogen.<sup>70</sup>

So wie bei Klotz' Fotografien der Bauzaun in den Bildvordergrund gerückt ist, sind auch die meisten weiteren Fotografien, die keine Luftaufnahmen sind, durch Zaunanlagen, andere Bauten, Bäume, blühende Pflanzen im Vordergrund oder alles auf einmal verstellt. Sehr oft nutzten Fotografen die Lage in der historischen Parkanlage aus, sodass Bäume und Sträucher, Rasenflächen und Blumenbeete jahreszeitliche Farbe und vegetative Formen ins Bild bringen (Taf. 9). Meist kommt dann die Architektur nur ausschnitthaft und im Mittel- oder gar Hintergrund ins Bild. Sie präsentiert sich beiläufig hinter farbenprächtigere Bepflanzung, frühlingshaften Rabatten oder romantischen blühenden Zweigen, welche in der Regel mehr als die Hälfte der Bildfläche im Bildvordergrund füllen (Taf. 10). Diese Bilder zeigen ein Bemühen, mit Hilfe der bunten Vegetation den dunklen sachlichen Bau weich und freundlich zu inszenieren.

In der Fernsehberichterstattung über das politische Geschehen im Zentrum der Regierung kam das Kanzleramt oft gar nicht ins Bild. Stattdessen erschien das erhöht gelegene Wachhäuschen stellvertretend für den Blick auf das Gebäude. Kameras drehten das Ein- oder Ausfahren von dunklen Limousinen. Das Wachhäuschen rückte so geradezu in den Rang eines Architektur-Substitutes. Diese Rezeption wurde retrospektiv in einer monumentalisierenden Aufnahme in Untersicht von der Fotografin Gabriele Kahnert dokumentiert (Taf. 4).

In eine ähnliche Funktion trat ab 1979 die Plastik »Large Two Forms« des britischen Bildhauers Henry Moore, die Helmut Schmidt dort hatte platzieren lassen.<sup>71</sup> Sie erscheint seit ihrer Aufstellung auf dem zur sanft gehügelten Rasenfläche umgestalteten Vorplatz auf den meisten Fotografien des Bundeskanzleramtes (Taf. 11, Abb. 90 und 91). Die Moore-Plastik lebt von der Mehrsichtigkeit und dem Oberflächenglanz der Goldbronze, die

<sup>70</sup> Auf Heinrich Klotz' großen Einfluss auf die Architekturgeschichtsschreibung hat Klaus Jan Philipp zuletzt hingewiesen. Klotz' »Funktionalismuskritik«, seine Kritik am »Bauwirtschaftsfunktionalismus«, an Großsiedlungen, modernistischem Epigonentum und an einer »Verwissenschaftlichung der Architektur« sei einseitig auf die Durchsetzung der von ihm befürworteten postmodernen Architektur hin ausgerichtet gewesen und habe andere Architekten, auch die Scharoun-Schüler, mit Nichtachtung gestraft. Dies habe bis heute Auswirkungen auf die Bewertung ihrer Bauten. Vgl. K. J. PHILIPP, *Leitbildentwicklung*, 2011, S. 25. – Die von Klotz promoteten Architekten ausführlich präsentiert in: H. KLOTZ, *Gespräche*, 1977.

<sup>71</sup> Zur Aufstellung der Plastik ausführlich unten, Kap. IV.3.2.



Abb. 90 Wilfried Bauer: »Large Two Forms« rahmt wie ein dunkles Passepartout einen Ausschnitt des Bundeskanzleramtes. Aufnahme um 1979.

vor dem dunklen Hintergrund der Hausfassade besonders gut zur Geltung kommt. Die Großplastik verschob nicht nur den Bezugspunkt der Fotografen, sie hatte auch einen hohen Wiedererkennungswert. Kameraleute waren sichtlich froh um diesen neuen visuellen Haltepunkt und erprobten immer neue Durchblicke, Anschnitte und Verdeckungen. Dabei wurde die Architektur endgültig zum Bildhintergrund degradiert; sie verschwand bald fast vollständig aus ihrer eigenen fotografischen Repräsentation – ein bemerkenswerter Prozess für einen staatstragenden Bau, der noch detaillierter analysiert sein soll.

In einer Broschüre, die seit 1985 an Amtsmitarbeiter verteilt wurde und über Baugeschichte und Funktionsweise der technischen Ausstattung informierte, ist eine als typisch zu bezeichnende ganzseitige Fotografie des Kanzleramtes mit Moore-Plastik enthalten (Abb. 91).<sup>72</sup> Abteilungsbau und Kanzlerflügel rahmen im Hintergrund und links den Bildausschnitt. Das untere Bilddrittel wird von der sanft gehügelten Rasenfläche des Vorplatzes eingenommen. Im Bildvordergrund verdecken dunkle Kastanienblätter an dünnen Zweigen gut die Hälfte der oberen Bildfläche entlang der Bilddiagonalen. Während der Bildmittelpunkt leere Rasenfläche zeigt, liegen Sonnenglanz und Schärfe, im Kontrast zur dunklen Bildzone des Kastanienlaubes, auf der rechts außen im Bild liegenden Plastik. Dank Licht- und Schatteneffekten wirkt sie vor der weniger profiliert erscheinenden Hausfassade im Hintergrund dreidimensional, erkennbar zweiteilig und doch kompakt und massiv. Sie erreicht optisch annähernd die Höhe des Kanzlerflügels, gibt zusammen mit der Bilddiagonalen dem Bild einen Gewichtsausgleich nach rechts und

<sup>72</sup> Vgl. Das Bundeskanzleramt. Informationsschrift für Amtsangehörige, hrsg. vom Chef des Bundeskanzleramtes. Redaktion: Referat für den Inneren Dienst. Bonn, im Dezember 1985, unpag., BBR Bonn, Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«.



Abb. 91 »Large Two Forms« und Zweige im Bildvordergrund bilden die neue offizielle Ansicht des Bundeskanzleramtes.

wird zusätzlich durch eine Reihe weißer Fahnenmasten sowie höherer Baumkronen aus dem Park Schaumburg hinterfangen.

Man könnte bei dieser ausgewogen komponierten Fotografie wohlwollend von einer Wechselwirkung aus Architektur, Parkanlage und Bronzeplastik sprechen. Doch im Kontext mit den bisher besprochenen Fotografien überwiegt der Eindruck, dass man zu diesem Zeitpunkt ein Paradoxon perfektioniert hatte, nämlich in einer Ansicht des Kanzleramtsgebäudes möglichst wenig von seiner Architektur sichtbar werden und wirken zu lassen.

Die Moore-Plastik zierte auch das Coverfoto des 1982 erschienenen Bandes »Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste« (Abb. 92).<sup>73</sup> In dem Bild inszenierte der Fotograf Jupp Darchinger den Farb- und Formkontrast von Architektur und Plastik. Die »Large Two Forms« stehen auf einem schmalen grünen Rasenstreifen vor der Fassade des Kanzleramtes. Das Haus überragt die Plastik um eine Etage und füllt bei sehr engem Bildausschnitt etwa gleich viel Fläche wie diese. Die Fassaden schimmern auf der rechten Seite matt im Tageslicht, während sie im linken Bauteil, das sich vor den rechten schiebt und diesen überragt, tiefbraun und düster wirken. Die zweiteilige und doch massive Plastik

<sup>73</sup> Zu diesem für die Rezeption des Kanzleramtsgebäudes prägenden Bildband ausführlich unten, Kap. IV.3.3.

im Bildvordergrund wirkt optisch als Verbindung der wie aus zwei getrennten Bauteilen bestehenden Architektur. Der Himmel – der als weiße Fläche den Buchtitel in halbfetter schwarzer Serifenschrift aufnimmt – wirkt, als sei er freigestellt worden, da hinter der Architektur keine Hinterfangung wie Bäume oder Bebauung an der Adenauerallee zu sehen ist. Dies zusammen mit der starken Ausschnitthaftigkeit lässt die Fassaden wie platte, unräumliche Kulissenschieberei wirken. Man meint, die beiden Bauelemente könnten jederzeit nach links und rechts auseinandergezogen werden oder nach hinten wegkippen. Ganz anders die Moore-Plastik: Ihre polierte Oberfläche glänzt und reflektiert das Licht changierend in den Farben sonnengelb, rötlich, bräunlich und bronzefarben. Die runden anthropomorphen Formen evozieren Assoziationen an Knochenstrukturen und Gelenke. Der stabile, feste Eindruck überwiegt hier den der weichen, weiblichen Körperformen, welche die Plastik in ihrer Vielansichtigkeit ebenso enthält. Die Fotografie vermittelt ihre ästhetischen Qualitäten Helligkeit, Glanz, kraftvolle Kompaktheit und Raumwirkung, während der Verwaltungsbau im Bildhintergrund in die Zweidimensionalität reduziert ist.

Die Verdrängung der Architektur aus dem Bild durch Verstellung und Enträumlichung hatte damit noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht. 1997 publizierte die Kunsthistorikerin Silke Wenk eine kleinformatige Monografie, in der sie »Large Two Forms« am politischen Aufstellungsort ikonologisch deutete.<sup>74</sup> Das in nahezu jeder deutschen Fachbibliothek vorhandene Büchlein gehört zur Standardliteratur zu Kanzleramt und Bundeshauptstadt Bonn – es wird bei topografischer Bibliotheksaufstellung der Literatur zu Bonner Regierungsbauten zugeordnet –, obwohl es darin nicht um Architektur geht, sondern um die Symbolik des Kunstwerkes. Das Kunstwerk wurde damit auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Substitut des Kanzleramtes.

Die zur Verfügung stehende Fläche für eine Coverabbildung ist durch das kleine Buchformat begrenzt (Abb. 93). So wurde ein sehr enger quadratischer Bildausschnitt gewählt, der vom hinterfangenden Gebäude lediglich einige mit Sonnenlamellen verschlossene Fenster sichtbar werden lässt, und sogar die Plastik passt nur noch im Anschnitt ins Bild. Die Begrenzung des Bildausschnittes konvergiert mit der inhaltlichen Fokussierung des Textes, ähnlich wie beim Bildband »Kunst im Kanzleramt«. Die starke Rezeption der Kunstwerke auf dem Kanzlergelände ist bezeichnend: Ihnen widmen sich ganze Publikationen, während keine einzige die Architektur thematisiert. Dieses Fehlen von Literatur zu einem unsichtbar gewordenen Gebäude fällt aufgrund der Existenz der Bände über die Kanzleramtskunst an Ort und Stelle in den Bibliotheken noch nicht einmal auf Anhieb auf.

Die Fotografien des Kanzleramtsneubaus belegen und dokumentieren eine Rezeptionsentwicklung, die sie selbst mit erzeugt haben. Die Architektur wurde in der von der alltäglichen Ansicht völlig abstrahierenden Luftansicht gezeigt, hinter Zaunanlagen versteckt, in der Parkumgebung hinter Bepflanzungen marginalisiert, im Bild enträumlicht, in den Hintergrund gesetzt oder gar durch Substitute ersetzt, insbesondere durch die Moore-Plastik. Schließlich fiel sie gar ganz aus dem Bildausschnitt heraus, und die Plastik avan-

<sup>74</sup> Siehe S. WENK, *Large Two Forms*, 1997.



Abb. 92 Erschienen München 1982.

Abb. 93 Erschienen Frankfurt am Main 1997.



cierte zum zeichenhaften Verweis auf das unsichtbar gewordene Gebäude. Zugleich konvergiert diese in den Fotografien sichtbare Entwicklung mit einer Ausklammerung aus der Architekturgeschichtsschreibung der Bundeshauptstadt Bonn. Diese Beobachtungen verweisen auf eine konfliktrichtige Rezeption, die in den 1980er Jahren, nach Aufstellung der »Large Two Forms«, gänzlich abbrach, eine Entwicklung, die weiter vertieft werden soll.

#### 1.4 *Öffentlichkeitsarbeit des Nutzers*

Das Verschwinden der Architektur aus dem Bild, das im vorangegangenen Kapitel verdeutlicht wurde, wirft die Frage nach den Ursachen auf. Wie war ein Konsens über die Nichtbildwürdigkeit der Kanzleramtsarchitektur entstanden? Wer trug ihn mit? Und worauf genau bezog sich die Ablehnung überhaupt?

Mit Ehmkes Abschied vom Kanzleramt waren Ende 1972 die von der Fachzeitschrift »Bauwelt« als »Technokraten« bezeichneten Akteure von der Bildfläche verschwunden.<sup>75</sup> Es fehlte nun diejenige politische Persönlichkeit, die das Bauprojekt angestoßen hatte, und es rückte auch niemand an ihre Stelle. Ehmkes Amtsnachfolger identifizierten sich nicht mit dem Bauprojekt. Die weiter oben vorgestellte charakteristisch verhaltene Resonanz in der Architekturkritik korrespondierte mit der seit Ehmkes Abgang geradezu defensiven

<sup>75</sup> U. CONRADS, Gut erfüllt, 1971, S. 1257.

bis kontraproduktiven Öffentlichkeitsarbeit durch das Kanzleramt in Sachen Neubau. Die Kommunikationsstrategie des Amtes lässt sich für den Zeitraum nach dem Wettbewerbsentscheid in drei inhaltlich und strategisch voneinander verschiedene Phasen einteilen, welche unter anderem durch Wechsel an der Amtsspitze markiert wurden. Unter das Rubrum »Öffentlichkeitsarbeit« fallen hier sowohl Selbstäußerungen der Amtsspitze gegenüber der Presse als auch die baubezogenen Feierlichkeiten wie der Erste Spatenstich, das Richtfest und die Schlüsselübergabe. Erkennbar entfaltet nach 1973 eine *Damatio memoriae* der als gescheitert geltenden politischen Planung ihre Wirkung. Ihr fiel das Image des Kanzleramtsprojektes, so die These, mit zum Opfer, da es aufs Engste mit diesem Konzept verbunden war. Es gehört zudem zur erstaunlichen Geschichte des Bauwerkes, dass es gezielte öffentliche Abwertung durch seinen Erstnutzer erfuhr. Helmut Schmidts berühmtes Verdikt, der Bau erinnere ihn an eine »Sparkasse«, stammt aus einem Fernsehinterview vom April 1976.<sup>76</sup> Schmidt hat diesen Vergleich auch nach dem Einzug in den Neubau immer wieder öffentlich gezogen, sodass der Begriff im Schrifttum zum Kanzleramtsneubau vielfach auftaucht und sich dauerhaft eingepägt hat.

In der ersten Phase der Öffentlichkeitsarbeit, die vom Wettbewerbsentscheid im Mai 1971 bis zum Baubeginn im November 1973 anzusetzen ist, vermittelten Kanzleramt und Bundesbaudirektion den Neubau als unbestreitbare Notwendigkeit zur funktionsfähigen Unterbringung des Amtes. Die Argumente aus Ehmkes Memorandum von 1970 blieben hierfür maßgeblich und wurden auch nach Ehmkes Abgang verlautbart.<sup>77</sup> Auf einer Pressekonzferenz im Juli 1973, kurz vor Baubeginn, fällt erstmals eine zwiespältige Haltung des Kanzleramtes gegenüber seinem neuen Dienstsitz auf.<sup>78</sup> Auf der Konferenz wurde zwar ein sechsseitiges Informationspapier zum Stand der Dinge ausgegeben, das ganze Passagen wortgleich aus Ehmkes Rechtfertigung des Neubaus übernahm.<sup>79</sup> Die drastischen Schilderungen über den »primitiv[en] und antiquiert[en] technischen Zustand« des Palais wurden sogar mit aktuellen Details des Verfalls ergänzt und dramatisiert: »Die Decke im Arbeitszimmer des Bundeskanzlers war im vergangenen Jahr durch Regen schadhaft geworden und mußte während seines Urlaubs repariert werden.«<sup>80</sup> Obwohl solche Zustände im Widerspruch zu einer repräsentativen Adresse stehen, verkündete Kanzleramtschef Grabert nun jedoch gegenüber Pressevertretern, nach Fertigstellung des neuen

<sup>76</sup> »Auf der anderen Seite ist er mir eigentlich zu landläufig geschäftsmäßig. Es könnte genausogut eine rheinische Sparkasse darin residieren oder der Giro- und Sparkassenverband oder eine Lebensversicherung.« Helmut Schmidt auf Fragen von Hans Joachim Reiche im ZDF am 18.4.1976, wiederabgedruckt in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 22.

<sup>77</sup> Der Chef des Bundeskanzleramtes: Organisation, Personalstruktur und Unterbringung des Bundeskanzleramtes, 8.3.1970, BArch B 136/41164 u. a. O. Zum Inhalt des Schriftstückes ausführlich siehe oben, Kap. I.1.3.

<sup>78</sup> Kanzleramtschef Grabert sowie Kern und Bobbert aus dem Kanzleramt und Bohnenkamp von der Bundesbaudirektion gaben Auskunft zum Stand der Dinge. BPA/CvD Stenographischer Dienst: Informationsgespräch 5. Juli 1973, 15 Uhr, Bundeskanzleramt, Thema: Neubau des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/41164.

<sup>79</sup> Bundeskanzleramt Pressereferat: Zum Neubau des Bundeskanzleramtes, frei für Samstagszeitungen, 5. Juli 1973, BArch B 136/41164.

<sup>80</sup> Ebd.



Amtsgebäudes werde das größte Gewicht weiterhin auf dem Palais Schaumburg als erster Adresse des Bundeskanzlers liegen. Er wollte damit offenbar die Bedeutung des neben dem kleinen Palais entstehenden Großbaus herunterspielen. Der künftige Nutzer hegte demnach schon vor Baubeginn zwiespältige Erwartungen. Grabert betonte, der Neubau werde im Vergleich zu Hochhauslösungen, welche die Vorgängerregierungen einmal erwogen hätten, vergleichsweise klein ausfallen. Wiederholt thematisierte er die Vorzüge des »schönen« Parks, der durch Niederlegung der Begrenzungsmauer zum Park der Villa Hammerschmidt noch vergrößert werden sollte. Im Park werde das Palais als repräsentativer Kanzlersitz wieder besser zur Geltung kommen, auch weil man die an das Palais angrenzenden Häuser II und III aus den 1950er Jahren abreißen könne.<sup>81</sup>

»Ich glaube, das wird ein wirklich angemessener Ausdruck der Staatsspitze der Bundesrepublik: Präsidentenpalais, Bundeskanzlerpalais in dieser *schönen* Landschaft, die nach den Gartenfesten jetzt allmählich auch den Bonnern wieder ins Gedächtnis gerufen wird. [...] wir bemühen uns, das alles in dieser *schönen* Parklandschaft mit ihrem alten Baumbestand zusammenzufassen. Darin drückt sich doch mehr aus als nur eine *schöne* Gegend.«<sup>82</sup>

Das Zitat verdeutlicht, dass Grabert nicht müde wurde, Schönheit, Qualität und den »historischen Aspekt« zu betonen, gerade auf letzteren lege auch der Kanzler »sehr großen Wert«. Das Erscheinungsbild der Staatsspitze hänge damit nicht allein an der Ästhetik des Neubaus, so die um Entdramatisierung des Bauprojektes bemühte Botschaft. In Graberts Darstellung wird die Bedeutung des Neubaus kleingeredet, während das von seinem Vorgänger Ehmke so geschmähte Palais plötzlich zu neuen Ehren gelangte. Zur zukünftigen Funktion des Palais befragt behauptete Grabert sogar kühn: »Das wird der Repräsentationssitz des Bundeskanzlers. Dort werden aber nicht nur Essen veranstaltet werden, sondern er wird dort eine Art Residenz haben, in der er zu Hause ist.« Nicht dass der Kanzler dort permanent einziehe, aber beim Weißen Haus in Washington sei es »eine einzigartige Möglichkeit für den Präsidenten«, dort »mit den Gästen ungezwungen einen Abend zu verbringen, ohne sich dann absentieren zu müssen.« Die konkrete künftige Nutzung des Palais beließ man hiermit zwar im Unklaren, aber als Ausgangsvoraussetzung für den Baubeginn ist diese konservative Botschaft bemerkenswert. Es erstaunt, dass von der Residenzfunktion im Palais die Rede ist, da Willy Brandt mit seiner Familie nie auf dem Gelände gewohnt hat, er zog noch nicht einmal in den als Kanzlerwohnung gedachten Kanzlerbungalow ein.

Das bereits erwähnte Informationspapier, welches bei der Pressekonferenz ausgegeben wurde, belegt zudem eine signifikante Korrektur der Planungsgeschichte, die als tabellarische Übersicht ausgehändigt wurde: Sie erwähnt zwar das Wirken des Quickborner Teams, doch der Name Horst Ehmke fällt im Zusammenhang mit der Entwicklung von Bauprogramm und Wettbewerbsvorbereitung nicht mehr. Befragt zu den ursprünglichen

<sup>81</sup> Die Häuser werden bis heute genutzt. Dank ihrer geschickten Anordnung beeinträchtigen sie optisch weder das Palais noch den Park.

<sup>82</sup> BPA/CvD Stenographischer Dienst: Informationsgespräch 5. Juli 1973, 15 Uhr, Bundeskanzleramt, Thema: Neubau des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/41164 [Hervorhebungen durch die Verf.].

Ehmkeschen Großraumbüros behauptete Grabert gar, es handele sich »um kein Projekt, das sogenannte Großraumbüros vorgesehen hatte. Vielmehr hat es sich eine flexibel gestaltbare Inneneinrichtung zum Ziel gesetzt.«<sup>83</sup> Damit tilgte er den Entstehungszusammenhang des Neubaus als Teil einer Regierungs- und Verwaltungsreform unter der Ägide von Horst Ehmke aus der Vorgeschichte. Aus Sicht des Kanzleramtes sollte der Neubau nun lediglich das für die Büroarbeit nicht ausreichende Palais im Sinne einer modern ausgestatteten Raumerweiterung ergänzen; eine programmatische Geste, neue Arbeitsformen, ein Symbol für einen neuen Regierungsstil wurden nicht mehr mit dem Bauprojekt verbunden.

Kurz nach dieser Pressekonferenz platzierte das »Zeit-Magazin« eine mehrseitige Bildreportage ins Sommerloch 1973.<sup>84</sup> Die Büro-Homestory porträtierte Bundeskanzler Brandt und seine Minister aus dem zweiten sozialliberalen Kabinett in zahlreichen Fotografien und begleitenden Texten in ihren Arbeitszimmern. Diese unterschieden sich je nach ererbten Baulichkeiten und Persönlichkeit (Abb. 94). Autor Carl-Christian Kaiser, der das Vertrauen der Bonner Politiker ebenso genoss wie der Bonner Fotograf Jupp Darchinger, fing einen Zustand kurz vor großen baulichen Veränderungen in der Hauptstadt ein. Der Einstieg verdeutlicht die Absicht, diesen historischen Zustand des Alten vor seinem Verschwinden einzufangen:

»Die Macht am Rhein kennt keine Pracht am Rhein. Solange das neue Regierungsviertel, das erst im Laufe des kommenden Jahrzehnts beiderseits des Stroms aufgetürmt werden soll, nicht entstanden ist, wird der Besucher der Bundeshauptstadt vergebens nach architektonischen Wahrzeichen staatlicher Würde spähen.«<sup>85</sup>

Obwohl die Arbeitsplätze scheinbar im Zentrum des Interesses stehen, wird hier ein Porträt der Kabinettsmitglieder gezeichnet, die ihre Amtszimmer vor allem »arbeitsbezogen«<sup>86</sup> wahrnehmen und nicht zur persönlichen Repräsentation nutzen. Außenminister Walter Scheel und Finanz- und Wirtschaftsminister Helmut Schmidt bildeten hier Ausnahmen und gestalteten ihre Arbeitsorte mit Bedacht, so Kaiser. Als Fazit der Begehung zieht der Autor den Schluss, die Bundeshauptstadt habe »noch keine repräsentative Patina angesetzt, auch nicht an den Schaltstellen der Macht.«<sup>87</sup> Obwohl ihre Amtszimmer den Vergleich mit dem Ausland nicht aufnehmen könnten, seien die Minister zufrieden. Bekräftigt wird hier ein Bescheidenheitstopos, der das Kabinett in volksnahe Licht erscheinen lässt und von den in Bonn an zahlreichen Stellen beginnenden Großbauarbeiten distanziert, obwohl die Ministerinnen und Minister für den Ausbau der Hauptstadt teilweise persönlich verantwortlich zeichneten. Es ist davon auszugehen, dass Kaiser und Darchinger ihre Reportage inhaltlich selbst verantworteten, jedoch nicht ohne Zustimmung und Unterstützung der Bundesregierung umsetzen konnten. Die Reportage muss als bewusste

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> C.-Chr. KAISER/J. DARCHINGER, *Das Allerheiligste*, 1973. – Hinweis auf diesen Artikel in: M. WILKENS, *Rahmen*, 2008.

<sup>85</sup> C.-Chr. KAISER/J. DARCHINGER, *Das Allerheiligste*, 1973, S. 12.

<sup>86</sup> Ebd., S. 14.

<sup>87</sup> Ebd., S. 17.



Abb. 94 Bundeskanzler Willy Brandt am Schreibtisch. Aus einer Fotostrecke im »Zeit-Magazin« im Juli 1973.

Inszenierung des Bundeskabinettes gewertet werden, das sich unberührt und fern von Streitigkeiten um die Ausgestaltung der Bonner Hauptstadt präsentierte. Die Ausblendung des ab Herbst zu errichtenden Kanzleramtsneubaus und der übrigen anstehenden Großbauvorhaben für das Regierungsviertel irritiert.

Ein letzter für den Neubau werbender Text, der noch im Geist der Ehmke'schen Konzeption argumentiert, erschien kurz vor Baubeginn am 2. August 1973 in der PR-Beilage »Bonn 80« der SPD-Parteizeitung »Vorwärts«.<sup>88</sup> Auf kuriose Weise markiert er zugleich eine schleichend weiter zunehmende Distanzierung des Kanzleramtes von diesem Bauprojekt. Insbesondere die Entstehungsgeschichte des Textes, die über amtsinterne Korrespondenz rekonstruierbar ist, gibt Hinweise darauf, wie schwer sich die neue Amtsleitung im Umgang mit Ehmkes Vermächtnis tat. Lange Zeit fand sie kein schlüssiges Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit. Doch zunächst zum Inhalt des Artikels: Unter der Überschrift »Der Neubau des Bundeskanzleramtes wird seine Funktion erfüllen« rekapituliert der Text die bekannten Probleme mit der Bausubstanz im Palais Schaumburg und erinnert daran, dass die Regierung Brandt als ein »Kabinett der inneren Reformen« angetreten war, das »sich auch der Reform der Regierungstätigkeit selbst widmen mußte, um

<sup>88</sup> BAUBEGINN ANFANG DEZEMBER, 1973.

ihre Ziele zu erreichen«. Abermals dienen Argumente aus dem Ehmke-Memorandum als Legitimationsstrategie für die Bauinvestition. Im Rückbezug auf das ursprüngliche Anliegen, »dem Bundeskanzleramt rationelle Arbeitsmöglichkeiten zu geben«, wird als Erfolg verkündet, dass diese Ziele voll erfüllt werden, auch wenn der Architekturentwurf »keinen ungeteilten Beifall gefunden« hat. Positiv sei die geringe Höhenentwicklung, die Rücksicht auf das Palais nehme. Folgerichtig zum Pluspunkt »niedrige Bauhöhe« wurde der Text mit zwei querformatigen Fotografien bebildert: Oben auf der Seite erscheint das weiße Architekturmodell des Neubaus, das für den Wettbewerb gebaut worden war (ähnlich Abb. 30); darunter wirkt eine Fotografie der klassizistischen weißen Gartenfassade des Palais Schaumburg mit Rasenfläche und Baum im rechten Bildvordergrund geradezu festlich. Es dürfte kein Zufall sein, dass der Neubau hier mittels des schematischen Wettbewerbsmodells illustriert wurde, aus dem die Fassadenwirkung nicht hervorging. Zu diesem Zeitpunkt hätte man bereits eine Fotografie des Ausführungsmodells mit dunklen Fassaden zeigen können (siehe Abb. 87). Es scheint, als sei der künftige »Funktionserfüller« absichtlich schemenhaft ins Bild gesetzt worden, um die Diskussion um Formsprache und Anmutung gar nicht erst neu zu entfachen; das Licht- und Schattenspiel auf der klassizistischen profilierten Fassade des in der Tiefe des Bildraumes liegenden Altbaus kontrastiert extrem: Obwohl es unten rechts auf der Seite steht, rutscht der Blick direkt zu diesem herunter und verweilt dort, weil er auf dem sich in die zweidimensionale Fläche auflösenden strukturlosen Modell oben keinen Halt findet. Die Bildunterschrift zum Palais-Foto fängt den Leser hier unten freundlich auf und beruhigt: »Nach der Fertigstellung des Neubaus wird das Palais Schaumburg den repräsentativen Aufgaben des Bundeskanzlers dienen.«

Auf diese Weise will der Artikel die »Diskussionen über Fragen des Geschmacks beim Neubau« zurückdrängen. Die parallele Stoßrichtung zu den Äußerungen Graberts im Pressegespräch, der die Aufmerksamkeit auf historischen Park und Palais lenkte, ist deutlich erkennbar. Dass es hierbei um »Geschmacksfragen« gehe, ist eine implizite Behauptung des Textes, mit der die berechtigte Frage nach angemessener Selbstdarstellung der Demokratie marginalisiert wird. Zumindest will der Verfasser des Textes diese Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt nicht vertiefen. Sie scheint mit dem Verweis auf das historische Palais als Träger von Identität und Symbolik ohnehin überflüssig zu sein. Demnach bezeichnet der Text ein wichtiges Bauprojekt des Bundes als richtig und legitimiert es funktionsbezogen, jedoch ohne dass eine Identifikation oder nur Interesse am Entstehen erkennbar würden. Davon zeugt nicht zuletzt der fehlende Verfassersname im Umfeld eines Sonderheftes des »Vorwärts«, in dem alle übrigen Beiträge Namensartikel von politisch Verantwortlichen sind.

Das Sonderheft widmet sich Veränderungen in der Stadt Bonn als Regierungshauptstadt. Der Artikel darin ist ebenso ein Vermächtnis aus Ehmkes Amtszeit wie das Bauprojekt. Zwischen Ehmke und dem »Vorwärts« war der Ankauf dieser PR-Seite vereinbart worden. Abgesprochen war ein unter Ehmkes Namen erscheinender Artikel zum Thema »Neubau eines Bundeskanzleramtes – Tradition und Fortschritt«. Dies erfuhren Ehmkes Nachfolger Grabert und dessen Referenten erst im Juni 1973 durch die Redaktion

des »Vorwärts«, die auf das Manuskript wartete.<sup>89</sup> Es entspricht noch Ehmkes Elan und Identifikation mit dem Projekt, dass er den Artikel zusagte. Für die Druckseite sollte das Kanzleramt 6000 Mark zahlen. Der »Vorwärts« hakte wegen des Manuskriptes nach, ungerührt von der Tatsache, dass Ehmke inzwischen das Kanzleramt verlassen hatte. Dessen Nachfolger Grabert stimmte dem Vorschlag seines Presseamtes zu, dass dieser Artikel nicht abgesagt, sondern von einem Redakteur des »Vorwärts« verfasst, in der Presseabteilung des Amtes redigiert und von Grabert freigegeben werden sollte.<sup>90</sup> Sein Einverständnis dokumentierte er mit einer handschriftlichen Notiz, versehen jedoch mit dem Zusatz »nun doch nicht als Namensartikel des ChefsBK«. <sup>91</sup> Die Anonymität, in die sich der verantwortliche Kanzleramtschef zurückzog, spiegelt die Distanzierung vom Bauprojekt.

Mit Baubeginn begann eine neue Phase der Öffentlichkeitsarbeit, die symbolpolitische Aspekte berücksichtigte. Eine Imageaufwertung des zwiespältig wahrgenommenen Bauprojektes war weiterhin nicht intendiert. Man entschied sich bewusst gegen eine Grundsteinlegungsfeier für den Kanzleramtsneubau. Zwar hatte der Präsident der Bundesbaudirektion dem Kanzleramtschef explizit vorgeschlagen, eine Grundsteinlegung als »Startschuß« für den Ausbau der Bundeshauptstadt Bonn zu nutzen.<sup>92</sup> Doch der für Neubaufragen verantwortliche Abteilungsleiter im Kanzleramt riet davon ab: Dies sei ein falsches Signal, wiederholte er noch einmal schriftlich, denn es könnte als »politische Demonstration« missverstanden werden. Er empfahl stattdessen einen »informell« auszugestaltenden Spatenstich.<sup>93</sup> Da es sich bei beiden Inszenierungen des Baubeginns um gleichwertige, austauschbare Rituale handelt, wird aus der amtsinternen Diskussion nicht klar, warum ein Spatenstich in den Augen des Abteilungsleiters im deutschlandpolitischen Sinne weniger provokant erschien. Einen symbolischen Stein in die Erde zu bringen, hatte möglicherweise einen starken Gestus des Dauerhaften, auf den man trotz des politischen Bekenntnisses zu Bonn als Hauptstadt verzichten wollte.<sup>94</sup>

Die Organisation des Spatenstichs oblag der Bundesbaudirektion als der offiziellen Bauherrin. Eingeladen wurde daher vom Präsidenten der Bundesbaudirektion, was dem Kanzleramt in seiner distanzierten Haltung zum Neubauprojekt ebenso recht gewesen sein dürfte wie das Understatement bezüglich jeder Symbolik des Baubeginns. In seiner Ansprache zum Spatenstich kündigte der Präsident der Bundesbaudirektion Leuschner eine

<sup>89</sup> VSt Presse (Sprenger) 259/371 an ChefBK, 26.6.1973, betr. Dokumentation des Vorwärts »Bonn 80«, hier: Beitrag »Neubau eines Bundeskanzleramtes – Tradition und Fortschritt«, BArch B 145/11819.

<sup>90</sup> Vgl. ebd. sowie VSt Presse (Sprenger) 259 an ChefBK, 20.7.1973, betr. Ihr Namensartikel im Vorwärts, BArch B 145/11819.

<sup>91</sup> VSt Presse (Sprenger) 259 an ChefBK, 20.7.1973, betr. Ihr Namensartikel im Vorwärts [mit handschriftlicher Notiz], BArch B 145/11819.

<sup>92</sup> Leuschners Vorschlag notiert in: Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, betr. Neubau Bundeskanzleramt; hier: Besprechung ChefBK mit Präsident Leuschner am 4. Oktober 1973, 12.10.1973, BArch B 136/9891.

<sup>93</sup> Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt (Bobbert) an ChefBK über AL I, 12.10.1973, betr. feierliche Eröffnung der Baustelle, BArch B 136/9891. »Informell« in dem Typoskript handschriftlich ergänzt.

<sup>94</sup> Zu den politsymbolischen Implikationen des dauerhaften Materials, beispielsweise Stein und Beton, in Architektur- und Denkmalpolitik unter Berücksichtigung des monumentalen Bauens der Nationalsozialisten vgl. H.-E. MITTIG, Dauerhaftigkeit, 1993.

Bauzeit von 28 Monaten an und freute sich laut Sprechzettel: »Konjunkturlage – günstige Baupreise«. <sup>95</sup> Die Konjunkturmaßnahme für die kriselnde Bauwirtschaft entzieht den Baubeginn des Kanzleramtes vollständig dem Kontext von Architektur in der Demokratie und Selbstdarstellungsfragen. Stattdessen wird das Image der Bundesbaudirektion als sparsam wirtschaftende Bauabteilung des Bundes fortgeschrieben, um dem Vorwurf der Steuergeldverschwendung für den hochtechnisierten Bau vorzubeugen. Dass anstelle eines klassischen Spatenstichs sodann choreografierte Anfahren eines ganzen Baumaschinenfuhrparks demonstrierte in ohrenbetäubender Lautstärke die Industrialisierung des Bauwesens und ließ ebenso wenig Reflexionen zum Status des nun bald erstehenden Baus zu. <sup>96</sup> Statt eines symbolischen Steines wurde bald darauf viel Beton in die Erde gebracht.

Nach Baubeginn verblieb die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit nominell in der »Verantwortung der Pressestelle des BK [Bundeskanzleramtes], weil das BK bei allen Veröffentlichungen in erster Linie betroffen ist und sich vor allem auch unmittelbar mit etwaiger Kritik auseinandersetzen muß«. <sup>97</sup> Man beschränkte sich allerdings darauf, die Stimmung in der Öffentlichkeit zu registrieren. Diese Phase der Öffentlichkeitsarbeit vom Baubeginn 1973 bis zur nicht unmittelbar bevorstehenden Fertigstellung, also bis etwa Mitte 1975, scheint somit durch Passivität und Distanziertheit gegenüber dem ererbten Bauprojekt gekennzeichnet gewesen zu sein. Während dieser zwei Jahre gab es keine Anstrengungen zur Verbesserung der Stimmung gegenüber dem Neubau. Ganz im Gegenteil: Man wollte möglichst keine Aufmerksamkeit auf das Baugeschehen lenken, hoffte offenbar auf eine Beruhigung der Gemüter rund um die Bautätigkeit des Bundes in Bonn und beschränkte sich auf die Beantwortung von Informationsanfragen »irgendwelcher[r] Journalisten«:

»Die Pressestelle des BK bzw. die Planungsgruppe Neubau sollen auch künftig nicht von sich aus aktiv werden. Falls sich aber irgendwelche Journalisten für den Neubau interessieren und bestimmte Auskünfte wünschen, sollen die Informationen, soweit Sicherheitsbedenken nicht entgegenstehen, offen und umfassend gegeben werden.« <sup>98</sup>

So rückte der Tag des Richtfestes für den »Rohbau ohne Tiefgarage« am 15. Oktober 1974 heran, ohne dass sich Positionen verändert hatten. <sup>99</sup> Das Richtfest war die wichtigste öffentliche Veranstaltung rund um das Baugeschehen und fiel deutlich größer aus als der Spatenstich. Dennoch gestaltete man auch diese Feier mit Understatement, »in branchenüblicher Weise, in diesem Rahmen sparsam ausgerichtet« (Abb. 95). <sup>100</sup> Und wieder musste

<sup>95</sup> Sprechzettel 3.11.1973, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn – 1. Spatenstich, 27.11.1973, BBR Bonn, Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«.

<sup>96</sup> Zum Ersten Spatenstich siehe oben ausführlich, Kap. ### III.2.1.

<sup>97</sup> Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, 12.9.1974, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Sprachregelung für die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit, BBR Bonn, Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Vermerk BBD, 21.6.1974, betr. Richtfest, BArch B 136/9891.

<sup>100</sup> Handschriftliche Notiz des ChefBK, 26.8.1974, BArch B 136/9891. Es wurden ca. 500 Gäste sowie 50 Pressevertreter erwartet. Zur Ausrichtung des Festes standen 30 000 Mark zur Verfügung. Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion II B 4 (Bohnenkamp), 21.6.1974, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Richtfest, BArch B 136/9891.



Abb. 95 Richtfest Bundeskanzleramt am 15.10.1974. Rechts im Bild der Kanzlerflügel.

die Anwesenheit des aktuellen Kanzleramtschefs als künftigem Hausherrn, inzwischen Manfred Schüler, genügen; die Präsenz des Bundeskanzlers war bewusst nicht vorgesehen.<sup>101</sup> In den Ansprachen verdeutlichte sich die Kluft zwischen der weiterhin hinter ihrem Projekt stehenden Bundesbaudirektion und dem Desinteresse des Kanzleramtes. Zur Begrüßung der Gäste sprach zunächst der Präsident der Bundesbaudirektion und lobte:

»Der schöne Schein ist ebenso ausgeschlossen, wie der Reiz billiger Effekte. Mit diesem Hinweis soll der Gedanke der Planung deutlich werden: Eine dem Rang und der Bedeutung der Aufgabe angemessene würdige und gediegene Bauanlage zu schaffen, die auf dekorative Zutaten bewusst verzichtet.«<sup>102</sup>

Außerdem dankte er Architekten, Ingenieuren, Amtsangehörigen und Baubeamten für eine engagierte und vorbildliche Zusammenarbeit. Anerkennung gebühre der Qualität ihrer Arbeit.

Diesem Dank schloss sich Kanzleramtschef Schüler nur formal an (Abb. 96). Eine Diskussion um die Architektur sei »bis zur Fertigstellung des Gebäudes zurückstellen«. Trotzdem bezeichnete er mit vergifteten Worten den entstehenden Neubau und weitere Bauprojekte des Bundes als auskunftgebend darüber,

<sup>101</sup> Handschriftliche Notiz des ChefBK, 26.8.1974, BArch B 136/9891.

<sup>102</sup> Bundesbaudirektion, Ansprache des Präsidenten der Bundesbaudirektion, Dipl.-Ing. W. Leuschner, anlässlich des Richtfestes des Bundeskanzleramtneubaues am 15. Oktober 1974, BArch B 136/9891.



Abb. 96 Kanzleramtschef Manfred Schüler bei seiner Ansprache.

»wie weit es Bauherren und Architekten gelungen ist, in diesen Bauten etwas vom Selbstverständnis unseres demokratischen Staates sichtbar werden zu lassen. [...] Verständlich sind daher auch die kontroversen Meinungen zu diesem Thema und die Kritik an der mangelnden Signifikanz des Kanzleramtsneubaus.«<sup>103</sup>

Vorgeblich eine allgemeine Auffassung referierend, bezog er damit einen distanzier-ten Standpunkt, ohne selbst als Kritiker fassbar zu werden. Diese Distanzierung Schülers glich einem Dammbbruch im Vergleich zur bis dahin gewährten Zurückhaltung des Kanzleramtes. Dazu passt auch Schülers Verkündung am Vortag im Pressegespräch, er persönlich habe Fenstergriffe an allen Fenstern durchgesetzt, die zuvor nicht vorgesehen waren.<sup>104</sup> Der künftige Hausherr vermittelte auf dieser Veranstaltung, die Allgemeinheit kritisiere den entstehenden Neubau nicht zu Unrecht. Die Amtsspitze hatte offenbar kein Interesse daran, das Image des gerade gerichteten Neubaus positiv zu beeinflussen. Auch eine Diskussion um angemessene Selbstdarstellung des Staates in seinen Bauten, die angesichts der Lage nahegelegen hätte, wurde zu diesem Zeitpunkt nicht gestartet.

Ein Jahr später und nur sechs Monate vor der offiziellen Übergabe des Hauses sah man in der Pressestelle des Kanzleramtes dem Tag des Umzugs mit Unbehagen entgegen, da ätzende Pressestimmen erwartet wurden. Die Ausgangssituation für den Countdown bis zum Einzug konnte das Amt nur diffus einschätzen:

»Der Bau findet in Bonn, nach allem was man hört, wenig Anklang. Journalistenurteile: zu wichtig, zu großflächig, zu einfalllos, könnte auch ein normales Verwaltungsgebäude sein, nichts Besonderes, wie man es vom Sitz des Regierungschefs erwartet. Speziell wird die dunkle Farbe und der dadurch verstärkte Eindruck des Unförmigen und Düsternen kritisiert.«<sup>105</sup>

<sup>103</sup> Ansprache Staatssekretär Dr. Manfred Schüler beim Richtfest Kanzleramtsneubau, BArch B 136/9891.

<sup>104</sup> Hierzu ausführlich siehe oben, S. 201.

<sup>105</sup> Pressestelle (Winkel) an ChefBK, 30.10.1975, betr. Öffentlichkeitsarbeit Kanzleramtsneubau (Vorschläge), BArch B 136/41164.



Die Amtsleitung fürchtete, dass die Kritik an der Architektur sich auf die Regierenden übertragen könnte. Es ist augenfällig, dass die Pressearbeit des Kanzleramtes jetzt vor allem das Ansehen und Image von Regierung und Kanzler schützen wollte, während das Gebäude schon nicht mehr zu retten war:

»Psychologisch ist es wichtig, daß der Neubau nicht lieblos, routinemäßig bezogen wird, weil sonst dem Kanzler möglicherweise auf Jahre hinaus schlechte Laune zugeschrieben wird. Diese Gefahr sehe ich, wenn der Mißmut des Kanzlers zu stark öffentlich artikuliert wird. Ein Regierungschef, der in einem ungeliebten Bau sitzt, muß ja schlechte Laune haben und – weiterer Schritt – schlecht regieren. (›Schon morgens, wenn er den ihm verhaßten düsteren Kanzleramtsbau betreten mußte, war für den Kanzler die Welt nicht mehr in Ordnung ...‹). Außerdem tut es unerschwinglich der Autorität Abbruch, wenn der Kanzler von anonymen Instanzen und Sachzwängen gezwungen wird, in einem Bau zu arbeiten, den er nicht mag.«<sup>106</sup>

Die vollständige Distanzierung vom Neubau der Vorgängeradministration zur Rettung des Images der derzeit Regierenden erschien den politischen Akteuren – mit einem heutigen Wort ausgedrückt – alternativlos. Ob dies genügen würde, schätzte derselbe Presseferent kurz vor Einzug widersprüchlich ein. An einem Tag formulierte er pessimistisch:

»Auch in Journalistenkreisen ist bekannt, daß der Kanzler dem Neubau skeptisch gegenüber steht. In der Bevölkerung werden zu subtile Differenzierungen meiner Meinung nach aber nicht mitvollzogen. Man wird nichts daran ändern können, daß der Neubau der jetzigen Regierung angelastet wird.«<sup>107</sup>

Lediglich sechs Wochen später bewertete er die Lage jedoch völlig gegenteilig:

»Selbst der Neubau hatte bisher eine bessere Presse, als erwartet werden konnte. Die Notwendigkeit des Neubaus ist akzeptiert. Die architektonische Unvollkommenheit wird mehr den Architekten und Herrn Ehmke angelastet als der derzeitigen Amtsleitung. Daß BK [Bundeskanzler Schmidt] vom Neubau nicht begeistert ist, wird akzeptiert.«<sup>108</sup>

Offensichtlich war man im Amt ratlos. Die Auswirkungen auf das Kanzlerimage erschienen unkalkulierbar, und so steigerte sich die Furcht vor dem Einzugstermin. Diese Situation machte eine Volte notwendig, welche Bundeskanzler Schmidt schließlich selbst in die Hand nahm. Nach seinem Amtsantritt hatte er zu den Bauarbeiten direkt neben dem Palais Schaumburg monatelang geschwiegen. Erst Anfang 1976 kolportierte der »Spiegel«: »Zwei Baubesuche, zwei Wörter (›reiner Größenwahn‹) – das war alles, was er für das von seinem Vorgänger Willy Brandt und dessen Amtschef Horst Ehmke begonnene Projekt übrig hatte.«<sup>109</sup> Diese öffentlich demonstrierte Distanzwahrung zum Baugeschehen war nun zu Ende, Schmidt wurde aktiv. Da er am fortgeschrittenen Bau nichts mehr ändern konnte, ohne enorme Kosten zu verursachen, ließ er eine Konzeption zur Ausstattung des noch gänzlich leeren Bauwerkes mit Kunstgegenständen entwickeln, eine Initiative, der er

<sup>106</sup> Pressestelle BKA an AL I, 7.1.1976, Alternativ-Vorschlag für Neubau einweihung, BArch B 136/9891.

<sup>107</sup> Pressestelle (Winkel) an ChefBK, 30.10.1975, betr. Öffentlichkeitsarbeit Kanzleramtsneubau (Vorschläge), BArch B 136/41164.

<sup>108</sup> Vermerk Pressestelle (Winkel), 17.12.1975, betr. Kanzleramt und Amtsspitze im Spiegel der Presse nach 1 1/2 Jahren Amtszeit, BArch B 136/41164.

<sup>109</sup> Bammel vor dem Umzug, in: Der Spiegel, Nr. 10, 13.1976, S. 33f., hier S. 34.

selbst Gesicht und persönliches Gepräge gab. Die Öffentlichkeitsarbeit des Kanzleramtes fokussierte sich in der nun einsetzenden dritten Phase vollständig auf das Thema der Kunstaussstattung. Sie sollte die Berichterstattung über den Neubau umlenken und insbesondere das Kanzlerimage pflegen. Der größere Zusammenhang dieser Strategie verdeutlicht sich im Vorschlag von Abteilungsleiter Kern für die Ausgestaltung der Übergabefeiherlichkeiten: Diese sollten in einen Rahmen gestellt werden,

»der einerseits dem Rang und der politischen Bedeutung des Amtssitzes des Bundeskanzlers gerecht wird, auf der anderen Seite aber auch den architektonischen und gestalterischen Qualitäten des Neubaus und der kritischen Einstellung der Öffentlichkeit angemessen ist.«<sup>110</sup>

Doch erst Helmut Schmidt selbst gelang die letzte Zuspitzung, nämlich das vollständige Überspringen des Themas Architektur zugunsten der nun anstehenden Aufgabe, wie das leere Gebäude mit Leben zu füllen sei. Die ohnehin offensichtliche Distanzierung von Kanzler und Amt gegenüber dem Neubau wurde dazu weder aufgegeben noch verschleiert, sondern die Aufmerksamkeit wurde vollständig auf die Kunstaussstattung umgelenkt. Dieser Prozess ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

## 2. Die Kunstkampagne von Helmut Schmidt: Unsichtbarwerdung einer Architektur

Die Überschrift zu diesem Kapitel nimmt dessen Ergebnis bereits vorweg. Erklärt werden soll das eigenartige Verschwinden des Kanzleramtsgebäudes aus der allgemeinen Wahrnehmung. Wie die Architektur in den Bildhintergrund von Fotografien verrutschte, sobald signethafte Kunst dazugestellt worden war, konnte bereits im Kapitel »Das Kanzleramt im Bild« beobachtet werden. Nun soll gezeigt werden, dass dies kein Zufall, sondern Ergebnis einer gezielten Kunstaussstattungskampagne von Helmut Schmidt war. Die politischen Entscheider steuerten eine Verschiebung der Aufmerksamkeit weg von der Architektur und hin zur Kunst. Die Kampagne wird im Einzelnen dargestellt und im Kontext des traditionellen kunsthistorischen Themenfeldes »Kunst und Politik« gedeutet. Für die Wahrnehmungsgeschichte des Kanzleramtes waren diese Weichenstellungen nicht zuletzt wegen des Zeitpunktes entscheidend: Schmidt begann die Kunstkampagne kurz vor dem Umzugstermin, sodass der Kanzleramtsneubau vom Tag des Einzugs an den Stempel trug, den Schmidt ihm aufgedrückt hatte. Die Kunstbemühungen von Bundeskanzler Schmidt sind zudem in zeitgenössischen Publikationen gut dokumentiert. Dafür haben er und seine Berater gesorgt. Es handelt sich sogar um die einzigen veröffentlichten Dokumentationsbemühungen im Zusammenhang mit dem Kanzleramtsneubau, was der Kampagne vermutlich zu proportional noch größerer Wahrnehmung verhalf. Ganz bewusst ist die entsprechend den Darstellungsabsichten ihrer Macher erstellte

<sup>110</sup> AL I an Bundeskanzler über ChefBK, 26.1.1976, betr. Gestaltung der offiziellen Einweihungsfeier, BArch B 136/9891.

Dokumentation über die Kunst im Kanzleramt ebenfalls Gegenstand der kritischen Analyse.<sup>111</sup>

Die Vorgeschichte dieser Kunstkampagne kommt hier hingegen erstmals zur Darstellung.<sup>112</sup> Der sogenannte Kunst am Bau-Wettbewerb von 1974 fand im Schrifttum zur Kunst im Kanzleramt bisher keine Erwähnung und wird aus Archivquellen und Presseberichten rekonstruiert, so weit, wie es für diesen Zusammenhang notwendig ist. Der Wettbewerb hatte Ergebnisse hervorgebracht, mit denen sich die spätere Schmidt'sche Kampagne teilweise kritisch auseinandersetzte. Vor allem aber hatte er die für die Kunstausstattung zur Verfügung stehenden Gelder verschlungen, sodass der Administration Schmidt kein Budget für Kunstzwecke mehr zur Verfügung stand. Dieser Geldmangel war die entscheidende Ausgangssituation.

### 2.1 Wettbewerb »Bildende Kunst – 1974«

Entsprechend der Kunst am Bau-Richtlinie, beschlossen durch den Deutschen Bundestag im Jahr 1950, sind bei öffentlichen Bauprojekten in der Bundesrepublik ein bis zwei Prozent der Bausumme für fest installierte künstlerische Arbeiten einzusetzen, »soweit Zweck und Bedeutung einer Baumaßnahme es rechtfertigen«.<sup>113</sup> Das erste Dokument in der Akte zum Thema Kunst am Bau in der umfangreichen Überlieferung zur Bauausführungsplanung des Kanzleramtsneubaus ist ein Exposé aus der Feder der Planungsgruppe Stieldorf aus dem Jahr 1971, also lange vor Baubeginn verfasst. Es bezieht sich auf die Konzeption dieses Kunstwettbewerbes. Die Architekten schienen sich um die Gesamtwirkung ihrer Architektur zu sorgen. Sie formulierten: »Nach unserer Ansicht verbietet die formale Strenge der Architektur eine unmittelbare Verbindung von konstruktiven Elementen des Bauwerks mit Elementen bildender Kunst.«<sup>114</sup> Entsprechend empfahlen sie primär »Außenräume« zur Bespielung und eine präzise umrissene Aufgabenstellung. Außerdem rieten sie, frühzeitig ein künstlerisches Gesamtkonzept für die verschiedenen Arbeiten zu entwickeln: »Es besteht auch Einigkeit darüber, daß dieser Beitrag sich nicht im einfachen Hinzufügen oder Dekorieren des fertigen Bauwerks erschöpfen darf, sondern daß eine gegenseitige Bezugnahme, eine Integration zwischen Bauwerk und Kunst-

<sup>111</sup> Die Recherchen im Bundesarchiv (BArch B 136/24560–24562, 24565, 24566, 24568, 32818, 32822) ergaben, dass die auf Schmidt zurückgehenden Dokumentationen zwar kulturpolitisch gefärbt, aber ereignisbezogen korrekt sind. Vgl. KUNST IM KANZLERAMT, 1982; zur Aufstellung von »Large Two Forms« rhetorisch brillant und informativ: H. SCHMIDT, Kunst, 1987. – Der Aktenführung von Erich Milleker, welcher Kunstausstattung, Leihverkehr, Versicherungen und Transporte im Kanzleramt koordinierte, ist eine ungewöhnlich dichte Überlieferung im Bundesarchiv zu verdanken, auf der die Rekonstruktionen dieses Kapitels fußen, sofern nicht die Eigendokumentation durch die Administration Schmidt Gegenstand der Analyse ist.

<sup>112</sup> Die 2011 publizierten Ergebnisse einer Untersuchung, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegeben hatte, ermöglichen die Kontextualisierung des Kunstwettbewerbes für den Kanzleramtsneubau. Vgl. C. BÜTTNER, Kunst am Bau, 2011.

<sup>113</sup> Vgl. B. KAERNBACH, Kunst am Bau, 2010.

<sup>114</sup> Planungsgruppe Stieldorf, Exposé, betr. Neubau Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Künstlerische Gestaltung, 12.9.1971, BArch B 136/9881.

werk erstrebenswert ist.<sup>115</sup> Die Architekten schlugen einen eng begrenzten Wettbewerb vor, zu dem acht bis zehn Teilnehmer eingeladen werden sollten, »deren bisherige Arbeiten eine besondere Qualifikation in der Gestaltung von Außenräumen ausweisen«. <sup>116</sup> Wohl um die Integration in ihr Architekturkonzept garantieren zu können und sich ein Mitspracherecht zu sichern, wollten sie selbst mit in der Preisrichterjury sitzen. Ein ähnliches Verfahren fand fast zeitgleich auch für ihr paralleles Großbauprojekt mit der Bundesbaudirektion statt, die Kunst am Bau-Ausstattung der Kreuzbauten-Ministerien in Bad Godesberg.<sup>117</sup>

Was im Fall des Kanzleramt Wettbewerbes nicht mehr als ein erstes frühes Konzeptpapier hätte sein können, präfigurierte wesentlich das sich anschließende Verfahren, bei dem die Architekten mit im Entscheidungsgremium saßen. Die politisch verantwortliche interministerielle Runde empfahl dem Kanzleramtschef die Auslobung eines Kunstwettbewerbes und machte im Februar 1972 zur Voraussetzung, was die Architekten im Interesse der Wahrung ihrer ästhetischen Prinzipien vorformuliert hatten. In einem Besprechungsvermerk der Bundesbaudirektion heißt es:

»Der Entwurf für den Neubau des Bundeskanzleramtes, wie er sich im gegenwärtigen Stadium darstellt, ist von seinem Wesen her »kunstfeindlich«. Damit ist gemeint, dass Zutaten im Sinne des dekorativen Schmückens nicht zwingend sind. Im Rahmen einer Gesamtkonzeption werden sich selbstverständlich Bewegungen von aussen nach innen und umgekehrt ergeben.«<sup>118</sup>

Der Präsident der Bundesbaudirektion hatte nicht erst seit Kanzleramt und Kreuzbauten mit der künstlerischen Ausgestaltung von Neubauten des Bundes zu tun. Einige Jahre zuvor hatte er der Öffentlichkeit engagiert die Kunst am Bau im Abgeordneten-Hochhaus (Egon Eiermann, 1966–69) präsentiert.<sup>119</sup> Warum schätzte seine Behörde die architektonischen Voraussetzungen gerade beim Kanzleramtsneubau nun als so problematisch ein, dass von einer Kunstfeindlichkeit der Architektur gesprochen wurde?

Die Formulierungen differieren in verschiedenen Dokumenten, doch durchgängig wurden das Prozedere zur Erlangung von Entwürfen und die üblichen Ergebnisse von Kunst am Bau mit gleichbleibend nebulöser Begründung abgelehnt. Beispielsweise hieß es: »Dem Neubau sollen Dekorationen durch bildende Kunst in der üblichen Weise als Hinzufügung nicht zugemutet werden.«<sup>120</sup> Und später stand tatsächlich in den Auslobungs-

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Der Kunstwettbewerb für die Kreuzbauten fand ab Januar 1974 statt und wurde 1975 entschieden. Auch hier waren die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf Mitglieder der Wettbewerbsjury. Den Empfehlungen der Jury folgten Nutzer und Bundesbaudirektion jedoch nicht, sodass Claudia Büttner diesen Wettbewerb als gescheitert bezeichnet. Im Vergleich brachte der Kanzleramtswettbewerb mehr Ergebnisse hervor. Vgl. C. BÜTTNER, *Kunst am Bau*, 2011, S. 81–83.

<sup>118</sup> Vermerk Bundesbaudirektion IV C, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: *Bildende Kunst*, Sitzung am 25. Februar 1972, 28.2.1972, BArch B 136/9881.

<sup>119</sup> Neben einigen Installationen in Foyer und Kantine wurden insbesondere die Supraporten in den Sitzungssälen künstlerisch gestaltet. Die Künstler wurden ohne Wettbewerb direkt um Entwürfe gebeten. Vgl. W. LEUSCHNER, *Kunst am Bau*, 1973.

<sup>120</sup> Vermerk Bundesbaudirektion IV C, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: *Bildende Kunst*, 14.3.1972, BArch B 136/9881.

unterlagen für den Kunstwettbewerb: »Der Beitrag, den die bildende Kunst in diesem Zusammenhang übernehmen soll, darf sich nicht im bloßen künstlerischen Hinzufügen und Dekorieren erschöpfen.«<sup>121</sup> Die offizielle Pressemitteilung anlässlich der Wettbewerbsauslobung versuchte eine Erläuterung dieser Aussage:

»Der Entwurf für den Neubau des Bundeskanzleramtes zeigt ein geschlossenes System, für das Zutaten des dekorativen Schmückens nicht zwingend sind. Im Rahmen einer künstlerischen Gesamtkonzeption sollte die Verbindung der Umgebung mit dem Neubau und dem Palais Schaumburg das zentrale Anliegen sein.«<sup>122</sup>

Diesem Dokument zufolge schwebte dem Auslober ein öffentliches Verfahren vor, das sich an Architektenwettbewerbe anlehnte. Angeregt hatte dies explizit noch Horst Ehmke in seiner Amtszeit als Kanzleramtschef. Er hatte der Bundesbaudirektion die Bildung einer Kommission oder Jury vorgeschlagen, in der er auch die Preisrichter vom Architekturwettbewerb zum Kanzleramtsneubau sehen wollte, namentlich die Architekten Farenholtz, Sieverts und Seidel.<sup>123</sup> Aus der von der Verfasserin eingesehenen Überlieferung geht nicht hervor, ob und wie in der zur Wettbewerbsvorbereitung gebildeten Kommission die Rolle und Möglichkeiten von Kunst am Bau diskutiert worden sind.<sup>124</sup> Mit der ersten Eingabe durch die Architekten stimmte die Jury überein, dass ein bloßes Aufstellen oder Anhängen von Kunst nicht infrage kommt, ja »fragwürdig« sei. Es scheint fast, als hielte die zuständige Kommission Kunst am Bau grundsätzlich für problematisch. Man formulierte daher einen gewollt komplexen Zugang, der in der bereits früher zitierten Pressemitteilung noch am deutlichsten formuliert ist:

»Erste Überlegungen zeigten, daß der Gedanke der Einbeziehung der bildenden Kunst umfassend gesehen werden muß – nicht im Sinne des etwas fragwürdig gewordenen Begriffes von »Kunst am Bau«, sondern durch eine Gestaltung des Raumes der Umwelt mit Hilfe verschiedenster Mittel, wobei daran gedacht werden muß, neben dem Bildhauer auch den Landschaftsgestalter, den Lichtgestalter usw. zu beteiligen. Hierzu bedarf es einer Konzeption mit dem Ziel, neue Aspekte, neue visuelle Möglichkeiten zu entwickeln.«<sup>125</sup>

In dieser Textpassage scheint die im kybernetischen Denken verwurzelte Sicht auf Kunst am Bau deutlich durch. Kunstwerke werden in das System aus Architektur, Nutzung und den vielfältigen Interaktionen integriert. So sollen künstlerische Arbeiten nicht mehr für

<sup>121</sup> Ausschreibungsunterlagen »Neubau Bundeskanzleramt. Bildende Kunst – 1974«, BArch B 136/9881.

<sup>122</sup> Bundesbaudirektion, II B 4, Pressemitteilung, frei für Freitagszeitungen, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Bildende Kunst – 74, 14.1.1974, BArch B 136/9881.

<sup>123</sup> ChefBK (i.A. AL I Kern) an BM für Wirtschaft und Finanzen, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: künstlerische Gestaltung, Bezug: Ihr Schreiben vom 14. Oktober 1971, 27.12.1971, BArch B 136/9881.

<sup>124</sup> Kanzleramtsmitarbeiter Bobbert vermeldete nach etwa sechs Monaten, die »in der ersten Sitzung des Preisgerichts für den Kunstwettbewerb gebildete Programm-Kommission« habe inzwischen »ihre Arbeit abgeschlossen. Die überarbeitete Fassung der Wettbewerbsunterlagen soll am 28. Juni 1972 vom Preisgerichte beraten und nach Möglichkeit verabschiedet werden, so daß die Ausschreibung des Wettbewerbs Anfang des kommenden Monats erfolgen kann.« Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt über AL I an Herrn Minister, betr. Künstlerische Ausgestaltung des Neubaus Bundeskanzleramt, hier: Unterrichtung über den Sachstand, 15.6.1972, BArch B 136/9881.

<sup>125</sup> Bundesbaudirektion, II B 4, Pressemitteilung, frei für Freitagszeitungen, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Bildende Kunst – 74, 14.1.1974, BArch B 136/9881.

sich allein stehen; zum einen will man sie frühzeitig in die komplexe Bauplanung integrieren und nicht etwa auf den entstehenden architektonischen Raum reagieren lassen. Zum anderen sieht man die Werke in Abhängigkeit von Lichtplanung und Gartenanlagen, was einer Einordnung des Künstlers in das große Team aller am Bau Beteiligten entspricht. Künstlern und Werken wird Autonomie verweigert. Ursprünglich sollte dieser Kunstwettbewerb bereits 1972 stattfinden. Auch die Verzögerung bis 1974 verhinderte nicht, dass die Teilnehmer Arbeiten zur Platzierung in einer Architektur entwickelten, die noch nicht fertig gestellt war und die sie daher gar nicht in Augenschein nehmen konnten.<sup>126</sup> Der frühe Zeitpunkt des Kunstwettbewerbs entspricht dem organisationskybernetischen Verständnis des gesamten Bauprojektes und verdeutlicht, dass nicht die Architektur kunstfeindlich war, sondern in erster Linie das soziotechnische Verständnis von Architektur als Teil eines kybernetischen Systems.

Auch Äußerungen der ehemals verantwortlichen Planungsbefürworter lassen sich eventuell für einen »kunstfeindlichen« Ansatz verantwortlich machen, wenn man eine Textpassage aus dem »Spiegel« über die neue junge Regierungstruppe unmittelbar nach dem Wahlsieg der SPD von 1969 im Zusammenhang mit der anstehenden Kunstausrüstung neu liest:

»Respektlos kratzte die neue Mannschaft die Patina der historischen Ehrwürdigkeit von der Kanzlerresidenz. Ehmke-Referent Ministerialrat Hans Hegelau: ›Statt Tintoretto an den Wänden brauchen wir Platz für Lagekarten und Schaubilder, statt Holztafelung Schiefertafeln zur Skizzierung von Denkmodellen.«<sup>127</sup>

Doch zurück zum Wettbewerb: Obwohl die Risiken eines öffentlichen Kunstwettbewerbes im Gremium diskutiert wurden – Einreichen einer zu großen Anzahl von Arbeiten bei gleichzeitigem Risiko, dass sich die namhaftesten Künstler nicht beteiligen – entschied man sich aus »kulturpolitischen Gründen« dafür.<sup>128</sup> Auffällig ist die verfahrensmäßige Analogie zum Bauwettbewerb, der allen in der Bundesrepublik ansässigen Architekten offen gestanden hatte und seinem Anspruch nach ein demokratisch legitimes Ergebnis hervorbringen sollte. Den Teilnehmern wurde die Aufgabe gestellt, Lösungsvorschläge für ein Gesamtkonzept für die vielfältigen Anforderungen einzureichen. Am 29. und 30. April 1974 waren 173 Einreichungen begutachtet und 21 Künstler benannt worden, von denen die Jury eine weitere Ausarbeitung von Gesamtkonzepten erbat.<sup>129</sup> Das zweistufige Verfahren

<sup>126</sup> Die Wettbewerbsvorbereitungen fielen aufgrund des nicht verabschiedeten Bundeshaushaltes 1973 zusammen mit dem gesamten Neubauprojekt zwischen Oktober 1972 und Januar 1973 unter den Planungsstopp. Vgl. Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt über AL I an PStS, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Durchführung des Kunstwettbewerbs, 15.8.1972; Bundesbaudirektion an MinRat Dr. Bobbert, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Bewerbungsverfahren – Bildende Kunst 1972, 20.9.1973; beide BArch B 136/9881.

<sup>127</sup> Dünne Decke, in: Der Spiegel, Nr. 45, 3.11.1969, S. 34.

<sup>128</sup> Vgl. Vermerk Bundesbaudirektion IV C, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Bildende Kunst, Sitzung am 25. Februar 1972, 28.2.1972, BArch B 136/9881; vgl. ebenso Bundesbaudirektion, II B 4, Pressemitteilung, frei für Freitagszeitungen, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Bildende Kunst – 74, 14.1.1974, BArch B 136/9881.

<sup>129</sup> Insgesamt hatten sich 450 Künstler am Wettbewerb beteiligt, doch nur ein Bruchteil überstand die vorgeschaltete Vorprüfung. Vgl. Pressenotiz Neubau Bundeskanzleramt. Wettbewerb »Bildende Kunst«, BArch B 136/9882. Über die erste Sitzung und ihr Ergebnis ist im Bundesarchiv kein Protokoll zu finden.

wurde sodann durch ein im Bonn dieser Jahre offenbar unvermeidliches »Kolloquium« von Preisrichterjury und Künstlern unterbrochen: Die für die zweite Runde vorausgewählten Künstler wurden in einer ganztägigen Veranstaltung über den Baufortschritt informiert und erhielten eine Baustellenführung. Dies war angesichts der zuvor ausgegebenen dürren Informationsmaterialien sicher hilfreich.<sup>130</sup> Man einigte sich auf dem Kolloquium, dass als Wettbewerbsleistung für die zweite Bewerbungsstufe »ein Gestaltungskonzept für den gesamten Bereich mit typischen Gestaltungsdetails und/oder ein oder mehrere Gestaltungskonzepte für Teilbereiche« verlangt werden.<sup>131</sup> Mögliche Teilbereiche waren Park, Vorfahrtsbereich, der Bereich Bundeskanzlerplatz und der Innenbereich mit Innenhöfen. »Die Teilnehmer an diesem Wettbewerb können sich zu Arbeitsgruppen zusammenschließen«, wobei sie Gartenarchitekten hinzuziehen durften, auch wenn diese sich nicht für die zweite Stufe qualifiziert hatten.

Insgesamt wurden zur zweiten Bewertungsstufe abermals 20 Arbeiten eingereicht, da nicht alle Künstler sich zu Arbeitsgruppen zusammengeschlossen hatten. Am 7. November 1974 sollten endgültig Konzepte zur Realisierung ausgewählt werden. Im Protokoll sind knappe Bewertungen der eingereichten Arbeiten unter verschiedenen Gesichtspunkten festgehalten. Am aufschlussreichsten ist die wortwörtliche abschließende Empfehlung der Jury:

»Aufgrund der Beurteilung der eingereichten Arbeiten empfiehlt das Gutachtergremium dem Auslober *unter Federführung und Koordinierung der planenden Architekten* die Herren Lutz (sic),

---

– Die Preisrichterjury bestand aus: Prof. Bernd Damke, Prof. Dr. Christian Farenholtz, Dipl.-Ing. Robert Glatzer, Prof. Günther Grzimek, Prof. Werner Haftmann, Prof. Dr. Werner Hofmann, Ministerialdirektor Dr. Ernst Kern, Präsident Dipl.-Ing. Wolfgang Leuschner, Ministerialdirektor Dr. Ing. Horst-Peter Oltmanns, Dipl.-Ing. Georg Pollich, Staatssekretär Dr. Manfred Schüler, Dipl.-Ing. Bert Seidel und Prof. Dipl.-Ing. Thomas Sieverts. Die Überschneidungen mit der Preisrichterjury für den Architekturwettbewerb sind deutlich. Die Museumsdirektoren Haftmann und Hofmann waren die einzigen Kunstexperten in der aus Architekten und politischen Beamten gebildeten Kommission. Bernd Damke war Künstler. Landschaftsarchitekt Grzimek hatte bereits den Auftrag erhalten, den Schaumburg-Park nach Fertigstellung des Neubaus zu erweitern. – Zum Kunstkolloquium waren die meisten der eingeladenen Künstler anwesend (geordnet nach Disziplinen, welchen sich die Teilnehmer selbst zugeordnet haben): Die »Bildhauer« Hans-Dieter Bohnet, Heinrich Brummack, Brigitte Denninghoff, Friedrich Gräsel, Maier-Aichen, Martin Matschinsky, Rolf Lieberknecht, Hans Günther van Look, Dr. Adolf Luther, Ansgar Nierhoff, Erich Reusch, K-L Schmalz, Michael Schwarze und Hein Sinken; »Maler« Hansjürgen Grümmer und Ferdinand Kriwet; »Gartenarchitekt« Friedrich-Wilhelm Peters und Heinrich Raderschall; »Landschaftsarchitekt« Hans Luz und Dr. Arne Straßberger; »Lichtplaner« Johannes Dinnebie; »Objektgestalter« Herman Goepfert und Johann Peter Hölzinger sowie ohne nähere Bezeichnung Prof. Karl-Heinz Klieemann. Vgl. Bundesbaudirektion II B 4, Niederschrift über das Kolloquium »Kunstwettbewerb« Neubau Bundeskanzleramt, 1.7.1974, BArch B 136/9882. Nicht anwesend, aber trotzdem unter den Teilnehmern an der zweiten Wettbewerbsstufe waren K. Boie, Prof. Bernhard Heiliger, I. Isterling, K.A. Perz, Günter Ferdinand Ris und Hans Zender.

<sup>130</sup> Für die erste Bewerbungsstufe waren ein Luftbild, ein Lageplan 1:5 000 des Bundesdistriktes, ein Lageplan 1:500 des Wettbewerbsgebietes mit Neuplanung, Palais und Kanzlerbungalow, ein Heft mit verkleinerten Grundrissplänen, Ansichten und Schnitten, fünf Modellfotos und eine Baubeschreibung des Neubaus zur Verfügung gestellt worden. Vgl. Ausschreibungsunterlagen »Neubau Bundeskanzleramt. Bildende Kunst – 1974«, BArch B 136/9881.

<sup>131</sup> Hier und im Folgenden Bundesbaudirektion II B 4, Niederschrift über das Kolloquium »Kunstwettbewerb« Neubau Bundeskanzleramt, 1.7.1974, BArch B 136/9882.

Hölzinger und Goepfert mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für die Bereiche Bundeskanzlerplatz und Vorfahrtsbereich zu beauftragen.«<sup>132</sup>

Hinzugezogen werden sollten zudem – jeweils mit den von ihnen vorgeschlagenen Arbeiten – »Herr Hauser« für den Vorfahrtsbereich, »Herr Dr. Luther« im Innenbereich, »Herr Ris« im Parkbereich und »Herr Brummak (sic)« im Innenhofbereich. »Herr Dinnebie« solle unabhängig vom Wettbewerb zur Mitarbeit an der Außenbeleuchtung eingeladen werden.

Die Jury stellte ihrem Kommuniqué zufolge die ausgewählten »namhaften Künstler« Luz, Goepfert und Hölzinger unter die Tutelle der Planungsgruppe Stieldorf: Unter »Federführung und Koordinierung« der Architekten sollten die drei »Bewerber« weiter an den eingereichten Konzeptionen arbeiten. Im Klartext bedeutet das, dass die Künstler von den Architekten beaufsichtigt werden sollten; die Baukonzeption blieb übermächtig, die Kunstwerke sollten offenbar keinen prägenden Einfluss auf die Gesamtwirkung entwickeln.

Kanzleramtsmitarbeiter Bobbert, der als Mitglied der Arbeitsgruppe Neubau an der Jurysitzung teilnahm, berichtete Kanzleramtschef Schüler vom Wettbewerbsergebnis. Und erst hier wurde offen ausgesprochen, dass dieser Wettbewerb gescheitert war:

»Nach den Ausschreibungsbedingungen sollte die 2. Stufe des Kunstwettbewerbs mit ausführungsfähigen künstlerischen Konzepten bzw. Entwürfen abgeschlossen werden. Dieses Ziel wurde nicht erreicht; denn die vorgelegten Arbeiten sind nach Auffassung der Gutachter für eine Realisierung nicht geeignet.«<sup>133</sup>

Bobbert bezweifelte sogar, dass bis zur Fertigstellung des Neubaus »überhaupt ausführungsfähige Vorschläge vorliegen« würden. Er empfahl Kanzleramtschef Schüler, sich die Entwürfe im Planungspavillon persönlich anzusehen, solange sie dort noch ausgestellt seien. Einer der Leser des Aktenumlaufes ergänzte hier handschriftlich: »Die Vorschläge der Gutachter sind für den Bauherrn nicht verbindlich«, was Schüler durch Unterstreichung noch hervorhob.<sup>134</sup>

Doch trotz erkennbarer Zweifel bei allen Beteiligten wurde das Verfahren weiter verfolgt. Am 27. Dezember fand der Kanzleramtschef einer weiteren handschriftlichen Notiz Bobberts zufolge tatsächlich die Zeit, sich im Planungspavillon umzuschauen. Er erklärte sich »einverstanden, daß die Konzeption Lutz [sic] u. Bohnet weiterbearbeitet wird«, ebenso die von Luther vorgeschlagene Lichtdecke im Konferenzsaal.<sup>135</sup> Kunst am Bau, so vermittelt es das zugängliche Aktenmaterial, wurde als Teil des Bauprojektes verfahrensmäßig erledigt, als handle es sich um eine der zahllosen zu klärenden Detailfragen von A wie »Abnahme« bis Z wie »Zentrale Leittechnik«.<sup>136</sup>

<sup>132</sup> Hier und im Folgenden: Neubau Bundeskanzleramt – Bildende Kunst 74, II. Bewerbungsstufe. Ergebnismitschrift Sitzung der Gutachterkommission am 7. November 1974, 8.11.1974, BArch B 136/9882. [Hervorhebung durch die Verf.]

<sup>133</sup> Hier und im Folgenden: Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt über AL I an ChefBK, 28.11.1974, BArch B 136/9882.

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> BArch B 136/9833–9895.



Claudia Büttner bewertet das Wettbewerbsergebnis aufgrund der Addition mehrerer Einzelpositionen kritisch. Ursprünglich war eine Gesamtkonzeption gesucht worden, doch die Realisierungen im »wichtigsten repräsentativen Bereich«, dem Außenraum, überlagerten sich nun gegenseitig:

»Einem Team [das ist Bohnet/Luz, Anm. der Verf.] wird gestattet, statt die anderen zu integrieren, den Raum mit eigenen Arbeiten zu gestalten, so dass sogar andere favorisierte Positionen ganz wegfallen. Auch wenn dieser Wettbewerb erfolgreicher ist als der kleinere, parallel stattfindende für die Kreuzbauten, da einige, auch innerhalb des architektonischen Kontextes überzeugende Arbeiten realisiert werden, bleibt die Kunst im Außenbereich unbefriedigend repräsentiert.<sup>137</sup>

Die zur Umsetzung vorgeschlagenen künstlerischen Arbeiten seien in ihrer räumlichen Verschränkung im Folgenden skizziert.<sup>138</sup> Sie wurden parallel mit den fortschreitenden Bauarbeiten entwickelt: Landschaftsarchitekt Hans Luz und Bildhauer Hans-Dieter Bohnet strukturierten den Vorplatz des Kanzleramtsneubaus mit großflächigen Bepflanzungen und Betonelementen in geometrischen Formen (siehe Abb. 43 und 44). Sie kombinierten Rotklinker für die Fahrwege mit niedrigen Taxushecken, welche die Betonelemente im Boden teilweise rahmen und von der Architektur in den Park überleiten. Die große Stahlplastik von Bohnet, aus Segmenten zu einer Kugelform zusammengesetzt, wurde durch den Bund angekauft, gelangte aber nie am vom Künstler vorgesehenen Ort zur Aufstellung, weil sie bei Helmut Schmidt Assoziationen an eine Weltkugel auslöste.<sup>139</sup>

Der Bildhauer Erich Hauser platzierte sechs Rundplastiken aus Stahl unter den überständerten Zonen vor dem Erdgeschoss des Abteilungsbaus (Abb. 97). Sie befinden sich bis heute an Ort und Stelle und werden meist als Bodenreliefs bezeichnet. Sie haben jeweils mehrere Meter Durchmesser, eine mattschimmernde silbrige Oberfläche und wirken wie von der Mitte her aufgeschnitten oder aufbrechend. Trotz nichtvegetativer Formen erinnern sie an unterschiedlich weit aufgeblühte Teichrosen.

Günter Ferdinand Ris stellte ein »Großes Lichtfeld« auf, eine Installation aus geschlossenen und angeschnittenen weißen PVC-Röhren, die er im gepflasterten, offenen Durchgang durch den Kanzlerflügel zum Park hin um eine Lichtquelle herum anordnete (Abb. 98). Sie kontrastieren insbesondere die mächtigen Stützen in diesem Bereich und sorgten offenbar auch für eine indirekte Beleuchtung des verschatteten Durchgangs. Die Installation ist heute an dieser Stelle nicht mehr zu sehen.

Adolf Luther brachte 948 runde, getönte Hohlspiegel mit Plexiglashauben an die 306 Quadratmeter Deckenfläche des Konferenzsaales, der dadurch im Zusammenspiel mit Sitz- und Wandfarben in warmes Licht getaucht wird (siehe Taf. 7). Jeder Spiegel hat 51 Zentimeter Durchmesser.<sup>140</sup> Außerdem stellte derselbe Künstler raumhohe, sich lang-

<sup>137</sup> C. BÜTTNER, *Kunst am Bau*, 2011, S. 86.

<sup>138</sup> Beschreibung der künstlerischen Arbeiten in Anlehnung an Formulierungen in einer »Anlage 3«: Erläuterungen zu den Arbeiten der 5 ausgewählten Künstler, BArch B 136/24562.

<sup>139</sup> Dies missfiel ihm, einem »Spiegel«-Zitat zufolge, denn: »(...) wir sind schließlich nicht der Nabel der Welt«. Bammel vor dem Umzug, in: *Der Spiegel*, Nr. 10, 1.3.1976, S. 33f, hier S. 34.

<sup>140</sup> Angaben nach C. BÜTTNER, *Kunst am Bau*, 2011, S. 84.



Abb. 97 Erich Hauser: Zwei von sechs Rundplastiken aus Aluminium vor dem Abteilungsbau. Aufnahme um 1976.

sam drehende schmale Stelen mit großen Glaslinsen ans hintere Ende des Foyers im Abteilungsbau (Abb. 99). Während die Spiegeldecke im Konferenzsaal bis heute warmes Licht verbreitet, ist sein sogenanntes kinetisches Objekt im Foyer demontiert worden.

Im März 1975 veranlasste Helmut Schmidts Kanzleramtchef Schüler die Installation aller genannten Arbeiten.<sup>141</sup> In einer knappen, innerhalb der Bundesverwaltung verfassten Stellungnahme unbekannter Autorschaft wird ein Zusammenhang der Arbeiten untereinander und ihr Verhältnis zur Architektur so bestimmt:

»Die nunmehr vorliegende endgültige Konzeption zeigt eine Übereinstimmung des Ganzen zu den einzelnen Teilen. Landschaft und Architektur finden ihre Fortsetzung, ihre Steigerung durch die geometrischen Pflanzenformen im Vorplatzbereich und die kontrapunktisch gedachten Skulpturen – Kugel (Bonet (sic)) – Zylinder (Ris) – Prismen (Hauser) – Kreis (Luther) – Würfel (Lutz (sic)) – korrespondierend zum Kubus der Architektur.«<sup>142</sup>

In der Öffentlichkeit kam die Konzeption, deren hier zitierte formale Rechtfertigung aus geometrischen Körperformen grotesk bemüht wirkt, ebenso schlecht an wie bereits das Auswahlverfahren, das nach der Meinung des Kunstkritikers der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hätte abgebrochen werden müssen. Der Wettbewerb sei an fehlender Qualität der Einreichungen von vornherein gescheitert und habe daher noch »nicht einmal zur Posse« getaugt. Das Eingereichte sei »nicht repräsentativ für die deutsche Kunstszene«

<sup>141</sup> Vgl. Vermerk Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt, betr. Neubau Bundeskanzleramt, hier: Kunst am Bau, 25.3.1975, BArch B 136/9882.

<sup>142</sup> Anlage 3: Erläuterungen zu den Arbeiten der 5 ausgewählten Künstler, BArch B 136/24562.



Abb. 98 Günter Ferdinand Ris: »Großes Lichtfeld«, PVC / Lichtstäbe (nicht erhalten).



Abb. 99 Adolf Luther:  
Drehbare Stelen aus  
Plexiglas mit leuchten-  
den Glaslinsenspiegeln  
im Foyer des Abtei-  
lungsbaus (nicht erhal-  
ten).

gewesen.<sup>143</sup> Laut »General-Anzeiger« befanden sich unter den Einreichungen auch Arbeiten »unbekannte[r] Teppichknüpfer«.<sup>144</sup> Der »Bonner Stadtanzeiger« lästerte, nur drei der vorausgewählten Künstler seien mit der Aufgabenstellung, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln, überhaupt »zu Potte« gekommen.<sup>145</sup> Da sich die Gutachterkommission sodann für keines entscheiden konnte, sei schließlich »gestückelt« und so ein Gespann aus den Künstlern Luz und Bohnet für den Vorplatz festgelegt worden.<sup>146</sup> Die »Süddeutsche Zeitung« kommentierte das gesamte Auswahlverfahren kritisch:

»Nach der langwierigen Prozedur, die Erfreuliches zu versprechen schien, die alle 21 Künstler mit viel Ehrgeiz und Mühen mitmachten, wurden 16 aus dem Rennen geworfen. Die Bundesbaudirektion teilte jedem der ›Verlierer‹ Ende letzten Monats lapidar mit, ›daß die für dieses Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Mittel die Beteiligung einer größeren Anzahl von Künstlern verbietet‹. Die 16 Abgewiesenen bekamen je 2500 Mark als Entgelt überwiesen. [...] So ist also zum Schluß nur festzustellen, daß die Bonner Lösung wieder nur ein Kompromiß ist, daß die Museen in Bonn zwar geduldet werden, dies aber nun in Gestalt gehorsamer Wesen, die vor der Allgewalt der Architekten, Techniker und Bürokraten zu kuschen haben. Es wäre auch zu fragen, weshalb solch ein Wettbewerbsaufwand (der mindestens 80 000 Mark und mehr kostete) getrieben wurde, wenn am Ende ein solch mageres Resultat herauskommt und eine Handvoll Künstler mit dem Bonner ›Millionensee‹ bedacht wird.«<sup>147</sup>

Die Entscheidung des Wettbewerbes fiel bereits in Helmut Schmidts Kanzlerschaft. Sein Kanzleramtschef Schüler saß sogar als Mitglied in der Auswahlkommission. Die ehemals von Ehmke gegründete Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt unter Leitung von Ernst Kern und die ihnen eng verbundenen Kollegen aus der Bundesbaudirektion zeichneten bis zum Abschluss des Verfahrens verantwortlich. So schlossen sie zusammen mit ihren Mitstreitern aus der Jury des Architekturwettbewerbes das terminlich überhängige Altverfahren des Kunstwettbewerbes erst 1974 ab. Die aus Kunst am Bau-Mitteln zur Verfügung stehenden Gelder waren damit verplant: Aus dem Titel der Neubaukosten und der Mittel für die Außengestaltung konnten insgesamt 1 231 680 Mark ausgegeben werden.<sup>148</sup> Nach Beschluss der Kommission wurden die Aufträge und Honorare in dieser Höhe auf fünf Künstler aufgeteilt, abzüglich der Kosten von 80 000 Mark für die Durchführung des Wettbewerbes.

<sup>143</sup> H.-P. Riese: Der pflegeleichte Kanzlergarten. Mit »Kunst am Bau« soll das neue Kanzleramt repräsentativer gemacht werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1976.

<sup>144</sup> Eine Million für Kunst am Kanzleramt. Bundesweiter Wettbewerb entschieden. Umgebung des Neubaus soll künstlerisch gestaltet werden, in: General-Anzeiger, 4.11.1974.

<sup>145</sup> Steine des Anstoßes werden einplaniert. Kanzleramtsvorplatz wird umgestaltet – Rasen statt Beton – Abschied vom Westwall, in: Bonner Stadtanzeiger (Ausschnitt, vermutlich April 1979).

<sup>146</sup> Vgl. ebd.

<sup>147</sup> W. Krüger: Monumentales für das Kanzleramt. Großer Aufwand und mageres Ergebnis. Der Kunstwettbewerb für den Bonner Neubau, in: Süddeutsche Zeitung, 22.7.1975.

<sup>148</sup> Bundesbaudirektion, II B 4, Pressemitteilung, frei für Freitagszeitungen, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Bildende Kunst – 74, 14.1.1974, BArch B 136/9881.

## 2.2 Die Kunstberaterrunde von Helmut Schmidt

Zusammen mit dem Neubau erbte Helmut Schmidt auch die Ergebnisse des Kunst am Bau-Wettbewerbes, der in seine Amtszeit fiel, jedoch schon 1971 konzeptioniert worden war. Die Resultate gefielen ihm nicht. Und das zur Verfügung stehende Geld war ausgegeben. Zunächst blieb der Kanzler gegenüber der Angelegenheit Kanzleramtsneubau gleichgültig. Fast ein Jahr lang konnte ein wenig Gras über den unglücklichen Kunstwettbewerb wachsen. Dann setzte Schmidt im September 1975 die künstlerische Innenausstattung des Kanzleramtes auf die Tagesordnung. Anhand von »Übersichtsplänen, Fotos des Architektur-Modelles (...), Fotos der Modelle der Kunst-Objekte und Aufnahmen des Bauzustandes« ließ er sich über die künstlerische Gesamtkonzeption und die der einzelnen Objekte informieren, die aus dem Wettbewerb »Bildende Kunst 1974« hervorgegangen waren.<sup>149</sup> Von nun an trieb er energisch – angesichts des nahenden Umzugs in den Neubau unter Zeitdruck – ein völlig anders geartetes Verfahren voran: »Der Herr Bundeskanzler nahm den Beitrag der bildenden Kunst am Neubau kritisch zur Kenntnis«,<sup>150</sup> notierte der ihm vortragende Mitarbeiter der Bundesbauverwaltung, dem Schmidt sodann seine Vorstellungen und Maßnahmen in den Block diktierte. Damit schlug Schmidt einen völlig neuen Ton an:

»Um die deutsche Demokratie ab Reichspräsident Ebert im Neubau zu repräsentieren, wünscht der Herr Bundeskanzler die Büsten oder auch Bilder der Bundespräsidenten Heuß und Lübke sowie des Reichspräsidenten Ebert und die Bilder sämtlicher ehemaliger Bundeskanzler im Neubau an repräsentativer Stelle zu sehen. Zur Diskussion standen die Foyers des Kanzlerbaues und der Kabinettsaal.

Der Neubau des Bundeskanzleramtes soll der Darstellung deutschen Kulturgutes dienen. Es ist gedacht, z.B. an Bilder der Impressionisten, Dürer, Plastiken von Barlach etc. Auch Ausgrabungsergebnisse der frühen deutschen Kulturepochen können in Betracht kommen.

Es sollen auch Wechselausstellungen möglich sein. Entsprechende Ausstellungsmöglichkeiten (Stellwände für Bilder, Podeste für Plastiken) sind zu untersuchen und zwar im Zusammenhang mit der sonstigen Ausstattung der Foyers.

Um die Möglichkeiten der Repräsentanz deutscher Kultur zu erörtern, wünscht der Bundeskanzler in ca. 6–8 Wochen mit führenden Vertretern deutscher Kultur zusammenzutreffen. An Namen wurden von ihm als Beispiel genannt Liebermann und Frisch.

Es ist also nicht nur an Vertreter bildender Kunst gedacht. Einzuladende werden vom Kanzleramt vorgeschlagen.«<sup>151</sup>

Der Rahmen ist damit umrissen: Eine Erstaussstattung mit Kunstgegenständen für das Gebäude sollte so zügig wie möglich und mit Unterstützung von einzuladenden Kuratoren zusammengetragen werden. Da die Zeit drängte und kein Ankaufsbudget existierte, wurde im Zuge der Beratungen auch recherchiert, welche Werke sich bereits in Besitz oder

<sup>149</sup> Vermerk Bundesbaudirektion II B 4, betr. Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundeskanzleramt in Bonn, hier: Aufträge an bildende Künstler, Bezug: Vortrag beim Herrn Bundeskanzler am 19. September 1975 in Gegenwart des ChefsBK, Herrn Staatssekretär Dr. Schüler, 22.9.1975, BArch B 136/24560.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Ebd.

als Leihgaben in den Häusern des Kanzleramtes befanden, um diese gegebenenfalls in die Neubausausstattung mit einzubeziehen.<sup>152</sup> Das Ziel war, bereits bei Einzug ins Gebäude der Öffentlichkeit einen Eindruck des Kunstkonzeptes vermitteln zu können. In der Zusammenstellung sollte eine konkrete politische Aussage ansichtig werden.

Schmidt offenbarte hier ein Verständnis von Kunst auf der politischen Bühne, das sich an traditionelle Herrschaftsrepräsentation anlehnt, also historische Bezüge herstellt. Er orientierte sich gerade nicht an den auf das Praktische und Funktionale ausgerichteten, nur die Arbeitsfähigkeit repräsentierenden Vorstellungen, die den Kanzleramtsneubau prägten und zu ermöglichen schienen, aus dem Zusammenhang der Geschichte herauszutreten zu können. Auf Schmidts hier ausführlich zitierte Ansage folgten in engem Takt Maßnahmen, um die von ihm selbst als »unreflektiert[en]« bezeichneten Vorstellungen zu prüfen, zu legitimieren und zugleich zu konkretisieren.<sup>153</sup> Einige Mitarbeiter wurden umgehend auf die Vorbereitung des Gesprächs mit »Vertretern deutscher Kultur« angesetzt.<sup>154</sup>

Dass Schmidts eigene Ideen, sein eigener Antrieb und sein persönlicher Kunstgeschmack hinter der Initiative standen, spiegelt sich in allen Schriftstücken seiner Mitarbeiter, die das Projekt explizit mit dessen Initiator verbanden. Dass das Projekt zur Chefsache erklärt wurde, war entscheidend. Bereits dies unterscheidet die Initiative qualitativ enorm vom Kunst am Bau-Wettbewerb. Lag die Verantwortung bisher auf den Schultern vieler, allen voran der Bundesbaudirektion und dem Kanzleramt, und somit in den Händen von ausgebildeten Architekten und Ingenieuren, wies Schmidt die Arbeitsschritte nun direkt an. Dies hatte nicht zuletzt den Vorteil, der Bauherrin Bundesbaudirektion nicht in die Quere zu kommen. Die Kanzlerinitiative griff nicht in das Verantwortungsgebiet der Bauausführung ein. Sie stattete lediglich Innenräume des vom Kanzleramt zu nutzenden Gebäudes aus. Dabei suchte sie beratende Stimmen in einer Sphäre möglichst fern der Bundesbaudirektion.

Schmidt ließ die Frage nach geeigneter Kunstausrüstung in einem intellektuellen, kulturhistorisch sachverständigen Rahmen diskutieren. Einen vergleichbaren Vorgang der kulturellen Selbstvergewisserung der Politik hatte es nicht nur in der Planungsphase für den Kanzleramtsneubau, sondern im gesamten Bauen des Bundes in Bonn seit 1949 nicht gegeben. Schmidt fehlte nicht das Selbstbewusstsein, für solch eine vertiefende Auseinan-

<sup>152</sup> Siehe Liste der vorhandenen Kunstwerke, BArch B 136/9881.

<sup>153</sup> Vermerk Gruppe I/3, 2.10.1975, betr. Kunst im Neubau, BArch B 136/24560.

<sup>154</sup> Der »künstlerisch einfühlsame« Erich Milleker hatte zahlreiche Kontakte zu Museumsdirektoren, die er fruchtbar machen konnte, berichtete Helmut Schmidt rückblickend. H. SCHMIDT, *Wegegefährten*, 1996, S. 72. – Milleker hatte bereits im Sommer 1975 Vorsondierungen durchgeführt. In einem seiner Vermerke heißt es, nach einer Besprechung mit Bobbert, der im Kanzleramt für die Kunst am Bau verantwortlich war: »Man kam überein, daß die Existenz der Gutachterkommission [gemeint ist die Jury des Kunstwettbewerbes von 1974, Anm. der Verf.] nicht ausschließt, daß man etwa ab Herbst 1975 als Leihgeber in Betracht kommende Museumsleute einzeln anspricht und ihre Bereitschaft, zu »beraten« und Objekte zur Verfügung zu stellen, sondiert.« Vermerk Gruppe I/3 zu Arbeitsgruppe Neubau I/01201 Ku 1, betr. Neubau Bundeskanzleramt; hier: künstlerische (Innen)Ausstattung des Neubaus, 28.7.1975, BArch B 136/24560.

dersetzung mit der »Aussage«, die »sich aus der Gestaltung der Regierungszentrale dieses Staates ergeben sollte«,<sup>155</sup> die Pflöcke einzuschlagen und somit den Rahmen festzulegen. Sein Ansatz ist der einer Persönlichkeit mit bildungsbürgerlicher Schulausbildung und von Jugend an gepflegtem Interesse für Kunst und Musik, die Schmidt in seine Kanzlerschaft gezielt einbrachte und nicht auf das Privatleben beschränkte.

Nachdem seine Anregungen die Abteilungen des Kanzleramtes durchlaufen hatten, klang das Briefing, das Schmidt für die Beratung mit der geladenen »Reihe von Persönlichkeiten« am 27. November 1975 im Kanzlerbungalow mitgegeben wurde, deutlich versachlicht: Die Bundesrepublik sei kulturell und geistesgeschichtlich in der deutschen Geschichte vor 1949 verwurzelt.<sup>156</sup> Die Gestaltung der Regierungszentrale solle das Selbstverständnis als offene Gesellschaft verdeutlichen, womit vor allem auf die Freiheit von Kunst und Wissenschaft abgehoben ist: Es gebe keine staatliche Dekretierung in den Künsten, nicht einmal eine »Unterscheidung zwischen staatlich akzeptierter und nicht akzeptierter Kunst«, eine Aussage, die wohl als Gestus der Abgrenzung gegenüber der DDR-Kulturpolitik aufzufassen ist, zugleich aber auch die größtmögliche Distanz zu den Prämissen des »Wettbewerbs Bildende Kunst 1974« herstellt. Drittens sei die Bundesrepublik als hochentwickelter Industriestaat »Ergebnis einer entsprechend langen Entwicklung (...), die sich ebenfalls künstlerisch, aber auch technisch (Fotografien, Abbildungen, einzelne historische Modelle) darstellen läßt«. Mit diesem dritten Aspekt bediente die Politik neben den Kulturschaffenden die Lobby der Industriellen.

Das nun in ein enges Korsett gezwängte Konzept brachte Schmidt nicht von seinem Kurs ab. Obwohl die eingeladenen Schriftsteller Max Frisch und Siegfried Lenz ihre Teilnahme am Gespräch abgesagt hatten,<sup>157</sup> versammelten sich genügend einflussreiche Ideengeber und Ermöglicher am 27. November um 15 Uhr. Zunächst wurden sie vom Kanzleramtschef über die Baustelle des Kanzleramtsneubaus geführt. Der Kanzler empfing anschließend im Kanzlerbungalow Prof. Dr. Peter Beye, Direktor der Staatsgalerie Stuttgart, Prof. Dr. Hugo Borger, Direktor der Historischen Museen der Stadt Köln, Prof. Dr. Gerhard Bott, Generaldirektor der Museen der Stadt Köln, den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn, Prof. Gerhart Laage, Architekt an der Technischen Universität Hannover, Prof. Dr. Rolf Liebermann, Direktor der Pariser Oper, Prof. Dr. Heinrich Lützel, Kunsthistoriker an der Universität Bonn, Prof. Dr. Leopold Reidemeister, Direktor des Brücke-Museums in Berlin, Prof. Dr. Arno Schönberger, Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg, Hans Georg Wormit, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin sowie als einzige mit dem Neubau vertraute Person den Architekten Georg Pollich von der Planungsgruppe Stieldorf.<sup>158</sup> Ziel

<sup>155</sup> Gruppe I/3 über AL I und ChefBK an Bundeskanzler, betr. Kunst im Neubau, Bezug: Ihr Gespräch mit Kunstexperten am 27. November 1975 um 17:00 Uhr im Bungalow des Kanzleramtes, 26.11.1975, BArch B 136/24560.

<sup>156</sup> Vgl. hier und im Folgenden ebd.

<sup>157</sup> Vgl. ebd.

<sup>158</sup> Teilnehmerliste Gespräch zum Thema »Kunst im Neubau« am 27. November 1975, 17 Uhr, im Bungalow des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/24560. Hinzu kamen neben dem Kanzleramtschef einzelne Vertreter aus Ministerien und Bundestag.

dieser Einbestellung zahlreicher wichtiger deutscher Museumsdirektoren war neben der Erlangung eines Kunstkonzeptes

»die Bereitschaft Ihrer Gesprächspartner zu wecken, durch Hergabe oder Vermittlung von Leihgaben zur Ausgestaltung beizutragen. (Gelder für den Erwerb von Kunstgegenständen sind nicht vorhanden).«<sup>159</sup>

Man versuchte also, kostenlose Leihgaben zur Ausstattung anzuwerben. Schon aus Geldmangel scheint es keinen Plan B gegeben zu haben. Tatsächlich konnte das Kanzleramt mit seinem unbescheidenen Anliegen reüssieren, entweder durch Überzeugungsarbeit oder den erzeugten Gruppendruck. Der große Termin verlief jedenfalls ausgesprochen erfolgreich und ermöglichte die entscheidenden Schritte. Alle wesentlichen Resultate der Schmidt'schen Initiative lassen sich auf diesen ersten Termin zurückführen. Angesichts der Voraussetzung, dass ad hoc weder für Kunstwerke noch zur Honorierung der Berater Gelder eingesetzt werden konnten, scheint der entscheidende Erfolgsfaktor gewesen zu sein, dass die Kunst zur Chefsache aufgewertet wurde. Das Interesse und Engagement der Kanzlerpersönlichkeit erschien offenbar glaubwürdig. Die Eingeladenen kamen, da die Beratertätigkeit als Ehre empfunden wurde, erklärte sich auch Helmut Schmidt im Rückblick den Erfolg: Nicht jeden Tag bestehe die Möglichkeit, direkt mit dem Bundeskanzler zusammenzuarbeiten.<sup>160</sup>

Aus persönlichem Interesse an dem Projekt ließ sich Schmidt auch im weiteren Verlauf der Kampagne nicht vertreten, sondern empfing noch ein zweites Mal die Beraterrunde.<sup>161</sup> Später fieberte er bei den Hängungsterminen mit, bei denen die eingetroffenen Leihgaben auf die auszustattenden Räume aufgeteilt wurden. In Erinnerung geblieben sind ihm »große innere Spannung und Anteilnahme«. <sup>162</sup> Er ging auch sonst nachgerade körperlich in der Begegnung mit der Kunst auf: Dann »rutschte [er] vor seinem Arbeitszimmer auf den Knien« auf dem Teppichboden herum, um an die Wand gelehnte Bilder zu verrücken, bis die Position stimmte.<sup>163</sup> Genauso gibt es eine Fotografie von ihm, auf der er beherzt eigenhändig ein Sofa im Kanzleramtsneubau verschiebt, das ihm nicht richtig zu stehen schien (Abb. 100). In solchen Augenblicken, die von der geladenen Presse gerne kolportiert wurden, demonstrierte Schmidt sein Verständnis von einer gleichmachenden und verbindenden Wirkung von Kunst und Form, vor der alle Versammelten in erster Linie Betrachter seien und nicht mehr hierarchisch oder politisch Eingebundene:

<sup>159</sup> Gruppe I/3 über AL I und ChefBK an Bundeskanzler, betr. Kunst im Neubau, Bezug: Ihr Gespräch mit Kunstexperten am 27. November 1975 um 17:00 Uhr im Bungalow des Kanzleramtes, 26.11.1975, BArch B 136/24560. – Das Kanzleramt hatte vorbereitend eine Liste von Kunstgegenständen »aus ehemaligem Reichsbesitz« zusammengestellt, die als Leihgaben des Bundes in deutschen Museen hingen. »Diese Gegenstände dürften für den Neubau nicht infrage kommen, weil sie politisch gerade ein falsches Licht auf die politischen Wurzeln der Bundesrepublik werfen würden [Erwerb während des 3. Reichs]. Sie könnten aber in einer taktischen Sicht die Geneigtheit der betreffenden Museen zu Hergabe anderer Leihgaben erhöhen.« Ebd. Ob dieses einzige Druckmittel überhaupt eingesetzt wurde oder in irgendeiner Form die Zusammenarbeit beflügelte, ist nicht bekannt.

<sup>160</sup> Vgl. H. SCHMIDT, *Weggefährten*, 1996, S. 71–81.

<sup>161</sup> Das zweite Treffen fand am 5. Februar 1976 statt.

<sup>162</sup> H. SCHMIDT, *Kunst als Ausdruck*, 1982, S. 88.

<sup>163</sup> M. GRAF VON NAYHAUSS, *Vor moderner Kunst*, 1982, S. 106.





Abb. 100 Bundeskanzler Helmut Schmidt verrückt ein Sofa im neuen Empfangszimmer.

»Kunst schafft Verbindung, Verbindung zwischen dem Kunstwerk, seinem Schöpfer und demjenigen, der sich seiner Wirkung öffnet. Kunst stiftet Gemeinschaft unter vielen, die ein Kunstwerk in ihr Leben aufnehmen. Diese Aufgabe erfüllt auch die Kunst im Kanzleramt.«<sup>164</sup>

Menschliche Begegnungen auf Augenhöhe bei gemeinsamen »Kunstreisen durch das Kanzleramt«<sup>165</sup> setzte er auch später gerne als diplomatisches Mittel bei Staatsbesuchen ein, denn hier wurde

»ohne politische oder protokollarische Zwänge eine Unterhaltung mit den Gästen möglich, die das persönliche Verständnis auf beiden Seiten förderte. Vor den Bildern und Skulpturen trennten keine Verhandlungstische und kein von Tagesordnungen erzwungener Gesprächsablauf mehr die zwischenmenschliche Verbindung.«<sup>166</sup>

Soweit sei hier vorgegriffen, denn es soll deutlich werden, wie sehr die Ausstattungskampagne auf die Persönlichkeit Helmut Schmidts bezogen und zugeschnitten war. Sie hätte sich nicht stärker von dem Kunst am Bau-Wettbewerb von 1974 unterscheiden können, der ein Jahr zuvor mit unbefriedigendem Erfolg abgeschlossen worden war. Schmidt betrieb die Kunstangelegenheit entschieden, wertete sie zur Chefsache auf und motivierte die ideengebenden Berater, von sich aus Lösungen und Leihgaben anzubieten. Damit erweiterte und öffnete sich das am politischen Ort in Bonn Repräsentierte auf die Herkunftsorte der Leihgaben und ihre Besitzer, sowohl Museen als auch Privatpersonen. Die Beraterauswahl folgte möglicherweise regionalem und parteipolitischem Proporz, wirkt in der Zusammenstellung jedoch pragmatisch, da man möglichst viele Kontakte und Leihgeber kurzfristig zu erschließen suchte.<sup>167</sup> Charakteristischerweise lud Schmidt einige persönli-

<sup>164</sup> H. SCHMIDT, Kunst im Kanzleramt, 1982, S. 10.

<sup>165</sup> Ebd., S. 12.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Zwischen der Kunstberaterunde im Kanzleramt und der ersten Ankaufskommission der im Jahr 1970 durch Willy Brandt gegründeten Bundeskunstsammlung bestanden keine personellen Überschneidun-

che Freunde in diese Runde ein.<sup>168</sup> Federführung und Entscheidungsbefugnisse wurden im engsten Kreis der Amtsspitze gehalten, nicht an eine Kommission abgegeben. Auch wurde die Kunstberaterrunde bewusst nie institutionalisiert.<sup>169</sup> Darin kann man einen demonstrativen Akzent gegenüber den die Neubauplanung bis dato prägenden Gruppenarbeitsansätzen erkennen. Der kurze Dienstweg ermöglichte zudem die notwendigen zügigen Entscheidungen kurz vor dem Umzug in den Neubau.

Das Treffen vom 27. November 1975 erwies sich, wie bereits angedeutet, als überaus ertragreich. Alle wesentlichen Elemente der unter Schmidt erfolgten Kunstausrüstung wurden an einem einzigen Nachmittag eronnen. Bevor verschiedene Fäden, deren Ursprung dieses Ersttreffen bildete, im einzelnen weiter verfolgt werden, sei auf eine zeitgleich beschlossene bedeutende Revision am Bestehenden hingewiesen. Die Beraterrunde legte nach einem Rundgang über die Baustelle ein einstimmiges Veto gegen die im Kunstwettbewerb entwickelte Vorplatzgestaltung ein. Man beschloss zusammen mit dem Kanzler – oder der Kanzler regte an zu beschließen –, dass das Kugelobjekt mit dem Titel »Integration« von Hans-Dieter Bohnet nicht auf den Vorplatz kommen sollte.<sup>170</sup> Die darüber hinaus vorgesehene geometrische gärtnerische Flächengestaltung von Bohnet und Luz akzeptierte die Beraterrunde nur als Übergangslösung.<sup>171</sup> Diese Festlegungen und Entschlüsse wurden später wie alle weiteren desselben Nachmittages konsequent umgesetzt.

---

gen. Die verschieden zusammengesetzten Ankaufskommissionen letzterer sind dokumentiert in: VISIT(E), 2007, S. 169ff. – Das Bundeskanzleramt griff auf die Bestände zeitgenössischer Kunst in dieser Sammlung offenbar nicht zurück. Die beiden Plastiken von Max Ernst »Mon ami Pierrot« und »Un ami empressé« bezeichnet Doris Schmidt zwar als aus Mitteln der Bundeskunstsammlung finanziert (vgl. D. SCHMIDT, Gang durchs Kanzleramt, 1982, S. 76), jedoch bestätigen dies die Ankaufslisten nicht (vgl. VISIT(E), 2007).<sup>168</sup> In einem Briefing für Schmidt wird der große Kunstberater-Termin vom 27. November 1975 als »die von Ihnen mit persönlichen Freunden und Sachkundigen geführte Aussprache im Bungalow« bezeichnet. Gruppe I/3 über AL I und ChefBK an Bundeskanzler, betr. Kunst im Neubau des Bundeskanzleramtes, hier: Ihr heutiges Gespräch mit den Professoren Borger, Bott und Laage (17 Uhr), 15.1.1976, BArch B 136/24560. – Mit dem Architekten Gerhart Laage war Schmidt seit Studienzeiten befreundet, vgl. Artis Editorial, Leitartikel im Kunstmagazin »artis«, Heft 4 (1976).

<sup>169</sup> Um in der Entscheidung frei zu bleiben, um die Kunst am Bau-Kommission nicht zu brüskieren, um keine Kosten zu verursachen und damit sich die nicht in einen engeren Beraterkreis Berufenen nicht zurückgesetzt fühlen. Vgl. Gruppe I/3 über AL I und ChefBK an Bundeskanzler, betr. Kunst im Neubau, Bezug: Ihr Gespräch mit Kunstexperten am 27. November 1975 um 17:00 Uhr im Bungalow des Kanzleramtes, 26.11.1975, BArch B 136/24560.

<sup>170</sup> Vgl. Ergebnisprotokoll über das Gespräch »Kunst im Neubau« am 27. November 1975, 17 Uhr, im Bungalow des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/24560. Diesen Quellen zufolge gelangte die Stahlplastik nie am vorgesehenen Ort zur Aufstellung. Fotografien des Platzes mit »Integration« wurden nicht gesichtet. Dennoch schreibt Claudia Büttner, dass die Plastik 1976 vom Vorplatz versetzt sowie schließlich 1986 vor dem Abgeordnetenhochhaus aufgestellt worden ist. Vgl. C. BÜTTNER, Kunst am Bau, 2011, S. 83.

<sup>171</sup> Vgl. Ergebnisprotokoll über das Gespräch »Kunst im Neubau« am 27. November 1975, 17 Uhr, im Bungalow des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/24560. – Dieser Entscheidung folgte eine wochenlange Auseinandersetzung, weil das Künstlerduo Luz/Bohnet mithilfe der Presseöffentlichkeit die Verletzung ihres künstlerischen Urheberrechts an der Gesamtkonzeption für die Vorplatzgestaltung anklagte und juristische Schritte einleitete. Vgl. z.B. Künstler wehren sich gegen Kritik am Vorplatz des Bundeskanzleramtes. Offener Brief an Helmut Schmidt. Rechtsstreit um Weltkugel – 800 000 Mark Umbaukosten, in: General-Anzeiger, 24.4.1979; E. Keil: Künstler kämpfen gegen den Kanzler. Landschaftsgestalter wollen keinen Rasen, in: Bonner Rundschau, 24.4.1979.

Neben dem Vorplatz identifizierte die Kunstberaterrunde zunächst diejenigen Räumlichkeiten, die künstlerisch repräsentativ auszustatten seien, nämlich der Kabinettsaal und umgebende Räumlichkeiten, das Foyer einschließlich Treppenhaus, das zweite Obergeschoss mit Arbeitszimmer und Empfangsräumen des Bundeskanzlers, der große Konferenzraum im Verwaltungsbau einschließlich Zugangsflächen sowie weitere Hallen und Flure.<sup>172</sup> Die Berater Borger, Bott und Laage übernahmen es gemeinsam, ein Rahmenkonzept für diese Räume zu entwickeln. Dabei wollten sie auf Funktionszusammenhänge Rücksicht nehmen, etwa Besucherströme oder konservatorische Fragen, mögliche Kunstwerke und Aufstellorte benennen sowie Vorschläge zur praktischen Umsetzung und zur Ausführung infrage kommende Künstler machen.

Als ihr Vorentwurf für ein Konzept im Dezember 1975 vorlag, stand darin bereits als Punkt eins, dass man auf dem Vorplatz eine Plastik von Henry Moore aufstellen sollte.<sup>173</sup> Auf die Moore-Plastik, die den Endpunkt und das Ausrufezeichen der Kampagne bilden sollte, was 1975 jedoch noch nicht absehbar war, wird später eingegangen. Zu diesem Zeitpunkt war nicht geplant, dass das Kunstbergergremium derart entscheidend auch die Außenansicht des Amtes prägen sollte, wollte es sich doch auf die Innenausstattung konzentrieren. Doch gerade hier scheiterte die Idee der drei Professoren: Für die Kabinettssebene hatten sie vorgeschlagen, Max Bill und Josef Albers damit zu beauftragen, jeweils Kabinettsflure, Vorraum zum Kabinett und den kleinen beziehungsweise den großen Kabinettsaal zu gestalten. Der Auftrag hätte die Gestaltung von Wänden, Boden und Decke, Licht und Lampen bis hin zur Auswahl der Möbel beinhaltet. Die Auswahl gerade dieser beiden Persönlichkeiten rekurrierte vermutlich auf deren Vergangenheit beim Bauhaus. Ihre Mitarbeit hätte diese gestalterische und ideologische Tradition in den Kanzleramtsneubau integriert. Albers hatte in den Bauhaus-Werkstätten unterrichtet, und der Schweizer Bill war 1927/28 Student am Dessauer Bauhaus gewesen. Für die Nachkriegszeit sind beide mit der kulturpolitisch gescheiterten Hochschule für Gestaltung in Ulm in Verbindung zu bringen, die der Architekt und Bildhauer Bill mitbegründet hatte und deren Rektor er gewesen war. Albers war 1953 Gastdozent an dieser Schule, mit der das Bauhaus in der Bundesrepublik neu begründet werden sollte.

Das Kanzleramt folgte den Vorschlägen der drei Professoren und fragte Albers und Bill an. Der seit seiner Emigration 1933 in den USA lebende, 87-jährige Albers fühlte sich jedoch zu alt, den Kanzleramtsauftrag persönlich auszuführen und bot lediglich aus der Ferne erstellte Entwürfe an. Dagegen war Max Bill an einer Zusammenarbeit interessiert und reiste zum zweiten großen Kunstberatertermin am 5. Februar an, ohne Wissen darü-

---

<sup>172</sup> Vgl. Ergebnisprotokoll über das Gespräch »Kunst im Neubau« am 27. November 1975, 17 Uhr, im Bungalow des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/24560.

<sup>173</sup> Die Begründung lautete, einer Moore-Plastik »wird die dort notwendige Eigenständigkeit von uns zugemessen«. Vgl. Borger, Bott, Laage an Bundeskanzler Schmidt, betr. Konzept für die Gestaltung des Kanzlertrakts im Neubau des Bundeskanzleramtes, Bezug: Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 27. November 1975 und Protokoll dieser Sitzung, 11.12.1975, BArch B 136/24560. Offizielle Fassung dieses Konzepts sodann vom 12.1.1976, BArch B 136/24661.

ber, dass man ihm gegebenenfalls einen lukrativen Auftrag erteilen wollte.<sup>174</sup> Im Verlaufe des 5. Februar kam man im Kanzleramt zu dem Entschluss, mit Max Bill zusammenarbeiten zu wollen und setzte ihn entsprechend in Kenntnis.

Doch die Auftragsvergabe scheiterte.<sup>175</sup> Es hatte sich öffentlicher Protest geregt wegen der Kosten, welche mit Umbauten, Anschaffungen und Honorar verbunden gewesen wären. Intern war der Einsatz von Albers und Bill, einschließlich aller weiterer Maßnahmen zur Kunstausgestaltung, mit 3,5 Millionen Mark veranschlagt worden.<sup>176</sup> Dass die »haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen« für solche Aufträge fehlten, hatte Kanzleramtschef Schüler am 5. Februar 1976 noch einmal hervorgehoben. Man wollte daher die einzelnen Projekte über mehrere Jahre gestreckt umsetzen.<sup>177</sup> Doch ein Bundestagsabgeordneter bat das Bauministerium um Auskunft, ob tatsächlich mehrere Millionen Mark zusätzlich für den Umbau und die Ausstattung der Kanzler- und Kabinettsräume ausgegeben werden sollten. Diese Anfrage wurde nach Rücksprache mit dem Kanzleramtschef beantwortet. Die Konsequenz war, »daß diese Beantwortung die Erteilung eines sinnvollen Auftrags an Max Bill wahrscheinlich ausschließt«. <sup>178</sup> Dem großen Max Bill am Ende wieder absagen zu müssen, bedeutete für das Kanzleramt durchaus eine Blamage.

Dass Max Bills Mitarbeit infolge der öffentlichen Kritik an den entstehenden Kosten nicht in Anspruch genommen werden konnte, ist nicht zuletzt Folge der Tatsache, dass das Kanzleramt das Thema »Kunstberatung für den Kanzler« von Beginn an aktiv in die Medienberichterstattung brachte. In Pressemitteilungen informierte es über die Zusammenkünfte am 27. November und am 5. Februar.<sup>179</sup> Das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit war sogar Gegenstand der Beschlussfassung der Beraterrunde auf ihrem ersten Treffen: »Der Öffentlichkeit müsse beim Einzug entsprechend deutlich gemacht werden, daß die künstlerische Ausgestaltung – ausgehend von dem dann schon Vorhandenen – schrittweise vollendet werde.«<sup>180</sup> Denn selbstredend war die Kunstausstattung des Kanzleramtsneubaus mehr als ein dekorativer Eingriff: Sie war eine Imagekampagne für den Kanzler und zur Vorbereitung des Umzuges in den ungeliebten Neubau. Zu ihr gehörte insbesondere die Ausstattung mit expressionistischen Kunstwerken, um die es im folgenden Kapitel gehen soll.

<sup>174</sup> Vgl. Gruppe I/3 über AL I, ChefBK an Bundeskanzler, betr. Künstlerische Innengestaltung des Neubaus, hier: 1. Ihre Einladung an die Professoren Josef Albers und Max Bill; 2. Programmablauf am 5. Februar 1976, 29.1.1976, BArch B 136/24561.

<sup>175</sup> Vgl. Bundeskanzler an Bill (möglicherweise nur Briefentwurf, da ohne Unterschrift und Tagesdatum), Juni 1976, BArch B 136/24561.

<sup>176</sup> Vgl. Borger, Bott, Laage an Bundeskanzler, betr. Konzept für die Gestaltung des Kanzlertrakts im Neubau des Bundeskanzleramtes, Bezug: Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 27. November 1975 und Protokoll dieser Sitzung, 11.12.1975, BArch B 136/24560.

<sup>177</sup> Vgl. Ergebnisprotokoll über das Gespräch zur künstlerischen Innenausgestaltung des Neubaus des Bundeskanzleramtes am 5. Februar 1976, 17:00 Uhr, BArch B 136/24561.

<sup>178</sup> Referat 132 über GL 12, AL I, ChefBK an Bundeskanzler, betr. Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Horst Schröder (Lüneburg) zum Thema Neubau, hier: Schreiben an Prof. Max Bill, 4.6.1976, BArch B 136/24561.

<sup>179</sup> Pressemitteilung Nr. 547/75, 1.12.1975, BArch B 136/24562; Pressemitteilung Nr. 51/76, 11.2.1976, BArch B 136/24565.

<sup>180</sup> Ergebnisprotokoll über das Gespräch zum Thema »Kunst im Neubau« am 27. November 1975, 17 Uhr, im Bungalow des Bundeskanzleramtes, BArch B 136/24560.

## 2.3 »2 Heckel (...), 3 weitere Nolde (...), 3 Stilleben Schmidt-Rottluff«

Die zur Überschrift dieses Teilkapitels verknappte Aufzählung erinnert eher an einen Möbelkauf als an den Aufbau einer Kunstsammlung: Nicht von spezifischen Arbeiten ist die Rede, sondern von der benötigten Menge beliebiger Werke bestimmter Künstler. Die Liste bildet gleichsam eine Wunschliste und entstammt dem Ergebnisprotokoll einer Begehung des Kanzlerflügels durch Bundeskanzler Schmidt und einen weiteren seiner ehrenamtlichen Kunstberater, Prof. Dr. Leopold Reidemeister.<sup>181</sup> Notiert wurde, wie viele Leihgaben bestimmter Couleur zur Ausstattung der Repräsentationsräume durch Reidemeister idealerweise beschafft werden sollten, um die bislang völlig leeren Räume und Flure auszustatten.

Reidemeister war Kunsthistoriker und Direktor des 1967 gegründeten Brücke-Museums in West-Berlin. Er hatte dem Bundeskanzler im Anschluss an das Gespräch vom 27. November 1975 angeboten, unter Ausnutzung seiner persönlichen Kontakte Leihgaben expressionistischer Werke zu vermitteln. In einem Vermerk notierte Kanzleramtsmitarbeiter Erich Milleker, Reidemeister wolle »aus den seiner Obhut anvertrauten Beständen (ca. 90 Bilder; vorwiegend Schmidt-Rottluff) Kunstwerke für die Ausstattung eines Raums im Neubau des Bundeskanzleramtes zur Verfügung (...) stellen«.<sup>182</sup> Daraufhin besuchte Kanzleramtschef Schüler Reidemeister im Januar in Berlin, um die Bestände im Brücke-Museum anzuschauen und bat den Direktor, seine Vorschläge schriftlich zu formulieren.<sup>183</sup> Reidemeister schickte bald sein knappes Konzept und leitete es mit einem Bescheidenheitstopos ein, der zugleich zu pragmatischem Vorgehen aufrief: »Aufgrund der Tatsache, daß der Neubau nahezu vollendet ist und schon Anfang April bezogen werden soll, sind die Möglichkeiten hilfreichen Rats beschränkt.«<sup>184</sup> Er plädierte für eine Ausstattung mit »Bildern der deutschen Künstler«, »die seinerzeit von demselben Amt aus als »entartet« erklärt wurden«. Mit dieser Parallelisierung lässt er eine moralische Verpflichtung des Kanzleramtes anklingen. Weiter schreibt er, beim Gespräch am 27. November habe Liebermann angeregt, »im Sinne einer Wiedergutmachung geschehenen Unrechts« Werke dieser Künstler aus den USA zurück zu erwerben. Dies bedürfte, so Reidemeister, der sich offenbar nicht mit fremden Federn schmücken will und die Erstnennung der Expressionisten dem Pariser Operndirektor lässt, jedoch längerer Zeit und vor allem finanzieller Mittel. So leitet er zu seinem Vorschlag hin:

»Dagegen besteht die Möglichkeit, entsprechende Bilder aus den Nachlässen dieser Maler leihweise zur Verfügung zu stellen. Nach vorsorglich getroffenen Rücksprachen handelt es sich um Werke von Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff, Christian Rohlf, Carl Hofer und August Macke. Die Stiftung Seebüll würde sicher zu gewinnen sein, für eine entsprechende Vertretung Noldes in diesem Zusammenhang zu der schon bestehenden Leihgabe weitere beizutragen; eine

<sup>181</sup> Vermerk Gruppe I/3, betr. Heutiges Gespräch mit Herrn Prof. Reidemeister, 6.2.1976, BArch B 136/24565.

<sup>182</sup> Vermerk Gruppe I/3, betr. Kunst im Neubau; hier: Durch Prof. Reidemeister angebotene Leihgaben aus dem Brücke-Museum, 30.12.1975, BArch B 136/24565.

<sup>183</sup> Vgl. ChefBK an Reidemeister, 23.12.1975, BArch B 136/24561.

<sup>184</sup> Hier und im Folgenden Reidemeister an Bundeskanzler, 2.2.1976, BArch B 136/24561.

Kirchner-Leihgabe steht darüber hinaus bereits zur Verfügung. Die Darstellung deutscher Landschaften und Städte könnte mit Werken Heckels, Noldes und Schmidt-Rottluffs erfolgen. Wenn die abstrakte Malerei einbezogen werden soll, könnten leicht Leihgaben aus dem Werk Ernst Wilhelm Nays, Wilhelm Baumeisters und Theodor Werners erwirkt werden. In jedem Fall sollte eine endgültige Auswahl auf die Künstler beschränkt werden, die seinerzeit als »entartet« verfeimt wurden. Damit wäre einem doppelten Zweck gedient, die nüchternen dunklen Räume würden mit diesen Bildern einen hohen künstlerischen Rang erhalten, wobei die Ausstattung der Räume mit Holztäfelungen gewahrt bliebe. Zum anderen wäre ein einzigartiger und weithin wirkungsvoller Akt der Wiedergutmachung vollzogen. Wenn möglich sollten im täglichen Sprachgebrauch die Räume nach den Künstlern benannt werden. Nach jeweiliger Vereinbarung könnten zu gegebener Zeit aus diesen Leihgaben Erwerbungen gemacht werden. Der sofort anfallende Kostenaufwand durch Transport und Versicherung ist minimal, bauliche Veränderungen sind nicht erforderlich.«<sup>185</sup>

Reidemeister legte damit ein umsetzungsreifes, kurzfristig machbares, kostenneutrales und kulturpolitisch hervorragend vermittelbares Konzept vor. Für das Kanzleramt erwies es sich als Glücksfall und wurde auch als solcher erkannt, denn das Zitierte wurde von Anfang bis Ende umgesetzt, bis hin zur Benennung der Räume nach den darin mit Werken vertretenen Künstlern. Das Konzept überzeugte insbesondere auf der kulturpolitischen Ebene: Es stand der Demokratie gut zu Gesicht, da es Werke von Künstlern ehrte, die durch die Nationalsozialisten verfeimt, ihrer Existenzgrundlage beraubt und vielfach ins Exil gezwungen worden waren. Dies geschah zu einem Zeitpunkt Mitte der 1970er Jahre, als Kunstgeschichte und -kritik die Qualität und modernistische Avantgarde in den Werken der Expressionisten gerade zu würdigen begonnen hatten. Durch Reidemeisters Vermittlung würden international anerkannte künstlerische Werke in ausreichend großer Menge kurzfristig und fast kostenneutral in die Regierungszentrale kommen.

Kritikwürdiges konnte an dem schlüssigen Konzept kaum gefunden werden. In den Worten von Erich Milleker in einem Briefing für Bundeskanzler Schmidt, der am 5. Februar die Kunstberater nochmals empfing und mit den drei Professoren, Max Bill und Reidemeister strategische Einzelgespräche zu führen hatte, hieß es lediglich: »Hauptkritik könnte sein: zu einseitiges Schwergewicht beim deutschen Expressionismus. Gegenargumente: optisch ansprechend und aussagekräftig; künstlerisch anerkannt; Akt der Rehabilitierung gegenüber den Künstlern; kurzfristig und mit geringen Kosten realisierbar.«<sup>186</sup>

Den Pragmatismus musste Reidemeister dem Kanzleramt demzufolge keineswegs verordnen. Angesichts des Zeitdrucks und des Geldmangels könnte die Überschrift zu diesem Kapitel auch widerspiegeln, dass man zu diesem Zeitpunkt nehmen musste und wollte, was man im Rahmen dieses Konzeptes nur irgendwie von Leihgebern zugesagt bekam. Idee und aus eigenem Antrieb kommende Unterstützung durch Reidemeister er-

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Gruppe I/3 über AL I, ChefBK an Bundeskanzler, betr. Künstlerische Innenausgestaltung des Neubaus; hier: 1. Ihr Gespräch mit Max Bill, 2. Ihr Gespräch mit den Herren Borger, Bott und Laage (ab – frühestens – 16:30 Uhr), 3. Gespräch im größeren Kreis um 17:00 Uhr im Bungalow, 4.2.1976, BARh B 136/24561.



Abb. 101 Hermann Blumenthal: »Sitzender Jüngling« im Foyer des Kanzlerflügels. Im Hintergrund Ernst Ludwig Kirchners »Alpsonntag der Bergbauern« (1923–26).

möglichten Helmut Schmidt jedenfalls, in den nächsten Monaten und Jahren das erfolgreichste seiner Kunstprojekte im Kanzleramt zu realisieren.

Reidemeister integrierte in das Konzept problemlos eine wichtige, bereits vereinbarte Kirchner-Leihgabe, die sich einer persönlichen Bekanntschaft Schmidts verdankte.<sup>187</sup> Es handelt sich um den großformatigen »Alpsonntag der Bergbauern« (1923–26) aus dem Besitz des Schweizer Kunsthändlers und Nachlassverwalters sowie Vertreters der Erbgemeinschaft Kirchners, Roman Norbert Ketterer, das nach einer Zwischenstation im Kabinettsaal (siehe Taf. 6) seinen Platz im Foyer des Kanzlerflügels fand (Abb. 101). Heute hängt es im Berliner Kabinettsaal, da es als eine der wenigen Leihgaben angekauft wurde. Es ist eines der bekanntesten Werke in der Sammlung des Bundeskanzleramtes.<sup>188</sup>

Schmidt setzte zusätzlich eigene Akzente. Besonders für sein Arbeitszimmer hatte er Vorstellungen jenseits der von Reidemeister vorgeschlagenen Werkgruppe. Mit dem Expressionisten-Konzept jedoch harmonierten sie. Reidemeister prüfte auch in diesen Fällen, was er durch seine Kontakte anstoßen konnte. »Der Herr Bundeskanzler wollte (...)

<sup>187</sup> Ein Presseartikel berichtete, dass die Leihgabe auf eine persönliche Bekanntschaft zwischen dem Kunsthändler Ketterer und Schmidt zurückging und das Bild bereits im Februar 1976 zur Verfügung stand. Vgl. Expressionisten für das neue Kanzleramt. Schmidt favorisiert Monumental-Gemälde von Ludwig Kirchner, in: *General-Anzeiger*, 14.5.1976.

<sup>188</sup> Zur politischen Ikonografie des »Alpsonntags« vgl. M. DIERS, *Arbeitende Bauern*, 1997.

nach Möglichkeit einen oder mehrere weitere Noldes, ferner evtl. – falls erreichbar – eine Paula Modersohn-Becker, einen Barlach und ggfs. einen Marquet (Aussicht von Hamburg) haben.«<sup>189</sup> Bei der Nolde-Stiftung in Seebüll etwa und bei einem Sohn des Bildhauers Ernst Barlach fühlte Reidemeister vor, und Schmidt schrieb anschließend einen offiziellen Brief mit der Bitte um Leihgaben.<sup>190</sup> Diese Doppelschlagtechnik hatte in mehreren Fällen Erfolg.

Der Kunsthistoriker Reidemeister (1900–1987) hatte nach einer ausgesprochen erfolgreichen Karriere, die ihn unter anderem zum Generaldirektor der Museen der Stadt Köln, zum Direktor der Nationalgalerie Berlin und zum Generaldirektor der Berliner Museen hatte aufsteigen lassen, als Gründungsdirektor die Leitung des Brücke-Museums übernommen. Es war aus der Schenkung des Nachlasses von Karl Schmidt-Rottluff an die Stadt Berlin hervorgegangen und in einem Neubau im Stil der Bauhaus-Moderne (Werner Düttmann, 1966–67) eingerichtet worden. Reidemeister konnte auch Erich Heckel zur Nachlassschenkung bewegen. Die beiden Werkgruppen bildeten gemeinsam den Grundstock der neuen Sammlung von Brücke-Künstlern im Eigentum der Stadt Berlin.<sup>191</sup> Mit Schmidt-Rottluff verband Reidemeister eine persönliche Freundschaft, und auch mit anderen Expressionisten und ihren Erben hatte er vertrauensvollen Kontakt, sodass er für Recherchen und Überzeugungsarbeit betreffend Leihgaben in diesem Umfeld die besten Voraussetzungen mitbrachte. Wie Helmut Schmidt ihn für die Mitarbeit begeistern konnte, sodass er seine persönlichen Kontakte von sich aus in den Dienst der Bundesregierung oder des westdeutschen Staates stellte, bleibt im Dunklen.<sup>192</sup> Sicher ist, dass Schmidt und der deutlich ältere Reidemeister ästhetische Vorlieben teilten; Schmidts Verehrung für Emil Nolde, von dem er bereits »Meer III« (Abb. 102) als persönliche, an seine Kanzlerschaft geknüpfte Leihgabe der Noldestiftung in seinem Arbeitszimmer im Palais Schaumburg genießen durfte, ist ein Hinweis darauf.<sup>193</sup> Reidemeister wurden für seinen zeitintensiven ehrenamtlichen Einsatz über mehrere Jahre hinweg – bis etwa 1980 telefonierte und schrieb er um Leihgaben und nahm Hängungstermine im Kanzleramt wahr – lediglich Auslagen erstattet.

Das Reidemeister-Konzept war auch deswegen unmittelbar umsetzbar, da es nahtlos mit demjenigen der drei Professoren Borger, Bott und Laage zusammenpasste. Den ersten Vorschlag Schmidts aufgreifend, dass deutsche Geistesgeschichte ebenso wie deut-

<sup>189</sup> Gruppe I/3 über AL I an ChefBK, betr. Neubau des Bundeskanzleramtes, Bezug: Ihr Vermerk vom 24. Februar 1976, 25.2.1976, BArch B 136/24565.

<sup>190</sup> Der Bundeskanzler (Dr. Milleker) an Herrn Nikolaus Barlach, Ratzeburg: »Daß ich persönlich eine große Neigung für das Werk von Barlach habe, spielt dabei gewiß eine Rolle. Wichtiger ist, daß die zahlreichen – vor allem ausländischen – Besucher des Bundeskanzlers einen nachhaltigen Eindruck über das kulturelle Leben Deutschlands auch nach 1900 mitnehmen sollen.« BArch B 136/24565.

<sup>191</sup> Vgl. Ch. SAEHRENDT, *Die Brücke*, 2005, S. 90.

<sup>192</sup> Dass Schmidt und Reidemeister schon früher miteinander bekannt waren, ist möglich. Ein Indiz dafür, dass man sich nicht kannte, könnten allerdings die biografischen Angaben darstellen, die zu Beginn der Zusammenarbeit durch das Kanzleramt zu den Akten genommen wurden. Vgl. Gruppe I/3 über AL I an ChefBK, betr. Persönliche Daten von Professor Reidemeister, Berlin, 2.12.1975, BArch B 136/24565.

<sup>193</sup> Vgl. Fotokopie des Leihvertrages zwischen Nolde Stiftung Seebüll und Bundeskanzleramt für Emil Nolde, »Meer III«, 1947, Oel auf Leinwand, 67,5 x 88,5 cm, BArch B 136/24565.





Abb. 102 Emil Nolde: »Meer III«, 1947, Öl auf Leinwand, 67,5 x 88,5 cm.

sche Landschaften ins Bild gesetzt werden sollten, hatte Reidemeister die Stadtansichten Heckels ins Auge gefasst. Tatsächlich zogen dessen pastellfarbene »Marienveste bei Würzburg«, »Konstanz« sowie das farbintensive »Bordeaux« – mit Blick über die Dächer auf gelbes Wasser der Garonne mit vielen Segelschiffen darauf – in die Kanzleretage ein, ebenso die naiv in der Farbpalette von Meer und Strand getuschte Allee in »Sierksdorf« an der Ostsee von Schmidt-Rottluff.

Wie bereits erwähnt, brachte das Kanzleramt von Beginn an die Kunstberatung der prominenten Museumsdirektoren in die Presse. Besonders die Umsetzung der Reidemeister-Konzeption wurde öffentlichkeitswirksam vermittelt, um das Presseecho zum Thema Kanzleramt in Bonn zu verbessern, wie eine Erläuterung eines Pressereferenten im Kanzleramt verdeutlicht:

»Es war ausdrücklich der Wunsch von Chef BK, die Bemühungen von Professor Reidemeister in den Vordergrund zu stellen, weil diese Aktion wohl zur Zeit das Einzige aus dem großen Komplex ist, was relativ kurzfristig und ohne große Kosten realisierbar erscheint. So wie es der Sinn der ganzen Aktion Kunst im Neubau ist, den Neubau besser der Öffentlichkeit zu präsentieren, muß man mit diesen Bemühungen natürlich auch versuchen, das Presseecho etwas zu verbessern.«<sup>194</sup>

<sup>194</sup> Pressestelle an Milleker, betr. Schreiben von Professor Dr. Reidemeister, 19.2.1976, BArch B 136/24565.

Während es Reidemeister nicht immer lieb war, dass seine Bemühungen unter den Augen der medialen Öffentlichkeit stattfanden,<sup>195</sup> sprachen die drei Professoren auch persönlich mit der Presse. Besonders Laage stand Journalisten Rede und Antwort.<sup>196</sup> Er schrieb sogar selbst einen Artikel für die »Zeit« über den so nüchtern geratenen Kanzleramtsneubau.<sup>197</sup>

Nur hingewiesen sei an dieser Stelle auf die Tatsache, dass das Kanzleramt weiterhin mit dem Vorwurf der Steuergeldverschwendung umgehen musste: Nicht nur die Beauftragung Max Bills scheiterte an der öffentlichen Aufregung über die hohen Kosten, sondern eine verlächerliche und erstaunlich langlebige Diskussion um angebliche teure Seidentapeten im Kanzlerspeisezimmer und das Herausreißen der dortigen Mooreiche-Vertäfelung durch die Kunstexperten beschäftigte die lokale und nationale Presse. Richtigstellungen durch das Kanzleramt konnten diese Berichterstattung wochenlang nicht eindämmen. Auslöser für Spekulationen über horrenden Umbaukosten eines noch gar nicht bezogenen Gebäudes waren die ersten Überlegungen der Kunstberaterrunde gewesen, ob man auf dem hölzernen Rahmenwerk der Zwischenwände überhaupt Kunst hängen konnte. Die Museumsleute hatten sich für weiße Wände ausgesprochen, und die drei Professoren regten eine Seidentapete im Speisezimmer der Kanzlersuite an. Reidemeister überlegte später, im Notfall eine Bespannung der Wandpaneele mit Leinen oder Rupfen vorzunehmen. Die Öffentlichkeit vermutete da bereits empört, der Abriss der teuren nagelneuen Eichenpaneele sei geplant. Tatsächlich geschahen keine Umbauten dieser Art, vielleicht auch verhindert durch die heftige Debatte; sie verdeutlicht, wie wenig Spielraum im Jahr 1976 noch bestand, bauliche Gegebenheiten zu verändern und die Presseresonanz positiv zu beeinflussen.<sup>198</sup>

Die gescheiterte Beauftragung von Josef Albers und Max Bill mit der Ausgestaltung der Kabinettssetage erhöhte die Anzahl der Kunstwerke, die durch Vermittlung von Reidemeister als Leihgaben erlangt werden mussten. Im Konzept der drei Professoren hatte es noch geheißen:

»Die ›Gestaltung‹ der Räumlichkeiten durch die vorgenannten Künstler [das sind Albers und Bill, Anm. der Verf.] würde indessen nicht allein die geforderte heitere Arbeitsatmosphäre bei-

<sup>195</sup> Reidemeister hatte zugestimmt, den ersten Hängungstermin in Anwesenheit von Agenturjournalisten und Bildpresse durchzuführen (vgl. Pressestelle über Winkel, Theißinger, ChefBK an Bundeskanzler, betr. Probehängung der Expressionisten durch Prof. Reidemeister am 28.4.1976, 16.00 Uhr, 21.4.1976, BArch B 136/24565). Als jedoch Anfang 1976 über die von ihm vermittelten Leihgaben in seinen Augen sinnentstellt berichtet wurde, fühlte sich Reidemeister zu Unrecht in der Kritik. Er zeigte sich in einem Brief vom 11. Februar 1976 irritiert, dass in der Presse von »Leihgaben des Brücke-Museums Berlin abwertend die Rede war«, und das, obwohl es sich noch nicht mal um solche handele. Daher befände er es für besser, »über diese ungelegten Eier noch gar nicht zu sprechen«. Reidemeister an Milleker, 11.2.1976, BArch B 136/24565.

<sup>196</sup> Laage wird mit markigen Äußerungen über den Kanzleramtsneubau (»leer und doof, wie es ist«) zitiert in: Bammel vor dem Umzug, in: Der Spiegel, Nr. 10, 13.1976, S. 33f., hier S. 34.

<sup>197</sup> G. LAAGE: Wie in einer Sparkasse. Der Neubau des Bundeskanzleramtes – Läßt sich unsere Demokratie durch »Schlichtheit« repräsentieren?, in: Die Zeit, 13.2.1976.

<sup>198</sup> Den Höhepunkt der Posse um »Mooreiche« und »Seidentapeten«, die eine Eigendynamik entwickelt hatte, scheint im Mai 1976 eine Pressekonferenz zu markieren, auf der das Kanzleramt Rede und Antwort stehen musste. Vgl. Pressekonferenz 59/76, am Freitag, 28. Mai 1976, 11:30 Uhr, im Pressehaus I. Sprecher: SRS Dr. Grünewald, Sudhoff (AA), Winkel (BK), Dr. Liebal (BK), BArch B 136/24562.

bringen, sondern auch beinhalten, daß diese Räume besondere (sic) Ausstattung durch Bilder nicht mehr bedürfen.«<sup>199</sup>

Für die Heiterkeit, die Bundeskanzler Schmidt offenbar vermisste, mussten nun die farbenfrohen, expressiven Motive der expressionistischen Leihgaben sorgen. Diese Qualität der Arbeiten ist ein weiterer Grund für die Überzeugungskraft des Expressionisten-Konzeptes. Bevor jedoch von den Bildmotiven gehandelt werden kann, muss ihre ideologische Konnotation angesprochen werden, da sie die Rezeptionshaltung gegenüber den Bildern beeinflusste.

Schmidt begründete seine Vorliebe für die Expressionisten und die Worpsweder Künstler biografisch. Im jugendlichen Alter sei er von den norddeutschen Landschaften fasziniert gewesen und wie die Maler sie ins Bild brachten. Er berichtete von Ausflügen in die niedersächsische Provinz rund um Worpswede, die er an freien Tagen seiner Militärzeit unternahm, und von Begegnungen mit dortigen Künstlerpersönlichkeiten.<sup>200</sup> Hinzu kam seine Rilke-Lektüre, und im dokumentierenden Bildband »Kunst im Kanzleramt«, auf den später einzugehen ist, wurde zusammen mit seinen Schilderungen sogar ein Textauszug von Rilke über Worpswede abgedruckt. Die Wahrnehmung des eifrigen jungen Lesers Schmidt dürfte von der zeitgenössischen Kunstkritik beeinflusst gewesen sein.

Neuere Forschungen zur Karriere der Brücke-Kunst und des Expressionismus im politischen Kontext legen deren Rezeptionsgeschichte als windungsreiche Aneignung, Verfemung und Ideologisierung durch staatliche Autoritäten offen.<sup>201</sup> Der Expressionismus wurde bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als man eine nationale Kunstgeschichtsschreibung zu etablieren versuchte, in Richtung einer deutschen Kunst ausgedeutet.<sup>202</sup> Aneignungen durch die Weimarer Republik und die prekäre Rolle gerade von Museumsleuten, welche die Expressionisten mittels nationaler Ausdeutungen vor der Verfemung durch die Nationalsozialisten bewahren wollten, gehören ebenso zur Rezeptionsgeschichte des Expressionismus. Schmidt sagte öffentlich, die Verfemung der Expressionisten durch den Nationalsozialismus habe ihm diese Ideologie verdächtig gemacht. »Dies war für mich ein Schlüsselerlebnis, das mir (...) klar werden ließ, daß die Führung dieses Staates geistig nicht intakt sein konnte.«<sup>203</sup> Die Präsentation im Kanzleramt sollte das Bemühen um moralische Wiedergutmachung ausdrücken.

Die Indienstnahme des Expressionismus zur Ausstattung eines demokratischen Kanzleramtes durch Schmidt schrieb die Geschichte abwechselnder Huldigung und Verteufelung durch staatliche Autoritäten fort.<sup>204</sup> Im Jahr 1975 fand jedoch noch keine Reflexion dieser Art statt. Man bezog sich auf eine Kunstpolitik, die unmittelbar nach Gründung

<sup>199</sup> Borger, Bott, Laage an Bundeskanzler, betr. Konzept für die Gestaltung des Kanzlertraktes im Neubau des Bundeskanzleramtes, Bezug: Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 27. November 1975, Protokoll zu dieser Sitzung und Schreiben der o.g. vom 11. Dezember 1975, 12.1.1976, BArch B 136/24661.

<sup>200</sup> Vgl. H. SCHMIDT, Worpswede, 1982, S. 37–39.

<sup>201</sup> Ch. SAEHRENDT, Die Brücke, 2005.

<sup>202</sup> Vgl. Ebd.

<sup>203</sup> ENGAGEMENT IM GESPRÄCH, 1982.

<sup>204</sup> Zur politischen Rezeption des Expressionismus ist neben Ch. SAEHRENDT, Die Brücke, 2005, zu nennen G. LANGFELD, Deutsche Kunst, 2011.

der Bundesrepublik die Expressionisten als »kulturelles Erbe« reklamiert hatte: »Sie gelten hinsichtlich des Nationalsozialismus als unbelastet und können gleichzeitig gegen die realsozialistische Ideologie des ›parteilichen Künstlers‹ ins Feld geführt werden.«<sup>205</sup> Ihre Rolle im Kalten Krieg verdeutlicht, dass weniger das Kanzleramt den längst rehabilitierten expressionistischen Künstlern Wiedergutmachung angedeihen ließ, sondern dass vielmehr das Kanzleramtsgebäude von einer Infusion mit dem wirksamen Medikament Expressionismus, also konzentrierter freiheitlicher Symbolik, profitierte. Bereits die Gründung des Berliner Brücke-Museums hatte Christian Saehrendt zufolge die Spitze einer Entwicklung markiert, welche diese Künstler und Werke mit West-Berlin verknüpfte, womit ein Bekenntnis zur Freiheit der Stadt verbunden war. Als Schmidt nun die Werke über die Vermittlung des West-Berliner Brücke-Museums ins Kanzleramt holen ließ, stellte er eine Verbindungslinie zwischen Bonn und der »Frontstadt« her und übernahm zugleich die etablierte freiheitliche Symbolik ins Haus. Die Hochachtung gegenüber den Expressionisten, die sich parallel in den USA entwickelt hatte, dürfte ebenfalls eine Rolle gespielt haben.<sup>206</sup> Die Bundesrepublik präsentierte sich durch die Inanspruchnahme dieser Kunstwerke als westlich orientiertes, freiheitliches Land, das freien künstlerischen Ausdruck ermöglicht. Die expressionistischen Werke im Kanzleramt bezeugten die Wandlung der Deutschen in der Bundesrepublik hin zur Demokratie vermittelt ihrer eigenen Rezeptionsgeschichte.

Inwiefern spiegeln sich über die geschilderte ideologische Aufladung hinaus nun demokratische Ideen in der Ästhetik der Bilder beziehungsweise sind darin verankert? Diese Frage war vermutlich die leitende Rezeptionsvorgabe, wenn Besuchern die Bilder im Kanzleramt vor Augen geführt wurden. Doch der Aspekt des ungeliebten Neubaus, der die Bilder umfängt, soll in dieser Analyse nicht aus dem Blick geraten. Die Beantwortung der Frage wird erschwert, weil es keine feste Auswahl von Werken gibt, die eine gültige Ästhetik der Expressionistenausstattung des Kanzleramtes repräsentieren: Obwohl einige der von Reidemeister vermittelten Leihgaben über viele Jahre im Amt verblieben, da Bundeskanzler Helmut Kohl ab 1982 die Schmidt'sche Konzeption beibehielt, bestand nie ein fester Korpus an Arbeiten, eine Art fertiger Zustand, der die Grundlage einer solchen formalen oder auch ikonografischen Analyse bilden könnte. Nur wenige Arbeiten wurden angekauft wie etwa bereits erwähnt Ernst Ludwig Kirchners »Alpsontag der Bergbauern« und preisgünstigere Arbeiten auf Papier wie Zeichnungen und insbesondere Lithografien.<sup>207</sup> Die übrige, zahlenmäßig deutlich größere Ausstattung war stets im Fluss: Einzelne Arbeiten wurden nach Ablauf des Leihvertrages zurückgerufen in die Museen oder auch für Ausstellungen vorzeitig zurückgefordert. Bei solchen Abgängen boten die Museen oft von sich aus ein Ersatzbild an. Manche Arbeiten, die längerfristig im Kanzleramt heimisch waren, wurden von hier aus für Sonderausstellungen verliehen. Entsprechend beanspruchte das Leihgabenkonzept viele Jahre lang die pflegende

<sup>205</sup> Ch. SAEHRENDT, *Die Brücke*, 2005, S. 89.

<sup>206</sup> Vgl. G. LANGFELD, *Deutsche Kunst*, 2011.

<sup>207</sup> Vgl. D. SCHMIDT, *Gang durchs Kanzleramt*, 1982, S. 76.

Aufmerksamkeit des zuständigen Referenten. Rückforderungen bedeuteten, dass er Verträge und Versicherung von Ersatzwerken sowie Transporte organisieren musste. Sämtliche hieraus entstehenden Kosten trug das Kanzleramt. Neuankünfte konnten umfangreiche Umhängungen der im Hause befindlichen Arbeiten erforderlich machen, sodass die Ergebnisse der aufwändigen Hängungstermine mit Leopold Reidemeister – vor Eröffnung des Kanzleramtsgebäudes – einige Jahre später wohl nur noch in Ausnahmefällen erkennbar waren. Als langlebig erwiesen sich die Heckel-Arbeiten im Besucherzimmer des Kanzlers. Dieser Raum hieß noch zum Ende der Ära Kohl »Heckel-Zimmer«. <sup>208</sup> Die Möbelausstattung hatte sich gewandelt, aber die Stadtansichten dekorierten weiterhin diesen Teil der Kanzlersuite (siehe Abb. 3).

Eine zumindest virtuelle Fixierung eines bestimmten historischen Zustandes der Ausstattung ermöglicht jedoch der Bildband »Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste« von 1982. Zur Entstehungszeit des Buches dürfte die Ausstattung im Sinne ihrer Schöpfer als befriedigend gegolten haben, da man mehrere Jahre benötigt hatte, um Begehlichkeiten und Wünsche nach bestimmten Objekten zu erfüllen. Texte und Abbildungen der Werke verschaffen einen dokumentierenden Überblick. Hinzu kommen zahlreiche Fotografien, in denen Raumsituationen mit Kunstausrüstung im Nutzungsalltag ansichtig werden. Wertet man den Band hinsichtlich abgebildeter Werke, Textinformationen und Fotografien von Räumen mit Kunstwerken an den Wänden systematisch aus, kann daraus unter Hinzuziehung weiterer verfügbarer Informationen eine Liste der vorhandenen Kunstwerke um 1980 bis 1982 erstellt werden. <sup>209</sup> Mit dem hierauf basierenden nachfolgenden Überblick soll ein Eindruck von Anzahl und Art der Leihgaben vermittelt werden.

Den Kern bilden Malereien in mittleren Formaten. Neben Stillleben, Stadtansichten und Landschaftsdarstellungen traten genreartige, intime Szenen. Gehängt wurden Arbeiten von Max Beckmann (»Junges Mädchen«), Erich Heckel (»Bordeaux«, »Konsanz«, »Marienveste bei Würzburg«), Ernst Ludwig Kirchner (»Alpsontag der Bergbauern«, »Badende am Strand«, »Fehmarnlandschaft«), August Macke (»Orientalisches Märchen«), Franz Marc (»Springendes Pferd«), Otto Mueller (»Badende im Schilfgraben«), Gabriele Münter (»Das gelbe Haus«), Emil Nolde (»Meer III« sowie drei weitere Tuschkopfszeichnungen des Hamburger Hafens), Christian Rohlf (»Garten in Soest«, »Holsteinische Landschaft«), Karl Schmidt-Rottluff (»Zwischen Sanseverie und Krug«, »Stillleben mit Messingkanne«, »Gleißendes Gartentor mit aufsteigendem Mond«) und Max Slevogt (im Vorzimmer zum Kabinettsaal <sup>210</sup>).

Als Sondergruppe sind auf Wunsch Helmut Schmidts Werke Worpsweder Künstler beschafft und gehängt worden. Es handelt sich um Arbeiten von Paula Modersohn-Becker (»Kuh mit Hütejungen«), Otto Modersohn und Heinrich Vogeler sowie um zwei Plastiken von Clara Rilke-Westhoff. Hinzu kamen zahlreiche Papierarbeiten, also Litho-

<sup>208</sup> Vgl. G. KAHNERT, *Bühnen der Macht*, 1999, S. 14.

<sup>209</sup> Die Überlieferung im Bundesarchiv bietet Listen vorhandener Werke zu verschiedenen Zeitpunkten in den späteren Jahren. Diese fallen jedoch noch unter Archivsperrfristen.

<sup>210</sup> Laut einem Textbeleg, ohne Titelnennung und Abbildung. Vgl. KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 72.

grafien und Zeichnungen, etwa von Max Beckmann, Ernst Barlach, Lovis Corinth, Otto Dix, Lyonel Feininger, Erich Heckel, Käthe Kollwitz, Franz Marc, Otto Mueller, Paula Modersohn-Becker und Emil Nolde. Viele davon hingen in den Foyers und Fluren der Kabinettetage, sofern dort keine Sonderausstellungen die Wände beanspruchten. Das Speisezimmer erhielt zahlreiche angekaufte Porträt-Lithografien, welche Max Reinhardt (von Oskar Kokoschka, dazu ein Selbstporträt von diesem), Max Liebermann (Selbstporträt), Gerhardt Hauptmann (von Max Liebermann), Otto Klemperer (von Otto Dix), Richard Strauss (von Max Liebermann) und Gustav Gründgens (von Eduard Bargeer) darstellten. Somit versammeln gerade die preisgünstigeren und damit erwerbbaaren Papierarbeiten eine Großzahl von Namen, die in der Ausstattung sonst gefehlt hätten. Sie untermauern das intellektuelle Konzept der Expressionisten-Ausstattung, doch das Image und die Zugkraft bildet die überschaubare Anzahl an Gemälden in kräftiger Farbigkeit.

Deren Charakteristika sind ungemischte leuchtende Farben in Kombination mit Erdtönen oder Schwarz, der expressive Malgestus, welcher oft den Pinselstrich und die Leinwandstruktur sichtbar werden lässt, dynamische Linien sowie die Auflösung des Bildraumes in Farbflächen. Obwohl Tendenzen zur Abstraktion erkennbar sind, bleiben die Werke stets der figurativen Darstellung verpflichtet. Dieser Aspekt ist von großer Bedeutung, da die Architektur, in der diese Werke gehängt wurden, vollständig einer abstrahiert-geometrischen Rasterbauweise folgt, in dem anthropomorphe oder vegetative Formen nicht vorkommen. Die figurativen und landschaftlichen Bildmotive setzen hierzu formal den Kontrapunkt.

Besonders die Plastiken, welche die Flachware an den Wänden ergänzen, wirken in ihrer Figürlichkeit geradezu wie ein Befreiungsschlag gegen die Architektur. Schmidt und Reidemeyer bemühten sich von Beginn an um Abgüsse bekannter Plastiken, die für die Foyersonen gedacht waren. Im Erdgeschoss begrüßte ein »Sitzender Jüngling« von Hermann Blumenthal mit offener Körperhaltung die Besucher (siehe Abb. 101). Sein kraftvoll-dynamisch nach oben gereckter Arm scheint die Decke des Foyers sprengen, den Raum ausdehnen zu wollen. Im darüberliegenden Foyer der Kabinettetage flankierten zwei verspielte Kleinplastiken von Max Ernst den Eingang zum Kabinettsaal, als wollten sie die hier Tätigen vor zu viel Ernst und Strenge des Hauses schützen: »Mon ami Pierrot« und »Un ami empressé«. Im zweiten Obergeschoss flankierte ein »Albertus Magnus« von Gerhard Marcks den Eingang zum Empfangszimmer des Kanzlers (Abb. 103). Der kleine »Singende Mann« von Ernst Barlach war ein persönlicher Wunsch Schmidts und konnte mit einigem Aufwand von einem Sohn Barlachs als Leihgabe erwirkt werden. Die Figur stand auf einem etwa kniehohen Würfelsockel im gleichen Foyer, jedoch links von der Treppe auf der Fensterseite. Eine kleine Büste der Schauspielerin Tilla Durieux von Hermann Haller stand im Arbeitszimmer des Kanzlers auf einem eigens dafür angebrachten Wandabsatz und dekorierte damit das Umfeld der Besprechungssitzgruppe. Vielleicht steht Tilla (1880–1971) mit ihrem bewegten Leben im Zentrum der deutschen Kultur- und Kunstszene und als Emigrantin stellvertretend für eine Vielzahl Kulturschaffender während des Nationalsozialismus.



Abb. 103 Gerhard Marcks:  
»Albertus Magnus« vor dem  
Empfangszimmer im zweiten  
Obergeschoss.

Eine »heitere Arbeitsatmosphäre« in den Räumen wird durch die Werke geschaffen, so wie es sich Schmidt gewünscht hatte.<sup>211</sup> Beispiele hierfür sind die verspielt-verträumten Badeszenen von Ernst Ludwig Kirchner und Otto Mueller in Grün-, Gelb- und Blautönen (Taf. 12) oder das Stillleben in kräftigen mediterranen Farben von Karl Schmidt-Rottluff »Zwischen Sanseverie und Krug« (Abb. 104). Hier sind einer Grünpflanze und einem hellblau und türkis lasierten Krug Zitrusfrüchte und ein geflochtener Korb auf einer schlicht grafisch gemusterten Tischdecke beigelegt. Das Stillleben versetzt den Betrachter in warmes südeuropäisches Klima, insbesondere durch das Licht in diesen Breiten, das die Farben leuchten lässt. Das verträumt-magische »Orientalische Märchen« in deutlich größerem Format von August Macke zeigt einen Gartenraum oder eine Waldlichtung, die sich an den Bildrändern zunehmend in kleinteilige geometrische Formen auflöst. Im Zentrum sitzt ein junges Paar still beieinander im Gras, in inniger Verbundenheit und seine Umgebung vergessend.

Die freundlichen Bildsujets sind auffallend privat konnotiert. Staatstragende Kunstwerke in typisch politischen Werkgattungen wie das dynastische Herrscher-, das Gruppenporträt und das Historiengemälde findet man im ganzen Haus nicht.<sup>212</sup> Auch die Porträtgalerie der Altkanzler, die auf Helmut Schmidts Initiative zurückgeht und bis heute fortgesetzt wird, bediente dieses Genre nicht: Die Altkanzler waren zum Zeitpunkt ihrer

<sup>211</sup> Siehe oben, S. 314f.

<sup>212</sup> Dagegen klangen Historiengemälde bei der Ausstattung des Palais Schaumburg mit den großen burgundischen Wandteppichen in den Repräsentationsräumen im Erdgeschoss an. Sie hängen bis heute dort.



Abb. 104 Karl Schmidt-Rottluff: »Zwischen Sanseverie und Krug«, 1956, Öl auf Leinwand, 76 x 101 cm.

Darstellung vom Amt entpflichtet und ihrer Machtposition enthoben. Ihre Brustbildnisse zeigen sie daher im Gestus des bürgerlichen Privatmannes.<sup>213</sup>

Schmidt betonte stets die rekreative Funktion der Kunst. Es gehe um die »Recreation des Gemüths«, zitierte er Johann Sebastian Bach.<sup>214</sup> Bereits auf der Ebene des Bildmotivs verbindet sich diese Idee mit dem Bildsujet des »Alpsonntages« von Kirchner. Das vier Meter breite Gemälde empfing die Eintretenden in der Eingangshalle des Kanzleramts im Erdgeschoss (siehe Abb. 101 und Taf. 6). Es zeigt eine über die gesamte Bildfläche verteilte Figurengruppe im Sonntagsstaat – ihre Kleidung in Weiß und Brauntönen – und zieht dahinter ein Bergpanorama in Violett- und Rosatönen sowie in Lindgrün auf. Junge Männer und Frauen stehen beieinander, lauschen den Worten eines im Gras lagernden Älteren, Kinder spielen, eine Katze streunt durchs Gestrüpp, eine andere wird gekrault, ein verliebtes Paar zielt mit der Armbrust, vielleicht auf Vögel, eine Mann hält ein Baby auf dem Schoß. In der Ferne grasen Kühe auf der Alm. Das Idyll des sonntäglichen Ruhens und ge-

<sup>213</sup> Diese Beobachtung nach M. WILKENS, Bundeskanzler, 2007, S. 33, die auf die unstaatsmännische Haltung Adenauers in einem Porträt von 1966 hinwies. Das bisher letzte Bildnis in dieser Reihe jedoch, das Gerhard Schröder im Jahr 2000 in Auftrag gab und das 2006 fertiggestellt wurde, spielt nach der ikonografischen Deutung von Horst Bredekamps auf die Tradition des Herrscherporträts an, wodurch es in der Kanzlergalerie eine Sonderposition einnimmt. Vgl. H. BREDEKAMP, Staatsportrait Gerhard Schröders, 2009.

<sup>214</sup> H. SCHMIDT, Kunst im Kanzleramt, 1982, S. 12.



selligen Beieinanders in der lockeren Verbundenheit der kleinen Gruppe von Bergbauern bringt Erholung und Muße bereits als Bildthema ins Kanzleramt, auch wenn die Darstellung aufgrund des Bildtitels nicht darüber hinwegtäuscht, dass der dargestellte Moment, wohl nach dem Kirchgang, die Ausnahme ist, harte Arbeit und ein entbehrungsreiches Leben der Bergbauern in den Alpen dagegen die Regel. Die Berglandschaft und die strenge Malweise verleihen den Figuren und der ganzen Szene überzeitlichen Charakter.

Bei der Werkzusammenstellung fallen zahlreiche vertretene Naturdarstellungen auf. Nicht alle Wasser ruhen still und tief: Ungeordnete Formen und wilde Farbigekeit bringen die Gewalt der Naturelemente ins Haus. Emil Noldes »Meer III« im Kanzlerarbeitszimmer ist ein Blick auf Wasser und Himmel, durch die Horizontlinie getrennt (siehe Abb. 102). Über der dunkelblauen, aufgewühlten See und einer weiß brechenden Welle dräut ein höllischer Feuerhimmel mit Wolkenformationen in Gelb, Rot und Schwarz. Mehr eine Seelenlandschaft denn eine Tageszeit ist hier erkennbar. Das unwirkliche Licht und die Farben über dem Horizont lassen ein emotionales Sturmgewitter erwarten.

Die expressive Malweise, die Stimmung des Sujets, Farbigkeiten oder wie hier die tosende Natur verweisen auf innere Bewegtheit. Dadurch stellen die Kunstwerke eine Nähe zu den Künstlern her, welche diese geschaffen haben. Mit dem Expressionismus wurde eine Kunstrichtung ausgewählt, die den Gestus des Künstlers ins Werk bringt. Nicht zufällig konterkariert diese Kunstauffassung eines starken Subjektivismus die Entstehungsgeschichte des Kanzleramtsneubaus: Kybernetik, Ingenieurskunst und Rasterbauweise wird ausdrucksstarke Malerei antagonistisch gegenübergestellt. Formensprache und Malweise sind alles andere als rechtwinklig – was meist mit Rationalität assoziiert wird –, sondern folgen vegetativen und körperlichen Formen. Von der Farbwahl bis zum Naturbezug scheinen die Werke den Neubau sogar zu kritisieren, indem sie Aspekte hineinbringen, welcher der Architektur fehlen. Ein Journalist, der zum Hängungstermin mit Schmidt und Reidemeister im Mai 1976 geladen wurde, beschrieb diese Intervention durch den Kanzler als eine Art chirurgischen Eingriff an der Architektur:

»Der kommende Hausherr und Hauptakteur blieb unermüdlich. Er hatte sein Kanzleramt mit wachsendem Groll neben sich emporsteigen sehen, er hatte es verächtlich eine Sparkasse genannt und operierte nun sozusagen gegen dieses Haus, das innen anders werden sollte.«<sup>215</sup>

Von Beginn an erzeugten diese Operationen positive Resonanz. Die Kunstkritikerin Doris Schmidt fühlte sich bei einem Rundgang durchs Haus einzig durch die Kunstwerke etwas versöhnt. Sie schloss ihren Text mit dem Titel »Käfig für große Tiere« mit der Einschätzung:

»Und man wird nicht nur im Hinblick auf die hochoffizielle Anerkennung der Kunst der im Dritten Reich verpönten deutschen Expressionisten die Wahl ihrer Bilder als Schmuck für dieses Haus doppelt tröstlich empfinden, denn sie bieten auch ein vitales Element, das man hier so vermissen muß.«<sup>216</sup>

<sup>215</sup> E. SCHULZ, *Expressionisten im Kanzleramt*, 1982, S. 33.

<sup>216</sup> D. SCHMIDT, *Käfig*, 1982, S. 29.

Als Reidemeister das las, war er natürlich entzückt: »Für den ›Käfig für große Tiere‹ von Doris Schmidt hatte ich Ihnen ja schon telephonisch gedankt, der Schlusssatz hat mir sehr gut geschmeckt.«<sup>217</sup> Denn Reidemeister verfolgte bei der Auswahl der Kunstobjekte dieselbe Absicht wie die Kritikerin, nämlich dem Gebäude einen Geist einzuhauchen, der seiner Architektursprache bisher nicht eigen war. Im Zusammenhang mit einer Marcks-Plastik aus Bronze, deren Guss und Leihgabe erwirkt werden konnte, schrieb er: »(...) ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit dieser Ausstattung des Hauses einen entscheidenden Schritt in eine höhere Ebene getan haben. Das allzu garstig Konstruktive wäre damit erfolgreich überspielt.«<sup>218</sup>

Die Formulierung Reidemeisters vom Überspielen des »garstig« Konstruktiven umschreibt das Umlenken der Aufmerksamkeit weg von der Architektur hin zum Form- und Farbspektakel der Kunst. Die Strategie ging auf: Die zu Hängungsterminen mit Schmidt und Reidemeister eingeladenen Journalisten berichteten nun vor allem über Vorlieben und Wünsche des Kanzlers zur Kunstaussstattung seines Arbeitszimmers und gaben Eindrücke der Bilder wieder; über die Architektur verloren sie – mit Ausnahme des »Streiflichtes« der Süddeutschen Zeitung – kein Wort: »Was steht an einem Park und ist dunkel? Das neue Bundeskanzleramt in Bonn.«<sup>219</sup>

Die politische Dimension der Expressionisten im Kanzleramt wurde von den Journalisten erkannt und zum eigentlichen Thema, das eng mit der Kanzlerpersönlichkeit verbunden von ihnen dargestellt wurde. So liest man in vielen Artikeln von Schmidts Verehrung für Nolde und Kirchner und wird über eine Uneinigkeit zwischen Schmidt und Reidemeister informiert: Schmidt wollte ausprobieren, wie der monumentale »Alpsonntag« Kirchners in seinem Arbeitszimmer wirken würde; Reidemeister wusste bereits vorher, dass dies »zu drückend« wäre. Die Szene erlebte und beschrieb Eberhard Schulz wie ein Bühnenstück, und entsprechend blieb die Bühne selbst, also die Architektur, völlig unbeachtet:

»Als am Nachmittag die Szene schloss, war erst eine Probe vorbei, nicht einmal die Generalprobe. Vielleicht warten andere Bilder, Möglichkeiten, Leihgaben im Hintergrund; vielleicht bleibt das Konzert der Bilder immer offen.«<sup>220</sup>

Auch der letzte einfache und völlig kostenneutrale Vorschlag Reidemeisters unterstützte die Strategie des »Überspielens« der Architektur: Man verwendete die Künstlernamen zur Bezeichnung der Räume, etwa das bereits benannte »Heckel-Zimmer«, oder »Nolde-Zimmer« für das Kanzlerarbeitszimmer. Diese Idee aus Reidemeisters Konzept verbreitete Schmidt in seinem eigenen Namen. In der Raumbenennung verschmolz der Neubau mit der darin gehängten Kunst, und von der architektonischen Situation, also einem nicht gerade spannungsvollen Raumeindruck der Büros, lenkte die Fokussierung auf Künstlerpersönlichkeiten ab. Dem Baukonzept gleichmacherischer Büros in Einheitsgröße wurde ein

<sup>217</sup> Reidemeister an Milleker, 22.9.1976, BArch B 136/24565.

<sup>218</sup> Reidemeister an ChefBK, z. Hd. Milleker, 16.6.1976, BArch B 136/24565.

<sup>219</sup> Das Streiflicht, in: Süddeutsche Zeitung, 15.5.1975.

<sup>220</sup> E. SCHULZ, Expressionisten im Kanzleramt, S. 33.

individualisierendes Konzept entgegengestellt. Oder sollte durch die Türschildchen sogar ein Verwandlungsauber bewirkt werden, eine Einhauchung künstlerisch-kreativen Geistes? Die schriftliche Applizierung der Künstlernamen ließ zugleich vergessen, dass die Namen der Architekten dieses Hauses nach seiner Fertigstellung meist ungenannt blieben. Sie sind bis heute vergleichsweise unbekannt.

Auf einer etwas abstrakteren politischen Deutungsebene implementierte man mit der Kunstausrüstung ein Gegenkonzept zur organisationskybernetischen Architekturkonzeption in das Gebäude: Wo unter Brandt und Ehmke moderne Regierungstechniken die alte Vorstellung von der »Kunst« des Regierens aus dem Haus jagen sollten,<sup>221</sup> leitete Schmidt die Kehrtwende ein; er öffnete der Kunst zu politischen Repräsentationszwecken weit die Tür. Wo Ehmke durch die Effizienz des Rationalismus Subjektivismen der politischen Entscheidung zu verhindern suchte, wollte Schmidt gerade den künstlerischen Subjektivismus an den Wänden sehen. Wo von Ehmke optimierte Räume und Kommunikationswege zur Schaffung von reibungslosen Abläufen angelegt worden waren, zog unter Schmidt absichtlich das Prinzip der Störung durch Kleinplastiken auf den rennstreckenartigen geraden langen Fluren ein (siehe Abb. 103). Außerdem wurden hier wechselnde Ausstellungen gezeigt.<sup>222</sup> Wo unter Ehmke primär effizient gearbeitet werden sollte, institutionalisierte Schmidt das Rekreative, Festive und Fröhliche, konkret auch durch die alljährlichen Kanzlersommerfeste im Park des Palais Schaumburg: »Mir kommt es bei solchen Festen auch darauf an, daß – wie ein Sprichwort sagt – wo gearbeitet auch gefeiert werden soll; oder mit dem Goethewort: Tages Arbeit, abends Gäste, saure Wochen, frohe Feste.«<sup>223</sup> Schmidt brachte Kunst und Kultur zur Politik: »Mit Politik kann man keine Kunst machen, aber vielleicht kann man mit der Kunst ein Stück Politik machen.«<sup>224</sup> Es klingt wie eine Gegenaussage zum Ehmke-Satz »Die Technik ersetzt keine Politik, kann aber Politikern die Arbeit erleichtern.«<sup>225</sup> Die Kontrastierung seiner Position zu der von Ehmke wurde im Diskurs – ohne jemals Ehmkes Namen überhaupt zu nennen – wie Schwarz und Weiß gegeneinander gesetzt und vielfach variationslos wiederholt. Die Kunstkampagne entwickelte sich zu einer »Kontrafaktor« der Ehmke'schen Gebäudekonzeption, die gleichsam überschrieben wurde.<sup>226</sup>

<sup>221</sup> Metzler hält den Begriff »Regierungstechnik«, den Wilhelm Hennis Mitte der 1960er Jahre für ein neues »Instrumentarium« des Regierens geprägt hatte, für bezeichnend. Der Begriff »entmystifizierte das Regieren als ›Kunst‹ und machte es zu einem technischen Wissen, das erworben werden konnte und mußte und das vor allem in einer zentralen, koordinierenden Instanz zu akkumulieren war.« Vgl. G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 309f., das Zitat S. 310.

<sup>222</sup> Chronologie der Ausstellungen im Kanzleramt, von denen regelmäßig zwei pro Jahr ab 1978 stattfanden, siehe KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 98. Zu den meisten Ausstellungen sind kleine Ausstellungskataloge erschienen. Diese Praxis wurde unter der Kanzlerschaft Helmut Kohl weitergeführt.

<sup>223</sup> H. SCHMIDT, *Kunst im Kanzleramt*, 1982, S. 17.

<sup>224</sup> Ebd.

<sup>225</sup> Ehmke zitiert in: Dem Stil dieser Regierung angepaßt. Königswinterer Architektenteam schuf preisgekrönten Kanzleramtsentwurf, in: *General-Anzeiger*, 13. 5. 1971.

<sup>226</sup> Für die Findung dieses Begriffs danke ich Michael Diers.

### 3. Neubewertung und Medialisierung

Am 1. Juli 1976 fand die Schlüsselübergabefeier für den Kanzleramtsneubau statt, und am Tag danach begann der dreitägige Umzug aller in Bonn verstreuter Abteilungen. Am 7. Juli 1976 wurde als letztes auch das Kanzlerarbeitszimmer in den Neubau umgezogen. Und am selben Tag, einem Mittwoch, konnte die erste wöchentliche Kabinettsitzung tagen.<sup>227</sup> Die letzte sollte am selben Ort im August 1999 vor dem Umzug der Regierung nach Berlin stattfinden. Doch das Image des Gebäudes wurde durch seinen Erstnutzer Schmidt so wesentlich geprägt, dass es während der langen Nutzungsdauer keine wesentlichen Veränderungen mehr erfuhr. Insbesondere die mediale Vermittlung dieses Images wird im Folgenden vertiefend analysiert. Die Architekturgeschichtsschreibung muss sich hier vollends auf die begleitenden Phänomene aus dem politischen Umfeld verlegen, um die Rolle des Gebauten für die politische Ikonografie der Bundesrepublik und die Anstöße zu einer weiterführenden Debatte um nationale Selbstdarstellung ermitteln zu können.

#### 3.1 Schlüsselübergabe: Wendepunkt in der bundesdeutschen Staatsrepräsentation

Das Kunstkonzept war, gleich einem rettenden Anker vor der Havarie, gerade noch rechtzeitig entwickelt und in Teilen vor Eröffnung des Gebäudes realisiert worden. Dennoch scheint das Pressereferat auch noch unmittelbar vor dem Umzug in den Neubau im Frühjahr 1976 hochnervös gewesen zu sein. Spätestens anlässlich der Schlüsselübergabe würde der Baukomplex erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Wie sollte eine angemessene Einweihungsfeier aussehen, ohne dass erneut Architekturschelte aufkommen würde? Nicht zuletzt das Kanzlerimage wäre dadurch in Gefahr. Angelehnt an die mit der Kunstausrüstung begonnene Ablenkungstaktik des »Überspielens« von »garstiger« Architektur diskutierte man im Kanzleramt die Möglichkeiten. Ein Entwurf zu einer Kanzlervorlage zur Ausgestaltung der Feierlichkeiten fand deutliche Worte für die Lage:

»Das Kanzleramt ist neben dem Sitz des Bundespräsidenten und neben dem Parlamentsgebäude wohl das am stärksten herausragende öffentliche Gebäude der Bundesrepublik. Es ist gegenüber der Bevölkerung und gegenüber dem Ausland repräsentativ (selbst im Mißlingen) und historisch.«<sup>228</sup>

Dass das Bauprojekt eine staatstragende Rolle spielte und zugleich hinsichtlich einer zuvor noch nie so konkret benannten Repräsentationsfunktion misslungen sei, war inzwischen offenbar allgemeine Übereinkunft im Hause. Der Vorschlag des Pressereferenten im Kanzleramt zur Gestaltung der Einweihungsfeier, aus dem das Zitat stammt, sah einen Tag der offenen Tür vor und skizzierte ein festivalartiges Begleitprogramm mit zahlreichen kultu-

<sup>227</sup> Vgl. Das neue Bundeskanzleramt. Verlagsbeilage, Bonner Rundschau, 1.7.1976.

<sup>228</sup> Pressereferat (Winkel) an AL I, betr. »Alternativ-Vorschlag für Neubaeinweihung«, 7.1.1976, BArch B 136/9891.

rellen Veranstaltungen. Er ist nie in eine Kanzlervorlage eingegangen, da er von der Abteilungsleiterrunde nicht befürwortet wurde.<sup>229</sup> Obwohl die Vorschläge des Pressereferenten keine Zustimmung erlangten, formulieren sie doch die Problemlage: Man befürchtete, die Öffentlichkeit könne den Eindruck gewinnen, der Kanzler werde »von anonymen Instanzen und Sachzwängen« in das Unglück der neuen Behausung gezwungen.

Pikanterweise hatte gerade das Beschweigen von Horst Ehmkes Wirken durch die neue Amtsspitze zu diesem Eindruck eines anonymen bauherrenlosen Bauprojektes beigetragen: Nicht der »Sachzwang« brachte Schmidt in den ungeliebten Neubau, sondern Schmidt selbst hatte die Rede über die Reformpläne Ehmkes unterdrückt. Die *Damatio memoriae* der Vorgänge von 1969 bis 1972 ließ viele glauben, ein von der sich verselbstständigenden Bürokratie ausgebrütetes Bauprojekt vor sich zu haben.

In der Beschlussvorlage für den Kanzler stand schließlich, dass »im Vordergrund der Einweihungsfeier (...) nicht das Thema ›Neubau, seine Vorzüge und Nachteile‹ stehen« sollte.<sup>230</sup> Für das seiner Entstehungsgeschichte entledigte, bauherrenlose Gebäude empfahl die Abteilungsleiterrunde eine zurückhaltende Feier in sachlicher Atmosphäre:

»Die feierliche Übergabe sollte vormittags in einem bescheidenen Rahmen mit Schlüsselübergabe und Festvortrag sowie anschließendem Umtrunk und kleinem Imbiß erfolgen. Die Bediensteten des Amtes sollten von der Einweihungsfeier nicht ausgeschlossen werden. Die Übergabe sollte in einen Rahmen gestellt werden, der einerseits dem Rang und der politischen Bedeutung des Amtssitzes des Bundeskanzlers gerecht wird, auf der anderen Seite aber auch den architektonischen und gestalterischen Qualitäten des Neubaus und der kritischen Einstellung der Öffentlichkeit angemessen ist.«<sup>231</sup>

Als Festredner rieten sie zu einer herausragenden Persönlichkeit wie etwa Siegfried Lenz oder Gustav Heinemann. Diese intellektuelle und kulturelle Aufwertung wurde dann jedoch aufgegeben, und die politischen Amtsträger bestritten den Anlass allein. Was machte Helmut Schmidt aus der Situation und dem Neubau? Schmidt als erster Hausherr entwickelte in der Abgrenzung von dem auf ihn Überkommenen eine ganz eigene Form des Umganges mit dem Neubau, womit er den Kurswechsel bekräftigte, den er mit der Kunstausstattung begonnen hatte. Grundlage für diese Analyse stellen die Redemanuskripte zu diesem Anlass dar.

Am Morgen des 1. Juli 1976 versammelten sich vor dem Eingang zum Kanzlerbau 120 geladene Gäste aus Bundesverwaltung, Bundestag und Bundespräsidialamt.<sup>232</sup> Hinzu kamen die Mitglieder des Bundeskabinetts, die Wettbewerbsjury, Architekten, Gutachter und Künstler, die am Bau Beteiligten, Kooperationspartner der Bonner Stadtverwaltung

<sup>229</sup> Vgl. Vorlage AL I an Bundeskanzler über ChefBK, 26.1.1976, betr. Gestaltung der offiziellen Einweihungsfeier, BArch B 136/9891.

<sup>230</sup> Ebd.

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Programmablauf: »9:00 Platzkonzert Musikzug des BGS; 9:30: Ansprache BM Ravens mit Schlüsselübergabe/Ravens reicht den Schlüssel an den Bundeskanzler, der aufgefordert ist, diesen gleich weiterzureichen an den ChefBK Dr. Schüler, da dieser der Hausherr ist; Ansprache Bundeskanzler; Fortsetzung des Konzerts; Führung der Ehrengäste durch den Neubau (durch BK und ChefBK, begleitet durch Architekt Pollich zwecks fachlicher Erläuterung); Umtrunk.« BArch B 136/9891.

und des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Amtsmitarbeiter und Presse. Geladen waren auch sämtliche noch lebende ehemalige Bundeskanzler und ihre Amtschefs, sodass auch Horst Ehmke eine Einladung erhalten hatte.<sup>233</sup> Die meisten Gäste standen, Ehrengäste saßen auf kleinen Stühlen, sonnengeschützt unter Umgang und Vordach, in engen Reihen vor dem Kanzlereingang. Dort hatte auch Servicepersonal Aufstellung genommen und präsentierte in regionaler Tracht Bocksbeutel und Gläser für den anschließenden Empfang (siehe Abb. 105). Durch den am 1. Juli anwesenden Architekturkritiker Manfred Sack ist überliefert, mit welchem Scherz der erste Redner der Feierstunde die Lacher auf seiner Seite hatte. Sack zufolge

»bekam der fürs Bauen zuständige Bundesminister Karl Ravens (...) – ob aus Schadenfreude oder aus Erleichterung über das offensichtlich nicht ganz neue Problem – belustigten Beifall, als er den Berliner Lokalanzeiger von 1930 über die erweiterte Reichskanzlei zitierte: »Moderner Allerweltsbau in historischer Umgebung und die Innenausstattung könnte ... das Verwaltungsgebäude eines beliebigen Industrieunternehmens, einer Großbank sein.«<sup>234</sup>

Mit diesem parallelisierenden Bezug auf ein Vorkriegsereignis in der damaligen Hauptstadt der Weimarer Republik schlug Ravens einen spöttisch-selbstironischen Ton an, mit dem er sich von der Erscheinung des Baus distanzierte, der hier einzuweihen war. Anschließend überreichte er Bundeskanzler Schmidt den Schlüssel zum Neubau. Schmidt ging in seiner längeren Ansprache nicht weniger zimperlich mit der Architektur um.

Doch ist zunächst ein Blick auf den deutlich abweichenden Textvorschlag zu dieser Rede aufschlussreich. Auf 17 Seiten hatte Abteilungsleiter Kern analysierendes und reflektierendes Material für das Redemanuskript des Bundeskanzlers angeboten.<sup>235</sup> Er hielt dabei Rückschau auf sechs Jahre, während der er von den ersten Anfängen der Baukonzeption bis zur Fertigstellung der für das Bauprojekt im Kanzleramt Verantwortliche war. Nachdem der Initiator Ehmke gegangen war, hatte Kern, den Ehmke mit ins Amt gebracht hatte, das Bauprojekt unter zwei weiteren Kanzleramtschefs bis zur Fertigstellung begleitet. Sein Text liest sich wie die Beantwortung der Frage, wie dieser von der aktuellen Bundesregierung so verachtete Neubau »passieren« konnte, enthält also Rechtfertigungen. Zudem geht er auf die von Kanzleramtschef Schüler beim Richtfest konstatierte fehlende »Signifikanz des Neubaus« ein. Die dahinter stehende Auffassung, dass die Bundesrepublik »Insignien eines Staates« benötige, wie etwa eine Hauptstadt es sein könnte, erkannte Kern an. Er erinnerte aber auch daran, dass »die Auseinandersetzung um das bauliche Selbstverständnis unserer Demokratie (...) lange vertagt werden [konnte], weil die Bezeichnung »Bonn als Provisorium« von uns keine Entscheidung verlangte.« Die Hinwendung zum Funktionsfähigwerden stellt er präzise analysierend in diesen Rahmen: »Mit der Flucht in die Funktionalität und einer im Innern bestehenden betriebstechnischen Perfektionität haben wir uns von der baulichen Kontinuität zu den

<sup>233</sup> Vgl. Gästeliste, BArch B 136/9891.

<sup>234</sup> M. Sack: Demokratie in Stahl, Stein und Glas. Das neue Kanzleramt: ein Fehlgriff, der sich nicht wiederholen darf, in: *Die Zeit*, 9.7.1976.

<sup>235</sup> AL I an ChefBK, 24.6.1976, Entwurf der Ansprache des BK anlässlich der Schlüsselübergabe am 1. Juli 1976, BArch B 136/9891.



Abb. 105 Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seiner Ansprache anlässlich der Schlüsselübergabe am 1.7.1976.

repräsentativen Bauten der Vergangenheit distanziert.« Ohne es explizit zu machen, verweist dieser Satz auch auf eine Ideologisierung des funktionalen Organisierens im Kanzleramt, das in der Zeit deutschlandpolitischer Spannungen sowie Unsicherheiten im Umgang mit repräsentativen architektonischen Gesten in Folge der nationalsozialistischen Bauvergangenheit auch eine Ersatzfunktion erfüllte. All dies sind rückblickende Ansichten Kerns, der die Vorgaben des damaligen Amtsleiters Ehmke umgesetzt hatte. Nicht nur zur eigenen Ehrenrettung erinnert er an den bundesweit offenen Architekturwettbewerb:

»Der vor 6 Jahren für das Bundeskanzleramt konzipierte Neubau war ein erster Schritt zum Ausbau der Bundeshauptstadt. Dieses Gebäude scheint mir der Ausdruck einer Zeit zu sein, die sich während der Planung und der Bauausführung bereits deutlich gewandelt hat. Nur so ist es zu erklären, daß der Entwurf dieses Bauwerkes, das wir heute in Vollendung vor uns sehen, noch vor einigen Jahren in der Öffentlichkeit mit Beifall bedacht wurde. Es wurde die schlichte Eleganz des Baukörpers gelobt, seine große Würde, die eine gewisse Intimität ausstrahle. Ein Kanzleramt ohne Monumentalität.«

Wie die Analyse in Kapitel II gezeigt hat, kann Kerns Rekurs auf den Bauwettbewerb und dessen Ergebnis als »Ausdruck einer Zeit« nur eingeschränkte Gültigkeit beanspruchen, waren doch Wettbewerbsprogramm und vor allem die Zusammensetzung der Wettbewerbsjury durch Horst Ehmke gesetzt. Damit war eine Architektur präjudiziert, die bestimmten politischen Vorstellungen als Werkzeug dienlich sein sollte. Und insofern ist sie

tatsächlich Ausdruck von Vorstellungen von Regierungsarbeit zu einer bestimmten Zeit. Die lobenden Äußerungen der Öffentlichkeit, auf die Kern sich zudem bezieht, entstammen dem einzigen und mit Abstand positivsten Presseecho auf den Siegerentwurf des Wettbewerbes, der keineswegs die allgemeine Stimmung der Öffentlichkeit wiedergab.<sup>236</sup> Insbesondere im Zusammenhang mit dem Hauptstadtausbau – ein auf der Feier überhaupt nicht thematisierter Kontext – bedeutete das vorgezogene Bauprojekt des Kanzleramtsneubaus hingegen von Beginn an einen Stein des Anstoßes.

Helmut Schmidt nun hielt in seiner Rede am 1. Juli 1976 von vergleichbaren Rückblicken und Analysen des Scheiterns ebenso Abstand wie von Forderungen, welche die Architekturkritik ihrerseits für Bonner Hauptstadtbauten aufstellte (Abb. 105). Sein Redemanuskript markiert eine entschiedene Position hinsichtlich des bisher tabuisierten Themas Staatsrepräsentation und weist in die Zukunft, weit über den Kanzleramtsneubau im Jahr 1976 hinaus. Zu Beginn seiner Rede griff Schmidt den scherzhaften Ton von Bundesminister Ravens auf, als er gemäß dem Programmablauf den soeben von Ravens erhaltenen Schlüssel umgehend, »fast wie eine heiße Kartoffel«,<sup>237</sup> an Kanzleramtschef Schüler, den eigentlichen Hausherrn, weiterreichte:

»Es sollte keiner auf die Idee kommen, daß ihn [den Schlüssel] niemand haben wolle. Tatsache ist: wir nehmen ihn an – nicht nur, weil er hundertundertliche Millionen wert ist, sondern auch, weil damit ein Zustand zu Ende geht, den die meisten unter uns als Provisorium drückend empfunden haben.«

Der Neubau, so der Kanzler zuversichtlich, werde mit der angemessenen technischen Ausstattung, den kurzen Wegen und besseren »Möglichkeiten des persönlichen Kontakts (...) dem Arbeitsablauf und der Arbeitsproduktion zugute kommen.« Die hochmoderne und kostspielige technische Ausstattung würdigte Schmidt demnach durchaus; ein ursprünglich so zentrales Stichwort wie »Vollflexibilität« schaffte es allerdings nicht mehr in sein Manuskript, dessen Fokus in die Zukunft gerichtet war, also auf die Nutzung des Gebäudes und den künftigen Alltag. Die Entstehungsgeschichte spielte nur eine knappe Rolle: Aus Kerns Entwurf übernahm Schmidt den Hinweis auf den Architekturwettbewerb und die Entscheidung einer unabhängigen Jury. Dieser Aspekt implizierte zum einen eine demokratische Legitimation und anonymisierte zugleich den geistigen Urheber des Baukonzeptes: Von Ehmke muss nicht gesprochen werden, wenn man eine Preisrichterjury erwähnen kann.

»Und heute? In der öffentlichen Diskussion hat sich ein Wandel vollzogen. Das Presse-Echo ist überwiegend negativ.« Obwohl Schmidt selbst mit seinem Sparkassenvergleich an dieser Entwicklung beteiligt war, machte er den »Stimmungsumschwung« an zeitgeistabhängigen Entwicklungen fest: In Bonn und anderswo schein »die Öffentlichkeit der monotonen Verwaltungsarchitektur überdrüssig zu sein. Nicht zuletzt die Wie-

<sup>236</sup> Vg. E. SCHULZ: Ein Hauch von Hoheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1971. Ausführliche Analyse des Artikels siehe oben, Kap. II.3.1.

<sup>237</sup> Hier und im Folgenden Ansprache [des Bundeskanzlers] anlässlich der Schlüsselübergabe des neuen Bundeskanzleramtes am 1. Juli 1976, BArch B 136/9891.



derentdeckung der Altstädte zeigt, daß man sich sehnt nach ästhetisch ansprechenden Akzenten, nach eigenwilliger, origineller und schöner Architektur.« Diese Zusammenhänge klammern die Verantwortung des Bundes für seine Bautätigkeit in Bonn aus. Anstelle von Würdigung oder Kritik, für die er mit seiner Person einstünde, thematisierte Schmidt die Ursache von und notwendige Konsequenzen aus dem schlechten »Presse-Echo«.

Für die Zukunft jedoch entwickelte Schmidt, eine Formulierung Kerns übernehmend, eine Perspektive. Bei Bauherren wie bei Architekten sei ein Lernprozess in Gang zu setzen:

»Die öffentliche Diskussion um den Neubau des Kanzleramtes sollte Politiker und Architekten verpflichten, sich stärker als bisher um Maßstäbe für die repräsentativen Gebäude unseres Staates zu bemühen und sich auch verstärkt mit dem Ausbau der Bundeshauptstadt auseinanderzusetzen. [...] Gerade vom Planer und Gestalter wird in Zukunft mehr Eigenwilligkeit, mehr Stilgefühl und mehr Mut zum Detail erwartet. Auch dem öffentlichen Bauherrn, der in Architektur und Kunst leider sehr oft zur Mittelmäßigkeit neigt, wird mehr Mut zum Experiment gut anstehen. Mehr als bisher muß er sich in seiner baulichen Selbstdarstellung um die spezielle Note bemühen.«

Neben diesen Mahnungen brachte Schmidt indirekte Kritik an der Architektenleistung wie nebenbei zum Ausdruck, indem er den Architekten in einem Atemzug mit allen anderen am Bau Beteiligten dankte, sodass der erste Teil seiner Rede, in der es um das Bauen des Bundes und insbesondere den Kanzleramtsneubau geht, den Eindruck einer absolvieren Pflichtübung macht:

»Dank sage ich weiter allen Mitarbeitern von Karl Ravens [dem Bundesbauminister, Anm. der Verf.] in der Bundesverwaltung sowie den Architekten und den am Neubau beteiligten Firmen. Ebenso allen Bauhandwerkern – darunter viele Gastarbeiter – die mitgeholfen haben, daß dieses Bauwerk innerhalb des eng bemessenen Terminplans erstellt werden konnte. Wir anerkennen in dieser Stunde auch die Arbeit der zuständigen Stellen der Stadt Bonn, der Gutachter und Sachverständigen, der Künstler, der Vertreter der Sicherheitsbehörden und nicht zuletzt der Beamten des BGS.«

In der zweiten Hälfte seiner Ansprache widmete Schmidt sich den künstlerischen Ausstattungsgegenständen, mit denen er »dieses Haus zum Spiegelbild deutscher Kultur und Geistesgeschichte auszugestalten« versuchte. Damit thematisierte er seinen eigenen Beitrag zum Neubau. Der anstehende Neubeginn im neuen Haus war ganz offensichtlich sein eigentliches Redethema, mit dem er sich identifizierte: »Uns bleibt die Aufgabe, dieses Haus, das den Ansprüchen nationaler Repräsentanz vielleicht nicht entspricht, aber in seiner Sachlichkeit und Solidität unser demokratisches Selbstverständnis widerspiegelt, mit Leben zu erfüllen.« Schmidt dankte daher »den zeitgenössischen Künstlern, die hier mit ihren Arbeiten vertreten sind«, womit pauschal all diejenigen Künstler gemeint waren, die im Kunstwettbewerb 1974 Aufträge für Kunst am Bau erlangen konnten.

Individuelle namentliche Nennung erfuhren dagegen die Leihgeber der Kunstausrüstungsstücke. Im Vergleich zu den pauschalen Dankesworten für die am Bau Beteiligten ist mit der Namensnennung eine klare Auszeichnung verbunden. Mit den Namen der Künst-

ler und Leihgeber schmückte Schmidt nicht nur das in seinen Augen zuvor nicht repräsentative Haus, sondern dekorierte durch das Namedropping auch seine Rede und nicht zuletzt sich selbst: »Wir haben für die Leihgaben zu danken, dem Maler Schmidt-Rottluff sowie den Erben von Macke, Heckel und Rohlf. Wir haben zu danken Dr. Urban aus Seebüll für seine Leihgaben aus der Nolde-Stiftung.« Sodann wurde Professor Reidemeister aus Berlin, Gründer und Direktor des Brücke-Museums, explizit dafür gedankt, diese Leihgaben vermittelt und möglich gemacht zu haben. Dank für »wertvollen Rat« erhielt auch das Professoren-Kleeblatt Borger, Bott und Laage mit Max Bill, dem gegenüber man wegen des geplatzen Auftrages noch ein schlechtes Gewissen hatte. Obwohl von Bill letzten Endes nichts zur Ausstattung des Neubaus beigetragen wurde, fiel sein prominenter Name, mit dem die Bauhaus-Tradition aus der Vorkriegszeit aufgerufen war.

Den künstlerischen Werken schrieb Schmidt die entscheidende Qualität des Neuen und den Anfang eines begonnenen Weges zu: »Die Expressionisten in unserem neuen Haus sind Ausdruck der ungebrochenen kulturellen und geistesgeschichtlichen Tradition, zu der wir uns bekennen.« Die Nähe der politischen Führung zu originalen Werken dieser von den Nationalsozialisten verfeimten Stilrichtung machte er für eine vergleichende Gegenüberstellung von Kunst und Politik fruchtbar. Es sei eine falsche Annahme zu glauben,

»Bundeskanzler zu sein verleihe so etwas wie absolute kompromisslose Macht. [...] Aber anders als zum Beispiel die Künstler, die ein Recht auf Kompromißlosigkeit haben, ist es meine und damit auch *Ihre* Pflicht – besonders in einer Koalitionsregierung – immer den Ausgleich zu suchen – das ist in erster Linie die hohe Schule des Kompromisses.«

Diese Gegenüberstellung von Politiker und Künstler vermittelt das Demokratieverständnis Schmidts, das in den Werken der bildenden Kunst formal wie historisch anschaulich wird: Den Politikern werde die Kunst des Kompromisses abverlangt. Ihre Freiheit und damit ihre Macht seien eingeschränkt, um das höhere Gut der Demokratie zu schützen. Aus diesen Prämissen lässt sich der Schluss ziehen: Die demokratische Staatsform ermöglicht Künstlern und allen anderen Staatsbürgern erst die Freiheit, nicht zuletzt zu einem kompromisslos subjektiven künstlerischen Ausdruck. An der Spannung aus einer vorgeblich sich frei und subjektiv entfaltenden Expression, die Schmidt in den gehängten Werken sah, und den notwendigerweise bürokratischen Regeln des demokratischen Geschäftsablaufes im neuen Kanzleramt war Schmidt interessiert.

Schmidt schloss seine Rede, indem er noch einmal auf ein Unbehagen einging, das mit der neuen Schaltzentrale der Macht verbunden wurde:

»Ein Wort zum Selbstverständnis dieses Amtes und seinen Aufgaben. Viele meinen vielleicht, wenn das Kanzleramt umziehe, sei ein Koloß der Macht unterwegs. Das trifft nicht zu. Wir wissen, daß unser Amt in dem wohlausbalancierten Mobile unserer Demokratie in ein Geflecht von Entscheidungszentren und Kontrollinstanzen eingebunden ist. Wir sind uns freilich auch bewußt, daß es an einer zentralen Stelle dieses Mobiles steht. Einen wichtigen Wesenszug moderner Demokratie, nämlich eine bürgernahe, offene und durchschaubare Verwaltung, hätten wir bei der Gestaltung des Neubaus gerne deutlicher zum Ausdruck gebracht. Auch wenn sich diese Ab-

sicht nicht ganz verwirklichen ließ, so wird dieses Kanzleramt kein Ort geheimnisvollen obrigkeitlichen Geschehens sein. Es ist vielmehr ein Ort, an dem der Wille des Bürgers und Wählers in praktisches Regierungshandeln umgesetzt wird. Unheimliches passiert hier nicht, und deswegen braucht auch nichts entzaubert zu werden.«

Der Satz von einer bürgernahen, durchschaubaren Verwaltung greift zeitgenössische Bestrebungen nach Partizipation auf, welche in der Architektur des Kanzleramtsneubaus nicht aufgenommen worden sind. Sie waren im Planungsprozess noch thematisiert worden, sind aber im ausgewählten Architekturentwurf ebenso wenig ablesbar wie die Ansätze von Helmut Schmidt, der nun »deutsche Kultur und Geistesgeschichte« zu Zwecken »nationaler Repräsentanz« nutzen wollte. Eine Diskussion über mögliche Formen der Staatsrepräsentation jenseits der Schelte über die Bonner »Architektur-Pathologie«<sup>238</sup> begann hier zwar noch nicht. Die neue perspektivische Ausrichtung zum Zeitpunkt des Einzugs in den Kanzleramtsneubau erlaubt jedoch eine These zum Stellenwert des Kanzleramtsprojektes in der Entwicklung einer Debatte um Staatsrepräsentation: Die rein technisch-funktionale Symbolik des sonst zurückhaltenden Verwaltungsbaus rief keinerlei Monumentalität im Geiste der nationalsozialistischen Architektur auf. Damit wirkte sie wie ein Katalysator. Die Verwendung des zuvor tabuisierten Begriffs des Nationalen und seiner Repräsentation in Schmidts Ansprache – zumal im geteilten Deutschland – wurde offenbar erst in dieser neuen, vielgescholtenen Behausung möglich. Sie garantierte in ihrer Nüchternheit, dass ein lautes Nachdenken über die Selbstdarstellung der Politik in der Bundesrepublik überhaupt denkbar wurde.

### 3.2 »Large Two Forms« von Henry Moore: Der Künstler und der Politiker

In Helmut Schmidts Ansprache zur Schlüsselübergabe wurde eine Gegenüberstellung von Künstler und Politiker formuliert: Der erste sucht nach dem absoluten subjektiven Ausdruck, während letzterer zur Kompromisslösung verpflichtet ist. Dieses Gegenüber oder auch Miteinander soll an dieser Stelle für eine vertiefende Analyse aufgegriffen werden, da der Dualismus der Sphären Kunst und Politik als Grundprinzip der erfolgreichen Kunstpolitik Schmidts identifiziert werden kann. So wie die expressionistischen Kunstwerke mit ihrer gestischen Malweise als Kontrast zur nüchternen Innenausstattung gedacht waren, kontrastierte im Außenraum die Großplastik »Large Two Forms« von Henry Moore seit 1979 die dunkle Rasterfassade.<sup>239</sup> »Large Two Forms« schenkte der Architektur erst eine Ansicht. Sie wurde zur Stellvertreterin für das Kanzleramtsgebäude, die Bundesregierung, ja sogar für die Hauptstadt Bonn. Wie weiter oben bereits ausgeführt wurde, ersetzten Bilder und Fernsehaufnahmen der je nach Tageslicht changierenden, Durchblicke und Über-

<sup>238</sup> Zu diesem Begriff siehe oben, S. 14.

<sup>239</sup> Zur Vorgeschichte ab 1975 und zur Aufstellung der – später für 150 000 Pfund angekauften – Leihgabe »Large Two Forms« im September 1979 vgl. H. SCHMIDT, *Kunst*, 1987, sowie *KUNST IM KANZLERAMT*, 1982. Diese Darstellungen wurden anhand von Überlieferungen im Bundesarchiv überprüft. Sie sind subjektiv gefärbt, jedoch sachlich korrekt und vollständig. Beforscht wurde die Plastik an ihrem politischen Aufstellungsort durch S. WENK, *Large Two Forms*, 1997.

schneidungen ermöglichenden Plastik die Ansicht der Architektur, welche damit weitestgehend aus ihrer eigenen bildlichen Repräsentation verschwand (siehe Taf. 11).<sup>240</sup>

Die Aufstellung der Moore-Plastik setzte den zweiten wichtigen Vorschlag des Professoren-Kleeblatts Borger, Bott und Laage um.<sup>241</sup> »Large Two Forms« markiert wie ein Ausrufezeichen die Kontrafaktur des Kanzleramtsneubaus. Mit diesem Coup des Jahres 1979 kann die Schmidt'sche Kunstausstattungskampagne, die 1975 begann, als abgeschlossen angesehen werden. Schmidt verbuchte die Erlangung dieser Leihgabe als persönlichen Erfolg, was in den Darstellungen der Ereignisse aus seiner Feder ablesbar ist. Seine Selbstdeutung zusammen mit Fotografien vom Tag der Aufstellung erzeugen Bezüge zwischen dem Künstler Moore und dem Politiker Schmidt. Diese Beziehung macht aus den »Large Two Forms« die Essenz derjenigen Qualitäten, welche die Architektur des Kanzleramtsneubaus in der Sicht Schmidts vermissen ließ. Dabei unterwirft Schmidt Künstler und Kunstwerk seinen Absichten. Rekonstruieren lässt sich hier die bis dahin erfolgreichste medial inszenierte Indienstnahme und Funktionalisierung von bildender Kunst durch einen politischen Amtsträger zum Zweck der Selbstdarstellung der Bundesrepublik.

Die anthropomorphe, an anatomische Formen erinnernde Plastik wirkt im Gegensatz zur streng rechtwinkligen Fassade – genau wie die expressionistischen Malereien und Plastiken im Gebäudeinnern – als formaler Kontrapunkt. Moore hatte den Standort seiner Plastik selbst bestimmt. Auf seinen Wunsch hin wurde der Vorplatz zu einer sanft gewellten Rasenfläche wie in einem englischen Landschaftspark umgestaltet. Die beiden Elemente der »Large Two Forms« liegen auf einer eineinhalb Meter messenden Erhöhung am äußeren schmalen Ende der Rasenfläche, weit weg vom Eingang in den Kanzlerflügel.

Deutungen der Figur betonen stets, auch und gerade zur Abgrenzung von der so geometrisch konstruierten Architektur dahinter, ihre naturhaften und anthropomorphen Formen und Energien. Zu lesen ist etwa, die beiden Bronzeelemente würden »mit ungeheurer Kraft« aus der Erde wachsen,

»und diese in der Skulptur verschlossene Energie ist es auch, die den düsteren Kasten des Kanzleramtes im Raum ausbalanciert. Ziemlich weit nach außen vom Hause weggeschoben, wie ein Gewicht an einer primitiven Waage, das man verschiebt, um eine Last aufzuwiegen.«<sup>242</sup>

Die Kunstkritikerin Doris Schmidt, von der dieses Zitat stammt, erkennt in der Figur zudem »etwas vom Wesen und den Kräften der Natur«,<sup>243</sup> während Helmut Schmidt sie als Zeichen für Leben, menschliche Verbundenheit und Menschlichkeit deutete.<sup>244</sup> Stets wird der Plastik eine fast ins Animistische gehende innere Kraft oder Spannung zugesprochen. Dazu passt auch Doris Schmidts Verweis auf das Moore'sche Entwurfsverfahren, das der Entstehungsgeschichte der als Problem wahrgenommenen Kanzleramtsarchitektur diame-

<sup>240</sup> Siehe oben, Kap. IV.1.3.

<sup>241</sup> Moore-Plastiken hatten bereits zuvor Aufstellung in Deutschland gefunden, insbesondere in Berlin. Seit 1961 »Die Liegende« vor der Akademie der Künste im Hansaviertel. »Der Bogenschütze« (1964) wurde vor der Neuen Nationalgalerie am Kulturforum platziert.

<sup>242</sup> D. SCHMIDT, Ein Kunstwerk, 1982, S. 90.

<sup>243</sup> Ebd.

<sup>244</sup> H. SCHMIDT, Kunst als Ausdruck, 1982, S. 88.

tral entgegengesetzt zu sein scheint. Moore folge stets den »Gesetzlichkeiten von Form und Rhythmus«, die er wie das Gesetz der Asymmetrie beim Studium von Naturformen für sich entdeckt habe.<sup>245</sup> Diese Formulierung stellt eine Behauptung über den Künstler Moore auf, nämlich dass er in seiner Arbeitsweise autonom und damit unkorruptierbar ist. Er stehe mit seinem Schaffen angeblich außerhalb jeglicher Zwänge. Innerhalb der offiziellen Publikation »Kunst im Kanzleramt« erhält eine solche Ausdeutung wiederum politische Bedeutung. Der Künstler Moore als Urheber ist der Politik zwar als Kontrastfigur gegenübergestellt, zugleich aber wird er von der Politik affirmativ vereinnahmt. Diese Ambivalenz soll im Folgenden Schicht um Schicht verdeutlicht werden.

Als Ermöglicher der Plastik an diesem Ort gilt nämlich an erster Stelle Helmut Schmidt. Auf seine Kunstaustattungs-Initiative hin kam die Idee auf und wurde ab Juli 1976 von seinen Mitarbeitern und ihm selbst vorangetrieben.<sup>246</sup> Die Aufstellung ist so eng mit seinem Namen verbunden, dass man meinen könnte, sie habe neben dem Künstler Moore einen zweiten Urheber. Im Zusammenhang dieser Untersuchung ist wichtig, wie Schmidt seine aktive Rolle bei der Erwirkung der Leihgabe in der medialen Dokumentation inszenierte. Einen Blick hinter die Kulissen, wie der Kontakt zu Moore angebahnt worden war, lieferte er in einem Festschriftbeitrag zu Ehren seines Kunstberaters Gerhard Bott.<sup>247</sup> Schmidt berichtet darin nicht nüchtern Daten und Fakten, sondern er erzählt eine tolle Geschichte mit nachgerade unglaublichen Ereignissen, Überraschungen und Aufregern. Denn die Ereignisse erschienen ihm selbst in ihren »arabeskenhaften und sogar komischen Züge[n]« im Grunde »märchenhaft«, wie der Erzählende vorausschickt.<sup>248</sup> Seine Schilderungen leben von eleganten Spannungsbögen: An vielen Stellen des Weges drohte fatales Scheitern. Wetterlagen wie Sonnenschein oder graue Tage mit Regen verdichten die Atmosphäre der Schilderungen.

Die Bemühungen um die Leihgabe bei Moore entwickelten sich zu Beginn wenig erfolgversprechend. »Hieß das, daß all jene recht behalten sollten, die mehr durch ihr Verhalten als durch Ausgesprochenes bedeutet hatten, daß wir Irrealem nachjagten?«, hebt Schmidt im Rückblick die Stimmen der Zweifler hervor.<sup>249</sup> Doch der Kanzler und seine Mitstreiter ließen sich nicht entmutigen, und tatsächlich konnte die damals in Südeuropa befindliche Plastik Monate später auf einem Tieflader den Weg nach Bonn antreten. Größte technische Schwierigkeiten waren kurzfristig noch vor Ort zu lösen. »Das war die Phase, als meinem Mitarbeiter Milleker zu seinem Schrecken von einem beamteten Vorgesetzten offenbar die Vierteilung angedroht worden ist – ohne meine Billigung.«<sup>250</sup> Doch als die »Large Two Forms« von Transportverschmutzungen gereinigt und aufgestellt waren, erkannten alle Beteiligten, dass die Zweifel unnötig gewesen waren und die Figur am neuen Standort prächtig wirkte. Die Unbeirrbarkeit des Kanzlers Schmidt und sein Reü-

<sup>245</sup> Vgl. D. SCHMIDT, Ein Kunstwerk, 1982, S. 90.

<sup>246</sup> Vgl. BArch B 136/24565.

<sup>247</sup> H. SCHMIDT, Kunst, 1987.

<sup>248</sup> H. SCHMIDT, Kunst, 1987, S. 305.

<sup>249</sup> Ebd., S. 308.

<sup>250</sup> Ebd., S. 311.

sieren erscheinen durch den Verweis auf die zahlreichen gemeisterten Schwierigkeiten geradezu überwältigend, vielleicht noch mehr als die Leistung des Bildhauers Moore? Mindestens den Eindruck von Kongenialität erzeugt Schmidts Erzählung.

Sein Text ist in Ich-Form verfasst, wodurch sich der Autor trotz häufiger lobender Erwähnung seines mitstreitenden Teams in den Vordergrund rückte. Vor allem macht die subjektive Erzählperspektive deutlich, dass er sich persönlich involvierte und engagierte, über die Amtsrolle des Bundeskanzlers hinaus. Der Bericht ist so stark mit Bescheidenheitstopoi garniert, dass die Aufmerksamkeit umso stärker auf Schmidts Anteil gelenkt wird. Den Bittbrief an Moore habe er mit »einige[n] Hemmungen« geschrieben, da er den Künstler weder kannte noch Gelder ausgeben konnte.<sup>251</sup> Er bat Moore darin um »Hilfe«. Den Vorplatz seines Kanzleramtes sah er als ein nahezu unlösbares Problem an, »ein gewaltiger steinerner Platz vor einer überaus strengen, buchstäblich alles zermalmenden Architektur in prägender schwärzlich-brauner Farbe«.<sup>252</sup> Moore hatte sodann nach der ersten Besichtigung vor Ort eine Absage erteilt, da der Vorplatz »ungeeignet« sei für eine seiner Arbeiten.<sup>253</sup>

In den parallel zu lesenden Schilderungen des geehrten Gerhard Bott, der seinerseits einen Bericht der Ereignisse gegeben hat, wird dieses kategorische Nein des Künstlers mit dessen unverbrüchlicher Künstlernatur erklärt. Moore habe in seinem Alter keine Auftragsarbeiten mehr angenommen, da dies seinem Arbeitsstil ohnehin nicht entspreche.<sup>254</sup> Über 50 Jahre sei Moore seinem Interesse treu geblieben, der Natur nachzuspüren und ihr »ein aus diesem Erleben geschöpftes Neues« entgegenzusetzen, eine »neue Natur« zu schaffen.<sup>255</sup> Als dieser so zum Freigeist und Großkünstler erklärte Moore viel später doch einen der vier Abgüsse von »Large Two Forms« aus dem Jahr 1967 zusagte, den sich das Bundeskanzleramt wünschte und der eigentlich bereits zur Aufstellung anderswo versprochen war, erlebte Schmidt das als große »Überraschung«, mit der er gar nicht mehr gerechnet hatte.

Dass auch ein sehr gut an seinen Aufträgen verdienender und entsprechend wohlhabender Künstler wie Moore an der Aufstellung seiner Arbeiten an einem prominenten Ort ein Eigeninteresse haben könnte, wird in Schmidts und Botts Darstellung völlig ausgeblendet. Als Künstler folgt er ihrer Meinung nach einzig der Eigengesetzlichkeit seines Schaffensdranges. Die Überlassung der Plastik wird als Ehrerweis gedeutet, auch wenn Moore angesichts der hohen Kosten für Transport und Aufstellung auf einen späteren Ankauf der Leihgabe durch den Bund gehofft haben dürfte. Zudem verkaufte Moore parallel eine andere Figur nach Djidda, wo zuerst »Large Two Forms hingehen sollte, er machte also zwei Abschlüsse statt einem. In Schmidts rhetorisch geschickt aufgebautem Bericht jedoch wirkt die späte Zusage Moores, als wolle der Künstler dem deutschen Kanzler mit einem persönlichen Gefallen zu Diensten sein und ihm helfen, den verunglückten Neubau durch

<sup>251</sup> Ebd., S. 306.

<sup>252</sup> Ebd., S. 305.

<sup>253</sup> Ebd., S. 306.

<sup>254</sup> Vgl. G. BOTT, *Großskulptur*, 1982, S. 85.

<sup>255</sup> G. BOTT, *Skulptur*, 1982, S. 93.

die Plastik auf dem Vorplatz zu retten. Einen Freigeist wie den wirtschaftlich unabhängigen Künstler Moore überzeugt zu haben, der nun dem Politiker aus der Bredouille hilft, wirkt stärkend auf die Autorität Schmidts zurück.

Die persönliche Nähe von Kanzler und Künstler bildet denn auch das heimliche Leitthema des Textes: Offiziell dankt Schmidt mit dem Textbeitrag Gerhard Bott für dessen Verdienste bei Idee, Vermittlung und Beschaffung der Leihgabe. In Wirklichkeit ist das Darstellungsziel jedoch, den Kunstpatron Schmidt auf der Ebene der kennerschaftlichen Bewunderung dem großen Künstler ebenbürtig wirken zu lassen. Dies wird durch eine ganzseitige, den Text illustrierende Fotografie unterstrichen, die den über 80-jährigen, zerbrechlich wirkenden Moore zusammen mit Schmidt, beide in Anzügen und gegenläufig streng gescheitelt, im freundlichen Beeinander zeigt (siehe Abb. 109). Nicht nur optisch ähneln sich die beiden fast gleichgroßen Männer, sondern sie verbindet vor allem ein Gleichklang ihrer ästhetischen Wahrnehmung, so deutet es Schmidt an. Denn als er bei einem Besuch auf Moores Landsitz Much Hadham dessen Arbeiten sehen konnte, sei ihm das Nachempfinden von dessen Kunstwollen gelungen, wie er berichtet; er konnte plötzlich Moores Entscheidungen nicht nur verstehen, sondern fühlen:

»Dort, in dieser prachtvollen englischen Grünlandschaft, angefüllt mit seinen eigenen Schöpfungen, die als integrierte Natur aus der Landschaft herauswachsen, ist mir Moores Bonner Reaktion, auch wenn ich sie schon in Bonn begriffen hatte, noch nachträglich förmlich physisch erlebbar geworden.«<sup>256</sup>

Mit der »Bonner Reaktion« ist die erste spontane Ablehnung Moores gemeint, der seine Arbeiten vor dem Kanzleramtsneubau nicht für gut platziert hielt. Weiterhin schildert Schmidt Anteilnahme und große innere Spannung:

»Die Zeit bis zur konkreten Übergabe von Large Two Forms am 19. September 1979 war für alle Beteiligten nochmals mit erheblichem Bangen ausgefüllt. Es ist schwer vorauszusehen, wie eine Großplastik, die man in völlig anderer Umgebung und anderem Licht gesehen hat, sich in Gestalt, Volumen und Proportionen unter einem anderen Himmel und vor einem anderen Hintergrund ausnimmt.«<sup>257</sup>

Als das Presseecho auf die Aufstellung der »Large Two Forms« durchgängig positiv ausfiel, waren alle Beteiligten erleichtert. Im Nachhinein konnte Schmidt schreiben, man habe Moore von Beginn an zugetraut, »die Raummasse zu bändigen«, als sei der Künstler ein erfahrener Raubtierdompteur und der Vorplatz des Kanzleramtes eine wilde Bestie.<sup>258</sup> Nun konnte Schmidt auch die Größe seiner eigenen Leistung herausstreichen: Die »alles zermalmende Architektur« mit dem Platz davor, der ausgesehen hatte wie »ein Mittelding zwischen Befestigungsanlage und Massengrab«, erscheint in seinen Texten schon sprachlich als martialische Herausforderung, der er sich angenommen hatte.<sup>259</sup> Die bewältigte Ästhetik-Krise strahlt nun auf den ersten Kombattanten zurück.

<sup>256</sup> H. SCHMIDT, Kunst, 1987, S. 306.

<sup>257</sup> Ebd., S. 310.

<sup>258</sup> Ebd., S. 306.

<sup>259</sup> Ebd., S. 309.

Da Moore dem Staatsmann Schmidt zur ansehnlichen Vorplatzgestaltung verholfen hatte, ließ Schmidt ihm in seinem Text im Gegenzug bewundernde Verehrung zuteil werden: »Am 29. August 1979 kam Henry Moore, um eigenhändig die Aufstellung von *Large Two Forms* zu dirigieren. Dieses Verbum ist hier ganz wörtlich zu nehmen; es war ein völlig unvergeßlicher Anblick.«<sup>260</sup> Dieses Dirigat der Skulpturen wurde in Fotografien festgehalten, von denen wiederum eine in dem Bildband »Kunst im Kanzleramt« abgedruckt worden ist (Abb. 106). Man denkt sofort an einen Orchesterdirigenten: Mit seinem Gehstock weist der zierliche Moore in diejenigen Himmelsrichtungen und Positionen, in die Lastkräne und Arbeiter die mächtigen Bronzekörper bringen sollen. Die im Buch abgedruckten Fotografien leben von dem Kontrast zwischen den geringen körperlichen Kräfte des alternden Mannes und den gewaltigen Gebilden, die er formt. Seine Schaffenskraft ist keine physische, da nicht er die Großplastiken produziert, die nach kleineren Modellen in Berlin in der Gießerei Noack gemacht worden waren. Vielmehr erfindet er diese Körper und ihre Wirkung in seiner Vorstellungskraft, ein Phänomen, das auf den Fotos der Aufstellung greifbar wird (Abb. 107): Das großformatige Bild etwa, in dem er unmittelbar vor einem der übermannsgroßen Figurenteile steht und es mit der rechten Hand fast berührt, offenbar die genaue Ausrichtung überwacht und dabei von der die Bildfläche sprengenden Bronze völlig umgeben ist, stellt das Motiv der schöpferischen Hand des Künstlers, das eine lange ikonografische Tradition hat, ins Zentrum des Bildes. Da die Bronze auf Stahlträgern zum Transport aufgesockelt ist, erweckt die Fotografie fast den Eindruck, dass Moores Hand die tonnenschwere Bronze magisch zum Schweben bringt, obgleich sich der alternde Körper auf den Gehstock verlässt. Das Bild führt die Bronze am Ort ihrer Aufstellung mit dem Künstler und seinen schöpferischen Kräften, denen sie entsprungen ist, noch einmal nah zusammen.

Ganz dem Anliegen des Buches »Kunst im Kanzleramt« entsprechend, das die Persönlichkeit Schmidt ins Zentrum rückt, erscheinen die beiden Moore-Fotografien jedoch erst einige Seiten nach den Bildern, die von Schmidt und Moore gemeinsam am selbigen Tag und Ort geschossen worden waren (Abb. 108 und 109). Die beiden hochformatigen ganzseitigen Abbildungen bilden eine Doppelseite. Links sind, durch die runde Öffnung in einer der »*Large Two Forms*« fotografiert, zahlreiche Arbeiter bei der Aufstellung der anderen Form zu sehen. Rechts auf der Fotografie stehen Schmidt und Moore Seit an Seit vor dem Neubau. Sie gleichen einander wie Zwillinge, wie sie da in ähnlicher Kleidung, Haartracht, mit zerfurchten Gesichtern und gleichermaßen brillenlos als »kritische Beobachter«, so die Bildunterschrift, die Aufstellungsarbeiten überwachen. Auf diesem Bild ist es jedoch Schmidt, nicht etwa Moore, der aus der Schulter heraus den rechten Arm gerade nach vorne hebt und mit dem Zeigefinger auf etwas deutet. Da beide ihre Oberkörper jeweils dem anderen leicht zuwenden und das Gewicht auf diese Körperseite verlagern, wirken sie im Gespräch einig, nicht im Dissens. Schmidt wirkt durch die Kameraperspektive, die sich in Untersicht den beiden Männern zuwendet, etwas größer als Moore. In diesem Bild gibt eindeutig er die Anweisungen – ganz »Hausherr«, wie die Bildunterschrift ihn

<sup>260</sup> Ebd., S. 311.





Abb. 106 Henry Moore dirigiert die Skulpturenaufstellung mit seinem Gehstock.



Abb. 107 Der Künstler, seine Hand und die Bronze.



Abb. 108 Linke Buchseite: Das Loch in der Bronze.



Abb. 109 Rechte Buchseite: Helmut Schmidt und Henry Moore wie Zwillinge.

nennt –, und der Künstler, dessen Werk gerade einzieht, akzeptiert dies freundschaftlich und auf Augenhöhe.

Es sind diese Fotografien, die schließlich den Eindruck von einer Bedeutungsübertragung erzeugen, die im Zuge des beschriebenen Aktes der Erwirkung der Leihgabe durch den Staatsmann geschieht. In der Parade der dualistischen Gegenüberstellungen von Kunst und Politik, die in den letzten Abschnitten vorbeigezogen ist, bilden die Akteure Henry Moore und Helmut Schmidt ein weiteres Paar. Der erste steht für Subjektivität und Radikalität der Kunst, und der zweite für Kompromissfähigkeit und Ausgleich der Politik. Schmidts Kunstverständnis beinhaltet den Glauben an eine transzendierende Qualität von Kunst, wenn er Moore mit der Aussage zitiert, dass Kunstwerke »ein Eindringen in eine tiefere Wirklichkeit bedeuten können«. <sup>261</sup> Doch der Kunstpatron Schmidt beschränkt sich – anders als er behauptet – eben nicht auf die Rolle, den Künstler in den politischen Raum hineinzuholen. Er überschreitet die Grenze zwischen Politiker und Künstler, die er selbst formuliert. Seine Persönlichkeit enthält und umfasst auch den Künstlerdirigenten, der nichts anderes ist als eine Führungsfigur. Der Künstler Moore und der Politiker Schmidt werden in den Fotografien in »Kunst im Kanzleramt« zu Alter Egos verschmolzen.

Damit soll nicht gesagt sein, dass Schmidt sich das Künstlerisch-Genialische aneignet. <sup>262</sup> Er ersetzt es durch bewundernde Verehrung für den Künstler, sodass die Annäherung die Differenz von Kunst und Politik zugleich hervorhebt und zu überwinden sucht. Die Kunstauffassung Schmidts – er spricht vom kompromisslosen Künstlersubjekt – liegt diesen Fotografien ebenso zu Grunde wie das klassische Verhältnis von Kunst und Politik am Fürstenhof: Der Staatenlenker erfreut sich am Kunstschaffen, mit dem der Künstler ihm die visuelle Repräsentation verschafft. Gleichzeitig gewinnt der Künstler durch diesen Auftraggeber große Anerkennung – Moore wurde ebenso wie Leopold Reidemeister ein Bundesverdienstorden verliehen, <sup>263</sup> und Schmidt bezeichnet ihn als einen »Mann von Weltbedeutung«. <sup>264</sup>

Inhalt und Ästhetik der Kunstobjekte im Kanzleramt sind mit Persönlichkeitszügen und Biografie des Kanzlers Helmut Schmidt verbunden. Die Rolle des Kunstpatrons nahm

<sup>261</sup> H. SCHMIDT, *Kunst als Ausdruck*, 1982, S. 88.

<sup>262</sup> Es ist Martin Warnke zu folgen, der mit Blick auf Adolf Hitlers Inszenierung als Künstlergenie warnte: »In jedem Fall aber ist das Wechselverhältnis zwischen dem genialischen Politiker und dem schöpferischen Künstler eine missliche Übertragung, von der man sich wünschte, dass sie endlich erledigt wäre.« M. WARNKE, *Könige als Künstler*, 2007, S. 74.

<sup>263</sup> Henry Moore wurde am 11.7.1968 auf Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen das Große Verdienstkreuz mit Stern und am 22.2.1980 auf Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Leopold Reidemeister wurde am 30.3.1965 auf Vorschlag des Bundesministers des Innern das Große Verdienstkreuz und am 13.1.1977 auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Schriftliche Auskunft der Ordenskanzlei des Bundespräsidialamtes vom 29.12.2011. Der Zusammenhang der jeweils zweiten Verleihung mit der Überlassung der Leihgabe »Large Two Forms« beziehungsweise Vermittlung von Leihgaben ist möglich, aufgrund von Sperrfristen auf Beständen des Bundesarchivs derzeit jedoch nicht überprüfbar.

<sup>264</sup> H. SCHMIDT, *Kunst als Ausdruck*, 1982, S. 88.

Schmidt bewusst in Anspruch. Er wollte damit explizit eine Vorbildfunktion für das Gemeinwesen übernehmen: »Ich denke, daß man viele Menschen anregen soll, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Mäzen zu sein.«<sup>265</sup> Helmut Schmidt füllte durch diese Initiative die Leerstelle des politischen Bauherrn, den das Kanzleramt nach Ehmkes Abgang verloren hatte. Das Gebäude wird daher in der kollektiven Erinnerung, ähnlich wie die Plastik »Large Two Forms«, die das Gebäude stellvertretend repräsentiert, heute mit seinem größten Kritiker verbunden.<sup>266</sup>

### 3.3 Rezeptionssteuerung durch den Bildband »Kunst im Kanzleramt« von 1982

Der politische Bauherr des Kanzleramtsneubaus, Horst Ehmke, kam nicht mehr dazu, in einer Buchpublikation das Konzept des Bauprojektes zu erläutern und damit zu überliefern. Eine Festschrift oder ein vergleichbarer Band, wie er anlässlich des Einzugs in spätere Neubauten des Parlaments üblich wurde, ist zu dieser Architektur nie erschienen.<sup>267</sup> Somit stellte das 1982 veröffentlichte Buch zur Kunstausstattung des Gebäudes »Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste« die einzige offizielle Veröffentlichung zum Neubau dar (siehe Abb. 92). Sie ersetzte eine bislang fehlende Dokumentation des Bauprojektes wie ein Stellvertreter. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, wirkte das Buch rezeptionssteuernd. Denn insbesondere der Mangel an ästhetischen Qualitäten der Architektur und wie Schmidt diesem vermittels einer Kunstausstattung beheben wollte, wurde in diesem Band dokumentiert. Damit brachte das Buch die wahrgenommenen Defizite der Architektur nachhaltig in Existenz, obwohl oder gerade weil es in dem Buch nicht um die Architektur geht, sondern um die Kunstausstattung.

Der Neubau spielt im Buch eine ständige Hintergrundrolle. Sie wird bereits auf dem Buchcover angekündigt. Unter dem Titelschriftzug zeigt es die Moore-Plastik »Large Two Forms«, während die Hausfassaden zweidimensional wirken und in den Bildhintergrund gedrängt sind. Aufbau, Bildinformationen und Texte des Buches sollen auf ihre Rezeptionsvorgaben für die Architektur analysiert werden.

Als erstes fällt auf, dass das 240 Seiten starke Buch im Katalogformat keinen Herausgeber benennt. Zu seiner Entstehungsgeschichte waren kaum Informationen recherchierbar, sodass Initiator, Finanzierung, Auflagenhöhe und Absichten unbekannt bleiben. Der Band erschien im Goldmann Verlag und in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift »Bunte«.<sup>268</sup>

<sup>265</sup> M. GRAF VON NAYHAUSS, Vor moderner Kunst, 1982, S. 106.

<sup>266</sup> »Die Moore-Plastik war in der Medienberichterstattung eng mit der Person des Kanzlers verbunden und wurde bald als dessen »Lieblingsobjekt« behandelt.« A. ZIPFEL, Die Macher, 2005, S. 293.

<sup>267</sup> Siehe: I. FLAGGE / W.-J. STOCK, Architektur und Demokratie, 1992 (zur Eröffnung des Bonner Plenarsaals); H. WEFING, Dem Deutschen Volke, 1999 (zum Einzug des Bundestages in das umgebaute Reichstagsgebäude in Berlin); DEMOKRATIE ALS BAUHERR, 2000 (Sammelband zu Um- und Neubauten für Parlaments- und Regierungsbauten in Berlin) sowie diesen regelmäßig aktuell fortsetzende Bände.

<sup>268</sup> Das Buchprojekt betreffende Anfragen an das Bundesarchiv, das Archiv der sozialen Demokratie und an das Privatarchiv Helmut Schmidt wurden sämtlich negativ beantwortet, sodass keine Informationen zur Planung und Redaktion des Buches ausgewertet werden konnten. Der Goldmann Verlag hat keinen Zugriff auf Akten aus dieser Zeit und teilte lediglich mit, dass der im Impressum genannte »Projektleiter«

Letzteres könnte auf eine Bekanntschaft zwischen Helmut Schmidt und Hubert Burda zurückgeführt werden. Im Buch ist auch ein Interview Burdas mit Schmidt abgedruckt. Astrid Zipfel berichtet, dass das Buch einer Initiative von Helmut Schmidts Redenschreiber Rolf Breitenstein zu verdanken ist.<sup>269</sup> Tatsächlich wurde sein Name im Impressum unter dem Stichwort »Idee« vermerkt. Unter »Realisation«, also vermutlich redaktionell verantwortlich, werden hier Erich Milleker und Ortwin Bohmhammel genannt. Inhaltliche Verantwortung und Durchführung oblag demnach diesen Mitarbeitern Schmidts im Kanzleramt, sodass eine Herausgeberschaft des Kanzleramtes, vertreten durch den Amtschef, nahegelegen hätte. Hierzu wurde jedoch offenbar Distanz gesucht. Vermutlich ist der Grund dafür, dass im Buch die Persönlichkeit Schmidt vor die Amtsrolle des Kanzlers tritt. Zipfel identifizierte den Band passend zu diesem Eindruck als ein »Public-Relations Instrument für den Kanzler«, das im Zusammenhang mit dem anstehenden Bundestagswahlkampf dessen »Macher-Image« durch Schöngestigkeit und Kunstinteresse ergänzen sollte.<sup>270</sup> Der Umzug in den Neubau des Kanzleramtes war Zipfel zufolge der Zeitpunkt, zu dem die Imagekampagne seiner Berater gestartet wurde. Schmidt habe sich darauf eingelassen, weil er persönlich dahinter stehen konnte. Ein Beitrag im Band »Kunst im Kanzleramt« spricht dieses Thema unmittelbar an:

»Schmidts unverhohlene Neugier an jenem Abend (...) beweist, daß sein Interesse für moderne Kunst nicht vorgeschützt ist, wie das heutzutage bei manchem Politiker, der ›up to date‹ sein will, der Fall ist. Der Kanzler: ›Ich weiß, ihr glaubt von mir, das ist nur ein Macher. Da steckt man oben was rein und unten kommt das Gewünschte raus. Ein bißchen mehr ist schon vorhanden.«<sup>271</sup>

Allerdings erschien das Buch »Kunst im Kanzleramt« erst nach Schmidts vorzeitigem Amtszeitende im Oktober 1982 und konnte seinen eigentlichen Zweck demnach nicht erfüllen.<sup>272</sup>

Bezogen auf den angestrebten Imagewechsel ist ein Blick in den acht Jahre zuvor erschienenen Bildband »Helmut Schmidt Bundeskanzler« aufschlussreich.<sup>273</sup> Darin präsentiert sich Schmidt zu Beginn seiner Kanzlerschaft jugendlich und hanseatisch, freizeithlich mit Elbseglermütze auf dem Kopf oder bei der Arbeit mit Aktenbergen auf dem Schreibtisch. Hervorgehoben werden seine Managerqualitäten, die er als Innensenator bei der Hamburger Sturmflut 1962 bewiesen hatte. Als Persönlichkeit wirkt er unnahbarer als in der Publikation von 1982.

Ganz zu Beginn präsentiert das neue Buch »Kunst im Kanzleramt« eine großformatige Fotografie von Schmidt, arbeitend am Schreibtisch in seinem neuen Arbeitszimmer im Kanzleramtsneubau, hinter ihm an der Wand ein Porträt August Bebels aus seinem Pri-

---

Peter Sturm als Verlagshersteller bei Goldmann tätig war. Der Burda Verlag – angefragt, da auf der Buchrückseite das Logo der Zeitschrift »Bunte« prangt – gab keine Rückmeldung.

<sup>269</sup> Vgl. A. ZIPFEL, *Die Macher*, 2005, S. 295.

<sup>270</sup> Vgl. ebd.

<sup>271</sup> M. GRAF VON NAYHAUSS, *Vor moderner Kunst*, 1982, S. 106.

<sup>272</sup> Vgl. B. Gomm: Bildband über Verbindung von Kunst und Politik. Hommage an alten Kanzler Helmut Schmidt. Gedrucktes inzwischen schon überholt, in: *Bonner Rundschau*, 30.12.1982.

<sup>273</sup> U. BLANK/J. DARCHINGER, *Helmut Schmidt Bundeskanzler*, 1974.

vatbesitz, wie die Bildunterschrift informiert (Abb. 110). Die Komposition greift die klassische Kanzlerikonografie seit Reichskanzler Bismarck und Konrad Adenauer auf: Dieser Typus des am Schreibtisch ins Aktenstudium vertieft oder mit Mitarbeitern sprechende, zum Wohle des Volkes arbeitende Kanzlers (vgl. auch Abb. 94) jedoch wird nur ein einziges Mal zu Beginn des Buches in dieser traditionellen Form gezeigt. Sodann betritt er einen neuen Kontext, nämlich den der Kunst.

Das Titelschlagwort »Kunst im Kanzleramt« erläutert Astrid Zipfel als zwischen persönlichem und staatsmännischem Interesse von Helmut Schmidt changierend. Es handele sich

»um einen Terminus, der sich im Laufe von Schmidts Amtszeit zu einem vielgebrauchten Label und einer regelrechten Markenbezeichnung für das Engagement des Regierungschefs auf diesem Gebiet entwickelt hatte. Schmidt selbst gebrauchte die Formel gerne und häufig. Der Begriff bzw. das gesamte Projekt ›Kunst im Kanzleramt‹ eignete sich in idealer Weise dafür, in der öffentlichen Wahrnehmung das persönliche Interesse des Kanzlers mit staatspolitischen und -repräsentativen Überlegungen zu verknüpfen. [...] Auf diese Weise vermied Schmidt den Eindruck des Dilettanten, der eine Liebhaberei pflegt, und kultivierte statt dessen das Image des kulturell bewanderten Staatsmannes, der das Interesse der Nation stets im Auge behält.«<sup>274</sup>

Das Buch »Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste« bringt Kunstwerke und das Phänomen leidenschaftlichen Umgangs mit Kunst durch den Kanzler mit der Architektur des Neubaus in einen Zusammenhang, was der für diese Untersuchung zwingende Aspekt ist. Dies wird noch durch die Tatsache unterstützt, dass die Imagekampagne für Schmidt dessen Kunstengagement anlässlich des Einzuges in den Kanzleramtsneubau sichtbar machen konnte.<sup>275</sup> Im Aufbau unterscheidet sich das Buch deutlich von Kunst- und Architekturbänden, wie sie seit den 1990er Jahren von Regierung und Parlament herausgegeben werden. Denn die inhaltliche Klammer aller darin versammelten Beiträge zu Kunst im Neubau und Kulturpolitik im Allgemeinen ist stets die Persönlichkeit Schmidt, die als Initiator dieser Ausstattungen und Vorhaben charakterisiert und profiliert wird.

Kompiliert werden Texte von Schmidt und zahlreiche Beiträge aus fremder Feder, so dass Schmidt entweder schreibend oder als Thema der übrigen Beiträge nahezu auf jeder Seite präsent ist. Dieser Eindruck wird durch unzählige Fotografien von Schmidt verstärkt. Bei den Buchtexten handelt es sich größtenteils um Wiederabdrucke von Interviews zu Kunst- und Kulturfragen und Redemanuskripte von Ansprachen anlässlich von Ausstellungseröffnungen im Kanzleramt. Hinzu treten ausgewählte Wiederabdrucke von Zeitungsartikeln, die Schmidts Kunstbemühungen zum Thema haben und dem Buch zu einem Inhaltsverzeichnis verhelfen, das den Eindruck zahlreicher Beiträger macht. Kunstberater Gerhard Bott wird mit zwei Texten zu Henry Moore abgedruckt, einen Reigen weiterer Museumsdirektoren eröffnend, die mit wiederabgedruckten Beiträgen anlässlich von Ausstellungseröffnungen im Kanzleramt den Weg ins Buch fanden: Eberhard Roters,

<sup>274</sup> A. ZIPFEL, *Die Macher*, 2005, S. 295.

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 292.



Abb. 110 Helmut Schmidt am Schreibtisch in seinem neuen Arbeitszimmer, hinter ihm ein Porträt August Bebels von Georges Tronnier.

Gerhard Gerkens, Werner Spies, Dirk Stemmler und Martin Urban. Einige wenige neu verfasste Informationstexte zum kulturellen Leben im Kanzleramt steuerten Amtsangehörige bei, etwa Erich Milleker, Jürgen Winkel und Ortwin Bohmhammel.

Thema aller Beiträge sind Helmut Schmidts Verhältnis zur Kunst und die daraus resultierenden Initiativen des Kanzlers. In seinen eigenen Textbeiträgen zu Beginn des Bandes begründet Schmidt selbst sein Kunstinteresse aus der eigenen Biografie heraus. Er berichtet, wie er als Arbeitersohn dank der Förderung in der Lichtwark-Schule in Hamburg früh mit den Künsten in Berührung kam und wie ihn diese Eindrücke prägten. Auch die Liebe zu den Expressionisten entstand in seiner Jugendzeit. Dass die Nationalsozialisten diese Kunstrichtung ablehnten, habe ihm diese Ideologie bereits damals fragwürdig erscheinen lassen. Weiter hinten im Buch ist ein kurzer Text aus der »Welt« wiederabgedruckt, der die entsprechende spontane Äußerung des 19-jährigen Schmidt mit dessen Rauswurf aus der Hitlerjugend verknüpft: Anlässlich der Münchner Ausstellung »Entartete Kunst« soll Schmidt gesagt haben: »Wenn die so etwas verbieten, dann stimmt etwas an der ganzen Richtung nicht.« Daraufhin sei er aus der nationalsozialistischen Jugendorganisation ausgeschlossen worden.<sup>276</sup> In einem als »Liebeserklärung an Worpswede« übertitelten Beitrag berichtet Schmidt von seiner Begeisterung für die Worpsweder Künstlerkolonie. Was er schildert, ist nicht weniger als ein künstlerisches Initiationserlebnis. Seit Jugendjahren

<sup>276</sup> M. GRAF VON NAYHAUSS, Vor moderner Kunst, 1982, S. 106.

verbinde er alle Kunst mit Worpsswede. An anderer Stelle äußerte er sich später durchaus bedauernd, dass er durch den Politikerberuf seine künstlerischen und intellektuellen Neigungen nicht ausbilden konnte. Krieg und Nachkriegszeit hatten es verhindert. Seine Begeisterung für das Künstlerische blieb.<sup>277</sup> Dieses Bekenntnis weist den bis dahin in der Öffentlichkeit als ebenso tatkräftig wie aktenfressenden Politiker als Persönlichkeit mit vielfältigen Interessen und Begabungen aus.

In einem im Buch abgedruckten Interview zitiert Schmidt schließlich sogar Rainer Maria Rilke, der mit der Worpssweder Künstlerin Clara Westhoff verheiratet war. Dass zu guter Letzt auch noch ein Text des aufgerufenen romantischen Dichters im Buch abgedruckt wird, verdeutlicht zweierlei: Zum einen folgt »Kunst im Kanzleramt« in Aufbau und inhaltlicher Stoßrichtung unmittelbar und hierin völlig unkritisch Schmidts Kunstverständnis. Die relevanten künstlerischen und literarischen Einflüsse auf Schmidts Biografie wurden zur Maßgabe für die künstlerische Selbstdarstellung der Bundesrepublik im Kanzleramt gemacht. Zweitens rufen die Rilke-Schilderungen räumlich, zeitlich und geistig Welten weit abgerückt von der Bonner Verwaltungsarchitektur auf, sodass absichtlich ein starker Kontrast zu den baulichen Verhältnissen in Bonn erzeugt wird. Rilkes literarisch überformte Schilderung seines ersten Besuches in Worpsswede im Sommer 1898, den man in »Kunst im Kanzleramt« nachlesen kann, berichtet vom Entstehen dieser Landschaft während Jahrhunderten des Torfstiches zwischen Heide, Moor und Meer. Sie ruft eine melancholische Stimmung auf. Rilke porträtiert die hier lebenden einfachen Menschen, die durch Arbeitsmüh und Landschaft gebeugt und geprägt sind. Er liefert sogar Schilderungen der armseligen strohgedeckten Bauernhäuser, passend illustriert durch Otto Modersohns »Herbst im Moor«, auf dem solch ein Haus von Ferne zu sehen ist. »Sie haben sich die Bäume vors Gesicht gezogen, um sich vor den immerwährenden Winden zu schützen. Ihre Fenster blitzen durch das dichte Laub wie eifersüchtige Augen, die aus einer ruhigen Maske schauen.«<sup>278</sup> Eine solch personalisierende Textstruktur, die anheimelnde kleine Häuser anthropomorphisiert, unterstützt die subjektive Perspektive, den Regionalismus, das Kunstwollen des Verfassers sowie den Kontext harter bäuerlicher Arbeit und entbehrungsreichen Alltags. Alle diese Aspekte sind nachgerade das Gegenteil von dem durch Rationalismus, Normierung und industrielle Bauweise gekennzeichneten Kanzleramtsgebäude, das im Vergleich noch sachlicher und kälter wirkt. Schmidt und seinen Beratern ging es wohl darum, neben der rationalen Seite des Politikgeschäfts dieses sensibel-romantische Erleben als Teil seiner Persönlichkeit zu präsentieren.

Ein wichtiger Bestandteil des Bandes »Kunst im Kanzleramt« ist, dass die Expressionisten und Worpssweder, deren Werke Schmidt im Kanzleramt hängen ließ, in kleinen Biografien, Porträtfotografien oder -darstellungen und mit Reproduktionen ihrer Werke als Persönlichkeiten vorgestellt werden. Die Künstler werden dadurch in ihrer Individualität und Lebenssituation nahegebracht. Vergleichbar mit der Art und Weise, wie Schmidt die Künstlerpersönlichkeit Moore verehrte und ihr Gestaltungsspielraum ermöglichte – na-

<sup>277</sup> Vgl. H. SOELL, Helmut Schmidt, 2008, S. 803.

<sup>278</sup> KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 42.



türlich ist Moore im Buch ein ganzes Kapitel gewidmet, und der Künstler kommt darin sogar in kurzen Textbeiträgen selbst zu Wort –, vermittelt dieser personenbezogene Ansatz eine Nähe des Politikers zu den Künstlerpersönlichkeiten. Im Nebeneinander der künstlerischen Biografien des Kanzlers und seiner Künstler findet abermals eine Identifizierung und Verschmelzung statt.

Das Buch ist mit Bildmaterial in Schwarz-Weiß und durch zwei Farbtafelblöcke üppig illustriert. Neben Reproduktionen der im Amt gehängten Kunstwerke treten vor allem Fotografien von Schmidt: In Betrachtung von Kunstwerken versunken, bei Eröffnung einer Ausstellung, am Klavier, mit Gästen im Amt, im Gespräch mit Künstlern, wiederholt auch in deren Ateliers. Ergänzt wird diese Ein-Mann-Show durch Aufnahmen des alltäglichen Sitzungsbetriebs des Kabinetts mit den Werken der Expressionisten an den Wänden im Hintergrund.

Neben die Textbeiträge Schmidts treten, wie bereits angesprochen, ausgewählte Texte von Fremdautoren, welche die Stoßrichtung der Publikation verstärken. Nicht nur Schmidt äußert im einleitenden Text Unbehagen am Neubau und wiederholt den unvermeidlichen Sparkassen-Vergleich, sondern der Band bezieht durch Wiederabdruck äußerst kritischer Presstexte, etwa denen von Doris Schmidt, deren Kritik an der Architektur mit ein. In ihren Texten werden explizit die Mängel an der Architektur noch einmal benannt, etwa Nüchternheit, Langeweile und Fehlgestaltungen. Dadurch erscheint das Urteil über den Neubau objektiviert. Ebenfalls ein Wiederabdruck ist Eberhard Schulz' Bericht über den ersten Hängungstermin mit Schmidt und Reidemeister, und eigens für die Buchpublikation wurde Doris Schmidt um einen exklusiven weiteren Beitrag gebeten, einen erneuten Rundgang durch Haus und Park. Sie schilderte sechs Jahre nach ihrer ersten Besichtigung, wie die Mitarbeiter im Amt bereits wie selbstverständlich mit den Kunstwerken leben. Nicht nur dienten sie ihnen zur Orientierung in den zuvor so kargen, langen Fluren; keiner der Amtsbediensteten wolle sie mehr missen, und manche folgten gar dem Beispiel der Amtsspitze und versuchten, auch für das eigene Büro Kunstwerke zu erhalten. »Eine Wirkung der Kunst ins private Leben des einzelnen kann kaum ausbleiben; das Interesse für Kunst wächst.«<sup>279</sup> Ihr Fazit lautet, dass Schmidts Kunstinitiative fruchtete: »Wer hätte das vor zehn Jahren angesichts des leeren Hauses erwarten können!«<sup>280</sup>

Die primäre Darstellungsabsicht des Bandes wird so deutlich. Es geht darum, das Gelingen von Schmidts Kunstkampagne zu propagieren. Dabei wird der Kanzleramtsneubau als das hässliche, problematische Objekt indirekt zum Thema gemacht, vor dem sich Schmidts Kunstinitiative umso erfolgreicher ausnimmt. Die Imagekampagne für Schmidt bedarf des Bauernopfers einer als defizitär gebrandmarkten Architektur, damit die Verbesserung erkennbar wird und Schmidt sich profilieren kann.

Im Zusammenspiel mit der Stoßrichtung der Texte im Buch sind schließlich auch einige großformatige, qualitativ aus der großen Anzahl der Fotografien herausstechende Schwarz-Weiß-Aufnahmen aufschlussreich. Denn sie zeigen die Architektur in kritischer

<sup>279</sup> D. SCHMIDT, Gang durchs Kanzleramt, 1982, S. 80.

<sup>280</sup> Ebd.



Abb. 111 Wilfried Bauer: Helmut Schmidt blickt vom ersten Obergeschoss durch die Lamellen auf den Vorplatz des Kanzleramtsneubaus mit den »Large Two Forms«. Aufnahme zwischen 1979 und 1982.

Intention. Bevor der Fotograf vorgestellt wird, sollen seine Bilder genau betrachtet sein – als eigenständiger Beitrag. Die Bilder finden sich gleichmäßig im ganzen Buch verteilt.

Eine sich über eine Doppelseite ziehende Fotografie bringt gleich zu Beginn des Buches Architektur, Kanzlerkörper und Kunst in ein geradezu paradigmatisches Bild, in welchem die Gegensätzlichkeiten von Architektur- und Kunstkonzept aufeinandertreffen (Abb. 111). Dabei kommt Schmidt die aktive Vermittlerrolle zu. Das Bild wurde im Foyer oberhalb des Kanzlereingangs aufgenommen und zeigt den Blick durch die Fensterfront auf den Vorplatz, wo die »Large Two Forms« zu erkennen sind. Die Bildfläche wird durch die rechteckigen Fensterfelder rechtwinklig gegliedert. Die strenge Aufteilung setzt sich über die gesamte Bildfläche fort, da Sonnenlicht durch die senkrechten Sonnenschutzlamellen einfällt und diese als Schattewurf im 45-Grad-Winkel auf den Teppichboden verlängert. Schmidt steht als Rückenfigur vor den Fenstern und schiebt mit den Händen die Lamellen vor sich auseinander, um rausblicken zu können. Um seine Körpersilhouette herum öffnen sich daher die Lamellen und bilden eine Rautenform. Obwohl Kanzlerkörper und Kunstobjekt in zwei verschiedenen Fensterfeldern erscheinen und zudem durch die Glasscheibe getrennt sind, wirken Innen- und Außenraum miteinander verbunden. Denn der Kanzler verschafft sich durch den beherrzten Griff in die Lamellen Durchblick und hebt die strenge gerasterte Grenze teilweise auf. Er braucht in dem rechteckigen Bürokratenkasten Licht und Luft zum Atmen, öffnet den bornierten Blick durch Körpereinsatz, erfrischt sich rekreativ an der anthropomorphen und naturverbundenen Kunstform, die im Innern seines Bürokäfigs – die Lamellen als Gitterstäbe gedeutet – so sehr fehlen. Auf dieses Fehlen deutet auch die Zimmerpflanze rechts im Bild hin. Ihre urwüchsig-vegetative Kraft hat sie in dieser Umgebung bereits eingebüßt, wie die an die Richtung der Lamellen angepasst senkrecht herabhängenden Blätter anzeigen. Im Bild dargestellt ist die Emanzipa-

tion des Kanzlers von der ihn umgebenden Kleinkariertheit der Rasterarchitektur und den damit assoziierten begrenzten Denkweisen. In solchen Bildern kontrastieren Kunst und Natur – als die vitalen Elemente – mit dem sachlichen Neubau. Damit fügt die Kunst dem Neubau einen fehlenden Aspekt hinzu; nie wird die Kunst unabhängig von dieser Mission wahrgenommen, die sie am Neubau zu erfüllen hat.

Die Fotografie hat eine zweite Aufnahme zum Pendant, die jedoch erst auf Seite 181 abgedruckt ist (Abb. 112). Das seitenfüllende Hochformat dreht die Blickrichtung um und wiederholt das Thema des Fensterblicks, hier mit Tüllgardine anstatt mit Lamellen. Es ist vom ehemaligen Kanzlerarbeitszimmer im Palais Schaumburg aus aufgenommen. Der Fotograf hat die Gardinen beiseite geschoben und das geteilte Sprossenfenster geöffnet. Im Gegenlicht erscheinen die Bildränder mit eigentlich weißen Gardinen ebenso wie die Fensterrahmung dunkel, fast schwarz. Der Neubau liegt als schwarzer Riegel ausschnitthaft etwa mittig im Bildraum. Er schneidet durch den sanft gehügelten Rasen und beendet abrupt einen geschwungenen Parkweg, der vom Palais zum Neubau führt. Darüber sind ein wolkig-dunstiger Himmel sowie, durch Nebel vergraut, die oberen Stockwerke des Abgeordnetenhauses zu sehen, die den Kanzleramtsneubau wie ein Aufbau überragen. Die Tristesse des Ausblicks lässt Sentimentalität für die historische Bausubstanz und die mit ihr verbundenen Traditionen entstehen. Denn aufgerufen ist mit diesem Fensterblick auch das bekannte fotografische Porträt von Bundeskanzler Konrad Adenauer an diesem Fenster, aufgenommen von Gerhard Gronefeld (Abb. 113).

In einer Text-Bild-Kombination schreibt eine ebenfalls doppelseitige Fotografie der Architektur die undankbare Rolle des zu lösenden Problems zu: Der Bau ist die »Herausforderung«, so ist das großformatige Bild übertitelt (Abb. 114). Diese Aufmacherseite folgt dem einführenden Text von Helmut Schmidt und dem Bild des arbeitenden Kanzlers am Schreibtisch (siehe Abb. 110). Das Foto präsentiert die Architektur des Amtes als die schwierige vorgefundene Situation, die Schmidt und seine Mitarbeiter beim Einzug ins Amt vorfanden und mit der sie umgehen mussten. Die Bilddramaturgie des Buches »Kunst im Kanzleramt« entspricht der bereits ausführlich analysierten Erzählung von der Aufstellung der Moore-Plastik dahingehend, dass die Ausgangssituation als besonders hoffnungslos und schwierig dargestellt wird, um das Ergebnis umso strahlender erscheinen zu lassen. Im Foto ist mit erstaunlichem Weitwinkel eine Flurkreuzung im Verwaltungsbau eingefangen worden. Die Stelle lässt sich nicht konkret bestimmen, da mehrere Ecken auf beiden Verwaltungsetagen so aussehen könnten. Die Orientierung wird vor allem dadurch verunmöglicht, dass kein Fenster Ausblick nach draußen gewährt. Die weiße Zylindertöpfchendecke oben und der helle einfarbige Teppichboden unten rahmen die Fluchtlinien. Endlos lange Flure verlaufen nach links und rechts entlang glatter Holztäfelungen, bis sie sich an den Bildrändern in weiße Lichtpunkte auflösen. Das Ende dieser Tunnelflure ist tatsächlich nicht erkennbar, ist verschwommenes grobkörniges Weiß. Die fensterlose Flursituation erzwingt Kunstlicht, das in der Fotografie in rhythmischen Abständen von der Neonbeleuchtung an der Decke kommend helle Streifen auf den Teppichboden setzt, in der linken Bildhälfte ergänzt durch Tageslichtstreifen, die durch geöffnete Bürotüren auf Teppich und Wandpaneele fallen. In bei-



Abb. 112 Wilfried Bauer: Blick aus dem ehemaligen Kanzlerarbeitszimmer im Palais Schaumburg. Im Park sichtbar der Neubau des Kanzleramts. Aufnahme zwischen 1979 und 1982.

den Fluren sind in weiter Ferne und daher grobkörnig und unscharf kleine menschliche Silhouetten sichtbar, die auf die Kamera zugehen. Es ist anzunehmen, dass sie als Statisten vom Fotografen postiert wurden, da sonst die Größenverhältnisse nicht deutlich würden. In dieser klaustrophobischen Situation am Kreuzungspunkt, an dem der Betrachter sich entscheiden müsste, den einen oder anderen Flur zu wählen – doch beide erscheinen identisch, wie in einem Labyrinth verspricht keiner mehr als der andere, zum Ausweg zu führen –, stellen die weit entfernten Statisten zusätzlich die Verlorenheit des Bildbetrachters heraus, der sich in den Standpunkt des Fotografen zum Zeitpunkt der Aufnahme hineinversetzt. So wandert seine Aufmerksamkeit zu der Glastür, die in der rechten Bildhälfte halb überschritten in der Wandvertäfelung erkennbar ist. Dahinter liegt ein Treppenhaus. Es muss sehr hell erleuchtet sein, so strahlend reflektiert die weiße Wand hinter der Scheibe. Tatsächlich ist dies ein Ausweg, wie man an dem dezenten transparenten, von der Decke hängenden Schild abliest, das erst jetzt ins Auge fällt: Ein Pfeil zur Tür, eine rennende Figur, die vor Flammen flieht. Auch auf einer symbolischen Ebene kündigt diese Fotografie vom Notausgang, den Helmut Schmidt und seine Kunstberater fanden, als die Monotonie des Verwaltungsbaus bei ihnen Fluchtreflexe ausgelöst hatten.

Auf einer weiteren Doppelseite folgt gewissermaßen der Gegenschuss zu diesem Korridor-Bild: Die Außenansicht des Gebäudes, jenseits des Amtsgeländes, rückt den übermannshohen Sicherheitszaun an der Adenauerallee ins Bild, passenderweise den Text

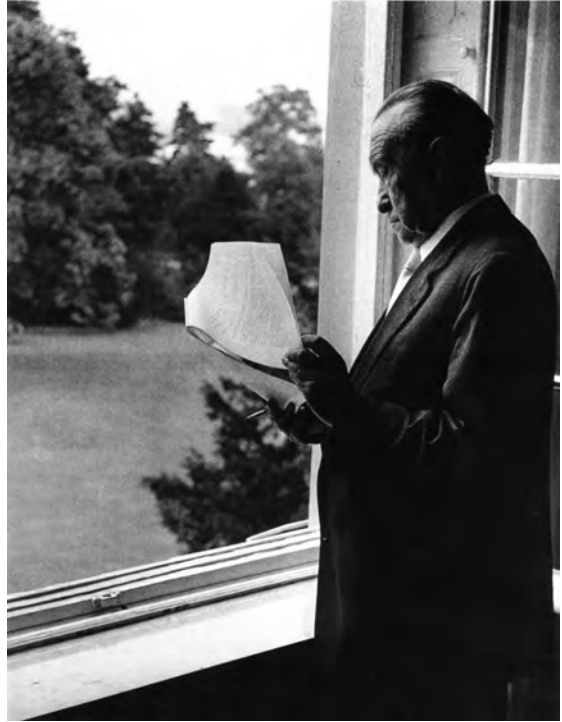


Abb. 113 Gerhard Gronefeld: Konrad Adenauer lesend am Fenster desselben Arbeitszimmers im Palais Schaumburg.

»Ein Käfig für große Tiere« illustrierend (siehe Abb. 2). Hinsichtlich der Fluchtung vergleichbar mit dem Korridor-Bild arbeitete der Fotograf erneut mit der über hundert Meter langen gleichförmigen Ausdehnung der Architektur. Die schmalen, doppelreihigen Rippen des Zaunes erscheinen fast undurchsichtig. Der Zaun nimmt gut vier Fünftel der Bildfläche ein. Dahinter erscheint, optisch weit entfernt, der niedrige Gebäudekomplex mit seinen gegeneinander versetzten Bauteilen. Nicht nur durch den Zaun ist er unerreikbaar: Zusätzlich betonen die Pflanzkübel auf dem nicht sichtbaren abgepflanzten Dach der BGS-Unterkunft den dahinter liegenden Versprung des Geländes. Der weite Abstand zur Straße, das Gitter und vor allem der tiefe Graben zwischen Straßenniveau und Baugelände lassen an Gräben in Raubtiergehegen denken, welche gefährliche Tiere am Überspringen des Zaunes hindern sollen. Sonnige Lichtspiele im Bildvordergrund auf den Zaunelementen sowie auf Teilen der Hausfassaden kontrastieren mit dem schwarzen Blattwerk der hohen Bäume an der Adenauerallee. Die martialischen Spitzen des Zaunes werden durch dieses Licht klar herausgearbeitet und bilden das heimliche Bildmotiv der Fotografie: Der Einlass erscheint Unbefugten hier ebenso so drastisch verwehrt, wie das Innere des Gebäudes auf dem Bild zuvor den Fotografen nach dem Notausgang Ausschau halten ließ.

Die vorgestellten und in der Reihenfolge ihres Erscheinens im Buch besprochenen Fotografien hat der Hamburger Reportage-Fotograf Wilfried Bauer (1944–2005) gemacht, der eigens für das Buch »Kunst im Kanzleramt« dazu beauftragt worden sein



Abb. 114 Wilfried Bauer: Die »Herausforderung«. Eine Flurkreuzung im Abteilungsbau des Kanzleramtsneubaus.

muss.<sup>281</sup> Der gefragte Fotograf war, den erschütterten Nachrufen zufolge, die anlässlich seines Suizides erschienen, ein Ausnahmekünstler, Eigenbrödlerr und Außenseiter. Von 1969 bis 1975 war er beim »Zeit-Magazin« angestellt. Ab 1975 arbeitete er für »Geo«, »Stern« und internationale Magazine. Als seine berühmteste Reportage gilt eine »Meditation« über sehr alte Bäume, die 1980 in »Geo« erschien.<sup>282</sup> Ihn, einen Fotografen mit dem Blick für das Tiefgründige und Stimmungsvolle, beauftragte man damit, die ungeliebte Kanzleramtsarchitektur ins Bild zu bringen. Geschah dies aufgrund der Annahme, er würde das Naturferne und Triste in der Anlage denunzieren? Durch die im Buch verstreute Platzierung ist der Reportagecharakter seiner Bildserie so gut wie unkenntlich gemacht worden; kein einziger Texthinweis thematisiert seine Fotografien. Sie wurden unter das übrige illustrierende Material der Bundesbildstelle-Fotografen gestreut und sind einzig über den Bildnachweis am Ende des Buches identifizierbar. Doch aufgrund ihrer Ästhetik stechen sie doch hervor, nicht nur dank des in einigen Fällen gewährten großzügigen Formates. Sie zeichnen sich durch genaue Komposition, den einen aussagekräftigen Moment und eine gewisse Melancholie aus, die von Hell-Dunkel-Kontrasten und dem Spiel mit Abgeschlossenheit und Öffnung der Architekturräume erzeugt werden. Bauers Bilder vom Kanzleramt thematisieren die Verriegelung, Vergitterung und Na-

<sup>281</sup> Obwohl durch das Bundespresseamt eigene Fotografen für Fotoaufträge zur Verfügung standen, sind etwa 20 Aufnahmen Bauers im Bildnachweis ausgewiesen. Trotz fehlender Quellen zur Entstehungsgeschichte des Buches ist von Auftragsarbeiten im Zusammenhang mit dem Buchprojekt auszugehen, denn die Bilder sind an keinem anderen Ort veröffentlicht worden. Das Entstehungsdatum der Bildserie könnte der Tag der Übergabe von »Large Two Forms« im Jahr 1979 gewesen sein, da eine Fotografie Bauers Helmut Schmidt bei seiner Ansprache zu diesem Anlass vor der Plastik zeigt (S. 89).

<sup>282</sup> Später auch abgedruckt in: DEUTSCHLANDBILDER, 1985.

turferne der nüchternen Architektursprache. Das Kanzleramt erscheint kalt, monoton, feindlich und tot, hierin die Rede Schmidts von einer ermüdenden, uninspirierenden Architektur sekundierend. Der Fotoauftrag an Bauer ist als zusätzlicher künstlerischer Beitrag zu werten: So wie die Expressionisten und Moore-Plastik den Neubau aufwerten, adelt die Fotoserie, der die Macher des Buches leider nicht die Präsentation als geschlossene Bildstrecke gönnten, das Buch »Kunst im Kanzleramt« zu einer qualitativ hochwertigen Buchpublikation. Und gerade in diesen besten Fotografien des Buches wird die Architektur in der Rolle des Angeklagten präsentiert.

Vielsagend ist, was bei der inhaltlichen Konzeption des Buches ausgeklammert worden ist. Weder die Architekten noch die Konzeption des Neubaus ab 1969, weder das zuvor genutzte Palais Schaumburg noch der Wettbewerb »Bildende Kunst 1974« finden Erwähnung. Dadurch verschwinden sowohl der ursprüngliche Bauherr als auch die Urheber der Architektur aus dem Blickfeld. Das Haus wirkt anonym und wie von einer namenlosen Bürokratie erschaffen, als eine Art erlittener Schicksalsschlag. Aus der Planungs- und Bau-phase des Gebäudes gibt es auch keine Berichte, die mit den emotionalen Schilderungen Schmidts zur Aufstellung der Moore-Plastik annähernd vergleichbar wären.<sup>283</sup> Dies und die fehlende Dokumentation der Ursprungsidee für den Kanzleramtsneubau ließ all das in Vergessenheit geraten, was nicht die »Kunst im Kanzleramt« unter Helmut Schmidt betraf. Dieses Vakuum füllt zum einen die fast leibhaftige Präsenz der Künstler von Nolde bis Moore, die mit ihren Biografien und Werken im Buch detailliert dargestellt und mit farbigen Illustrationen versehen wurden. Zum anderen stellt der »Kunst im Kanzleramt«-Band geradezu einen Überfluss an informativen zeitgenössischen Text- und Bildmaterialien zu kulturpolitischen Initiativen von Helmut Schmidt zur Verfügung. Oftmals – und auch in dieser Arbeit – wurde durch die Forschung auf diese sehr informative Materialsammlung zurückgegriffen.<sup>284</sup>

Die Baugeschichte des Kanzleramtes von 1969 bis 1976 wird im Buch hingegen auf einer einzigen Seite und ohne Autorkennzeichnung knapp skizziert, ohne die Ursprungskonzeption anzusprechen.<sup>285</sup> Neben dem Kurztext wurden zwei Luftaufnahmen des Großkomplexes abgedruckt, aufgenommen von verschiedenen Stockwerken des Abgeordnetenhochhauses, vor dem sich bis zum Horizont erstreckenden Godesberger und Bonner

<sup>283</sup> Von Seiten der Bundesbaudirektion und des Kanzleramtes existieren lediglich die verpflichtenden Dokumentationen von Wettbewerbsergebnis und fertigem Neubau in der Zeitschrift »Die Bauverwaltung«. Diese Texte jedoch haben zum Zweck, Rechenschaft abzugeben über die Verwendung von Steuermitteln, sie berichten über die Chronologie der Verfahren, Konstruktionsmerkmale, Baumaterialien, Nutzflächenangaben und ähnliches, bleiben dabei sachlich und leidenschaftslos. Subjektive Einschätzungen flossen darin nicht ein.

<sup>284</sup> Ein rezentes Beispiel für die Verwendung des Buches als Grundlage für Aussagen zu Helmut Schmidts Kulturpolitik etc. ist das Kapitel »Kunst im Kanzleramt« in H. SOELL, Helmut Schmidt, 2008, S. 803–812. »Kunst im Kanzleramt« ist die wichtigste Grundlage für zahlreiche Publikationen bezüglich Schmidts Verhältnis zur Kunst. Dieses beschränkt sich nicht auf die Kunstausrüstung des Amtsgebäudes, sondern hinzu traten wechselnde Ausstellungen im Kanzleramt, Hausmusikabende im Palais Schaumburg, die Kanzlersommerfeste und Schmidts Engagement für eine Bundeskunsthalle in Bonn.

<sup>285</sup> Das neue Amt, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 20.

Häusermeer. Die räumliche Distanz zum Gebäude ist hier ebenso sprechend wie die nicht abgebildete Gebäudeansicht.

Da der Kanzleramtsbau im Innern der Allgemeinheit nicht zugänglich war, wirkte das Buch »Kunst im Kanzleramt« wie ein weiteres Substitut der Architektur. Befördernd auf das Verschwinden der Architektur hinter der Kunst dürfte gewirkt haben, dass Schmidts Vorstellungen, Urteile und sein Kunstverständnis in der Öffentlichkeit nicht diskutiert oder hinterfragt wurden. Architektur- und Kunstkritiker schlossen sich seinen Auffassungen fast ausnahmslos an, sodass das Verdikt einer zu Zwecken der Staatsrepräsentation ungeeigneten »Sparkasse« ebenso feststand wie die Ansicht, die Schmidt'sche Ergänzung mit Expressionisten sei in dieser Situation die rettende Idee gewesen.<sup>286</sup>

### 3.4 Zusammenfassung

»Mit Politik kann man keine Kunst machen, aber vielleicht kann man mit der Kunst ein Stück Politik machen.«<sup>287</sup> Dieser Satz von Helmut Schmidt verdeutlicht die Sphäre, welche er mittels Kunst ins Kanzleramt brachte und generell zur Repräsentation des Politischen in Bonn nachhaltig installierte. Während Horst Ehmke und Willy Brandt auf Sozialwissenschaftler als Berater gesetzt hatten, die sie als »Garanten für die Rationalität« benötigten,<sup>288</sup> umgab sich Schmidt demonstrativ mit intellektuellen Beratern wie Kunstexperten und Künstlern, Schriftstellern und Musikern. Damit etablierte er in dem organisationskybernetisch optimierten Bau, in den er als erster Kanzler 1976 einzog, eine dort ursprünglich gar nicht vorgesehene Form der Kommunikation, nämlich der von bürgerlicher Bildung, Schöngeistigkeit, intellektuellen Debatten und rekreativem Kunstgenuss. Kreative Schaffenskraft und künstlerischer Subjektivismus werden als Gegenpol zu einer rationalistisch-technokratischen Architekturkonzeption installiert. Schmidts persönliches, biografisch geprägtes Kunstverständnis fungierte dabei als Leitlinie; die Verschmelzung des Politischen mit der Kunst wurde durch die Kanzlerpersönlichkeit vermittelt. Schmidts Selbstdarstellung ist in der öffentlichen Sphäre bis heute fest mit dem Kanzleramtsneubau verknüpft. Eine Rezeptionsgeschichte des Hauses ohne seine künstlerische Überformung hat es daher nicht gegeben.

Die Kunstausrüstung bringt die Sphäre der Kunst in eine Architektur, die sich einer funktionalistischen Ideologie folgend gezielt vom Künstlerischen entfernt hatte. Ein Extremum der architekturhistorischen Sonderentwicklung der stark soziologisch geprägten Architektur der 1960er Jahre wurde so durch Helmut Schmidt korrigiert. »Man hatte für Räume und Schreibtische und Maschinen geplant. Kunst war nicht vorgesehen«, erinnerte sich Helmut Schmidt.<sup>289</sup> Einem streng rationalistischen System setzte er eine scheinbar nicht zielführende Kommunikation entgegen, im kybernetischen Verständnis reine »Stö-

<sup>286</sup> Einzig Manfred Sack zweifelte in seiner Baubesprechung Schmidts Urteilsvermögen bezüglich Architektur an. Vgl. M. SACK, *Balast*, 1979, S. 107.

<sup>287</sup> H. SCHMIDT, *Kunst im Kanzleramt*, 1982, S. 17.

<sup>288</sup> G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 787.

<sup>289</sup> H. SCHMIDT, *Kunst*, 1987, S. 305.



«die seines Erachtens jedoch für den Rahmen der Politik notwendig war. Hierin besteht die Kontrafaktur der Architektur, die in diesem Kapitel untersucht und dargestellt wurde. Sie fand nicht nur an der visuellen Oberfläche statt, um die sich Ehmke nicht gekümmert hatte und die daher unbesetzt geblieben war, sondern sie skizziert ein politisches Handeln, das sich an individueller zwischenmenschlicher Interaktion orientierte und dem Rationalismus der Planungseuphoriker Ehmke und Brandt eine Absage erteilte.

Die Planung des Kanzleramtsneubaus einerseits und seine Inbesitznahme durch den Nutzer andererseits wurden innerhalb zweier getrennter Diskurszusammenhänge wahrgenommen und bewertet. Helmut Schmidts Kampagne »Kunst im Kanzleramt« löste die Architektur aus ihrem einstigen Entstehungszusammenhang heraus und ließ dabei auch die ursprünglich prägenden Akteure aus dem Blickfeld verschwinden. Zugleich, so lautete eingangs die These, ist die Kunstkampagne von Helmut Schmidt auch ursächlich für die nahezu inexistente Rezeptionsgeschichte der Architektur außerhalb des Kontextes »Kunst im Kanzleramt«. Diese Annahme ist zu präzisieren.

Im Vergleich des ersten Kunstwettbewerbes von 1974 mit der Schmidt'schen Kunstkampagne verdeutlichten sich verschiedenartige Zielsetzungen. Während die erste Kunstausstattung der Architektur die Hauptrolle einräumte und der Kunst lediglich eine vermittelnde Funktion, vor allem im Außenraum, zuerkannte, verstand sich die zweite Kunstausstattung als Reparatur an der als gescheitert erklärten Architektur und kritisierte die Prinzipien, die dem ersten Kunstwettbewerb zugrunde gelegt worden waren. Schmidts »Kunst im Kanzleramt« hatte zudem von Beginn an eine eigenständige, von der Architektur unabhängige Kommunikationsfunktion. Sie war Gegenstand und Vehikel der Öffentlichkeitsarbeit des Kanzlers. Sie muss als erste PR-Kampagne sowohl zur Selbstdarstellung des Kanzlers als auch zum Thema Staatsrepräsentation erkannt werden, nachdem man sich um das Image des seit etwa 1973 ohne Fürsprecher verbliebenen Bauprojektes nicht gekümmert hatte. Das Thema der Selbstdarstellung des Bundes in seinen Bauten war noch nie breit diskutiert worden, bevor die Hauptstadtvereinbarungen von 1975 die Anwesenheit des Bundes in der Stadt Bonn für eine dauerhafte Präsenz geregelt hatten.

Die ausgewählten Kunstwerke erlangten in Fotografien und insbesondere in Form der Buchpublikation »Kunst im Kanzleramt« Prominenz. Im gleichen Kontext wurde der Architektur die undankbare Rolle der unglücklichen Ausgangssituation zugewiesen, der »Herausforderung« und schließlich des entschärften Problems. In gleichem Maße, wie die Farbigkeit und Lebendigkeit der Bilder gelobt wurde, wirkte die düstere Architekturform unattraktiv. Dies wurde zur wesentlichen rezeptionssteuernden Ausgangssituation für die Architektur.

Ablesbar und zugleich transportiert wurde diese Entwicklung insbesondere über Fotografien der Architektur, welche die unmittelbare Ansicht des Gebäudes, die wenige Bundesbürger selbst erlebt haben, mehr ersetzten denn vermittelten. Aus diesen Bildern fiel das Gebäude sozusagen hinten oder seitlich heraus, weil in den Bildvordergrund Kunst oder Abpflanzungen rückten. Nach der Eröffnung des Gebäudes 1976, der Umgestaltung des Vorplatzes 1979 sowie im Verlaufe der Nutzungszeit bis 1999 verliehen zahlreiche unvorteilhafte Aufnahmen vom Amtsgebäude zum einen der ablehnenden Sicht der Fotogra-

fen oder ihrer Auftraggeber Ausdruck, zum anderen beförderten sie dieses Geschmacksurteil weiter. Andere Fotografien sollten den Bau in möglichst gutem Licht erscheinen lassen. Dazu wurden jedoch Strategien angewandt, welche die Bildfläche zu großen Teilen mit dekorativen Substituten auffüllten, oft bunte Blumen, wenn nicht gar überfüllten, und die Architektur zur Nebendarstellerin im Hintergrund machten. Diese Bilder hinterlassen den Eindruck, dass ein »hässliches Entlein« mit bunten Kleidchen und Schmuck behangen porträtiert wurde.

Somit fand durchaus eine Architekturrezeption statt, aber sie war indirekt und vermittelt. Es verankerte sich keine Form oder charakteristische Ansicht im Bildgedächtnis der Bundesbürger, sondern die Architektur war insbesondere in der Kritik am Formlosen der Hauptstadt Bonn präsent. Das Buch »Kunst im Kanzleramt« etwa beschrieb und etablierte ausschließlich die Defizite und Mängel der Architektur in Wort und Bild. Hinzu gesellte sich die Ablehnung der als beliebig wahrgenommenen Verwaltungsarchitektur innerhalb der Erfahrungskontexte der »bauenden Bürokratie« und der »gemordeten Stadt«. Dieses stete Wühlen in der Wunde der unabgeschlossenen Selbstverständigung über Staatsrepräsentation in der Bundesrepublik ist mit dem Begriff »Architekturkritik« nicht beschreibbar. Die meisten Presseartikel, die sich mit dem Kanzleramt befassten, thematisierten nicht die Formensprache, sondern ein gefühltes Defizit, dem lange Zeit kein überzeugendes Alternativmodell entgegengestellt werden konnte.

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Die kunsthistorische Betrachtung hat sich aus historischer Distanz dem Kanzleramtsneubau mit Neugier und Offenheit genähert. Sie ist den zeitgenössischen Streitigkeiten um das Haus enthoben. Unvoreingenommen wurden Objekt, Akteure, Bau- und Rezeptionsgeschichte rekonstruiert und analysiert. Das politische Handlungskonzept Planung ist noch nie zuvor hinsichtlich seiner Fußabdrücke in der Baugeschichte ausgewertet worden, vielleicht weil es in Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte seit langem als ein gescheitertes Experiment angesehen wird, das die in es gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hat.<sup>1</sup> Das Kanzleramtsgebäude jedoch hat als Artefakt überdauert. Es ist Stahl, Glas und Beton gewordenes Zeugnis des ersten Experimentierens mit Staatsarchitektur in der westdeutschen Demokratie seit dem Beschluss zum Hauptstadtausbau von 1969.

Politische Planung lieferte sowohl die Rechtfertigung für einen Neubau als auch das leitende Konzept bei der Bauprogrammentwicklung. Der Bau sollte wie ein Werkzeug bestimmte Regierungspraktiken der Bundesverwaltung ermöglichen. Nur in diesem Licht betrachtet ist die Existenz dieses großdimensionierten und kostspieligen Bürogebäudes überhaupt nachvollziehbar.

Die Raumkonzeption wurde eins zu eins aus den Anforderungen der zu leistenden Verwaltungsarbeit entwickelt: Raumordnung folgt Informationsverarbeitung, Architektur und Raum wurden ihrer Dimension jenseits des Funktionalen vollständig entkleidet. Es gilt ganz furchtlos festzustellen, dass der Bauherr Fragen nach der visuellen Repräsentation des Politischen in der Architekturform hintenanstellte zu Gunsten einer Funktionsideologie.

Von der Planungsphase bis zum Wettbewerb wurden kybernetisch fundierte Modelle in gleich drei für den Kanzleramtsneubau prägenden Bereichen eingesetzt: (a) In der Regierungstechnik der politischen Planung, (b) in der Neustrukturierung des Kanzleramtes in seinen Aufgaben und Arbeitsabläufen, um politische Planung umsetzbar zu machen, sowie (c) in der Raumplanung für den Neubau, der als Hilfsmittel zur Umsetzung der angestrebten kybernetisch grundierten Regierungsreformen dienen sollte. Ursprünglich wurden dazu Grundrisse entsprechend der zeitgenössischen Großraumbüro-Mode vorgesehen. Demzufolge sollte aus der kybernetisch motivierten Neuregelung des politischen Verfahrensrahmens eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die sich in einer daran anpassungsfähigen flexiblen Architekturform niederschlägt. Im ersten Kapitel wurde verdeutlicht, dass sich das Bauprojekt als Prozess der Verräumlichung von politischen Handlungsformen beschreiben lässt, als Folge der Aufnahme bestimmter wissenschaftlicher Diskurse durch die Politik.

Die heutige Zugänglichkeit der Akten in den Archiven ermöglichte die Identifizierung der politischen und politikberatenden Akteure hinter dem Bauprojekt. So wurde aus der

---

<sup>1</sup> Diese Bewertung schon früh, etwa bei A. MURSWIECK, *Regierungsreform, 1975*. Vgl. auch G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 404.

Architektur, die bisher als Ausgeburt einer anonymen Bürokratie wahrgenommen wurde, wieder ein Werk mit Urhebern. Der durch Helmut Schmidt marginalisierte und selbst zum Thema des Kanzleramtsneubaus verschwiegene einstige politische Bauherr Horst Ehmke tritt so neben der ausführenden Bauherrin, der Bundesbaudirektion, wieder in Erscheinung.<sup>2</sup> Weiterer Miturheber des zugrunde liegenden Gedankengutes war das Quickborner Team, eine privatwirtschaftliche Unternehmensberatung und zugleich einflussreicher kybernetischer Thinktank in Norddeutschland. Die Quickborner Berater wurden durch den Auftrag von Kanzleramtschef Horst Ehmke erstmals beratend für die Politik tätig; sie beeinflussten das Raumprogramm für die Wettbewerbsausschreibung entscheidend. Auch für die Modernisierung der Arbeitsformen im Kanzleramt zeichneten die Quickborner verantwortlich. Sie entwickelten die Abteilungsorganisation und das dazu passende Raumprogramm in einem Arbeitsgang.

Baugeschichte und Bauanalyse offenbarten das Verhältnis von Raumform und Arbeitsform als das zentrale Thema des Kanzleramtsneubaus. Wie viel von dem in Zusammenarbeit mit dem Quickborner Team Geplanten ist schließlich, bei fehlender Durchsetzungskraft nach Ehmkes frühem Abgang aus dem Bundeskanzleramt, in der Architektur umgesetzt worden? Planänderungen betrafen das Herzstück des Projektes: Die Großraumbürogrundrisse und die dazu vorgesehene Teamarbeitsweise innerhalb einer neu zu ordnenden Abteilungsstruktur waren nicht durchsetzungsfähig. Die klassischen Abteilungen des Amtes bezogen stattdessen sogenannte vollflexible Büros, die teilweise oder vollständig in Großräume umgebaut werden können. Die von Ehmke erdachte Kanzleramtsmaschine als Herzkammer einer neuen Verwaltungsstruktur wurde weder baulich noch organisatorisch jemals Realität. Trotzdem spiegeln sich die vorbereitenden Planungen in der außerordentlichen Detailplanung, ja Detailversessenheit der Kommunikations- und Sicherheitstechnik, modernen Komforteinrichtungen für die Arbeitsplätze, effizienter Ver- und Entsorgung, funktionaler Zuordnung der Arbeitsbereiche und einer auf kurze Wege und rasche Bewegungsströme statt auf repräsentative Raumfolgen ausgerichteten Erschließung.

Auf die äußere Erscheinung der Architektur, die in der Vorbereitung des Wettbewerbes keine Rolle spielte, wurde auch nach Wegfallen des funktionalen und symbolischen Kernstücks des Bauprojektes keine erhöhte Aufmerksamkeit verwendet, sodass hier eine bedeutungsmäßige Leerstelle entstand. In die Geschichtsschreibung der Staatsarchitektur in Deutschland ging dieser »Fall« oder auch »Unfall« einer ihrem Anspruch nach wissenschaftlich entwickelten Regierungszentrale, die in der Ausführung dann doch nicht mehr war als höchster qualitativer und technischer Standard des zeitgenössischen Verwaltungsbaus, gar nicht erst ein.

Dieses Bürohaus-Kanzleramt erwies sich in der hier vorgelegten Rekonstruktion seiner Entstehungsgeschichte als dreifaches Monument: Es verweist auf einen gesellschaftli-

<sup>2</sup> Ingeborg Flagge wies auf die ursprünglich günstige Ausgangslage hin, dass der Kanzleramtsneubau mit Horst Ehmke über einen engagierten politischen Bauherrn verfügt hatte. Vgl. I. FLAGGE, Provisorium als Schicksal, 1992, S. 240.

chen und politischen Wandel, als sich Politik an der Schwelle von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ebenfalls veränderte, ebenso auf den Machtwechsel von 1969 und auf die deutsch-deutsche Teilung. Dass diese Zusammenhänge überhaupt vergessen sind und rekonstruiert werden mussten, hat mit der eingangs bemerkten »Ästhetik des Verschwindens« (Niklas Maak) zu tun: Wie kam es zu dieser baulich unauffälligen Ästhetik für die Regierungszentrale, und wie kam es zu der Nichtrezeption, die an verstellten Ansichten in Fotografien, nicht geleisteter architekturhistorischer Forschung und allgemeiner Unbekanntheit des Hauses erkennbar ist? Diese Leitfrage wurde über drei Stränge beantwortet:

(a) Die zurückhaltende Bürohaus-Ästhetik, die so wenig Aufmerksamkeit erzeugt, geht auf die Entscheidung einer Preisrichterjury von 1971 zurück. Sie befand den Bürobau als genau die richtige Form für ein Bonner Kanzleramt. Der Bauwettbewerb legitimierte diese Entscheidung jedoch kaum besser, als wenn die Bundesbaudirektion selbst zu diesem Ergebnis gekommen wäre. Die gewählte Ästhetik der Effizienz, die einem Modernisierungsversuch für Regierung und Verwaltung entsprang, hat zu keinem Zeitpunkt mehr als das funktionierende Gemeinwesen selbst repräsentiert, wie die Lektüre der von Helmut Quaritsch 1977 veröffentlichten Überlegungen zur Repräsentation des Staates in seinen Bauten zu erkennen erlaubt.<sup>3</sup> Das Regierungshandeln wird ebenso unauffällig ausgeführt wie die Architektur, was Maaks Formulierung andeutet. Die Architektur verschwand in der wie eine Maschine schnurrenden Verwaltungsalltäglichkeit. Zeitgenössisch wurde diese Auflösung von Machtgesten im reibungslosen Verwaltungshandeln als Ausdruck der Demokratisierung der Exekutive aufgefasst, welche sich den Regelungen des Gesetzgebers zu unterwerfen und damit rein ausführendes Organ zu sein hatte. Die Negation sichtbaren staatlichen Bauens und Handelns im Zentrum der Regierungsarbeit bedeutete nicht zuletzt einen Ausweg aus dem Dilemma, dass in der Bundesrepublik unter den historischen Ausläufern des NS-Staates nicht repräsentativ und während der deutschen Teilung auch nicht national gebaut werden sollte, obwohl bestimmte Bauten dringend benötigt wurden. Die gesellschaftlich stets mehrschichtige Rolle von Architektur als Repräsentationsform, Nutzobjekt und Wirtschaftsfaktor scheint hier auf.

(b) Rationalisierte Entscheidungsabläufe galten um 1969/70 als Garanten für Demokratisierung. Der »Anspruch an Flexibilität« der Grundrisse war eine »Reaktion auf prognostizierte gesellschaftliche Veränderungsprozesse«.<sup>4</sup> Mit dem abrupten Ende der Moden gerieten diese Themen in Vergessenheit. Ausgerechnet auf dem Höhepunkt von Planungseuphorie und systemtheoretisch grundiertem Politikverständnis 1969/70 fiel der Beschluss zu einem Kanzleramtsneubau und für einen eiligst auszuschreibenden Architekturwettbewerb. Doch schon vor Baubeginn im Jahr 1973 galten die Kybernetik und die mit ihr verbundenen Hoffnungen als gescheiterter Ansatz, ebenso wie die darauf basierenden Politikkonzepte. Während die nüchtern-funktionalen, rationalistisch geprägten Anteile des Verwaltungsbaus heute nicht mehr als zeitgenössisches demokratisierendes Bestreben verstanden werden, entwickelte sich das ebenfalls zu dieser Zeit aufkommende

<sup>3</sup> H. QUARITSCH, Selbstdarstellung, 1977.

<sup>4</sup> M. HECKER, Programmatische Aspekte, 2011, S. 55.

Thema Partizipation zum langfristigen Träger des Demokratisierungsthemas: Nach Abbruch des Planungsprogrammes, so Gabriele Metzler, verlagerte sich der Schwerpunkt des Demokratisierungsdiskurses von Rationalität auf Partizipation.<sup>5</sup> Diese Weiche war entscheidend für die weitere Entwicklung der Staatsarchitektur in der Bundesrepublik, worauf im Folgenden noch einzugehen ist.

(c) Die Kunstausrüstung des Kanzleramtsneubaus war Ergebnis einer zwischen 1975 und 1982 verfolgten Kampagne, die in der Buchpublikation »Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste« gipfelte. Es wurde hiermit eine Erzählung geschaffen, in der die Person Helmut Schmidt den Dreh- und Angelpunkt darstellte und mit der die undokumentiert gebliebene Planungs- und Baugeschichte vollständig ersetzt wurde. So maskiert die »Kontrafaktur durch Kunst« einerseits den Architektur-Unfall, konstruiert ihn zugleich jedoch erst. Das Thema »Kunst im Kanzleramt« wurde stark wahrgenommen und schob sich gewissermaßen vor das Gebäude, das selbst keine eigenständige Bedeutungsentwicklung erlebte. Die Administration Schmidt etablierte aktiv eine Sicht auf das Amt, welche unverändert auch die vier Amtszeiten seines Nachfolgers Helmut Kohl überdauerte und nach dem Hauptstadttumzug in der Erinnerung fixiert blieb. In gewisser Weise spiegelt der Umgang der Administration Schmidt mit dem Haus ebenso die Unsicherheit in der Staatsrepräsentation wie der Bauversuch selbst. Es ging vorgeblich darum, den düsteren Bau freundlicher zu gestalten, jedoch sollte die bildgewaltige Inszenierung zugleich die Planungsgeschichte vergessen machen und das als schwieriges Terrain identifizierte Thema »Staatsrepräsentation durch Bauen« vollständig durch das Thema »Staatsrepräsentation durch Kunst« ersetzen.

Die Kontrafaktur des Hauses durch Kunst skizzierte ein politisches Handeln, das orientiert an individueller zwischenmenschlicher Interaktion, dem Rationalismus der Planungseuphoriker Ehmke und Brandt eine Absage erteilte. Da Auffassungen und Ideen im politischen Bereich Gegenstand von Machtkämpfen sind, ist die Deutungshoheit über den Kanzleramtsneubau, die Helmut Schmidt als Kanzler an sich zog, auch ein Spiegel der Machtverhältnisse. Indem Schmidt die »rheinische Sparkasse« und damit die Architektur öffentlich der Lächerlichkeit preisgab, triumphierte er über seine Vorgänger im Kanzleramt – letzten Endes handelt es sich bei Schmidts Kritik an der Architektur auch um eine Machtgeste.

Der Coup von Kanzler Schmidt wurde im vierten Kapitel nicht nur in seiner Effizienz dargestellt, sondern erfuhr auch eine tiefgehende kunstwissenschaftliche Analyse. Mit ihm kehrten traditionelle Wechselbeziehungen von Kunst und Politik wieder zurück auf die Bühne der Politik in der Bundesrepublik, die grundlegend wurden für den bis heute fortgesetzten Kurs der Selbstdarstellung politischer Institutionen. Mit den expressionistischen Kunstwerken holte Schmidt die bildende Kunst dauerhaft in das Herz der Repräsentation der höchsten politischen Organe der Bundesrepublik und beanspruchte gerade diese Stilrichtung als Symbol des Freiheitlichen und Demokratischen. Sie verschaffte ihm und seinen Nachfolgern visuelle Repräsentation. Die Rolle des Kanzlers als Kunstpatron,

<sup>5</sup> Vgl. G. METZLER, *Konzeptionen*, 2005, S. 400.

die Schmidt so unnachahmlich gespielt hat, insbesondere neben dem Künstler Henry Moore, wurde auch von seinen Nachfolgern weiter getragen.

Die Vermittlung der Architektur in Fotografien und Texten erweiterte den Gegenstand der Analyse; Schmidts Kunstpolitik wird im Spiegel dieser Medien als Schminke- oder Maskierungsaktion des Prototyps eines hässlichen Bauwerkes erkennbar. Zugleich verunmöglichte sie von 1975 an, aber endgültig ab 1979, eine eigenständige Architekturrezeption, da die Architektur durch das Signet der Großplastik »Large Two Forms« von Henry Moore in der öffentlichen Wahrnehmung ausgetauscht wurde. Eine Architektur und ihre Vorgeschichte verschwanden hinter einer kunstpolitischen Volte, auch dies ein Baustein der »Ästhetik des Verschwindens«.

Der Kanzleramtsneubau entstand in einer Zeit, als noch keine Verständigung über gesellschaftlich akzeptierte Bauformen der Demokratie stattgefunden hatte. Im Jahr 1970 stellte der technisch hochgerüstete, auf reibungsloses Funktionieren und Kommunikationstechniken fokussierte Großbau einen Weg dar, diese Klippe durch den Verweis auf reibungslos-effizientes Arbeiten zu umschiffen und auf diese Weise überhaupt zum Bauen zu gelangen. Der nah an administrative Verfahrensweisen heranzoomende Fokus ersetzte eine Auseinandersetzung mit dem problematischen Erbe des monumentalen NS-Staatsbaus. Eine technisch-funktionale Symbolik bei gleichzeitig zurückhaltender Außenwirkung unterlief jeden Vorwurf von Monumentalität. Die Informationsmaschinerie ersetzte das bisherige räumlich inadäquate Improvisieren, war somit als unausweichlich notwendiger Bau legitimiert, auch in der Situation eines geteilten Deutschlands, und spiegelte dabei die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft ebenso wie die Modernisierungsanstrengungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die auf Prozesse der Arbeitsorganisation konzentrierte Leitidee des Baus ersetzte das, was sonst ein politisch-diplomatisches Protokoll steuert, nämlich eine hierarchisierte, abgesicherte Kommunikation mit politischer Repräsentationsfunktion, und verweist abstrakt auf ein explizit dienstleistungsorientiertes Amt mit Gemeinwohlorientierung.

Möglicherweise liefert die Rekontextualisierung des Kanzleramtsgebäudes mit seinem Entstehungszusammenhang in der Geschichte der Bonner Hauptstadtplanung auch Indizien dafür, dass das Bauprojekt und seine negative öffentliche Bewertung auf diesem schwierigen Terrain des Bauens nach dem »Dritten Reich« die entscheidende Wende katalysatorisch befördert haben könnte. Der Kanzleramtsneubau wäre dann, so die These, ein Meilenstein auf dem Weg der Auseinandersetzung mit Bauformen und der Frage nach der Repräsentation der Politik in der Gegenwart. Die Verwendung des zuvor tabuisierten Begriffs des Nationalen und seiner Repräsentation in Helmut Schmidts Ansprache zur Schlüsselübergabe – zumal im geteilten Deutschland – war vielleicht nur in dieser neuen, nüchternen und durch die Politiker selbst am heftigsten gescholtenen Behausung unverfänglich. Sie könnte das laute Nachdenken über die Selbstdarstellung der Politik in der Bundesrepublik Deutschland erst ermöglicht haben.

Zeitgleich wünschte sich nämlich eine breite Strömung der Öffentlichkeit seit Beginn der 1970er Jahre offenbar sehnsuchtsvoll eine Staatsrepräsentation durch Staatsbauten und vermisste sie in den Ausweichmanövern, wie der Kanzleramtsneubau eines darstellte.

In Bundeskanzler Schmidts Äußerungen anlässlich der Schlüsselübergabe ist die Auffassung formuliert, dass Staatsarchitektur als gestalterische wie gesellschaftliche Aufgabe darüber reflektieren möge, wie vermittels der Form und Materialität der Architektur »Durchsichtigkeit« zumindest visuell zu vermitteln sei. Architekturkritiker Paulhans Peters hatte zum gleichen Anlass ebenso »Transparenz« gefordert.<sup>6</sup> Sowohl bei den politisch Verantwortlichen als auch bei Architekturkritikern erregte der Bau Bestürzung, da er dunkel und trist wirkte und keine Aussagen zum demokratischen Leitbegriff »Partizipation« machte. Das Thema baulicher Transparenz verknüpfte sich später, vielleicht auch infolge der kritischen Auseinandersetzung mit dem Kanzleramtsneubau, mit dem Thema der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger an politischen Verfahren.

Welchen Einfluss genau der Kanzleramtsneubau auf die Diskussionen um das richtige Maß an Repräsentation der Politik hatte beziehungsweise welche anderen Faktoren hier wirksam waren, muss noch genauer untersucht werden. Dazu ließe sich als Arbeitshypothese formulieren: Aufgrund seines Stellenwertes als Regierungszentrale könnte gerade dieses Gebäude, das aus dem ersten Architekturwettbewerb der Bonner Republik hervorgegangen ist, auslösend gewirkt haben. Wie die detaillierte Rekonstruktion der Planungsphase in dieser Arbeit gezeigt hat, war keine wesentliche inhaltliche Auseinandersetzung um das Bauen in der Demokratie vorausgegangen, und dies erschien nun als ein Fehler.

Auch ohne eine solche vertiefende Untersuchung lässt sich vom Dargestellten ableiten, dass Forderungen aus der Zeit nach 1969, nämlich die nach Transparenz und Partizipation in der Politik, deutlich verzögert Niederschlag im Bauen gefunden haben.

Dieser Prozess nahm fast 20 Jahre in Anspruch: Mit dem gläsern-transparenten und postmodern-verspielt-heiteren Plenarsaalneubau von Günter Behnisch an Ort und Stelle des bisherigen Plenarsaals am Bonner Rheinufer (Martin Witte, 1930–33, umgebaut durch Hans Schwippert 1949) entstand die Formel, die eine Formen- und Materialsprache der zeitgenössischen Architektur mit Demokratiesymbolik verband. Der Bau, der 1992 eingeweiht wurde, geht auf die Wettbewerbsausschreibung für ein neues Parlamentsgebäude von 1972 zurück, sodass die Entstehungsgeschichte des Behnischbaus in die Zeit zurückreicht, in der auch der Kanzleramtswettbewerb, von Ehmke etwas vorgezogen, einen Reigen großer Bauwettbewerbe für die Hauptstadt Bonn eingeleitet hatte. Aus dem Wettbewerb für die Parlamentsbauten waren vier erste Preise gekürt worden, unter anderem auch ein Entwurf des Büros Behnisch&Partner. Von da an hatte sich der Architekt Behnisch an der Aufgabenstellung »Architektur für die Demokratie« abgearbeitet und das Thema in zahlreichen Aufsätzen und Vorträgen erörtert.<sup>7</sup> Im langwierigen Planungsprozess rieb er sich an dem schwierigen, wechselnden Mehrheiten unterliegenden Bauherrn, doch auch hier gab es politische Köpfe, die sich mit der Frage nach dem Bauen langfristig identifizierten und auseinandersetzten. Eine solche produktive Reibung zwischen Architekten und Bauherren hatte es beim Schnellschuss Kanzleramtsneubau nicht gegeben, dessen Archi-

<sup>6</sup> Vgl. P. PETERS, *Gestaltverzicht*, 1976.

<sup>7</sup> Vgl. u.a. H. KLOTZ, *Gespräche*, 1977; G. BEHNISCH, *Günter: Der Architekt*, 1989; G. BEHNISCH, *Bauen für die Demokratie*, 1992.



tekten zudem zuvor über mehrere Jahre direkt für und in der Bundesbauverwaltung gearbeitet und entsprechend wenig Distanz zu diesem Bauherrn hatten.

Nicht das Kanzleramt wurde somit zum Bezugsbau für die Architektur der Hauptstadt Bonn, sondern der erste improvisierte und der zweite vollkommene Parlamentsbau stehen für das Gelingen der zweiten deutschen Demokratie in Bonn. Angesichts dieses Befundes überrascht die Feststellung nicht: Das Bonner Bundeskanzleramt wirkte nicht traditionsbildend. Als in Berlin ein neues Bundeskanzleramt gebaut werden sollte, wirkte vielmehr das Behnischkonzept als Vorbild, da die architektonische Transparenz das entscheidende Mittel war, um Freiheitlichkeit, Zugänglichkeit, Offenheit und Kontrollierbarkeit der politischen Verfahren zu repräsentieren. Dahinter stand der Wunsch des politischen Bauherrn, der in den Jahrzehnten zuvor unter einem Fehlen einer visuellen Verankerung des Regierungszentrums gelitten zu haben scheint, ein sichtbares und demokratisymbolisch ausdeutbares Bauwerk zu errichten. Wie das Pendel einer großen Standuhr schwang die Ideengeschichte von einem unauffällig-funktionalen zu einem bewusst sichtbaren, ebenso funktionalen Großbau, dessen Funktionalität jedoch hinter den skulpturalen Formen einer verspielten, vierteiligen Fassade verschwindet (Abb. 115). Auch die Nähe zu den bildenden Künsten, die Bundeskanzler Schmidt in Bonn eingeführt hatte, wird an prominenten Stellen im Eingangsbereich des Berliner Kanzleramtes und auf allen Etagen fest in die Repräsentation des Politischen integriert.

Der Bonner Bau hatte funktional stets überzeugt und war in der politischen Bewertung zwar zum »Unfall« geworden, nie jedoch zum Skandal im Sinne einer unbrauchbaren Fehlplanung. »Das Bonner Kanzleramt war von seiner inneren Struktur her exzellent. Das Raumprogramm in Bezug auf Arbeitsabläufe im Bundeskanzleramt war sehr gelungen, genauso wie die Einbettung in die Parklandschaft«, äußerte sich Helmut Kohl gegenüber Heinrich Wefing.<sup>8</sup> Das Raumprogramm für Berlin wurde daher »eng am Bonner Vorbild entwickelt«.<sup>9</sup>

Die Architekten des Berliner Kanzleramtes, Axel Schultes und Charlotte Frank, bestätigten dies im Gespräch mit der Verfasserin. Der Bauherr habe das Raumprogramm des Bonner Baus direkt fortgeschrieben; die Fachberater von Bundeskanzler Helmut Kohl, Barbara Jakubeit und Gustav Peichl, sowie die Kanzleramtsmitarbeiter Pfeiffer, Theisen und Abteilungsleiter Roll hätten mehrere Rundgänge mit den Architekten durch das Bonner Kanzleramt unternommen und in Berlin vom Funktionalen her alles wie in Bonn haben wollen.<sup>10</sup> Gleichzeitig war es die Absicht der Berliner Architekten, den Politikern durch ihre Architektursprache »eine andere Gangart zu verpassen«.<sup>11</sup>

Die Erinnerungen der Architekten Schultes und Frank, welche mit dem Ersten Preis des Architekturwettbewerbs ausgezeichnet worden waren, an einen Bauherrn, der sich baulich eine Fortführung der Bonner Verhältnisse gewünscht habe, lassen sich auf der Ebene der Raum- und Funktionsprogramme weiter konkretisieren. Das Raumprogramm für die

<sup>8</sup> H. WEFING, *Kulisse*, 2001, S. 29, Anm. 31.

<sup>9</sup> Ebd., S. 30.

<sup>10</sup> Gespräch mit Axel Schultes und Charlotte Frank, 24. April 2011, Berlin.

<sup>11</sup> Axel Schultes im Gespräch, 24. April 2011, Berlin.



Abb. 115 Axel Schultes und Charlotte Frank: Bundeskanzleramt Berlin (1999–2001), Hauptfassade.

Wettbewerbsausschreibung des Berliner Neubaus wurde, wie man in den Ausschreibungsunterlagen nachlesen kann, von der Firma Assmann Beraten + Planen, Dortmund, ausgearbeitet. Dort war Peter Melching im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für den Umzug von Kanzleramt, Parlament und Ministerien nach Berlin insgesamt zwölf Jahre mit den Berliner Planungen befasst. Er erläuterte im Gespräch mit der Verfasserin die Abläufe.<sup>12</sup>

Um das Raumprogramm zu definieren, mussten funktionale Zusammenhänge definiert werden. Für das Kanzleramt konnten drei verschiedene Rahmenbedingungen zugrunde gelegt werden.

(a) Das RW Bau (Regelwerk Bau), eine für Bauten des Bundes gültige Verordnung, die in Tabellenform Bürogrößenobergrenzen festlegt, entsprechend der Hierarchie gestaffelt größer werdend.

(b) Zu diesem Anlass wurden neue Grundsätze in der »Studie Büro 2000« geschaffen, die vom Bundesbauministerium verantwortet wurde. Sie legte vom RW Bau abweichende Bürogrößen fest. Denn die vielen Angaben des RW Bau machen die Bauten unflexibel; Veränderungen der Organisationseinheiten lassen sich nicht ohne weiteres durch Umzüge im Haus lösen, wenn die Räume in zahlreichen Schritten unterschiedlich groß gestaffelt

<sup>12</sup> Im Folgenden Darstellung nach Peter Melching im Telefongespräch mit der Verfasserin am 3. Mai 2011.

werden. Die neue Verordnung führt dazu, dass es eine geringere Anzahl an Raumgrößen gab und also möglichst viele gleichgroße Räume geschaffen wurden.

(c) Ein dritter Bezugspunkt war die Bürostruktur des bestehenden Bundeskanzleramtes in Bonn. Grundlage zur Ermittlung des Raumbedarfs an Büroflächen war der aktuelle Stellenplan im Amt. Alle drei Sichtweisen (a) bis (c) wurden einander gegenübergestellt. Entschieden wurde dann unter Beteiligung des damaligen Kanzleramtschefs Pohl, dass die vorhandene Bürostruktur im Bonner Bundeskanzleramt dem Raumprogramm zugrunde gelegt wurde. Dies ergab mehr Fläche als bei (a) oder (b).

Um nach der Flächenermittlung in einem zweiten Schritt das Funktionsprogramm aufstellen zu können, waren das wichtigste Mittel Interviews mit den im Amt Tätigen. Bei den Organisationseinheiten wurde nachgefragt, was sie benötigen, um optimal zu funktionieren. Wo müssen kurze Wege bestehen? Welche Räumlichkeiten benötigen Nähe zum Gebäudeeingang? Werden getrennte Eingänge benötigt? Wo fließen die Hauptbewegungsströme durch das Gebäude? Was sind wichtige Sicherheitsaspekte? Nach Auswertung der Interviewergebnisse wurde das erste Mengengerüst umgearbeitet und es wurden Raumgruppen festgelegt, die im Berliner Neubau einander zugeordnet werden sollten. In den Interviews mit den Bonner Amtsmitarbeitern, so Melching, wurden Defizite des bestehenden Raumprogramms deutlich, weil sich Rahmenbedingungen verändert hatten. Man wollte künftig Besucher im Gebäude empfangen können. Im Bereich der Hauptwache wurden in Berlin daher Aufenthaltsräume benötigt zur Sammlung von Besuchergruppen. Sitzungsräume benötigen mehr Platz für Pressevertreter, sodass diese Räume größer wurden. Die Bildpresse benötigte einen eigenen Raum. Infolge zunehmender Internationalisierung wurden mehr Dolmetscherkabinen gewünscht und entsprechend mehr dazugehörige Technik- und Regieräume. In Bonn konstatierte man auch eine unzureichende Anzahl an Sitzungsräumen zum Rückzug von Kabinettsmitgliedern, die sich mit ihren Mitarbeitern besprechen wollen. Dieser Raumbereich für die Kabinettsarbeit wurde im Berliner Kanzleramt völlig neu geschaffen. Er ist gleichzeitig für protokollarische Zwecke nutzbar, etwa den Rückzug einer Delegation zur Besprechung.

Die Interviews stellten Melching zufolge also den wesentlichen Arbeitsschritt für die Planer dar, da allein die schematische Mengenbestimmung für Räume und Flächen nicht ausreichen. Für die Wettbewerbsausschreibung des Berliner Kanzleramts wurde so der Ablauf des protokollarischen Zeremoniells akribisch dargestellt. Die Organisationseinheit, die hierfür interviewt wurde, musste sich dabei in die Unterlagen des städtebaulichen Ideenwettbewerbes für Berlin hineindenken. Die Berliner Raumsituation unterscheidet sich diesbezüglich stark von der in Bonn. Während architektonisch und städtebaulich der Berliner Kanzleramtsneubau nicht an den Bonner Vorgänger erinnert, ist er doch in funktionaler Anlage und Flächenbedarfen keine Neuentwicklung, sondern eine aktualisierte Fortschreibung des Bonner Raumprogramms.

Melching beschrieb der Verfasserin die hier wiedergegebenen Arbeitsschritte zur Entwicklung des Raum- und Funktionsprogrammes als standardisiertes Verfahren, das auf bestehenden Regelwerken zur Büroamplanung der Bauten des Bundes basiert und in Zusammenarbeit mit den künftigen Nutzern an die besonderen Bedingungen der Bauauf-

gabe angepasst wird. Die experimentellen, ideologisch stark mit dem Modernisierungswillen der Zeit aufgeladenen Verfahren aus der Planungsphase des Bonner Bundeskanzleramtes um 1970 erscheinen in diesem Licht wie ein Urahn der gegenwärtig routinemäßig angewendeten Praxis. Informationen aus Interviews mit Nutzern – die in der Quickborner Terminologie als Feedback bezeichnet wurden – und gegebenenfalls sogenannte Mock-ups, also Modelle einzelner Büroeinheiten in Originalgröße, stellen heute geläufige Arbeitsverfahren dar. Insofern haben Projekte wie das Bonner Bundeskanzleramt und vergleichbare zeitgenössische Großbauten auf einer verfahrensmäßigen Seite ein tiefergehendes Erbe in den Planungsverfahren hinterlassen.

Die Firma Assmann entwickelte in einer sogenannten Arge zusammen mit weiteren Firmen die Berliner Funktionsprogramme sämtlicher Ministerienbauten. Eine der beteiligten Firmen war – das Quickborner Team.

## Abbildungsnachweis

### *Farbtafeln (S. 148–160)*

- Taf. 1 Foto: Josef Schulz © VG Bild-Kunst, Bonn 2015.  
Taf. 2 Foto: Heinrich Klotz, Bildarchiv Foto Marburg.  
Taf. 3 Aus: Das Geheimnis der Wolke, in: Management Wissen, Dezember 1984, S. 20f.  
Taf. 4 Foto: Gabriele Kahnert. Aus: G. KAHNERT, Bühnen der Macht, 1999, S. 10.  
Taf. 5 Foto: Bundesregierung/Detlef Gräfinholt.  
Taf. 6 Foto: Bundesregierung/Ulrich Wienke.  
Taf. 7 Adolf Luther © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: Bundeskanzleramt, Bonn. objekt aktuell. Sonderdruck aus: DLW 60 (1976), S. 87, Abb. 7.  
Taf. 8 Foto: Josef Schulz © VG Bild-Kunst, Bonn 2015.  
Taf. 9 Foto: Bundesregierung/Engelbert Reineke.  
Taf. 10 Foto: Bundesregierung/Arne Schambeck.  
Taf. 11 Foto: Bundesregierung/Julia Fassbender.  
Taf. 12 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, Farbteil (o. S.).  
Taf. 13 Aus: Neubau Bundeskanzleramt, S. 6 (undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.  
Taf. 14 Aus: Neubau Bundeskanzleramt, S. 7 (undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.  
Taf. 15 Aus: Neubau Bundeskanzleramt, S. 8 (undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.  
Taf. 16 Aus: Neubau Bundeskanzleramt, S. 9 (undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), Stadtbibliothek Bonn, Signatur 88/315.

### *Textabbildungen*

- Abb. 1 Aus: G. ADLBERT, Kanzlerbungalow, 2009, S. 31.  
Abb. 2 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015; aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 26f.  
Abb. 3 Foto: Gabriele Kahnert. Aus: G. KAHNERT, Bühnen der Macht, 1999, S. 14.  
Abb. 4 Foto: Heinrich Klotz, Bildarchiv Foto Marburg.  
Abb. 5 Foto: Heinrich Klotz, aus: H. KLOTZ, Ikonologie einer Hauptstadt, 1984, S. 411.  
Abb. 6 Foto: Bundesregierung/Detlef Gräfinholt.  
Abb. 7 © Gehrman Consult. Liegenschaftsdokumentationsarchiv Bonn-Mehlem (Ausschnitt).  
Abb. 8 Foto: Bundesregierung/Lothar Schaack.  
Abb. 9 Foto: Gerhard Gronefeld. Aus: W. RANKE, Deutsche Geschichte, 1991, S. 290.  
Abb. 10 © Bundesbaudirektion Berlin, Außenstelle Bonn, Maßstab 1:100, 1954. Liegenschaftsdokumentationsarchiv Bonn-Mehlem.

- Abb. 11 © Bundesbaudirektion Berlin, Außenstelle Bonn, Maßstab 1:200, 1959. Liegen-  
schaftsdokumentationsarchiv Bonn-Mehlem.
- Abb. 12 Aus: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 30.
- Abb. 13 Aus: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 30.
- Abb. 14 Aus: B. KROLL, Aufstieg und Fall, 1972, S. 68f.
- Abb. 15 Foto: BArch B 145 Bild-Fo32716-0015/Lothar Schaack.
- Abb. 16 Aus: B. KROLL, Aufstieg und Fall, 1972, S. 67.
- Abb. 17 Aus: K. Krüger: Planung überall für jedermann, in: Die Zeit, 7.5.1971, S. 72.  
Foto: Kai Krüger.
- Abb. 18 Aus: E. SCHNELLE/A. WANKUM, Architekt und Organisator, 1965, S. 13.
- Abb. 19 Aus: C. PIAS, Kybernetik, 2004, S. 30.
- Abb. 20 Foto: Georg Munker, StA Bonn.
- Abb. 21 Aus: Junior Management Training. Weitblick als Lernziel, in: Management  
Wissen 9 (1989), S. 104.
- Abb. 22 Privatarhiv Eugen Bruno.
- Abb. 23 Privatarhiv Eugen Bruno.
- Abb. 24 Privatarhiv Eugen Bruno.
- Abb. 25 Aus: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 32.
- Abb. 26 Aus: Bauwelt 44 (1970), S. 1702.
- Abb. 27 Aus: Projekt für das Bundeskanzleramt, in: Bauwelt 31 (1971), S. 1249.
- Abb. 28 Aus: Projekt für das Bundeskanzleramt, in: Bauwelt 31 (1971), S. 1250.
- Abb. 29 Aus: Projekt für das Bundeskanzleramt, in: Bauwelt 31 (1971), S. 1249.
- Abb. 30 Aus: W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 510.
- Abb. 31 Foto: Georg Munker, StA Bonn.
- Abb. 32 Aus: R.-D. BLUMER/C. KLÖTZER/K. PRESSLER, Landtagsgebäude, 2011, S. 24.
- Abb. 33 Aus: P. E. TØJNER/K. VINDUM, Arne Jacobsen, o.J., S. 64.
- Abb. 34 Aus: W. LEUSCHNER, Bauwettbewerb, 1971, S. 509.
- Abb. 35 Foto: Georg Munker, StA Bonn.
- Abb. 36 Aus: W. TÄUBNER, Planungsgruppe, 1978, unpag.
- Abb. 37 Aus: Ein Schild für das Kanzleramt, Bonner Rundschau, 4.2.1977.
- Abb. 38 Foto: BArch B 145 Bild-Fo44602-0006/Uwilwa.
- Abb. 39 Aus: K.-P. WALTERSDORF, Eisernes Haus, 1977, S. 39.
- Abb. 40 Foto: BArch B 145 Bild-Fo43572-0022/Ulrich Wienke.
- Abb. 41 Foto: BArch B 145 Bild-Fo43572-0016/Ulrich Wienke.
- Abb. 42 Aus: K.-P. WALTERSDORF, Eisernes Haus, 1977, S. 39.
- Abb. 43 Foto: Bundesregierung/Detlef Gräfinholt.
- Abb. 44 Aus: H. LÜTZELER, Bonn, 1980, S. 69.
- Abb. 45 Aus: Bundeskanzleramt, Bonn. objekt aktuell, in: DLW 60 (1976), S. 88,  
Abb. 10.
- Abb. 46 Aus: W. TÄUBNER, Planungsgruppe, 1978, unpag.
- Abb. 47 Aus: H. BOHNENKAMP, Bundeskanzleramt, 1976, S. 410.
- Abb. 48 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 73.

- Abb. 49 Aus: Bundeskanzleramt, Bonn. objekt aktuell. Sonderdruck aus: DLW 60 (1976), S. 88, Abb. 14.
- Abb. 50 Aus: Bundeskanzleramt, Bonn. objekt aktuell. DLW 60 (1976), S. 87, Abb. 8.
- Abb. 51 Adolf Luther © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: W. TÄUBNER, Planungsgruppe, 1978, unpag.
- Abb. 52 Aus: W. LEUSCHNER, Bauten des Bundes, 1980, S. 25.
- Abb. 53 Aus: Bundeskanzleramt, Bonn. objekt aktuell. DLW 60 (1976), S. 87, Abb. 8.
- Abb. 54 Foto: ACM Architektencontor Magdeburg/BBR Bonn.
- Abb. 55 Foto: Otto Rheinländer, Hamburgisches Architekturarchiv.
- Abb. 56 Foto: Merle Ziegler.
- Abb. 57 Foto: Ishimoto Yasuhiro. Aus: W. GROPIUS/K. TANGE, Katsura, 1960, unpag.
- Abb. 58 Foto: Ishimoto Yasuhiro. Aus: W. GROPIUS/K. TANGE, Katsura, 1960, unpag.
- Abb. 59 Aus: Ph. LAMBERT, Mies van der Rohe, 2001, S. 447.
- Abb. 60 Aus: W. BRUNE, Karstadt, 1969, S. 1096.
- Abb. 61 Foto: [http://www.nrw-architekturdatenbank.uni-dortmund.de/obj\\_detail.php?gid=784](http://www.nrw-architekturdatenbank.uni-dortmund.de/obj_detail.php?gid=784) [6.3.2013].
- Abb. 62 Aus: H. R. HITCHCOCK, Skidmore, Owings & Merrill, 1962, S. 63.
- Abb. 63 Aus: H. R. HITCHCOCK, Skidmore, Owings & Merrill, 1962, S. 152.
- Abb. 64 Aus: A. DREXLER, Skidmore, Owings & Merrill, 1974, S. 69.
- Abb. 65 Aus: R. LANGE, Architektur, 2003, S. 221.
- Abb. 66 Aus: R. LANGE, Architektur, 2003, S. 26.
- Abb. 67 Aus: H. LÜTZELER, Bonn, 1980, S. 67.
- Abb. 68 Aus: Arbeitsgruppe Neubau Bundeskanzleramt: Neubauinformation Nr. 2, Stand: 10. März 1972 – Fortsetzung der Neubauinformation Nr. 1 vom 19. Januar 1972. BArch B 136/9834.
- Abb. 69 Foto: BArch B 145 Bild-F043571-0007/Ulrich Wienke.
- Abb. 70a Aus: E. Keil: Spatenstich per Bagger, in: Bonner Rundschau, 28.II.1973, Foto: Günther Schell.
- Abb. 70b aus: Erster Spatenstich für das Kanzleramt, in: General-Anzeiger, 28.II.1973, Foto: Heinz Engels.
- Abb. 71 Aus: Erster Spatenstich für das Kanzleramt, in: General-Anzeiger, 28.II.1973, Foto: Heinz Engels.
- Abb. 72 Aus: Zwischenbericht Arbeitsgruppe Organisation, 27.4.1971, S. 11 (Privatarchiv Mauch).
- Abb. 73 Aus: J. QUINAN, Larkin Building, 1987, S. 51.
- Abb. 74 François Morellet © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: F. MORELLET, Ausst.-Kat. Nationalgalerie Berlin, 1977, S. 139.
- Abb. 75 François Morellet © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: F. MORELLET, Ausst.-Kat. Nationalgalerie Berlin, 1977, S. 138.
- Abb. 76 Foto: Bundesregierung/Ludwig Wegmann.
- Abb. 77 Aus: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 33.
- Abb. 78 Aus: C. PIAS, Kybernetik, 2004, S. 34.

- Abb. 79 Aus: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971.
- Abb. 80 Aus: K. Seemann: Werden wir modern regiert?, in: Die Welt, Nr. 21, 25.1.1967.
- Abb. 81 Aus: Der Macher, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1.2.1971, S. 29.
- Abb. 82 Foto: Bundesregierung/Ulrich Wienke.
- Abb. 83 Aus: Stallwache auf dem Kanzlerdach, in: Die Welt, 3.10.1975.
- Abb. 84 Aus: Stallwache auf dem Kanzlerdach, in: Die Welt, 3.10.1975.
- Abb. 85 Foto: Robert Latzel, Wesseling am Rhein/BBR Bonn.
- Abb. 86 Aus: M. BREDENBECK / C. MONEKE / M. NEUBACHER, Bauen für die Bundeshauptstadt, 2011, S. 65.
- Abb. 87 © Bundesbaudirektion Bonn-Beuel/BBR Bonn.
- Abb. 88 Aus: K.-P. WALTERSDORF, Eisernes Haus, 1977, S. 37.
- Abb. 89 Foto: Wolfgang Rütter/StA Bonn.
- Abb. 90 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 82f.
- Abb. 91 Foto: StA Bonn.
- Abb. 92 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, Cover.
- Abb. 93 Aus: S. WENK, Large Two Forms, 1997, Cover.
- Abb. 94 Foto: Jupp Darching. Aus: C.-Chr. KAISER / J. DARCHINGER, Das Allerheiligste, 1973, S. 12.
- Abb. 95 Foto: Bundesregierung / Detlef Gräfinholt.
- Abb. 96 Foto: Bundesregierung / Detlef Gräfinholt.
- Abb. 97 Erich Hauser © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: L. SPÄTH, Erich Hauser, 2000, S. 97.
- Abb. 98 Aus: B. VON BRAUCHITSCH, G. F. Ris, 2002, S. 83.
- Abb. 99 Adolf Luther © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: Leuschner 1980, S. 219.
- Abb. 100 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 25.
- Abb. 101 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 70.
- Abb. 102 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, Farbteil (o. S.).
- Abb. 103 Gerhard Marcks © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 76.
- Abb. 104 Karl Schmidt-Rottluff © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, Farbteil (o. S.).
- Abb. 105 Foto: Bundesregierung / Engelbert Reineke.
- Abb. 106 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 94.
- Abb. 107 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 95.
- Abb. 108 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 86.
- Abb. 109 Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 87.
- Abb. 110 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 10f.
- Abb. 111 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 8f.



- Abb. 112 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLER-AMT, 1982, S. 181.
- Abb. 113 Foto: Gerhard Gronefeld. Aus: W. RANKE, Deutsche Geschichte, 1991, S. 295.
- Abb. 114 Foto: Wilfried Bauer © VG Bild-Kunst, Bonn 2015. Aus: KUNST IM KANZLER-AMT, 1982, S. 18f.
- Abb. 115 Aus: G. ADLBERT, Kanzlerbungalow, 2009, S. 47.

## Quellen und Literatur

### Quellen

#### *Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)*

Depositum Horst Ehmke: 1/HEAA000 11–12; 17–18; 90–91; 130; 153; 169; 182; 276, 293–297; 301; 307–308; 376; 386; 392; 783; 778

#### *Archiv Metaplan, Quickborn*

Jacobi, Hans Peter: Großstadt und Großraum, in: Team-Brief. Materialien, Manuskripte Meinungen, Verlag Schnelle Quickborn, Nr. 30, 12.12.1968, S. 15–20

Jensen, Stefan: Politik, Verwaltung und Planung: Zur Theorie politischer Planung in der Verwaltung, in: Kommunikation. Zeitschrift für Planung und Organisation, 4. Jg., Bd. VII (1971), S. 168–186

Klepper, P.: Wie arbeitet man in einer Bürolandschaft?, in: Team-Brief. Materialien, Manuskripte Meinungen, Verlag Schnelle Quickborn, Nr. 31, 12.8.1969, S. 1–7

Lohmar, Ulrich: Wissenschaftliche Beratung in der Politik, in: Kommunikation. Zeitschrift für Planung und Organisation, 3. Jg., Bd. V (1969), S. 101–108

Mauch, Hansjörg: Ministerialbeamte bei der Teamarbeit – Die Arbeitsweise der Projektgruppe zur Reform der Struktur der Bundesregierung und Bundesverwaltung, Februar bis August 1969, Quickborn 1969

Scharfenberg, Heinz: Großräume sind fragwürdig – das Neue liegt in der Bürolandschaft, in: Team-Brief. Materialien, Manuskripte Meinungen, Verlag Schnelle Quickborn, 2.12.1966, S. 3–17

Schnelle, Wolfgang: Wie lassen sich politische Aufgaben planen?, in: Kommunikation. Zeitschrift für Planung und Organisation, 1. Jg., Bd. VII (1971), S. 33–38

»Verzeichnis der Merkblätter für das Entscheidertraining«

#### *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn (BBR)*

Akte »BBR Bundesbauten Doku-Sammlung Krüger 03/2005«

#### *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn*

Leitfaden zu Führungen im ehemaligen Bundeskanzleramt. Typoskript, Stand: Januar 2010

#### *Liegenschaftsdokumentations-Archiv, Bonn-Meblem*

Akte »Errichtung eines Fertigteilhauses für die Planung eines Neubaus für das Bundeskanzleramt und weitere Verwaltungsbauten des Bundes«

Liegenschaft ADN-Allee 139–141 (Bundeskanzleramt)

D 53113 APS Palais Schaumburg: Voruntersuchung zur Neuordnung durch Professor Dr.-Ing. Otto Meitinger, Februar 1968

D 53113 AKA Neubau Bundeskanzleramt (Gehrmann Consult), 1964–1981

*Bundesarchiv Koblenz (BArch)*

Bestand B 134 Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1949–1980: 17251–17257; 23915

Bestand B 136 Bundeskanzleramt: 13398–13401; 19442; 21902; 24560–24562; 24565–24566; 24568; 24745–24747; 25027; 25030–25031; 32646; 32818; 32822; 3994; 4034; 4100; 41135; 41161; 41164; 41169–41171; 4200; 4267; 4269; 9833–9895

Bestand B 145 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: 53; 367; 368; 11819; 14850; 14851; 6951; 7021; 7022

Bestand B 145 Bild: 40432; 41426; 41477; 41888; 42502; 43571; 43572; 44602; 44603; 46376; 46450; 46513; 46624; 46625; 47394; 47984; 47985; 48049; 48111; 48214; 48322; 48989; 48990; 49370; 49371; 49380; 49384; 49394; 49395; 49426; 49428; 50509a; 52542

Bestand B 157 Ministerielle Bundesbauverwaltung: 11; 1599; 2628; 34; 36; 3462; 3463; 3488; 3446; 3447; 3451; 3454; 3461; 3464; 3471; 5700; 6490; 6491; 6494; 6547

*Privatarchiv Bruno, Darmstadt*

Erster Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 24.2.1970

Zweiter Planungsreport für den Neubau des Bundeskanzleramtes, 12.5.1970

Studie zur Bauprogrammplanung des Deutschen Bundestages. Aufriß der Probleme. Vorschlag zur Organisation der Planung. Quickborner Team Gesellschaft für Organisation und Planung mbH, Juni 1970

*Privatarchiv Mauch, Hamburg*

Der Vorsitzende des Personalrats im Bundeskanzleramt an alle Amtsangehörigen, 17.3.1971, betr. Reorganisation des Bundeskanzleramtes; hier: Modelle des »Quickborner Teams«; Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Organisation, 27. April 1971

Vermerk Arbeitsgruppe Organisation, I/1-00000-Ar 8/71, 4.2.1971, betr. Erprobung des von der Arbeitsgruppe Organisation zu erarbeitenden Organisationskonzeptes, hier: Abteilungsleiterbesprechung mit Herrn Minister am 3.2.1971

Quickborner Team: Vorschlag zur Erprobung von Organisationsmodellen im BK, Bonn, 25.11.1970

*Stadtarchiv Bonn (StA Bonn)*

Bestand N Nordrheinwestfälische Zeit: 02/181–189; 23/182; 1982/061; 1990/71; 1991/761;  
2003/2314

Neubau Bundeskanzleramt (undatiert, wohl erstes Halbjahr 1976), Stadtbibliothek Bonn,

Signatur 88/315

Zeitungsausschnittsammlung

*Gespräche*

Eugen Bruno, 26. November 2010, Darmstadt

Christian Farenholtz, 28. August 2011, Hamburg

Hansjörg Mauch, 8. März 2010, Quickborn

Peter Melching, 3. Mai 2011 (Telefonat)

Georg Pollich / Peter Türlér, 25. Februar 2011, Königswinter

Axel Schultes / Charlotte Frank, 24. April 2011, Berlin

## Verwendete Literatur

*Zeitungsartikel*

- »Aha! Dies ist die Hauptstadt«. Der dreißigjährige Krieg um Bonner Stadtplanung und die Regierungsbauten, in: *Der Spiegel*, Nr. 49, 28.11.1977, S. 90–115.
- Abschied vom Palais Schaumburg, in: *Neue Zürcher Zeitung* (»von unserem Korrespondenten C.K.«), 26.5.1976.
- Bammel vor dem Umzug. Helmut Schmidt möchte dem neuen Kanzleramt, in seinen Augen »reiner Größenwahn«, tieferen Sinn geben: als eine Art Kompakt-Museum deutscher Kultur und Geschichte, in: *Der Spiegel*, Nr. 10, 1.3.1976, S. 33f.
- Bergdoll, Udo: In Ehmkes Hand laufen alle Fäden zusammen. Keine Verschnaufpause für den »Premierminister Brandts«. Kanzleramt soll Drehscheibe der Bundesregierung werden, *General-Anzeiger*, 10./11. 1.1970.
- Blank, Ulrich: Politik = Elektronik + Management. Ulrich Blank berichtet aus Bonns Computerzentrale, in: *Die Weltwoche*, 24.12.1970.
- Bode, Peter M.: Grau und korrekt im Niemandsland, in: *Der Spiegel*, Nr. 41, 6.10.1975, S. 186–190.
- Das neue Bundeskanzleramt. Verlagsbelage, *Bonner Rundschau*, 1.7.1976.
- Das neue Palais aus Stahl und Glas. Kanzleramt für 116 Millionen. Ehmkes Baby und Schmidts ungeliebtes Kind, in: *General-Anzeiger*, 26./27.6.1976.
- Das Streiflicht, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.5.1975.
- Dem Stil dieser Regierung angepaßt. Königswinterer Architektenteam schuf preisgekrönten Kanzleramtsentwurf. Preisgericht entschied nach vielstündiger Beratung – Spitzenplaner machten mit, in: *General-Anzeiger für Bonn und Umland*, 13.5.1971.
- Der Macher. Seit fünfzehn Monaten wird Bonns Bundeskanzleramt, die Regierungszentrale der viertgrößten Industriemacht der Welt, von einem Mann dirigiert, dem die einen den Bruch der Verfassung zutrauen, den die anderen für einen harmlosen Bürovorsteher halten, in: *Der Spiegel*, Nr. 6, 1.2.1971, S. 28–38.
- Die Bretter fielen – Blick aufs Kanzleramt ist frei, in: *General-Anzeiger*, 18.3.1976.
- Diederichs, Werner: »Konzeptionelle Überlegungen« für ein neues Bundeskanzleramt: Im Keller der Villa Schaumburg steht die Zukunft an der Wand, in: *Die Welt*, Nr. 22, 27.1.1970.
- Diederichs, Werner: Ärgerliche Betonburg aus der Retorte, in: *Die Welt*, 27.7.1972.
- Diederichs, Werner: Franz Meyers gab »grünes Licht«. In der Rheinaue sieben neue Türme für die Bonner Ministerien, in: *Die Welt*, 20.9.1969.
- Dreher, Klaus: Pläne für ein neues Haus auf grüner Wiese. Der Neubau eines Kanzleramtes soll einen modernen Regierungsstil erleichtern, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.2.1970.
- Dumm reden ist besser, als sich vorher zu informieren!, in: *cci*, Nr. 2 (1975).
- Dünne Decke, in: *Der Spiegel*, Nr. 45, 3.11.1969, S. 34.
- Durth, Rüdiger: Superbaracke als Start des »neuen Stils«. Gemischte Gefühle für Ehmkes Zentrale, in: *Rundschau am Sonntag*, 28.3.1971.

- Durth, Rüdiger: Kanzleramt ohne Monumentalität, in: Bonner Rundschau, 13.5.1971.
- Ehmke, Horst: Computer helfen der Politik. Zwei Jahre Planung in Bonn. Ein Erfahrungsbericht (Teil II), in: Die Zeit, 17.12.1971.
- Ein Schild für das Kanzleramt, Bonner Rundschau, 4.2.1977.
- Eine Geheimtür führt den Staatssekretär zum Kanzler, in: Die Welt, 7.4.1976.
- Eine Million für Kunst am Kanzleramt. Bundesweiter Wettbewerb entschieden. Umgebung des Neubaus soll künstlerisch gestaltet werden, in: General-Anzeiger, 4.11.1974.
- Elser, Oliver: Die Wände verlassen das Haus. Zum Berliner Kanzleramtsneubau des Architektenteams Axel Schultes/Charlotte Frank, in: Frankfurter Rundschau, 6.2.1997.
- Erster Spatenstich für das Kanzleramt, in: General-Anzeiger, 28.11.1973.
- Expressionisten für das neue Kanzleramt. Schmidt favorisiert Monumental-Gemälde von Ludwig Kirchner, in: General-Anzeiger, 14.5.1976.
- Fernsehaugen verfolgen die Besucher des neuen Kanzleramtes auf Schritt und Tritt, in: General-Anzeiger, 7.4.1976.
- Funke, Hermann: Über die Seufzerbrücke zum Kanzler. Spiegel-Mitarbeiter Hermann Funke über den Entwurf des Bundeskanzleramtes, in: Der Spiegel, Nr. 22, 24.5.1971, S. 34.
- Gomm, Barbara: Bildband über Verbindung von Kunst und Politik. Hommage an alten Kanzler Helmut Schmidt. Gedrucktes inzwischen schon überholt, in: Bonner Rundschau, 30.12.1982.
- Großzügiger Rahmen. Hinter verschlossenen Türen arbeitet im Bonner Bundeskanzleramt ein Team aus Beamten und freien Beratern – aus Raummangel im Keller, in: Der Spiegel, Nr. 5, 26.1.1970, S. 125.
- Hange, Friedl: Rangstufen in Eiche markiert. Einrichtung des Kanzleramtes in verschiedenen Güteklassen, in: Augsburger Allgemeine, 25.2.1976.
- Hauer, Erich: Nach Jahren der Planung erhält das Kanzleramt endlich den Maßanzug für die siebziger Jahre. Ein modernes Management in alten Hüllen ist nicht möglich! Im Keller des Palais Schaumburg sitzt bereits die Studiengruppe, in: Westfälische Rundschau Dortmund, 24.1.1970.
- Henkels, Walter: Damit der Kanzler richtig regieren kann. Richtfest für das neue Bundeskanzleramt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.1974.
- Herles, Helmut: Nur erträglich bei blauem Himmel, Sonne und weißen Wolken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.1976.
- Herles, Helmut: Jetzt soll Gras über die Kunst wachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.1979.
- Höpker, Wolfgang: Planspiel im Keller. Reform des Kanzleramtes, in: Christ und Welt. Deutsche Wochenzeitung, 6.3.1970.
- Horst von Medici, in: Der Spiegel, Nr. 10, 2.3.1970, S. 31.
- Kanzler zieht ins Mausoleum der Macht, in: Schaufenster Bonn, 14./15.4.1976.
- Kanzleramt ist zu groß geraten, in: General-Anzeiger, 16.10.1974
- Keil, Evi: 100 Millionen für den neuen Kanzlersitz, in: Bonner Rundschau, 7.7.1973.

- Keil, Evi: Kanzlerschlüssel passt auf alle Räume. In Bonn begann der Umzug in die neue Regierungsschaltzentrale, in: Bonner Rundschau, 2.7.1976.
- Keil, Evi: Künstler kämpfen gegen den Kanzler. Landschaftsgestalter wollen keinen Rasen, in: Bonner Rundschau, 24.4.1979.
- Keil, Evi: Spatenstich per Bagger, in: Bonner Rundschau, 28.11.1973.
- Krüger, Kai: Planung überall für jedermann. »Daß wir viel Schaum schlagen, wissen wir auch«. So arbeitet das Quickborner Team, in: Die Zeit, 7.5.1971.
- Krüger, Werner: Bonn lockte mit Millionen. Künstlerwettbewerb zum Neubau des Bundeskanzleramtes. Kalte Dusche für die Kunst, in: Rhein-Sieg-Anzeiger, 28./29.6.1975.
- Krüger, Werner: Monumentales für das Kanzleramt. Großer Aufwand und mageres Ergebnis. Der Kunstwettbewerb für den Bonner Neubau, in: Süddeutsche Zeitung, 22.7.1975.
- Künstler wehren sich gegen Kritik am Vorplatz des Bundeskanzleramtes. Offener Brief an Helmut Schmidt. Rechtsstreit um Weltkugel – 800 000 Mark Umbaukosten, in: General-Anzeiger, 24.4.1979.
- Laage, Gerhart: Wie in einer Sparkasse. Der Neubau des Bundeskanzleramtes – Läßt sich unsere Demokratie durch »Schlichtheit« repräsentieren?, in: Die Zeit, 13.2.1976.
- Lorenz, Jürgen: Gesellig – männlich – geistvoll. Wie soll das neue Bundeskanzleramt wirken? Ideen-Team am Werk. Drei Raummodelle entwickelt. Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?, in: Kieler Nachrichten, 28.2.1970.
- Masche in Blau, in: Der Spiegel, Nr. 37, 9.9.1968, S. 73.
- Planungsstab unter Ehmke soll von Fachressorts ständig informiert werden, in: Die Welt, 8.1.1970.
- Quiring, Holger (dpa): Profi-Denker planen im Kanzleramt, in: Bremer Nachrichten, 28.2.1970.
- Regierungsviertel: Große Lösung, in: Der Spiegel, Nr. 52, 22.12.1969, S. 27.
- Riese, Hans-Peter: Der pflegeleichte Kanzlergarten. Mit »Kunst am Bau« soll das neue Kanzleramt repräsentativer gemacht werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1976.
- Riese, Hans-Peter: Noch einmal Bundeskanzleramt. Kunst-Zutaten haben das Haus nicht schöner gemacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1976
- Sack, Manfred: Demokratie in Stahl, Stein und Glas. Das neue Kanzleramt: ein Fehlgriff, der sich nicht wiederholen darf, in: Die Zeit, 9.7.1976.
- Schelling, Siegmund: Es plant und plant und plant, in: Welt am Sonntag, Nr. 10, 5.3.1972, S. 5.
- Schroeder, Wulf-Peter: Wieder massive Kritik am Bund. Gutachten auf 47 Seiten, in: Bonner Rundschau, 14.11.1970.
- Schulz, Eberhard: Ein Hauch von Hoheit. Das neue Bundeskanzleramt als politische Architektur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1971, S. 18.
- Schulz, Eberhard: Die stählerne Festung des Kanzleramtes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1976, S. 17.
- Schwarzes Haus am Rhein. Am 1. April wird das neue Bundeskanzleramt in Bonn bezogen werden, in: Nürnberger Zeitung (Ausschnitt, wohl Ende 1975).

- Seemann, Klaus: Werden wir modern regiert?, in: Die Welt, Nr. 21, 25.1.1967.
- Simon, Karl Günter: Des Kanzlers neue Schneider, in: Publik, Nr. 40, 2.10.1970, S. 28.
- Sonderbeilage »Der Mensch und die Technik. Technisch-wissenschaftliche Blätter der Süddeutschen Zeitung«, 11. Jahrgang, Nr. 156, 18.12.1969.
- Stacheldraht schirmt Kanzleramtsneubau ab, in: General-Anzeiger, 29.1.1975.
- Stallwache auf dem Kanzlerdach, in: Die Welt, 3.10.1975.
- Steine des Anstoßes werden einplaniert. Kanzleramtsvorplatz wird umgestaltet – Rasen statt Beton – Abschied vom Westwall, in: Bonner Stadtanzeiger (Ausschnitt, wohl April 1979).
- System Orakel, in: Der Spiegel, Nr. 44, 26.10.1970, S. 41.
- Vor großen Umbauplänen in Bonn. Kanzleramt ein »Trödlerladen«. Die Sternstunde von gestern: erstmals arbeitet Computer für Minister Ehmke, in: Nürnberger Nachrichten, 23.1.1970.
- Wettbewerb Kanzleramt. Königswinterer Architekten gewannen 1. Preis, in: Bonner Rundschau, 14.5.1971.
- Zeitung lesen, in: Der Spiegel, Nr. 11, 9.3.1970, S. 30.

### *Monografien und Aufsätze*

- Adlbert, Georg: Der Kanzlerbungalow. Erhaltung, Instandsetzung, Neunutzung, Stuttgart/Zürich 2009.
- Adlbert, Georg u. a.: Kanzlerbungalow. Hrsg. von der Wüstenrot Stiftung, Ludwigsburg, und der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, München u.a. 2009.
- Alsleben, Kurd: Bürohaus als Großraum. Büroneubau der C.F. Boehringer & Soehne GmbH, Mannheim. Zielsetzung, Planung und Erfahrungen, Quickborn 1961.
- Arbeitskreis Bundesbauten Bonn (Hrsg.): Planungsinformationen Bundeshauptstadt Bonn, Bonn 1970.
- Architektur der Demokratie. Bauten des Bundes 1990–2010. Hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ostfildern 2009.
- Arndt, Adolf: Das zeitgerechte Parlamentsgebäude, in: Ders., Geist und Politik, Reden (Vortrag vor der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, 1962), Berlin 1965, S. 238–255.
- Arndt, Adolf: Demokratie als Bauherr (Akademie der Künste: Anmerkungen zur Zeit, 6), Berlin 1961. Wiederabdruck in: Ders., Geist und Politik. Reden, Berlin 1965, S. 217–237; erneut in: I. FLAGGE/W.-J. STOCK, Architektur und Demokratie, 1992, S. 52–65.
- Artis Editorial, Leitartikel im Kunstmagazin »artis«, Heft 4 (1976).
- Ascher Barnstone, Deborah: The Transparent State. Architecture and Politics in Postwar Germany, London 2005.
- Aumann, Philipp: Mode und Methode. Die Kybernetik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2009.
- Bandmann, Günter: Mittelalterliche Architektur als Bedeutungsträger, 6. Auflage, Berlin 1979 [1951].



- Banham, Reyner: Brutalismus in der Architektur. Ethik oder Ästhetik? (Dokumente der modernen Architektur, 5), Stuttgart 1966.
- Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, München 1984 [Stuttgart 1982].
- Bartetzko, Dieter: Synthese der Fragmente. Ein Kommentar zu den Preisträgern der Realisierungswettbewerbe um das Bundeskanzleramt und das Bundespräsidialamt in Berlin, in: Burg, Annegret / Redecke, Sebastian (Hrsg.), Kanzleramt und Präsidialamt der Bundesrepublik Deutschland. Internationale Architekturwettbewerbe für die Hauptstadt Berlin, Berlin / Basel / Boston 1995, S. 8–16.
- Bartetzky, Arnold: Kunst und visuelle Kultur als Mittel staatlicher Selbstdarstellung, in: Lange, Barbara (Hrsg.), Vom Expressionismus bis heute (Geschichte der bildenden Kunst in Deutschland, 8), Darmstadt u. a. o. J. [2007], S. 417–470.
- Baubeginn Anfang Dezember: Der Neubau des Bundeskanzleramtes wird seine Funktion erfüllen, in: Vorwärts (public relations Seiten), 2.8.1973, S. 20.
- Baum, Christa: Ehemaliges Kanzleramt in Bonn. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herrichtung als erster Dienstsitz, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Bau und Raum. Jahrbuch 2006, S. 60–67.
- Baumunk, Bodo / Brunn, Gerhard (Hrsg.): Hauptstadt. Zentren, Residenzen, Metropolen in der Deutschen Geschichte. Ausst.-Kat. Kunsthalle am August-Macke-Platz, Bonn, 19. Mai bis 20. August 1989. Hrsg. im Auftrag des Oberstadtdirektors der Stadt Bonn, Köln 1989.
- Bebermeyer, Hartmut: Regieren ohne Management? Planung als Führungsinstrument moderner Regierungsarbeit, Stuttgart 1974.
- Behnisch, Günter: Der Architekt und Bauen in der Demokratie, in: Der Architekt 10 (1989), S. 497–501.
- Behnisch, Günter: Bauen für die Demokratie, in: I. FLAGGE / W.-J. STOCK, Architektur und Demokratie, 1992, S. 66–74.
- Behrend, Günther: Das Bundeskanzleramt (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland), Frankfurt am Main / Bonn 1967.
- Bergemann, Ulrike: Im »No man's land« der Cybernetics, in: Bredekamp, Horst / Bruhn, Matthias / Werner, Gabriele (Hrsg.), Systemische Räume. Bildwelten des Wissens (Kunsthistorisches Jahrbuch für Bildkritik, 5.1), Berlin 2007, S. 58–66.
- Bertaux, Pierre: Maschine – Denkmachine – Staatsmaschine. Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft (Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der Freien Industriellen Gesellschaft, 9), Hamburg-Bergedorf 1963.
- Bertram, Otto: Ausgerechnet Bonn ... Geschichten und Geschichtliches aus den frühen Jahren der Bundesrepublik, Bonn 1989, S. 155–160.
- Beyme, Klaus von: Architektur und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ideen. Orte. Entwürfe. Architektur und Städtebau in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutsche Architekten BDA, der Bundesarchitektenkammer und dem Deutschen Architekturmuseum, Berlin 1990, S. 42–53.

- Beyme, Klaus von: Staat machen. Staatsarchitektur des 20. Jahrhunderts in Deutschland, in: Schneider, Romana/Nerdinger, Winfried/Wang, Wilfried (Hrsg.), *Architektur im 20. Jahrhundert. Deutschland*, München u. a. 2000, S. 95–103.
- Blank, Ulrich: Horst Ehmke oder: Der Zwang zur Stärke, in: *Frankfurter Hefte* 6, Juni 1970, S. 393–397.
- Blank, Ulrich/Darchinger, Jupp (Hrsg.): *Helmut Schmidt Bundeskanzler*, Hamburg 1974.
- Blumer, Rolf Dieter/Klötzer, Carola/Prefler, Karsten: Auch die Moderne kann in Würde altern. Das Landtagsgebäude in Stuttgart und seine Metallfassade, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg* 1 (2011), S. 21–28.
- Bode, Peter M.: Das Bundeskanzleramt – ein übliches Bürogebäude?, in: *BDA Aspekte* 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn, S. 17–24.
- Bode, Peter M./Nestler, Paolo: *Deutsche Kunst seit 1960 – Architektur*, München 1976.
- Bohnenkamp, Hermann: Das neue Bundeskanzleramt, in: *Die Bauverwaltung* 14 (1976), S. 406–411.
- Bohrer, Karl Heinz: *Nach der Natur. Über Politik und Ästhetik*, München 1988.
- Bonn. Orte der Demokratie. Der historische Reiseführer. Hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2009.
- Bott, Gerhard: Henry Moore. Maquettes, Bronzen, Handzeichnungen. Erschienen anlässlich der Übergabe von Large Two Forms im Bundeskanzleramt in Bonn, 1979. Hrsg. vom Bundeskanzleramt, Referat 133, Darmstadt o. J. [1979].
- Bott, Gerhard: Eine Großskulptur von Henry Moore für den Vorplatz des Bundeskanzleramtes, in: *KUNST IM KANZLERAMT*, 1982, S. 84f. (Wiederabdruck aus: Bott, Gerhard: Henry Moore. Maquettes, Bronzen, Handzeichnungen, Bonn 1979).
- Bott, Gerhard: Die Skulptur, in: *KUNST IM KANZLERAMT*, 1982, S. 93 (Wiederabdruck aus: Bott, Gerhard: Henry Moore. Maquettes, Bronzen, Handzeichnungen, Bonn 1979).
- Bracher, Karl-Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner: 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986.
- Brauchitsch, Boris von (Hrsg.): *G. F. Ris. Das plastische Werk. 1958–2001*, Köln 2002.
- Braum, Michael/Welzbacher, Christian (Hrsg.): *Nachkriegsmoderne in Deutschland. Eine Epoche weiterdenken*, Basel u. a. 2009.
- Bredenkamp, Horst: Jörg Immendorffs Staatsportrait Gerhard Schröders, in: Münkler, Herfried/Hacke, Jens (Hrsg.), *Strategien der Visualisierung. Verbildlichung als Mittel politischer Kommunikation*, Frankfurt am Main u. a. 2009, S. 193–212.
- Bredenkamp, Horst: Politische Ikonologie des Grundgesetzes, in: Stolleis, Michael (Hrsg.), *Herzkammern der Republik. Die Deutschen und das Bundesverfassungsgericht*, München 2011, S. 9–35.
- Bredenbeck, Martin/Moneke, Constanze/Neubacher, Martin (Hrsg.): *Bauen für die Bundeshauptstadt (Edition Kritische Ausgabe, 2)*, Bonn 2011.

- Brendgens, Guido: *Demokratisches Bauen. Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland* (Schriftenreihe Architekturtheorie und empirische Wohnforschung, 3), Aachen 2008.
- Breuer, Gerda: *Hans Schwippert. Bonner Bundeshaus 1949. Mit einer Auswahl aus dem Briefwechsel mit Konrad Adenauer*, Tübingen/Berlin 2009.
- Breuer, Gerda/Mingels, Pia/Oestereich, Christopher (Hrsg.): *Hans Schwippert 1899–1973. Moderation des Wiederaufbaus*, Berlin 2010.
- Brinckmann, Andrea: *Wissenschaftliche Politikberatung in den 60er Jahren. Die Studien-  
gruppe für Systemforschung, 1958 bis 1975*, Berlin 2006.
- Brune, Walter: *Hauptverwaltung Karstadt AG Essen*, in: *Bauwelt* 2 (1969), S. 1096–1102.
- Bundeskanzleramt, Bonn. *objekt aktuell. Sonderdruck aus: DLW* 60 (1976), S. 85–92.
- Burg, Annegret/Redecke, Sebastian: *Kanzleramt und Präsidialamt der Bundesrepublik Deutschland. Internationale Architekturwettbewerbe für die Hauptstadt Berlin*, Berlin/Basel/Boston 1995.
- Busmann, Friedrich: *Vom Parlaments- und Regierungsviertel zum Bundesviertel. Eine Bonner Entwicklungsmaßnahme 1974–2004*, hrsg. von der Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bonn 2004.
- Büttner, Claudia (Bearb.): *Geschichte der Kunst am Bau in Deutschland*, hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2011 (Sonderdruck).
- Buttlar, Adrian von/Heuter, Christoph (Hrsg.): *Denkmal! Moderne. Architektur der 60er Jahre. Wiederentdeckung einer Epoche*, Berlin 2007.
- Buttlar, Adrian von/Dolff-Bonekämper, Gabriele/Wittmann-Englert, Kerstin: *Baukunst der Nachkriegsmoderne. Architekturführer Berlin 1969–1979*, Berlin 2013.
- Caborn, Joannah: *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*, Münster 2006.
- Coenen, Reinhard/Krauch, Helmut (Hrsg.): *Systemforschung. Politikberatung und öffentliche Aufklärung. Beiträge von und im Umfeld von Helmut Krauch und der Studiengruppe für Systemforschung*, Kassel 2011.
- Conrads, Ulrich [UC] in der Rubrik »Briefe«, in: *Bauwelt* Nr. 31 (1971), S. 1245.
- Conrads, Ulrich [UC]: *Ganz und gar im Eimer*, in: *Bauwelt* 41 (1970), S. 1529.
- Conrads, Ulrich [UC]: *Gut erfüllt*, in: *Bauwelt*, Nr. 31 (1971), S. 1257.
- Conrads, Ulrich [UC]: *3 1/2 Monate Sperrfrist*, in: *Bauwelt* 27 (1971), S. 1077.
- Cullen, Michael S.: *Der Reichstag. Parlament Denkmal Symbol*, 2. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin-Brandenburg 1999.
- Damus, Martin: *Das Rathaus. Architektur und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne*, Berlin 1988.
- Damus, Martin: *Architekturform und Gesellschaftsform, Architektur und Städtebau unter dem Einfluss von Industrialisierung, Großvergesellschaftung und Globalisierung*, Bd. 1: 1890–1945, Berlin 2010.
- Das Büro Kraemer, Sieverts und Partner. *Gespräch mit Ernst Sieverts (geführt am 3. August 2006 mit Karin Wilhelm und Olaf Gisbertz in Köln)*, in: *Wilhelm, Karin u.a.*

- (Hrsg.), *Gesetz und Freiheit. Der Architekt Friedrich Wilhelm Kraemer (1907–1990)*, Berlin 2007, S. 44–48.
- Demokratie als Bauherr. Die Bauten des Bundes in Berlin 1991 bis 2000, hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Hamburg 2000.
- Demps, Laurenz: *Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht*. 3. durchgesehene Auflage, Berlin 2000 [1994].
- Denk, Andreas / Flagge, Ingeborg: *Architekturführer Bonn*, Berlin 1997.
- Deutschlandbilder 3. Grüne Patriarchen – Von den ältesten Bäumen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Ausstellung aus der Serie ›Deutschlandbilder‹ – ein Selbstporträt der Bundesrepublik Deutschland in zwölf Folgen. Fotos von Wilfried Bauer, Texte von Peter Schille. Eine Ausstellung des Instituts für Auslandsbeziehungen in Zusammenarbeit mit Lufthansa, 1985.
- Die Bundeskanzler und ihre Ämter. Hrsg. vom Bundeskanzleramt und der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 2006.
- Die neue Reichskanzlei. Architekt Albert Speer, München o. J. [1939].
- Diers, Michael: »Was ich von der Mauer wissen muss.« Zur Kunst- und Kulturgeschichte eines politischen Bauwerkes, in: Paul, Gerhard (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder*. Bd. 2: 1949 bis heute, Bonn 2008, S. 258–265.
- Diers, Michael: *Kunst im Kanzleramt oder »Arbeitende Bauern auf burgundischen Teppichen«*, in: Ders., *Schlagbilder. Zur politischen Ikonographie der Gegenwart*, Frankfurt am Main 1997, S. 51–66.
- Diester, Jörg: *Geheimakte Regierungsbunker*, Düsseldorf 2008.
- Dreher, Klaus: *Ein Kampf um Bonn*, München 1979.
- Drexler, Arthur (Einl.): *Architektur von Skidmore, Owings & Merrill, 1963–1973*. Bildbeschreibungen von Axel Menges, Stuttgart 1974.
- Durth, Werner: *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970* (Schriften des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie), Braunschweig / Wiesbaden 1986.
- Durth, Werner: *Hauptstadtplanungen. Politische Architektur in Berlin, Frankfurt am Main und Bonn nach 1945*, in: B. BAUMUNK / G. BRUNN, *Hauptstadt*, 1989, S. 405–415.
- Ehmke, Horst: *Mittendrin. Von der großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994.
- Ehmke, Horst: *Planung im Regierungsbereich – Aufgaben und Widerstände*. Vortrag in der Universität Freiburg, 26. November 1971, in: Ders., *Politik als Herausforderung*. Reden, Vorträge, Aufsätze 1968–1974, Karlsruhe 1974, S. 111–136.
- Ellwein, Thomas: *Politik und Planung*, Stuttgart u. a. 1968.
- Engagement im Gespräch. Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Fragen von Hans-Gert Hillgruber (WDR) am 9. Juli 1981, in: *KUNST IM KANZLERAMT*, 1982, S. 35.
- Erster Bericht zur Reform der Struktur von Bundesregierung und Bundesverwaltung. Vorgelegt von der durch die Bundesregierung am 25.9.1968 beschlossenen Projektgruppe für Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesminister des Innern, August 1969.

- Euskirchen, Claudia u. a. (Bearb.): Georg Dehio. Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Nordrhein-Westfalen I – Rheinland, Berlin 2005.
- Expertenkolloquium in Bonn September 1970. Empfehlungen zur Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn. Ergebnis der Tätigkeit des Beratergremiums, Bonn im September 1970 (maschinenschriftliches Typoskript); abgedruckt in: Die Bauverwaltung 1 (1971), S. 54–58.
- Fahrtreppen – Understatement der Beförderungstechnik, in: arch+ 105/106 (Oktober 1990), S. 120f.
- Farenholtz, Christian: Maßstäbe einer neuen Baukultur. Bericht eines Zeitzeugen, in: M. BRAUM/Ch. WELZBACHER, Nachkriegsmoderne, 2009, S. 26–39.
- Farenholtz, Christian/Jakobi, Peter/Dreier, Gerhard: Die Geschäftsstadt Hamburg-Nord, in: StadtBauwelt 4 (1964), S. 275–289.
- Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hrsg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 168), Berlin 2004.
- Flagge, Ingeborg: Dokumentation. Zusammenstellung BDA Bundessekretariat, in: BDA Aspekte 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn, S. 11–14.
- Flagge, Ingeborg: Bonn – Hauptstadt ohne Willen zur Hauptstadt, in: Baumeister 5 (1975), S. 287–290.
- Flagge, Ingeborg: Architektur in Bonn nach 1945. Bauten in der Bundeshauptstadt und ihrer Umgebung, Bonn 1984.
- Flagge, Ingeborg: Provisorium als Schicksal. Warum mit der Bonner Staatsarchitektur kein Staat zu machen ist, in: I. FLAGGE/W.-J. STOCK, Architektur und Demokratie, 1992, S. 224–245.
- Flagge, Ingeborg/Stock, Wolfgang-Jean (Hrsg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Ostfildern-Ruit 1992.
- Flagge, Otto: Bundeshauptstadt Bonn. Bundesbauten und -planungen, in: I. FLAGGE, Architektur in Bonn, 1984, S. 26–35.
- Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte, 44), Paderborn 2003.
- Funke, Hermann: Bürogebäude + Bürobetrieb. Eine Untersuchung über Beziehungen zwischen dem Bürobetrieb als Gruppe von Personen und dem Bürogebäude als deren Arbeitsumwelt, Braunschweig 1965.
- Galetti, Nino: Der Bundestag als Bauherr in Berlin. Ideen, Konzepte, Entscheidungen zur politischen Architektur (1991–1998), Düsseldorf 2008.
- Gisbertz, Olaf (Hrsg.): Nachkriegsmoderne kontrovers. Positionen der Gegenwart, Berlin 2012.
- Glaser, Hermann: Vom ästhetischen Staat. Mythen und Realitäten der Trümmerzeit und Wirtschaftswunderwelt, in: 40 Jahre Nordrhein-Westfalen. Bauen und Stadtentwicklung von der Nachkriegszeit bis heute. Hrsg. von Ingeborg Flagge im Auftrage des Mi-

- nisters für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Architektur und Demokratie, 4), Stuttgart 1987, S. 8–35.
- Gottschalk, Ottomar: Flexible Verwaltungsbauten. Planung, Funktion, Flächen, Ausbau, Einrichtung, Kosten, Beispiele, überarb. Ausgabe, Quickborn 1968 [1963].
- Goyke, Ernst: Die 100 von Bonn. Zwischen Barzel und Wehner, 4. Auflage, Bergisch Gladbach 1971.
- Greifenberger, Anna Magdalena: Bonner Regierungsbauten. Geschichte – Denkmalwerte – Zukunftsperspektiven (Masterarbeit), Norderstedt 2005.
- Gropius, Walter/Tange, Kenzo: Katsura. Tradition and Creation in Japanese Architecture, New Haven 1960.
- Gropius, Walter: Der Architekt als Organisator der modernen Bauwirtschaft und seine Forderungen an die Industrie, in: Probst, Hartmut/Schädlich, Christian (Hrsg.), Walter Gropius, Bd. 3: Ausgewählte Schriften, Berlin 1988, S. 118–122.
- Günter, Roland: Rettet Eisenheim. Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes. Projektgruppe Eisenheim, Bielefeld 1972.
- Günter, Roland/Winkens, Egon: City-Forum Bonn, in: Bundesbaublatt 4 (1971), S. 170f.
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt am Main 1990 [Neuwied 1962].
- Hackelsberger, Christoph/Busso von Busse, Hans: Bundeshauptstadt Bonn – die verpasste Chance, in: BDA Aspekte 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn, S. 6–10.
- Hamm, Oliver G.: Am Ende eines langen, steinigen Weges. Neuer Plenarbereich des Deutschen Bundestages in Bonn, in: Bauwelt 41 (1992), S. 2341–2354.
- Hamm, Oliver G./Zwickert, Gerhard: Das Bundeskanzleramt, Delmenhorst/Berlin 2005.
- Hecker, Michael: Programmatische Aspekte in Zeiten hoher Wohnungsproduktion, in: M. HECKER/U. KRINGS, Ungeliebtes Erbe, 2011, S. 52–61.
- Hecker, Michael/Krings, Ulrich (Hrsg.): Bauten und Anlagen der 1960er und 1970er Jahre – ein ungeliebtes Erbe? (Wolfgang Pehnt zum 80. Geburtstag. Beiträge des Symposiums des Hauses der Architektur Köln vom 23./24. Oktober 2009), Essen 2011.
- Heinle, Wischer und Partner (Hrsg.): Stadthaus Bonn, Stuttgart, im Mai 1979.
- Helms, Ludger: Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland (Grundwissen Politik, 38), Wiesbaden 2005.
- Higgins, Hannah B.: The Grid Book, Cambridge (Mass.) 2009.
- Hillmann, Karl-Heinz: Wörterbuch der Soziologie, begr. von Günter Hartfield (†), 9. vollst. überarb. Auflage, Stuttgart 2007.
- Hillmann, Roman: Die erste Nachkriegsmoderne. Ästhetik und Wahrnehmung der westdeutschen Architektur 1945–63, Petersberg 2011.
- Hillmann, Roman: Fertigteilästhetik. Die Entstehung eines eigenen Ausdrucks bei Bauten aus vorgefertigten Stahlbetonteilen, in: von A. VON BUTTLAR/Ch. HEUTER, Denkmal!Moderne, 2007, S. 80–87.

- Hirschle, Thomas: Die Kreuzbauten in Bonn, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), *Bau und Raum. Jahrbuch 2007/08*, S. 164f.
- Hitchcock, Henry Russel (Einl.): *Architektur von Skidmore, Owings & Merrill, 1950–62*. Bildtexte von Ernst Danst, Stuttgart 1962.
- Hnilica, Sonja/Jäger, Markus/Sonne, Wolfgang (Hrsg.): *Auf den zweiten Blick. Architektur der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen*. Katalog zur Ausstellung vom 25. September bis 9. November im Dortmunder U, veranstaltet vom Lehrstuhl Geschichte und Theorie der Architektur und dem A:AI Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, Fakultät Architektur und Bauingenieurwesen, Technische Universität Dortmund, Bielefeld 2010.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hrsg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.
- Höhn, Reinhard (Hrsg.): *Das Harzburger Modell in der Praxis*, Bad Harzburg 1967.
- Hoffmann, Godehard: *Architektur für die Nation? Der Reichstag und die Staatsbauten des deutschen Kaiserreichs 1871–1918*, Köln 2000.
- Hollmann, Michael (Hrsg.): *Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 22 (1969), bearb. von Walter Naasner u. a., München 2012.
- Honnef, Klaus (Hrsg.): *Josef H. Darchinger. Die Bonner Republik. Bilder, Menschen, Ereignisse*. Ausst.-Kat. des Rheinischen Landesmuseums Bonn, Köln 1997.
- Horbach, Angela: *Kritische Dokumentation. Zusammenstellung BDA Bundessekretariat*, in: *BDA Aspekte 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn*, S. 15f.
- Horn, Eva: *Über den Grund des Vergnügens an tragischen Gegenständen. Katastrophen-Szenarien als Phantasien der Störung*, in: *Fleischhack, Julia/Rottmann, Kathrin (Hrsg.), Störungen (Schriftenreihe der Isa-Lohmann-Siems Stiftung, 5)*, Berlin 2011, S. 11–21.
- Höroldt, Dietrich: *25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Eine Dokumentation (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, 14)*, Bonn 1974.
- Ibold, Frank: *Entwicklung des Metaplan-Beratungsansatzes und des Beratungsunternehmens. Chronologie*, in: *Schnelle, Wolfgang, Diskursive Organisations- und Strategieberatung*, Norderstedt 2006, S. 89–105; als digitale Ressource: *Metaplan-Chronologie*. Typoskript o. A, o. J., ><http://www.metaplan.de/pdf/Metaplan-Chronologie.pdf> [21.11.2010].
- Jäger, Joachim/Steingräber, Cristina Inês (Konzeption): *Kunst im Bundeskanzleramt. Malerei, Skulptur, Fotografie*, Köln 2005
- Jessen-Klingenberg, Detlef: *Eine Architektenkarriere*, in: *Wilhelm, Karin u. a. (Hrsg.), Gesetz und Freiheit. Der Architekt Friedrich Wilhelm Kraemer (1907–1990)*, Berlin 2007, S. 33–43.
- Kaernbach, Barbara (Verf.): *Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag. Aktueller Begriff (Kunst am Bau)*, Nr. 59/10, 6. September 2010 >[www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/kunst\\_am\\_bau.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/kunst_am_bau.pdf) [26.6.2012].
- Kahnert, Gabriele: *Bühnen der Macht. Bilder aus Bonn*. Mit einem Text von Heinz Bude, Hamburg 1999.

- Kaiser, Carl Christian/Darchinger, Jupp H. (Photos): Das Allerheiligste. So heißen [sic] im Bonner Jargon die Ministerzimmer, aber die Macht haust ohne Pracht, in: *Zeit-Magazin*, Nr. 30, 20.7.1973, S. 12–17.
- Kaldenkerken, Karl Heinz van (Hrsg.): *Ausbau der Bundeshauptstadt. 10 Jahre Hauptstadtvereinbarung 1975–1985. Dokumentation*, Bonn o. J. [1985].
- Kieser, Clemens: Von der Kunst, Arbeit zu planen. Verwaltungsbau in Deutschland 1960–75, in: *Zwischen Scheibe und Wabe. Verwaltungsbauten der Sechzigerjahre als Denkmale*. Erarbeitet von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland. Redaktion Clemens Kieser, Ulrike Plate, Marie Schneider (Berichte zur Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland, 19), Petersberg 2012, S. 8–43.
- Kieseritzky, Wolther von (Bearb.): *Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974*, Bonn 2001.
- Kirschbaum, Juliane (Red.): 1960 plus – ein ausgeschlagenes Erbe? Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 17./18. April 2007 in Berlin, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 73), Berlin 2007.
- Klotz, Heinrich: *Architektur in der Bundesrepublik. Gespräche mit sechs Architekten*. Günter Behnisch, Wolfgang Döring, Helmut Hentrich, Hans Kammerer, Frei Otto, Oswald Matthias Ungers, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977.
- Klotz, Heinrich: *Ikonologie einer Hauptstadt – Bonner Staatsarchitektur*, in: M. WÄRNKE, *Politische Architektur*, 1984, S. 399–416; zuerst erschienen in: Klotz, Heinrich, *Gestaltung einer neuen Umwelt. Kritische Essays zur Architektur der Gegenwart*, Luzern/Frankfurt am Main 1978, S. 45–55, basierend wiederum auf einer Artikelserie dess., *Repräsentation – aber wie? Ikonologie der Hauptstadt (I): Bonner Staatsarchitektur. Das neue Bundeskanzleramt*, in: *Frankfurter Rundschau*, 1.7.1976.
- Knoll, Thomas: *Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949 bis 1999*, Wiesbaden 2004.
- Kocka, Jürgen: *Öffentlichkeit und Repräsentation in der Reichshauptstadt Berlin*, in: *Von der Bonner zur Berliner Republik. Öffentlichkeit und öffentlicher Raum in Berlin*, hrsg. vom Deutschen Werkbund Berlin, Berlin 1998, S. 31–54.
- Kogon, Eugen: *Unsere Selbstdarstellung in Bonn*, in: *BDA Aspekte 1 (1972): Planen in der Demokratie am Beispiel des Regierungsviertels der Bundeshauptstadt Bonn*, S. 2–5.
- Koppetsch, Judith: *Von der Millionärsvilla zum Kanzlersitz. Die Geschichte des Palais Schaumburg*, in: *museumsmagazin online 1 (2006)* >[www.museumsmagazin.com/archiv/1-2006/titel/part1.php](http://www.museumsmagazin.com/archiv/1-2006/titel/part1.php) [22.7.2008].
- Körner, Burkhard: *Der Kanzlerbungalow von Sep Ruf in Bonn*, in: *Bonner Geschichtsblätter* 49/50 (2001), S. 507–613 (zugleich Diss. Universität Bonn 1996).
- Korte, Karl-Rudolf: *Das Bundeskanzleramt in der Organisationsanalyse. Informalität als Erfolgskriterium*, in: *Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.), Systemanalyse als politische Reformstrategie. Festschrift für Dieter Grunow*, Wiesbaden 2010, S. 19–35.



- Kraemer, Friedrich Wilhelm: Gegenwärtiger Stand der Planung von Verwaltungsbauten unter besonderer Berücksichtigung arbeitswissenschaftlicher Gesichtspunkte, in: *Der Architekt* 10 (1971), S. 271–277.
- Kraemer/Sieverts/Huth: Großraumbüros. Korr. Nachdruck der Ausgabe von 1968, München 1972.
- Kramer, Sabine: Architektur und Demokratie. Eine Analyse am Beispiel des Neuen Dortmunder Rathauses (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXVII Kunstgeschichte, 373), Frankfurt am Main u. a. 2001.
- Krauch, Helmut: Wege und Aufgaben der Systemforschung. Vortrag und Diskussion in der gemeinsamen Sitzung aller Arbeitsgruppen der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen am 6. Mai 1969 (Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, 106), Dortmund 1969.
- Krauch, Helmut: Computer-Demokratie, Düsseldorf 1972.
- Krauch, Helmut (Hrsg.): Systemanalyse in Regierung und Verwaltung (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 27), zweite unveränderte Auflage, Bern/Stuttgart 1976.
- Krauch, Helmut: Bildung und Entfaltung der Studiengruppe für Systemforschung 1957–1973. Ergänzte Fassung des Vortrags am 10.4.2000 im Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse Karlsruhe <<http://www.usf.uni-kassel.de/usf/archiv/dokumente/krauch/studiengruppe.pdf>> [8.2.2010].
- Krauss, Alexander: City Nord. Architektur und Stadtbaukunst der Moderne (Denkmalpflege Hamburg, 19), hrsg. von der Kulturbehörde, Denkmalschutzamt, Hamburg 2001.
- Krauss, Rosalind E.: Die Originalität der Avantgarde, in: Dies., Die Originalität der Avantgarde und andere Mythen der Moderne (Schriftenreihe zur Geschichte und Theorie der Fotografie, 2). Hrsg. und mit einem Vorwort von Herta Wolf, Hamburg 2000, S. 197–219 [Cambridge (Mass.) 1985; der Aufsatz wurde zuerst 1981 publiziert].
- Krauss, Rosalind E.: Raster, in: Dies., Die Originalität der Avantgarde und andere Mythen der Moderne (Schriftenreihe zur Geschichte und Theorie der Fotografie, 2). Hrsg. und mit einem Vorwort von Herta Wolf, Hamburg 2000, S. 50–67 [Cambridge (Mass.) 1985; der Aufsatz wurde zuerst 1978 publiziert].
- Kretzschmar, Denis (Red.): Eine Republik rollt den Teppich aus. Staatsempfänge auf Schloss Augustusburg 1949–1996. Ausstellung auf Schloss Augustusburg in Brühl vom 12. März bis 10. August 2008. Hrsg. von der UNESCO-Welterbestätte Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl, München/Berlin 2008.
- Kroll, Benno: Aufstieg und Fall der Gebrüder Schnelle, in: *Manager Magazin* 6/1972, S. 67–69.
- Krüger, Jens: Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 106), Berlin/New York 2006.
- Kübler, Andreas: Chronik Bau und Raum. Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Hrsg. vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Tübingen/Berlin 2007.
- Kultermann, Udo: Die Architektur im 20. Jahrhundert. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wien/New York 2003.

- Kündiger, Barbara: Fassaden der Macht. Architektur der Herrschenden, Leipzig 2001.
- Kunst im Kanzleramt. Helmut Schmidt und die Künste, München 1982.
- Kunst und Kybernetik. Ein Gespräch der »Bildwelten des Wissens« mit Claus Pias, in: Bredekamp, Horst/Bruhn, Matthias/Werner, Gabriele (Hrsg.), Systemische Räume. Bildwelten des Wissens (Kunsthistorisches Jahrbuch für Bildkritik, 5.1), Berlin 2007, S. 77–85.
- Lambert, Phyllis (Hrsg.): Mies van der Rohe in America, Ostfildern 2001.
- Lange, Ralf: Architektur und Städtebau der sechziger Jahre. Planen und Bauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von 1960 bis 1975 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 65), Bonn 2003.
- Lange, Ralf: Vom Kontor zum Großraumbüro. Geschäftsviertel und Bürohäuser in Hamburg 1945–1970, Königstein 1999.
- Langfeld, Gregor: Deutsche Kunst in New York. Vermittler – Kunstsammler – Ausstellungsmacher 1904–1957, Berlin 2011.
- Lankes, Christian: Politik und Architektur. Eine Studie zur Wirkung politischer Kommunikation auf Bauten staatlicher Repräsentation (tuduv-Studien: Reihe Politikwissenschaften, 66), München 1995.
- Leuschner, Wolfgang: Bauten des Bundes 1965–1980. Hrsg. vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Karlsruhe 1980.
- Leuschner, Wolfgang: Bauwettbewerb für den Neubau des Bundeskanzleramtes in Bonn, in: Die Bauverwaltung 9 (1971), S. 508–519.
- Leuschner, Wolfgang: Kunst am Bau oder mehr als das?, in: Die Bauverwaltung 11 (1973), S. 450–457.
- Leyde, Meike: Die Museen von Wim Quist. Zur Museumsarchitektur der Niederlande seit 1970, Berlin 2011.
- Lützeler, Heinrich: Bonn so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1980.
- Maak, Niklas: Die weggeduckte Demokratie. Mit dem Berliner Kanzleramt ist die Politik in die Gesellschaft zurückgekehrt. Eine Streitschrift für architektonische Größe, in: du 755 (2005), S. 62.
- Manako, Kawata (Hrsg.): The photographs of Ishimoto Yasuhiro, 2010 [Ausstellung »Die kaiserliche Villa Katsura. Fotografien von Ishimoto Yasuhiro im Bauhaus-Archiv Berlin«, 18.1.2012–12.3.2012].
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz: Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes (Reader zur Politologie, Soziologie und Ökonomie hrsg. von Klaus von Beyme und Kurt Sontheimer), München 1973.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz: Policy-Making in the German Federal Bureaucracy, Amsterdam/Oxford/New York 1975.
- Meissner, Irene: Sep Ruf 1908–1982. Leben und Werk, Berlin 2013.
- Menges, Axel (Hrsg.): Egon Eiermann/Sep Ruf. Deutsche Pavillons, Brüssel 1958. Text von Immo Boyken. Photographien von Heinrich Heidersberger, Georg Pollich und Eberhard Tröger, Stuttgart/London 2007.
- Menting, Annette: Paul Baumgarten. Schaffen aus dem Charakter der Zeit (Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Beiheft 27), Berlin 1998.

- Mertens, Melanie: Berliner Barockpaläste (Berliner Schriften zur Kunst, 14), Berlin 2003.
- Metzler, Gabriele: »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: M. FRESE / J. PAULUS, / K. TEPPE, Demokratisierung, 2003, S. 777–797.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.
- Metzler, Gabriele: Versachlichung statt Interessenpolitik. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: S. FISCH / W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004, S. 127–152.
- Meyer, Hannes: Bauen, in: Bauhaus 2 (1928), S. 12f.
- Meyer, Ulf (Hrsg.): Bundeshauptstadt Berlin. Parlament, Regierung, Ländervertretungen, Botschaften, Berlin 1999.
- Miller Lane, Barbara: Architektur und Politik in Deutschland 1918–1945, Braunschweig 1986 [engl. 1968].
- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- Mittig, Hans-Ernst: Dauerhaftigkeit, einst Denkmalargument, in: Diers, Michael (Hrsg.), Mo(nu)mente. Formen und Funktionen ephemerer Denkmäler, Berlin 1993, S. 11–34.
- Mönninger, Michael: Die politische Architektur der Hauptstadt, in: Scheer, Thors ten / Kleihues, Josef Paul / Kahlfeldt, Paul (Hrsg.), Stadt der Architektur. Architektur der Stadt. Berlin 1900–2000, Berlin 2000, S. 389–398.
- Morellet, François: François Morellet. Ausst.-Kat. Nationalgalerie Berlin, 15.1.–20.2.1977, Berlin 1977.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1987, 4. überarb. und erw. Auflage, München 2000.
- Müller-List, Gabriele: Bonn als Bundeshauptstadt (1949–1989), in: Höroldt, Dietrich (Hrsg.), Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt, 1794–1989, Bd. 4, Bonn 1989, S. 641–744.
- Müller-Rombach, W.: »Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn«. Vier Fragen zum Ergebnis des Wettbewerbs, in: Baumeister 7 (1972), S. 755–771.
- Müller-Rommel, Ferdinand / Pieper, Gabriele: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B21-22 (1991), S. 3–13.
- Münkel, Daniela: »Das große Gespräch«. Willy Brandt und seine Berater, in: S. FISCH / W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004, S. 277–296.
- Murswiek, Axel: Regierungsreform durch Planungsorganisation. Eine empirische Untersuchung zum Aufbau von Planungsstrukturen im Bereich der Bundesregierung (Studien zur Sozialwissenschaft, 31), Opladen 1975.
- Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie. Untersuchungen zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, Stuttgart u. a. 1969.
- Nayhauss, Mainhardt Graf von: Vor moderner Kunst ging der Kanzler in die Knie, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 106 [zuerst erschienen in: Die Welt, 25.2.1978].

- Niclauß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Paderborn u. a. 2004.
- Niewerth, Hans/Schröder, Jürgen (Hrsg.): Lexikon der Planung und Organisation, Quickborn 1968.
- Nur 80 Architekten meldeten sich, in: *Bauwelt* 1/2 (1971), S. 10.
- Nusser, Tanja/Strowick, Elisabeth: »Logisch gesehen, dehnt sich das Raster in alle Richtungen aus.« Vorwort, in: Dies. (Hrsg.), *Rasterfahrungen. Darstellungstechniken – Normierungsverfahren – Wahrnehmungskonstitution*, Bielefeld 2005, S. 9f.
- Ostertag, Roland: *Rathäuser und kommunale Zentren (e+p Entwurf und Planung*, hrsg. von Paulhans Peters, 22), München 1974.
- Ottenhausen, Clemens: Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, für Forschung und Technologie und für Justiz (Kreuzbauten), in: M. BREDEBECK/C. MONEKE/M. NEUBACHER, *Bauen für die Bundeshauptstadt*, 2011, S. 61–65.
- Paul, Jürgen: Das Rathaus, in: Busch, Werner (Hrsg.), *Funkkolleg Kunst. Eine Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen*. Bd. II, München 1987, S. 392–423.
- Pehnt, Wolfgang: *Deutsche Architektur seit 1900*, München 2005.
- Pehnt, Wolfgang: Gebaute Ikonen. Die Bonner Beethovenhalle und die signature buildings, in: *Zeitschrift für Architekturgeschichte* 2 (2010), Heft 1, S. 117–128.
- Pehnt, Wolfgang: Alles sollte anders werden. Die 1968er Jahre und die Architektur, in: O. GISBERTZ, *Nachkriegsmoderne*, 2012, S. 40–55.
- Peters, Paulhans: *Architektur mit Gestaltverzicht*, in: *Baumeister* 1 (1976), S. 20f.
- Pevsner, Nikolaus: *A History of Building Types* (Bollingen Series, XXXV.19), Princeton 1976.
- Philipp, Klaus Jan: Einführung in die internationale Leitbildentwicklung der 1960er und 1970er Jahre, in: M. HECKER/U. KRINGS, *Ungeliebtes Erbe*, 2011, S. 19–27.
- Pias, Claus: *Cybernetics – Kybernetik. The Macy Conferences 1946–1953. Essays und Dokumente*, Bd. 2, Zürich/Berlin 2004.
- Pohl, Walfried: Die sprachlose Architektur oder Bauen für den Bundeskanzler, in: *Circular* 7/8 (1976), S. 16f.
- Pommerin, Reiner: Bonn auf dem Weg zur Bundeshauptstadt. Eine historische Skizze, in: *Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949–1989*, hrsg. vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Karlsruhe 1989, S. 9–24.
- Pommerin, Reiner: *Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945*, Köln/Wien 1989.
- Preisendörfer, Bruno: *Staatsbildung als Königskunst. Ästhetik und Herrschaft im preußischen Absolutismus*, Berlin 2000.
- Projekt für das Bundeskanzleramt. 1. Preis im Bauwettbewerb für ein neues Bundeskanzleramt Bonn, in: *Bauwelt* 31 (1971), S. 1248–1250.
- Pünder, Hermann (Hrsg.): *Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei. Festschrift zur Grundsteinlegung des neuen Dienstgebäudes der Reichskanzlei am 18. Mai 1928*. Geleitwort von Wilhelm Marx. Herausgegeben vom Staatssekretär der Reichskanzlei, Berlin 1928.

- Pünder, Hermann: Wilhelmstraße 78. Die neue Reichskanzlei. Vom Staatssekretär in der Reichskanzlei, Berlin, Weihnachten 1930.
- Quaritsch, Helmut: Probleme der Selbstdarstellung des Staates (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaft, 478/479), Tübingen 1977.
- Quinan, Jack: Frank Lloyd Wright's Larkin Building. Myth and Facts (Architectural History Foundation, 11), New York 1987.
- Ranke, Winfried: Deutsche Geschichte kurz belichtet. Photoreportagen von Gerhard Gronefeld 1937–1965. Hrsg. von Dieter Vorsteher. Buch zur Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, Berlin 1991.
- Realisierungswettbewerb Bundeskanzleramt Berlin. Ergebnisprotokoll zur Preisgerichtssitzung vom 12. und 13. Dezember 1994. Vervielfältigte Dokumentation, hrsg. von der Bundesbaudirektion, Berlin 1994.
- Regierungsviertel Bonn (gez. Sage, Romeick, Schaller, Spengelin, Budde), in: Der Architekt 11 (1969), S. 375f.
- Rossig, Johannes: Neubau des Wohn- und Empfangsgebäudes für den Bundeskanzler in Bonn. Übergabe des Gebäudes durch Bundesschatzminister Dr. Dollinger, in: Die Bauverwaltung 14 (1965), S. 6–13.
- Rumpfhuber, Andreas: Architektur immaterieller Arbeit, Wien 2013.
- Rumpfhuber, Andreas: Raum der Informationsflüsse. Die Bürolandschaft »Buch und Ton« der Gebrüder Schnelle, in: Moravanszky, Akos/Kirchengast, Albert (Hrsg.), Experiments. Architektur zwischen Wissenschaft und Kunst. Theoriebau, Bd. 2, Berlin 2011, S. 200–225.
- Sack, Manfred: Der »Balast« und Schmidts Arbeitshaus, in: Ders., Architektur in der ZEIT. Kritiken und Reportagen über Häuser, Städte und Projekte. Einführung: Heinrich Klotz, Luzern/Frankfurt am Main 1979, S. 101–107 [zuerst erschienen in: Zeit-Magazin Nr. 22/23, 28.5.1976].
- Sahrendt, Christian: »Die Brücke« zwischen Staatskunst und Verfemung. Expressionistische Kunst als Politikum in der Weimarer Republik, im »Dritten Reich« und im Kalten Krieg (Pallas Athene Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Eckart Henning, 13), Stuttgart 2005.
- Saldern, Adelheid von: Das »Harzburger Modell«. Ein Ordnungssystem für bundesrepublikanische Unternehmen, 1960–1975, in: Etzemüller, Thomas (Hrsg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 303–329.
- Scharfenberg, Heinz: Großräume sind fragwürdig – das Neue liegt in der Bürolandschaft, in: Team-Brief. Materialien, Manuskripte, Meinungen, Verlag Schnelle Quickborn, 2.12.1966, S. 3–17.
- Schelsky, Helmut: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen – Geisteswissenschaften, 96), Köln/Opladen 1961.
- Schimpf, Simone: Das Raster in der Kunst nach 1945, in: Groos, Ulrike/Schimpf, Simone (Hrsg.), Rasterfahndung. Ausstellung im Kunstmuseum Stuttgart, 5. Mai bis 7. Oktober 2012, Köln 2012, S. 22–30.

- Schmidt, Doris: Ein Gang durchs Kanzleramt und seinen Park, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 68–81.
- Schmidt, Doris: Ein Kunstwerk und ein Haus, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 90.
- Schmidt, Doris: Käfig für große Tiere, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 26–29 [zuerst erschienen in: Süddeutsche Zeitung, 10./11.7.1976].
- Schmidt, Helmut: Kunst im Kanzleramt, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 10–17.
- Schmidt, Helmut: Kunst im Kanzleramt, in: U. SCHNEIDER, Gerhard Bott, 1987, S. 305–312.
- Schmidt, Helmut: Kunst als Ausdruck und Symbol für Menschlichkeit, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 88.
- Schmidt, Helmut: Liebeserklärung an Worpsswede, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 37–39.
- Schmidt, Helmut: Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, 4. Auflage, Berlin 1996.
- Schmidt-Gernig, Alexander: Das »kybernetische Zeitalter«. Zur Bedeutung wissenschaftlicher Leitbilder für die Politikberatung am Beispiel der Zukunftsforschung der 60er und 70er Jahre, in: S. FISCH/W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004, S. 349–368.
- Schneider, Romana/Wang, Wilfried (Hrsg.): Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument, Ostfildern 2000.
- Schneider, Ulrich (Hrsg.): Festschrift für Gerhard Bott zum 60. Geburtstag. 14. Oktober 1987, Darmstadt 1987
- Schnelle, Eberhard: Entscheidung im Management. Wege zur Lösung komplexer Aufgaben, Quickborn 1966.
- Schnelle, Eberhard: Entscheidung und Planung, in: arch+ 2 (1968), S. 15–20.
- Schnelle, Eberhard: Metaplanung. Zielsuche... Lernprozess der Beteiligten und Betroffenen (Metaplan-Reihe 2, Bd. 1), Quickborn 1973.
- Schnelle, Eberhard/Wankum, Alfons: Architekt und Organisator. Probleme und Methoden der Bürohausplanung. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Quickborn 1965.
- Schnelle, Wolfgang: Hierarchische Ordnung im Büro. Rang- und Gruppenprobleme in Verwaltungen (Schriftenreihe für angewandte Organisation, 1), Hamburg 1961.
- Schnelle, Wolfgang: Organisation der Entscheidungen, in: Rationalisierung 7 (1964), S. 156–162.
- Schönberger, Angela: Die Neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981.
- Schöne, Siegfried: Von der Reichskanzlei bis zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte, Berlin 1968.
- Schreiber, Mathias (Hrsg.): Deutsche Architektur nach 1945. Vierzig Jahre Moderne in der Bundesrepublik, Stuttgart 1986.
- Schultes, Axel/Frank, Charlotte: Kanzleramt Berlin, Stuttgart/London 2002.
- Schulz, Eberhard: Expressionisten im Kanzleramt, in: KUNST IM KANZLERAMT, 1982, S. 32f. [zuerst erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1976].
- Seefried, Elke: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin 2015.

- Seemann, Klaus: Entzaubertes Bundeskanzleramt. Denkwürdigkeiten eines Personalratsvorsitzenden, Landshut 1975.
- Seidl, Ernst (Hrsg.): Lexikon der Bautypen. Funktionen und Formen der Architektur, Stuttgart 2006.
- Seidl, Ernst: »Politischer Raumtypus«. Einführung in eine vernachlässigte Kategorie, in: Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft 11 (2009). Schwerpunkt: Politische Raumtypen. Zur Wirkungsmacht öffentlicher Bau- und Raumstrukturen im 20. Jahrhundert, hrsg. von Ernst Seidl, Göttingen 2009, S. 9–19.
- Seitz, Norbert: Die Kanzler und die Künste. Die Geschichte einer schwierigen Beziehung, München 2005.
- Siedler, Wolf Jobst / Niggemeyer, Elisabeth: Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum. Dokumentation Gina Angreß, Berlin 1978.
- Siedler, Wolf Jobst / Niggemeyer, Elisabeth: Die verordnete Gemütlichkeit. Abgesang auf Spielstraße, Verkehrsberuhigung und Stadtbildpflege. Dokumentation Gina Angreß, Berlin 1985.
- Simon, Herbert A.: Informationssysteme für Management-Entscheidungen, in: StadtBauwelt 32 (1971), S. 301–305.
- Simon, Karl Günter: Sokrates – ein Umsatz-Millionär. Die Schnelle-Brüder, in: Ders., Millionendiener. Die neuen Karrieren, Düsseldorf/Wien 1973, S. 101–117.
- Skibowski, Klaus Otto: Konrad Adenauer. Skizzen aus dem Leben des Bundeskanzlers, Aschaffenburg o. J. [1953].
- Soell, Hartmut: Helmut Schmidt, Bd. 2: 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.
- Soggia, Sylvia: City Nord. Europas Modellstadt der Moderne. Mit Fotografien von Thomas Duffé. Hrsg. von der Grundeigentümer-Interessengemeinschaft City Nord GmbH, Hamburg 2009.
- Sonntag, Olga: Villen am Bonner Rheinufer 1819–1914. 3 Bde, Bonn 1998.
- Späth, Lothar: Erich Hauser. Werkverzeichnis. Band II, o. O. 2000.
- Stein auf Stein. Ein Bildbericht über Bauaufgaben und Bauten des Bundes 1949–1964. Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Bundesschatzministerium (Bundesbauverwaltung). Nach Anregungen von Johannes Rossig, zusammengestellt von F. M. Sitte. Texte: W. Leuschner, F. M. Sitte, Berlin/Wien 1964.
- Steinbuch, Karl: Automat und Mensch, Berlin u. a. 1961.
- Steinbuch, Karl: Die informierte Gesellschaft, Stuttgart 1966.
- Steinbuch, Karl: Falsch programmiert, Stuttgart 1968.
- Süß, Winfried: »Rationale Politik« durch sozialwissenschaftliche Beratung? Die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform 1966–1975, in: S. FISCH/W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004, S. 329–348.
- Süß, Winfried: »Wer aber denkt an das Ganze?« Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: M. FRESE/J. PAULUS, /K. TEPPE, Demokratisierung, 2003, S. 349–378.

- Swiridoff, Paul: Der Bungalow. Wohn- und Empfangsgebäude für den Bundeskanzler in Bonn. Fotografiert von Paul Swiridoff. Text von Erich Steingraber (Swiridoff-Bildbände, 21), Pfullingen o. J.
- Swiridoff, Paul: Bonn. Einleitung Götz Fehr. Bildtexte Heinrich Lützel (Swiridoff-Bildbände, 23), Pfullingen 1971.
- Tøjner, Paul Erik/Vindum, Kjeld: Arne Jacobsen. Architect & Designer. Danish Design Centre, o.J.
- Täubner, Winfried: Planungsgruppe Stieldorf. Bauten und Projekte, o. O. [Köln] 1978.
- Tügel, Peter W.: Quickborner Team. Gesellschaft für Planung und Organisation mbH, in: arch+ 2 (1968), S. 9–12.
- Urban, Florian: Berlin /DDR neo-historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007.
- Vale, Lawrence J.: Architecture, Power, and National Identity, New Haven /London 1992.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 72, Bonn 1970.
- Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn, 1949–1989, hrsg. vom Bundesamt für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Karlsruhe 1989.
- Visit(e). Werke aus der Sammlung zeitgenössischer Kunst der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Köln 2007.
- Vrachliotis, Georg: Geregelte Verhältnisse. Architektur und technisches Denken in der Epoche der Kybernetik, Wien /New York 2012.
- Wagner, Volker: Regierungsbauten in Berlin. Geschichte – Politik – Architektur, Berlin-Brandenburg 2001.
- Waltersdorf, Klaus-Peter: Der Neubau für das Bundeskanzleramt, in: Der Stahlbau 12 (1975), S. 353–358.
- Waltersdorf, Klaus-Peter: Des Kanzlers eisernes Haus, in: deutsche bauzeitung 6 (1977), S. 37–41 [zuerst erschienen in: Der Stahlbau 12 (1975), S. 353–358; in der deutschen bauzeitung ergänzt um einen Beitrag zur Innenarchitektur des Kanzleramtsneubaus, S. 42–44, Autorenkürzel »ay«]
- Warnke, Martin (Hrsg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute, Köln 1984 (besonders Einführung, S. 9–15).
- Warnke, Martin: Bau und Gegenbau, in: Hipp, Hermann/Seidl, Ernst (Hrsg.), Architektur als politische Kultur. Philosophia practica, Berlin 1996, S. 11–18.
- Warnke, Martin: Könige als Künstler (Gerda Henkel Vorlesung, hrsg. von der Gerda Henkel Stiftung), Münster 2007, S. 45–75.
- Weber, Alfred: Der Beamte, in: Neue Rundschau 21 (1910), S. 1321–1339. Wiederabdruck in: Ders., Ideen zur Staats- und Kultursoziologie, Karlsruhe 1927, S. 81–101, sowie in: Ders., Haben wir Deutschen nach 1945 versagt? Politische Schriften, ausgewählt von Christa Dericum, München 1979, S. 31–53.
- Weber, Hartmut (Hrsg.): Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 20 (1967), bearb. von Walter Naasner u. a., München 2010.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, 7. Auflage, Tübingen 1972 [1922] (besonders der Abschnitt Bürokratie: Erster Teil, Kapitel III, S. 122–130).



- Wefing, Heinrich (Hrsg.): »Dem Deutschen Volke«. Der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude, Bonn 1999.
- Wefing, Heinrich: Die Heimatlosigkeit der Macht. Zur Architektur der deutschen Kanzlerämter, in: DIE BUNDESKANZLER UND IHRE ÄMTER, 2006, S. 190–205.
- Wefing, Heinrich: Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt, Stuttgart/München 2001.
- Wefing, Heinrich: Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses, Berlin 1995.
- Welzbacher, Christian: Die Staatsarchitektur der Weimarer Republik, Berlin 2006.
- Wenk, Silke: Henry Moore. Large Two Forms. Eine Allegorie des modernen Sozialstaates, Frankfurt am Main 1997.
- Werhahn, Charlotte: Hans Schwippert (1899–1973). Architekt, Pädagoge und Vertreter der Werkbundidee in der Zeit des deutschen Wiederaufbaus, München 1987.
- Wettbewerb für die Neubauten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, in: Die Bauverwaltung 2 (1974), S. 60–77.
- Wichmann, Hans: Sep Ruf. Bauten und Projekte. Mit Beiträgen von Aloys Goergen, Florian Hufnagel und Kurt Schneider, Stuttgart 1986.
- Wilderotter, Hans (Hrsg.): Das Haus am Werderschen Markt. Von der Reichsbank zum Auswärtigen Amt, Berlin 2000.
- Wilderotter, Hans: »Alltag der Macht«. Berlin Wilhelmstraße, Berlin 1998.
- Wilhelm, Karin u. a. (Hrsg.): Gesetz und Freiheit. Der Architekt Friedrich Wilhelm Kraemer (1907–1990), Berlin 2007.
- Wilkens, Manja: Der Rahmen der Macht. Zur Inszenierung der politischen Klasse, in: Körner, Hans/Möseneder, Karl (Hrsg.), Format und Rahmen, Berlin 2008, S. 211–232.
- Wilkens, Manja: Die Galerie der deutschen Bundeskanzler (Düsseldorfer Kunsthistorische Schriften, hrsg. vom Kreis der Freunde des Seminars für Kunstgeschichte der Heinrich-Heine-Universität, 7), Düsseldorf 2007.
- Wise, Michael Z.: Capital Dilemma. Germany's Search for a New Architecture of Democracy, New York 1998.
- Wittmann-Englert, Kerstin: Das Stadthaus in Bonn: ein umstrittenes Zeitzeugnis kommunaler Architektur, in: M. HECKER/U. KRINGS, Ungeliebtes Erbe, 2011, S. 62–69.
- Wunder, Bernd: Bürokratie. Die Geschichte eines politischen Schlagwortes, in: Windhoff-Héretier, Adrenne (Hrsg.), Verwaltung und ihre Umwelt. Festschrift für Thomas Ellwein, Opladen 1987, S. 277–301.
- Ziegler, Merle: Glas in der Berliner Staatsarchitektur. Ein politisches Material. Unveröffentlichte Magisterarbeit Humboldt-Universität zu Berlin, 2003.
- Zipfel, Astrid: Die Macher und die Medien. Helmut Schmidts politische Öffentlichkeitsarbeit, Tübingen 2005.
- Zwoch, Felix u. a. (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. Parlamentsviertel im Spreebogen. Internationaler Städtebaulicher Ideenwettbewerb 1993. Hrsg. von der Arbeitsgruppe Berlin-Wettbewerbe, Berlin/Basel/Boston 1993.

## Personenregister

Kursive Ziffern verweisen auf Abbildungen.

- Adams, Manfred 117, 134, 135, 136, 138, 186,  
Adenauer, Konrad 31, 34–36, 77, 342, 347,  
349  
Albers, Josef 307f., 314  
Arndt, Adolf 16, 27
- Bargheer, Eduard 318  
Barlach, Ernst 301, 312, 318  
Bauer, Wilfried 22, 23, 24, 276, 346, 348,  
349, 350, 351  
Baumeister, Wilhelm 310  
Baumgarten, Paul 135f.  
Beckmann, Max 317f.  
Beer, Stafford 220, 222  
Behnisch, Günter 15f., 360  
Benda, Ernst 108  
Bertaux, Pierre 68  
Beye, Peter 303  
Bill, Max 307f., 310, 314, 330  
Bismarck, Otto von 32, 324  
Blankenburg, Erhard 86  
Blumenthal, Hermann 311, 318  
Bobbert (Regierungsdirektor) 85, 164, 296  
Bode, Peter M. 261, 263–265, 267  
Bohmhammel, Ortwin 341, 343  
Bohnenkamp, Hermann 203–205  
Bohnet, Hans-Dieter 295–297, 300, 306  
Bohrer, Karl-Heinz 22  
Borger, Hugo 303, 307, 312, 330, 332  
Bornemann, Fritz 128  
Bott, Gerhard 303, 307, 312, 330, 332–335,  
342  
Bracher, Karl Dietrich 303  
Branca, Alexander von 39  
Brandt, Willy 13, 18, 27f., 30, 31, 35, 43, 53,  
76, 95f., 114, 123, 253, 255, 281f., 283, 289,  
323, 352f., 358
- Breitenstein, Rolf 341  
Brummack, Heinrich 295f.  
Brune, Walter 189, 190, 250  
Bruno, Eugen 86  
Burda, Hubert 341
- Casser, Otto 108  
Cerdà, Ildefons 213  
Conrads, Ulrich 105, 133  
Corinth, Lovis 318
- Damke, Bernd 295  
Darchinger, Jupp 277, 282  
Dinnebier, Johannes 295f.  
Dix, Otto 318  
Dorn, Wolfram 108  
Dunst, Hermann 56  
Durieux, Tilla 318  
Düttmann, Werner 312
- Ehmke, Horst 27–29, 31, 39–70, 76, 79–  
85, 87f., 92, 95, 98–103, 106–108, 123,  
125, 126, 130, 138, 140f., 144–147, 196f.,  
202f., 207, 209, 215, 221f., 223, 225f. 228,  
229, 241, 250, 255, 264, 267, 279, 285,  
289, 293, 300, 323, 325–328, 340, 352f.,  
356, 358, 360  
Ehrenberg, Herbert 142  
Eiermann, Egon 13, 122, 135, 139, 187, 270,  
292  
Erhard, Ludwig 9, 35  
Ernst, Max 318
- Farenholtz, Christian 108f., 125, 128f., 130,  
131, 133, 293, 295  
Feininger, Lyonel 318  
Focke, Katharina 108

- Frank, Charlotte 361, 362  
 Frank, Helmar 65  
 Funke, Hermann 133f., 138
- Gerkens, Gerhard 343  
 Glatzer, Robert 85, 137, 138, 295  
 Goepfert, Herman 295f.  
 Grabert, Horst 197, 199–204, 205, 280–282, 284f.  
 Gronefeld, Gerhard 347, 349  
 Gropius, Walter 187  
 Grzimek, Günther 295
- Haftmann, Werner 295  
 Haller, Hermann 318  
 Hauser, Erich 296f., 298  
 Heckel, Erich 23, 309f., 312f., 317f., 330  
 Heidecke, Günter 108  
 Heinle, Erwin 127, 194, 195  
 Hesse, Wolfgang 100f., 108, 126f., 129  
 Hitler, Adolf 91f.  
 Hofer, Carl 309  
 Hofmann, Werner 295  
 Hölzinger, Johann Peter 295f.  
 Hornschuh, Günther 117, 134, 135, 136–138
- Ishimoto Yasuhiro 186, 187
- Jacobsen, Arne 126, 128, 129  
 Jentzsch, Andreas 85, 229  
 Jochimsen, Reimut 28, 53, 63
- Kahl, Werner 184, 185  
 Kahnert, Gabriele 22, 23, 150, 275  
 Kaiser, Carl-Christian 282  
 Kern, Ernst 41, 61, 81, 83, 85f., 108f., 140f., 207, 236, 290, 295, 300, 326–329  
 Ketterer, Roman Norbert 311  
 Kiesinger, Kurt Georg 35, 43, 223, 226, 227, 229  
 Kirchner, Ernst Ludwig 152, 310, 311, 316f., 319f., 322
- Klotz, Heinrich 14f., 24, 25, 149, 250 274f.  
 Kohl, Helmut 22, 316f., 358, 361  
 Kokoschka, Oskar 318  
 Kraemer, Friedrich Wilhelm 108, 115, 131, 194  
 Krauch, Helmut 45, 229–230
- Laage, Gerhart 303, 307, 312, 314, 330, 332  
 Latzel, Robert 248, 249  
 Le Corbusier (Charles-Edouard Jeanneret-Gris) 187f.  
 Leber, Georg 76  
 Leuschner, Wolfgang 107f., 110, 112, 162, 285, 295  
 Liebermann, Rolf 301, 303, 309  
 Linde, Horst 127  
 Lohmar, Ulrich 63  
 Luther, Adolf 152, 179, 268, 295–298, 299  
 Lützel, Heinrich 303  
 Luz, Hans 295–297, 300, 306
- Macke, August 309, 317, 319, 330  
 Marc, Franz 317f.  
 Marcks, Gerhard 318, 319, 322  
 Marquet, Albert 312  
 Mauch, Hansjörg 142  
 Melching, Peter 362, 363  
 Meyer, F. S. 108  
 Mies van der Rohe, Ludwig 128, 133, 138, 183f., 187f., 189, 266, 271  
 Milleker, Erich 309f., 333, 341, 343  
 Mitscherlich, Alexander 96, 259f.  
 Modersohn, Otto 344  
 Modersohn-Becker, Paula 312, 317f.  
 Moore, Henry 9, 170, 275f., 307, 331–336, 337f., 339f., 342, 344f., 347, 351, 359  
 Morellet, François 216, 217  
 Mueller, Otto 156, 317–319  
 Müller-Ibold, Klaus 102f.  
 Münter, Gabriele 317

- Nay, Ernst Wilhelm 310  
 Nieke, Gerd 108  
 Nolde, Emil 176, 309f., 312, 313, 317f., 321f., 351  
 Oesterlen, Dieter 39  
 Oltmanns, Hans Peter 108, 206, 295  
 Ostertag, Roland 108, 131, 194, 195  
 Peters, Paulhans 265–267, 360  
 Planungsgruppe Stieldorf (Architekturbüro gegründet von Manfred Adams, Peter Türler, Günther Hornschuh 1968; Eintritt Georg Pollich 1969; Eintritt Robert Glatzer 1970) 117, 118–120, 123, 133f., 135, 136–138, 139, 145, 161, 180, 186, 188f., 198, 233, 261, 262, 266f., 291, 196, 303  
 Pollich, Georg 117, 134, 135, 136–139, 187, 295, 303  
 Ravens, Karl 326, 328f.  
 Reidemeister, Leopold 303, 309–314, 316–318, 321f., 330, 339, 345  
 Rilke, Rainer Maria 315, 344  
 Rilke-Westhoff, Clara 317  
 Ris, Günter Ferdinand 295, 297, 299  
 Rohlf's, Christian 309, 317, 330  
 Rossig, Johannes 99, 103f., 109, 135, 137, 140  
 Roters, Eberhard 342  
 Ruf, Sep 9, 13, 35, 122, 135f., 170, 172  
 Sack, Manfred 107, 267–269, 326  
 Scheel, Walter 31, 282  
 Schelsky, Helmut 219  
 Schilling, Hans 108, 131  
 Schmidt, Doris 345, 268f., 321f., 332  
 Schmidt, Helmut 22, 31, 35, 169, 176, 201, 253, 255f., 264, 268f., 275, 280, 282, 289–291, 297f., 300–304, 305, 306, 309–313, 315–326, 327, 328–337, 338, 339–342, 343, 344f., 346, 347–353, 356, 358, 359–361  
 Schmidt-Rottluff, Karl 309f., 312f., 317, 319, 320, 330  
 Schnelle, Eberhardt 56, 57, 58f., 61, 64–70, 74, 84, 224, 267f., 260  
 Schnelle, Wolfgang 56, 57, 58–62, 64–71, 74, 80, 83f., 87, 108–112, 133, 140, 142, 224, 234, 260  
 Schönberger, Arno 303  
 Schüler, Manfred 201f., 287, 288, 295f., 298, 300, 308f., 326, 328  
 Schultes, Axel 361, 362  
 Schulz, Eberhard 122f., 322, 345  
 Schulz, Josef 23, 148, 152  
 Schwippert, Hans 34, 35, 37, 360  
 Seemann, Klaus 144  
 Seidel, Bert 108, 293, 295  
 Siedler, Wolf-Jobst 260f.  
 Sieverts, Thomas 103, 108, 131, 194, 293, 295  
 Slevogt, Max 317  
 Smithson, Alison 188  
 Smithson, Peter 188  
 Speer, Albert 92, 267  
 Spies, Werner 343  
 Stemmler, Dirk 343  
 Tange, Kenzo 187f.  
 Taut, Bruno 187  
 Thiel, Joachim 189, 190  
 Türler, Peter 117, 134, 135, 136, 138  
 Urban, Martin 343  
 Viertel, Kurt 127  
 Vogeler, Heinrich 317  
 Wankum, Alfons 257f.  
 Werner, Theodor 130  
 Wiener, Norbert 64, 69, 84  
 Winkel, Jürgen 343  
 Witte, Martin 32, 360  
 Wormit, Hans Georg 303  
 Wright, Frank Lloyd 188, 214, 215

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



**EX OFFICINA**

2017

Schriften  
Elzevir/Caspari (dtl)

Umschlag  
31 grad branddesign, Berlin  
Covergestaltung unter Verwendung der Tafel I

Satz  
dtp-studio schwarz auf weiss, Berlin

Druck und Herstellung  
Ruksaldruck GmbH + Co. KG, Berlin

Printed in Germany